

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

10. Sitzung vom 27. und 28. Juni 2011 (1. Sitzungstag vom 27. Juni 2011)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	Rednerinnen bzw Redner: GR Dr Wolfgang Aigner	S. 94
		GRin Mag Martina Wurzer	S. 99
2. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GR Dominik Nepp	S. 101
		GR Christoph Peschek	S. 104
3. 02215-2011/0001-GFW; P 1: Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2010		GR Dr Wolfgang Aigner (tatsächliche Berichtigung)	S. 108
Berichterstatterin VBgmin Mag Renate Brauner	S. 3	GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 109
		GR Senol Akkilic	S. 110
Allgemeine Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2010		GR Dietrich Kops	S. 113
Rednerinnen bzw Redner:		GR Mag Wolfgang Jung (zur Geschäftsordnung)	S. 115
GRin Christine Marek	S. 9	GRin Mag Sybille Straubinger	S. 115
GR David Ellensohn	S. 13	GR Mag Günter Kasal	S. 117
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 17	GR Wolfgang Irschik	S. 118
GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 22	GR Dominik Nepp	S. 122
StR Mag Wolfgang Gerstl	S. 27	Amtsf StR Christian Oxonitsch	S. 123
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 30	Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung	
StR DDR Eduard Schock	S. 32	Rednerinnen bzw Redner:	
GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 35	GR Dipl-Ing Roman Stifner	S. 126
StRin Veronika Matiasek	S. 37	GR Mag Christoph Chorherr (tatsächliche Berichtigung)	S. 128
StR David Lasar	S. 39	GR Mag Rüdiger Maresch	S. 128
GR Rudolf Stark	S. 42	GR Anton Mahdalik	S. 131
GR Dominik Nepp	S. 44	GR Siegi Lindenmayr	S. 133
GRin Henriette Frank	S. 46	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 136
GR Anton Mahdalik	S. 48	GR Mag Christoph Chorherr	S. 138
GR Ing Udo Guggenbichler	S. 51	GR Wolfgang Irschik	S. 139
GR Mag Gerald Ebinger	S. 54	GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 143
GR Mag Dr Alfred Wansch	S. 56	GR Karl Baron	S. 145
GR Mag Wolfgang Jung	S. 59	VBgmin Mag Maria Vassilakou	S. 146
Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke		Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung	
Rednerinnen bzw Redner:		Rednerinnen bzw Redner:	
GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 61	GR Norbert Walter, MAS	S. 150
GRin Dr Monika Vana	S. 63	GR Mag Christoph Chorherr	S. 152
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 67	GRin Henriette Frank	S. 153
GRin Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 72	GR Karlheinz Hora	S. 155
GR Dr Matthias Tschirf	S. 75	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 156
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 76	GRin Birgit Hebein	S. 157
GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 79	GR Manfred Hofbauer, MAS	S. 158
GR Franz Ekkamp	S. 82	GRin Eva-Maria Hatzl	S. 160
GR Mag Dr Alfred Wansch	S. 85	Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 161
GR Mag Wolfgang Jung	S. 87		
StR Mag Wolfgang Gerstl	S. 90	4. Ordnungsruf an GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 18
GR Dipl-Ing Martin Margulies (tatsächliche Berichtigung)	S. 91		
VBgmin Mag Renate Brauner	S. 91	5. Ordnungsruf an GR Dietrich Kops	S. 115
Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport			

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schönen guten Morgen!

Herzlich willkommen zur 10. Sitzung des Wiener Gemeinderates!

Die Sitzung des Gemeinderates ist hiermit eröffnet.

Bevor ich zu den Entschuldigungen komme, möchte ich unserem ersten Gemeinderatsvorsitzenden Godwin Schuster unsere aufrichtige und ehrliche Anteilnahme zum Ableben seiner Gattin hier übermitteln. Ich glaube, es ist in unser aller Sinne. Sie ist nach langer und schwerer Krankheit letzte Nacht leider verstorben. Ich darf Sie alle bitten, wenn Sie in einer ruhigen Minute Gelegenheit haben, ihm auch die Kraft zu schicken, die jeder Mensch in so schwierigen Phasen braucht.

Ich darf daher bekannt geben, dass GR Godwin Schuster heute auch entschuldigt ist, GR Ing Rösch entschuldigt ist, GR Strobl und GRin Prof Dr Vitouch ebenfalls entschuldigt sind.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien 1 und des Klubs der Wiener Freiheitlichen 41 eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn ist von Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Freiheitlichen ein Antrag eingelangt. Den Fraktionen wurde dieser Antrag schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisung erfolgt wie beantragt.

Postnummer 1 der Tagesordnung betrifft den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2010.

Für die Beratung und Erledigung des Rechnungsabschlusses schlage ich folgende Vorgangsweise vor: Nach einem einleitenden Referat von Frau VBgmin Mag Renate Brauner folgt die allgemeine Beratung des Rechnungsabschlusses und im Anschluss daran die Debatte über die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Voraussichtlich am Dienstag dieser Woche wird nach dem Schlusswort der Berichterstatterin über die Anträge zum Rechnungsabschluss und zum Inventar abgestimmt werden.

Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben. – Das ist nicht der Fall.

Ich bitte daher die Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Brauner, die Verhandlung über die Postnummer 1, den Rechnungsabschluss 2010, einzuleiten.

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Vielen Dank und einen schönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne, im Internet!

Die Debatte, sehr geehrte Damen und Herren, über den Rechnungsabschluss ist jedes Jahr eine sehr grundsätzliche Aussprache über all das, was die Stadt für die Menschen in Wien tut, wie sie das Geld einsetzt, welche Strategie für die Zukunft verfolgt wird. Das ist gut so. Ich freue mich auf eine intensive Debatte und ich hoffe einmal mehr wirklich auf den sachlichen Austausch von Argumenten.

Meine Grundsätze, sehr geehrte Damen und Herren, als Ressortverantwortliche sind bekannt. Ich möchte sie hier nochmals kurz zusammenfassen:

Erstens: Meine vorrangige Aufgabe ist es, ganz genau auf das Geld zu schauen. Ich tue das wie eine Hafelmacherin. Darauf können Sie sich verlassen. Nämlich so, dass ein Mehrwert für das Gemeinwohl für unsere Stadt entsteht, dass die Mittel für die Menschen eingesetzt werden, dass sie ihnen zugute kommen, dass alle Wiener und Wienerinnen gute Lebensverhältnisse haben, eine gute medizinische Versorgung, eine gute Kinderbetreuung vorfinden. Dem fühlt sich die Wiener Stadtregierung verpflichtet, sehr geehrte Damen und Herren.

Zweitens: Projekte, die die Stadt verfolgt, haben seriös ausfinanziert zu sein und eine ordentliche Bedeckung aufzuweisen, dass wir sicherstellen, dass die Aufgaben der Stadt, die Ankündigungen der Stadtregierung in die Tat umgesetzt werden. Die Stadt tut das, nachprüfbar und gut dokumentiert, eben genau auf diesen 350 eng beschriebenen Seiten des Rechnungsabschlusses 2010, vom Gratiskindergarten über die Geriatriereform bis hin zum U-Bahn-Bau.

Drittens: Ich schaue darauf, dass die Wiener Budgetmittel in Wien bleiben, dass wir nicht Sachen finanzieren, von denen die Wiener und Wienerinnen nichts haben. Es gilt, Wiener Budgetmittel für Wiener Projekte. Denn auf dieses Geld haben die Wiener Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, die es fleißig tagtäglich auch erarbeiten, ein Anrecht. Das heißt aber nicht, sehr geehrte Damen und Herren, dass Wien unsolidarisch wäre. Nein, ganz im Gegenteil. Wir unterstützen zum Beispiel die Pendler und Pendlerinnen mit einem exzellenten Nahverkehrssystem. Wir bieten 250 000 Arbeitsplätze für Menschen, die nicht hier leben, die keinen Wohnsitz in Wien haben. Wir haben Spitäler, die hoch spezialisiert sind und für ganz Österreich elementare Leistungen erbringen. Aber das gilt auch ganz besonders für den Kulturbereich mit seiner vielfältigen Theater- und Kunstszene.

Ich könnte diese Liste ewig lang fortsetzen. Das ist in Ordnung. Das entspricht den Funktionen einer Bundeshauptstadt, die Leistungen für das ganze Land bereit hält. Aber ich halte überhaupt nichts von Forderungen, die dazu führen, dass mit Wiener Geldern Strukturen finanziert werden, für die eigentlich andere Gebietskörperschaften zuständig sind. Das möchte ich hier auch sehr deutlich festhalten.

Gleichzeitig wache ich darüber, dass der Stadt aus dem verfassungsrechtlich gegebenen Umstand, dass wir Gemeinde und Land gemeinsam sind, kein Nachteil erwächst. Denn hier, und das können Sie mir glauben, gibt es immer wieder Begehrlichkeiten, die wir aber sehr klar und deutlich abwehren.

Viertens: Ich schaue darauf, dass die Stadt ihre Funktion als Motor der Wirtschaft in der Ostregion so gut wie möglich erfüllt, dass wir zu neuem Wachstum beitragen, gemeinsam mit den Sozialpartnern, mit den Betrieben, mit den Belegschaftsvertretern und -vertreterinnen.

Wenn Sie sich den Rechnungsabschluss anschauen, sehr geehrte Damen und Herren, dann wird deutlich, wie

intensiv Wien diese Aufgabe erfüllt. Wir haben es am Beginn und auch jetzt in der Krise gesehen, das fortgesetzte, ja, das gesteigerte Engagement der Stadt bei Investitionen hat die Wiener Unternehmen gestärkt und hat Arbeitsplätze gesichert.

Fünftens: Gut wirtschaften, streng haushalten sowie intelligent sparen. Intelligent sparen durch Strukturreformen. Intelligent sparen durch die Überprüfung aller Bereiche hinsichtlich der Effizienz unseres Mitteleinsatzes. Beides tun wir in Wien laufend, aber natürlich ganz besonders vor dem Hintergrund knapper Mittel. Denken Sie an die Spitalsreform. Denken Sie an die Geriatriereform. Mittel- und langfristig geht es auch darum, dass wir die krisenbedingten Schulden wieder abbauen, dann, wenn die Krise vorbei ist. Denn jetzt, sehr geehrte Damen und Herren, ist diese Krise noch immer nicht vorbei. Die Menschen auf der Straße, auf den Baustellen, in den Werkstätten, in den Geschäften, überall, wo ich hinkomme, sagen mir, die Krise hat sie getroffen und es ist gut, dass sich die Stadt dermaßen für sie eingesetzt hat. Die Menschen erkennen sehr wohl, dass die Stadt ihnen Rückhalt gibt. Das werden wir auch weiterhin tun. Verlassen Sie sich darauf!

Der Voranschlag 2011 ist ein Einstieg in die Phase der Konsolidierung, wo wir mit Maß und Ziel sparen. Aber Sparen ist kein Selbstzweck, sondern hat das Ziel, dass die Stadt ihre Handlungsfähigkeit und ihre gute Bonität auch langfristig zum Vorteil aller Menschen in dieser Stadt erhält.

Das sind also meine fünf Grundsätze. Kurz gesagt:

Erstens: Das Gemeinwohl für die Wienerinnen und Wiener mehren.

Zweitens: Es gibt nur Projekte, die seriös finanziert sind. Mit einer Finanzstadträtin Renate Brauner gibt es keine Luftschlösser.

Drittens: Wiener Budgetmittel bleiben in Wien für die Zukunft Wiens und Wiener Unternehmen bleiben in öffentlicher Hand im Interesse der Wiener und Wienerinnen, dafür, dass wir die Lebensqualität in Wien sichern.

Viertens: Der Investitionsmotor Stadt Wien wird intensiv am Laufen gehalten.

Fünftens: Vernünftig, mit Maß und Ziel sparen, durch Strukturreformen und durch mehr Effizienz. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen, diesen aufgezählten Grundsätzen fühle ich mich verpflichtet und diese Grundsätze spiegeln sich im Rechnungsabschluss 2010 wider.

Was dieser Rechnungsabschluss auch widerspiegelt, sind die massiven Auswirkungen dieser Krise, einer Krise, sehr geehrte Damen und Herren, die noch nicht ausgestanden ist. Ich werde das heute noch öfters sagen. Es wäre wirklich naiv anzunehmen, dass allein steigende Aktienkurse dazu führen, dass alles im Lot wäre. Das ist es nämlich nicht.

Wenn wir uns den Rechnungsabschluss ansehen, dann kann ich sagen, Wien steht trotz Krise budgetär gut da und Wien hat dieser Krise getrotzt. Wien war das Bundesland mit dem geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit und mit dem geringsten Einbruch der Wirtschaftsleis-

tung.

Aber machen wir an dieser Stelle eine kurze Rückblende, weil wir gerade über diesen Rechnungsabschluss aus dem Krisenjahr 2010 nicht sprechen können, nicht diskutieren können, wenn wir uns nicht vergegenwärtigen, worauf die Haushaltspolitik der Jahre 2009 bis 2011 beruht hat, welche Ausgangsbedingungen die Stadt Wien vorgefunden hat. Im Sommer und Herbst 2008 begann eine Weltfinanzkrise, wie sie unsere Generation noch nie erlebt hat, verursacht von Spekulanten, die aus reiner Profitgier handelten und noch immer handeln, verursacht von rein amerikanischen Rating-Agenturen, die unglaubliche Risikobewertungen vorgenommen haben und verursacht von jenen Banken, die nicht ihre Aufgabe als Refinanzierungsinstitute von Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen wahrgenommen haben, sondern nur der Maxime der Profitsteigerung durch Spekulation gefolgt sind.

Gemeistert wurde diese unheimlich schwierige Situation in Österreich durch ein Zusammenstehen aller Akteure, durch staatliche Hilfspakete, die dazu geführt haben, dass die Wirtschaftsleistung nur temporär eingebrochen ist, dass die Arbeitslosigkeit kein Ausmaß erreicht hat wie in den Jahren nach 1929, als die große Depression die ganze Welt in ihren Bann gezogen hat, dass die Märkte nicht abgeschottet wurden, was zum Kollaps der Weltökonomie geführt hätte. Niemand wollte eine zweite große Depression.

Die jetzige Krise dauert, wie gesagt, an. In den USA nennt man sie in Anlehnung an die 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts bereits die „Great Recession“. Diese große Rezession in den USA ist nicht ausgestanden. Auch in weiten Teilen Europas kann niemand davon reden, dass die Krise vorbei ist. In vielen Ländern Europas hat die Jugendarbeitslosigkeit Höhen erreicht, die äußerst bedenklich sind. Medien sprechen bereits von einer verlorenen Generation. Viele Branchen klagen nach wie vor über Absatzprobleme, über Probleme in der Auftragslage. Wir alle wissen, dass der Konsum noch immer zu wenig ausgeprägt ist. Das trifft natürlich vor allem eine Dienstleistungsmetropole wie Wien.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben sehr dafür gekämpft, dieser Krise die Schneid abzukaufen. Wir können mit Blick auf die Situation in Österreich ruhig für uns in Anspruch nehmen, dass wir in vielen Bereichen erfolgreich waren. Aber dieser Kampf hat natürlich auch seinen Preis, der sich in den öffentlichen Haushalten niedergeschlagen hat. Dieser Rechnungsabschluss zeigt das, denn die Einnahmenverluste bei den gemeinschaftlichen Bundesertragsanteilen und die notwendigen Mehraufwendungen waren beträchtlich. Der Rechnungsabschluss 2010 ist das Spiegelbild der volkswirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 2008, 2009, 2010.

Die Krise haben wir mit mehreren Konjunkturpaketen von Anfang an bekämpft. Mit der Steigerung der nachfragewirksamen Ausgaben, mit höheren Forschungsausgaben, mit verstärkten Anstrengungen, gemeinsam mit Bundesminister Hundstorfer, für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, ganz besonders – Sie wissen, das ist mein Herzensanliegen – für unsere Jugend. Und wir haben die

städtischen Unternehmen aktiviert und dort Investitionsschleusen geöffnet, teils mit Mitteln der Stadt, wie bei der Sanierung der Ustrab, teils aus nachgeschärften Investbudgets der Wien Holding oder der Wiener Stadtwerke.

Warum war uns das möglich? Warum war uns das so schnell möglich? Weil diese Betriebe in öffentlicher Hand sind. Weil sie eben nicht privatisiert oder teilprivatisiert sind. Weil sie nicht dem Profitstreben, sondern dem Gemeinwohl, dem Wohl der Wiener und Wienerinnen, der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, der Aufrechterhaltung von Impulsen für Klein- und Mittelbetriebe dienen. Öffentliche Betriebe sind kein Selbstzweck. Sie sind eine Versicherung, um in der Krise handeln zu können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Öffentliche Unternehmen genießen zu Recht das Vertrauen der BürgerInnen. Das zeigen die Versorgungssicherheit, das gute Preis-Leistungs-Verhältnis der Daseinsvorsorge in Wien. Die Italienerinnen und Italiener haben sicher nicht durch Zufall in zwei Referenden am 12. und 13. Juni 2011 ganz klar mit 96 Prozent – ich wiederhole, mit 96 Prozent – gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung gestimmt, weil sie nicht wollen, dass ein so essenzielles Gut wie Wasser den Verwertungsinteressen von Großkonzernen geopfert wird.

Wir wissen auch, dass Privatisierungen etwa im Wohnbereich für die Menschen keinen Mehrwert bringen. Das Beispiel Dresden zeigt das eindrucksvoll. Hier bereut die Stadt allen vorliegenden Meldungen zufolge den Verkauf der städtischen Wohnungen schon sehr. Gerichtsverfahren und Klagen betreffend den Schutz der Mieter und Mieterinnen sind anhängig. Wien hat mit seinen 220 000 Gemeindewohnungen ein Steuerungsinstrument in der Hand, um das uns viele beneiden. Daher wird es mit dieser Stadtregierung ganz sicher keine Experimente, keine Abenteuer geben, nicht beim Wohnen, nicht bei der Energie, nicht im Nahverkehr, nicht bei der Infrastruktur, ganz sicher keine Privatisierung gegen die Interessen der Wiener und Wienerinnen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie 2009, 2010 durch die Stadt gefahren sind, dann konnten Sie überall Kräne sehen, ob bei der Therme Wien in Favoriten, beim Bau der U-Bahn in der Donaustadt, bei der Realisierung des Hauptbahnhofes, an vielen anderen Orten, weil die öffentliche Hand sich zu ihren Investitionen bekannt hat, weil sie das Werkel nicht sich selbst überlassen hat. Trotzdem werden die Rufe nach mehr Privat wieder lauter. Wir wissen alle ganz genau, wozu mehr Privat unter der Regierungsform Schwarz-Blau geführt hat. Die Zeitungsspalten waren zuletzt gut gefüllt mit Geschichten über fehlgeschlagene Privatisierungen. Ein Beispiel nur: Hunderte Menschen haben zuletzt bei der Austria Tabak in Hainburg ihren Arbeitsplatz verloren. Das kann doch bitte nicht unser Ziel sein, sehr geehrte Damen und Herren! Privatisierungen sind also nicht der Weisheit letzter Schluss, schon gar nicht im Feld der Daseinsvorsorge. Das ist auch sehr vielen Menschen klar.

Dass die Lehren aus der Krise und entsprechende

Handlungen als Reaktion auf die Krise noch nicht vollständig gezogen worden sind, wissen wir auch alle. Wir wissen, dass Rating-Agenturen noch immer völlig unkontrolliert ihre Aktivitäten entfalten. Diese Agenturen müssen kontrolliert werden, ergänzt werden durch neue Gremien der internationalen Währungs- und Finanzinstitutionen. Ich denke daher, dass die jüngste Initiative der EU-Wertpapieraufsicht ESMA sehr begrüßenswert ist, weil hier sehr klar die Rute ins Fenster gestellt wird. Das wäre nämlich ein Versagen der Zulassung im EU-Raum.

Wir wissen auch, dass wir eine Finanztransaktionssteuer benötigen, um einem völlig von der Realwirtschaft abgekoppelten Spekulationssystem Einhalt gebieten zu können. Ich bin sehr froh, dass der EU-Kommissionspräsident nun ganz offen für eine Finanztransaktionssteuer in der EU eintritt und einen entsprechenden Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene in Gang setzen wird.

Wir wissen auch, dass wir starke staatliche und internationale Institutionen brauchen, um Spekulationswellen, wie jene, die sich gerade gegen ganze Staaten und Währungsblöcke richten, bekämpfen zu können. Die daraus resultierenden Zins- und Zinseszinsbelastungen stürzen ganze Staaten ins Unglück, wie wir aktuell sehen. Es ist, wie jüngst Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister ausgedrückt hat. Die Zinsen lagen für Griechenland vor 2 Jahren bei 5 Prozent, mittlerweile liegen sie bei 18 Prozent. Das heißt, dass diese Entwicklung jegliche Sparanstrengung, so umfassend sie auch sein mag, verpuffen lässt. Die Zinsschübe ergeben sich durch ein Doppelpassspiel von Rating-Agenturen. Die einen stufen die Bonität eines Staates herunter, dann erhöhen Banken die Prämien, um eine Staatsanleihe zu besichern, dann kommen die Anleihenhändler ins Spiel, die Zinsen steigen, weil das Risiko für die betreffende Staatsanleihe gestiegen ist, dann kommt die nächste Rating-Agentur und ein Land wird noch weiter hinuntergestuft. Diesen Teufelskreis muss die Politik unbedingt durchbrechen, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir brauchen mehr Kontrolle, mehr Vernunft und gestärkte Institutionen, also mehr Staat, damit nämlich die Märkte nicht für einige wenige funktionieren, sondern für alle.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Jahre 2009 bis 2011 zeigen auch in monetärer Hinsicht den scharfen Einschnitt bei den Einnahmen und die starken Herausforderungen bei den Ausgaben in Zeiten der Krise. Ich sage es immer wieder, auch heute: Wien hat seit 2008 über eine Milliarde an gemeinwirtschaftlichen Ertragsanteilen verloren. Und das ist nur eine Einnahmenkategorie, die ich hier heranziehe. Unweigerlich hat dies angesichts der Konjunkturstützungen zu höheren Schulden geführt. Aber ich will mir gar nicht vorstellen, was geschehen wäre, hätten wir nicht durch Investitionen gegengesteuert. Finanz- und Wirtschaftspolitik ist genau dafür da, dann zu handeln, wenn die Wirtschaft und die ArbeitnehmerInnen diese Unterstützung brauchen. In der Krisensituation 2009, 2010 war das bitter nötig.

Wien hat die Krisensituation auch budgetär ver-

gleichsweise gut gemeistert. Das zeigt etwa die Pro-Kopf-Verschuldung. Wien liegt im Bundesländervergleich nach wie vor sehr gut. Wien hat gemeinsam mit Tirol die geringste Pro-Kopf-Verschuldung – ich wiederhole, die geringste Pro-Kopf-Verschuldung – aller Länder und ihrer Gemeinden. Auch wenn man sich die Verschuldung im Vergleich mit dem Bruttoinlandsprodukt ansieht, was die übliche ökonomische Messgröße für den Stand von Schulden ist, ist der Wert exzellent. Ich sage nur zwei Vergleichszahlen: 70 Prozent Verschuldung im Bund, 4 Prozent in Wien. Der Vergleich, sehr geehrte Damen und Herren, macht sicher!

Natürlich haben wir einen höheren, krisenbedingten Schuldenstand. Aber im Gegensatz zu anderen Gebietskörperschaften haben wir in guten Zeiten wirklich keynesianische Budgetpolitik gemacht. Erlauben Sie mir nur einen kurzen Exkurs: Wenn ich etwa an Kärnten denke, das angesichts des Hypo-Desasters unter den Rettungsschirm des Bundes flüchten musste, dann wissen wir alle, dass die Haftungen, die wir alle, alle SteuerzahlerInnen, tragen müssen, zehn Mal höher sind als Haftungen, die Österreich im EU-Verbund für Griechenland eingegangen ist. Das ist die traurige Wahrheit. Wien hat hingegen in dieser Zeit eine keynesianische Budgetpolitik gemacht, Schulden zurückgezahlt. 600 Millionen EUR haben wir allein seit der Jahrtausendwende bis vor den Beginn der Krise zurückgezahlt, übrigens ohne dass wir unseren Besitz verscherbelt haben. Wien hat vorgezeigt, wie es geht. Und Wien wird wieder Schulden abbauen, wenn der Arbeitsmarkt in Ordnung ist und die Klein- und Mittelbetriebe wieder Aufträge haben, aber nicht mit der Rasenmähermethode, nicht mit Brachialgewalt, sondern vernünftig, mit Maß und Ziel, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zu den budgetären Schwerpunkten, sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie sie hier im vorliegenden Rechnungsabschluss wiederfinden: Wir investieren ganz gezielt in die Zukunft Wiens. Wer nicht investiert, hat keine Zukunft. Der stagniert, fällt zurück. Die Stadt Wien hat 2010 bei den nachfragewirksamen Ausgaben fast einen Wert von 5 Milliarden EUR erreicht. Und wir investieren gezielt weiter, ob in der Seestadt Aspern, in Neu Marx, beim Krankenhaus Nord. All diese Projekte sichern Wiens Zukunft, bringen Arbeitsplätze, bringen neue Dynamik.

Wir stärken den Wirtschaftsstandort. Wien hat mit seiner Wirtschaftsförderung auch 2010 Maßstäbe gesetzt. 113 internationale Unternehmungen sind voriges Jahr nach Wien gekommen. Dieser Wert macht über die Hälfte aller Ansiedlungen in ganz Österreich aus und zeigt, dass Wien seinen Standort und seine Qualitäten gut ausgespielt hat. Wir sind am Weg zum Forschungs- und Bildungshauptort in Europa. Nur mit Bildung, Forschung, Innovation und Wissenschaft werden wir jene Impulse schaffen, mit denen wir neues Wachstum generieren können. Ob es um Green Jobs, um Zukunftstechnologien, um neue Mobilitätsformen oder um die Biotechnologie geht, all diese Felder sind wichtig. In allen stehen wir gut da. Und wir stehen in einem sehr scharfen Wettbewerb, den wir mit gut ausgebildeten Forschern

und Forscherinnen, mit Fachkräften und mit städtischer Förderung nicht zu scheuen brauchen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen auf den sozialen Zusammenhalt in der Stadt, auf ein gutes Miteinander. Wenn nämlich andere die Menschen immer auseinanderdividieren wollen, wenn Missgunst und Neid geschürt werden, dann sage ich, das ist nicht nur menschlich der völlig falsche Weg, es ist auch wirtschaftlich desaströs. Diese Stadtregierung steht für ein weltoffenes Wien. Denn nur ein weltoffenes Wien wird wirtschaftlich erfolgreich sein können. Dazu braucht es entsprechende Grundlagen. Das bedeutet umfassende Bildungsangebote für alle, beginnend mit dem Gratiskindergarten. Das bedeutet ein eng geknüpfted soziales Netz, bei dem die Hilfe bei den Richtigen ankommt. Und das bedeutet Unterstützung und Förderung beim Weiterkommen im Beruf. Wien hat das alles. Dieser Rechnungsabschluss beweist es einmal mehr.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zu einigen Schwerpunkten im Rechnungsabschluss kommen. Ich will den Rechnungsabschluss über einige Kernbereiche definieren, über die Investitionen, über Wirtschaft und Innovation, über Bildung und Kinderbetreuung, Gesundheit und Soziales, Beschäftigung und Arbeit.

Die Investitionen in der Stadt sind mir ein besonderes Anliegen, sind der ganzen Stadtregierung ein besonderes Anliegen. Es geht darum, alle Chancen für vernünftige Investitionen zu nützen. Allein 2010 lag der Anteil der Investitionen im Kernbudget bei fast 17 Prozent, ein international hervorragender Wert. Wir haben 4,87 Milliarden EUR an nachfragewirksamen Ausgaben mobilisiert, Ausgaben, wie es unser Bürgermeister immer so treffend zusammenfasst, vom Bleistift bis zur Beschaffung von neuen U-Bahn-Garnituren.

Aber es ist nicht nur die Aufgabe der Stadt, selbst zu investieren, sondern auch gemeinsam mit Privaten das Investitionsvolumen zu heben. Wir tun das gerade mit innovativen Finanzierungsmodellen. Eines davon haben wir gemeinsam, StR Michael Ludwig und ich, in diesem Frühjahr der Öffentlichkeit vorgestellt, nämlich unsere jüngste Wohnbauoffensive, wo wir im besten Sinne der Zusammenarbeit der Stadt mit Privaten und insgesamt Investitionsmittel von 1,25 Milliarden EUR mobilisieren und das ohne Einsatz von Steuermitteln. Das ist ein wirkliches Beispiel von intelligentem Sparen.

Dass wir etwa im Bau- und Baunebengewerbe nicht nachlassen, beweist auch der Rechnungsabschluss 2010, wo wir etwa 1,9 Milliarden EUR in diesen Bereich fließen haben lassen. Die Stadt ist also ihrer Verantwortung nachgekommen und hat dies beauftragt und für Beschäftigung gesorgt.

Ich möchte bei den Investitionen, sehr geehrte Damen und Herren, auf einen Aspekt aufmerksam machen, der manchmal zu wenig beleuchtet ist, nämlich auf den sehr hohen Wertschöpfungseffekt. In mehreren Studien haben das mehrere Einheiten der Stadt jüngst erhoben, voriges Jahr die Wiener Stadtwerke, kürzlich auch die Vereinigten Bühnen Wien. Investitionen und Ausgaben

dieser Einrichtungen haben Effekte, die weit über die Stadtgrenzen hinausgehen, die ganz erheblich zur Motorfunktion der Stadt im wirtschaftlichen Bereich beitragen. So sichert ein Arbeitsplatz bei den Wiener Stadtwerken drei weitere Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie in anderen Unternehmungen in der Ostregion. Die Technische Universität Wien hat vor Kurzem den Ausbau der U2-Strecke von der Leopoldstadt bis nach Aspern analysiert. Das Ergebnis ist eindeutig. Für 1 Milliarde Investitionen werden 17 000 Arbeitsplätze gesichert. Das sind übrigens doppelt so viele als im Straßenbau.

Auch die Investitionen und Subventionen im Kulturbereich rechnen sich. Die jüngst präsentierte Studie des IHS für die Vereinigten Bühnen zeigt, dass jeder Subventionseuro eine Wertschöpfung von 2,3 EUR ergibt. Ein weiteres Beispiel ist auch die Hebung von Investmitteln bei PPP-Modellen in Wien. Dabei löst 1 EUR an öffentlichen Investitionen im privaten Sektor Investitionen von 2,5 EUR aus, wie es jüngst ein Kontrollamtsbericht festgehalten hat.

All das zeigt, dass öffentliche Investitionen ganz nachhaltige Effekte haben und für den Wirtschaftsstandort Wien unverzichtbar sind, sehr geehrte Damen und Herren.

Mein nächstes Stichwort ist das Thema Wirtschaftsförderung: Die Wirtschaftsförderung hat logischerweise 2010, bedingt durch die Krise, einen sehr hohen Wert erreicht, knapp über 205 Millionen EUR. Dass sich unsere Wirtschaftsförderung, unsere Technologieförderung, die Ansiedlungsförderung auszahlen, zeigen die Zahlen 2010. Ich habe schon auf die 113 neuen Unternehmungen, die sich in Wien angesiedelt haben, hingewiesen. Das ist immerhin eine Steigerung von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Es ist insgesamt das drittbeste Ansiedlungsergebnis für Wien. Und das in Zeiten der Krise! 600 zusätzliche Arbeitsplätze sind damit entstanden.

Warum entscheiden sich die Vorstände, die Geschäftsführungen gerade für Wien? Das ist schnell erklärt. Einmal die gute Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Arbeitskräften, dann eine sehr gut vernetzte Förderungsstruktur der Austrian Business Agency mit unserer Wirtschaftsagentur, das wissenschaftliche Know-how in Wien und natürlich die Infrastruktur. Und Wien punktet nach wie vor mit der hohen Lebensqualität. Nicht umsonst liegen wir in der Mercer-Studie seit Jahren auf den vorderen Plätzen. Zuletzt, wie Sie wissen, sogar auf Rang 1. Um es klar zu sagen, da haben wir auch vor, zu bleiben, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dass Wien ein aufstrebender Forschungsstandort ist, brauche ich hier – ich hoffe es zumindest – nicht extra zu betonen. Dass wir auch im Ausland so gesehen werden und es Schlagzeilen, wie „Spitzenforscher zieht es nach Wien“, gibt, sehen wir immer häufiger, zuletzt in der „Süddeutschen“. Ich weiß nicht, wer den Artikel vom 18. Juni über das Vienna Biocenter mit 1 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus 40 Nationen gesehen hat. Das ist eine Initiative, die sehr stark auf unseren Herrn Bürgermeister zurückgeht und die seit vielen Jahren auf Jobs mit Zukunft setzt. Ich zitiere aus dem Bei-

trag. Zitat: „In den USA gibt es milliardenschwere Institute. Aber die stehen halt in Texas und da will keiner hin.“ – Zitat Ende. Das sagt ein junger Forscher. Weiter: Wien sei dagegen, Zitat: „eine europäische Metropole, attraktiv für schlaue junge Leute.“ – Zitat Ende. Damit das so bleibt, dass wir weiterhin Spitzenforschung in Wien haben, die Grundlage für Beschäftigung und neue Arbeitsplätze schaffen, dafür stehen die Mittel der kommunalen Wiener Forschungspolitik. Dazu bekenne ich mich, auch wenn wir in den nächsten Jahren jeden Euro drei Mal umdrehen müssen.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, gute Forschungsstätten sind nicht genug. Wir müssen viel früher ansetzen. Wir wissen alle, ganz entscheidend für die Zukunft Wiens sind die Bereiche Kinder und Bildung. Wir in Wien haben gerade in der Krise neue Impulse gesetzt, wobei die Einführung des Wiener Gratiskindergartens für sich genommen ohne jede Übertreibung ein Quantensprung war. Der Gratiskindergarten ist eine Erfolgsgeschichte und das wird er auch bleiben. Er stellt eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar. Er gibt gerade Alleinerzieherinnen und Alleinerziehern Hilfe. Er stärkt die Frauen. Er bringt tausenden Kindern in unserer Stadt bessere Bildungs- und Lebenschancen. Denn unsere Kindergärten bieten pädagogisch anspruchsvolle Angebote. Wir dürfen auch nicht vergessen, der Gratiskindergarten hat viele neue Arbeitsplätze geschaffen.

2010 haben wir im Bildungs- und Kindergartenbereich insgesamt 1,73 Milliarden EUR bereitgestellt, 566 Millionen EUR in der Kinderbetreuung, 1,17 Milliarden EUR im Bildungsbereich. Diese Investitionen sieht man nicht so wie die Kräne und die Häuser, aber sie sind zumindest genauso wichtig, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zu Recht stolz können wir auch auf das hohe Niveau bei der gesundheitlichen Versorgung in Wien und auf das engmaschig geknüpfte soziale Netz sein. Mit fast 3 Milliarden EUR ist der Posten Gesundheit und Soziales der größte im gesamten Haushalt und für die Menschen in der Stadt auch von größter Bedeutung. Dann muss man dazusagen, in Wien ist es die öffentliche Hand, die in diesem Bereich federführend ist und Entscheidungen trifft. In deutschen Städten gibt es kein kommunales Krankenhaus mehr. Dort haben große Krankenhauskonzerne das Sagen. Damit sich die Menschen auch in Zukunft auf das Wiener Gesundheitssystem verlassen können, hat jüngst Sozialstadträtin Wehsely die größte Spitalsreform in Wien seit vielen Jahrzehnten vorgestellt. Wann immer von der größten Verwaltungsreform die Rede ist, sage ich: Kommen Sie nach Wien. Schauen Sie sich die Geriatriereform an. Schauen Sie sich die Spitalsreform an. Schauen Sie sich das absolut innovative Modell des großen Dialysezentrums in der Donaustadt an. Sie werden sehen, ganz handfeste, konkrete Reformprojekte sind die Zukunft und sorgen für mehr Effizienz. Das ist besser als nur theoretische Diskussionen über die große und allein selig machende Verwaltungsreform.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch bei diesem Rechnungsabschluss geht es im Kern immer um eine

ganz zentrale Frage: Wie schaut es mit der Beschäftigung in Wien aus? Inwiefern geben öffentliche Stellen, gibt die Stadt den Beschäftigten, den Arbeitern und Arbeiterinnen, den Angestellten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Rückhalt? Wie helfen wir denen? Wie helfen wir jenen, die es besonders schwer haben? – Da brauchen wir uns in Wien wirklich nicht zu verstecken. Kaum ein anderes Bundesland hat eine derart intensive aktive Arbeitsmarktpolitik in Ergänzung der vielen Maßnahmen von Sozial- und Arbeitsminister Rudi Hundstorfer. Kein anderes Bundesland hat eine Einrichtung wie den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, den WAFF. Kein anderes Bundesland unterstützt die Jugendlichen in der Ausbildung so stark wie Wien. Kein anderes Bundesland stellt so viele Arbeitsplätze für Menschen aus ganz Österreich zur Verfügung, 250 000 Arbeitsplätze. Auch das ist eine große Leistung Wiens. Das möchte ich betonen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich dann Forderungen höre, die darauf hinauslaufen, dass etwa der WAFF aufgelöst werden soll, möchte ich Sie gerne Folgendes fragen: Wer hilft denn dann den 36 000 Menschen, die in diesem Jahr vom WAFF betreut werden? Wer sichert ihre Chancen im Beruf und in der Weiterbildung? *(GRin Christine Marek: Das Arbeitsmarktservice!)* Wer kümmert sich um die vielen Frauen, die aus der Babypause in den Job zurückkehren wollen? *(GRin Christine Marek: Das AMS!)* Wer kümmert sich um die Nostrifikationsberatung? Wer kümmert sich um die Menschen, die bei der Arbeitsstiftung im Fall des Falles aufgefangen werden? Wer kümmert sich um die Wiener Jugendlichen in der überbetrieblichen Lehre, die von der Opposition leider immer wieder madig gemacht wird? Was sagen wir denn diesen 4 500 jungen Menschen? Wer kümmert sich um die Jugendlichen an der Schnittstelle des Übergangs von der Schule in den Beruf? Der WAFF hat hervorragende Zufriedenheitswerte, wie eine Untersuchung beweist. Die Kunden und Kundinnen sind bestens betreut. Wir sind stolz darauf. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WAFF für ihre tolle Arbeit! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe in dieser Rede bewusst sehr wenige Zahlen verwendet, denn auf den über 350 Seiten, die Ihnen vorliegen, können Sie alles offen, wie in einem Buch, nachlesen. Denn wir haben keine außerordentlichen Haushalte. Wir in Wien spekulieren nicht mit Wohnbaugeldern. Wir verstecken keine Verbindlichkeiten. Das tun vielleicht andere. Aber Wien ist eben auch hier anders. Offen und transparent. Mir geht es darum, mit welchem Bewusstsein und mit welchen Zielen wir eine solidarische, eine effiziente, eine sparsame Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben. Natürlich spielen die Zahlen eine große Rolle. Aber hinter diesen Zahlen stecken viele Menschen, die Menschen, die in ein Spital kommen, in eine Pflegeeinrichtung und sich darauf verlassen können, optimal behandelt zu werden, Menschen, die in Not geraten sind, die soziale Unterstützung brauchen, wo wir ganz genau hinschauen, dass die Mittel auch bei den Richtigen ankommen, die zehntausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

die, wenn sie im Beruf weiterkommen möchten, die Unterstützung, die nötige Beratung bekommen, die jungen Menschen, die durch die Investitionen der Stadt gute Bildungschancen haben, einen Beruf erlernen können, eine bunte und pulsierende Stadt vorfinden, die Unternehmer und Unternehmerinnen, die mit Hilfe der Stadt neue Märkte erschließen, neue Produkte schaffen, ihre Angebotspalette ausweiten und im Wettbewerb bestehen können, die Öffi-Nutzer, die PendlerInnen, die täglich auf einen gut funktionierenden öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind und die Angebote der Wiener Linien schätzen, die Mieter und Mieterinnen, die vom sozialen Wohnbau, von der Wohnbauförderung der Stadt profitieren, die Menschen, die davon profitieren, dass das Wohnpreisniveau durch das Engagement der Stadt gedämpft wird, alle, die Erholung suchen, die unsere schönen Parks und unsere grüne Stadt, unsere Naherholungsgebiete genießen, alle Wiener und Wienerinnen, die sich auf hochqualitative und leistbare Versorgung durch die Betriebe der Wiener Daseinsvorsorge verlassen können und natürlich alle, die dadurch einen vernünftig bezahlten Arbeitsplatz in der Stadt finden und zur Wertschöpfung in Wien beitragen, aber auch die Touristen und Touristinnen, die nach Wien kommen, die, und das weiß ich aus vielen Briefen und E-Mails, vom Kulturangebot, von der Sauberkeit der Stadt, von den Öffis und vielen Angeboten, die wir bieten, tief beeindruckt sind.

All das, sehr geehrte Damen und Herren, versteckt sich hinter den Zahlen, die wir heute diskutieren werden. Denn das Wiener Budget hat vielfältige Auswirkungen auf den Alltag aller Wienerinnen und Wiener und aller Menschen, die nach Wien kommen, hierher pendeln oder in Wien eine Ausbildung machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen, wir bekennen uns zu einem sparsamen und effizienten Mitteleinsatz ohne Einsatz der Rasenmähermethode. Kein Cent, kein Euro wird leichtfertig ausgegeben. Wir investieren in die Zukunft. Wir schaffen bleibende Werte, von der U-Bahn bis zu Schulinfrastruktur. Aber wir müssen auch sparen, noch effizienter werden und die richtigen Schwerpunkte setzen. Das ist die große Herausforderung der Finanzpolitik der Stadt in den kommenden Jahren. Daran führt kein Weg vorbei. In der Krise, sehr geehrte Damen und Herren, und das zeigt genau dieser Rechnungsabschluss, sind wir den Wienern und Wienerinnen tatkräftig zur Seite gestanden und werden das auch in Zukunft tun.

Ich freue mich auf unsere Debatte. Ich hoffe auf eine Aussprache, die von Sachlichkeit und Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft unserer Stadt geprägt sein wird.

Eines noch: Der Begriff Sachlichkeit ist gefallen. Ein großes Dankeschön, wie jedes Jahr, an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unserer Stadt, die jeden Tag mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass unsere Stadt noch ein bisschen schöner wird. Und ein ganz großes Dankeschön dem ganzen Team unserer Finanz rund um Finanzdirektor Richard Neidinger. Es ist die Arbeit vieler Monate, die hier vor uns in dieser roten Mappe liegt. Und

es ist wie immer hervorragende und solide Maßarbeit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (*Lang anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Als erste Rednerin ist Frau GRin Marek gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Christine **Marek** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Bürgermeister! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Es geht heute um den Rechnungsabschluss eines Budgets der SPÖ-Alleinregierung. Die GRÜNEN beschließen ihn mit. Daher stehen Sie natürlich auch mit in der Kritik. Rot-Grün ist durchaus mit Vorschusslorbeeren in der öffentlichen Debatte gestartet. Ich glaube, man kann durchaus sagen, mittlerweile ist insgesamt Ernüchterung eingezogen, denn auch Rot-Grün trägt nichts dazu bei, dass wichtige Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Wien muss, meine Damen und Herren, mehr als dringend neu positioniert werden. Wien muss im Wettbewerb, der beinhaltet, bestehen. Wien muss endlich wieder Jobmotor werden. Wien muss eine neue Dynamik entfalten und im wahrsten Sinn des Wortes eine Boom-Stadt werden.

Wien muss schließlich eine Stadt der Wissenschaft und eine Stadt der Bildung – denn das ist das wesentliche Zukunftsthema – werden. Es geht um die Zukunft unserer Stadt, meine Damen und Herren, um Jobs, um Sicherheit und um das Bestehen im europäischen und im regionalen Wettbewerb. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn wir uns ansehen, meine Damen und Herren, womit Rot-Grün gestartet ist, so ist Rot-Grün mit Diskussionen um das Fiakergesetz gestartet, das eine Zeit lang die öffentliche Diskussion beziehungsweise die Medien dominiert hat, Fahrradstraßen, ein dominantes Thema: Prostitutionsgesetz. Das ist das, was wir allgemein von Rot-Grün hören. Alles durchaus wichtige Themen, aber, meine Damen und Herren, absolut falsche Prioritätensetzung, wenn das alles ist. Und das ist offensichtlich alles. Frau StRin Brauner, zu dem, was wir von Ihnen hier gehört haben, kann ich nur sagen: Rosarote Brille ablegen, weil da hat man schon den Eindruck, dass Sie diese aufhaben.

Was fehlt, sind ganz substanzielle Dinge. Was fehlt, sind Initiativen von Rot-Grün zum Durchstarten des Wirtschaftsstandortes und des Arbeitsmarktstandortes Wien. Wirtschaftspolitik ist absolute Fehlansage bei Ihrer Politik. Es gibt eine einzige mediale gemeinsam präsentierte Initiative der StRinnen Brauner und Vassilakou, Förderwettbewerb Green Innovation 2011, die einzige. Selten erlebt man ein solches Desinteresse, kann man fast sagen, bei den so wichtigen Standortthemen, und das gleich im rot-grünen Doppelpack, meine Damen und Herren.

Der Fokus beider Parteien, und das ist schon bemerkenswert, liegt leider immer nur darauf, die Folgen von Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es geht beiden Parteien offensichtlich nicht darum, sich zu überlegen, wie man denn Maßnahmen setzen kann, dass man den Standort Wien belebt, dass Jobs geschaffen werden, dass man

Unternehmen nach Wien holt, die tatsächlich auch qualitätsvolle Jobs in Wien schaffen, dass mehr Jobs in Wien entstehen, der Fokus auf Arbeitsschaffung gelegt werden kann. Ideen und Initiativen zur Stärkung der Wiener Wirtschaft, um so etwas wie eine Wiener Gründerzeit auszulösen, fehlen völlig. Ideenlosigkeit in dieser Beziehung ist leider an der Tagesordnung.

Eine echte Unterstützung für den Standort Wien im Umfeld dynamischer Regionen und Städte gibt es nicht. Was wir dafür immer wieder hören, sind simple Hinweise auf die Region Centrepe, Verweise auf internationale Kooperationen und vieles mehr, immer wieder bis zur Bewusstlosigkeit – wir haben es jetzt auch wieder gehört – Hinweise auf die Lebensqualität Wiens, die absolut gut ist, das unterstreichen wir durchaus, und die immer wieder einzig zitierte Mercer-Studie. Aber es gibt auch andere, meine Damen und Herren. Fritz Aichinger wird sicher auch darauf hinweisen. Das aber, meine Damen und Herren, Frau StRin Brauner, ist zu wenig! Das reicht absolut nicht aus! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenig überraschend und dennoch sehr zu kritisieren ist, auch die rot-grüne Stadtregierung pflegt mit absoluter Hingabe das ständige und permanente Hinhalten auf den Bund. Das ist etwas, was Sie mit Hingabe tun. Ich nenne das Verantwortung abschieben, meine Damen und Herren, insbesondere dort, wo man selbst Verantwortung trägt und verantwortlich ist. Aber es ist halt durchaus praktisch, wenn man selbst entweder nicht willens oder in der Lage ist, Probleme zu lösen. Ich nenne Ihnen hier auch ein paar Beispiele: Entweder beim Fremdenrechtspaket oder beim neuen Medientransparenzgesetz, überhaupt ein besonderes Schmankerl, die Fragen der Medien und Inserate in Wien. Dazu komme ich nachher noch. Kindergartenförderung, ein weiteres Thema, das besonders pikant ist. Hier darf ich Sie daran erinnern, dass das eine Landeskompetenz ist. Die Kindergärten liegen gar nicht in der Kompetenz des Bundes. Zu wenig Lehrer im Pflichtschulbereich, auch dazu komme ich später noch genau, und vieles mehr. Immer dann, wenn es Ihnen in den Kram passt, ist der Bund in Ziehung oder überhaupt schuld an den Problemen. Immer dann hauen Sie auf den Bund hin. Verantwortungsvolle, lösungsorientierte Politik, meine Damen und Herren von Rot-Grün, sieht schlichtweg anders aus! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Rechnungsabschluss 2010, meine Damen und Herren, Frau Stadträtin, ist kein budgetpolitisches Ruhmesblatt. Frau Stadträtin, Sie ergehen sich in rhetorischen Pflichtübungen. Man kann es, glaube ich, nicht anders sagen.

Der Rechnungsabschluss 2010 betrifft nach 2009 nun das zweite Jahr der Krise. Frau Stadträtin, Sie haben es in Ihren Ausführungen gesagt. Das macht sich im Zahlenwerk bemerkbar. Die Schulden steigen massiv von 1,87 Milliarden EUR 2009 auf nun 3,07 Milliarden EUR 2010. Was für mich ganz besonders markant ist, wenn man sich die Zahl 2008 ansieht: Von 2008 bis 2010 hat sich der Schuldenstand der Stadt Wien mehr als verdoppelt. Das sind gigantische Summen, um die es hier geht. Rund 1,3 Milliarden EUR mussten an Fremd-

mitteln, an Krediten aufgenommen werden, eine enorme Summe und zum Leidwesen der Menschen in dieser Stadt, Frau Stadträtin. Sie haben immer gesagt, man hat erfolgreich aus der Krise herausintervenierte. Ich glaube, dieses Argument ist eigentlich heiße Luft, würde ich einmal sagen. Denn in Wien ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, von 8,5 Prozent im Jahr 2009 auf 8,8 Prozent im Jahr 2010, also mehr Schulden und mehr Arbeitslosigkeit, Frau Stadträtin. Wien war das einzige Bundesland, meine Damen und Herren, in dem die Arbeitslosenzahlen gestiegen sind, und das noch dazu von einem ohnehin schon sehr hohen Niveau aus, meine Damen und Herren. Allein das ist ein Grund, den Rechnungsabschluss abzulehnen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Rechtfertigung der SPÖ – ich habe es gerade gesagt –, dass man hier erfolgreich gegengesteuert hat, indem man Schulden gemacht hat und dies notwendig war, löst sich damit in Luft auf. Wien hat Schulden von deutlich mehr als 5 Milliarden EUR. Die SPÖ relativiert das immer ganz locker, so aus der Hüfte heraus und sagt, Schulden sind generell nichts Besonderes, das ist eigentlich nichts Schlimmes und nichts Beunruhigendes. Man sagt also, eigentlich ist es eh wurscht. Das ist das, was man von der SPÖ generell, auch auf Bundesebene, immer wieder hört.

Meine Damen und Herren, die Schulden von Wiener Wohnen in Höhe von 2,36 Milliarden EUR müssen hier auch dazugenommen werden. Wiener Wohnen ist Teil des Magistrats und gehört daher zur Stadt Wien. Das wird immer dezent ignoriert, als würde das gar nicht dazugehören. Selbstverständlich gehört es dazu. Deswegen muss es dazugezählt werden. Damit hat Wien einen Schuldenstand von über 5 Milliarden EUR. Damit hat Wien einen Rekordschuldenstand und bindet so Budgetmittel für ganz wesentliche, wichtige, zukunftsorientierte Investitionen. An sich wäre Wien durchaus wohlhabend. Das Problem ist nur, dass Steuergeld einfach an der falschen Stelle investiert und eingesetzt wird, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Arbeitsmarktpolitik der Stadtregierung – und hier komme ich zu einem ganz wesentlichen Punkt – ist ein einziges Armutszeugnis und ein Desaster. Ich glaube, man kann es gar nicht anders bezeichnen. Seit Jahren gibt es praktisch keinen Beschäftigungszuwachs. Überall in anderen Bundesländern entstehen neue Jobs, nur in Wien leider nicht. Frau Kollegin, in Wien gibt es keine neuen Jobs. Alle Bundesländer schaffen es, nur das rot dominierte Wien schafft es leider nicht. Die Arbeitslosenrate in Wien ist nach wie vor eine der höchsten aller Bundesländer. 2010 waren es traurige 8,8 Prozent. Nur Kärnten lag noch schlechter. Darauf, meine Damen und Herren, brauchen Sie wahrlich nicht stolz zu sein! Vor allem bleibt die Tendenz weiterhin kritisch. Alle Bundesländer, meine Damen und Herren, konnten die Arbeitslosenrate 2010 deutlich senken. Wieder ein einziges Bundesland weist eine steigende Arbeitslosenrate Monat für Monat auf. Drei Mal können wir raten, welches Bundesland; es ist: Wien, meine Damen und Herren! Auch die aktuellen Arbeitslosendaten vom Mai dieses Jahres weisen dem roten Wien wieder – kleiner Wortwitz – die

rote Laterne zu. Mit 8,7 Prozent hat es selbst das südliche Bundesland Kärnten, nun mit 7,4 Prozent, wieder abgehängt.

Wenn man einen Blick zurück in die Vergangenheit macht, sieht man ganz klar, seit Mitte der 90er Jahre, also schon über einen längeren Zeitraum, hat sich Wien in Sachen Arbeitslosigkeit sukzessive und permanent verschlechtert. Seit 2002 fast permanent die schlechteste Arbeitslosenstatistik aller Bundesländer. Statt dass man hier konsequent und regelmäßig gegensteuert und die richtigen Prioritäten setzt, meine Damen und Herren, wurden 2010 die Budgetmittel zur Arbeitsmarktpolitik wieder nicht erhöht. 58 Millionen EUR, wie bereits zuvor.

Das Fazit dazu, meine Damen und Herren: Das alles zeigt, dass die Wiener Stadtregierung, insbesondere die SPÖ, kann man richtig sagen, abgewirtschaftet hat. Die Wienerinnen und Wiener verstehen nicht, wie Sie, Frau StRin Brauner, angesichts dieser Zahlen einfach nur sagen können, Sie sprechen von einem solch erfolgreichen Kampf gegen die Krise und guten Arbeitsmarktdaten.

Wo Sie den erfolgreichen Kampf gegen die Krise und gute Arbeitsmarktdaten sehen, kann ich nicht sagen. Das weiß ich nicht. Es gibt faktisch keine guten Zahlen am Arbeitsmarkt. Die guten Zahlen sehen wir nicht. Diese gibt es nicht, meine Damen und Herren!

Ich komme zu einem weiteren Thema, dem transparenten Budget: Seit Jahren ist es für uns ein ganz zentrales Anliegen. Sie haben es angesprochen, Frau Stadträtin. Es ist Ihnen ein wesentliches Thema. Uns ist es auch ein wesentliches Anliegen. Aber uns ist es ein ehrliches Anliegen, Ihnen anscheinend nicht, dass der Rechnungsabschluss ebenso wie der Voranschlag umfassendere, nämlich deutlich umfassendere Informationen beinhaltet und auch deutlich transparenter wird, nämlich aussagekräftiger wird, als es bisher der Fall ist. Wir fordern einmal mehr, meine Damen und Herren, ein bürgerfreundliches und lesbar gestaltetes Budget. Zum Beispiel Arbeitsbehelfe, wie wir es vom Bund kennen. Dort kann man wirklich Informationen herauslesen, auch wenn man nicht entsprechend vorgebildet ist. Dass die meisten Menschen, die sich dafür interessieren, auch ein entsprechend veröffentlichtes Budget kennen, eine dokumentierte, mittelfristige Budgetplanung, all das braucht es, meine Damen und Herren, eine eigene übersichtliche Darstellung der wichtigsten ausgegliederten Bereiche oder der stadtnahen Fonds samt deren Budgets und Tätigkeitsbereichen mit den detaillierten Finanzierungsströmen zu diesen Institutionen. Natürlich braucht es auch Erläuterungen der finanz- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, Wachstumsraten, Konjunkturdaten und vieles mehr. Es braucht all das, um entsprechende diesbezügliche Benchmark-Vergleiche mit anderen Bundesländern zu haben.

Wenn Wien so gut dasteht, wie Sie sagen, Frau Stadträtin, braucht Wien den Vergleich mit den anderen Bundesländern nicht zu scheuen. Dann veröffentlichen Sie ihn. Machen Sie ihn zum Bestandteil des Budgets und des Rechnungsabschlusses. Fügen Sie ihn bei. Es braucht bürgerfreundliche Erläuterungen der wichtigsten

Budgetbereiche beziehungsweise verwandter Aspekte, wie Schuldenstand und Schuldenmanagement, Zahlungsströme und so weiter. Eine Auflistung der Unternehmensbeteiligungen inklusive Erläuterungen der Beteiligungsstrategien der Stadt Wien. Es kann nicht sein, dass es jedes Mal immer erst eine Anfrage der Oppositionsparteien braucht, damit man solche Informationen endlich bekommt, meine Damen und Herren. Geben Sie diese Informationen auch den Menschen in dieser Stadt, die daran interessiert sind! Das braucht es, Frau Stadträtin! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Erläuterungen zum Stand der Wiener Verwaltungsreform, auch wenn Sie das jetzt so lächerlich gemacht haben, Frau Stadträtin. Was ist schon eine Verwaltungsreform? Verwaltungsreform ist etwas, wo Doppelgleisigkeiten abgeschafft werden, wo es darum geht, Geld, das vielleicht jetzt zu viel in Doppelgleisigkeiten investiert wird, zu finden. Da ist viel Geld vergraben, Frau Stadträtin. Sie wissen das, wenn man sich heute die „Presse“ ansieht, wo etwa bei der Pensionsreform wieder einmal 350 Millionen EUR vergraben sind. Selbst der Ihnen nicht ganz fernstehende Blecha hat bereits darauf hingewiesen. Wien bleibt einmal mehr ausgenommen. Also da gibt es einiges zu tun. Der Stand der Verwaltungsreform, der Personalstand und das Management wären auch etwas, was durchaus in den Informationen enthalten sein könnte. Schließlich sollte eigentlich eine eigene Ausweisung der Ressortbudgetsummen selbstverständlich sein. All das, meine Damen und Herren, Frau Stadträtin, sollte in den Informationen im Sinne des Transparenzgebotes enthalten sein. Viele dieser Punkte, und Sie wissen das, Frau Stadträtin, hat auch der Rechnungshof längst eingefordert. Das ist längst überfällig.

Der Bund macht es längst und hat es längst in die Praxis umgesetzt. Übrigens, meine Damen und Herren, Frau Stadträtin, ein Vorkämpfer für ein transparentes Budget, für eine mittelfristige, auch veröffentlichte Budgetvorschau mit Ausgabenobergrenzen und für eine an die doppelte Buchhaltung angelehnte Haushaltungsführung ist ein Sektionschef, der Ihnen nicht ganz fernsteht. Vielleicht könnte man mit ihm da und dort Gespräche führen und sich von ihm vielleicht ein paar Ezzes abholen, Frau Stadträtin. Ein transparentes Budget ist kein Selbstzweck. Budget ist Kern und Fundament jeder Politik. Gerade hier ist Transparenz notwendig, gerade für die Bürger. Denn Sie sind den Menschen in dieser Stadt verpflichtet. Um diese geht es. Die ÖVP wird hier nicht lockerlassen, meine Damen und Herren!

Was ich besonders beschämend finde, ist, dass die GRÜNEN im letzten Finanzausschuss unseren Anträgen zu diesem Thema nicht zugestimmt haben und offensichtlich jeden ihrer früheren Kritikpunkte schlichtweg vergessen haben.

Meine Damen und Herren, ich bringe hier zum wiederholten Male einen Beschluss- und Resolutionsantrag der GRe Christine Marek und Dr Fritz Aichinger betreffend transparentes Wiener Budget ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, die Budgetmittel fehlen an verschiedensten Enden. Ich habe es gesagt, das Geld

wäre an sich durchaus vorhanden, nur eingesetzt wird es an den falschen Stellen. Fehlen tut es vor allem in den wesentlichen Zukunftsbereichen. Einer der ganz wesentlichen Zukunftsbereiche ist der Bildungsbereich als ganz zentraler Bereich für Zukunftsinvestitionen im laufenden Schuljahr. Mitten im laufenden Schuljahr – wir haben es hier bereits mehrfach besprochen – wurden bereits 160 Lehrerinnen und Lehrer von heute auf morgen einfach eingespart. Im Herbst sollen im Pflichtschulbereich weitere 140 Lehrerinnen und Lehrer eingespart werden. Innerhalb eines einzigen Schuljahres, meine Damen und Herren, sind es damit 300 Lehrerinnen und Lehrer, die einfach gestrichen werden. Da geht es dann wirklich an die Substanz, meine Damen und Herren. Da geht es dann um die Zukunft unserer Kinder.

Bei der Kinderbetreuung fehlen immer noch tausende Plätze. Wir bekommen täglich Mails von Eltern, die wirklich verzweifelt sind, weil sie nach wie vor keine Information bekommen, wie es mit einem Betreuungsplatz aussieht. Besonders die Situation bei den Unter-Dreijährigen ist nach wie vor alles andere als zufriedenstellend, meine Damen und Herren. Da fehlen Budgetmittel. Es ist schlichtweg unanständig, sich hier immer wieder nur auf den Bund auszureden, meine Damen und Herren! Sie sind zuständig! Das Land Wien, die Stadt Wien ist hier zuständig, nicht der Bund, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch dramatischer ist die Situation bei den KindergartenpädagogInnen. Hier fehlen derzeit rund 600. Sie anzuwerben beziehungsweise schlicht in Wien zu halten, kostet Anstrengung und Geld. Aber – auch das habe ich bereits mehrfach gesagt – wenn man von einem Tag auf den anderen den Gratiskindergarten für alle einführt, ohne das entsprechend vorzubereiten, ist es halt einmal so, dass es einfach schwierig ist, wenn man das nicht ordentlich vorbereitet hat.

Meine Damen und Herren, es braucht endlich Maßnahmen, dass alle Kinder in dieser Stadt die besten Chancen für ihre Bildungskarriere haben. Jedes Kind, das bei der Schuleinschreibung nicht ausreichend Deutsch spricht, soll in verpflichtende Vorbereitungs-klassen kommen und nicht weiterhin als außerordentlicher Schüler einfach mitgeschleppt werden. Dieser integrationspolitische Schritt wird ein Meilenstein sein. Wichtig ist, das endlich einzuführen. Dieser Schritt braucht Geld und ist dringend notwendig. Nur dann ist es möglich, dass diese Kinder keine vorprogrammierten Bildungsverlierer sind. Das fordere ich einmal mehr von Ihnen, meine Damen und Herren!

Ganz wesentlich ist eine Aufstockung des Personals bei der Wiener Jugendwohlfahrt. Auch das ist ein ganz wesentliches Thema. Denn dort ist derzeit oft nur das Nötigste möglich, wenn es darum geht, dass man die Schwächsten, die Kinder, schützt, sie unterstützt und ihnen hilft.

Aber auch in vielen anderen Bereichen braucht es dringend Investitionen, etwa wenn es um die Standortbewerbung geht, etwa wenn es darum geht, Unternehmen nach Wien zu holen, etwa wenn es darum geht, Gründungen zu ermöglichen, wenn es darum geht, Jobs

zu schaffen, Unternehmenspolitik zu fördern, diese deutlich auszubauen und vieles mehr.

Diese Liste, meine Damen und Herren, ließe sich beliebig weiterführen. Was aber für all diese Zukunftsinvestitionen gilt, ist, sie würden Wien endlich zukunftsfit machen, statt dass man ständig, und das zeichnet die Wiener Politik seit vielen Jahren im Negativen aus, nur Pflaster auf Probleme draufklebt. Diese sind im Endeffekt, meine Damen und Herren, viel teurer, als wenn von Anfang an ordentlich investiert wird und man die Probleme von der Wurzel an löst, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Damit komme ich zu einem Thema, das in Wien seit vielen Jahren einem Sittenbild der Politik entspricht, nämlich zum Verschwendungsthema. Verschwendung ist etwas, was sich in Wien wie ein roter Faden durch die Politik zieht, und das ist besonders in Sparzeiten dramatisch. Die SPÖ-Stadtregerung lässt keinerlei Initiativen für Kostenoptimierungsprogramme und ausgabenseitige Einsparungsmaßnahmen erkennen. Im Gegenteil: Die Verschwendung von Steuergeldern bestimmt nach wie vor die Stadtpolitik.

Laut dem IHS – und Sie, Frau Stadträtin, kennen all diese Studien! – gibt es ein Einsparungspotenzial bei den städtischen Spitälern von über 100 Millionen EUR pro Jahr. Der Rechnungshof reklamiert, dass das rote Wien von 2005 bis 2007 – und auch das haben wir hier schon oft angesprochen – rund 400 Millionen EUR zu viel an Gebühren verrechnet hat. Das sind 500 EUR pro Haushalt, und das ist viel Geld, meine Damen und Herren! Nimmt man den Zeitraum von 2001 bis 2011, sind es insgesamt 1,1 Milliarden EUR!

Der PID hat im Vorjahr das Rekordbudget von 49,5 Millionen EUR verbraucht, und im Voranschlag 2011 sind noch immer 47,4 Millionen EUR veranschlagt. Planungsfehler und Kostenexplosionen ziehen sich wie ein roter Faden durch Projekte wie etwa die Sanierung der Zentralfirewache, den Bau des Hauptbahnhofs, die Garage im AKH sowie den Prater-Vorplatz. All das sind Schmanckerln im negativen Sinn, meine Damen und Herren, und auf diese Weise wurden zig Millionen Euro an Steuergeldern versenkt. Und alles andere als solidarisch – und das sage ich gerade der SPÖ – ist die Nichtumsetzung der Bundesbeamtenpensionsreform in Wien. Diese kostet den Wiener Steuerzahler – ich habe es bereits angesprochen – laut Rechnungshof rund 350 Millionen EUR.

Besonders großzügig ist man bei der Bewerbung von Wahlen und Volksbefragungen und bei der Eigenwerbung, meine Damen und Herren! Ich nenne betreffend Kosten für Bewerbung von Wahlen und Volksbefragungen ein paar Zahlen: Die Steigerungsraten sind wirklich bemerkenswert, und zwar leider auch im negativen Sinn! Die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl 2005 kostete 915 000 EUR brutto, im Vergleich zu 2010 ist das eine Steigerungsrate von 292 Prozent, meine Damen und Herren, auf 3,6 Millionen EUR brutto.

Ein besonderes Schmanckerl sind die Volksbefragungen: 1991 kostete die Volksbefragung insgesamt 400 000 EUR brutto, meine Damen und Herren, und wenn man sich dann die Volksbefragung 2010 ansieht –

das haben die GRÜNEN damals übrigens massiv kritisiert –, dann ist eine Steigerung von 1 000 Prozent beziehungsweise eigentlich von 1 575 Prozent festzustellen, wenn man die jeweiligen Gesamtkosten heranzieht. Die Gesamtkosten betragen brutto 4,4 Millionen EUR. Da ist man sehr großzügig!

Frau StRin Brauner! Wenn Sie vorhin gesagt haben – ich zitierte, ich habe es mir extra aufgeschrieben, Sie schauen wie eine Haftelmacherin aufs Geld zum Gemeinwohl der Wienerinnen und Wiener, dann ist das mehr als mutig, Frau Stadträtin!, überhaupt wenn man sich ansieht, welche Welle an ganzseitigen und doppelseitigen Inseraten es derzeit von Ihnen und von Frau StRin Wehsely in diversen Zeitungen und Medien gibt! Wenn man sich ansieht, was überall gespart wird, wenn es nicht einmal die 2 Millionen EUR für die Lehrer gibt, die derzeit im Pflichtschulbereich eingespart werden, wenn Supplierungen nicht möglich sind und so weiter, und wenn auch im Gesundheitsbereich die Personalvertretung derzeit aufschreit und sagt, dass es ihnen an die Substanz und gegen die Patientinnen und Patienten geht, dann finde ich das wirklich erstaunlich! Und wenn Sie sagen, dass es um das Gemeinwohl der Wienerinnen und Wiener geht und Sie wie eine Haftelmacherin aufs Geld schauen, dann kann ich eigentlich nur staunen und mich wundern, meine Damen und Herren!

Wirklich von Nöten ist – und da sind wir wieder dabei –, dass Strukturen aufgebrochen werden. Es muss möglich sein, vieles in dieser Stadt zu hinterfragen, denn Sie hatten bei Ihrem Referat eine rosarote Brille auf, Frau Stadträtin, und dieses Wunderbild, das Sie hier gezeichnet haben, dieses tolle rosarote Bild einer Stadt, in der alles nur schön ist und in der es keine Probleme gibt, möchte ich schon hinterfragen! Ich glaube, dass wir die Wirtschaft entfesseln und ihr entsprechende Möglichkeiten geben müssen. Wir müssen die Strukturen aufbrechen und den Wirtschaftsstandort stärken, denn nur so entstehen Jobs. Das ist die beste Sozialpolitik, das ist die beste Zukunftsförderung.

Sie haben auch die Privatisierung angesprochen und haben ein neoliberales Schreckensszenario dargestellt, Frau Stadträtin. – Ich denke, dass man sich sehr wohl Gedanken machen und hinterfragen sollte, welche Dienstleistungen eine Kommune anbieten und was eine Stadt auch selbst machen muss. Wir alle wissen nämlich, dass die öffentliche Hand nicht immer nur ein guter Arbeitgeber und ein guter Unternehmer ist.

Ich bin bei Ihnen, dass man bei der Daseinsvorsorge sehr aufpassen muss, aber Sie alle kennen die Studien des IHS und des WIFO und wissen, dass es sehr viele sehr gute und verantwortungsvolle Empfehlungen gibt.

Für uns ist es sehr wichtig, Vorschläge zu machen. Wir lehnen uns nicht zurück, meine Damen und Herren, denn der Wirtschaftsstandort Wien braucht dringend einen Schub für neue Jobs zur Entlastung der Unternehmen. Die Wiener Unternehmen haben heute oft Fesseln auf Grund einer sehr restriktiven und überbordenden Verwaltung. Ebenso brauchen die Bürgerinnen und Bürger frischen Wind. In Wien geschieht aber genau das Gegenteil! In Wien wird, statt dass es einen Wettbewerb

zum Wohl der Menschen gibt, der Standort behindert.

Frau Stadträtin! Sie haben gesagt – und ich habe mir auch das notiert –: „Die Märkte sollen nicht nur für einige wenige funktionieren, sondern für alle.“ – In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen das Beispiel der Wiener Bestattung nennen, Frau Stadträtin. Wie halten Sie es denn da, wenn Sie sagen, die Märkte sollen nicht nur für einige wenige funktionieren, sondern für alle?

Bei der Bestattung tun Sie, Frau Stadträtin, genau das Gegenteil! Das ist das Paradebeispiel für Wettbewerbsverzerrung, die Sie als zuständige Stadträtin in Wirklichkeit selbst verschulden. Nach der Liberalisierung des Marktes im Sommer 2002 wurde der Bestattungsmarkt in Wien rekommunalisiert und wieder monopolisiert. Das ist übrigens ein einmaliger Vorgang, ich glaube, dass es kein anderes Beispiel dafür gibt, wo das so vor sich gegangen ist. Im Februar des vergangenen Jahres hat die Bestattung Wien dann den letzten Konkurrenten auf dem Wiener Bestattungsmarkt geschluckt, und bereits ein halbes Jahr zuvor wurde der Konkurrent PAX von der Bestattung Wien übernommen. Man muss übrigens dazusagen: Die Bestattung Wien hat es der Konkurrenz bereits vorher denkbar schwer gemacht, und hat – wie man immer wieder hört – auch mit allen anderen als mit fairen und seriösen Mitteln gekämpft und hat natürlich ihre marktdominierende Position massiv und voll eingesetzt.

Meine Damen und Herren! Sie werden wissen, dass die Bestattung Wien eine 100-prozentige Tochter der Stadtwerke ist und jetzt wieder Monopolstellung hat. Nach der Übernahme der Perikles-Bestattung und des Konkurrenten PAX gibt es jetzt in Wien de facto wieder ein Monopol. *(GR Heinz Hufnagl: Gott sei Dank!)* Gott sei Dank? Das ist ein absolut ... *(GR Heinz Hufnagl: Das war seit Lueger wieder einmal eine gescheite Geschichte!)* Das ist schon eine Weile her, und seitdem hat sich auch viel geändert! Aber gut, das ist auch ein Bild, das die SPÖ gibt! Die Weiterentwicklung ist offensichtlich an der SPÖ vorbeigegangen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch das, meine Damen und Herren, sieht man: Die Zukunft geht an der SPÖ vorbei! Aber wir nehmen das zur Kenntnis, das ist wenig überraschend, meine Damen und Herren!

Dabei gilt – und das sehen wir an der Bestattung Wien – das Prinzip: Alles aus einer Hand. Die Stadt Wien hat das Bestattungsmonopol mit einer GebäudeerrichtungsgesmbH, bei der die Grabsteinerrichtung dabei ist, mit einer Druckerei, einem Sargerzeuger und den Bestattern PAX und Perikles. Und es werden auch laufend Bestattungsunternehmen im Speckgürtel beziehungsweise im Umfeld Wiens aufgekauft, und damit bestimmt die Bestattung Wien den Markt und den Preis im Bereich der Bestattung und sämtlicher dazugehöriger Dienstleistungen. Und das ist, meine Damen und Herren, für die Bürgerinnen und Bürger in Wien eine ausgesprochen teure Angelegenheit! Wir haben Preisvergleiche mit privaten Bestattungsunternehmen in Linz und in Graz angestellt, haben dort entsprechende Anfragen gemacht und haben die jeweils günstigsten Pakete mit dem Paket der Bestattung in Wien verglichen, und das Ergebnis

spricht für sich selbst, meine Damen und Herren: In Wien wird man um 800 EUR beziehungsweise um 1 300 EUR mehr zur Kassa gebeten als in Linz beziehungsweise in Graz, wenn man die Beerdigung eines Angehörigen bezahlt.

Frau Stadträtin! Man kann nur sagen: Im Gegensatz zu dem, was Sie vorher gesagt haben, ist eine Privatisierung ganz klar im Interesse der Wienerinnen und Wiener. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher darf ich jetzt einen Beschluss- und Resolutionsantrag der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Christine Marek, Isabella Leeb und Dr Fritz Aichinger betreffend Monopolstruktur bei der Bestattung Wien einbringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Bilanz von Bgm Häupl nach 15 Jahren ist ernüchternd. Die Zahlen bringen das ganz klar zum Ausdruck: 21,5 Prozent mehr Arbeitslose und 3 Prozent weniger Jobs als im Jahr seines Amtsantritts 1994. – Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache und sprechen für sich! Sie stehen für die verfehlte Politik der SPÖ, und die GRÜNEN, meine Damen und Herren, werden daran nichts ändern! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Die Rechnungsabschlussdebatten und Budgetdebatten in diesem Haus laufen immer nach einem ähnlichen Muster ab. Ich gönne mir immer die Lektüre der Protokolle des vergangenen Jahres, bevor ich mich hier wieder ins Getümmel werfe. Diese Lektüre ist nicht immer erbaulich, aber das muss sein!

Ich möchte mit einer kurzen Replik auf die Klubobfrau der ÖVP, Frau Marek, beginnen. Was uns allen bei der Planung der Finanzen für die Zukunft helfen würde, wären natürlich ganz konkrete Vorschläge.

Ich nenne jetzt nur zwei Beispiele: Ich habe gehört, dass die Österreichische Volkspartei jetzt gerne die Pension der Beamten und Beamtinnen in Wien kürzen möchte. Ich würde gerne genau wissen, um wie viel und bei wem, denn dann könnte man das den Betroffenen auch mitteilen, damit sie das einschätzen können und wissen, wem man genau wie viel Euro jeden Monat wegnehmen möchte. Sie haben sicherlich nicht alle gemeint! Sie haben sicherlich nicht Leute mit kleinen Pensionen gemeint. Was meinen Sie also konkret? Oder möchten Sie wirklich jedem Menschen, der bei der Stadt Wien gearbeitet hat und der jetzt in Pension ist, Geld wegnehmen? – Das hoffe ich nicht! Deswegen bitte ich um einen konkreten Vorschlag, der uns nützen würde. Darüber können wir ja reden.

Für die Privatisierung gilt das Gleiche. VBgmin Brauner hat ausgeführt, dass in Italien gerade am Wochenende eine wirklich epochenartige Abstimmung stattgefunden hat: Es ging dabei um die Privatisierung von Wasser, und 96 Prozent – 96 Prozent! – sagen: Nein danke, wirklich nicht, das kennen wir schon! *(GRin Christine Marek: Wer hat das gesagt?)* Nicht einmal ich habe damit gerechnet, dass es so viele sein werden! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich komme schon wieder da-

zu! – Wenn Sie von Privatisierung reden, wäre es günstig zu wissen, was Ihrer Meinung nach in Wien alles privatisiert werden soll. (*GRin Christine Marek: Das habe ich gesagt!*) Auch das zu wissen wäre nützlich, denn dann können wir es den Leuten, die dort arbeiten, mitteilen. Sie haben ja sicherlich noch mehr Vorschläge. Uns würde das etwas nützen!

Sie haben im Bund BUWOG-Wohnungen gemeinsam mit den Freiheitlichen verkauft, als Sie zuständig waren. Haben Sie das in Wien auch vor? Möchten Sie dann auch wieder Provisionen, so wie bei Meischberger, von 8 Millionen EUR ausschütten? (*GRin Christine Marek: Geh bitte!*) Ja oder nein? (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich weiß, dass Ihnen das unangenehm ist! Ich weiß das, aber ich kann es Ihnen nicht ersparen! Die Wahrheit ist auch der Österreichischen Volkspartei zumutbar. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Was Sie betreffend Privatisierungen vorschlagen, hat uns genau dorthin geführt, wo wir jetzt sind. Diese Art entfesselter Marktkapitalismus hat dorthin geführt, wo wir jetzt stehen. Das hat nicht funktioniert, und jetzt plötzlich kämpfen Staaten und Städte mit ihren Budgets, weil das Geld anderswo hingeflossen ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Dann lesen Sie bitte den Valluga-Report, Liechtenstein! Die freuen sich darüber, deswegen genießen sie sich auch nicht, das hineinzuschreiben: Überall gibt es mehr Millionäre und Millionärinnen, überall auf der ganzen Welt, auch in Österreich.

Seit 25 Jahren ist die Österreichische Volkspartei in der Bundesregierung, und immer noch fordert sie die Privatisierung einzelner Teile. Ich würde gerne wissen, welche Sie meinen: Wasser? – Nein! Ich bin schon froh, wenn ich das höre! Wasser wollen Sie nicht privatisieren. Welche Sachen aber doch? (*GR Ing Mag Bernhard Dwork: Die Bestattung!*)

Kommen Sie heraus, und erklären Sie mir, was privatisiert wird und wie viel jeder einzelne Pensionist und jede einzelne Pensionistin in Wien verlieren! Wem wollen Sie das Geld wegnehmen, um es nachher Karl-Heinz und Fiona zu geben, wie Sie das auf Bundesebene laufend tun? (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Der Rechnungsabschluss hat eine ganz einfache Logik: Die Regierung legt ihn vor, erfindet eine Mehrheit, und die Opposition stimmt dagegen, und zwar unabhängig davon – das kann man so sagen, das ist wie bei den Budgets am Ende des Jahres, und das läuft in den Bezirken im Wesentlichen auch nicht anders –, wer gerade drinnen sitzt. Gott und alle anderen mögen uns davor bewahren, dass jemals ÖVP und FPÖ diese Stadt regieren! Aber sogar sie würden, wenn sie heute zuständig wären, einem Rechnungsabschluss zustimmen, weil das der Logik des Parlamentarismus entspricht. Eigentlich gibt es die Möglichkeit, einen Rechnungsabschluss abzulehnen, nicht. Das wissen Sie ja! Wie soll man das denn machen? Das wäre ja so, als wenn man nicht zur Kenntnis nähme, dass es im August wärmer ist als im Dezember!

Es gibt jetzt einen Rechnungsabschluss. Daran waren die GRÜNEN nicht beteiligt, denn das Budget 2009

wurde ohne unsere Stimmen beschlossen. Jetzt liegt der Rechnungsabschluss für 2010 vor, und selbstverständlich sind wir politische Realisten und Realistinnen genug: Wir werden diesem Rechnungsabschluss zustimmen. No na net! Das ist keine Überraschung. Das ist genauso wenig Überraschung wie die Tatsache, dass die Österreichische Volkspartei und die FPÖ nicht zustimmen werden!

Ich habe mir noch etwas gegönnt und war dann überrascht: Letztes Jahr um diese Zeit hat hier der Wahlkampf stattgefunden, und ich war, als ich mir die Reden durchgelesen habe, wirklich selber erstaunt. Für uns haben letztes Jahr Martin Margulies und Maria Vassilakou dazu gesprochen, und Maria Vassilakou hat mit der Lebensqualität in Wien begonnen und gesagt: Wir wohnen gerne in Wien. – Sie hat die Mercer-Studie zitiert und gesagt, dass es okay ist, dass sich Leute freuen, in dieser Stadt zu leben, denen es insgesamt ökonomisch gut geht, dass man aber auch auf die anderen schauen muss, weil halt ein Unterschied besteht, ob man in einer Cottagelage oder am Gürtel oder an der Triester Straße wohnt.

Sie hat das Verkehrsproblem und die Luftqualität angesprochen und gesagt: Deswegen wollen wir unter anderem den Radfahranteil erhöhen, deswegen geben wir Geld für die Energieplanung aus, und deswegen wollen wir betreffend Klimawandel etwas unternehmen. – Und all das, was sie letztes Jahr gesagt hat, fließt jetzt in die Politik dieser Stadtregierung ein.

Bildung, Bildung, Bildung: Sie hat lange über den Gratiskindergarten geredet, der jetzt auch angesprochen wurde, und es ist schon Chuzpe, wenn die Österreichische Volkspartei den Gratiskindergarten immer noch reklamiert! – Wir haben neun Bundesländer. In acht davon sitzt die ÖVP in der Regierung, nur hier nicht. Und in welchem dieser neun Bundesländer gibt es einen Gratiskindergarten? – In Wien, und zwar für alle! Und wo gibt es das nicht? – Überall dort, wo Sie zuständig sind! In allen anderen Bundesländern gibt es ihn nicht! Acht Mal ÖVP zuständig, acht Mal kein Gratiskindergarten! Ein Mal ÖVP nicht zuständig, da haben die Kinder Glück gehabt, da gibt es nämlich einen Gratiskindergarten. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Masel tov! Masel tov für die Wiener Kinder! Sie haben ihn nämlich dort, wo Sie zuständig waren, sogar sukzessiv zurückgefahren.

Maria Vassilakou hat letztes Jahr von Armutsbekämpfung gesprochen. Was haben wir unter anderem getan? – Gleich wurde die Kindermindestsicherung erhöht, und zwar natürlich gegen die Stimmen der Volkspartei und gegen die Stimmen der Freiheitlichen. Das war ein großer Wurf, den Sie in den anderen Budgets in Österreich vergeblich suchen! ÖVP und FPÖ haben dagegen gestimmt. Wir aber haben hier die höchste Kindermindestsicherung beschlossen. Es wurde exakt das umgesetzt, was letzten Juni im Wahlkampf von Maria Vassilakou hier besprochen wurde.

Das ist der Unterschied, der mich tatsächlich stolz macht, wenn ich mir das durchlese und wenn ich mir die Reden der ÖVP und der FPÖ von vergangenem Jahr

durchlese. Diese waren nämlich wirklich ausschließlich inhaltsleeres Wahlkampfgebrabbel! Und ein Ordnungsruf ist deswegen nicht ziemlich, weil das einfach genau das trifft, was es war: Es war ein Gebrabbel, nichts anderes! Wirklich! Lesen Sie selber nach! Ich habe alles dabei!

Wir haben die Klamaukauftritte Ihnen überlassen. Martin Margulies gilt als hitziger Redner, aber lesen Sie einmal durch, was er damals gesagt hat: Ja zum Schuldenmachen in der Krise. Man muss sich überlegen, wie man in Zukunft vorgeht. – Und deswegen sind wir ja jetzt damit beschäftigt. Er hätte gerne eine Aussicht auf 2010, 2011, 2012 und 2013 gehabt und gewusst: Wie geht es weiter? – Und genau deswegen sitzen wir in der Regierung und kümmern uns darum. Gemeinsam mit der Sozialdemokratie tun wir das, was wir letztes Jahr hier gesagt haben.

Ich könnte es mir jetzt leicht machen und sagen, dass das Budget 2010 nicht unseres war, und fertig! Aber die GRÜNEN machen es sich prinzipiell nicht leicht. Wir haben vergangenen Herbst natürlich genau gewusst, welche Aufgabe auf uns zukommt, das war kein großes Geheimnis. Die Budgets sind knapper als vorher. Es war vorher schöner, in Österreich zu regieren, als jedes Jahr mehr Geld da war und man überlegt hat, welches Projekt man noch finanzieren könnte.

Wir als GRÜNE hätten jetzt natürlich sagen können: Das ist ein ganz schlechter Zeitpunkt, die entfesselte Marktwirtschaft hat alles ruiniert, warten wir, bis die Zeiten besser werden und bis die Pyramidenspiele der Banken vorbei sind. – Das haben wir aber aus guten Gründen nicht getan, denn wenn nicht wir, wer würde denn dann mitregieren? – Das kann man wirklich niemandem zumuten! Rot-Blau kommt eh nicht in Frage, aber auch die Vorstellung, dass die Österreichische Volkspartei statt der GRÜNEN hier übernommen hätte, gefällt mir nicht.

Das ist der Unterschied, den wir in unserer Bewertung immer betonen: Nicht irgendein Traumland zeichnen, sondern mit der Realität umgehen. Es hat zwei Varianten im vergangenen Herbst gegeben, nämlich entweder mit Ihnen gemeinsam den Gratiskindergarten abzuschaffen wie zum Beispiel in der Steiermark, und die Kindermindestsicherung unten zu halten, wie Sie es in allen anderen Bundesländern praktizieren, oder mit den GRÜNEN in den Bereichen Gerechtigkeit und Verteilung den Schritt in die richtige Richtung zu gehen. – Das haben wir getan.

Über das, was Sie uns immer vorrechnen, könnten wir jetzt diskutieren. Da würden wir jetzt da sitzen und die eine oder andere Privatisierung, die Sie mit Mühe und Not vielleicht durchgesetzt hätten, und die Kürzung von Pensionen kritisieren. Statt mehr Geld für Kinder weniger Geld für ältere Leute: Das ist das Ergebnis, mit dem die ÖVP da steht, und das ist erbärmlich genug! Seien wir froh, dass Sie nicht zuständig sind! Auch deswegen haben wir uns dazu durchgerungen, in einer schwierigen Situation Verantwortung in der Stadt zu übernehmen. Und das ist nicht leicht.

Wenn man nach Niederösterreich schaut und einen Vergleich zieht, dann stellt man fest, dass die Niederös-

terreicher es nicht einmal, als die Zeiten gut waren, geschafft haben, das Budget zu sanieren. Herr Pröll in Niederösterreich hat zugesehen, wie die Wiener Regierung, damals die SPÖ allein, jedes Jahr Schulden abgebaut hat, weil die Konjunkturlage das erlaubt hat. Man kann jetzt darüber streiten, ob man vielleicht etwas mehr investieren müssen hätte oder nicht, aber jedenfalls sind während der guten Jahren hier Schulden abgebaut worden, in Niederösterreich hingegen sind sie jedes Jahr gestiegen. Das führt jetzt dazu, dass es in Niederösterreich, wo Sie von der ÖVP allein fuhrwerken, einen hohen Schuldenstand gibt. Das sieht man auf der Tabelle nicht, aber das sollte man eigentlich in der Schule oder anderswo jedem zeigen. Der Schuldenstand in Niederösterreich beträgt über 4 000 EUR pro Kopf. – Alle reden immer über Kärnten. Es schaut wirklich schlimm in Kärnten aus, aber der Schuldenstand in Niederösterreich ist noch um ein Eck höher. Das ist unglaublich!

Wenn man momentan fragen würde, wer den höchsten Schuldenstand in Österreich hat, dann würde wahrscheinlich jeder sagen, dass es Kärnten ist. Dort besteht ein 20 Mal so hohes Risiko wie in Griechenland. Wir könnten uns 20 Staaten, die so schlecht da stehen wie Griechenland, erlauben, bevor wir das von der FPÖ ruinierte Kärnten ein Mal finanzieren könnten! Allein dieses Verhältnis muss man sich einmal vorstellen! Aber noch schlimmer steht Niederösterreich da, das eine Pro-Kopf-Verschuldung von über 4 000 EUR hat. Das wurde heute bereits genauer ausgeführt.

Mit der FPÖ ist kein Staat zu machen, das wissen wir. Deswegen sind wir froh, wenn sie möglichst nirgends regiert! Aber es ist schade um das schöne Kärnten, denn schön ist es allemal! Nicht alle dort haben sich das verdient, aber die FPÖ hat dort eh keine absolute Mehrheit. Mit der FPÖ ist kein Staat zu machen, das wissen wir seit dem BUWOG-Skandal. Und Sie werden es wieder so machen. Wenn Sie jemals wieder dran kommen, denn werden Sie wieder in alle Futtertröge hineingreifen, und dann geht es von vorne los! Wenn man 8 Millionen EUR unter Ihnen verteilt, dann sind alle reich, nicht nur die, die es nicht ohnedies schon sind.

Sie wissen das ja! Wenn man Ihnen die Sammlung an Leuten vorhält, die in der FPÖ Politik machen, dann ist Ihnen das zwar unangenehm und dann bin ich der Unhöfliche, weil ich mir erlaube, den Missstand aufzuzeigen, dass in der Freiheitlichen Partei eine ganze Menge von Landtagsabgeordneten, Nationalräten und Nationalrätinnen herumlaufen, die schon Haftstrafen auf dem Buckel haben. Dann heißt es immer, dass es unhöflich ist, das zu sagen, anstatt dass Sie sich genießen und dass wenigstens irgendwann einmal irgendeiner sagt, dass ihm das nicht passt. Aber nachdem Sie nicht wissen, ob einer von denen zu Ihrer nächsten Geburtstagsfeier kommt, können Sie sich auch nicht im Vorhinein für ihn entschuldigen! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Mit der Volkspartei ist kein Sozialstaat zu machen. Das ist nicht viel besser. Mit Ihnen kann man keinen Staat und keine Stadt bauen, wo es einen Zusammenhalt gibt. Das funktioniert nicht! Und auch das geht mir auf die Nerven, wenn man glaubt, dass es unhöflich ist,

wenn man jemandem in Anzug und mit Krawatte und genagelten Schuhe die Wahrheit sagt. Sie sind zuständig für die Leute, die im „Trend“ unter „verdammte reich“ laufen. Das ist eine super G'schicht! Und diese Leute haben eine super Einstellung: Sie sind steinreich, aber wenn man sie um Spenden fragt, dann heißt es: Spenden? – Nein! Das ist nichts, denn da weiß man nicht, wohin das Geld geht! Wenn ich es in meinen Säcken behalte, dann weiß ich, wo es ist, dann bleibt es da drinnen, dann habe ich es und weiß, was ich damit mache. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Ein ganz guter Vorschlag kam übrigens von Herrn Taus, falls ihn noch irgendjemand im Haus kennen sollte. Herr Taus von der Volkspartei macht jetzt einen Vorschlag, wie man das mit den Aktien alles neu regelt, denn da haben ja ein paar Leute etwas verloren. Jetzt sollen Aktien zwar ohne Stimmrecht, dafür aber mit höheren Zinsen ausgegeben werden, als wenn man das Geld auf die Bank legt, und das soll garantiert sein. – So stellen sich das kluge Wirtschaftler vor! Sie wollen kein Risiko, sondern sie brauchen eine Garantie. Das Geld muss wachsen, das Geld arbeitet plötzlich wieder. Das sind die Vorschläge, die von Fionas Freunden und Freundinnen von der Volkspartei kommen!

Deswegen passt das Wiener Umfrageergebnis auch super zur ÖVP. Die 10 Prozent der Reichsten werden von der Lobbyistenpartei ÖVP geschützt. In Wien liegen Sie ungefähr bei 10 Prozent. Das passt super zusammen! Wenn das so bleibt und sich der Bund in diese Richtung bewegt, dann haben wir tatsächlich in einem Bereich eine Gerechtigkeit beim Wahlergebnis erreicht! Diesbezüglich würde ich der ÖVP bundesweit tatsächlich empfehlen: Nehmen Sie sich die Wiener ÖVP zum Beispiel, folgen Sie ihr in die Einstelligkeit! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wir kämpfen in Wien für eine völlig neue Energiepolitik, für dieses Solarkraftwerk. Das haben Sie ja schon gehört. Das könnte sogar einigen gefallen, denn dabei geht es eh darum, dass engagierte Wiener und Wienerinnen selbst aktiv werden und sich selbst einschalten. Man kann das unter den Slogan stellen: „Jedes Dach ein kleines Kraftwerk!“ – Darüber, dass wir raus aus Atom wollen, sind eh alle einer Meinung, wir wollen aber raus aus Öl, Gas und Atom! Das ist eine Zukunftsfrage, das ist eine Verteilungsfrage, das ist eine Gerechtigkeitsfrage. Daran hängt viel, das Klima, unser aller Gesundheit, die Atmungskrankungen der Kinder. Darin ist alles enthalten, das ist wie beim Radverkehr, all das ist eine Geschichte. Deswegen übernehmen wir diese Aufgabe, deswegen tut Rot-Grün etwas anderes als in anderen Bundesländern, mit der Ausnahme von Oberösterreich, wo im Ökologiebereich tatsächlich viel weitergeht.

All das wird jetzt – das denke ich mir, wenn ich mir die Reden vom Vorjahr durchlese – die FPÖ nicht interessieren. Sie belegen nämlich immer wieder, dass diese PISA-Studie – und komme ich nicht zu den Deutschkenntnissen! – auch betreffend Rechnen recht hat. Es gibt in Österreich eine Menge von Leuten, die mit den Grundrechnungsarten Schwierigkeiten haben. – Darüber sollte man sich aber nicht lustig machen, liebe Kollegen

und Kolleginnen, das ist nämlich schade! Und ich behaupte, dass einige davon in der FPÖ sitzen. Das ist nicht lustig! Sie müssen nämlich einmal alles zusammenrechnen! Wenn man nämlich alles zusammenrechnet, dann kommt man drauf, dass es sich hinten und vorne nicht ausgeht. Aber das ist Ihnen halt wurscht! Sie können nämlich hier herauskommen und faktenfrei dahinfabulieren! Ihnen ist das wurscht!

Mehr investieren, mehr ausgeben, aber nichts einnehmen und nichts wird teurer und, und, und: Das ist Ihre Rechnung! Da muss ich sagen: Bist du narrisch! Bereits in der 2. Klasse Volksschule weiß ein Kind, dass das nicht geht! Mein älterer Sohn wird erst eingeschult, aber ich hoffe, dass er das nächste Jahr zu Weihnachten drauf hat! *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Was wir brauchen, um all diese wichtigen Aufgaben tatsächlich in Angriff nehmen zu können, ist Geld. Das stimmt! Aber davon haben wir nicht genug. Man kann das auf mehreren Ebenen diskutieren. Man kann sich einerseits fragen, wo man bei den Ausgaben sparen kann. Und Sie können ganz sicher sein, dass wir uns das auch anschauen! Weder die SPÖ noch die GRÜNEN haben daran Interesse, Geld auszugeben, wenn es nicht dringend notwendig ist. Also werden wir die Potenziale heben, die es gibt. Wir werden uns fragen: Wo kann man ohne Leistungskürzungen für die Wiener und Wienerinnen tatsächlich Geld sparen? – Konkrete Vorschläge sind immer willkommen! Kollegen von der ÖVP und der FPÖ! Konkrete Vorschläge sind immer willkommen!

Man kann auch darüber reden, wo man Geld ausgibt beziehungsweise welche Leistungen eingespart werden können. – Dazu fällt mir nicht so wahnsinnig viel ein, das muss ich schon zugeben!

Und dann kann man noch darüber reden, wo man etwas einnehmen kann. In Österreich haben in erster Linie die einzelnen Städte, die einzelnen Dörfer und die einzelnen Gemeinden ein Einnahmeproblem. Das hängt wiederum damit zusammen, dass in diesem Land der Rettungsschirm über Fiona, Karl-Heinz und deren Freunden hängt. – Wir haben die niedrigsten Vermögenssteuern aller OECD-Staaten. Das ist kein Zufall! Das schneit es nicht herunter! Das ist nicht wie im Advent, im Herbst oder im Winter! Das ist Politik, die in diesem Land betrieben wird! Und hätten wir nur die durchschnittlichen Vermögenssteuern der OECD, dann würde das über den Finanzausgleich 500 Millionen EUR nach Wien bringen.

Alle schönen Ideen aus allen schönen Anträgen, die in diesem Hause eingebracht werden, sind finanzierbar! Alles, was es dafür braucht, ist Politik auf Bundesebene, bei der gesagt wird: Jetzt ist Schluss mit dem Umverteilen von unten nach oben! Jetzt ist Schluss mit diesen komischen Vorschlägen von Taus & Co! Jetzt ist Schluss mit den 9-Millionen-EUR-Geschenken für die Meischbergers! Jetzt ist Schluss mit gekauften Gesetzen wie bei Herrn Strasser! – Wir machen jetzt einmal Politik für die Mehrheit in diesem Land und für die Mehrheit in dieser Stadt!

Deswegen ist es unter anderem wichtig, dass wir hier tatsächlich mit der Vision einer gerechten Gesellschaft

knallharte realistische Politik machen. Deswegen ist es notwendig, dass die GRÜNEN heute diesem Rechnungsabschluss zustimmen, denn den Spaß, den sich die ÖVP und die FPÖ machen würden, den geben wir uns nicht!

Aber noch wichtiger ist, dass wir zeigen – und das tun wir momentan in Wien –, dass eine Koalition auch solide arbeiten kann und dass man ein Bundesland nicht in den Abgrund führen muss. Wir wissen haargenau: Kärnten ist unfinanzierbar, so wie es jetzt aussieht, von selbst erholen sich die nicht mehr. Das geht sich nicht aus. Dafür können die Kärntner und Kärntnerinnen nichts, aber Ihre Politikerinnen und Politiker, die im Süden arbeiten, die können schon etwas dafür! Das geht sich nicht mehr anders aus.

Dieses Land braucht 2013 eine Regierung, die Städten wie Wien durch die Besteuerung ermöglicht, realistisch zu arbeiten. Ich habe – von der ÖVP im Übrigen – etwas von Schwarz-Blau gehört, aber ich sage noch einmal: Schwarz-Blau können wir uns nicht leisten! So einfach ist das! Und das werden wir den Wienerinnen und Wiener und darüber hinaus auch allen in Österreich erklären, denn darum geht es. Wir haben in Wien große Aufgaben, die große Finanzmittel notwendig machen.

Es ist notwendig, die Vermögen jener zu besteuern, die unter Beruf „Sohn“ angeben können, wenn sie am Abend fortgehen. Und bevor jetzt wieder irgendjemand von der Volkspartei kommt und das Märchen von den kleinen Sparbüchern erzählt, nehmen wir doch einmal all jene, die mehr als 6 000 EUR im Monat verdienen und die mehr als 1 Million EUR an Grund und Boden haben, und überlegen wir uns, was wir tun können, bevor jetzt wieder der Rucksack kommt, in dem man das Geld davonträgt. Nehmen wir einmal diese Leute! Da fühlen sich hier herinnen nicht mehr viele betroffen. Nehmen wir einmal die, und überlegen wir uns, was wir denen wegnehmen können, etwa den Porsches, den Piechs, den Flicks und so weiter. Dort liegen Milliarden herum, und die können all das nicht bei sich tragen.

Wer eine Studie lesen kann, könnte auch einmal lesen, dass es nicht ausschließlich um Bargeld geht, sondern um Häuser und Grundstücke, die mehr als die Hälfte des Ganzen ausmachen. Es geht nicht ausschließlich um Finanzkapital. Das wird nicht mitgenommen. Auf die Kaiman-Inseln nimmt man kein Grundstück im Rucksack oder Koffer mit. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Wenn die ÖVP und FPÖ Unkonkretes sagen, dann ist das nicht so schlimm, weil sie damit nichts Konkretes tun, und deswegen ist es nicht so anstrengend für alle Wienerinnen und Wiener. – Was wir brauchen, ist dieses Modell von Wien für ganz Österreich. Wir sehen jetzt einen Vergleich, und diese Tabelle sollte man zumindest den Abgeordneten zur Verfügung stellen, damit sie sich über die Pro-Kopf-Verschuldung in Österreich unterhalten können. Ich möchte jetzt überhaupt keine Jubelmeldungen verkünden, ein Schuldenstand ist nie ein Spaß. Besser wäre, man hätte keine Schulden! Tatsache ist aber jedenfalls, dass dieses Bundesland pro Kopf weniger verschuldet ist als alle anderen. Das ist eine Tatsache, wenn man alles zusammennimmt. *(GR Mag Johann*

Gudenus, MAIS: Sagen Sie es nur, das ist wichtig!)

Kärnten liegt halt weit hinten, und es hat sich in Österreich schon herumgesprochen, dass die Wirtschaftskompetenz der FPÖ eine Mähr ist und in die Märchenwelt gehört! Das wissen schon alle. Außer im privaten Bereich: Aber so weit wollen Sie nicht gehen, dass Privatisierungen in Zukunft Meischberger oder so ähnlich heißen. Das meinen Sie nicht! Sie meinen mit Privatisierung nicht, dass man die eigenen Taschen füllt, denn das wäre mitunter vielleicht auch einmal kriminell. Und das wollen ja nicht alle von Ihnen sein!

Damit wir unsere Arbeit weiter machen können – und ich freue mich sehr, dass wir noch viele Jahre vor uns haben –, werden wir heute diesem Rechnungsabschluss zustimmen. Und ich sage allen, die die Arbeit der GRÜNEN im Speziellen und nicht nur jene der Stadtregierung insgesamt messen wollen: Messen Sie uns doch am nächsten Budget und nicht ausschließlich an den Rechnungsabschlüssen! Ich gebe schon zu: 2010 war die Handschrift der GRÜNEN logischerweise noch nicht in aller Deutlichkeit erkennbar, denn da haben wir erst knapp 30 Tage regiert, wenn man Weihnachten großzügigerweise mitrechnet.

Schauen wir, wie weit Rot-Grün insgesamt kommt! Der nächste Entwurf und die nächste Gelegenheit zu einer seriösen Debatte – die wir dieses Mal, wie ich befürchte, versäumen – gibt es im November. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Kollege Ellensohn! Sie haben eine Wortwahl getroffen, die ich so nicht mitbekommen habe. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht. Es geht um die Unterstellung von kriminellen Handlungen. Ich werde mir das anschauen und entsprechend darauf reagieren.

Als nächster Redner zu Wort gelangt Herr Mag Gudenus. Ich erteile es ihm. – Bitte schön.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Kollege Ellensohn ist wieder auf der Jagd nach Ordnungsrufen. Das ist auch ein Hobby! Das muss man ihm zugestehen!

Liebe Gemeinderäte! Hohes Haus! „Ist das nötige Geld vorhanden, ist das Ende meistens gut.“ – Dieser Spruch stammt von Berthold Brecht, einem deutschen Dramatiker und Dichter, wie wir alle wissen. Sie aber, Frau Finanzstadträtin, haben dafür gesorgt, dass das nötige Geld für die Lösung wichtiger Probleme, die anstehen, in Wien in Zukunft nicht mehr vorhanden sein wird! Und wenn es so weitergeht, dann wird es leider in Wien nicht sehr gut enden! Aber dafür gibt es ja Gott sei Dank uns Freiheitliche, die genau das verhindern und abstellen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn es mit jemandem böse enden wird, dann mit der SPÖ! So wird es Gott sei Dank am Ende dieser Legislaturperiode ein Happy End geben: Mehr FPÖ und weniger SPÖ! Dafür sorgen wird! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde von der SPÖ mit grünen Farbtupfern! Ganz ehrlich: Es war sehr erfrischend, wieder einmal den Wor-

ten von Herrn Ellensohn zuzusehen! (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Zuzuhören und zuzusehen!*) Zuzusehen und zuzuhören, denn seine Rede ist auch sehr reich an Gestik!

Seit heute habe ich eine Erkenntnis: Früher wurden die GRÜNEN immer als Melone bezeichnet, außen grün und innen rot. Seit der letzten Wahl stimmt das aber nicht mehr ganz! Die GRÜNEN sind eher wie ein Paprika, nämlich grün, nichts drinnen, und sie hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie sind sogar so hohl, dass Sie Ihre Regierungsbeilegung als Erfolg werten. – Das Einzige, was Sie zu dieser Regierung beitragen, ist die Tatsache, dass Sie der SPÖ die absolute Mehrheit zurückgegeben haben. Die SPÖ hat hier im Gemeinderat durch Ihre Beilegung 60 Mandate. Sie selbst haben sich aber total aufgegeben. Da ist überhaupt nichts mehr vorhanden! Sie sind wirklich hohl, nur um mitregieren zu können.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege Gudenus! Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass der Ausdruck „Sie sind so hohl“ der Würde dieses Hauses nicht zuträglich ist! Ich erteile einen Ordnungsruf.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*fortsetzend*): Dann sind eben die Paprikas, die den GRÜNEN ähnlich schauen, sehr hohl! Jedenfalls haben sie nichts dazu beigetragen, dass hier Kontrolle, Objektivität und Transparenz einziehen, was auch in der Wiener Stadtregierung und vor allem in der Finanzgebarung wichtig wäre. Wir haben einfach kein Vertrauen in die Wiener Finanzgebarung, und wir trauen Ihnen diese auch in Zukunft nicht zu! Daher lehnen wir diesen Rechnungsabschluss natürlich ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Auch die Wienerinnen und Wiener haben Ihre Miswirtschaft einfach satt. Sie haben diese Mischung aus Unvermögen und völlig falscher Prioritätensetzung, auf die ich noch eingehen werde, satt. Wenn Frau StRin Brauner heute gesagt hat, dass sie bewusst wenig Zahlen genannt hat, da ohnedies alles im Rechnungsabschluss offen liegt, dann merkt man: Sie haben Angst, die Zahlen wirklich beim Namen zu nennen und hier zu präsentieren, denn die Zahlen demaskieren regelrecht Ihr Unvermögen!

Der Rechnungshof hat ganz richtig festgestellt: „Die Finanzgebarung der Stadt ist undurchsichtig, unklar und sagt nichts über die tatsächliche finanzielle Situation der Stadt aus.“ – Und das, obwohl sich alle politischen Entscheidungen darauf stützen!

Der Rechnungshof sagt weiter: „Es besteht die Gefahr, dass mehr Lasten an künftige Generationen weitergegeben werden, als in den kameralistischen Darstellungen transparent gemacht wird.“ – Damit sind wir bei den Stichwörtern Kontrolle und Transparenz. Diese beiden Wörter sind offenbar Fremdwörter hier im roten Wien! Aber wir Freiheitliche werden dafür sorgen, dass Sie die Bedeutung dieser Fremdwörter verstehen, meine sehr geehrte Damen und Herren von der roten Fraktion! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Rechnungshof sagt ganz richtig, dass eine Gefahr besteht, dass Schulden für die Zukunft gemacht

werden und dass zukünftige Generationen darunter leiden müssen. Das ist einfach Realität!

Es ist auch Realität, dass die Schuldenkrise in Wien und dass das Finanzdesaster einen Namen haben, und dieser Name ist Renate Brauner. Deswegen stellen wir heute als Freiheitliche Fraktion einen Misstrauensantrag gegen Sie, sehr verehrte Frau Stadträtin, weil wir Ihrer Politik und Ihrer Finanzgebarung nicht mehr vertrauen und weil auch die Wienerinnen und Wiener Ihrer Finanzgebarung nicht mehr vertrauen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie sind seit vier Jahren Finanzstadträtin hier in Wien, und in Ihrer Amtszeit haben sich die Schulden der Stadt und somit die Schulden der Wienerinnen und Wiener von 1,4 Milliarden EUR auf 3,7 Milliarden EUR erhöht. Es ist das eine Schuldenexplosion, die ihresgleichen sucht! Das entspricht fast einer Verdreifachung! Allein im Finanzjahr 2010 sind die Schulden der Stadt um zwei Drittel, also um mehr als 64 Prozent beziehungsweise um 1,2 Milliarden EUR explodiert. Und für das aktuelle Finanzjahr 2011 wird die Verschuldung auf Grund des Wiener Voranschlags mit 621 Millionen EUR, also mit einem Plus von mehr als 20 Prozent, prognostiziert. Allein die Kursverluste durch die Verschuldung in Schweizer Franken betragen 233 Millionen EUR. Also auch durch die Buchverluste gab es einen Anstieg um 233 Millionen EUR. – Allein das muss man sich einmal vorstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das sind nur einige Gründe für diesen Misstrauensantrag. Wahrscheinlich würde es, wenn man alle Gründe und Skandale aufzählt, die gesamte Rechnungsabschlusswoche sprengen!

Frau Finanzstadträtin Brauner hat nicht nur diese beispiellose Schuldenexplosion zu verantworten, sondern sie steht auch für zahlreiche Missstände, Skandale und Fehlentscheidungen, auf die wir heute noch ganz ausführlich zu sprechen kommen werden, wofür allerdings – wie gesagt – die Zeit nicht reichen würde. Missstände, Pleiten, Skandale, Steuergeldverschwendung, Machtmissbrauch, Freunderlwirtschaft: Das sind nur einige Stichwörter, um die Finanzpolitik hier in Wien zu beschreiben. Aber diese Ausdrücke sind sehr höflich gewählt, das muss ich sagen.

Kommen wir zum Stichwort Steuergeldverschwendung: Man könnte glauben, dass es, wenn die Frau Finanzstadträtin mit Geld um sich wirft, den Wienerinnen und Wienern auch etwas bringt. Das ist aber ein Irrglaube, und das ist falsch gedacht! Vielmehr gibt es eine Mindestsicherung für Ausländer, also eine Einladung zum Abhängen in der sozialen Hängematte in Wien.

Außerdem findet zum Beispiel eine sogenannte Entwicklungshilfe statt. Da werden Computer für Sri Lanka angekauft, da gibt es Workshops für Hausangestellte in Namibia, da gibt es in Laos einen Fokus auf Empowerment und Participation. In der Sahara gibt es eine Bewusstseinsbildung für Pflege mit 300 Plakaten sowie Radio- und Fernsehspots. In Albanien werden die Frauen über die dortige Gesetzeslage informiert. Das ist auch interessant! Da finanziert Wien eine Information für Frauen in Albanien über die dortige Gesetzeslage! Es wirklich

unglaublich, wohin unser Geld überall fließt!

Es gibt ein Projekt in Albanien „Gewalt in Familien“. – Dabei muss doch, bitte, der Zustand der Jugendwohlfahrt in Wien verbessert werden! Wir brauchen unser Geld nicht nach Albanien zu verschiffen. Meine Damen und Herren! Sagen wir lieber: „Unser Geld für unsere Leut!“ *(Beifall bei der FPÖ. – Einige Gemeinderäte von der FPÖ halten Transparente mit der Aufschrift „Unser Geld für unsere Leut!“ hoch.)*

Das Geld wird mit beiden Händen ins Ausland gesteckt beziehungsweise mit beiden Händen ins Ausland verschüttet, aber die Lösung der sozialen Frage in Wien bleibt schlicht und einfach auf der Strecke. Sozial ist das Gegenteil von sozialistisch, das sieht man an Ihrer Politik! In Wien leben mittlerweile über 200 000 Wiener in Armut oder sind akut armutsgefährdet. Das sind die traurigen Zahlen. Jeder achte Wiener lebt in einem Haushalt mit einem verfügbaren Einkommen inklusive Sozialleistungen von weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens in Österreich. Besonders gefährdet sind Alleinerzieherinnen, Jugendliche und Familien. Mittlerweile ist eine Entscheidung für Kinder eine Entscheidung für die Armut, und das wird leider im roten Wien noch verschärft. Fast jede dritte Alleinerzieherin ist armutsgefährdet, und das, obwohl Alleinerzieherinnen mit einem Anteil von 77 Prozent viel häufiger erwerbstätig sind als Frauen in Zwei-Eltern-Familien.

Ein Drittel der Menschen, die als obdachlos gemeldet sind, sind mittlerweile unter 30 Jahre alt. Man sieht: Im roten Wien wird die Armut nicht bekämpft, sondern sie wird gefördert und verwaltet, meine sehr geehrten Damen und Herren! Deswegen ist dieser Haushalt nichts anderes als ein großes Armutszeugnis für Wien, ein großes Armutszeugnis für die SPÖ und ein großes Armutszeugnis für Sie, verehrte Frau StRin Brauner! Allein deswegen stellen wir heute diesen Misstrauensantrag. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Leute verarmen zusehends immer mehr, gleichzeitig werden links-linke dubiose Vereine mit Millionen an Steuergeldern gefördert. Darunter sind teils auch demokratiefeindliche Vereine zu finden. Es werden Millionen an Euro bezahlt, damit Frau Brauner und die anderen Stadträte von Inseraten in allen Zeitungen grinsen können, und zwar sind das oftmals doppelseitige Inserate in den Tageszeitungen. Da ist Ihnen nichts zu blöd, und all das mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener, aber für alles andere als für Interessen und für die Probleme der Wienerinnen und Wiener. Da ist von Sparen überhaupt keine Spur!

Aber gerade bei Bereichen, wo Investitionen in Wien notwendig wären, wird der Rotstift angesetzt. Gespart wird bei den beschäftigungswirksamen Investitionen. Bei der Wohnbauförderung gibt es ein Minus von 107 Millionen EUR, beim U-Bahn-Bau ein Minus von 6 Millionen EUR, bei der Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe ein Minus von 2 Millionen EUR. Die Investitionsquote ist unter Frau StRin Brauner von 16 Prozent im Jahr 2009 auf 14,7 Prozent im heurigen Jahr gesunken. All das zeigt, dass die Frau Stadträtin heillos überfordert ist und auch nicht einsehen will, worum es geht. Daher

vertrauen Ihnen auch immer weniger Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch die vielen Arbeitslosen, die Sie mit Ihrer Politik verursachen, vertrauen Ihnen schon lange nicht mehr. Mit Ihrer völlig fehlgeleiteten Kürzungspolitik gefährden Sie akut 6 000 Arbeitsplätze hier in Wien. Während die Arbeitslosigkeit in den anderen Bundesländern sinkt, steigt sie in Wien ungebremst. Wir hatten im vergangenen Jahr in Wien 85 000 Arbeitslose – das sind alles Einzelschicksale! –, das war ein Plus von 7,2 Prozent an Arbeitslosen. Wenn man die Schulungsteilnehmer mit einberechnet, dann liegen wir sogar bei einer Arbeitslosenquote von fast 12 Prozent. Das ist eine Rekordarbeitslosigkeit in Wien, und dafür stehen Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, mit Ihrer Politik, und deswegen versagen wir Ihnen heute das Vertrauen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Liste lässt sich beliebig fortführen. Sie sind einfach keine Arbeiterpartei und keine soziale Partei mehr, sondern Sie verwalten die Arbeitslosigkeit. Und anstatt in Arbeitsplätze für inländische Arbeitslose zu investieren und die Leute aus der Arbeitslosigkeit herauszuholen, öffnen Sie auch noch die Grenzen für die Billigkonkurrenz aus Osteuropa. Am 1. Mai hat die Öffnung stattgefunden, und Sie haben keine Anstrengung unternommen, die Verhandlungen noch einmal aufzunehmen, damit die Frist verlängert wird. Das ist genau Ihre Politik, weil Sie anscheinend die Österreicherinnen und Österreicher hier in Wien vor die Hunde gehen lassen und die österreichischen Arbeitnehmer schlicht ans Messer liefern wollen. Sie liefern die Arbeitnehmer ans Messer, und Sie werden die Früchte dieser Politik in ein paar Monaten und in ein paar Jahren sehen! Genauso lange hat es nämlich in Großbritannien auch gedauert, es waren nicht nur zwei Monate, sondern einige Monate oder Jahre, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese Liste der Verfehlungen lässt sich beliebig fortführen. Bei den Privatinsolvenzen gibt es einen Zuwachs von 15 Prozent. Die Unternehmensinsolvenzen sind im 1. Quartal um 22 Prozent gestiegen. Das heißt, 35 Prozent aller österreichischen Insolvenzen entfallen allein auf die Wiener Wirtschaft. Auch die Gebühren steigen weiter munter an, als gäbe es kein Morgen. In diesem Bereich gab es Anstiege bis zu 35 Prozent in den letzten Jahren. Darauf wird noch genauer eingegangen werden.

Der Rechnungshof hat festgestellt – was Ihnen vollkommen egal ist, weil der Rechnungshof anscheinend für Sie keine Kompetenz hat –, dass die Gebühren, die den Wienerinnen und Wienern aufgebürdet werden, viel zu hoch sind. Das ist Ihnen aber anscheinend vollkommen egal. Der Rechnungshof hat im Jahre 2008 mit einer Initiative der FPÖ eine Sonderprüfung betreffend die Wiener Gebühren durchgeführt. Er hat daraufhin einen Bericht vorgelegt und kritisiert, dass die SPÖ auf Kosten der Gebührenzahler Überschüsse erwirtschaftet und diese zur Finanzierung des allgemeinen Budgets verwendet. Aber das kümmert Sie anscheinend überhaupt nicht! Diese Gebühren sind also eine Art von Steuer, die Sie hier eingerichtet haben. Die rote Stadt beziehungsweise die SPÖ zockt die Bürgerinnen und Bürger ungeniert ab. – Dem werden wir als Freiheitliche

ein Ende setzen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Fazit: Insgesamt kann man sagen, dass die Politik der StRin Brauner ein gewaltiges Plus an Schulden für Wien und ein gewaltiges Plus an Arbeitslosen verursacht hat. Immer mehr Wiener verarmen, und damit muss endlich Schluss sein! Wir setzen heute den Beginn der Initiative: Wien muss von Rot und Grün frei gemacht werden! Wien muss Blau werden! Glasnost und Perestroika gehören nach Wien! – Transparenz und Umbau gehören nach Wien, und dafür arbeiten wir. Bei einer so links-linken Regierung wie im Kommunismus brauchen wir Glasnost und Perestroika, und dafür kämpfen wir Freiheitliche, damit wir endlich vom roten Joch befreit werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Genau deswegen starten wir und bringen heute diesen Misstrauensantrag gegen die heillos überforderte Finanzstadträtin Brauner ein. Ich appelliere jetzt hier an die Gemeinderäte der SPÖ: Ein Drittel der Delegierten hat auch auf Ihrem Parteitag Frau StRin Brauner das Vertrauen versagt, und wir hoffen, dass sich dieser begründete Unmut auch morgen bei der Abstimmung über diesen Misstrauensantrag niederschlägt. Wir gehen davon aus, dass der Klubzwang und das sowjetische Joch nicht verhindern werden, dass die frei gewählten Mandatare ihr freies Mandat ernst nehmen. *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Unglaublich!)* Das ist eine Gewissensfrage. Hiebei geht es um die Zukunft Wiens, und Sie alle, sowohl von Rot als auch von Grün als auch von der ÖVP, sind herzlich eingeladen, diesem Misstrauensantrag zuzustimmen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gehen wir noch zu einem anderen Thema, das Ihnen auch vollkommen egal und fremd ist, nämlich zum Thema Bildung und Zukunft in unserer Heimatstadt. Beim Thema Bildung ist das Versagen der SPÖ offensichtlich. Das Thema Bildung und Schule ist anscheinend Ihr politisches Stiefkind. Wir haben nämlich schon letztes Mal festgestellt, dass eine gut funktionierende Schule für Sie gefährlich ist. Sie wollen keine gut funktionierende Schule, denn Sie wollen, dass die Menschen Ihnen aus der Hand fressen und von Ihnen abhängig sind. Das heißt, Sie wollen keine gut gebildeten Jugendlichen, und Sie tun auch alles dafür, einen entsprechenden Zustand herzustellen, damit noch weniger Bildung in den Schulen vermittelt werden kann!

Das besagt auch die aktuelle Lesestudie hier in Wien. Diese ist das nächste Zeugnis Ihres Versagens. Die jüngste Lesestudie besagt, dass ein Viertel der Volksschüler in Wien kaum lesen kann. Diesen Test haben Sie gestartet, und dann kommt Frau Brandsteidl, die Präsidentin des Stadtschulrates, und sagt: Wir werden diesen Mangel bis Ende des Jahres beheben. – Entschuldigen Sie: Die letzten Jahre wurde die Bildung hinuntergewirtschaftet, es gab einen Fehler und ein Versagen nach dem anderen, und dann wollen Sie diesen Mangel innerhalb eines halben Jahres beheben! Wer glaubt schon, dass derjenige, der einen Brand gelegt hat, diesen auch löschen kann? Das nimmt Ihnen doch keiner ab! Es gibt immer nur diese Ankündigungen, aber dann keine Handlungen. Das nehmen Ihnen die Bürger

in Wien nicht mehr ab, die Bürger lassen sich nicht länger hinters Licht führen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Und diese unseriöse Politik zieht sich auch weiter. Sie haben 160 Landeslehrer eingespart, und Sie haben sozusagen in Planung, heuer 140 Stellen zu streichen. Da fragt man sich wirklich, wie Sie das Bildungssystem retten wollen, wenn Sie eine leistungsfeindliche Gesamtschule einführen wollen!

Ist eine leistungsfeindliche Gesamtschule die Antwort auf die Bildungsmisere? Ist die Antwort auf die Bildungsmisere jetzt, ein Aufsteigen mit drei Fünfern zu ermöglichen oder die Noten überhaupt abzuschaffen? Glauben Sie wirklich, dass die Schüler durch diese Maßnahmen besser lesen, schreiben und rechnen können? Das glaubt doch kein Mensch! Bitte setzen Sie endlich Maßnahmen, dass in den Wiener Pflichtschulen wieder Qualität gesichert wird. Dafür setzen wir uns ein!

Wir sind jetzt kurz vor Schulschluss, und würde man Ihre Arbeit mit einem Zeugnis benoten, dann gäbe es ein glattes Nicht genügend, danke, setzen und durchgefallen! Sie nehmen nämlich den Leistungsgedanken in der Schule nicht ernst. Sie ruinieren unsere Schule, und damit ruinieren Sie auch die Zukunft unseres Landes, und das lassen wir uns sicherlich nicht bieten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man sieht Ihr Bildungsversagen auch in Bezug auf die Integrationspolitik. Da sind Sie vollkommen unbelehrbar und beratungsresistent, weil Sie anscheinend glauben, auf dem richtigen Weg zu sein, wenn sich immer mehr Parallelgesellschaften herausbilden, aber keine Integration stattfindet. Mit diesem Multikulti-Wahn sind Sie gescheitert! Trotzdem machen Sie aber fröhlich weiter, ohne Rücksicht auf Verluste!

Sie müssen Ihren Blick eigentlich nur nach Berlin richten. Soweit werden wir hier auch bald kommen, wenn es so weitergeht mit Ihrer Bildungspolitik und mit Ihrer Integrationspolitik! Die Schulen Berlins werden bereits in drei Gefährdungsklassen eingeteilt. Das stand in der Zeitung „Die Welt“. In der 1. Klasse gibt es Beleidigungen und Sachbeschädigungen, in der 2. Klasse sexuelle Übergriffe und Morddrohungen und in der 3. Klasse Totschlag und Mord. So werden die Berliner Schulen eingeteilt, und Sie sind auf dem besten Weg dazu, genau solche Verhältnisse wie in Berlin auch in Wien zu realisieren und zu installieren! Bitte hören Sie endlich auf mit dieser fehlgeleiteten Integrationspolitik, die voll in die Hosen gegangen ist! Dutzende Studien belegen, dass es in Klassen mit einem höheren Migrantanteil auch zu mehr Mobbing und zu mehr Gewalt kommt. Wenn Sie Klassen mit mehr als 80 Prozent Ausländeranteil zulassen, dann machen Sie sich an der Gewalt, die dort ausartet, mitschuldig! Uns Freiheitlichen können Sie aber nicht vorwerfen, dass wir Sie nicht davor gewarnt hätten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber auch anderes ist Ihnen nicht mehr heilig, zum Beispiel der soziale Wohnbau in Wien. Wien war die Vorzeigestadt für sozialen Wohnbau. Dieser war eines der wesentlichen Fundamente der sozialen Politik in Wien, und darauf können beziehungsweise konnten wir alle natürlich

stolz sein. Jetzt ist das nicht mehr der Fall, denn derzeit geht die SPÖ nicht den sozialen, sondern den unsozialen Weg. Jetzt orientiert sie sich nur mehr an den Besserverdienern, und an die Möglichkeit, leistbares Wohnen durch Eigenleistung und Eigenverantwortung zu ermöglichen, denken Sie von den Schickimicki-Sozialisten überhaupt nicht mehr! Daran sieht man, dass Sie zur Materie überhaupt keinen Zugang mehr haben und dass Ihnen auch vollkommen die Phantasie fehlt, die Probleme zu lösen.

Und auch im Wohnbaubereich ist die Integration vollends gescheitert, denn durch die Ansiedelung von Neo-Österreichern und Ausländern, die weder der deutschen Sprache mächtig noch mit den grundsätzlichen Regeln der Hausordnung vertraut waren, kam es zu massiven Verletzungen der Spielregeln im Zusammenleben. Die Realität zeigt, dass diese Konflikte auf kommunikativem Weg nicht aus dem Weg geräumt werden können, und die Realität zeigt auch – und das ist Ihr Versagen! –, dass bei Beschwerden die alteingesessenen Mieter und Mieterinnen meist im Regen stehen gelassen werden. Da helfen Ihnen auch hunderte Inserate in allen Tageszeitungen um hunderttausende Euro nichts!

Wir wissen nämlich ganz genau, wer die Verantwortung in diesem Bereich trägt, nämlich Wohnbaustadtrat Ludwig und Bgm Häupl! Im sozialen Wohnbau besteht die Misere, dass es im Endeffekt zur Bildung von Parallelgesellschaften kommt und keine Integration stattfindet. Dort ist überhaupt nichts in Ordnung, und daher hat es auch keinen Sinn, dauernd mit der Kamera in den Gemeindebau zu gehen, sich ablichten zu lassen und so zu tun, als wäre in diesem Bereich alles in Ordnung!

Wir Freiheitliche sagen auf jeden Fall, dass Integration eine Bringschuld der Zuwanderer ist. Wer in den Genuss einer Sozialwohnung kommen will, der muss auch zeigen, dass er bereit ist, sich in unserem Land zu integrieren und die Sprache zu beherrschen. Hier in Wien wird Deutsch gesprochen, Deutsch ist die Staatssprache der Republik, und wer nach fünf Jahren Aufenthalt noch immer nicht in der Lage ist, Deutsch zu verstehen und zu sprechen, der darf auch kein Recht auf bestimmte soziale Leistungen haben, weil er sich anscheinend nicht in das Gemeinwesen einfügen will. Warum soll er dann ein Recht auf soziale Leistungen haben?

Es gibt ein juristisches Gutachten, das unsere Forderung untermauert. Dieses Gutachten wurde von der oberösterreichischen Landesregierung in Auftrag gegeben, und in diesem wird auch ganz klar festgestellt, dass es juristisch legitim ist, wenn Kriterien betreffend Deutschkenntnisse erarbeitet und umgesetzt werden.

Eine Sozialwohnung erhält ohnehin nur jemand, der sich seit mindestens fünf Jahren in Österreich aufhält. Und jemand, der nach Ablauf von fünf Jahren nicht einmal Grundkenntnisse der Staats- und Amtssprache hat, wird im Hinblick auf das genannte Vergabekriterium nicht auf Grund seiner ethnischen Herkunft, sondern lediglich in Folge seines mangelnden Interesses am österreichischen Gemeinwesen belastet.

Das sind Maßnahmen, die sachlich gerechtfertigt sind, und ich verstehe nicht, warum Sie sich gegen sol-

che sinnvollen Integrationsvorschläge wehren! Das ist ein sinnvoller Vorschlag, weil auf diese Weise Integration abverlangt wird und auch ein gewisser Anreiz besteht, die deutsche Sprache zu erlernen, um ein Bestandteil der Bevölkerung in Österreich zu werden und nicht umgekehrt. Es sind eben Pflichten und Zwänge notwendig, um Integration und ein friedliches Zusammenleben in Wien zu erreichen.

Etwas sage ich Ihnen jetzt: Dieses dauernde Anbieten an alle, die zu uns kommen, nur um die Hand aufzuhalten, ist wirklich widerlich, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hören Sie endlich auf, sich an die Menschen anzubiedern! Dieser Multikulti-Fetischismus und diese Zuwanderungsgeilheit gehören endlich abgestellt, und dafür werden wir Freiheitliche hier in Wien sorgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Natürlich, es gibt sehr viele Zuwanderer, die sich gut integriert haben und die einen Beitrag leisten. Sie haben Deutsch gelernt, sie sind gerne Österreicher geworden, und wir Freiheitliche begrüßen das. So soll es sein! Genau diese Zuwanderer haben jedoch Ihre Einwanderungs- und Zuwanderungspolitik genauso satt, und deswegen wählen auch immer mehr dieser Zuwanderer die FPÖ. Wir bejahen Zuwanderung, aber nur bei Bedarf. Wir wollen uns die Menschen selbst aussuchen, und nach Möglichkeit kann es auch eine Minuszuwanderung geben. Wenn sich jemand nicht anpasst, nicht Deutsch kann und glaubt, nur die Hand aufhalten zu können, dann sollte er besser gehen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man hat bei vielen Zuwanderern immer mehr den Eindruck, dass sie einfach nicht wollen. Sie kommen her, sie wollen sich aber nicht integrieren, und genau diese werden immer mehr, stolzieren durch unsere Stadt und lassen sich durchfüttern. Und genau diese Menschen hofieren Sie mit Ihrer Politik. Das ist aber der falsche Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Mit diesem Multikulti-Fetischismus geht es weiter bis hin zur Duldung des radikalen Islam. Und diesen Menschen wird anscheinend von Ihnen noch der rote Teppich in Wien ausgerollt! Das zeigt auch die Festnahme dieses Terrorverdächtigen auf dem Wiener Flughafen, und genau dieses Beispiel zeigt, dass wir mit unseren Warnungen immer recht gehabt haben. Das zeigt, dass das Innenministerium mit der Informationspolitik dilettantisch vorgegangen ist, und daher gilt es, endlich das Problem bei den Wurzeln anzupacken!

Es ist Faktum, dass die Verdächtigen in einer Wiener Moschee für diese radikalen Ideen begeistert und auch als Terroristen angeworben wurden. Die rot-grüne Stadtregierung schaut aber nolens volens über die Integrationsunwilligkeit und die extremistischen Tendenzen hinweg. Sie fördert sie zum Teil sogar! Die rot-grüne Regierung baut regelrecht ein kuscheliges Nest für radikale Islamisten in unserer Stadt. Das zeigt nicht zuletzt auch die Art und Weise, wie der türkische Staatspräsident Gül hier im Rathaus im Zusammenhang mit der Eintragung ins Goldene Buch empfangen wurde! Da sind Sie alle vor Herrn Staatspräsident Gül auf dem Bauch gelegen, also

vor jemandem, der selbst als radikaler Islamist gilt. Vor solchen Leuten liegen Sie auf dem Bauch. Sie machen einen Kniefall vor den Islamisten!

Und an den Schulen in Wien wird alles gefördert, was mit dem Islam und der Türkei zu tun hat. Es gibt immer mehr islamischen Religionsunterricht. Es wurden Religionsbücher aus dem Verkehr gezogen, weil wir das moniert haben. Außerdem gibt es seitens türkischer Zuwanderer auch immer mehr Gewaltfälle an Schulen. Das ist evident, das bestätigt auch die Polizei. Und wir Freiheitliche werden nicht locker lassen, auch in Zukunft genau diese Politik aufzudecken! Es kann nicht sein, dass hier in Wien ein Nest von radikalen Islamisten entsteht und die rot-grüne Stadtregierung das auch noch fördert! Da muss endlich einmal eine offene, ehrliche Politik her und gesagt werden: Wir sind Österreicher. Wir lieben unser Land, und wer uns hier beschädigen will, der soll bitte draußen bleiben! – Das sollte unsere Politik sein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sogar in Holland, das als der Leuchtturm für Liberalismus und eine Multikulti-Gesellschaft bekannt ist, ist man jetzt draufgekommen – zumindest einmal auf dem Papier, die Frage ist, ob man das auch umsetzen wird! –, und es werden einige Gesetze geändert werden. Man sieht aber jedenfalls, dass Holland noch als Rechtsstaat funktioniert. Dort ist Meinungsfreiheit wirklich noch ein hohes Gut, dort funktioniert der Rechtsstaat, das zeigt auch der Freispruch von Geert Wilders. Jetzt müssen sich die Politiker in Holland einiges eingestehen, etwa dass Multikulti tot ist. Wer die Kultur, Sprache und Sitten eines Landes ablehnt, der braucht auch nicht dorthin zu ziehen! Das haben die Politiker in Holland endlich eingesehen.

Ähnliches wie die geplanten Gesetzesänderungen in Holland findet sich auch in den langjährigen Forderungen der FPÖ, zum Beispiel dass Moscheen, islamische Gebetshäuser und radikal-islamische Vereine rigoros überwacht werden sollten. Islamische Schulen und Unterrichte sollten genauer kontrolliert werden. Die dort verwendeten Schulbücher sollten auf demokratiefeindliche Inhalte geprüft werden. Der islamische Religionsunterricht und die Predigten in den Moscheen und Gebetshäusern sollten in deutscher Sprache durchgeführt werden.

Und natürlich brauchen wir auch ein Verbot der frauenfeindlichen Burka. Dafür setzen wir Freiheitliche uns natürlich auch ein. Subventionen an solche Vereine sollten geprüft und nach Möglichkeit eingestellt werden. Da hat das rote Wien total versagt. Beim Umgang mit dem radikalen Islam ist das Versagen des roten Wien evident, und das Versagen zieht sich wie ein roter Faden auch durch andere politische Bereiche.

Zum Beispiel gibt es in der Jugendwohlfahrt wieder einen aktuellen Fall, nämlich den Fall der dreijährigen Angelina. In diesem Bereich wird die Jugendwohlfahrt ausgedünnt, sie wird wenig gefördert, gleichzeitig werden aber Vereine in Albanien gefördert, die sich mit dem Thema Gewalt in der Familie beschäftigen. Das ist doch vollkommen unlogisch! Natürlich ist es uns auch sehr wichtig, dass in Albanien Kinder keine Gewalt erfahren. Ich bitte Sie aber: Kümmern wir uns doch zuerst um die

Probleme hier in Wien, bevor wir über den Tellerrand schauen! Wir müssen darauf schauen, dass wir das Steuergeld, das in Wien erwirtschaftet wurde, auch für die Interessen der Wienerinnen und Wiener einsetzen: Unser Geld für unsere Leut', meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Das ist genau wie beim Pawlow'schen Hund! Sie haben reflexartig wohl nichts anderes zu sagen! *(Zwischenruf von GR David Ellensohn.)* Wenn es aber, Herr Ellensohn, so weitergeht, wenn die Finanzpolitik vor allem unter Ihrer Nichtbeteiligung so weitergeht, weil Sie überhaupt nichts tun, dann wird es in Wien böse enden! Wir wollen aber nicht, dass es in Wien böse endet, wir wollen vielleicht, dass es für die SPÖ böse endet, aber wir wollen, dass es in Wien gut endet!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage Ihnen: Diese Geschichte wird ein Happy End haben, und der erste Schritt ist der heutige Misstrauensantrag, weil das Vertrauen der Wienerinnen und Wiener in Ihre Politik einfach nicht mehr vorhanden ist. Das wollen wir heute damit ausdrücken.

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Wir verlangen von Ihnen, vor allem auch einmal Schluss mit der dauernden Eigenwerbung, die Millionen Euro kostet, zu machen. Wir fordern von Ihnen, Schluss mit dieser Entwicklungshilfe zu machen. Es bedarf zum Beispiel einer Durchforstung der Förderungen von Vereinen und eines sofortigen Subventionsstopps bei dubiosen Vereinen.

Abschließend sage ich Ihnen: Es braucht vor allem weniger SPÖ in Wien, es braucht mehr Bürgernähe, es braucht mehr Hinwendung zu den Wienerinnen und Wienern, und wichtig ist vor allem: Unser Geld für unsere Leut'! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Der eingebrachte Misstrauensantrag wurde von einer ausreichenden Anzahl von Gemeinderäten unterstützt und ist in die Debatte einzubeziehen. Die Abstimmung über den Antrag hat nach der Abstimmung über den Verhandlungsgegenstand zu erfolgen.

Meine Damen und Herren Kollegen! Ich darf, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, noch einmal an Sie appellieren, keine globalen Unterstellungen und keine Beleidigungen auszusprechen! Die Debatte wird dadurch nicht besser.

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin!

Dieses Budget, über dessen Rechnungsabschluss heute debattiert wird, wurde im Jahr 2009 erstellt, also im Jahr des Höhepunktes der Wirtschaftskrise, als überhaupt noch nicht absehbar war, wie sie denn ausgehen wird. Damals war nicht sicher, ob es gelingen wird, durch Maßnahmen der öffentlichen Hände weltweit zu einem Ergebnis zu kommen, damit ein wirtschaftlicher Einbruch, wie es ihn 80 Jahre davor bei der Weltwirtschaftskrise gab, nicht noch einmal in dieser Form auf die Menschen zukommt. Alle öffentlichen Hände waren aufgerufen, dabei aktiv zu sein, damit wir durch Maßnahmen im

investiven Bereich, im Beschäftigungsbereich und vor allem bei der Erhaltung von Beschäftigung weiterhin zumindest die Chance haben, die Wirtschaftskrise nicht auf dem Rücken der Menschen austragen zu müssen.

Es ist nämlich auch klar, dass diese Wirtschaftskrise nicht dadurch entstanden ist, dass Menschen wie du und ich, kleinere Einkommensbezieher oder Menschen, die vielleicht arbeitslos sind, auf einmal auf die Idee gekommen sind, Milliarden zu verzocken.

Vielmehr waren das die Finanzjongleure des Turbo-kapitalismus und die Erzzocker, wie sie Karl-Markus Gauß im „Standard“ vom vergangenen Wochenende bezeichnet hat, bei denen dann auch 400 000 Milliarden Dollar als Glücksspielbeute hängen geblieben sind. Das muss man sich einmal vorstellen: 400 000 Milliarden Dollar! Das ist eine Zahl, die das Wiener Budget über Hunderte von Jahren nicht zustande bringt! Das ist eine Zahl, die nicht einmal große Staaten auf dieser Welt in ihren jährlichen Budgets haben!

Hier war also eine Krise zu bewältigen, die man in ihren Auswirkungen nur historisch betrachten konnte, nämlich 80 Jahre davor. Die Folgen davon gingen damals bis zur Radikalisierung in der Politik und zur Radikalisierung der Sitten bis zum Sittenverfall im Zweiten Weltkrieg und all dem, was an Negativem im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und begleitenden Faschismen entstanden ist. Dass es gelungen ist, das bisher zu verhindern, ist eine der großen Errungenschaften des Zusammenlebens auf dieser Welt, des Ineinanderwirkens von politischen und ökonomischen Maßnahmen, die im Wesentlichen von der Politik gestaltet und auch politisch durchgesetzt wurden.

Aber offenbar wollen Sie das nicht sehen und den Wiener Rechnungsabschluss über das Jahr 2010 nicht unter diesen Prämissen beurteilen, Herr Kollege Gudenus, sondern unter den Prämissen des Boulevards, und ich bin Ihnen, Herr Vorsitzender, sehr dankbar, dass Sie das mit den Verallgemeinerungen angesprochen haben! Herr Kollege Gudenus! Sie haben diese Verallgemeinerungen in Ihrer Wortwahl aus dem Boulevard und aus dem Jargon der Wirtshaustische herausgezogen, indem Sie gesagt haben, dass es um Abzocke geht, und indem Sie über die Sozialdemokratie geschimpft haben und diese als das Schlechteste dargestellt haben, was der Stadt passieren kann und so weiter und so weiter.

Daraus werden dann schlechte Diskussionen gemacht, daraus entsteht dann aber auch eine Politik der Radikalisierung und in der Folge auch Politikverdrossenheit. Da brauchen Sie sich keine Illusionen zu machen, das trifft auch Ihre Partei, dass die Menschen dann überhaupt nichts mehr von Politik wissen wollen!

Wenn wir nachschauen, wie denn im letzten Jahr in Wien eine Lösung gefunden und in welcher Form in Wien Wirtschaftspolitik gemacht wurde, um zu verhindern, dass wir tiefer in die Krise schlittern, und um zu verhindern, dass die Krise auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen wird, dann können wir feststellen, dass das Ergebnis sehr sehenswert ist und genau von dort kommt, von wo man es erwartet, nämlich von einer sozialdemokratisch regierten Stadt.

Nehmen Sie im Übrigen endlich einmal zur Kenntnis, Herr Gudenus, dass unsere Partei Sozialdemokratische Partei heißt! Sie haben offensichtlich Schwierigkeiten, das Wort demokratisch über Ihre Lippen zu bekommen, und daher bezeichnen Sie uns immer als sozialistisch! – Ich habe nichts dagegen, als sozialistisch bezeichnet zu werden, aber nicht von Ihnen! Wir sind nämlich eine demokratische Partei, und unsere Partei war nie dabei, wenn Demokratie abgeschafft wurde, nie, kein einziges Mal! Es gibt aber viele Parteien in dieser Republik, bei denen das leider der Fall war.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass wir die Möglichkeit haben, auch über die Prinzipien der Budgeterstellung in Zeiten einer Krise und über die Abwicklung und die Durchführung einer Budgetpolitik zu reden. Das Wiener Budget – und die Frau Vizebürgermeisterin hat das deutlich ausgeführt – ist nach den keynesianischen Prinzipien erstellt worden. Wir haben zu Zeiten, als es ein Wirtschaftswachstum gab, Schulden zurückgezahlt, und wir haben uns in Zeiten, in denen es ganz besonders notwendig war, wirtschaftlich unter die Arme zu greifen, nämlich genau in den Jahren 2009 und 2010, darauf konzentriert, die Wirtschaft mit Maßnahmen, die Beschäftigung schaffen und erhalten, in Schwung zu halten. Obwohl wir gewusst haben, dass es im Jahr 2010 bereits deutliche Rückgänge bei den Steuereinnahmen geben wird, haben wir trotzdem darauf geachtet, dass es zu keinem Rückgang bei den Investitionen kommt, sondern Investitionen vorgenommen, weil die Krise sonst klarerweise noch stärker und intensiver zuschlagen könnte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich mir anschau, was denn dazu gesagt wurde, dann haben entweder Frau Marek oder Herr Gudenus – ich weiß es jetzt nicht mehr – die Meinung vertreten, dass wir in Wien einen Beschäftigungsrückgang hätten. – Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben einen Beschäftigungsrückstand in Wien! Danke, Frau Leeb, dass Sie nicken! Sie wissen das offensichtlich, haben also Ihrer Klubvorsitzenden nicht rechtzeitig die Wahrheit gesagt, was vielleicht sinnvoll gewesen wäre!

Es ist in Wien eben nicht zu einem Beschäftigungsrückgang, sondern die ganze Zeit hindurch zu einem Wachstum an Arbeitsplätzen gekommen, und wir stehen nicht an, diese Arbeitsplätze auch den Freunden und den Arbeitsuchenden aus Niederösterreich und dem Burgenland zur Verfügung zu stellen. 250 000 Pendlerinnen und Pendler kommen tagtäglich nach Wien, haben hier ihre Arbeit und können hier ihr Einkommen erwirtschaften, mit dem sie ihr Leben gestalten.

Das Problem liegt aber tatsächlich darin, dass viele dieser Arbeitsplätze keine Vollzeitarbeitsplätze mehr sind. Das ist eine Angelegenheit, die die Wirtschaft wohl selbst einmal mit sich ausmachen muss! Es macht doch keinen Sinn, Menschen in McJobs zu haben, damit sie sich nachher weniger leisten können! Der entscheidende Punkt ist doch, die Wirtschaft so zu organisieren, dass Menschen die Möglichkeit haben, so viel Einkommen für sich selber, für ihre Familien und Kinder zu erwirtschaften, dass sie damit ordentlich auskommen können und nicht auch noch darauf angewiesen sind, obwohl sie

einen Arbeitsplatz haben, Sozialhilfe empfangen zu müssen. Das müssen sich die Wirtschaft und die Unternehmen einmal untereinander ausmachen, und wir werden nicht ruhen, auch daran zu arbeiten!

Dazu noch ein Hinweis: Die Lohnquote, also der Anteil, der mit Arbeit der Hände und des Gehirns erwirtschaftet wird, lag in den 70er Jahren bei 67 bis 68 Prozent. Damals diskutierte man darüber, wie denn die Lohnquote noch steigen kann. Man stellte sich in Kreisky's Regierungszeit nie vor, dass es wieder einmal eine geringere Lohnquote geben könnte. Die Lohnquote liegt jetzt aber deutlich unter 50 Prozent, und daran ist erkennbar, dass es ganz offensichtlich zu einer Schiefverteilung zwischen den Einkommen aus Kapital und Besitz einerseits und den Einkommen aus Arbeit und Leistung andererseits kommt.

Diesbezüglich gehört nachjustiert. Allerdings ist das ein Bereich – Ellensohn hat schon darauf hingewiesen –, den wir in diesem städtischen Parlament nicht selber steuern können. Dieser Gemeinderat kann zum Beispiel die Grundsteuern nicht entsprechend gestalten. Dieser Gemeinderat kann die Vermögenssteuer nicht entsprechend anheben, und dieser Gemeinderat kann keine Erbschaftssteuer einführen. Das sind Angelegenheiten, die auf der Ebene des Bundes zu erledigen sind, und ich bin schon sehr gespannt, wie die Steuerreformvorstellungen der Frau Bundesministerin aussehen und ob sie tatsächlich eine höhere Steuergerechtigkeit zustande bringen kann, gemäß welcher man Einkommen abschöpfen und höhere Beiträge für das Gemeinwesen lukrieren kann. – Derzeit kann ich das nicht erkennen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich sage jetzt etwas zu Frau Marek, auch wenn sie derzeit nicht im Raum ist. Wenn es gelungen ist, in dieser Stadt die Arbeitslosenrate niedrig zu halten, dann ist das nicht dadurch gelungen ... *(GRin Ing Isabella Leeb: Sie ist da, keine Sorge!)* Gut! Du bist da! Sehr schön! Gut zu wissen! Dann kann ich besser auf dich eingehen!

Du hast gemeint, dass die von der SPÖ und den GRÜNEN regierte Stadt die Arbeitslosigkeit zwar bekämpft, aber nicht verhindert. – Das ist interessant zu hören aus dem Mund einer ÖVPLerin, denn von dort hören wir normalerweise, dass die Wirtschaft Arbeitsplätze schafft und nicht die öffentliche Hand. Diese Erkenntnis finde ich gut! Endlich sehen wir es gemeinsam so, dass Arbeitsplätze von tunlichst vielen geschaffen und erhalten werden müssen!

Die strukturellen Unterschiede in dieser Stadt zu den Bundesländern sind allerdings sehr groß, und das hast du bei deiner Rede leider ausgelassen. Die strukturellen Unterschiede bestehen darin, dass Wien generell keine Stadt der Industrie ist, sondern eine Stadt, die sehr stark vom Dienstleistungssektor dominiert ist. Und du weißt ganz genau, dass die ersten Signale eines wirtschaftlichen Aufschwunges aus der Industrie kommen und nicht aus dem Dienstleistungssektor und dass auch die Einbrüche beim Beginn einer Krise zuerst im Industriesektor zu sehen sind. Wir hatten die ersten großen Einbrüche in den industriell dominierten Bundesländern, dort gab es dann auch ein schnelleres Wiederaufholen, aber von

einem wesentlich tieferen Niveau beziehungsweise von einer höheren Arbeitslosigkeit, als das in Wien jemals der Fall war.

Ich verstehe überhaupt nicht, warum Kollege Hoch in einer Presseaussendung die Abschaffung des WAFF propagiert hat! – Wenn wir den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds nicht hätten, dann hätten wir ein viel größeres Problem im Zusammenhang mit der Transformation und Weitergabe von Wissen und der Qualifikation von Personal!

Ich war sehr verwundert, dass du dich bei der Verschwendungspolitik auf Punkte konzentriert hast, die in dieser Form wohl nicht ganz stimmen! Dass sich dein Landesparteiensekretär – oder wie er bei euch heißt – beim Hauptbahnhof nicht auskennt, obwohl er Favoritner ist, haben wir ja schon, als er noch Gemeinderat war, mitbekommen! Jedenfalls wird es aber beim Hauptbahnhof nicht teurer. Das Projekt Hauptbahnhof ist so kalkuliert, dass es ein sehr gutes Ergebnis geben wird, und das vor allem rechtzeitig.

Ich verstehe nicht, warum du als Beispiel für Privatisierungen ausgerechnet die Bestattung wählst, die von einem deiner Vorgänger als Wiener Parteiohmann, nämlich vom christlichsozialen Bürgermeister Lueger, damals kommunalisiert wurde! Ich frage mich, warum du die Pomfineberer nicht willst! Die gehören genauso zu Wien wie das Ottakringer und das Gulasch! Das hat schon Zilk damals gemeint. *(GRin Christine Marek: In Graz wird zum Beispiel Wettbewerb zugelassen!)*

Das Thema ist nur, dass Wettbewerber das auch mögen müssen! Und Wettbewerber wollten das in Wien nicht! So ist das, weil die städtische Bestattung ganz offensichtlich von den Wienerinnen und Wienern in dieser Form gewünscht ist und sie nicht unbedingt zu einem privaten Pomfineberer gehen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte aber zur Investitionstätigkeit insgesamt zurückkommen. Auch bei der Investitionstätigkeit gibt es sehr große Unterschiede. Man kann natürlich Projekte machen, die wenig sinnvoll sind. Man kann zum Beispiel Spitäler in knappem Abstand zueinander neu errichten und dann sagen, dass das gute Investitionspolitik ist. – Das ist aber weder eine gescheite Spitalspolitik noch gute Investitionspolitik!

In Wien schaut das anders aus. In Wien achten wir darauf, dass Schwerpunktspitäler entsprechend ausgestattet sind und sich dort befinden, wo die Bevölkerung wohnt, und wir sind auch dabei, die Synergien daraus zu schöpfen, und zwar in einer Form, dass sie auch für die Beschäftigten in diesem Sektor ausreichend und gut wirken.

Sehr oft kommt auch Kritik gegen kulturelle Einrichtungen und Maßnahmen. Wir dürfen nicht übersehen, dass gerade in der Kultur Wiens als Welthauptstadt der Kultur und der Musik, die im Weltkulturerbe auch als Stadt der Musik geehrt wird, eine ganz hohe Umwegentabilität liegt, und das ist gerade in Krisenzeiten ein wesentlicher Sektor, der aufrechtzuerhalten ist. Gerade Kulturpolitik und zum Beispiel auch der Bereich der Wiener Bühnen sind wesentliche Bestandteile des Projekts der Erhaltung von Beschäftigten auch im Kulturbereich,

also auch im tertiären und quartären Sektor. Dort konnten aus eigener Kraft die wirtschaftlichen Veränderungen, die notwendig waren, während dieser Krisenzeit endlich gesetzt werden.

Wir müssen aber während einer solchen Krisensituation auch sehr genau darauf schauen, für wen etwas billiger und für wen wird etwas teurer wird oder wer keine Leistungen mehr bekommt. Und ich teile Ihre Ansicht überhaupt nicht, Herr Gudenus, wenn Sie der Meinung sind, dass es bei den Sozialisten nichts Soziales mehr gibt! Im Gegenteil! Alle Maßnahmen, die in diesem Rechnungsabschluss enthalten sind, und alle Maßnahmen, die im Budget 2011 auch mit grüner Beteiligung gesetzt werden, gehen davon aus, dass genau dort nachjustiert und justiert wird, wo es entsprechende Möglichkeiten gibt, ohne die sozial Schwachen und Menschen zu treffen, denen es sowieso nicht gut geht. Genau das ist sozialdemokratische Politik! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sie diffamieren Menschen, wenn Sie sagen, dass nur Menschen hierher kommen, die die Sozialhilfe mitnehmen wollen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das habe ich nicht gesagt!)* Sie haben gesagt, dass alle hierher kommen und nur die Hand aufhalten. Sie haben das so gesagt! Sie können das im Protokoll nachlesen! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ich habe nicht gesagt, dass alle so sind, sondern dass viele kommen, die sich so verhalten!)*

Ich habe genau mitgeschrieben! Das wird sie vielleicht überraschen! Ich bin vielleicht der Einzige, der Ihnen zuhört, aber ich habe das genau mitgeschrieben! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Hören Sie bitte genau zu!)* Sie haben gesagt: Alle kommen nun hierher und halten die Hand auf. – Das ist super! Das ist Schüren von Hass! Sie inkludieren alle, die sie nicht wollen, wenn Sie von allen reden, und sagen: Das sind Menschen, die nur hierher kommen, um die Hand aufzuhalten. Wenn Sie das am Wirthaustisch sagen, dann mag das ein Argument sein, für welches man Ihnen zuklatscht. Aber auch dort wissen alle, dass es falsch ist. Auch dort wissen die Menschen, dass das falsch ist! Sonst würden sie doch nicht sagen: Wir brauchen Strache und Gudenus jetzt, damit wir es den anderen zeigen können, aber in der Regierung wollen wir die nicht! Das kommt nämlich bei den Umfragen heraus, Herr Gudenus, das sollten Sie sich merken, auch wenn Sie dann behaupten, dass es für Wien eine gute Zeit wäre, wenn die SPÖ nicht dabei wäre.

Wir können uns das ja anschauen! Die FPÖ hat Regierungsverantwortung getragen, und sie trägt sie nach wie vor mit einem Ableger in Kärnten, und wie es dort ausschaut, das ist super!

Sie haben uns vor dieser Rechnungsabschlussdebatte auch dessen geziehen, dass die SPÖ Diskussionsverweigerung betreibt! Herr Gudenus! Das tun wir nicht! Aber schauen Sie doch einmal nach, wie die Budgetdebatten in Kärnten im Jahr 2006 und 2007 verlaufen sind! Da hat es ja überhaupt keine gegeben! Da gab es keine Budgetdebatte. Es gab im Jahr 2008 um 22 Uhr einen Beschluss über den Rechnungsabschluss 2006, 2007

und 2008 in einem. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Anscheinend gab es nichts zu diskutieren!)*

Herr Gudenus! Wir betreiben keine Diskussionsverweigerung! Wir in Wien diskutieren gerne. Wir diskutieren gerne sachlich über Themen, die für die Stadt wichtig sind. Wir diskutieren aber sehr ungern, wenn Sie sagen, wir betreiben einen Multikulti-Fetischismus oder wir sind wie die Radikalislamisten. Herr Gudenus! Das glauben Sie doch selbst nicht! Und Sie glauben doch nicht selbst, dass wir vor Herrn Gül auf dem Boden gelegen sind, als er sich ins Goldene Buch des Rathauses eingetragen hat! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Davon gibt es aber Fotos!)* Ich war dabei, ich bin sehr wohl dort gestanden. Sie schaffen es nicht einmal, über ein solches Ereignis richtig zu reden!

Dass Ihnen Herr Wilders gefällt, ist wirklich super! Sie wissen ganz genau, was in den Niederlanden in den letzten Jahren zu Gange war! Dort haben Populisten die Bevölkerung aufgehetzt, bis es zu einer Radikalisierung auf beiden Seiten hin zu einem politischen Mord gekommen ist. – Das wollen wir nicht in Wien! Das wollen wir absolut nicht in Wien! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Deswegen treten wir ganz bewusst gegen solche Aussagen auf. Ich bin dem Vorsitzenden sehr dankbar, dass er das, bevor ich zum Wort gekommen bin, selbst auch gesagt hat! So reden wir im Gemeinderat nicht miteinander über ein Gemeinwesen, das ordentlich funktionieren soll. So nicht, Herr Gudenus!

Wenn Sie jetzt auch noch versuchen, Ihre mühsam zusammengetragenen Argumente in einem Misstrauensantrag gegen Frau Brauner aufzuarbeiten, dann ist es natürlich Ihr gutes Recht, sich einmal die Mühe für Ihre Rede zu machen und gleichzeitig einen Misstrauensantrag zu formulieren! Sachlich wird es damit aber nicht besser! Sie haben schon von Herrn Ellensohn gehört, wie hoch der Schuldenstand in Niederösterreich ist, und Sie haben von mir und von vielen anderen auch schon gehört, wie hoch der Schuldenstand in Kärnten ist und wie hoch die Ausfallhaftungen für Kärnten sind, die diese Stadt auch mittragen muss, weil dieser Umbrella – dieser Regenschirm – auch über Kärnten gespannt ist. Wir sind eben eine Solidargemeinschaft.

Sie haben aber auch gehört, wie die wirtschaftlichen Daten dieser Stadt aussehen. Ob Sie es glauben oder nicht: Diese Stadt ist für den sozialen Ausgleich. Diese Stadt ist für soziale Gerechtigkeit. Es gibt hier Dinge, die in Kärnten wieder abgeschafft werden, die unter ÖVP-Beteiligung – Ellensohn hat es gesagt – in anderen Bundesländern gar nicht einmal eingeführt wurden.

Wir haben in Wien den Gratiskindergarten, und dieser Gratiskindergarten ist der Start für eine wissensbasierte Gesellschaft und Ökonomie. Dass das nicht ohne Finanzierung geht, muss Ihnen wohl auch klar sein. Das ist ein ganz ordentlicher Brocken im Budget, und zwar gerade dann, wenn die Bevölkerung aus sich heraus und nicht durch Zuwanderung wächst, und es ist viel schwieriger, in Zeiten, in denen die Steuereinnahmen nicht so sprudeln, wie das in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten der Fall ist, entsprechend zu handeln.

Trotzdem gelingt es, diesen Gratiskindergarten aufrechtzuerhalten, der nicht nur eine Förderung für den unteren Mittelstand bedeutet. Gerade Familien bei der Gründung ihrer Familie haben es besonders notwendig, dass man sie unterstützt. Es ist dies aber auch eine Unterstützung für die wissensbasierte Gesellschaft, für das Heranbilden von Kindern im Hinblick auf die Gestaltung einer Gesellschaft, die in einer der wohlhabendsten Städte Europas so gestaltet sein muss, dass es dort vor allem Forschungs- und Entwicklungsarbeit und nicht nur Werkbankarbeit gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Uns geht es nicht nur darum, dass jedes Kind seinen Kindergartenplatz hat, sondern uns geht es dabei auch um eine sozialpolitische und um eine gesellschaftspolitische Komponente. Jawohl, Herr Gudenus, darum geht es uns auch! Uns geht es auch darum, dass die Frau ihre eigene Entscheidungsfindung hat, ob sie ihren Beruf antreten kann oder nicht. In den Bundesländern ist das nicht der Fall. In den Bundesländern, wo der Kindergarten zu Mittag schließt, geht das schon nicht mehr! *(Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS. – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Herr Gudenus! Ich komme schon noch zu Ihnen! Ich komme ganz genau zu Ihnen, weil Sie das alte Schulsystem immer so wunderbar verteidigen! Sie wollen das Gymnasium, und Sie wollen das Durchfallen. Sie wollen das Rohrstaberl – symbolisiert gesprochen – unbedingt haben. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Na, na, na!)* Sie wollen auf keinen Fall eine Schule, in der Chancengerechtigkeit in der Bildung hergestellt werden kann. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Bleiben Sie sachlich!)*

Sie wollen ganz offensichtlich nicht, dass es zu einer Schule kommt, in der die Stärken gestärkt und die Schwächen geschwächt werden. Sie wollen eine Schule, aus der Menschen kommen, die dann am Bierisch Ihren Argumenten folgen können, die Sie aus den Boulevardzeitungen herausnehmen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist Ihre Politik)* Die Worte Abzocke und das andere Geschimpfe möchte ich jetzt gar nicht wiederholen. Man kann im Protokoll nachlesen, was Sie hier von sich gegeben haben.

Herr Gudenus! Wir sind für eine Schulpolitik, die jedem Kind die bestmögliche Ausbildung bietet, und zwar wirklich jedem Kind, egal, ob der Vater aus dem ersten, aus dem zweiten, aus dem dritten oder aus welchem Stand auch immer kommt, egal, ob der Vater reich oder weniger reich ist oder ob die Mutter Alleinerzieherin beziehungsweise der Vater Alleinerzieher ist. Herr Gudenus! Uns geht es darum, dass jedes Kind, auch wenn die Eltern Migrationshintergrund haben, die bestmögliche Ausbildung bekommen kann. Deswegen werden die Schulen bei uns ausgebaut. Deswegen sind wir für die gemeinsame Mittelstufe der 10- bis 14-Jährigen. Deswegen sind wir für die Einführung der Ganztagschule und der Gesamtschule. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.)*

Herr Gudenus! Wenn Sie hier herausgehen und dann auch noch die komische Geschichte mit der Aufstiegsmöglichkeit mit drei Fünfern erzählen, dann muss ich

sagen: Als Politiker sollte man sich informieren! Da hat man eine gewisse Holschuld. Sie hätten zumindest gestern um 10 Uhr den Fernseher aufdrehen und auf ORF 2 schalten können. Dann hätten Sie hören können, wie das Modulsystem funktioniert und dass dabei ein wesentlich höherer Leistungsdruck herauskommt.

Ich habe das schon einmal bei einer Diskussion mit Ihnen bei einer öffentlichen Veranstaltung gesagt: Wir als Sozialdemokraten sind sehr wohl für Leistung und für Qualität. Wir sind aber dagegen, wenn gesagt wird, dass man Leistung angeblich nur bei jenen findet, die aus einem reicheren Elternhaus kommen. – Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass Leistung von jedem Kind erbracht werden kann, wir unterstützen das, und wir wollen das in den Schulen auch fördern.

Dafür sind zum Beispiel die Lesetests da. Sie können sich sehr gerne darüber lustig machen! Ich kann mich aber gut an eine Zeit erinnern, als Frau Bundesministerin Gehrler die PISA-Tests einfach übergangen hat. Sie hat quasi gesagt: Die gibt es halt! Lassen wir das! Pech gehabt! Wird schon wieder vorbeigehen! In zwei Jahren ist der nächste PISA-Test! Dann werden wir vielleicht besser abschneiden, und man kann sich dann an den ersten Test nicht mehr erinnern.

Mit den Lesetests wird das erstmals auf jedes einzelne Kind heruntergebrochen, und die Lehrer haben damit in den nächsten Klassen die Möglichkeit, diese Mängel auch tatsächlich ordentlich zu beseitigen. Wenn Alphabetisierungskampagnen in Ländern, in denen Menschen nicht lesen und schreiben konnten, innerhalb weniger Wochen und Monate zu dem Ergebnis gekommen sind, dass man dort dann lesen und schreiben konnte, dann wird es doch auch in Wien möglich sein, dass wir die wenigen, die das nicht können, so weit bringen, dass sie lesen und schreiben können! Herr Gudenus! Darüber ergehe ich mich nicht in Witzen oder halblustigen Reden!

Dasselbe trifft auch auf die Deutschkenntnisse zu. No na! Natürlich muss man Deutsch können, wenn man in dieser Republik etwas werden möchte. Man muss es sogar sehr gut können, wenn man sehr viel erreichen möchte. Und selbstverständlich muss man jedem Eltern teil in dieser Stadt klar machen, dass er den Kindern den Erwerb dieser Deutschkenntnisse tunlichst nicht verweigern soll. Das gilt für alle Bereiche der Wissensvermittlung und der Aneignung von Wissen.

Allerdings habe ich überhaupt nicht begriffen, warum man in den eigenen vier Wänden, auch wenn das eine Sozialwohnung ist, nur Deutsch sprechen soll! Das habe ich überhaupt nicht begriffen! Ich verstehe nicht, warum Ihr Wohnbaulandesrat sich auch mit einem Rechtsgutachten untermauern lässt, dass das notwendig ist! Das schauen wir uns einmal an! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie verstehen das offenbar nicht!)*

Herr Gudenus! Wenn Sie ein gutes Thema wie die Frage der Deutschkenntnisse zu einem schlechten Thema machen wollen, dann tun Sie das weiter! Dann werden Sie nämlich merken, dass Sie eher Widerstand ernten und nicht eine positive Entwicklung unterstützen und fördern!

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist fast müßig,

sich weiterhin über diese Themen wie zum Beispiel gestrichene Lehrerpösten und so weiter zu unterhalten. Zu all diesen Themen ist schon vieles und auch Richtiges in vielen Zeitungen gestanden.

Etwas ist aber entscheidend: In dieser Stadt ist im vergangenen Budgetjahr, im Jahr 2010, eine Politik des sparsamen Mitteleinsatzes und des Setzens von Schwerpunkten betrieben worden, und zwar sowohl in der Investitionspolitik als auch in der Förderpolitik, und es ist vor allem sozial gerecht gehandelt worden. Dafür möchte ich der Frau Vizebürgermeisterin, aber natürlich auch den Beamten dieser Stadt meinen Dank aussprechen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Selbstredend bedeutet das, dass ein Misstrauensantrag wohl von keinem unserer Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Unterstützung finden wird!

Herr Gudenus! Sie werden das vielleicht nicht erwarten. Sie könnten sich das bei Ihrer Fraktion nicht trauen! Aber bei meiner Fraktion traue ich mich, die Abstimmung dazu freizugeben. Und ich bin überzeugt davon, dass alle, die hier sitzen, der Frau Vizebürgermeisterin das Vertrauen aussprechen werden! *(StR DDR Eduard Schock: Auf dem Landesparteitag der SPÖ wurde schon das Misstrauen ausgesprochen!)* Auf dem Landesparteitag herrschen andere Gesetze. Das wissen Sie ganz genau, denn auf Ihrem Bundesparteitag hat Ihr Parteivorsitzender auch auf einmal wenig Stimmen bekommen, wesentlich weniger als das andere Mal! *(Zwischenruf von StR DDR Eduard Schock.)*

Na sehen Sie! Bei uns gibt es eine geheime Abstimmung, vielleicht ist das bei euch anders, aber die geheime Abstimmung ist eine ganz wesentliche Errungenschaft der Demokratie! *(Weiterer Zwischenruf von StR DDR Eduard Schock.)* Herr Schock! Wenn Sie die Demokratie so klein halten, dass Sie geheime Abstimmungen nicht wollen, na dann gute Nacht! *(StR DDR Eduard Schock: Wir haben gesehen, wie das ausschaut: 70 Prozent, Herr Schicker!)*

Liebe Frau Vizebürgermeisterin! Herzlichen Dank für diese Leistung! Herzlichen Dank auch den BeamtInnen dieses Hauses für diese Leistung. Die Stadt dankt euch dafür, und die Wienerinnen und Wiener werden das bei der nächsten Wahl auch noch wissen und sich daran erinnern, wie die FPÖ diese Stadt heruntermacht, und diese nicht wählen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr StR Mag Gerstl gemeldet. Ich weise darauf hin, dass die Redezeit nunmehr 20 Minuten beträgt. – Bitte.

StR Mag Wolfgang **Gerstl**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Ellensohn und zuletzt Kollege Schicker haben viel über andere Bundesländer geredet. Es dürfte offensichtlich in dieser Regierung Usus werden, dass man sich gern mit den anderen Bundesländern auseinandersetzt, aber wenig mit dem, was Wien betrifft.

Ich verstehe Sie, Herr Kollege Ellensohn, dass Sie sagen, dass Sie das Budget 2009 nicht zu verantworten haben, aber das ist noch lange kein Grund ... *(GR David*

Ellensohn: 2010!) Ja, 2010! Ich danke herzlichst! – Das ist aber noch lange kein Grund zu sagen, dass Sie nur über die anderen Bundesländer reden! Das ist überhaupt kein Grund.

Ich würde sagen: Wenden wir uns den strukturellen Defiziten der Stadt Wien zu! Die Frau Vizebürgermeisterin und auch Herr Klubobmann Schicker haben versucht, uns mit der generellen Wirtschaftskrise zu erklären, dass diese das alles zur Gänze überdeckende Problem für das Wiener Budget ist. Es werden also die Probleme Wiens sozusagen zugedeckt! – Ich würde sagen: Nein! Wenden wir uns in einer solchen Situation erst recht den strukturellen Defiziten und der konkreten Situation in Wien zu!

Wenn man schon andere Bundesländer zitiert, dann muss man beachten, wie es wäre, wenn in Wien die Arbeitslosenrate gleich hoch wie in Salzburg wäre. Dann würde nämlich die Arbeitslosenrate in Wien um 4 Prozent niedriger sein, und das würde bedeuten, dass in Wien 33 000 Wienerinnen und Wiener mehr Arbeit hätten. Das würde weiters bedeuten, dass 33 000 Wienerinnen und Wiener nicht auf Sozialleistungen in dieser Stadt angewiesen wären und dass sie ihre Familie besser ernähren könnten. Und das würde bedeuten, dass sie den Wirtschaftsaufschwung mitkonsumieren und auch mehr zur Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Stadt beitragen könnten!

Die Sozialdemokratie wird nämlich nicht müde zu sagen, dass das Budget generell nur einnahmenseitig saniert werden kann. Wir haben es gerade von Klubobmann Schicker wieder gehört. Er sprach über eine Erbschaftssteuererhöhung, er sprach von Vermögenssteuern, er sprach davon, dass wir die Grundsteuer erhöhen. – All diese Punkte lehnt die ÖVP eindeutig ab! Aber wir können uns bei einnahmenseitigen Erhöhungen in einem Punkt treffen, nämlich wenn es darum geht, Ja zur Ansiedlung von Betrieben zu sagen, und wenn es darum geht, Produktionsbetriebe in dieser Stadt zu errichten. Es wurde zuvor auch zu Recht darauf hingewiesen, dass wir derer zu wenige haben und dass sich das auch entsprechend auf die Arbeitslosenrate auswirkt, weil wir hauptsächlich eine Dienstleistungsstadt sind.

Warum setzen wir dann nicht Initiativen für mehr Produktionsbetriebe in dieser Stadt? – Dann könnten wir mehr Lohnsteuern in dieser Stadt lukrieren, dann könnten wir mehr Abgaben und Gebühren lukrieren und dann hätten wir durch die Leistung der Menschen in dieser Stadt auch wieder ein verbessertes Budget. Das würden wir uns vorstellen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir über Schwerpunkte reden, welche für diese Stadt notwendig wären, dann stellt sich auch die Frage: Wo setzen wir wirtschaftspolitische Schwerpunkte? Wo setzen wir beschäftigungspolitische Schwerpunkte? – Darauf sage ich, und zwar gerade auch in Richtung der GRÜNEN: Nehmen Sie sich ein Beispiel an unserem Umweltminister Niki Berlakovich. Er setzt auf die Schaffung von Green Jobs. Warum machen Sie das nicht zu Ihrer eigenen Initiative? Gründen wir mehr Green Jobs in dieser Stadt, das würde dieser Stadt wirklich gut tun,

meine Damen und Herren! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Was ist mit dem Beifall?)* Das ist ein Grund zum Klatschen! Das passt! Green Jobs für diese Stadt. *(Beifall von GRin Christine Marek. – Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns auf der einen Seite dem Wirtschaft- und Beschäftigungswachstum zuwenden, dann brauchen wir auf der anderen Seite aber auch einen konkreten Plan für die Unternehmungen der Stadt Wien. Das ist ein Punkt, den ich mir auch näher anschauen möchte, weil ich besonders kritisiere, dass die GRÜNEN seit ihrem Regierungseintritt, der ja nun schon über 200 Tage zurückliegt, nicht ein einziges Mal die Beteiligungen dieser Stadt hinterfragt haben. Stattdessen haben sie ausschließlich auf Fahrradstraßen und auf die Vertreibung der Autofahrer gesetzt und das außer Acht gelassen, worum es wirklich konkret geht, nämlich um das Wirtschaften und um Beteiligungen dort, wo es Sinn macht.

Die Stadt Wien hat über 200 Beteiligungen an Unternehmen in dieser Stadt. Und da müssen wir uns fragen, ob diese wirklich alle sinnvoll sind: Warum engagiert sich die Stadt Wien beim maltesischen Flughafen? Warum engagiert sich die Stadt Wien beim indischen Flughafen? – Um nur ein paar Beispiele zu nennen, aber das, würde ich sagen, sollte man einmal ein bisschen hinterfragen.

Wir haben in der Stadt Wien die Beteiligungen eigentlich über zwei große Konzerne aufgebaut, über die Wien Holding und über die Wiener Stadtwerke. Grundsätzlich könnte man meinen, dass alles in diesem Bereich gehandelt wird. Doch erst am letzten Freitag haben Sie mit einer neuen GmbH, nämlich dem Verein der Wiener Sozialdienste, wieder ein eigenes Unternehmen gegründet, das nicht innerhalb der Holding oder der Stadtwerke beheimatet ist.

Es ist also ganz klar, dass es keine kongruente Form der Beteiligungsführung gibt. Beide Konzerne, Wiener Holding und Wiener Stadtwerke, sind Mischkonzerne, und es stellt sich die Frage, ob es grundsätzlich gescheit ist, dass wir nur Mischkonzerne haben.

Die Generaldirektorin der Wiener Stadtwerke, Frau Dr Payr, die ich übrigens sehr schätze, erklärt heute in einer Zeitung: „Unser Auftrag ist es, die Wienerinnen und Wiener mit Strom, Gas und öffentlichem Personennahverkehr zu versorgen.“ – Ja, das kann ich unterschreiben! Das ist eindeutig! Aber die Wiener Stadtwerke sprechen eine ganz andere Sprache! In deren Rahmen gibt es viel mehr Beteiligungen, die damit gar nichts zu tun haben. Da gibt es auf der einen Seite eine Stadtentwicklungsgesellschaft, und da gibt es auf der anderen Seite den gesamten Bereich der Bestattung und einiges andere mehr.

Im Hinblick darauf müssen Sie sich die Frage gefallen lassen: Hängt das vielleicht nicht nur mit der historischen Situation zusammen, warum die einen bei den Wiener Stadtwerken, die anderen bei der Wiener Holding und die Dritten bei keinem von beiden sind? – Ich meine, da wäre eine neue Beteiligungsstrategie erforderlich! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: So wie in Niederöster-*

reich?)

Es wäre notwendig, dass sich Wien auf die Unternehmensanteile konzentriert, die für Wien unmittelbar notwendig sind. Da gilt es, sich wieder auf die Kernkompetenzen zu konzentrieren und mit einer Entflechtung der Konzerne zu starten, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Thomas Reindl: Welche sind Ihrer Meinung nach die Kernkompetenzen?)*

Meine Damen und Herren! Sie müssen sich die Fragen gefallen lassen: Macht es Sinn, dass die Teerag-Asdag AG, die Porr AG oder eine Druckerei weiterhin bei den Wiener Stadtwerken beteiligt sind? Oder gehört das vielleicht zur Wien Holding? Oder soll man das komplett auslagern? Oder gibt es vielleicht gar keine Notwendigkeit, bei einer Straßenbaufirma beteiligt zu sein? *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Was sind Ihre Vorschläge?)* Sie müssen einmal darüber diskutieren! Sie haben darüber nicht diskutiert, Herr Kollege! Sie haben nicht einmal darüber diskutiert!

Reden wir darüber, was kongruent ist! Wie soll ein Konzern ausschauen? Müssen wir Mischkonzerne haben? Muss es Kernkompetenzen in den einzelnen Konzernen geben? Darüber könnten Sie sich einmal Gedanken machen! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wie lautet Ihr Vorschlag?)*

Meine Damen und Herren! Um jetzt auf einen anderen Problempunkt in dieser Stadt zu kommen: Das Liegenschaftspotenzial ist wahrscheinlich eines der größten, das Österreich insgesamt hat. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Gott sei Dank!)* Ja, genau! Aber umso mehr würde es Sinn machen, wenn dieses Liegenschaftspotenzial auch strategisch verwaltet werden würde!

Wer verwaltet das Liegenschaftspotenzial in der Stadt? – Die MA 69, das Forstamt, das Stadtgartenamt, die einzelnen Gesellschaften der Wiener Stadtwerke, und bei der Wien Holding dort gibt es auch entsprechende Gesellschaften, die sich alle um das Liegenschaftsmanagement der Stadt kümmern. Wundert es da wirklich noch irgendjemanden, wenn der Vorwurf im Raum steht, der da lautet: Die Stadt Wien kauft Liegenschaften teuer und verkauft sie billig!? Bei einem solchen Management, das aus vier, fünf oder sechs verschiedenen Playern besteht, ist es kein Wunder, wenn das passiert, meine Damen und Herren! Auch da wäre eine klare Struktur erforderlich! *(Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Verdient hat die ÖVP daran!)*

Wenden wir uns jetzt dem Ressort der Frau VBgmin Vassilakou zu. Sie hat gerade erst ... *(GR David Ellensohn: Sie haben an diesem Deal verdient!)* An den Wiener Stadtwerken? An der Wiener Holding? Daran haben wir nicht verdient! Da sind Sie jetzt eindeutig auf dem falschen Dampfer, Herr Kollege Ellensohn! Das glauben Sie doch selber nicht!

Sie haben, umgekehrt, für die Frau Vizebürgermeisterin eine Abteilung um 700 000 EUR geschaffen. Und es gibt bei der Frau Vizebürgermeisterin zwei Abteilungen, die genau für dasselbe zuständig sind und nur im Hinblick auf die Bezirke unterschiedliche Aufgabenstrukturen haben, nämlich die MA 21A und die MA 21B. Zwei

Abteilungen sind für die Flächenwidmungen zuständig, der einzige Unterschied besteht darin, dass die eine Abteilung für diese Bezirke und die andere Abteilung für jene Bezirke zuständig ist! Wozu führt das? – Dass es Unterschiede in den Flächenwidmungsplänen gibt, nur weil man zu einem bestimmten Bezirk gehört! Man muss sich vorher anschauen, wo man was errichten möchte und wo der zuständige Abteilungsleiter tätig ist.

Meine Damen und Herren! Wir meinen, dass da eine Strukturreform nötig ist. Darüber müssen wir reden, wenn es um eine Verwaltungsreform geht: Wie können wir zu einem klar strukturierten Management kommen? Wir müssen die Kompetenzkonflikte in dieser Stadt bereinigen, damit es nicht zu unterschiedlichen Ansprüchen der Menschen kommt, die daraus nur Schaden erleiden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder schauen wir uns den Fiakerbetrieb an: Für die Vollziehung ist die MA 65 zuständig. Die MA 60 und die MA 46 haben die Gutachterfunktion beim Fiakerbetrieb. Und wenn die Gesetze nicht eingehalten werden, dann ist für die Bestrafung das Magistratische Bezirksamt zuständig. – Macht diese Trennung in vier verschiedenen Behördeneinrichtungen Sinn? *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Soll die Verkehrsabteilung die veterinärbehördlichen Untersuchungen durchführen?)*

Herr Kollege! Es kann auch Sinn machen! Aber dann frage ich Sie: Warum ist es bei der MA 37 und bei der MA 36 genau umgekehrt, dass dort Sachverständigenfunktion und Behördenfunktion gemeinsam beheimatet sind? Das wären Punkte, über die Sie sich Gedanken machen sollten! Sie sollten einmal ein einheitliches Schema schaffen, damit Sie wissen, ob Sie es in der einen oder anderen Form wollen. Sie haben das aber je nachdem, welche Leute Sie gerade zu versorgen gehabt haben, in der einen oder in der anderen Richtung gemacht, meine Damen und Herren!

Weitere Frage: Gehört es zur Daseinsvorsorge der Stadt, dass wir einen Landwirtschaftsbetrieb führen? – Ich gestehe zu: Die Leistung für Behinderte ist eine notwendige Leistung, die wir erbringen müssen. Es fragt sich aber, ob es dafür notwendig ist, eine gesamte eigene Landwirtschaft zu führen! Gehört das zur Daseinsvorsorge der Stadt Wien?

Oder: In vielen anderen Städten ist es ganz selbstverständlich, wenn es zu einem Einsatz kommt, bei dem man zum Beispiel einen Verletzten aus großer Höhe holen muss, dass Rettung und Feuerwehr gemeinsam agieren. Wir haben zwei unterschiedliche Blaulichtorganisationen mit zwei eigenen strategischen Overheads. Könnte es nicht Sinn machen, dass man, wenn man einen gemeinsamen Einsatzplan erarbeiten muss, das Ganze auch unter einen Overhead stellt? Können wir nicht darüber diskutieren, wie viele Overheads wir in dieser Stadt brauchen, und zwar auch im Sinne eines größeren Nutzens für die Bürgerinnen und Bürger, damit es nicht in dem Moment, in dem der Unfall geschieht, zum Streit um die Zuständigkeit kommt?

Oder: Das Bürgerservice ist über die MA 55 mit 19 Außenstellen organisiert. Das kann Sinn machen. Die Magistratischen Bezirksämter stehen alle für sich, sie

haben keine Oberleitung. Es kommt darauf an, worauf man sich konzentriert: Man kann für das eine oder für das andere Modell sein. Gescheit ist aber jedenfalls, dass man eine einheitliche Struktur hat. Darauf sollten Sie sich meiner Meinung nach mehr konzentrieren!

Zu der gesamten Doppelgleisigkeit kommt noch dazu, dass es nicht einmal in allen Bezirken eine eigene Anlaufstelle für das Meldewesen und für das Passwesen, also für das, was die Menschen oft am dringendsten brauchen, gibt.

Meine Damen und Herren! Ich habe vor einem Vierteljahr hier gesagt, dass die Gesamtverschuldung der Stadt in einem Ausmaß wie noch nie zuvor gestiegen ist, und ich habe dabei diese Aufstellung gezeigt. *(Der Redner zeigt eine Tafel mit der Aufschrift „Wiens Budget-Bilanz 2007 – 2010“.)* Wiens Schulden sind von 2007 bis 2010 von 3,4 Milliarden EUR auf 5,14 Milliarden EUR gestiegen. Das wurde damals von der Frau Vizebürgermeisterin heftigst beeinsprucht. Heute haben wir die Zahlen schwarz auf weiß. Der Schuldenstandanstieg, seitdem die Frau Vizebürgermeisterin als Finanzstadträtin hier agiert, beträgt 57 Prozent. Frau Finanzstadträtin! Das ist die schlechteste Bilanz, die eine Finanzstadträtin je hatte! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das bedeutet, um das in einer anderen Form noch deutlicher zu zeigen, dass jedes Kind, das heute hier geboren wird, bereits einen Schuldenstand von 3 100 EUR hat, ohne dass es irgendeine entsprechende Chance gehabt hätte. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: In Niederösterreich sind es 4 000 EUR!)*

Meine Damen und Herren! 3 100 EUR Schulden für jedes Kind! Darauf sollten Sie sich konzentrieren, damit wir in Zukunft auch noch investieren können! Sie sollten darauf achten, dass Sie nicht so viele Schulden machen, dass Sie die Zukunftsinvestitionen in dieser Stadt verspielen. Das wäre ein Punkt, auf den Sie sich heute konzentrieren müssten, meine Damen und Herren!

Was ich besonders kritisiere, Frau Vizebürgermeisterin, ist, dass Sie in den vergangenen Jahren den Menschen zu erklären versucht haben, dass Sie ein ausgeglichenes Budget hätten. Sie sprachen in mehreren Presseausendungen von einem ausgeglichenen Budget, das Sie nur dadurch erzielt haben, dass Sie Fremdmittel aufgenommen haben. In der Bilanz stand dann aber sozusagen eine Null darunter. Sie haben jedoch den Leuten nicht erklärt, wie es zu der Bilanz null kam, sondern Sie haben versucht, ihnen weiszumachen, dass das Budget ausgeglichen sei.

Meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen sagen: Das grenzt an das, was wir in Griechenland erlebt haben! *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. – GRin Martina Ludwig-Faymann: Daran sieht man, wie realitätsfern Sie schon sind!)* Dort wurde den Menschen auch viele Jahre und Jahrzehnte hindurch nicht die Wahrheit gesagt, und das endete in einem Desaster! – Daher wäre es Zeit, dass wir hier rechtzeitig die Kurve kratzen, meine Damen und Herren! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Unglaublich!)*

Meine Damen und Herren! Meine Klubobfrau hat schon zuvor davon gesprochen: Allein die Angleichung

des Wiener Pensionssystems an das der Beamten des Bundes hätte Einsparungen von 300 Millionen zur Folge. Und dabei geht es nicht um die Kürzung bestehender Pensionen, wie uns Kollege Ellensohn jetzt einzureden versucht, sondern es geht genau um Zukunftssicherung für die nächsten Jahrzehnte und für die Personen, die in den nächsten Jahren in Pension gehen. Und es geht darum, Anreize zu schaffen, damit die Menschen auch länger im Dienst bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und da geht es darum, dass man nicht dann vorzeitig in den Ruhestand versetzt wird, wenn es die Menschen gar nicht wollen. Wir haben jetzt eine große Spitalsreform gemacht, oder wir machen jetzt gerade eine große Spitalsreform. Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben von uns auch da die Unterstützung bekommen, weil wir es für richtig und notwendig halten, eine große Spitalsreform zu machen. Aber jetzt sage ich Ihnen, macht es Sinn, dass der Krankenpfleger im Spital X, das es in Zukunft nicht mehr geben wird, mit 55 Jahren in Pension gehen kann, nämlich auf Grund der vorzeitigen Ruhestandsversetzung aus organisatorischen Gründen, und der Krankenpfleger, der in einem Spital arbeitet, das nicht von der Auflösung betroffen ist, erst mit 62 gehen kann, weil das Regelpensionsalter schon soweit hinaufgegangen ist. Und der eine muss sogar gehen, auch wenn er bleiben möchte.

Meine Damen und Herren, Sie schaffen ja unterschiedliche Zugänge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und als Sie die vorzeitige Ruhestandsversetzung aus organisatorischen Gründen eingeführt haben, war das Regelpensionsalter noch bei 60. Da hat es vielleicht Sinn gemacht, die fünf Jahre Unterschied zu haben. Heute geht das Regelpensionsalter gegen 65, und da haben Sie es verabsäumt, dass Sie diese Regelungen auch entsprechend anpassen, und mein Kollege Ulm wird danach auch noch einen Antrag einbringen, dass diese vorzeitige Ruhestandsversetzung, die in Wirklichkeit aus organisatorischen Gründen erfolgt, abgeschafft wird.

Meine Damen und Herren, Sie sind nämlich in diesem Punkt gegenüber Ihren eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unsolidarisch, und das soll Ihnen zu denken geben, gerade als Sozialdemokratie.

Meine Damen und Herren, es bedarf dieser Plan, dieser Rechnungsabschluss, daher einer neuen Beteiligungsstrategie. Es zeigt sich, dass wir uns auf die Kernbereiche für Wien konzentrieren sollten. Es zeigt, dass eine verbesserte Behördenstruktur notwendig ist, es zeigt, dass sich Wien nicht weiter verschulden darf, sondern dass es seine Leistung zur Sanierung des Budgets in Österreich tragen muss, so wie das in den vergangenen Jahren der Fall war. Es ist notwendig, dass diese Stadt eine bessere Regierung bekommt, als sie hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Ich bitte Sie um Ihr Schlusswort, bitte. *(StR Mag Wolfgang Gerstl verlässt ohne noch etwas zu sagen das Rednerpult.)*

Als nächster Redner ist Herr GR Dipl-Ing Margulies gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich liebe diese sachlichen Auseinandersetzungen im Zuge der Rechnungsabschlussdebatte. Wenngleich ich mir vorweg eine Bemerkung nicht ersparen kann: Nein, ich will nicht, dass unser Geld in die Säcke der FPÖ fließt. Ständig hört man, unser Geld für unsere Leute, nein, Meischbergers haben sich genug bedient, Grassers haben sich genug bedient, Martin Grafs haben sich genug bedient. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Unser Geld, unser aller Geld, soll für die in Österreich lebenden Menschen eingesetzt werden und nicht für ein paar Nehmer, die es in der FPÖ zuhauf gibt. Soviel zur Klarstellung bezüglich „Unser Geld für unsere Leute“. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Doch jetzt möchte ich tatsächlich versuchen, Sie mit einzubeziehen in den Rechnungsabschluss, erlaube mir davor allerdings noch eine Vorbemerkung:

Nur weil wir jetzt in der Regierung sind, ist nicht alle Kritik der Vergangenheit vergessen. Und weil von Kolleginnen und Kollegen der FPÖ Fremdwährungskredite angesprochen wurden: Seit die GRÜNEN regieren, gibt es keinen neuen Fremdwährungskredit. Aber, ich frage jetzt insbesondere die Kollegen und Kolleginnen von FPÖ und ÖVP. Ich frage Sie ganz ernsthaft: Sind Sie der Meinung, dass die Stadt Wien die offenen Fremdwährungsdarlehen zum jetzigen Zeitpunkt zurückzahlen soll, ja oder nein? Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP, Kollegen und Kolleginnen von der FPÖ, soll die Stadt Wien jetzt ihre Fremdwährungsdarlehen zurückzahlen, bei diesem Kurs? *(GR Mag Wolfgang Jung: Was ist mit den Häuselbauern!)* – Ich habe Ihnen eine eindeutige Frage gestellt. Es gibt den einen oder anderen in der FPÖ, der tatsächlich Ja sagt. Das nehme ich zur Kenntnis, das ist eine Position, das ist die Position, die zwar angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der Entwicklung in der Schweiz, der zum Teil auch schon massiv bestehenden Unruhen in der Schweizer Wirtschaft über einen extrem starken Franken ein klares Statement, die Stadt Wien möge 220 Millionen EUR einfach beim Fenster hinauswerfen. Ich sage nicht, ich weiß nicht, wie es ausgeht, niemand weiß es von uns. Was wir allerdings wissen angesichts der Zinsentwicklung im Euroraum und was wir wissen angesichts der gegenwärtigen Situation Euroraum und Schweizer Franken, traue ich mich dazuzusagen, gehen wir das Risiko ein, lassen wir die Schweizer Franken Darlehen stehen und ich bin überzeugt, kein einziger Industrieller in Ihrer Partei, auch in Ihrer, würde zum jetzigen Zeitpunkt die aushaftenden Schweizer Franken Darlehen zum gegenwärtigen Kurs zurückzahlen, noch dazu, wenn er oder sie liquide wäre, es sich leisten könnte, diese Situation auszusitzen. *(GRin Mag Dr Barbara Kappel schüttelt den Kopf.)* Frau Kappel, Sie lächeln, Sie wissen, ich habe recht.

Kollege Prinzhorn würde niemals, niemals in der jetzigen Situation ein Fremdwährungsdarlehen in der Größenordnung von knapp 2 Milliarden Schweizer Franken zurückzahlen, das würde er nicht.

Kritisieren Sie uns nicht dafür. Es gab die Zeiten hier im Gemeinderat, da bin ich da heraußen gestanden, habe Cross Border Leasing kritisiert und Sie haben applaudiert. Ich habe Fremdwährungskredite kritisiert und Sie haben applaudiert, weil damals waren die Fremdwährungskredite ein gutes Geschäft. Das, was Ihnen vorschwebt, ist, man darf immer nur verdienen, verdienen, verdienen, ohne Risiko, aber dann putze ich mich ab. Wir übernehmen diese Verantwortung. Ich sage es ganz offen. Ich übernehme mit diese Verantwortung in unserer gemeinsamen Regierungskoalition. Ich übernehme die Verantwortung für die existenten Darlehen und sage Ihnen, es wäre falsch, diese zum jetzigen Zeitpunkt zurückzuzahlen. Nein, wir nehmen keine weiteren auf. Aber seien wir ein bisschen wirtschaftspolitisch vernünftig in der gegenwärtigen Situation.

Und diese wirtschaftspolitische Achterbahnfahrt, und dazu werde ich noch kommen, die seitens der FPÖ permanent gemacht wird, die werden wir jetzt etwas näher beleuchten.

Ich habe Kollegen Gudenus noch im Ohr, wie er kritisiert, dass die Armut in Wien wächst, wächst und wächst. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was sagt der Bürgermeister dazu!*) Das sagt auch der Bürgermeister, es sagen viele. Wie hat sich das im Budget der Stadt Wien niedergeschlagen. Das hat sich niedergeschlagen, das sage ich bewusst, im Vergleich zum Jahre 2008 mit einem zusätzlichen Aufwand an Sozialhilfe von 60 Millionen EUR. So hat sich die steigende Armut, steigende Unterstützung für Menschen, die wenig Geld haben, niedergeschlagen. Es hat sich niedergeschlagen mit Mehrausgaben im Fonds Soziales Wien: 47 Millionen EUR im Vergleich zu 2008.

Warum nehme ich 2008? Weil ich ja ständig höre, wir sollen keine Gebühren erhöhen, wir sollen senken, aber wir dürfen nirgends sparen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie sollten Ihre Reden wieder einmal lesen!*) Ja, ich habe meine Reden immer gelesen, und wenn Sie sie auch gelesen hätten, dann würden Sie draufkommen, dass ich die Stadt Wien wegen vielem kritisiert habe, aber nicht wegen Sachen, die nicht in ihrem Verantwortungsbereich waren. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was ist mit den Gebühren!*) Und, Kollege Jung, um wie viel Millionen Euro hat die Stadt Wien im Jahr 2010 weniger Geld vom Bund erhalten als im Jahr 2008? Wissen Sie es auswendig ad hoc? Nein, macht nichts, ich sage es Ihnen, 300 Millionen EUR weniger, weniger an Ertragsanteilen, an Finanzzuweisungen et cetera. 320 Millionen EUR weniger, okay.

Im selben Zeitraum, und jetzt frage ich die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP auch, bitte ja oder nein: Sollen wir in Wien den Gratiskindergarten abschaffen, ja oder nein. – Nein.

FPÖ: Ja oder Nein? – Nein. (*StRin Veronika Matiassek: Verbessern, ja!*) Alle Fraktionen sind für Verbessern noch, passt. Alle Fraktionen hier im Haus sind der Meinung, der Gratiskindergarten gehöre nicht abgeschafft.

Nächste Frage an Sie: Wie viel hat das die Stadt Wien gekostet? Nun, wie viel hat das die Stadt Wien gekostet im Vergleich zu 2008? 200 Millionen EUR. Die

Stadt Wien gibt im Jahr 2010 200 Millionen EUR mehr, saldiert, ja, das ist ganz wichtig, für Kinderbetreuung aus als im Jahr 2008. Vorher, also 2008, waren es für die Kindertagesheime 240 Millionen saldiert, da waren auch noch Einnahmenbeiträge dabei, jetzt sind es bei den Kindertagesheimen 314 Millionen EUR, aber insbesondere, damit man den zusätzlichen Bedarf erfüllen kann, die Förderung für Kinderbetreuungseinrichtungen ist von 98 Millionen EUR auf 223 Millionen EUR gestiegen, damit unsere Kinder in unseren Kindergärten auch einen Platz finden, und das kostenlos ist. Niemand von Ihnen will dies abschaffen.

So, ein Vergleich zu 2008 zur Wiederholung: minus 320 Millionen vom Bund. Ich hoffe, Sie sind so wie wir dafür, dass wir endlich vom Bund wieder mehr Geld bekommen. Inflationsbereinigt bedeutet das eigentlich minus 500 Millionen EUR, und gleichzeitig 200 Millionen EUR mehr Ausgaben für Kindertagesheime. Sie können nachschauen, jeder von Ihnen hat den Rechnungsabschluss vor sich liegen.

Im Pflichtschulbereich: Schulsanierungspaket, ja oder nein? Ja, ja, und abermals ja. Das macht ein Plus von 30 Millionen EUR. Das haben wir vorher gewusst, dass wir unsere Schulen sanieren müssen. Wir haben alle zugestimmt beim Schulsanierungspaket, weil wir gesagt haben, Schulen zu sanieren, ist wichtig. Wir hatten die Diskussion darüber, sollen es die Bezirke zahlen, zahlt es das Zentralbudget, am Ende aber ist ja alles Zentralbudget. Das sieht man im Rechnungsabschluss, am Ende wird das zusammengerechnet. Plus 30 Millionen. Und jetzt stelle ich dem, weil immer über die Verwaltungsreform geredet wird, einmal die gesamten Overhead-Kosten des Schulbereiches in Wien gegenüber. Auf zwei Positionen finden sie sich. Sie finden sich auf dem Bereich städtischer Schulverwaltung und Stadtschulrat. Zusammengerechnet ergeben die gesamten Overhead-Kosten im Wiener Schulbereich 12 Millionen oder 13 Millionen EUR. Jetzt wird doch niemand von Ihnen glauben, dass wir alles abschaffen können. Dieses angebliche Potenzial, was immer hergeholt wird, um einen schlanken Staat herbeizureden, damit nur ja nicht die angeblichen Leistungsträger dieses Landes zur Kasse gebeten werden, das ist eine Mär. Käme im Wiener Schulbereich sämtlicher Overhead weg, die Einsparungen, ich gebe zu, es ist viel, brächten 13 Millionen EUR. Nur, zu glauben, man könnte diese einsparen, ist absurd.

Sie schauen mich jetzt alle so an und sagen, wovon redet er? Nun, so setzen Sie sich halt mit den Zahlen einmal auseinander, bevor Sie tatsächlich der Meinung sind, man könnte sich hinstellen und runterbeten, alles wird billiger und alles muss billiger werden, nichts darf teurer werden und wir brauchen mehr Geld.

Ja, wir haben weniger Geld vom Bund, und jetzt komme ich zum Lieblingsthema der Gebühren, Wasser-, Abwasser-, Müllgebühren. 2008 Einnahmen aus den Gebühren, da habe ich es stehen: 550 Millionen EUR. Müll, Wasser, Abwasser. Jetzt würde man bei der Kostenexplosion, über die Sie reden, davon eigentlich glauben, dass Müll, Wasser und Abwasser auf mindestens über 700 Millionen EUR gestiegen sind, 38 Prozent oder

was auch immer Sie reden. 2008 550 Millionen EUR Gebühren, 2010 560 Millionen EUR Gebühreneinnahmen. Wieviel Prozent Steigerung sind das? Nun, nicht einmal 1 Prozent pro Jahr bei einer Inflationsrate, die weitaus darüber liegt. Ja, sollen wir Wien kaputt sparen? Wollen Sie den Gratiskindergarten streichen? Ist das Ihr Ziel? Wollen Sie wirklich den Gratiskindergarten streichen? Wollen Sie die Sozialhilfe reduzieren? Wollen Sie die Gesundheitsvorsorge reduzieren?

Und das ist das, was ich Ihnen zum Vorwurf mache. Es kommen keine Vorschläge, weder im Wohnbauresort noch im Beteiligungsressort. Wenn man sagt, treten wir in die Diskussion, gerade eben der Kollege Gerstl fabuliert über die Beteiligungsstruktur, dann fragt man den Kollegen Gerstl, treten wir in eine Diskussion, sagen Sie uns doch, was wollen Sie privatisieren, was wollen Sie ändern? Na, denken Sie einmal nach, wäre dann die Antwort darauf. Nun, glauben Sie, wir denken nicht darüber nach? Das machen wir permanent und wenn wir der Meinung sind, wir wollen etwas verändern, dann werden wir es verändern. Aber wie sollen denn wir wissen - ich bin des Gedankenlesens nicht mächtig -, solange die Opposition schweigsam bleibt, keinen einzigen konkreten Vorschlag macht, außer - und den habe ich mir jetzt schon gerne noch aufgehoben - außer den typisch rassistischen Vorschlag des Kollegen Gudenus: Wir geben den Ausländern kein Geld. Kein Geld, keine Wohnungen, keine Sozialhilfe, was brauchen wir die Ausländer. Das ist die FPÖ. Sie schafft es, jede Debatte zu einer Ausländer- und Integrationsdebatte zu machen, aber konstruktive Vorschläge, die hört man in den aller seltensten Fällen. Und all das, was Kollege Gudenus angesprochen hat, und jetzt können wir über ein paar Sachen durchaus reden:

Es ist unser Ziel, es ist mein Ziel, die Werbeausgaben der Stadt zu reduzieren. Es ist unser Ziel und es ist mein Ziel, insbesondere bei den extrem hohen Pensionen Abschläge zu erreichen, aber glauben Sie nicht, glauben Sie nicht, dass Sie mit Einsparungsvorschlägen, die in Summe - weil wir stimmen dieser Subvention nicht zu, dieser Subvention nicht zu und dieser Subvention nicht zu - die in Summe 20, 30 Millionen EUR ergeben, das Wiener Budget retten können. Das zeigt nur von Unkenntnis der tatsächlichen Entwicklungen im Gesundheitsbereich, im Pflegebereich (*GR Mag Wolfgang Jung: Das zeigt das schlechte Budget!*) Kollege Jung, Sie rufen jetzt schon wieder herein. Wo wollen Sie 200 Millionen EUR sparen? (*GR Mag Wolfgang Jung: Da müssen wir das ganze Budget durchgehen!*) Nun, sagen Sie mir einen Punkt, wo Sie viel sparen wollen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Bei der Werbung!*)

Ja, genau, wir sind aber beim Budget. Wir sind bei einem Budget. Wir sind bei einem Gebarungsabgang von gegenwärtig knapp 500 Millionen EUR.

Sind Sie der Meinung, ich frage Sie jetzt ganz offen, sind Sie der Meinung, dass Wien vom Bund mehr Geld zusteht, ja oder nein. Ist das so eine komplizierte Frage. Nein, okay, Kollege Jung ist dieser Meinung.

Kollege Jung, Sie sind ja überhaupt nicht für die Wiener und Wienerinnen da. Sie wollen, dass die Wiener

und Wienerinnen ausgehungert werden, damit alles Geld nach Kärnten fließt. Auf solche Vertreter kann man verzichten. Danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner ist Herr StR DDr Schock gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Margulies!

Sie haben hier Einsparungsvorschläge eingemahnt und selbst ja einige Beispiele präsentiert, etwa die Verwaltungsreform.

Ja, Herr Kollege Margulies, wenn Ihnen 13 Millionen EUR zu wenig sind, wenn das kein Betrag ist für Sie, der etwa in der Schulverwaltung einsparbar ist, in der Gesundheitsreform ... (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ja, mittelfristig!*)

Herr Kollege Margulies, in der Gesundheitsreform, wo wir eine Wiener Gesundheitsholding wollen, die nicht nur die Spitäler, sondern auch den niedergelassenen Bereich finanziert, dann sind das alles Potenziale, die mittelfristig wieder Spielräume schaffen, Spielräume für Investitionen, aber auch kurzfristig, Herr Kollege Margulies. Und da geht es jetzt um Ihre Klientel, sparen Sie bei ideologischen Subventionen, bei Subventionen für Laos, für Kambodscha, bei Vereinen, wo Ihre ganzen Freunde drin sitzen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sparen Sie dort, sparen Sie vor allem bei der Eigenwerbung, sparen Sie bei der Mindestsicherung für Ausländer auch. Dazu stehen wir, Herr Kollege Margulies, aber sparen Sie vor allem bei der Eigenwerbung. 80 Millionen EUR im Jahr. 80 Millionen EUR im Jahr, die diese Stadtregierung ausgibt, die Konterfeis von sozialistischen Politikern, jetzt seit Neuestem auch die Frau Vassilakou dabei, in allen Zeitungen die Frau Vassilakou, auf Kosten der Stadt. Da können Sie sparen, Herr Kollege Margulies, 80 Millionen EUR Eigenwerbung pro Jahr. Setzen Sie da den Rotstift an und machen Sie nicht länger den Sozialisten die Mauer bei ihrer falschen Politik. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber noch etwas anderes, weil Herr Kollege Margulies auch die Schweizer Franken angesprochen hat: Da waren es ja wir, meine Damen und Herren, die hier die Verschuldung der Stadt immer kritisiert haben.

Die Schuldenexplosion auf der einen Seite, eine Verdreifachung fast in den letzten vier Jahren, seitdem die Frau Brauner hier im Amt ist, aber vor allem die Kursverluste. Und, Herr Kollege Margulies, da hat sich ja unsere freiheitliche Prognose bewahrheitet, dass natürlich seit der Währungsunion, seit dem Euro hier der Schweizer Franken ein nicht mehr kalkulierbares Risiko darstellt. Und diese Währungskrise jetzt hat es ja gezeigt: Alles flüchtet in den Schweizer Franken, der Franken steigt und steigt, und damit steigen auch unsere Schulden mit. Und es waren wir, die daher immer gesagt haben, seit dem Beitritt von Weichwährungsländern von Spanien, Italien, Griechenland ist diese Verschuldung ja nicht mehr kalkulierbar und wir müssen raus aus dieser Verschuldung. Aber, Herr Kollege Margulies, Sie haben auch die Kursverluste angesprochen, es sind ganz ge-

nau 233 Millionen EUR und Sie wissen das, Sie haben es angesprochen und Sie sind ja hier herausgekommen und haben hier eine wirtschaftliche Stellungnahme abgegeben.

Aber ich frage mich, was sagt eigentlich die Finanzstadträtin dazu, die jetzt hinausgegangen ist, die nicht einmal mehr hier im Saal ist, die bei diesem Tagesordnungspunkt aus dem Saal flüchtet, ich frage Sie, was sagt eigentlich sie dazu? Und das ist der eigentliche Skandal, dass eine Finanzstadträtin dieses Problem eigentlich totschweigt. Kollege Margulies spricht es an als der Koalitionspartner, heftet sich das gleich als seinen Erfolg auf das Fähnchen, wir werden das Risiko jetzt nicht mehr eingehen, großer Erfolg der GRÜNEN. Ja, was sagt eigentlich die Finanzstadträtin dazu, wie geht sie damit um? Ja, meine Damen und Herren, die Finanzstadträtin sollte ja hier herauskommen und die Zahlen auf den Tisch legen und sagen, ja, wir haben diese 233 Millionen und wie gehen wir jetzt damit um, und welche Lösungsstrategien schlagen wir ein. Aber Sie tut das alles nicht, meine Damen und Herren, und darum haben wir einen Misstrauensantrag eingebracht, weil diese Missachtung des Gemeinderates, alles zu verschweigen, alles totzuschweigen ja allein schon ein Skandal ist, weil diese Stadträtin sich nicht zu ihren Kursverlusten bekennt. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und darum schlage ich vor, stimmen sie diesem Misstrauensantrag zu, meine Damen und Herren.

Aber, meine Damen und Herren, die Stadträtin arbeitet ja auch sonst mit völlig falschen Zahlen. Sie schreibt in ihrem Budget: „Wien ist am besten durch die Krise gekommen.“ Sie schreibt im Voranschlag, und sie hat es heute sogar wieder gesagt: „Die Arbeitslosigkeit ist bei uns am wenigsten gestiegen, wir sind die Besten unter allen Bundesländern.“ Das hat sie wortwörtlich heute wieder gesagt. Nun, ich habe mir gedacht, sie wird sich wenigstens vor dieser Debatte hier die aktuellsten Zahlen anschauen, aber die Stadträtin arbeitet mit veralteten Unterlagen, die aus dem Jahr 2009 stammen, vielleicht aus dem Jahr 2010, weil sie sich hier auf Studien renommierter Institute im Vorwort beruft, aber sie hat sich ganz sicher nicht die aktuellen Zahlen angeschaut.

Die Zahlen, die diesem Budget zugrunde liegen, sind veraltet, sind uralte, und, meine Damen und Herren, das ist ja gefährlich, weil die Finanzstadträtin dieser Stadt auf Grund dieser uralten Unterlagen ja dann ihre Schlüsse zieht, ihre Schlüsse daraus zieht und diese Nachlässigkeit, diese Fahrlässigkeit bei der Budgeterstellung ist ja allein schon ein Grund für diesen Misstrauensantrag, und ich fordere sie daher auf, stimmen sie diesem Misstrauensantrag zu, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber schauen wir uns das an, da schreibt die Frau Stadträtin allen Ernstes, wir haben den geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, und dann schaut man sich an, was das Wirtschaftsforschungsinstitut hier aktuell über das 1. Quartal des heurigen Jahres, über das 1. Quartal 2011, ausweist. Da konnten in allen Bundesländern die Arbeitslosenzahlen verringert werden. In Vorarlberg sogar um 19 Prozent, die waren die

Besten. In Oberösterreich, Steiermark um 14 Prozent, in Salzburg, Burgenland, Niederösterreich um 7 Prozent etwa. In Tirol gab es um 5 Prozent weniger Arbeitslose und in Kärnten auch um minus 5 Prozent, genau um 4,8 Prozent weniger Arbeitslose. Und schaut man sich dann die Wiener Zahlen an, dann sieht man, dass nur wir hier im 1. Quartal ein Plus hatten von 7,2 Prozent bei den Arbeitslosen. Das heißt, wir sind das einzige Bundesland, wo sich die Arbeitslosigkeit aktuell verschärft. Und, Frau Stadträtin, wenn sie uns schon nicht glauben, dann schauen Sie sich doch wenigstens für eine solche Debatte die Unterlagen an, die Studien des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Da steht ja hier im aktuellen Bericht des WIFO, ganz aktuell vom Juni 2011, aus diesem Monat also, und es schreibt hier das Wirtschaftsforschungsinstitut, und ich zitiere das wörtlich: „Als Folge blieb Wien das einzige Bundesland, in dem die Zahl der Arbeitslosen weiter anstieg.“ Und, Frau Stadträtin, wenn Sie hier falsche alte Zahlen verwenden, dann sind ja auch die Schlüsse falsch, die Sie daraus ziehen. Und das WIFO hat auch die Arbeitslosigkeit in Wien berechnet: 11,9 Prozent. Wenn man nämlich die umgeschulten Personen, die beim Arbeitsamt in Kursen sitzen - was ja gut so ist, aber die sind ja in Wirklichkeit auch arbeitslos - und wenn man die dazurechnet, haben wir in Wien fast 12 Prozent Arbeitslosigkeit. Und das ist kein Erfolg, wie die Frau Stadträtin meint, wenn sie hier herauskommt und sagt: „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist mein Erfolg, ist unser Erfolg.“

Ja, meine Damen und Herren von der SPÖ, 12 Prozent, das ist eine Rekordarbeitslosigkeit, das ist kein Erfolg und ich meine, wir brauchen keine Stadträtin, die einfach alles wegredet, die einfach alles schönredet, nichts wahr haben will, die nach viereinhalb Jahren im Amt immer noch unfähig ist, hier ein Budget auf korrekten, aktuellen Unterlagen der Experten aufzubauen. Und ich fordere Sie daher auf, stimmen sie unserem Misstrauensantrag zu, stimmen Sie diesem Antrag gegen eine unfähige Stadträtin zu, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Oder die Investitionen: Da hat die Stadträtin von einem Motor der Wirtschaft gesprochen. Schauen wir uns das einmal an. Da hat die Stadt im Vorjahr Wertpapiere im Volumen von 175 Millionen EUR gekauft, Wertpapiere von Wohnbaubankanleihen, weil dort der Absatz gestockt ist in der Krise, im Zuge der Finanzkrise, eine Maßnahme zur Stabilisierung des Finanzmarktes.

Soweit so gut, aber, meine Damen und Herren, das hier jetzt dazuzurechnen als Spitzenwert, die Investitionen zu bejubeln, weil dieser Wertpapierkauf als Finanzinvestition ja richtigerweise bei den Investitionen verbucht worden ist, aber das nicht dazuzusagen und jetzt herzugehen und das als Federl am Hut zu verkaufen als Spitzenwert, das ist das Unseriöse, was ich bekrittle. Und bereinigt man das, dann sieht man, dass im Vorjahr unsere Investitionen um ganze 3 Millionen EUR gegenüber 2009 gestiegen sind, also nur ein ganz zartes Plus relativ zu den Gesamtausgaben. Also, die Investitionsquote ist dadurch natürlich gesunken und auch die bauwirksamen Ausgaben, meine Damen und Herren, sind ja

ein Beleg dafür und die Frau Stadträtin hat hier auch den Spitzenwert für die bauwirksamen Ausgaben im Vorjahr bejubelt, aber sie hat sich nicht angeschaut, wie hoch die bauwirksamen Ausgaben im Jahr zuvor, 2009 nämlich, waren. Da hätte sie nämlich gesehen, dass die bauwirksamen Ausgaben 2009 um 20 Millionen höher waren, und dass die bauwirksamen Ausgaben im Vorjahr leider sogar gesunken sind. Und, Frau Stadträtin, sie haben selbst erwähnt, dass die Krise noch nicht vorbei ist. Und sie hat heute ein paar Mal gesagt, die Frau StRin Brauner, dass die Wiener Firmen nach wie vor Absatzschwierigkeiten haben, dass Wien hier nach wie vor in der Krise steckt.

Aber, Frau Stadträtin, wie konnten Sie dann ein Budget 2011 vorlegen, wie konnten Sie mit grüner Hilfe hier, 2011, ein Budget vorlegen, in dem um 300 Millionen EUR durch Kreditbindungen hier gerade in diesen investiven Bereichen gekürzt wird. 2011 beim U-Bahn-Bau ein Minus von 6 Millionen, bei der Wirtschaftsförderung ein Minus von 10 Millionen, bei den Investitionen der Stadt minus 103, bei der Wohnbauförderung sogar ein Minus von 107 Millionen EUR. Ja, Frau Stadträtin, Sie haben daher am falschen Platz gekürzt, Sie haben keine Strukturreformen durchgeführt, sie haben bei den Investitionen gekürzt, bei den bauwirksamen Ausgaben, und Sie haben bei der Wohnbauförderung sogar einen Kahlschlag zu verantworten.

Und ich meine daher, Frau Stadträtin, Sie sollten hier nicht alles schönreden, hören Sie auf mit Ihren Jubelreden, schauen Sie sich die Zahlen genau an und vor allem hören Sie auf, uns hier immer für dumm zu verkaufen, hören Sie auf, diesen Gemeinderat immer für dumm zu verkaufen und falsche alte Zahlen vorzulegen, Frau Stadträtin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber jetzt noch ein Wort zur Finanzplanung, weil das hier dazupasst. Dazupasst zum Umgang dieser Stadträtin auch mit der Transparenz, mit der Kontrolle, mit ihrem eigentlichen Demokratieverständnis. Die Finanzplanung ist in vielen Bundesländern und beim Bund längst eine Selbstverständlichkeit und es gibt jetzt auch im neuen Stabilitätspakt - der Bürgermeister hat ihn ja unterschrieben - die Verpflichtung aller, die unterschrieben haben, also aller Länder, eine solche Finanzplanung durchzuführen.

Frau Stadträtin, Sie müssen das daher umsetzen, und ich habe mir daher erlaubt, in der letzten Stadtsektionssitzung diese Frage zu stellen. Ich habe mir erlaubt, einfach im Stadtsenat, in der Regierungssitzung, diese Frage zu stellen: Wird die Frau Finanzstadträtin diesen Stabilitätspakt umsetzen, den ihr eigener Bürgermeister in seiner Funktion als Landeshauptmann ja unterschrieben hat? Und, meine Damen und Herren, die Frau Stadträtin hat gesagt, sie wird gar nichts umsetzen. Das muss man sich vorstellen, da unterschreibt der Bürgermeister diesen Pakt und die Stadträtin sagt, sie wird gar nichts umsetzen, sie wisse von nichts. Sie kann im Stadtsenat diese Frage eigentlich nicht beantworten, wie Sie das umsetzen wird. Und Frau Stadträtin, ich meine daher und fordere Sie auch auf, kommen Sie im Zuge dieser Debatte hier heraus und stellen Sie Ihre Meinung dazu klar,

sagen Sie uns das. Werden Sie diesen Pakt umsetzen, oder bleiben Sie weiter bei der Meinung, das brauchen wir nicht, oder sind Sie anderer Meinung seit der letzten Regierungssitzung. Kommen Sie hier heraus und stellen Sie das klar, und zwar, bevor dieser Misstrauensantrag abgestimmt wird, denn, meine Damen und Herren, ich frage Sie, wenn andere Landtage das Recht haben, wenn der Nationalrat, wenn im Bund, das Parlament ja selbstverständlich das Recht auf einen solchen Finanzplan hat, ja warum soll denn dann um Gottes Willen dieser Wiener Gemeinderat nicht das Recht haben auf einen solchen Finanzplan. Und, Frau Stadträtin, ich meine daher, dieser Gemeinderat hat ein Recht auf entscheidende Fragen. Kommen Sie hier heraus, noch bevor dieser Misstrauensantrag abgestimmt wird, hören Sie auf zu mauern, kommen Sie heraus und geben Sie diesem Gemeinderat eine Antwort, legen Sie Rechenschaft in dieser Frage ab, Frau Stadträtin! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, ich habe zur Amtseinführung der StRin Brauner vor viereinhalb Jahren ganz grundsätzlich gesagt, die Freiheitliche Fraktion wird ganz genau beobachten, wie die Stadträtin mit der Demokratie umgeht, weil sie ja, zumindest vor einigen Jahren noch - jetzt dürfte das ja Gott sei Dank gestorben sein - als Nachfolger des Bürgermeisters, als Bürgermeisterin dieser Stadt, aufgebaut werden sollte.

Meine Damen und Herren, die Amtsführung dieser Stadträtin in ihrer bisherigen Laufbahn als Gesundheitsstadträtin, noch vorher als Integrationsstadträtin, gibt ja Anlass, ihr zu misstrauen, weil Frau Brauner in dieser Zeit ja geradezu zu einem Synonym geworden ist für die Ausschaltung der Opposition, für die Ausschaltung der Kontrolle. Das System Brauner hat sich etwa im Gesundheitsressort durch den berühmten Maulkorberlass ausgezeichnet, und, meine Damen und Herren, ich darf Sie erinnern, das war dieser Erlass, wo Frau Brauner gesagt hat: „Aus meinem Ressort darf kein Beamter mit einem Gemeinderat der Opposition reden, weil sonst verrät ihm der vielleicht irgendetwas, sonst erfährt der Oppositionelle vielleicht die Wahrheit.“ Nein, es musste immer ein Aufpasser dabei sein. Es musste nach diesem Maulkorberlass immer ein Aufpasser aus dem Büro Brauner dabei sein, damit ja nichts passiert. Das ist der Umgang der Kollegin Brauner mit der Demokratie. Wir haben das erlebt im Gesundheitsressort in ihrer Zeit als Gesundheitsstadträtin, als es hier Mobbing gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Verbreitung von Angst unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegeben hat.

Das ist das System der Frau Brauner, der Durchgriff der sozialistischen Partei bis ins kleinste Detail und wo sie es zu verantworten hat, dass im Gesundheitsressort unabhängige Gewerkschafter mundtot gemacht wurden. Das ist auch jetzt so im Finanzressort, wo wieder unabhängige Gewerkschafter bei den Wiener Linien gemobbt wurden und sie das alles zu verantworten hat. Der Spitzenkandal bei den Wiener Linien, die Krankenspitzen, meine Damen und Herren, wo Frau Brauner Privatdetektive eingesetzt hat gegen die eigenen Beamten. Das alles ist das System Brauner: Mobbing im Auftrag der

SPÖ, Druck auf andere. Diejenigen, die mobben, werden dann durch Karrieresprünge belohnt, durch Überstunden, wie wir das aufgezeigt haben, die Überstunden die zwar bezahlt werden, die aber gar nicht geleistet werden müssen. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wer ist das!*) Und unabhängige Gewerkschafter, die das alles aufzeigen, diese Gewerkschafter sind versetzt worden, sind zwangsversetzt worden und bei den Wiener Linien sind unabhängige Gewerkschafter sogar gekündigt worden, (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wer ist das, sagen Sie es!*) gekündigt worden, gleich nach ihrem Urlaub, Herr Kollege Oxonitsch, nur weil sie unbotmässig waren, weil sie der Frau Brauner nicht zum Gesicht gestanden sind, hat man bei den Wiener Linien unabhängige Gewerkschafter gekündigt. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wer war das!*) Das haben Sie zu verantworten, Herr Oxonitsch. Und Sie kennen die Namen ganz genau. (*Beifall bei der FPÖ.* – *Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wer ist es, sagen Sie es!*)

Meine Damen und Herren, das System Brauner heißt ja vor allem auch Skylink, Unfähigkeit, Unvermögen, Günstlingswirtschaft beim Skylink. (*GR Kurt Wagner: Was schreien Sie da so, wir sind ja nicht terrisch!*) Das ist die Handschrift der Kollegin Brauner beim Skylink. Und, meine Damen und Herren, Sie hat keine Lehren daraus gezogen, sie hat jetzt wieder interveniert, wieder für einen roten Genossen, damit der dort Generaldirektor wird. Meine Damen und Herren, diese Stadträtin steht nicht nur für Unfähigkeit, für Schuldenexplosion, für Rekordarbeitslosigkeit, für Günstlingswirtschaft, meine Damen und Herren, diese StRin Brauner steht vor allem für Intoleranz, für mangelndes Demokratieverständnis und für die Beschneidung der Opposition in diesem Haus. Und ich fordere Sie daher auf, meine Damen und Herren, stimmen Sie heute diesem Misstrauensantrag zu, stimmen Sie diesem Antrag gegen eine unfähige Finanzstadträtin zu, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächste Rednerin ist Frau GRin Mag Tanja Wehsely gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch auf der Galerie hallo, herzlich willkommen hier und auch vor den Bildschirmen!

Das ist die bekannte Art und das bekannte Wesen der FPÖ, persönliche Anwürfe, einfach etwas dahingeschwätzt und dahingesagt. Das ersetzt Sachlichkeit, das ersetzt Fachlichkeit. Ja, Sie werden schon selber wissen, wie lange und wie weit Sie damit kommen, es liegt in Ihrer Verantwortung. Es ist traurig, dass Sie so hier sprechen, es ist traurig, dass das Ihr Debattenbeitrag zum Rechnungsabschluss ist, den Sie auch noch mit der Budgeterstellung verwechseln.

Gut, soviel zu der Bitte, den Rechnungsabschluss sachlich zu diskutieren, über Projekte zu berichten, auch gerne konstruktive Kritik zu üben, aber davon ist bei Ihnen nicht einmal ein Funken zu bemerken. Was also ist

der O-Ton der FPÖ? Das ist eine ganz schlechte, furchtbar und völlig falsche Prioritätensetzung unserer Politik in den letzten Jahren und im letzten Jahr gewesen. Was ist die ganz falsche Prioritätensetzung bei den großen Vorhaben der jüngsten Vergangenheit und der Zukunft, wo es darum gegangen ist, die größte Wirtschafts- und Bankenkrise seit 1945 zu bewältigen, gut durchzusteuern und den Menschen Halt und Unterstützung zu geben?

Was wurde von VBgmin Renate Brauner an Schwerpunkten gesetzt, die Sie als die offenbar völlig falsche Prioritätensetzung bezeichnen? Die nach der FPÖ völlig falsche Prioritätensetzung lautet: Völlig falsch ist es, in Jugend und Bildung zu investieren, investieren wir nicht in Gesundheit und Soziales, weil, bitte, die FPÖ weiß es, das ist eine völlig falsche Prioritätensetzung. Wir sollten nicht während der Krise eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen in dieser Stadt einführen, die noch weiter über das hinausgeht, als wir im Bund garantiert haben, und das ist ja schon ein Meilenstein. Ich werde später noch ein bisschen darauf zurückkommen, weil Sie brauchen da offensichtlich noch einmal eine Nachhilfe.

Wir sollten laut der FPÖ nicht in Gesundheit und Soziales investieren, wir sollten keine Mindestsicherung für ärmere Menschen in unserer Stadt einführen, um ihnen Unterstützung und Halt und ihnen ein Trampolin zu bieten zurück in ein eigenständiges Leben, in ein selbstständiges Leben und in den Arbeitsmarkt zurückzufinden durch Qualifizierung und Bildung, wir sollten nicht laut der FPÖ einen Gratiskindergarten einführen, auch am Beginn der Krise.

Das sollten wir alles nicht machen, diese großen Investitionen, diese großen Programme, allesamt in Bildung investiert, in Soziales investiert, in Gesundheit, in den Arbeitsmarkt und vor allem in unsere jungen Menschen in dieser Stadt, die ein Recht darauf haben, eine gute Ausbildung garantiert zu bekommen. Das ist laut der FPÖ die vollkommen falsche Prioritätensetzung. Bitte, keine Investitionen machen, bitte, keinen sozialen Zusammenhalt fördern, bitte, nicht auf die Daseinsvorsorge achten. Das sollten wir alles laut der FPÖ nicht machen. Es ist wichtig, dass die Menschen das hören, es ist wichtig, dass sie sich das merken, weil nach dem sollten sie sich jedenfalls ausrichten.

Der Gratiskindergarten ist, wie Sie wissen, eine mehrfache Chance und eine große Unterstützung. Es ist nicht nur eine der größten Entlastungen und mehr als jede Steuerreform das bringen könnte für ärmere Familien und auch für den unteren Mittelstand, so wie es der Klubobmann auch schon gesagt hat. Es ist Familienpolitik, es ist Integrationspolitik, es ist Kinder- und Jugendpolitik, es ist für die Kinder gemacht und zwar jedes einzelne Kind, egal, wo es her kommt, egal, wo es geboren wurde, egal, wie reich oder arm seine Eltern sind, es ist ein Bildungsprogramm schon für unsere Jüngsten in dieser Stadt, wir sind weiter auf Hochtouren beim Ausbauen, und das wissen Sie ganz genau so gut, wie wir das wissen, und es ist definitiv eine der größten Förderungen und eine der wirklich, ich möchte fast sagen, epochalsten Einführungen, die wir in den letzten Jahren in Wien gemacht haben, und das während der größten

Krise nach 1945.

Wir wollen und wir investieren in die gemeinsame Schule und in eine gute Bildung unserer jungen Leute in dieser Stadt, wir wollen eine gemeinsame Schule, darin investieren wir. Wir brauchen mehr Standorte mit einer Ganztagsbetreuung, wir brauchen mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Menschen in dieser Stadt und vor allem für die Frauen. Und auch da zeigt sich wieder, leider sowohl bei der FPÖ als auch bei der ÖVP, die teilweise zurückrudert, aber sich auch nicht ganz zum Beispiel zu einer neuen modularen Oberstufe bekennen kann, was wirklich eine große Tragödie ist. Sie operieren mit Schlagworten: „Mit fünf Fetzen darf man nicht aufsteigen.“ Das ist so billig, das ist so einfach, das ist, möchte ich fast sagen, nein, ich sage, das ist nicht einmal Ihrer nicht würdig.

Sie wissen, das Beste für unsere Kinder ist etwas, das nicht immer gleich bleiben muss. Die Ausbildung und Bildung, die ihre Eltern genossen haben, die Ausbildung und Bildung, die wir genossen haben, die müssen wir auf einen neuen Stand bringen. Bildung soll nicht weh tun, Lernen soll nicht weh tun, die Schule soll nicht weh tun. Der Leistungsgedanke ist gut, er ist positiv, wenn er Menschen und Kinder in ihrem eigenen Wesen, in ihren persönlichen Begabungen fördert, wenn er sie individuell weiterbringt, und zwar jedes einzelne Kind. Aber die Zeit ist vorbei, wo es darum geht, dass Schule weh tun muss, und man muss das spüren und man muss mit dem Fünfer sitzen bleiben. Diese Zeiten sind vorbei, Sie müssen sich an ein modernes Gesellschafts- und Wirtschaftsleben anpassen, Sie müssen sich anpassen und das bedeutet, individuelle Förderung und eine neue Schule und bei uns heißt sie Neue Mittelschule. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Wiener Ausbildungsgarantie - ich habe es auch schon gesagt - garantiert auch während der größten Krise seit 1945 eine Ausbildung für junge Menschen in unserem Land und in unserer Stadt, sie haben das Recht auf schulische Ausbildung, auf eine Lehrausbildung, eine Ausbildung in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte, sie haben das Recht, Ausbildungsabschlüsse nachzuholen und wir wollen ihnen auch die Möglichkeit geben, beim schweren Übergang von der Schule in den Beruf an ihrer Seite zu stehen.

Es ist nicht leicht für Eltern, es ist nicht leicht für Großeltern und schon gar nicht für die Jugendlichen, sich da alleine durchzufinden. Das muss sich ändern, solange wir nicht gemeinsam endlich eine neue Schule geschaffen haben, wenn es leicht geht, eigentlich eine der 6- bis 15-Jährigen, das sei jetzt auch hier einmal angemerkt, wir werden unsere Kinder und Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf so gut es uns möglich ist, unterstützen, und auch das ist in der Wiener Ausbildungsgarantie integriert, genau so wie eine Unterstützung durch die Jugendarbeit und die Wiener Kummer-Nummer.

Unterhalten Sie sich mit Menschen, die dort angerufen haben, mit Müttern und Vätern, mit Großeltern, denen diese Kummer-Nummer eine sehr große Hilfe war, um einen Platz für ihren Jungen oder für ihr Mädchen

und eine gute Ausbildung in einem der Wiener Ausbildungsplätze zu finden, die wir zur Verfügung stellen, und auch da ist jeder Cent gut eingesetzt.

Die größte Reform, weil Sie Reformen einmahnen, auch seit den letzten Jahrzehnten - und das wissen Sie ganz genau - ist die Gesundheitsreform, ist die Spitalsreform in Wien. Die Investitionen in ein Krankenhaus Nord sind natürlich beschäftigungsintensiv, kurbeln natürlich die Wirtschaft an. Auch das ist Ihnen bekannt, egal, ob Sie so tun, als wüssten Sie es nicht oder hätten Sie es nie gehört oder haben es missinterpretiert, oder was weiß ich, was.

Soziales: Wichtig war, die Mindestsicherung als eines der ersten drei Bundesländer in Österreich auch während der Krise einzuführen. Was Sie abtun als Ausländer Versorgen und Hereinholen und was weiß ich, was, Sie wissen ganz genau, dass das nicht richtig ist. Sie kennen die Kriterien der Mindestsicherung, Sie wissen, wie die Zugänge sind, es ist eine richtige Entscheidung, so Armutsbekämpfung zu betreiben, und auch diese Investition mitten in der Krise in unserem Land und in unserer Stadt zu tätigen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es war eine richtige Entscheidung und ich hoffe, es werden uns auch noch alle anderen Bundesländer folgen und ich hoffe auch, dass Sie daraufkommen, dass nur halbpubertäres Geschwafel uns nicht weiterbringen wird. Das ist einfach nicht richtig, sich hier herauszustellen und wissentlich Unwahrheiten zu verbreiten. Das kann es nicht sein.

Im Übrigen wurde das Modell der Mindestsicherung, wie man Leute wieder in den Arbeitsmarkt bringen kann, mit Qualifizierung, mit Unterstützung, mit Nachbetreuung, vorgestellt. Ich persönlich war ja schon dort und habe mir die Projekte angeschaut, vielleicht machen Sie das auch einmal. Es wurde übrigens auch in Wien erfunden, in Wien pilotiert und wird wahrscheinlich so auch in Österreich umgesetzt werden. Also hier wird gearbeitet, hier wird gedacht und hier wird umgesetzt, das unterscheidet uns wahrscheinlich auch von Ihnen.

Was den WAFF betrifft, darf ich Ihnen sagen, dass der Rechnungshofbericht uns bestätigt hat, dass 2005 bis 2009 - das sind die untersuchten Jahre - natürlich unser Einsatz niedrig Qualifizierten sehr geholfen hat und insbesondere auch Frauen, und dass der WAFF wirkt.

Ein kleiner Treppenwitz am Rande ist ja der Ruf der Verstaatlichung des WAFF von Seiten der ÖVP, denn was anderes bedeutet es sonst, als den WAFF abzuschaffen und den restlichen WAFF in die MA 27 einzugliedern. Also bitte fürs Protokoll, die ÖVP ist für die Verstaatlichung des WAFF.

Es sind auch keine Horden nach dem 1. Mai gekommen, die sind auch ausgeblieben diese Horden, die aus dem Osten auf die Arbeitsmärkte gestürmt sind, und vor allem nach Wien. Das haben Sie propagiert, Millionen und Abermillionen werden am 2. Mai schon vor unseren Türen stehen und werden uns überrollen. Sie wissen ganz genau, durch die lange Übergangszeit, die langen Übergangsfristen, die insbesondere die Arbeitnehmervertreter gefordert haben und die von uns umgesetzt

wurden, war der 1.5.2011 nur mehr eine letzte Öffnung des Arbeitsmarktes und es ist bisher nichts Schreckliches passiert.

Im Übrigen, auch wenn Sie es nicht gerne hören, Blau-Schwarz hat die Saisoniers in unfassbare Höhen hinaufgeschraubt, und das ist eine Fronarbeit und ganz sicher nicht in Ordnung. Also kehren Sie bitte vor Ihrer eigenen Tür, das würde ich Ihnen sehr raten.

Ich glaube, dass wir mit effizientem und schlaudem Sparen, so wie es unsere Vizebürgermeisterin sagt, sicherlich weiterkommen werden. Sie wissen, dass einige Budgets auch sozusagen eingefroren sind, also nicht erhöht worden sind, dass wir Produktivitätssteigerungen haben und dass wir, das ist ganz wichtig, gemeinsame Ziele vor Augen haben und die rot-grüne Stadtregierung in den nächsten Jahren sicher noch mehr Zusammenarbeit über Ressortgrenzen hinweg suchen muss, um so gemeinsame Projekte und Ziele zu definieren und um sozusagen Strukturen besser auszunutzen zu können, zu evaluieren, wo es eventuell noch Doppelgleisigkeiten gibt, und auch die zu beseitigen. Also natürlich ist auch angesagt zu schauen, wie können wir aus dem, was wir haben, mehr machen und mehr Produktivität erzielen. Das ist aber auch kein Geheimnis und das verschweigt auch niemand, bei der Wiener Ausbildungsgarantie ist es so, dass wir über viele Ressortgrenzen hinweg und auch über die Bundesländergrenzen hinweg sehr gut mit dem Bund und dem AMS, dem Bundessozialamt zusammenarbeiten. Das sind alles andere Töpfe, aber mit dem gemeinsam definierten Ziel einer Ausbildungsgarantie für junge Menschen wird das gut bewältigt.

Ich denke, das ist der richtige Weg, insbesondere in der Krise, in Jugend und Bildung zu investieren, in den Arbeitsmarkt zu investieren, in Gesundheit und Soziales zu investieren. Ich glaube, das ist ein mutiger Weg, in der Krise eine Ausbildungsgarantie auszusprechen, eine Mindestsicherung einzuführen und einen Gratiskindergarten zu garantieren und zu versprechen, wo andere Bundesländer schon längst wieder von diesem Weg abgekommen sind. Was wir brauchen, ist Solidarität, was wir brauchen, ist Offenheit und Internationalität, wir brauchen Chancengleichheit. Wir brauchen ganz sicher keine Diskriminierung, wir brauchen keinen Rassismus, wir brauchen keine Hassprediger und keine Neiddebatten. Und nehmen Sie zur Kenntnis, es gibt keine Herrenmenschenideologie mehr hier in unserem Haus und das wird auch nie wieder so sein. Das ist möglicherweise ihre Geisteshaltung, ganz sicher aber nicht unsere. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS lächelt bei diesen Worten.)* Münchhausen ist gegen Sie ein Waserl, Herr Gudenus. Sie lachen ja wirklich auch, wenn Sie heraußen stehen, teilweise selber. Ich finde es ja gut, wenn man eine angeregte Debatte führt, das trägt auch dazu bei, dass man nicht einschläft, aber das habe ich vorhin schon gesagt, das pubertäre Geschwafel, sich da so aufzublasen, ich weiß nicht genau, bei wem das zieht. Es ist allerdings, glaube ich, auch kein Wunder bei einer Ansammlung von vielen Herren in ihren Reihen, die sich freiwillig selbst verletzen und das cool finden. Da ist sozusagen dieser Ehrgedanke relativ gut ausgeprägt, und das ist auch

wirklich nicht unsere Sache.

Wir glauben auch nicht an eine Zukunft in einer deutschen Heimat, wir glauben auch nicht an eine Zukunft mit deutschem Kulturgut, wir glauben, dass wir Österreicherinnen und Österreicher sind und Wienerinnen und Wiener, und das ist gut so. Ich kann Ihnen nur sagen, ihr Heimatbegriff ist definitiv nicht unserer, das ist keine Zukunftsvision und so gilt auch 2011: Niemals vergessen und niemals wieder. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau StRin Matiassek. Ich erteile ihr das Wort.

StRin Veronika **Matiassek**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das mit dem pubertären Geschwafel, da würde ich schon ein bisschen überlegen, was ich so von mir gebe, weil sonst könnte das selbst leicht zu einem solchen ausarten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe mir anlässlich der Rechnungsabschlussdebatte, die ja eine Rückschau ist, ein Schwerpunktthema gesetzt, ich komme aber nicht daran vorbei, doch auf einiges von Frau GRin Wehsely hier zu replizieren und vor allem dann, wenn es um die Jugend- und Bildungspolitik in Wien geht, auf die Sie ja so unsagbar stolz sind.

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ vor allem, sie sind ja seit Jahrzehnten für diese Bildungspolitik in dieser Stadt zuständig. Und wenn wir heute vor der fürchterlichen Situation stehen, dass es einen viel zu großen Anteil an Kindern gibt, an Schulkindern gibt, die eindeutig eine starke Leseschwäche bis hin zu nicht lesen Können haben, dann ist das das Ergebnis ihrer Schulpolitik und keiner anderen Sache sonst. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn wir heute vor einer riesengroßen Anzahl unvermittelbarer Pflichtschulabgänger stehen, die man dann mühsam in Kursen unterbringen muss, dann ist das das Ergebnis Ihrer sozialdemokratischen – wenn Sie das so lieber hören – Schulpolitik in Wien, die Sie seit Jahrzehnten alleine in der Hand haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir können dieser Schulpolitik keine Zustimmung erteilen und es steht natürlich zu befürchten, dass das, was sie jetzt alles neu machen wollen, natürlich eine Fortsetzung des bisher Gewesenen werden wird. Und seien Sie mir nicht böse, ich habe es ja schon mehrmals zitiert, aber wenn ich in einer 7. und 8. Schulstufe Kinderbücher lese - und das ist keine Dokumentation eines freiheitlichen Dokumentationsteams, sondern das war, wie Sie sicher meinen, eine sachliche Dokumentation in Okto.tv, wo in einer der Optik nach sicher 7. oder 8. Schulstufe Kinderbücher mühsam erarbeitet und interpretiert worden sind – ja, dann muss ich sagen, dann hat diese Schulpolitik versagt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie wollen Sie denn diese jungen Menschen in den Arbeitsmarkt überführen? Und, Frau Kollegin Wehsely, Sie haben gesagt, Schule soll Freude und Spaß machen. Natürlich, Schule wird aber auch das eine oder andere bieten, was nicht ganz so viel Freude und Spaß macht.

Und Sie haben ja selbst gesagt, Schule soll auf die Arbeitswelt vorbereiten, Schule muss auf ein modernes Wirtschaftsleben vorbereiten.

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, wie spielt sich ein modernes Wirtschaftsleben ab. Jetzt können wir darüber diskutieren, ob das gut oder schlecht ist. Nur, wenn diese Jugendlichen aus der Schule kommen, dann müssen sie auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen und dann müssen sie mit den Spielregeln des Arbeitsmarktes zurecht kommen, und das können sie nämlich nach Ihrer Schulpolitik nicht. Es kann auch ein freudvolles Schulleben geben, das auf den Arbeitsmarkt vorbereitet, das auf ein Leben in der Wirtschaft vorbereitet, das eben auf ein Leben mit einer Familie vorbereitet - jawohl, auch da haben wir Defizite - und all das tut Ihr Schulleben nicht, Ihr SPÖ-gestaltetes Schulleben und das ist das Problem in dieser Stadt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Woran liegt es, dass junge Obdachlose immer jünger werden. Ein Durchschnittsalter von 21 Jahren ist das Einstiegsalter in die Obdachlosigkeit. Woran liegt das? Das liegt natürlich auch am Schul- und Ausbildungssystem, und das liegt natürlich auch an der Familienpolitik, die in dieser Stadt offensichtlich nicht ganz so gut läuft, wie Sie das immer darstellen wollen. Knapp 5 300 dokumentierte vernachlässigte Kinder, Kinder, um die sich niemand kümmert, wie sie ihren Tag gestalten, Kinder, die eine mangelhafte medizinische Versorgung haben, Kinder, die zu Hause mangelhafte hygienische Zustände haben. 5 300 vernachlässigte Kinder - von einer Dunkelziffer will ich ihr gar nicht reden - das ist das Ergebnis Ihrer Politik in dieser Stadt, die können Sie nicht schönreden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn wir zu diesen ach so tollen Kursen kommen, die Sie anbieten: Wenn man sich auch hier eine Dokumentation, nicht durch ein freiheitliches Dokumentationsteam sondern hier auch Okto.tv ansieht, erkennt man, da werden Pappfiguren ausgeschnitten, da legen sich Jugendliche auf Pappe, dann werden die Figuren ausgeschnitten, bemalt und durch Wien getragen, und das ist dann kreatives Verhalten Lernen.

Ich bitte Sie, wie wollen Sie Menschen in dieser Art und Weise für den Arbeitsmarkt vorbereiten. Da kann es uns dann nicht wundern, wenn die jungen Menschen nicht Fuß fassen können und dann früh unter Umständen in der Obdachlosigkeit landen. Ich sage Ihnen, wir wollen das absolut nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir sagen auch nicht, dass wir nicht investieren sollen, wir sagen nur, anders investieren und vor allem in vielen Bereichen das System ändern. Sie haben hier den Denkfehler und nicht wir.

So, jetzt komme ich zu einem anderen Punkt, dem ich mich gerne widmen möchte, wo eben auch die Politik in Wien zeigt, dass trotz seriöser Studien, trotz nationaler und internationaler Prognosen kein zeitgerechtes Umdenken Ihrerseits stattgefunden hat.

Ich zitiere jetzt einmal den Herrn Bürgermeister vom 17. März 2011, wo er anlässlich der Regierungsklausur in Rust sagt: „Wien tritt in das Solarzeitalter des 21. Jahrhunderts ein“. – Im März 2011 ist der Herr Bürgermeister draufgekommen, dass wir im Solarzeitalter ste-

hen, dass Energiewende ein Thema ist, dass der Umstieg auf alternative Energien ein Muss ist. Dazu brauchen wir keine Katastrophen, und da wollen wir keine Katastrophen.

Was Wien betrifft, liegen wir hier eindeutig abgeschlagen in der Schlussposition im Vergleich zum übrigen Österreich und vor allem in dem Zeitraum, von dem wir sprechen, und in den Jahren davor. 121 Genehmigungen für Fotovoltaikanlagen im Jahr 2010 in einer Großstadt wie Wien mit riesigen Siedlungsgebieten – das ist alles andere als schönzureden.

Sie haben in Wien den Ausbau erneuerbarer Energieformen und ganz speziell den Ausbau der Nutzungsmöglichkeit der Energiequelle Sonne, die allen Menschen ungeteilt und gleich zur Verfügung steht, absolut verschlafen. Sie werden mir jetzt entgegengehalten, es gibt ja ein tolles Projekt – das ist zunächst einmal nur ein Projekt –, aber schauen wir uns an, wie es denn tatsächlich ausschaut, denn Wien ist damit ja nicht nur Schlusslicht im Bundesländervergleich, sondern es hemmt ja auch das Gesamtvorankommen in Österreich.

Gerade der Einsatz von erneuerbaren Energien ist ja nicht nur klima- und umweltpolitisch eine Notwendigkeit und von großer Bedeutung, sondern dieses aktive Umsteigen und Umrüsten ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Es schafft Arbeitsplätze, fördert Betriebe, hebt die Steuerleistung, wenn das gut funktioniert. Viele kleinere Gemeinden, viele Städte in Österreich haben das längst begriffen. Wien ist nach wie vor leider Schlusslicht bei der Nutzung von Solarenergie.

Es gibt einerseits zu wenig Förderungen für die Errichtung von Fotovoltaikanlagen, aber andererseits verfügen wir auch über ein massives Informations- und Beratungsdefizit in dieser Stadt. Das sagen nicht nur wir, sondern das sagen auch Experten.

Es wird auch insgesamt von den Bundesmitteln viel zu wenig ausgeschöpft. Nicht einmal 1 Prozent der Förderansuchen im Jahr 2010 kommt aus Wien. Das hängt sehr wohl mit der Strategie zusammen, die die Bundeshauptstadt fährt, denn es ist natürlich notwendig, dass man hier als Stadt auch mit gutem Beispiel vorangeht. Jahrelang haben Sie sich auf zwei Prestigeprojekten ausgeruht, das waren einerseits der Hugo-Breitner-Hof und andererseits das Amtshaus in der Bartensteingasse.

Dabei hat Wien ein riesiges Potenzial. Schauen wir uns die Flächenbezirke an, den 21., 22., 10., 11., 23. Bezirk. Hier gibt es Gebäude, die exquisit geeignet sind, dort entsprechende Anlagen zu installieren. Schauen wir uns den Solarpotenzialkataster der Stadt Wien an, der ja vorhanden ist, den es Gott sei Dank gibt. Es gibt eine Reihe von Lagerhallen, es gibt Sporthallen, es gibt Supermärkte, es gibt Garageneinrichtungen, es gibt die Gebäude der öffentlichen Verkehrsmittel und es gibt viele, viele Einfamilienhäuser, Kleinhäuser, die überall die Chance böten, hier die entsprechenden Anlagen zu errichten. Wien humpelt hier eindeutig nach. Es existiert eben bis dato ein einziges Projekt – ein Projekt! – in Liesing. Wie schnell das überhaupt umzusetzen ist, wird sich zeigen.

Aber Ihre Förderungspolitik zeigt ja eben auch, dass

es in Wirklichkeit gar nicht gewünscht ist, dass es hier zu einer wirklichen Offensive kommt, denn wenn man etwa den Passus betrachtet, dass dort, wo Fernwärmeanschlüsse existieren, keine Fotovoltaikanlagen gefördert werden, dann ist das kurzsichtig, kurzsichtig wie einfach vieles in Ihrem Budget, in Ihren Überlegungen. Denn handelt es sich beispielsweise gerade dort um eine exzellente Möglichkeit, Fotovoltaikanlagen zu errichten, dann ist es einfach gut, sie dort aufzustellen und nicht, weil bereits ein Fernwärmeanschluss besteht, nicht zu fördern und damit auch zu verhindern.

Wir haben doch in den letzten Jahren große Sanierungsoffensiven, was den Dachgeschoßausbau betrifft. Es gab keinerlei Beratung oder Hinweise, dass sich etliche dieser Dachflächen auch sehr gut eignen würden, um etwa dort entsprechende Anlagen zu errichten. Daher werden diese wertvollen Flächen in Zukunft ein vergeudetes Potenzial sein, denn viele davon werden nicht mehr genützt werden können, weil ja mittlerweile die Dachgeschoße anders gestaltet sind.

Seriöse Studien und eine Vielzahl von Beispielen aus anderen Städten in Österreich, aber auch international zeigen ja, dass es hoch an der Zeit ist umzudenken und umzusteigen – auch ohne Katastrophe. Und da hinken Sie wirklich hintennach.

Wenn wir an die oft zitierten, gerade eben im Zuge von Budgetberatungen und Rechnungsabschlüssen oft zitierten Werbeausgaben der Stadt Wien denken: Wie viele davon sind denn wirklich informativ? Sie begründen sie immer damit, dass Sie so viel Information an die Bevölkerung bringen. Ich denke jetzt nur an das letzte Bild, wo die zwei Tauberln auf der Bank im Gemeindebau sitzen, ich denke an die berühmte Schneekugel.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist nicht informativ! Da sollen auf irgendeine witzige oder halbwitzige Weise eben Inserate geschaltet werden und einfach auf die Einrichtungen selbst oder vielleicht auch auf die zuständige Stadträtin oder den Stadtrat aufmerksam gemacht werden. Informationsgehalt für die Bevölkerung hat das keinen. Eine offensive Informationspolitik, etwa im Bereich der Nutzung von Sonnenenergie, die haben Sie vollkommen verschlafen, verschlafen wie eben manches andere auch.

Verschlafen haben Sie im Verkehr, rechtzeitig an eine gezielte Parkraumpolitik zu denken, sodass wir heute das Desaster haben, dass eine große Anzahl der Garagen viel zu klein ist, nämlich mit einem Gesetz zu den Volksgaragen, das eine bestimmte Stellplatzzahl möglich macht, egal, ob das jetzt in einem dicht verbauten Bereich installiert wird, wo eben auf Dauer gesehen sicher kaum Parkplätze in den Häusern selbst errichtet werden können. Sie haben es verschlafen, Sie haben es zu klein konzipiert.

Verschlafen haben Sie vieles in der Bildungspolitik, wie schon vorhin angeführt.

Verschlafen oder nicht angenommen haben Sie vieles im Bereich der Pflege älterer Menschen. Wir stehen heute alle dafür, dass alte und betreuungsbedürftige Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben können. Das können sie natürlich nur,

wenn sie die entsprechende Hilfe erhalten. Wenn man schaut, wie die Situation mit den Pflegekräften und den einzelnen Vereinen in Wien ist, dann muss man sagen: Auch hier haben Sie nicht rechtzeitig reagiert, hier haben Sie zum Teil auch falsch investiert. – Diese Liste ließe sich beliebig lang fortsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie meine Vorredner schon gesagt haben, werden wir nicht nur diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen, wir haben heute auch einen Misstrauensantrag gegen die zuständige Stadträtin eingebracht. Wir glauben und wir sind fest überzeugt davon – nein, wir glauben nicht, wir sind fest überzeugt davon –, dass man vieles besser machen kann. Wir wollen nicht alles anders, aber vieles besser machen.

Daher sind wir auch felsenfest davon überzeugt, dass sich beim nächsten Mal in Wien politisch etwas ändern muss, um nicht Politik für die Bewerber einer Mercer-Studie zu machen. An der kann man sich freuen, aber ich sage, lieber auf Platz 3 in der Mercer-Studie, als im Durchschnitt bei den verwahrlosten Kindern in Wien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner hat sich Herr StR Lasar zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

StR David **Lasar**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Viel Eigenlob hat es heute gegeben, aber, Frau StRin Brauner, ich habe an und für sich nichts gehört zum Beispiel über den AKH-Skandal bei der Vergabe, wo es um 50 Millionen EUR gegangen ist. Darüber ist heute noch kein einziges Wort gefallen. Wie Sie ja wissen, meine Damen und Herren, wurde hier ein Auftrag mit einem Gesamtvolumen von 50 Millionen EUR ausgeschrieben, und eine Firma hat dann den Zuschlag bekommen, die in Wahrheit nicht einmal das erfüllt, wofür sie den Zuschlag bekommen hat, nämlich die Reinigung. Es gibt nach wie vor Probleme. Sie haben bis heute weder ein Wort dazu gesagt noch haben Sie gehandelt. Und dazu muss man noch eines sagen: Diese Firma, die den Zuschlag erteilt bekam, ist noch dazu um 1 Million EUR teurer gewesen als die andere Firma, obwohl Sie nicht einmal fähig ist, das zu machen, wofür sie eigentlich den Auftrag bekommen hat.

Frau Stadträtin! Da fragt man sich dann schon: Wie kommt es überhaupt zu so einem Vergabeskandal? Warum? Ich glaube, das weiß jeder hier in diesem Haus, denn es wurde in diesem Bereich ja auch die Korruptionsstaatsanwaltschaft eingeschaltet, und die wird in der nächsten Zeit auch klären, was hier abgelaufen ist. Und es wird natürlich auch noch zu klären sein, wer aller dafür mitverantwortlich ist.

Alleine wenn man aus den Protokollen, die es bis jetzt gegeben hat, herausgelesen hat, dass hier auch Leute eingeschüchtert worden sind, dann sagt das schon alles, Frau Stadträtin, dass bis jetzt nicht einmal ein Wort von Ihnen gekommen ist, dass man nicht sagt: Schluss mit diesem Skandal! Wir stellen den Status quo wieder her. Wir schauen uns das alles an, wie es zu diesem

Vergabeskandal gekommen ist. Ich glaube, das wäre das Allermindeste, was in diesem Bereich geschehen hätte müssen, dass Sie eben, wie gesagt, den Status quo wieder herstellen.

Das ist Ihnen alles bekannt, aber das ist man ja an und für sich auch schon gewohnt, dass, wenn es um Skandale im eigenen Haus geht, natürlich in keiner Weise reagiert wird. Hier wird alles nur schön geredet.

Ich möchte Sie, Frau Stadträtin, vielleicht an die Jahre erinnern, als Sie noch Gesundheitsstadträtin waren, und zwar an das Geriatriezentrum Baumgarten. Um Millionen von Euro wurde dort renoviert, alles wurde als vorbildlich hochgejubelt, Frau Stadträtin. Und was ist passiert? Zwei Jahre später haben Sie gesagt, aus dem „alten Kobel“ – das sind nicht meine Worte, das sind Ihre Worte – kann man nichts Neues machen. Was ist passiert? Man hat es dann abgerissen.

So wirtschaften Sie in Wien! Das sind Tatsachen, die nicht herbeigeredet werden, das sind Tatsachen, die vollendet sind, nämlich von Ihnen, Frau Stadträtin.

Und was hat man dann gemacht, als man gesehen hat, wie gut Sie zusagen wirtschaften in Wien? Sie sind nicht Gesundheitsstadträtin geblieben, aber weil Sie Ihr Handwerk so gut verstanden haben, wurden Sie dann zum Leidwesen der Wiener und Wienerinnen noch Finanzstadträtin.

Wie gut Sie hier arbeiten, Frau Stadträtin, sieht man allein an den Privatinsolvenzen und Unternehmungsin-solvenzen. Wenn man das zusammenrechnet, haben wir bereits 18 Insolvenzen täglich. Und das haben Sie alleine mit Ihren Genossen und natürlich auch mit der Grünen Fraktion zusammen zu verantworten. Das ist Ihre Arbeit, die Sie an Wien geleistet haben.

Wenn man sich dann, Frau Stadträtin, noch die Spitäler ansieht, den Personalmangel, der sich kreuz und quer durch alle KAV-Spitäler zieht, na, da braucht man sich nicht zu wundern, wenn es ständig Probleme gibt, wie zum Beispiel bei den Hebammen, die unter permanenter Personalnot leiden. Oder auch im OP-Bereich. Das muss man sich vorstellen, wenn nur eine Schwester ausfällt – nur eine Schwester! –, ist der Tag vorbei, das heißt, es finden oft gar keine OPs mehr statt. Und was das natürlich für den Patienten heißt, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, was das für ein psychischer Schaden ist und wie schwer es natürlich für diesen Patienten ist, an diesem Tag nicht operiert zu werden, sondern vielleicht erst am nächsten oder in einer Woche. Ich glaube, das muss ich Ihnen nicht im Einzelnen erklären.

Aber wo gespart wird, Frau Stadträtin, werde ich Ihnen vielleicht kurz noch vorlesen. Einsparungen in den Krankenhäusern, zum Beispiel Allgemeines Krankenhaus: minus 20 Prozent der Abteilungshelfer und –helferinnen;

Einsparungen im Geriatriezentrum Am Wienerwald: Mehrdienstleistungen minus 10 Prozent, 160 000 EUR im Jahr; Lebensmittel: minus 30 000 EUR. Dort haben Sie sogar das Mineralwasser eingespart, also die Patienten bekommen nicht einmal mehr Mineralwasser. So sparen Sie dort schon.

Geplante Einsparungen: 3 Ärztedienstposten; 2,5

Prozent Pflegeposten sollen eingespart werden, der Inspektionsdienst wird ab 1. März 2011 eingestellt, ein Dienstrad im Wechseldienst; die handwerkliche Verwendung soll auch eingespart werden.

Krankenanstalt Rudolfstiftung: Einsparungen 1,2 Millionen EUR im Personalbereich und 1 Million EUR im Sachaufwand.

Geplant und im Gespräch sind unter anderem die Reduzierung von Überstunden; nur mehr 80 Prozent diplomiertes Personal, 20 Prozent PflegehelferInnen; Leistungsreduktionen in allen Bereichen sowie Streichung von Zulagen und Fortbildungen, meine Damen und Herren.

Das ist Ihre Politik! Sie sagen, Sie sparen nicht, aber Sie sparen genau dort, wo ich es Ihnen schon einmal gesagt habe, nämlich genau am falschen Fleck. Das ist wieder einmal bei den Wienern und Wienerinnen, denn die werden hier wieder zum Handkuss kommen, vor allem die Patienten. Das ist wirklich traurig, das kann ich Ihnen hier noch sagen.

Aber lassen Sie mich noch weiter ausführen, wo Sie noch sparen im Krankenhausbereich, zum Beispiel im Krankenhaus Hietzing: Einsparungen 1,6 Millionen EUR; 600 000 EUR Sacheinsparungen, 1 Million beim Personal.

Sozialmedizinisches Zentrum Süd, Kaiser-Franz-Josef-Spital und Gottfried Preyer'sches Kinderspital: Einsparungen 1,1 Millionen EUR im Personalaufwand, 0,9 Millionen EUR im Sachaufwand; zusätzliche Einsparungen von 4 Turnusärzten und 6 AbteilungshelferInnenposten. Geplant ist auch der Einsatz von PflegehelferInnen. Statt diplomierten Krankenschwestern wird es dort in Zukunft nämlich nur PflegehelferInnen geben. Wilhelminenspital: Geplant nur mehr 80 Prozent diplomiertes Personal, 20 Prozent PflegehelferInnen.

Das sind Ihre sogenannten Einsparungen, und da frage ich schon, Frau Stadträtin: Wo sparen Sie hier? Nur bei den Bürgern in Wien, nur bei den Menschen, die Hilfe in Spitälern suchen! Das ist Ihre Politik in Wien? Da stellen Sie sich heraus und sagen uns, wie gut Sie sind und was Sie in Zukunft alles machen? Ich glaube, meine Damen und Herren, da sollte man einmal sehen, wo Sie überall einsparen. Genau beim Bürger! Das ist die einfachste Art und Weise, so wie Sie es in den letzten Jahren hier gemacht haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber eines möchte ich vielleicht auch noch sagen, zum Beispiel, wie es aussieht, wenn es um Anfragen geht. Letzter Gemeinderat, Anfrage von meinem Kollegen Gerald Ebinger, der der Frau Stadträtin eine Frage gestellt hat. Das gibt es jetzt natürlich zwei Parteien, da wird natürlich ein bisschen gestritten. Das war so wie bei einer Doppelconferéce von Farkas und Waldbrunn. An die Frau StRin Wehsely ist die Frage gestellt worden, und die Frau Dr Pilz hat sie dann beantwortet. So schaut heute die Politik in Wien aus, also sehr zweigeteilt, meine Damen und Herren.

Aber wir haben ja nicht nur Doppelconferénces, wir haben auch ein gescheitertes Drogenkonzept in Wien, meine Damen und Herren. Schauen Sie sich einmal den Bericht an. Hier steht eindeutig drinnen: Die Drogenkon-

sumenten werden jedes Jahr jünger. Was machen Sie, Frau Stadträtin? Sie tauschen täglich tausende Spritzen, und da ist Ihnen noch nicht aufgefallen, dass die jedes Jahr mehr werden und nicht weniger? Da hätten Sie schon längst einmal sehen müssen, dass die Drogenkonsumenten immer mehr werden.

Schauen Sie sich einmal den Drogenbericht des Innenministeriums an. Ich möchte Ihnen nur einen Satz daraus zitieren, ein besonderes Alarmsignal. Laut Bericht hat sich die Zahl der Drogeneinsteiger zwischen 14 und 18 Jahren seit 2009 von 395 auf 708 beinahe verdoppelt.

Frau Stadträtin! Meine Frage an Sie: Haben Sie es gelesen, oder wissen Sie es bis heute noch nicht, dass Ihr Drogenkonzept gescheitert ist? Hier wird nichts gemacht, hier wird eigentlich alles weggeschoben. Frau Stadträtin, ich sage Ihnen noch einmal: Ihr Drogenkonzept in den letzten zehn Jahren ist mehr als gescheitert! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Frage deswegen auch an Sie: Was werden sie in Zukunft machen? Werden Sie in Zukunft weiter solche Vereine wie „Help U“ oder SAM gründen, die ja nur alibihafter da sind, weil Sie ja gar nicht mehr wissen, was Sie machen sollen in vielen Bereichen?

Dann schauen Sie sich einmal den Stadtpark an! Dort wird am helllichten Tag auf Kinderspielplätzen noch immer gedealt. Gerade vor dem Wien-Wahlkampf war das ein Thema. Na, was haben Sie gemacht? Da haben Sie schnell angerufen, und dort ist dann halt den ganzen Tag eine Funkstreife gestanden. Aber wo ist die Funkstreife heute? Wo sind die Streifen heute im Stadtpark?

Gehen Sie am Schottenring in der Nacht! Dort wird munter weiter gedealt, so wie es in den letzten Jahren üblich war. Kein Mensch sagt dort etwas.

Wann werden Sie hier endlich einmal aufwachen, und wann wird es endlich einmal ein Drogenkonzept geben oder, besser gesagt, ein Anti-Drogen-Konzept für Wien, Frau Stadträtin? *(Beifall bei der FPÖ.)* Seit Jahren hat man es Ihnen erklärt, Frau Stadträtin, Sie haben es bis heute noch nicht kapiert. Das muss ich leider dazu sagen.

Das ist jetzt für die Frau StRin Wehsely. Das Einzige, was Sie geschafft haben *(GR Karlheinz Hora: Na, sagen Sie es endlich!)* – es gibt nicht nur Kritik, es gibt natürlich auch Lob – *(GR Mag Wolfgang Jung: Oh je!)*, Sie haben es geschafft, Frau Stadträtin, nach fünf Jahren endlich für die Wiener Rettung einen Personalintensivtransporter anzuschaffen, weil der alte ja schon auseinandergefallen ist. Das haben Sie geschafft in zirka fünf Jahren harter Arbeit. Harte Arbeit war das, glauben Sie mir das, es war nicht leicht, aber jetzt wird er in den nächsten Tagen endlich übergeben, und dazu möchte ich Ihnen von dieser Stelle aus ganz herzlich gratulieren, Frau Stadträtin. Also man sieht, Frau Stadträtin, wenn Sie wollen, dann bringen Sie schon einiges zustande.

Integration, meine Damen und Herren. Nichts hat man heute noch von Integration gehört, außer dass sowieso alles in Ordnung ist. *(GR Senol Akkilic: Da werden wir heute schon noch was hören!)* Sehr richtig. Ich danke Ihnen dafür. Was haben Sie gemacht zur Integration? Kein Wort hat man heute gehört. Ich muss ehrlich

sagen, ich bin auch nicht sehr verwundert, weil ja in Wien auch keine stattfindet. Also wenn keine stattfindet, braucht man auch nicht darüber zu reden.

Aber ich werde Ihnen vielleicht einige Punkte aufzählen. Das habe ich auch letztes Mal getan, und vielleicht, wenn man das immer wieder wiederholt, werden Sie irgendwann einmal doch aufwachen und sagen, dass die Freiheitlichen doch recht haben mit der Integration: Wir haben keine!

Sie wissen ja ganz genau, wie es mit den Subventionen der Vereine ist. Was passiert mit diesen Vereinen? Das Einzige, was Sie in Wien subventionieren, sind Kaffeekränzchen, wo drei bis zwölf Personen zusammensitzen, ein paar Kochrezepte in Deutsch und in Türkisch austauschen, vielleicht auch in anderen Sprachen, und das ist Ihre Integration. Und das, muss ich ehrlich sagen, ist in keiner Weise förderlich.

Warum geht man nicht her und macht diese Deutschkurse an den Volkshochschulen, dort, wo Deutsch auch gelehrt wird? Das wäre doch einmal etwas. Das Einzige, was Sie geschaffen haben, sind solche Kaffeekränzchen-Vereine. Da schmeißen Sie die Millionen beim Fenster heraus. Da hätten Sie schon einmal ein Rieseneinsparpotenzial. Oder Vereine wie zum Beispiel ATIB. Da entstehen Parallelgesellschaften, eine um die andere, dort gibt es sogar auch Kindergärten, meine Damen und Herren. Nicht dass man die Kinder endlich einmal in öffentliche Kindergärten schickt, wo sie Deutsch lernen können, nein, da gibt es eigene, wo sie nur die Muttersprache, das heißt Türkisch, lernen.

Da ist es nicht verwunderlich, wenn man nicht einmal hier ansetzt, dass man sagt, so etwas kann es an und für sich nicht geben. Die Leute in diesen Vereinen wollen es einfach nicht, meine Damen und Herren. Das sollte man zur Kenntnis nehmen, aber dann sollte man sie auch nicht subventionieren mit Kaffeekränzchen.

Vielleicht kann ich Sie ja kurz wieder einmal wachrütteln mit Prof Fassmann, der einmal in einem Interview der Presse gesagt hat – ich werde es Ihnen heute noch einmal zitieren: Die Sprache ist äußerst wichtig. Wir hatten die Illusion, dass die Zuwanderer so bleiben können, wie sie sind. – Und ich frage Sie, Frau Stadträtin: Wann hören Sie auf mit Ihren Illusionen? Wann werden Sie in der Integration Ihre Politik in diese Richtung ändern? Wann werden Sie endlich einmal mündig und sehen, es gibt Probleme?

Und ich möchte eines noch dazusagen: Sie nehmen ja mit Ihrer Integrationspolitik den Jugendlichen, den jungen Menschen jede Möglichkeit auf Arbeit, und dann wundern Sie sich, wenn diese Menschen, die keine Arbeit finden, weil sie nun einmal nicht Deutsch können, abdriften in die Kriminalität. Wenn die dann kriminell werden, da wundern Sie sich? Ich wundere mich natürlich nicht darüber, aber das ist Ihre Politik. Wir zeigen sie seit Jahren auf, Sie leugnen sie einfach weg. Sie sagen, diese Politik ist nicht vorhanden.

Ich sage Ihnen, es gibt gute Konzepte, gute Ansätze, wo Sie mit nur ein bisschen gutem Willen die Wiener Integrationspolitik fördern können. Und da, das kann ich Ihnen versichern, Frau Stadträtin, stehen wir natürlich

auch auf Ihrer Seite, wenn Sie endlich eine Integrationspolitik machen, die den Namen auch verdient. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Frau Stadträtin! Zum Abschluss möchte ich Ihnen noch eines sagen: Nehmen Sie, wenn Sie schon unsere Kritik nicht ernst nehmen, zumindest die Kritik von Prof Fassmann ernst, der ja einer Ihrer Gleichgesinnten ist. Nehmen Sie diese Kritik ernst, machen Sie einmal Politik für die Bürger dieser Stadt und fördern Sie in Zukunft nicht diese Parallelgesellschaft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner ist Herr GR Stark zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Rudolf **Stark** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Sie haben in Ihren einleitenden Worten auch die Klein- und Mittelbetriebe angesprochen, und ich darf gleich mit den Klein- und Mittelbetrieben fortsetzen, denn denen geht es ja wirtschaftlich und finanziell nicht besonders gut. Den Grund hierfür habe ich hier schon öfter dargelegt. Es ist die schlechte Ausstattung dieser Unternehmen mit Eigenkapital, und ich werde auf dieses Thema dann noch zurückkommen.

In einer Zeitungsbeilage, bezeichnet mit „Europa in Wien“, habe ich einen sehr interessanten Artikel gefunden. „Was passiert in Wien mit den EU-Mitteln?“ Es ist hier ein sehr schönes Foto unserer Frau Vizebürgermeister dabei, und die Frau Vizebürgermeister sagt, die europäischen Förderungen bringen neue Arbeitsplätze und stärken den Standort Wien. In diesem Artikel ist dann zu lesen, dass die Europäische Union im Zeitraum 2007 bis 2013 für Wien 25 Millionen EUR zur Verfügung stellt. Und dann weiter: „Wien ist eine der reichsten Metropolen Europas. Trotzdem gelingt es der Stadt immer wieder, EU-Fördergelder für fortschrittliche Projekte nach Wien zu holen.“

Na ja, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Ehre und Lob, wem Ehre und Lob gebührt. Nur, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, ich vermute, dass Wien diese Geldmittel zustehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Frau Vizebürgermeister die EU betakelt, um irgendwelche Fördermittel zu erhalten, oder dass uns die EU diese Fördermittel unrechters zur Verfügung stellt.

Die Frau Vizebürgermeister wird dann weiter zitiert: „Diese eingesetzten Mittel tragen zur Wertschöpfung von Wien bei. Durch nachhaltige Anregungen von Unternehmern und dem Ausbau des Wiener Entwicklungspotenzials können mehr Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Unterstützt werden nicht Firmen selbst, sondern Wiener Institutionen wie etwa die Wirtschaftsagentur Wien, die mit Hilfe der EU-Mittel eine breite Palette an Dienstleistungen für UnternehmerInnen anbieten kann. Diese reichen von Weiterbildungsmaßnahmen durch Workshops oder Seminare über den Bau eines Technologiezentrums bis hin zu EU-geförderten Unternehmensnetzwerken für zukunftsorientierte Branchen wie etwa Umwelttechnologien.“

Es findet sich hier dann auch noch eine sehr umfangreiche Liste mit ausgewählten Projekten, zum Beispiel Wasserspiele im Robert-Hochner-Park, Treffpunkt der Ruhe im Fritz-Imhoff-Park, aus dem Mariahilfer Platzl wurde das Christian-Bruder-Platzl, neue Bäume für die Pfeilgasse, Birnenrutschen und Fruchtspieß und so weiter.

So interessant und wichtig all diese Projekte auch sein mögen, für die Klein- und Mittelbetriebe sind sie bestenfalls Umwegsrentabilität. Einzig der Punkt 19 betrifft die KMUs, und zwar mit dem Projekt Mingo. Die Kosten für dieses Projekt betragen 3,3 Millionen EUR, die Hälfte, 1,6 Millionen EUR, kommt von der EU.

Die Frau Vizebürgermeister wird dann hier weiter zitiert: „Die Wirtschaftsagentur Wien entwickelt mit EU-Mitteln etwa das Projekt Mingo, Service für kleine und mittlere Unternehmen. Maßgeschneiderte und kostenlose Vermittlung unternehmerischen Know-hows hilft bei der Gründung von Unternehmen und deren Durchsetzungsfähigkeit, erklärt Vizebürgermeisterin Renate Brauner.“

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Wenn ich dies richtig verstanden habe, bekommen die KMUs von den 25 Millionen EUR direkt keinen einzigen Cent. Die Wirtschaftsagentur Wien entwickelt mit Landes- und mit EU-Geldern in Höhe von 3,2 Millionen EUR das Projekt Mingo und gibt im Zuge dieses Projekts einfach Tipps. Sie haben es bezeichnet als – ich wiederhole es – maßgeschneidert, kostenlos und so weiter. So berechtigt dieses Projekt auch sein mag, darf ich Ihnen aus meiner beruflichen Praxis als Steuerberater sagen, die KMUs brauchen vorwiegend Bares, Barmittel und nicht irgendwelche schlaun Tipps. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Noch eine Bemerkung zu den Unternehmungsgründungen: Wunderbar, sie müssen unterstützt und gefördert werden. Sie kennen sicher aber auch die Statistik der KMU-Forschung über die Überlebensrate neu gegründeter Unternehmen. Hauptproblem oftmals: fehlende Barmittel und nicht fehlende gute Tipps.

Warum dies so ist, habe ich hier schon oft dargelegt: zu geringes Eigenkapital, somit auf Fremdkapital angewiesen, Probleme beim Rating mit der Bank und somit Probleme bei der Geldbeschaffung. Die Folge: Zahlungsunfähigkeit und Insolvenz.

Generell wollen die Banken Kredite vergeben, nur gibt es zum Leidwesen der Banken durch Basel II ein neues Vier-Augen-Prinzip und zwar Sachbearbeiter und Ratingcomputer. Der Ratingcomputer akzeptiert keine persönlichen Gründe oder persönlichen positiven Erfahrungen mit den Kundinnen und Kunden.

Auf Probleme beim Rating auf Grund der Bestimmung durch Basel II habe ich hier schon oftmals hingewiesen, leider kommt auf die KMUs noch Härteres zu, und zwar Basel III. Die neuen Eigenkapitalanforderungen für Banken auf Grund von Basel III werden auch Folgen für die Unternehmen haben. Die Vertreter der Banken verweisen darauf, dass die zusätzlichen Kosten durch Basel III auf die Unternehmen überwältigt werden müssen, da die Bankinstitute nicht nur Basel III, sondern auch die Banksteuer und die neuen Einlagensicherun-

gen verkräften müssen.

Beim Forum Alpbach im Frühjahr kam zum Ausdruck, dass es in der Zukunft mit der Finanzierung der Unternehmen durch Basel III – wörtlich zitiert: „düster aussieht, weil“, wie der Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, Nowotny, anmerkte, „wohin die zusätzlichen Kosten der Banken weiterverrechnet werden, schon vielen klar ist.“

Sektionschef Michael Losch aus dem Wirtschaftsministerium sagt es noch deutlicher. Derzeit sieht es laut Losch nämlich so aus, als würden KMU von einer möglichen Kostenüberwälzung mehr betroffen sein als andere. Bei multinationalen Konzernen werden es die Banken schwerer haben, ihre gestiegenen Anforderungen einfach weiterzuverrechnen. Losch: „Es ist alles eine Frage der Marktmacht. Probleme sind vor allem bei Kleinkrediten zu erwarten.“

Und eine weitere Schlagzeile: „Basel III wird die Kreditklemme verschärfen. Basel III ist eines der großen Probleme, mit denen Klein- und Mittelbetriebe zu kämpfen haben. Für rund zwei Drittel der Unternehmen wird sich die Kreditklemme verschärfen“, sagt Arno Langwieser, der Geschäftsführer des aws Mittelstandsfonds. „Die Hausbanken werden immer restriktiver, wollen immer mehr Sicherheiten.“, so Langwieser weiter. „Um 1 bis 2 Prozent wird Basel III die Kredite verteuern.“, schätzt der Fondsmanager. Das trifft sicher alle, aber die kleinen Unternehmen, die ohnehin wenig Eigenkapital haben, besonders.

Gleich weiter zu Basel III: „Schreckgespenst Basel III. Wenn das neue Regelwerk vollständig umgesetzt sein wird, brauchen die heimischen Institute“ – gemeint sind die Bankinstitute – „15 bis 18 Milliarden EUR zusätzliches Eigenkapital, rechnet OeNB-Chef Nowotny kürzlich vor. Dabei sind sich Experten einig, dass weniger die Geldhäuser als besonders die Klein- und Mittelbetriebe von Basel III massiv betroffen sein werden. Die Folge: Liquiditätseingpässe, weniger Investitionen, mehr Pleiten.“

Und auch dazu gibt es schon die entsprechenden Schlagzeilen. „Mehr Pleiten durch Basel III bei Klein- und Mittelbetrieben. Klein- und mittelständischen Unternehmen könnte Basel III zum Verhängnis werden.“

Franz Maier, Generaldirektor des Kreditversicherers Atradius, erwartet ab der Einführung von Basel III einen Anstieg von Insolvenzen bei KMUs. „Wir haben leider festgestellt, dass die Eigenkapitalquoten bei den Unternehmern krisenbedingt massiv gesunken sind.“, sagt Maier. Kommt es dann im Zuge von Basel III zu strengeren Risikobewertungen, könnte so manche Firma keine Finanzierung mehr bekommen. „Bei Unternehmern mit einer Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent wird es definitiv zu einem Anstieg von Insolvenzen durch Basel III kommen.“, so der Kreditversicherungschef.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Bei Unternehmen mit einem Eigenkapital von unter 10 Prozent wird es definitiv zu einem Anstieg der Insolvenzen durch Basel III kommen. Und wie sieht die Eigenkapitalsituation bei den Klein- und Mittelbetrieben in Wien aus? 17 Prozent der 72 500 Klein- und Mittelbetriebe befinden sich in einer katastrophalen Situation. Die Eigenkapitalquote ist über-

haupt negativ, also von unter 10 Prozent können die nicht einmal träumen. Es ist negativ. Nimmt man die KMUs mit einer Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent dazu, sind 31 Prozent der Wiener KMUs extrem gefährdet.

Auch der Chef der KMU-Forschung Austria, Voithofer, hat ähnliches Zahlenmaterial: Vier von zehn KMUs in roten Zahlen. Was dies, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, für die Arbeitsplätze bedeutet, ist auch klar. Überträgt man dies linear auf die Arbeitsplätze, könnte das für den größten Dienstgeber Wiens bedeuten, dass auch fast ein Drittel aller Arbeitsplätze bei den KMUs in Gefahr sind.

Das Hauptproblem, wie schon gesagt, ist die schlechte Eigenkapitalsituation, und bei den Unternehmen mit 1 bis 9 Dienstnehmern sieht es noch dramatischer aus. Von den Betrieben mit 1 bis 9 Dienstnehmern haben fast 55 Prozent, also mehr als die Hälfte, ein negatives Eigenkapital. Von unter 10 Prozent sind die weit entfernt. Von den Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten haben immerhin noch 35 Prozent ein negatives Eigenkapital. Das bedeutet, dass bei den Betrieben mit 1 bis 49 Dienstnehmern fast 90 Prozent überschuldet und sogar Krisenbetriebe sind.

Die Kreditversicherer rechnen heuer mit mehr Pleiten. Trotz der wirtschaftlichen Erholung wird es heuer in Österreich zu einem weiteren Anstieg bei den Insolvenzen kommen. Der Kreditschutzverband prognostiziert einen Zuwachs von rund 3 Prozent. Besonders die schlecht kapitalisierten Unternehmen kämpfen damit, den Aufschwung zu finanzieren. Wegen der regulatorischen Anforderungen sind die Banken kritischer geworden. Besonders Klein- und Kleinstunternehmen leiden darunter.

Leider die nächste Schlagzeile: „Firmenpleiten werden heuer steigen.“ Für konkrete Prognosen ist es noch zu früh, sagt die Creditreform, aber ein Pleiteplus in der Bandbreite von 2 bis 5 Prozent wird sehr wahrscheinlich sein.

Wie sieht es eigentlich mit den Insolvenzen in Wien aus? Es wurde heute schon kurz angeschnitten. Die Unternehmensinsolvenzen sind in Wien im 1. Quartal 2011 gegenüber 2010 um 21,8 Prozent stark angestiegen. Bei den Privatinsolvenzen gab es einen Anstieg von 11,5 Prozent. Bei den Privatinsolvenzen handelt es sich aber nicht nur um Privatpersonen im Sinn von Nichtunternehmen, ein wesentlicher Teil dieser Privatinsolvenzen betrifft Einzelunternehmen oder Personengesellschaften, bei denen durch den Fristlauf des Insolvenzverfahrens der Insolvenzantrag erst eingebracht wurde, nachdem der Rollbalken dieses Unternehmens heruntergezogen war. Das bedeutet, dass die Zahl der Gesamtinsolvenzen in Wien im 1. Quartal 2011 gegenüber 2010 um 14,9 Prozent gestiegen ist. 1 638 Fälle, das sind 18 Insolvenzen pro Tag. Bei meinem letzten Debattenbeitrag – Sie lächeln, Herr Kollege Margulies – waren es nur 14 Insolvenzen pro Tag.

Bei solch dramatischen Zahlen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, müsste man annehmen, dass Wien seinen Betrieben hilfreich zur Seite steht. Wie sieht das

in der Praxis aus? Da gibt es zum Beispiel die Wirtschaftsförderung für die Klein- und Mittelbetriebe – ich betone jetzt, ich spreche nur von Klein- und Mittelbetrieben –, und diese Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe wird von Jahr zu Jahr gekürzt. Im Rechnungsabschluss 2009 waren es 51 Millionen EUR, im Rechnungsabschluss 2010 49 Millionen EUR, also um 2 Millionen EUR gekürzt, und im Voranschlag 2011 wurden nur noch 39 Millionen EUR budgetiert, also um weitere 10 Millionen EUR gekürzt.

Zu den Förderungen ist anzumerken, dass mir keine Förderung für Betriebsmittel und somit zur Stärkung der Zahlungsfähigkeit bekannt wäre. Es gibt die Jungunternehmerförderung für Neugründung, Innovationsförderung für hochwertige Dienstleistungen, ERP-KMU-Programme für Investitionen, ERP-Kleinkredite für Investitionen in Kleinbetrieben, ÖHT-Förderung für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft, Innovationsschecks für KMUs für Kooperationen in Forschungseinrichtungen, Haftungen durch die Kreditbürgschaftsgesellschaft. Aber vielleicht habe ich diese, bezeichnen wir sie als Betriebsmittelförderung, übersehen. Das Förderwesen ist leider unübersichtlich.

Übrigens sagt auch der Geschäftsführer der awsförderbank, Moser: „Im Förderdschungel blickt niemand mehr durch.“ Dann sagt er weiter: „Das muss sich ändern. Es gibt nicht einmal genaue Schätzungen, wie viele Förderstellen es in Österreich gibt.“

Im Hinblick auf Basel III erwartet Moser eine Verteuerung der Kredite, weil die Banken eine verstärkte Risikogewichtung machen müssen. Treffen kann das vor allem eigenkapitalschwache Klein- und Mittelunternehmen. Man muss den kleinen Unternehmern weiterhin ausreichend günstige Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, stellt Moser fest.

Seit Jahren bitte ich Sie und appelliere ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Haftungen für die KMUs gegenüber den Banken zu übernehmen. Leider vergeblich. Die Haftungen von der Wiener Kreditbürgschaftsgesellschaft sind oftmals unpassend oder die Voraussetzungen treffen auf die Betriebe nicht zu. Für mich ist leider nicht nachvollziehbar, warum hier nicht mehr gemacht wird. Wien übernimmt Haftungen für Projekte im Osten, für Projekte der EU, überhaupt für die EU, nur für die KMUs, dem größten Dienstgeber Wiens, leider nicht.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Vielleicht wäre es doch sinnvoll, nicht immer an die anderen zu denken und dort Haftungen zu übernehmen, sondern auch in Wien, insbesondere bei den KMUs. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Nepp gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kollegen! Sehr geehrte Frau StRin Brauner!

Wenn man Ihre Leistung, die sich hier in diesem Rechnungsabschluss widerspiegelt, schulisch beurteilen müsste, kann man eigentlich nur eines feststellen, dass am Ende des Tages nur eine Note übrig bleiben kann, und das ist ein dickes fettes Nicht genügend, Frau Stadt-

rätin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dieser rote Rechnungsabschluss ist wirklich eine Schande für Wien – so etwas hat es in der Zweiten Republik noch nicht gegeben –, denn an dieser Schuldenlast, die Sie da in den letzten Jahren verursacht haben, werden gerade junge Menschen in dieser Stadt in den nächsten Jahrzehnten zu leiden haben. Die Jungen werden dann in einigen Jahren voll von diesem Schuldenunami getroffen und dürfen dann die gesamte Last in Form von Abgaben und Belastungspaketen auf ihren Schultern tragen und müssen dann Gebührener Explosionen erleben, um die Schulden, die Sie, Frau StRin Brauner, verursacht haben, wieder abzubauen.

Aber Sie tun immer so, als wäre das alles nicht so schlimm. Ich meine, für Sie ist es ja einfach: Sie sitzen in einem schicken Büro, haben einen Dienstwagen mit Chauffeur, laufen von einem Promibuffet zum nächsten, Sie arbeiten auch selbst im geschützten Bereich und glauben ja grundsätzlich, niemandem verantwortlich zu sein. Für Sie sind es ein paar Millionen Schulden da, ein paar Millionen Schulden dort, für Sie sind das alles nur Zahlen, so nach dem Motto: Wir spekulieren mit ein paar Milliönchen hier am Finanzmarkt oder mit ein paar Milliönchen dort in hochriskanten Währungsspekulationen mit dem Schweizer Franken. Aber in Wirklichkeit spekulieren Sie hier mit der Zukunft unserer Jugend, das sollte Ihnen bewusst sein. Es ist ein Skandal, wie sorglos Sie mit der Zukunft Wiens umgehen, Frau Stadträtin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber schauen wir uns einmal die genauen Zahlen des Rechnungsabschlusses an. In den letzten vier Jahren ist ja der Schuldenstand der Stadt explodiert. Allein im Jahr 2007 betrug der Schuldenstand 1,4 Milliarden EUR, und da ging die Verschuldungskurve genauso steil bergauf, wie die Wahlergebnisse der SPÖ eine Talfahrt erlebt haben. Bis zum Ende des Jahres 2010 haben Sie einen Schuldenberg von 3 Milliarden EUR angesammelt, und allein im Jahr 2010 gibt es eine Neuverschuldung von 1,4 Milliarden EUR.

Da behaupten Sie immer, wir Freiheitlichen sind nicht staatstragend. Die einzige Partei, die tagtäglich beweist, dass sie nicht staatstragend ist, sind Sie und Ihre SPÖ, denn Sie führen Wien in den absoluten Ruin, sehr geehrte Frau Stadträtin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nicht dass Sie irgendwann einmal zur Einsicht kommen, dass der Weg falsch ist und einlenken, nein, im Gegenteil, Sie belasten die Menschen munter weiter durch erhöhte Gebühren und Tarife, und davon sind überdurchschnittlich junge Menschen betroffen. Die Erhöhung von Gebühren und Tarifen dürften Ihnen ja sichtlich Spaß bereiten. Sie erhöhten die Müllgebühren in den letzten Jahren, die Preise für die Streifenkarten und die Einzelfahrscheine im Vorverkauf, der Gas- und Strompreis ist vor Ihnen nicht sicher und wird ständig erhöht, aber auch im Freizeitbereich erhöhen Sie munter weiter wie zum Beispiel die Tarife der städtischen Bäder und vieles mehr.

Und dann kommt natürlich die Frage der Bürger: Was wird denn als Nächstes erhöht? Verkaufen Sie das nächste Mal Eintrittskarten für öffentliche Spielplätze, wo

dann die Mütter für Schaukel und Rutschen Gebühren zahlen müssen? Ich meine, so eiskalt wie Sie hier diese Stadt regieren, ist es Ihnen wirklich zuzutrauen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ. Aber all diese Mehrbelastungen, die Sie hier verursachen, bedeuten für eine Durchschnittsfamilie Mehrbelastungen von 1 400 EUR im Jahr.

Sie treiben ja die Menschen direkt in die Armut, und es gibt einen Bericht des Verbandes Wiener Wohnungslosenhilfe, der das ja auch bestätigt. Sie wissen es ja insgeheim auch, nur sagen Sie es nicht laut, denn gerade die Führungsriege der SPÖ ist ja überhaupt nicht selbstkritisch. Aber weil Sie eben von dieser Armut wissen, haben Sie schon gehandelt, still und geheim, und Sie haben das Angebot an geförderten Wohnplätzen erhöht, und zwar allein im letzten Jahr von 3 000 auf über 4 400 Wohnplätze inklusive der Notschlafstellen.

Der Bedarf ist dennoch kaum zu decken, denn was in diesem Bericht steht, ist eben, dass gerade auch die Zahl der jungen Menschen, die in die Obdachlosigkeit gezwungen werden, drastisch steigt. Aber anstatt sozial gerechte Wohnungen für jungen Menschen, die vielleicht schon Kinder haben, zu errichten, öffnen sie die Gemeindebauten und behaupten, dass zugereiste Familien, vor allem aus dem türkischen Bereich, einen größeren Wohnbedarf haben als unsere heimischen Jungfamilien.

Daraus ersieht man wieder: Die Österreicher sind Ihnen komplett wurscht, Frau Stadträtin. Einerseits belasten Sie sie die ganze Zeit, auf der anderen Seite sparen Sie in den wichtigsten Bereichen drastisch ein, hier vor allem auch im Bildungsbereich. Wir haben es heute ja schon mehrmals gehört, aber man darf nicht müde werden, das zu wiederholen: 160 Lehrer haben Sie bereits im letzten Schuljahr eingespart. Da wurde mitten im Schuljahr gekürzt. Stundenpläne mussten während des Schuljahres umgeschrieben werden, Klassenunterrichtsstunden, Zusatzleistungen wie Nachmittagsprogramm, sei es jetzt für den Spracherwerb oder Leibesübungen, mussten eben zusammengelegt werden.

Im kommenden Jahr planen Sie, weitere 140 Posten zu streichen, und als einziges Bundesland hat Wien die Lehrer, die der Bund nicht mehr finanziert, gestrichen, alle anderen Bundesländer haben die Kosten aus dem Landesbudget übernommen. Sie wissen zudem, dass eine ganz, ganz große Pensionierungswelle an älteren Lehrern auf uns zukommt, und auch hier handeln Sie nicht.

Die Folge dieses Personalmangels und dieser Stundenkürzungen sind die verheerenden Ergebnisse bei den PISA-Tests. Da schneidet ja Wien grundsätzlich immer viel schlechter ab als alle anderen Bundesländer, und auch hier gehört endlich unsere freiheitliche Forderung, zuerst Deutsch, dann Schule, umgesetzt, um diesen schlechten Entwicklungen entgegenzuwirken.

Jeder Schüler, der in den Unterricht kommt, muss der deutschen Sprache mächtig sein. Wenn er das nicht schafft, muss er in eine eigene Deutschlernklasse gehen. So einfach ist das. Das ist für beide Seiten fair. Erstens blockiert der Schüler, der die deutsche Sprache nicht kann, nicht die heimischen Schüler, weil sich dann eben

die Lehrer nicht ständig um die anderen kümmern müssen, andererseits ist es nur fair auch für den Schüler, dass der nicht als außerordentlicher Schüler mitgeschleppt wird bis zur 3., 4. Klasse, und dann kommt man drauf, der kann nicht Deutsch.

Dass es um die deutsche Sprache ganz schlecht bestellt ist, zeigt eben auch der Lesetest, den wir hier in letzter Zeit in Wien durchgeführt haben. Der hat ja bewiesen, wie schlecht wir in Wien sind. Jeder vierte Schüler kann nicht richtig sinnerfassend lesen. Das ist aber kein Versagen der Kinder, sondern vielmehr ein Versagen der SPÖ-Bildungspolitik.

Sie sehen, was Sie den Kindern bis jetzt angetan haben mit Ihrer völlig verfehlten Bildungspolitik. Jährlich rutschen 16 000 Schüler in die Bildungsunfähigkeit ab. Das bedeutet, dass sich diese Menschen ein Leben lang nicht mehr weiterbilden können. Und das ist Ihr Verdienst. Darauf können Sie wirklich stolz sein. Jetzt ist mir nämlich auch klar, warum Sie das Sitzenbleiben abschaffen wollen. Weil nämlich damit anscheinend niemand Wind davon kriegt, wie es in Wirklichkeit um unser Bildungssystem bestellt ist.

Die einzigen Antworten, die von der SPÖ kommen, sind verpflichtende Kurse in Homosexualität für Lehrer – sehr originell –, die Einführung des Türkischunterrichts – das hat wahrscheinlich Staatspräsident Gül verlangt, als er hier auf Befehlsausgabe bei Bgm Häupl war –, oder eben auch die Wien-weite Einführung der Gesamtschule mit Aufstiegs Klauseln bei drei Fünfern.

All das wird uns weiter zurückwerfen in der PISA-Studie, anstatt dass Sie Geld in die Hand nehmen und weitere Lehrer einstellen. Dafür gibt es aber kein Geld, genauso wenig wie für die Jugendwohlfahrt, wo wir schon vor ein paar Monaten einen Dringlichen Antrag eingebracht haben, dort auch das Budget aufzustocken, Personal aufzustocken. Sie haben gemeint, es ist alles in Ordnung, es ist alles bestens, es sind alles Fälle, die nicht verhindert werden können. Doch jetzt bei dem neuesten Fall haben wir ja auch wieder gesehen – auch der Bericht der Volksanwaltschaft bestätigt das –, dass gerade im Bereich der Jugendwohlfahrt eine personelle Aufstockung dringend von Nöten ist. Aber nein, dafür wollen Sie kein Geld haben, dafür haben Sie für andere Sachen Geld, die Ihnen anscheinend wichtiger sind.

Für Ihre ideologischen Prestigeprojekte wie den Bildungscampus sind auf einmal 70 Millionen EUR da, andererseits haben Sie für die Schulsanierung von gutgehenden Gymnasien kein Geld. Für Ihre roten Vereine haben Sie Geld. Als Musterbeispiel sei hier wiederum nur der Verein ICE-Vienna genannt, der 720 000 EUR bekommt, wo die Frau Novak im Vorstand sitzt und wo natürlich auch wiederum Ihre roten Parteigenossen versorgt werden wie etwa der Bezirksvorsteher-Stellvertreter Mandl in Döbling. Der kassiert ja als Bezirksvorsteher-Stellvertreter 4 000 EUR im Monat dafür, dass er genau 2 Stunden in der Woche im Amtshaus sitzt. Da hat er sich gleich einmal selbst in Kurzarbeit geschickt, der Herr Mandl. (*GRin Barbara Novak: Er ist bei den Bürgern!*) Na, wo ist er jetzt – bei den Bürgern oder im Verein? Er kassiert wahrscheinlich bei Ihnen im

Verein zu viel Geld, weil er ständig bei den Bürgern ist, aber doppelt kassieren, Frau Novak, geht nicht. (GRin Barbara Novak: Haben Sie nicht auch noch einen Job als Gemeinderat?)

Da gibt es noch den Verein Aichholzgasse vom Herrn Baxant. Das ist auch interessant, wie dort die Gelder bei irgendwelchen roten Parteigenossen verschwinden. Wichtig ist Ihnen auch, dass Sie linksextreme Vereine fördern wie das Amerlinghaus, wo sich die links-alternative und die linksextreme Szene ständig aufhält.

Auch für die sinnlosen Werbekampagnen, wo dann irgendein Stadtrat von irgendeinem Plakat herunterlächelt, sind zig Millionen da, ebenso für Inserate für Homopflegeeltern oder Inserate für den Kindergarten. Es ist ja sehr interessant, dass man Inserate machen muss für den Kindergarten. Wir hören ja einerseits immer, es gibt zu wenig Plätze, aber dafür machen wir noch Werbung. Auch abstrus.

Aber den einfachen Wiener Bürger, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie links liegen, für den gibt es kein Geld, aber der wird Ihnen am nächsten Wahltag die Rechnung präsentieren.

Frau StRin Brauner! Abschließend möchte ich sagen, Sie produzieren in Wien Chaos, Chancenlosigkeit und Hoffnungslosigkeit. Es reicht! Deswegen fordere ich auch alle Abgeordneten von der Sozialdemokratie auf: Wenn Ihnen Wien wirklich am Herzen liegt, stimmen Sie unserem Misstrauensantrag zu! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin ist Frau GRin Frank gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Henriette **Frank** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zuerst muss ich einmal sagen, dass ich wirklich dankbar bin, dass im Internet eine Gemeinderatssitzung oder eine Rechnungsabschlussdebatte übertragen wird, denn so kann wirklich eine breite Mehrheit feststellen, wie wenig den Sozialisten die Bürger in dieser Stadt am Herzen liegen, weil es ihnen völlig egal ist, wenn wir hier diskutieren, womit die Bürger belastet werden oder entlastet werden können. Das muss man schon einmal sagen. Ich meine, es sitzt ja überhaupt niemand mehr da. (Beifall bei der FPÖ. – GR Anica Matzka-Dojder: Hauptsache Sie sind da! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Aber zuerst sage ich einmal, wofür ich möchte, dass unter keinen Umständen in dieser Stadt Geld ausgegeben wird. Anzeige: Wien erneuert die Stadt sanft. – Die Spielregeln gelten für alle. Anzeige kostenpflichtig. – Wohnen in Wien. Hochbetrieb auf Wiens Baustelle. – Neues Wohnsegment in Wien. – Mehr Arbeit, neue Wohnungen. – Auf ein gutes Miteinander! – und so weiter. Ich habe noch einen ganzen Stapel. Das alles wird bezahlt, und ich werde nachher auch noch ein bisschen darauf eingehen, wie ich mir vorstelle, wie das bezahlt werden kann. (GR Erich Valentin: Haben Sie das überhaupt gelesen?) Geh'n Sie, Herr Valentin, auf so ein Niveau begeben Sie sich doch überhaupt nicht. (GRin Barbara Novak: Wir auch nicht!) Ich meine, das ist ja lächerlich.

Seit Frau StRin Brauner das Ressort übernommen hat, wurde der soziale Wiener Wohnbau förmlich ausgehungert, denn alljährlich – Frau Stadträtin, den Vorwurf muss man Ihnen schon machen – werden die Wohnbaumittel gekürzt, obwohl andererseits der Wohnbedarf, der in keinster Weise gedeckt werden kann, rasant steigt. Durch diese Versäumnisse im sozialen Wohnbau – das wäre übrigens auch eine Möglichkeit, diese Arbeitslosigkeit, wo Sie in Österreich an der Spitze stehen, etwas zu reduzieren – und die steigende Nachfrage gerade am Wohnbausektor, dem Sie ja gar kein Angebot gegenüberstellen können, steigen natürlich auch die Preise.

Es gibt hier Ihrerseits überhaupt kein Konzept, sondern diese teuflische Spirale bewirkt, dass sich der Durchschnittsbürger in Wien kaum mehr eine Wohnung leisten kann. Soziale Durchmischung haben Sie das seinerzeit genannt, als Sie die Tore für Spitzenverdiener oder zumindest für sehr gut verdienende Menschen geöffnet haben, denn um jetzt in den sozialen Wohnbau einzuziehen, darf eine Einzelperson immerhin pro Jahr im Durchschnitt über 40 000 EUR verdienen, 2 Personen dürfen im Durchschnitt knapp 60 000 EUR verdienen.

Wie viel das eigentlich ist, erkennt man, wenn man weiß, dass der Durchschnittsverdienst eines Österreichers bei zirka 18 300 EUR liegt, jener von Pensionisten bei 15 000 EUR und jener von Lehrlingen bei 6 300 EUR. – All diese Menschen sollen sich dann die mit der tollen Wohnbauoffensive der Frau StRin Brauner errichteten Wohnungen leisten können, in denen der Baukostenzuschuss 300 EUR pro Quadratmeter ausmacht und der Grundkostenzuschuss noch einmal 240 EUR, also haben wir schon einmal 540 EUR pro Quadratmeter – und die Mieten von 7 bis 9 EUR pro Quadratmeter tun ein Übriges! Wenn dann so eine Jungfamilie vielleicht für eine 50-m²-Wohnung 27 000 EUR anzahlen soll, dann ist das, Frau Stadträtin, weder sozial noch eine Wohnbauoffensive, auf die Sie stolz sein können! (Beifall bei der FPÖ.)

Das heißt natürlich auch, dass jetzt durch diese Steigerung der Einkommensgrenzen immer mehr Menschen, die es sich leisten können, einziehen und die Qualität im Wohnbau massiv angehoben wird. Natürlich steigt jetzt auch die Zahl der Beihilfenempfänger massiv – um immerhin 50 Prozent im letzten Jahr, das ist eine ganze Menge. Man könnte sicher Möglichkeiten schaffen, um das alles etwas billiger und für jeden leistbar zu gestalten. Ich werde vielleicht in der Spezialdebatte dann noch einmal darauf eingehen.

Es ist jetzt dringend notwendig, dass wir ein Gesamtpaket schnüren, mit dem wir es ermöglichen, dass sich das einerseits die sozial Schwachen leisten können, und dann vielleicht doch noch der eine oder andere dort einzieht, aber nicht die Mehrheit derer, die ohnehin schon viel Geld verdienen, denn wir haben nicht genug.

Diese Forderung ist sehr berechtigt, wenn man bedenkt, dass die Vermietung immer mehr in Richtung Richtwertmietzins hingeht. Auch wenn die Stadt Wien sich vielleicht eines Tages brüsten wird – noch haben Sie es ja nicht getan –, dass sie nur 90 Prozent des

Richtwertmietzinses verrechnet, ist das immer noch um 50 Prozent mehr als der Kategoriemietzins.

Da sind wir schon bei einem wichtigen Punkt: Das Wohnen wird ja nicht nur durch die Mieterhöhungen, sondern vor allem auch durch die Erhöhung von Gebühren massiv verteuert.

Herr GR Margulies war es, der gesagt hat, immer wenn die Freiheitlichen reden, wird es eine Ausländerdebatte, aber man darf sich gegenüber den Tatsachen nicht verschließen und muss halt auch zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Ausländer – oder Menschen mit Migrationshintergrund, um politisch korrekt zu sein – in den sozialen Wohnbau beziehungsweise in die Wiener Gemeindebauten einziehen. Unter diesen Menschen ist ganz besonders die muslimische Gruppe hervorzuheben, denn im Gegensatz zu Migranten aus anderen europäischen Ländern sind dort immerhin 43,6 Prozent Sozialhilfeempfänger. So kann man keine Mittel schaffen und einen sozialen Wohnbau nicht aufrechterhalten, denn dass die Sanierungen so teuer werden, sieht man ja. Es konnte ja jahrelang überhaupt nichts geleistet werden, es war einfach kein Geld mehr dafür vorhanden.

Es wird uns immer und immer vorgeworfen, dass wir Sprachkenntnisse fordern. Nein, das sagen nicht nur wir, dass man Deutsch können muss, um in den Gemeindebau einzuziehen. Nicht nur wir sagen, dass man, wenn man in diesem Land lebt und kein Deutsch kann, es zumindest lernen muss. Ich habe mit Ausländern gesprochen. Da war zum Beispiel ein Ägypter, der im Monat um 33 Prozent mehr arbeitet, um für seine Kinder die Privatschule zahlen zu können, weil er schon sagt, sonst lernen sie nichts. Dass sie Deutsch können, ist völlig klar. Ein anderer kommt aus Ex-Jugoslawien. Er hat gesagt, er ist aus dem 10. Bezirk weggezogen, es sind ihm zu viele Migranten; seine Kinder können nichts mehr lernen und Deutsch mit Sicherheit gar nicht. – Das sagen nicht die Freiheitlichen, sondern die Zuwanderer. Nehmen Sie auch das einmal zur Kenntnis! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Frau StRin Brauner, manchmal kommt es mir vor, als müsste der Herr StR Ludwig für den sozialen Wohnbau zu Ihnen als Bittsteller kommen, um vielleicht doch noch ein paar Mittel dafür zu bekommen, denn alleine der Voranschlag 2011 bedeutete gegenüber diesem Rechnungsabschluss wieder eine Kürzung der Wohnbaufördermittel von 107 Millionen EUR. Das ist doch nicht irgendetwas, das ist eine ganze Menge Geld.

Wenn man dann noch diese Bereinigungen und so weiter, die hier durchgeführt wurden, berücksichtigt und mit einbezieht, dann würden dem sozialen Wohnbau 282 Millionen EUR mehr zur Verfügung stehen. Selbst bei einem guten Standard würde das bedeuten, dass wir jährlich 3 000 Wohnungen mehr hätten. Und das würde bedeuten, dass nicht 14 000 Jungwiener und 14 000 Wiener und Wienerinnen für eine Sozialwohnung vorgezählt wären, wobei diese Zahl alljährlich steigt. Diese Menschen bekommen keine Wohnungen, weil wir einfach keine haben.

Wenn Sie dann sagen, alles ist so super in diesem Land, dann muss ich Ihnen sagen: Dort, wo wir große

neue Stadtgebiete haben, schaffen Sie keine entsprechende Infrastruktur. Ihretwegen werden die Jungfamilien massiv belastet. Sie müssen vom einen Ende, wo sie vielleicht ein Kind zur Schule bringen, zum anderen Ende, wo sie vielleicht das andere Kind in den Kindergarten bringen, bis hin zu ihrem Arbeitsplatz kreuz und quer durch die Stadt fahren – und das nicht immer mit öffentlichen Verkehrsmitteln, denn von zu Hause weg ist das oft gar nicht mehr möglich. Ich nenne die Beispiele Monte Laa oder Wienerberg. Da geht es überhaupt nicht, da ist man ja tagelang unterwegs und verhungert dazwischen.

Sie haben dem überhaupt kein Konzept, keinen Plan, gar nichts entgegensetzen, aber wofür Geld da ist – und das ist auch erstaunlich –, das ist bei Wiener Wohnen für die Überstunden. Wofür die Überstunden verwendet werden, wissen wir nicht so genau, aber pro Quartal sind es 32 000 Überstunden. Ich habe das umgerechnet. Das würde bedeuten, dass Wiener Wohnen um dieses Geld zirka 80 Personen einstellen könnte – so es denn notwendig ist.

Laut einer Graphik, die der Herr StR Ludwig großzügig herausgegeben hat, schien es, dass die Stunden gesenkt würden. Das hat genau so ausgesehen, dass von den 9 000 pauschal verrechneten Überstunden ein Teil gesenkt wurde, allerdings sind die individuellen Überstunden gestiegen, sodass in Summe alles gleich bleibt. Da frage ich mich: Was macht Wiener Wohnen, dass man pro Quartal 32 000 Überstunden braucht? Das ist wirklich zu hinterfragen. Die Auskunft im Ausschuss war mehr als dürftig. Das kostet eine Menge Geld, und es gäbe sicher sinnvollere Möglichkeiten, es auszugeben.

Etwas, was auch immens ins Geld geht und wo ich noch einmal die Migranten zitieren muss: Wir haben ein Willkommensservice mit sieben oder acht Sprachen, die angeboten werden, wir haben jede Menge Folder in x Sprachen, die Hausordnungen, alles muss x-fach aufgehängt werden, sogar die Waschmaschinen müssen schon acht verschiedene Bedienungssprachen haben, weil sonst niemand mehr in der Lage ist, sie in Betrieb zu nehmen. Da besteht doch ein Riesensparpotenzial! Ich bin nicht so verwegen wie der Herr GR Margulies, zu sagen, wegen 20 oder 30 Millionen EUR brauchen wir nicht anzufangen. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Nein, so habe ich es nicht gesagt! Richtig zitieren!)* – Doch, so ist das herausgekommen. Wollen Sie 20 oder 30 Millionen EUR einsparen? Ja, wir wollen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Würden wir diese 20 oder 30 Millionen EUR einsparen, hätten wir damit zusätzliches Potenzial, die Bezirke bei den Sanierungen der Schulen zu entlasten. Denn genau wie mit dem sozialen Wohnbau verhält es sich auch mit den Schulen. 50 Jahre hat man nichts getan. Man hat zugesehen, bis den Kindern fast buchstäblich die Decken auf den Kopf gefallen sind. Und was ist jetzt die Lösung? Die Sanierungen fressen das Geld, und die Kinder sitzen in den Containern. Etwas anderes ist niemandem mehr eingefallen.

Hätte man die Sanierungen sukzessive, so wie sie angefallen sind, durchgeführt, dann hätte man jetzt nicht

17 Bezirke in die Schuldenfalle getrieben; 17 Bezirken ist es nämlich nicht mehr möglich, Rücklagen zu bilden, wenn sie nicht überhaupt hochgradig verschuldet sind. Auch das soll man einmal sagen. Es hilft die ganze Dezentralisierung nichts, wenn die Bezirke in ihren eigenen Schulden gefangen sind und für Innovation überhaupt keine Möglichkeit mehr haben.

Aber wir haben auch für die Sanierungen viel Geld ausgegeben. Das ist grundsätzlich gut so, wobei ich immer sage, man muss auch Langzeitwirkungen absehen. Es gibt genügend Experten, die darauf verweisen, dass die Amortisationszeit dieser Sanierungen wesentlich höher ist als die Lebensdauer. Das bedeutet, wir müssen das Ganze wieder von vorne beginnen, bevor es sich rentiert hat.

Da muss man einmal überlegen, ob es nicht auch andere Möglichkeiten gibt, als nur Erdölderivate an die Wände zu kleben. Meine Kollegin Matiassek hat vorhin über Sonnenenergie, Fotovoltaik und so weiter gesprochen. Es gibt viele Möglichkeiten, aber manchmal genügt es auch, gerade dort, wo vielleicht noch Ölheizungen sind, einen Kessel zu tauschen. Das bedeutet schon einmal eine Energieeinsparung von 40 Prozent. Vielleicht würde es auch genügen, Wohnungen zu entfeuchten, denn es kostet eine Menge Energie, kalte, feuchte Wohnungen warm zu bekommen.

Es geht also auch auf etwas einfachere Art. Wir aber geben jetzt das Geld nur für Sanierungen aus, hinter denen eine breite Lobby steckt, ohne uns zu überlegen, wie wir in 20 Jahren das Entsorgungsproblem lösen werden.

Jetzt komme ich noch einmal zum Thema Energie. Sie, Frau StRin Brauner, sprechen immer wieder die soziale Komponente an. Heizkosteneinsparung ist eine Sache, aber der Strom wird überhaupt nicht erst erwähnt. Wir machen wohl Passivhäuser, die keine oder kaum mehr Heizkosten, aber ein enormes Potenzial an Stromkosten verursachen. Darüber wird überhaupt nicht gesprochen.

Herr StR Ludwig spricht davon – das muss ich noch kurz einfügen –, dass eine Familie bei saniertem Wohnbau unter 100 EUR pro Jahr an Heizkosten einspart. Da läuft doch etwas falsch, denn Experten sagen, dass, wenn man gut saniert, mindestens 350 EUR pro Jahr drin sein müssen. Also ist das Einsparpotenzial nicht gegeben, und der Strom frisst das dann sowieso wieder auf.

Dass die Stromkosten noch wesentlich steigen werden, schreiben wirklich schon sehr, sehr viele Experten. Laut Univ-Doz Dr Kurt Kratena wird der Energieverbrauch in zirka 20 Jahren nicht mehr so stark steigen, allerdings wird im Gegensatz zum Verbrauch von Öl, Kohle und Gas jener des Stroms weiter zunehmen, und der Strom wird wesentlich teurer sein als heute. Das heißt, wir machen jetzt Sanierungen, um das Öl einzusparen, und parallel dazu steigt der Strompreis, wobei das Ganze auf den Strompreis ausgerichtet ist. Im Herbst rechnet Kratena mit Strompreissteigerungen von 15 bis 20 Prozent.

Frau Stadträtin! Ich glaube, der soziale Wiener

Wohnbau ist durchaus als Großkunde anzusehen, aber ich habe noch nicht gesehen, dass man jene, die in Gemeindebauten wohnen, mit einem Großkundentarif versieht. Diese Menschen zahlen den vollen Preis, von Jahr zu Jahr mehr. Seit Bgm Häupl im Amt ist, hat mein Kollege DDr Schock zirka 15 Seiten an Preiserhöhungen aufgelistet. Das sollte den Damen und Herren von der Sozialdemokratie – zumindest jenen, die hier sind – schlechtes Gewissen machen.

Innerhalb von 16 Jahren gab es 15 Seiten an Preiserhöhungen – damit wir uns richtig verstehen: engzeilig beschrieben –, eines nach dem anderen wurde teurer, x-fach, der Strom, die Müllgebühren, Gas, Kanal, Wasser, Kosten, die vor allem den Wohnbau treffen. Doch Sie haben dem nichts entgegenzusetzen, womit Sie den Menschen das Leben nur irgendwie erleichtern oder ihnen ein bisschen entgegenkommen, nein, Sie fördern jetzt noch einmal die Elektrofahrräder. Wenn der Strom wirklich teurer wird, dann bin ich davon überzeugt, dass die Stromsteckdosen auch nicht mehr kostenlos sein werden, dann werden die Leute noch einmal zur Kasse gebeten.

Ich könnte jetzt noch eine Menge dazu sagen. Später, bei der Spezialdebatte, werden wir Zeit haben, auf das eine oder andere näher einzugehen; aber wenn man hier sieht, dass das ein Rechnungsabschluss ist, der nur geprägt ist von einer Erhöhung der Schulden innerhalb von 4 Jahren von 1,4 Millionen EUR auf 3,7 Millionen EUR, dann kann man, glaube ich, guten Gewissens sagen, dass man diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Mahdalik zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Berichterstatte-rin!

Ich schlage vor, wir fangen heute mit einer Quizfrage an, quasi einer Millionenshow für arme Leute. Ich kann nämlich den Gewinn schwerlich auszahlen, dann wäre es eher eine 10-EUR-Show, und VBgmin Brauner wird sich wohl schwer tun, denn sie ist, wie ich fürchte – nicht privat, hoffe ich, aber jedenfalls in ihrer Eigenschaft als Finanzstadträtin – ebenfalls flach. Darum wird sich der glückliche Gewinner eben mit Gottes Lohn bescheiden müssen. Ich möchte Ihnen aus einem Interview aus dem „Kurier“ vom Februar dieses Jahres eine Frage vorlesen.

Jemand, Frau oder Herr XY, wurde gefragt, wie er denn zu seinem Arbeitsplatz gelangt. Er hat daraufhin geantwortet: Da ich in Niederösterreich wohne, fahre ich mit dem Auto zur Arbeit, aber in der Stadt selbst erledige ich alle Wege selbstverständlich mit den Öffis und erspare mir jede Menge Zeit.

Jetzt gebe ich drei Namen zur Auswahl, wer das gewesen sein könnte, der da aus Niederösterreich mit dem Auto zur Arbeit gelangt, also nicht auf die Öffis zurückgreift. War das a) Rudi Stohl, Ex-Rallyefahrer, b) Heinz Kinigadner, Ex-Motocrossfahrer, oder c) Michael Lichtenegger, der langjährige Geschäftsführer der Wiener Linien?

Gibt es Vorschläge, wer das vielleicht sein könnte? Rudi Stohl, Heinz Kinigadner oder – richtig, Kollege Nevrviv weiß es. (*GR Ernst Nevrviv: Ich habe nichts gesagt!*) Es war der langjährige Geschäftsführer Lichtenegger, der oberste Boss der Wiener Linien, der in Niederösterreich wohnhaft ist, so wie Zehntausende andere Menschen, die in Wien einer Arbeit nachgehen. Warum fährt der Geschäftsführer, der oberste Boss der Wiener Linien, der uns seit vielen Jahren in millionenteuren Plakatkampagnen erklärt, dass die Wiener Linien die besten Linien für die Fahrgäste bauen, warum fährt dieser GF der Wiener Linien – wie auch viele Arbeiter aus Niederösterreich mit dem Kennzeichen GF – mit dem Auto nach Wien?

Dabei hat Herr Lichtenegger eigentlich einen riesen großen Vorteil, denn die Zentrale der Wiener Linien ist bestens angebunden. Wenn er von der U-Bahn zu Fuß in sein Büro geht, braucht er wahrscheinlich fünf Minuten, trotzdem fährt er mit dem Auto in die Arbeit. Danach fährt er angeblich überallhin mit den Öffentlichen. Nicht einmal das glaube ich ihm, bevor ich mich wundere, denn erstens hat der Herr Lichtenegger garantiert ein Dienstauto, zweitens wird er sich aus seinem luxuriösen Büro in diesem Palast nicht oft hinauswagen, es sei denn, er fährt ins Rathaus, und das würde er mit der Dienstkarosse machen, meine Damen und Herren.

Warum macht Herr Lichtenegger das? Weil er gerne mit dem Dienstauto fährt? Oder liegt das nicht vielleicht doch an den Wiener Linien beziehungsweise an den Linien im Raum Niederösterreich, wo der Verkehrsverbund Ost-Region seit vielen Jahren mit Hilfe der Wiener Linien für ein angeblich tolles Verkehrsangebot sorgt? Warum nützt das der Herr Lichtenegger nicht? Die Antwort ist ganz einfach: Weil es nicht geht – es sei denn, man hat Tagesfreizeit und kann für den Weg zur Arbeit, wenn man aus Niederösterreich stammt, zwei Stunden in der Früh und zwei Stunden am Abend aufwenden, und das wird Herrn Lichtenegger zu viel sein. Darum fährt er mit dem Auto zur U3-Station Erdberg und setzt sich dort in sein Büro.

Was sagt uns das? Die Antwort ist ganz einfach: Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln in und um Wien ist nicht so gut ausgebaut, dass wir die Einpendler aus Niederösterreich, das sind einige Zehntausend, zum Umsteigen auf die Öffis bewegen könnten. Das beste Beispiel ist der oberste Boss der Wiener Linien.

Hauptverantwortlich ist in diesem Fall natürlich – erstens für die Personalauswahl, zweitens für die Wiener Linien an sich – die Vizebürgermeisterin und Stadträtin Renate Brauner. Sie müsste eigentlich sagen – das Interview hat sie ja sicherlich gelesen –: Aber hallöchen, was ist denn da los? Wieso fährt der Boss der Wiener Linien nicht mit den Öffentlichen zur Arbeit, sondern steigt ins Auto? Da kann doch etwas nicht stimmen! Wir sagen auch, aber hallo, seltsam, warum macht er das nicht? – Stille. (*GR Mag Wolfgang Jung: Weil er ein kluges Köpfchen ist!*) Weil es einfach nicht geht oder weil sein Dienstauto zu luxuriös ist? – Weil es nicht geht. Das ist nämlich der Grund, warum zehntausende Einpendler aus Niederösterreich Tag für Tag auf das Auto zurück-

greifen.

Was hat die SPÖ zum Beispiel gemacht, als sie die U2 nach Aspern verlängert hat? Ich habe es schon ein paar Mal angesprochen und muss es euch noch einmal erzählen: Bei vier von fünf Stationen im 22. Bezirk wurden keine Parkplätze in Form einer Park-and-ride-Anlage geschaffen, sondern ganz im Gegenteil: 100 bis 150 Parkplätze wurden vernichtet. Ich habe hier ein paar Bilder mitgebracht, die ich bei einer Radtour geschossen habe, damit keiner sagt, ich würde wieder G'schichtln erzählen. Man braucht nur zu schauen. (*Der Redner zeigt entsprechende Fotos.*) Hardeggasse: 5 m breite Radwege neben einem 5 m breiten Gehsteig und daneben ein paar Radständer. Da kann eine ganze Kompanie vorbeimarschieren, aber Parkplätze wurden dort vernichtet! Wieder Hardeggasse: Eine Betonwüste unter der Trasse, da dürfen nur Fahrräder oder Fahrzeuge der Wiener Linien durchfahren – natürlich unbenutzt.

Donauspital: Radständer en masse.

Für insgesamt 850 Fahrräder wurden bei diesen 5 U-Bahn-Stationen Abstellmöglichkeiten geschaffen, doch sogar in der Radsaison werden, wenn es hoch hergeht, nur 5 Prozent davon benützt. (*GR Ernst Nevrviv: Es gibt Radfahrer!*)

Aspernstraße: Das gleiche Bild, eine Betonwüste, ein paar Radständer.

Langobardenstraße: ein Rad-Highway, breiter geht es nicht mehr, wäre auch für einen Panzer geeignet. Dafür wurden Parkplätze vernichtet. Natürlich fährt nie jemand dort.

Von der anderen Seite, nur zur besseren Veranschaulichung: Aspernstraße – eine Betonwüste. Wenn sich dort Leute hingestellt haben, als die U2 eröffnet wurde, haben sie eine Besitzstörungsklage der Wiener Linien erhalten. – Und da fragen sich SPÖ und GRÜNE, warum wir hier und heute einen Misstrauensantrag gegen die verantwortliche Stadträtin Brauner stellen!

Meine Damen und Herren, ich sage es frei heraus: In der jüngeren Geschichte hat es noch keinen Misstrauensantrag in diesem Haus gegeben, der wichtiger und richtiger als der heutige gewesen wäre. Darum ersuche ich – das wurde heute schon gesagt – alle, denen eine Verbesserung des Modal-Split, der Umwelt, der Schadstoff- und Feinstaubsituation in Wien am Herzen liegt, um Zustimmung zu dem Antrag, den unser Klubobmann Mag Johann Gudenus eingebracht hat.

Die völlig falsche Tarifpolitik, die die Wiener Linien und damit natürlich auch StRin Brauner verfolgen, ist mit ein Grund dafür, dass so wenige Leute auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen. Die Fahrscheine sind einfach zu teuer. Nachdem die Tarife schon 2007 und 2009 massiv erhöht wurden, steht uns jetzt, 2011, die nächste Erhöhung ins Haus.

Diesmal soll der Einzelfahrschein dem Vernehmen nach von 1,80 EUR im Vorverkauf auf 2 EUR und im Fahrzeug selbst von 2,20 EUR auf 2,40 EUR oder 2,50 EUR erhöht werden. Im richtigen Geld waren das jetzt 30 Schilling und werden es dann 35 Schilling sein, die die Fahrgäste der Wiener Linien für eine Fahrt von unter Umständen 5 oder 10 Minuten werden berappen müs-

sen. Und da wundern sich die Grünen und die Roten, warum immer weniger Leute umsteigen.

Diese Zehntausende von Einpendlern aus Niederösterreich haben ja noch ein zusätzliches Handicap zu bewältigen: Erstens finden sie keinen Parkplatz bei den U-Bahn-Stationen, weil die Parkplätze vernichtet wurden, und wenn es einmal irgendwo eine Park-and-ride-Anlage gibt, ist sie einfach zu teuer. Das können sich die meisten Leute nicht leisten, die sich vielleicht ein Haus in Niederösterreich gebaut haben und eine Wochen-, Monats- oder Jahresnetzkarte besitzen *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die sollen in Niederösterreich auf die Schnellbahn umsteigen und gar nicht erst hereinfahren!)* oder sich vielleicht kein Haus gebaut haben, sondern in einer Wohnung leben, Menschen, die in Niederösterreich geboren wurden und hierher pendeln.

Nicht jeder von denen, die einpendeln, Herr Kollege Margulies, hat das Geld, um sich in Niederösterreich ein Haus zu bauen, wie wahrscheinlich der Herr Lichtenegger von den Wiener Linien. Jedenfalls können sich diese Leute die zusätzliche Belastung nicht leisten. Das Auto ist zu bezahlen, die Miete, und das alles wird teurer, dazu kommen vielleicht noch Kreditraten, dann müssen sie Netzkarten bezahlen, und dann sollen sie noch die Gebühr für die Garage bezahlen. – Das ist in den meisten Fällen einfach nicht drin!

Was machen die Leute? – Sie bleiben im Auto sitzen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die sollen auf die Schnellbahn umsteigen und gar nicht erst hereinfahren!)* – Wieso macht das Lichtenegger nicht? Wieso steigt er nicht auf die Schnellbahn um? Oder habt ihr jetzt auf Grund des Interviews einen Vorstoß unternommen, dass Lichtenegger im August abgelöst werden soll? Ich kann es mir fast nicht vorstellen, nachdem ihr PS-Freaks in euren Reihen habt, wie Maresch, der früher im dicken Ford herumgefahren ist und jetzt im dicken Volvo herumfährt. *(Lebhafte Heiterkeit bei GR Dipl-Ing Martin Margulies.)*

Die GRÜNEN sind ja überhaupt die größten Pharisäer. Damit bin ich auch schon bei der nächsten Aktion, die aus meiner Sicht die Unehrllichkeit bis Verlogenheit der Politik von Rot und Grün bezeichnend darstellt. Ich meine die Aktion von Vizebürgermeisterin und Verkehrstadträtin Vassilakou gemeinsam mit Magistratsdirektor Hechtner vor einigen Wochen. Die beiden haben sich mit zwei Rädern hingestellt und gesagt: Künftig soll in Wien und beim Magistrat mit seinen 65 000 Bediensteten vermehrt mit dem Rad gefahren werden – zur Arbeit, von der Arbeit zurück und auch die Dienstwege dazwischen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ja, das ist okay!)*

Herrn Hechtner glaube ich es ja aufs Wort, aber zum Beispiel der VBgmin Vassilakou glaube ich es schon deswegen nicht, weil sie immer mit dem Dienstauto vorfährt. Ich habe sie noch nie auf einem Fahrrad gesehen. Ich möchte ihr nicht zu nahe treten, vielleicht arbeitet sie immer so lange, dass sie um 20 oder 22 Uhr mit dem Rad von dannen fährt. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Weil du zu selten im Rathaus bist!)* Ich glaube es aber nicht. Ich habe auch noch nie auch nur einen einzigen SPÖ-Stadtrat auf einem Fahrrad gesehen, außer für eine PR-Aktion für die Zeitung. *(GR Dipl-Ing Martin Mar-*

gulies: Weil du so selten da bist! Du arbeitest so selten hier, das ist das Problem!)

Wir sitzen untermals im Büro, wir haben keine Tagesfreizeit wie ihr. Die meisten von euch GRÜNEN sind ja hauptberuflich Mandatäre. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Eure Mandatäre haben ihre Jobs! Abcassen und nichts dafür arbeiten, das ist eure Einstellung!)* Darum kann ich es mir nicht leisten, von Eßling ins Rathaus mit dem Rad zu fahren, weil ich eben die Zeit nicht habe. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Aber die Gage nehmt ihr!)* Es ist nie schlecht, wenn man weiß, wie es im richtigen Leben zugeht, und nicht nur hier im Gemeinderat sitzt, die Beine gemütlich überkreuzt, und zum Rednerpult „außegscheitelt“. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nichts arbeiten, aber die volle Gage kassieren!)*

Ich glaube ja, dass sich die GRÜNEN hin und wieder auf ein Fahrrad setzen, aber das fällt für mich nicht unter Radfahren. Wenn man sich etwa vom Spittelberg zum Naschmarkt herunterrollen lässt und das Rad danach vielleicht ins Freihausviertel schiebt, weil man vielleicht schon ein paar Achteln getrunken hat, dann ist das für mich kein Radfahren. Dabei lernt ihr das Wiener Radwegenetz nicht kennen.

Ich fahre jedes Wochenende Rad – Kollege Maresch glaubt es mir nicht. Ich habe es am 21. Juni wieder gemacht, bin von Eßling zum Schottenhof gefahren, habe mir den halben Wiental-Highway angeschaut. Er ist nicht schlecht.

Wir sind nicht gegen den Radwegausbau an sich – das wird heute noch in der Spezialdebatte kommen –, aber die Grünen und die Roten tun so, als ob wir künftig alle Berufs- und Einkaufswege mit dem Fahrrad würden erledigen können. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Du übertreibst ein bisschen!)* Sie stecken daher zum Beispiel 8 Millionen EUR in einen unsinnigen Ringradweg Neu, wollen aber daneben noch am Wochenende den Ring für Autofahrer sperren. Oder – Kollege Chorherr hat es schon einmal angemerkt – irgendwann sollte man vielleicht eine Fahrspur überhaupt für die Radfahrer reservieren, das wäre nur billig und recht. *(Ruf bei der FPÖ: Gefährlich!)* Wieso denn nicht gleich den ganzen Ring und den Gürtel? Wir haben es ja wahrscheinlich notwendig. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ist das jetzt ein Vorschlag?)*

Es war ja vorige Woche in der Zeitung „Österreich“ echt lustig zu lesen, dass die Verkehrstadträtin Vassilakou gesagt hat, der Fahrradverkehr habe sich, seit die GRÜNEN in der Regierung sind, um 30 Prozent erhöht. *(GR David Ellensohn: Wahnsinn!)* Warum eigentlich? Es war Winter. Wo sind die neuen Radwege gebaut worden, dass jetzt um 30 Prozent mehr Radfahrer würden fahren können? Der Ringradweg ist ja eurer Diktion nach überlastet. Oder fahren jetzt alle mit dem Rad, weil ihr so großartige Vorbilder seid?

Wo seid denn ihr, die Vorbilder? Steigt einmal auf ein Rad – aber nicht nur vom Spittelberg ins Freihausviertel! Schaut euch das Radwegenetz in Wien einmal wirklich an! Es ist noch ausbaufähig, es muss ausgebaut werden. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nenn einen einzigen*

Radweg, der laut FPÖ gebaut werden soll!) – Im 22. Bezirk kann ich dir mehr als genug nennen.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Meine Herren Gemeinderäte! Bitte keine Zwiesgespräche führen!

GR Anton **Mahdalik** (*fortsetzend*): Auf der Eßlinger Hauptstraße zum Beispiel befindet sich ein Radweg am Gehsteig. Es ist also ein gemeinsamer Weg für Radfahrer und Fußgänger, der nicht einmal als solcher erkennbar ist, weil seit Jahren nicht nachmarkiert wurde. Dort kommt es immer wieder – ich fahre sehr oft dort – zu gefährlichen Situationen. Dieser Radweg muss weg. Da muss eine neue Planung Platz greifen. Der muss nicht direkt auf der Eßlinger Hauptstraße sein ... (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Du sagst, der muss weg! Wo muss einer hin?*) Parallel dazu. Du kennst dich in Eßling sowieso nicht aus. Soll ich dir jetzt die Warchalowskigasse zeigen? (*GR Ernst Nevrvy: Wo willst du einen Radweg haben?*) Nicht einmal Kollege Nevrvy kennt sich aus. (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Beispiel in der Warchalowskigasse. Kollege Nevrvy kennt sie nicht, Kollege Margulies kennt sie auch nicht. Am wenigsten kennt sich der Kollege Maresch aus, der alle fünf Jahre mit dem Ticket vom 22. Bezirk in den Gemeinderat einreitet und in der Lobau genau einmal im Jahr ist, nämlich dann, wenn es gerade eine Besetzung gibt und sich ein paar Leute an irgendeinen Strauch ketten. Öfter ist er nicht im 22. Bezirk. Er kennt sich null aus, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Aber einen Radweg hast du noch nicht genannt!*)

Ich komme jetzt zum Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Damit meine ich jetzt nicht die Radwege, sondern die Öffis, die richtigen Öffis, mit denen man viele Leute in kurzer Zeit transportieren kann, zumindest wenn es optimal läuft. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Von den Radwegen kommen wir jetzt zu den Öffis! In Ordnung!*) Ich sage euch von Rot und Grün auch, warum so wenige Leute auf die Öffis umsteigen. Eine Kollegin vom Klub hat es mir vor Kurzem, vor 14 Tagen, wieder erzählt. Auch sie wohnt in Niederösterreich, fährt aber im Gegensatz zu Herrn GF Lichtenegger mit den Öffis: Straßenbahn, U-Bahn, Zug. Sie steigt in den Einser ein, der wird bei der Oper eingezogen. Keine Durchsage, nichts. Sie steht sich eine Viertelstunde – gemeinsam mit einer größer werdenden Menschenmenge – die Füße in den Bauch. Dann kommt irgendwann eine Garnitur, die ist bummvoll. Mit der dritten oder vierten hat sie es dann geschafft, wobei es drinnen nicht angenehm war.

Am Karlsplatz steht sie dann bei der U1. Auch da tut sich überhaupt nichts, es werden auch immer mehr Leute. Irgendwann, nach zehn Minuten, kommt die Durchsage, die U1 hat eine Störung. Nach zehn Minuten! Ist das ein Service? Ist das das Kundenservice, das die Leute in Scharen in die Öffis treiben soll?

Störungen gibt es en masse: Auf der U4 ist jede Woche eine Störung, ebenso auf der U6 und so weiter. Aber statt in Kundenzufriedenheit, in die Sicherheit, in die Zuverlässigkeit zu investieren, wird eben hier investiert. (*Der Redner hält ein Exemplar von „Heute“ mit einem*

doppelseitigen Werbeinserat in die Höhe.) Doppelseite – das ist nur von heute! Aber nicht nur für die Wiener Stadtwerke, sondern, hallöchen, es ist wieder die Frau Stadträtin, die da inseriert hat, und, hallöchen, noch einmal eine Doppelseite am gleichen Tag!

Man kann jede beliebige Zeitung durchblättern. Überall sieht man auf Doppelseiten Bilder, wo sie mit einem freundlichen Herrn mit Helm dasteht und fröhlich dreinschaut. Ich weiß nicht, warum sie sich so freut. Der Schuldenstand ist in ihrer Ära in den letzten Jahren explodiert, in der Ära der Schulden-Renate. Worüber freut sie sich so? Darüber, dass sie Geld in Inserate für Eigenwerbung investiert, das stattdessen in die Öffis investiert werden müsste?

Diese Millionen gehen ja euch dann auch bei Radwegen ab. Da könnt Ihr vielleicht noch einen dritten Ring-Radweg fordern. Das ist ja ein Steckenpferd von Chorherr. Dann kann überhaupt keiner mehr zu Fuß gehen. Eine Radspur wird gesperrt. Vielleicht müssen die Fiaker woanders fahren, damit der aus Freude über die grüne Regierungspartei um 30 Prozent gestiegene Radverkehr auch wirklich untergebracht werden kann. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ist das ein Vorschlag?!*) Tatsächlich fahren aber an der Oper im Schnitt pro Minute zwei Radfahrer vorbei. Was soll da überlastet sein? Da kann ich ja rückwärts fahren und mir dabei ein Auge zubinden, und trotzdem kann nichts passieren! (*Heiterkeit bei der FPÖ.*)

So wie Udo Lindenberg mit den Worten „Hallo, Hallöchen, Hallo!“ den „Sonderzug nach Pankow“ gesucht hat, suchen auch viele Fahrgäste jeden Tag eine U-Bahn-Garnitur, die nicht überfüllt ist, eine Straßenbahn, die pünktlich kommt, einen Bus, der nicht eingezogen wird, aber sie suchen, genau wie Udo Lindenberg, meistens vergebens.

Und dann wundern sich Rot und Grün, warum die Leute im Auto sitzen bleiben? (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: So kann nur einer reden, der nie mit den Öffis fährt!*) Aus Eßling ist es ein bisschen schwer, mit den Öffis zu fahren. Du bist überhaupt noch nie in den Öffis gesessen! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ich fahre nur mit den Öffis!*)

Wie geht es weiter? Die Intervalle werden länger, die S80 fährt nur ein Mal pro Stunde. Auch bei den Wiener Linien werden sie länger – manchmal gewollt, manchmal ungewollt. Die Preise steigen weiter. Also keine Jahreskarte um 100 EUR, keine Monatskarte um 10 EUR, kein Tagesfahrtschein um 1 EUR. Nichts dergleichen, keine Rede davon, es wird vielmehr wieder teurer!

Daher bitte ich euch: Ich glaube, ich habe euch jetzt in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung gestanden ist, hundert Gründe genannt, warum ihr heute diesen Misstrauensantrag gegen die Stadträtin unterstützen solltet. Bitte helft mit, die Ära der Schulden-Renate hier und heute zu beenden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Kollege Guggenbichler zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Her-

ren!

Ich war heute sehr begeistert von den salbungsvollen Worten, die ich von dieser rot-grünen Regierung hören durfte. Kollege Ellensohn hat sich im Internet die Protokolle vom letzten Jahr angeschaut. Die Kollegin Wehsely hat ihm etwas vorgemacht: Sie hat heute keine inhaltlichen Worte gesagt, sondern wahrscheinlich die Rede vom letzten Mal gehalten. Ich werde das im Internet recherchieren und bin mir sicher, dass wir da nicht weit daneben sind, denn über diesen Rechnungsabschluss hat sie nichts Inhaltliches gesagt.

Aber reden wir kurz über Inhalte. Reden wir über diese Geldverschwendung beziehungsweise diese falsche Einsetzung, dieses falsche Sparen von Geld, wie es im Umweltressort passiert. Im Jänner dieses Jahres durften wir erleben, wie Sie als Erstes der Wiener Naturwacht die Förderungen um 50 Prozent gekürzt haben. Das ist eine Organisation, die ehrenamtlich, freiwillig tätig ist, die unterm Strich, auch durch die Mandate, die sie verteilt, das Doppelte von dem einnimmt, was sie an Förderungen von der Gemeinde Wien erhalten hat.

Ich sage, das ist Ihr erster umwelttechnischer Sündenfall in dieser Regierung. Bei der Nachbearbeitung durch den Vorsitzenden des Umweltausschusses wurde erwähnt, dass die Wiener Naturwacht durch ihre Uniformen bei der Wiener Bevölkerung schlecht ankommt. Es ist Ihnen ganz schlecht gelungen, dies zu begründen – weil Sie eben keinen Grund haben.

Auch das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 war Ihnen vollkommen egal. Wenn es Ihr Zugang ist, das Jahr der Freiwilligentätigkeiten im Jänner damit zu beginnen, dass Sie – abgesehen von den Feierlichkeiten, die Sie hier im Rathaus haben – einer Organisation, die ehrenamtlich tätig ist, 50 Prozent der Förderungen streichen, dann wissen wir, was Sie von der Freiwilligenarbeit in Österreich und in Wien halten.

Fragt man den Bürgermeister, warum das so geschehen ist, weiß er im Detail nichts. Er lobt die Naturwacht, aber unterm Strich sind die Förderungen trotzdem nicht auf den Betrag der letzten Jahre angehoben worden. Das ist der grüne Tupfen, den wir zu Jahresbeginn von dieser Stadtregierung erleben durften.

Ich darf Sie aber noch darauf hinweisen, dass sämtliche Organe in diesem Bereich österreichweit uniformiert sind oder Abzeichen zur Erkennung tragen, auch die Organe der Stadt, die hier tätig sind.

Sie haben auch ignoriert, dass die Naturwacht die ökologisch und ökonomisch sinnvollste und effektivste Variante ist. In diesem Fall ist Ihnen vorzuwerfen, dass Sie beschlossen haben, auf die Umwelt – und das mit Regierungsbeteiligung der GRÜNEN – zu pfeifen, Sie haben beschlossen, dieses Ressort, das uns alle angeht, zu ideologisieren, Ihre persönliche ideologische Spielwiese daraus zu machen, ohne Rücksicht darauf, dass Sie damit der Umwelt und uns allen schaden. Mauern, blockieren und schönreden, das ist es, was Sie tun, mit der großen Hoffnung, dass niemand draufkommt, was sich bei Ihnen so abspielt. Das ist das Motto dieser rot-grünen Regierung.

Als kleines Beispiel darf ich den Austritt von Diesel in

der Lobau nennen. Anstatt seriös an die Sache heranzugehen, wird es abgestritten, und jene, die es ansprechen, werden auch noch medial diffamiert. Das halten wir aus. Peinlich ist aber, wenn im nächsten Tag im Umweltausschuss bestätigt wird, was wir ans Tageslicht gebracht haben.

Herr Valentin, ich bin zwar nicht Ihr politischer Berater, aber Sie verlieren doch jeden Anspruch auf politische Seriosität, wenn Ihnen so etwas passiert und Sie so agieren. Wer soll Ihre Aussagen in Zukunft noch ernst nehmen, wenn sich am nächsten Tag herausstellt, dass Sie wieder einmal schöngeredet haben? Und das ist ein höflicher Ausdruck, um der Würde dieses Hauses zu entsprechen.

Oder sprechen wir über die Kotkugel-Kampagne unserer Frau Umweltstadträtin. Knapp 130 000 EUR für Plakate. Die Touristen, die Wienerinnen und Wiener waren sich nicht sicher, ob sie sich ekeln oder sich über diese Unsinnlichkeit einfach nur wundern sollten. Umweltpolitisch wurde damit jedenfalls vollkommen ins Gackerl gegriffen, der Effekt ist gleich null.

Wissen Sie, was man mit diesem Geld machen hätte können? Die Kosten sind zehn Mal so hoch wie die Reduktion der Mittel für die Wiener Naturwacht. Das ist Ihre Leistung für den Umwelt- und Naturschutz. Die Kampagne hat mehr gekostet als der Bus für die Kinder mit Einschränkungen in der Hans-Radl-Schule. Damit hätten diese Kinder dieses Service ein weiteres Jahr in Anspruch nehmen können, wenn Sie sie unterstützt hätten. Aber nein, Hauptsache, wir haben Plakate.

Weil wir auch über Arbeitslose in Wien gesprochen haben: Sie hätten noch eine andere Möglichkeit gehabt, Sie hätten sozial agieren können, Sie hätten eine Lehrstelle im Umweltressort ausschreiben können oder einen grünen Job, bei dem jemand ein Jahr lang durch Wien gegangen wäre und über Umweltschutz und Naturschutz aufgeklärt hätte. Dann hätten wir uns diese ekelhafte Kampagne erspart. Glauben Sie wirklich, dass diese Medienkampagnen, die Sie hier veranstalten, irgendetwas zum Umweltschutz in Wien beitragen? – Nein.

Noch kurz zum Thema Feinstaubbelastung, auch ein Thema, das Frau StRin Sima ganz elegant am Umweltausschuss vorbeijongliert hat. Sie hat immer nur gesagt, wir werden irgendwann einmal ein Feinstaubpaket schnüren. Sie schnürt und schnürt, und ich habe mir schon überlegt, ob ich ihr eine Schnur vorbeibringen soll, weil dieses Paket so lange nicht fertiggeschnürt war. Jetzt haben wir eines, mit ganz lustigen Ergebnissen. Es werden nämlich bisherige Erfolge im Kampf gegen Feinstaub erwähnt. Ein paar davon darf ich euch preisgeben.

Im Jahr 2007 wurde bei der Ausschreibung von LKWs der Stadt Wien ein Standard von Euro 3 verlangt. LKWs mit dem Standard Euro 4 haben bei der Ausschreibung Bonuspunkte bekommen. Die noch umweltschonender agierenden LKWs der Stufe Euro 5 hatten hingegen keine zusätzlichen Punkte. Wenn man die neuesten Ausschreibungen betrachtet, ist das gar nicht mehr so problematisch, denn bei der Ausschreibung der Wiener Linien von 2010 werden keine Bonuspunkte mehr vergeben. Es gibt also keine Bonuspunkte mehr für

LKWs, die einen besseren Umweltstandard haben als jene, die bei uns jetzt in Verwendung stehen.

Was ist da los, Frau StRin Sima? Was haben Sie da zur Reduktion des Feinstaubes gemacht? Warum schreiben Sie genau dieses Thema unter dem Kapitel „Bisherige Erfolge im Kampf gegen Feinstaub“? Dann fragt man nach im Ausschuss – weil Sie erwähnt haben, es sei auch ein großer Erfolg im Kampf gegen Feinstaub, dass Sie den Fuhrpark der Stadt Wien erneuert haben – zum Beispiel den Chef der MA 48: Wie viel Prozent an neuen LKWs haben Sie im Einsatz? Er sagt, das kann er uns nicht sagen, weil er es nicht so genau weiß. Dann habe ich gesagt: Sagen Sie es ungefähr. Nein, er weiß es nicht einmal ungefähr.

Sie verkaufen also Niveaunivellierungen nach unten und Ahnungslosigkeit in Ihrem eigenen Ressort als Erfolge im Kampf gegen Feinstaub! Die angekündigten Detailinformationen sind bei uns natürlich bis heute nicht eingetroffen, aber das kennen wir ja von unserer Frau Umweltstadträtin. Hauptsache, die Fahrzeuge der MA 48, wunderschön orange, fahren bei der Freeparade mit 2 km/h auf dem Ring im Kreis – und produzieren dort wahrscheinlich keinen Feinstaub. Dort sind wir wieder toll, dort sind wir wieder plakatiertmäßig unterwegs.

Ein zweites Beispiel – wobei es wirklich eine Frechheit ist, was Sie mit den Bürgern in Wien teilweise zu machen versuchen –, thermische Sanierung: Groß angepriesen, aber wie schaut die Realität aus? Ich habe da einen Antrag aus dem Jahr 2009, vor der Wahl, dem ein Vorbericht folgte. Am 10. Dezember 2009 kommt er zum Werber zurück, mit der Aufforderung – weil es die Gemeinde Wien immer ziemlich eilig hat, dass man ihr antwortet –, ihn bis 28. Dezember zu retournieren und mitzuteilen, was man noch für Pläne hat, wie das alles aussieht.

Dann kommt ein Ergebnis der Voruntersuchung beziehungsweise Vorprüfung. Darin steht: „Das Förderansuchen ist entsprechend den derzeit gültigen Bestimmungen förderbar und wird unter Einhaltung des Sanierungskonzeptes unter den in Punkt 8 erteilten Auflagen zur Förderung empfohlen.“ Unterzeichnet ist es auch. Aber was darf dann der Förderwerber unterzeichnen im Jahr 2009? Der Förderwerber muss unterzeichnen, dass er damit einverstanden ist, dass er gereiht wird, dass er einverstanden ist, dass die Eintragungen ins Grundbuch kommen und dass er einverstanden ist – ich zitiere: „Der Förderwerber erklärt sich hiermit mit der Veröffentlichung des gegenständlichen Sanierungsprojektes in den Medien einverstanden.“

Typisch Wien. Bevor eine Förderung ausgezahlt wird, preisen wir diese Förderung erst einmal, obwohl sie nicht ausgezahlt wurde, als Heldentat in den Medien an. Das kommt mir bekannt vor, wenn ich das Umweltressort im letzten halben Jahr näher betrachte.

Dann kommt die Wien-Wahl – und was passiert am 18. Februar 2011? Da kommt ein neues Schreiben an diesen Förderwerber, der schon unterschrieben hat, dass man sein Projekt in den Medien verwerthen darf. Darin steht: „Auf Grund der großen Anzahl bereits anhängiger Förderansuchen müssen jedoch die vorgeleg-

ten Sanierungspakete verstärkt nach qualitativen Maßstäben hinsichtlich Planung, Kosten und Ausführung gereiht werden.“ – Da wird wieder gereiht. – „Der im Vorbericht ausgewiesene, nicht zahlbare Beitrag kann derzeit nicht zur Förderung empfohlen werden. Nur das Landesdarlehen kann nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Budgetmittel zugesichert werden.“

Sollten Sie unter diesen Voraussetzungen an einer Förderung interessiert sein, werden wir bei Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen den Prüfbericht 01 erstellen. Wenn Sie jedoch auf den nicht rückzahlbaren Einmalbetrag nicht verzichten wollen“ – es wurde nämlich angeboten, dass man darauf verzichten soll – „und es daher vorziehen, mit Ihrem Projekt vorerst zuzuwarten,“ – zuzuwarten, 2011! – „bis zu gegebenem Zeitpunkt unter Maßgabe der budgetierten Rahmenbedingung eine Gewährung eines einmaligen nicht rückzahlbaren Beitrages möglich ist, werden wir Ihren Akt bis Jahresende in Evidenz halten.“ – Ganz toll!

Für 28. Dezember 2009 wurde dieses Vorhaben zugesagt. Bis dahin sollte eine Entscheidung darüber gefallen sein, in welchem Umfang nicht rückzahlbare Einmalbeträge in Zukunft zugesichert werden können. Das heißt, wieder keine Zusage. – Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auf Grund der großen Anzahl anhängiger Förderungsansuchen eine neuerliche Reihung nach qualitativen Maßstäben erforderlich sein wird und es zu entsprechenden Wartezeiten bis zur Erstellung des Prüfberichts kommt. – Und das für einen Antrag, der 2009 zugesagt wurde! Wie oft haben wir jetzt schon gereiht? Drei bis vier Mal, glaube ich! Zwischendurch wurde gewählt. Das ist ganz wichtig, denn davor wurde alles zugesagt, danach ist es eben anders.

Dann schreibt die Stadt Wien am 22. Februar 2011: „Wir bedauern, Ihnen keine erfreuliche Mitteilung machen zu können und ersuchen Sie jedenfalls um schriftliche Mitteilung bis 31.3.“ – da hat man wieder ein paar Tage Zeit, auf Ihre Antwort muss man hingegen über ein Jahr warten! – „ob Sie auf den einmaligen, nicht rückzahlbaren Beitrag verzichten und das Landesdarlehen in Anspruch nehmen oder bis Ende des Jahres warten wollen. Sollten wir bis 31.3. keine Antwort erhalten, gehen wir davon aus, dass Sie kein Interesse mehr an der Förderung haben und nehmen den Antrag aus der Evidenz.“

Was machen Sie mit den Wiener Förderwerbern? Es ist ja unglaublich, was Sie da fabrizieren! Und das titulieren Sie auch noch als „Bisherige Erfolge im Kampf gegen Feinstaub“. – Ein toller Erfolg! Diese Auflistung „Bisherige Erfolge im Kampf gegen Feinstaub“ sind nicht einmal das Papier wert, auf dem sie stehen. Der Inhalt ist absolut unzulänglich, und es ist echt bedauerlich, was Sie hier von sich geben.

Aber es gibt noch andere Geschichten in diesem Fall. Wir haben eine Anfrage gestellt, wie die Partikelfilter – auch ein Thema bei den „Erfolgen im Kampf gegen Feinstaub“ – auf den Baustellen kontrolliert wurden. Wir haben die „transparente“ Umweltstadträtin gefragt, auf welchen Baustellen in Wien konkret Kontrollen durchgeführt wurden. Was schreibt sie? „Kontrolliert wurden

Baustellen im Bereich Straßenbau, Hochbau, Tiefbau, Gleisbau und Abbrucharbeiten.“ – Das heißt, überall. Na, wunderbar! Das war aber leider Gottes nicht die Frage.

Dann haben wir gefragt, welche Beanstandungen festgestellt wurden. Dazu schreibt sie: „Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe wurde das Vorhandensein von Partikelfiltern überprüft und gegebenenfalls beanstandet.“

Ist das Ihre transparente Politik, von der Sie die ganze Zeit reden? Das Einzige, das in Ihrem Feinstaubpaket effektiv übrig bleibt, ist eine Schikane gegen Autofahrer. Der Rest ist wirklich das Papier nicht wert, auf dem das abgedruckt wird.

Entweder wollen Sie es nicht oder Sie schaffen es nicht. Gestehen Sie es ein und übergeben Sie die Verantwortung in andere Hände, denn Sie scheinen nicht fähig zu sein, dieses Ressort zu leiten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bitte Sie alle, das von unserer Seite eingebrachte Misstrauensvotum zu unterstützen. Es ist dringend an der Zeit! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Da wir den Beschluss gefasst haben, dass alle Ausschussvorsitzenden unserer Partei in der Generaldebatte reden, bin ich natürlich leicht benachteiligt. Ich sehe das so, denn der Vorsitzende meiner Partei ist auch Vorsitzender der beiden wichtigsten Ausschüsse. Einerseits geht es um die Gesundheit, um den gesunden Körper, andererseits um die gesunde Seele, um die Kultur.

Da Kollege Lasar heute über das Thema Gesundheit schon geredet hat, werde ich es mir für die morgige Spezialdebatte aufheben, was nicht heißt, dass ich morgen über die Kultur nicht reden werde. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Da der liebe Klaus Werner-Lobo nicht da ist – oh, er ist doch da –, trotzdem werde ich auch morgen darüber reden, keine Sorge.

Ich habe mir gedacht, bei so einem Rechnungsabschluss lässt man Revue passieren, was im letzten Jahr so war. Natürlich kann ich über das Regierungsübereinkommen zwischen Rot und Grün nicht hinwegsehen, und möchte hier jetzt einfach sozusagen ... *(Zwischenruf von GR Senol Akkalic.)* Ja, wenn es die gäbe! Ich möchte ein paar Dinge aufgreifen, und zwar nicht unbedingt nur solche, die auf den Input der GRÜNEN zurückzuführen sind, sondern vielleicht auch andere.

Zum Beispiel der erste Punkt, die offene Diskussionskultur. Das ist nichts Neues. „Wien denkt weiter“ ist im Regierungsübereinkommen erwähnt, aber das ist ein alter Hut, den der Herr Stadtrat schon bei Diskussionen im Wahlkampf oft erwähnt hat. Das gibt es schon lange. Es ist dies eine Plattform, wo man sich einbringen kann. Ich habe hier einen Ausdruck vom September 2010. „Kultur. Für Wien. Für morgen. Für fast alle“, worin ein paar gescheite Dinge stehen, die aber leider nicht stimmen.

Da steht zum Beispiel: „Wien stellt sich dem Anspruch, eine dynamische, moderne, avancierte Kulturmetropole von kontinentaler Relevanz zu sein.“ Als erster Punkt steht da: „Gegen Kommerz und Ökonomisierung der Kunst.“ – Schön und gut, aber erklären Sie mir einmal: Ist der „Tanz der Vampire“ oder „Ich war noch niemals in New York“ kein Kommerz? Oder ist es vielleicht doch Kommerz, wogegen wir dieses großartige Projekt „Wien denkt weiter“ haben?

„Für eine Kulturpolitik der Gerechtigkeit.“ – Das ist auch schön, besonders nett finde ich das mit dem „Brutplätze Schaffen“. Ich habe es schon einmal im Wahlkampf bei einer Podiumsdiskussion gesagt. Hier steht: „Förderung von Kreativität bedeutet das Zulassen von Freiräumen, in denen Neues entstehen kann. Subkultur schafft Innovation.“ – Super! Als Kulturpolitiker sage ich jetzt gar nichts Negatives darüber. Aber wo ist denn das? Das Einzige, was bisher verwirklicht wurde, sind die warmen Nester für Funktionäre und Freunde der SPÖ, und das möchte ich jetzt gerne belegen, sonst ist ja nie Zeit dazu.

Es gab damals, im Wahlkampf die „Stimmen für Häupl“, da konnte jeder etwas Gescheites sagen. Hubsi Kramar hat zum Beispiel gesagt, „Wien soll nicht Klagenfurt werden, wo unter FPÖ/BZÖ viel Geld verschwunden ist.“ Er hat wohl noch nie etwas von Skylink, Prater-Vorplatz und so weiter und so weiter gehört.

Man muss aber sehen, wie das mit diesen Brutplätzen, die die SPÖ hier in ihrem „Wien denkt weiter“ postuliert – was ihr *(in Richtung der GRÜNEN)* dann übernommen habt –, tatsächlich aussieht. Da mussten ja alle Kunst- und Kulturschaffenden ihre Stimme für Häupl hergeben. Da haben wir zum Beispiel den Direktor der Kunsthalle Wien – klar, er hat das abgelesen, weil es ihm peinlich war –, dann sind da gewisse Künstler, die immer wieder im Fernsehen auftreten, wie Peter Rapp, dann Dietmar Steiner vom Architekturzentrum Wien, Hubsi Kramar habe ich schon genannt, dann beispielsweise Direktor Kos vom Wien Museum, auf das ich später noch zu sprechen komme. *(GR Mag Wolfgang Jung: Alles freiwillig!)* Weiters Roland Geyer, Intendant am Theater an der Wien, der künstlerische Leiter des Wiener Volkstheaters, der Direktor des Künstlerhauses, der Präsident der Vereinigten Bühnen Wien, der Geschäftsführer der Wiener Symphoniker, der Organisator des Donauinselfestes, der Direktor des Rabenhof Theaters, der Direktor des Hauses der Musik, Adi Hirschal, er macht das berühmte Sommertheater und ist Intendant des Wiener Lustspielhauses, das jetzt Am Hof steht, Alfons Haider – klar, auch er darf nicht fehlen – bis hin zum Rapper Nazar.

Das sind also lauter „Brutplätze“ für Kunst! Dabei ist die Abhängigkeit dieser Leute von der SPÖ so offensichtlich, dass es eigentlich peinlich ist für solche Leute – die übrigens alle mehr verdienen als der Herr Bürgermeister, das ist ein anderer Punkt –, sich so offensichtlich für ihren Brötchengeber herzugeben. Es gibt ja diesen Ausspruch von Herrn StR Mailath-Pokorny, dass es am schönsten ist, wenn die Hand, die füttert, auch gebissen wird. Das macht allerdings nur Herr Kramar, aller-

dings nicht mehr so richtig, denn auch er wurde schon mit Orden und Auszeichnungen behängt. So richtig beißen tut er nur noch in unsere Richtung und sonst in gar keine. (GR Mag Wolfgang Jung: Er kläfft!)

„Mut zum architektonischen Signal" steht hier. Darauf kommen wir noch zurück, das ist ein eigenes Thema. Vielleicht reden wir morgen mehr darüber, damit ist das Wien Museum gemeint.

„Wien braucht avancierte Kulturbauten, die die Stadt als Kulturstadt des 21. Jahrhunderts definieren." – Ich stimme dem hundertprozentig zu. Nur: Wo ist das alles?

„Gegen Repräsentationskultur." – Als ob es die nicht gäbe!

„Kultur als Bildungsauftrag." – Ich habe ja schon mehrfach gesagt, Kultur muss in die Schulen gebracht werden, denn sie ist auch ein Mittel zur Integration. Nur: Wo passiert das?

Zum Schluss ist hier die Rede von „Streit suchen. Kulturpolitik muss kontrovers sein und sich für eine soziale und liberale Stadt ins Zeug werfen." – Ja, hundertprozentig d'accord, aber den Streit gibt es ja in Wirklichkeit nicht. Wäre nicht dieser kleinere Skandal um das Stück „Pension Fritzl" gewesen, hätte es in der ganzen Legislaturperiode kaum Streit gegeben. Das andere betraf die Vereinigten Bühnen. Da ging es darum, ob diese, wie Sie es nennen, „Brutplätze" – ich sage, Freunde der SPÖ-Wien – mehr oder weniger Privilegien beziehungsweise Geld bekommen. Das ist ja kein Streit!

Das, meine Damen und Herren, ist ein floskelreiches Nichts, das nur bedeutet, dass in den letzten fünf Jahren der Ära Mailath-Pokorny nichts passiert ist. Man denkt zwar an die Zukunft, hat das alles aber in der Vergangenheit offenbar unterlassen. Aber das geht ja bis in die Bundespolitik, denn auch in der Regierungserklärung 2008 steht nichts über Kultur, weil offensichtlich kein Wert auf die Kultur gelegt wird.

„Vermittlung kultureller Kompetenz" und kulturelle Bildung: Wir werden kulturelle Bildung auf allen Ebenen verstärken. Und dann kommen die Kulturlotsen. Ich habe seinerzeit über die Kulturlotsen nicht gesprochen, sondern habe mir das für heute aufgehoben. Ich habe aber überhaupt keinen Stress, denn wenn ich jetzt nicht fertig werde, setze ich einfach morgen fort.

Die Kulturlotsen sind auch etwas Nettes. Es ist an sich vielleicht ein netter Versuch, dass Gewerkschafter Leute zur Kultur bringen sollen. Wunderbar! Kostet uns jede Menge Geld. Wenn man sich dann den Bericht anschaut und sorgfältig liest, steht hier: Bisher – das war am 31.10.2010 – konnten mehr als 7 000 ArbeitnehmerInnen in über 380 Kulturveranstaltungen vermittelt werden. Gleichzeitig steht hier, dass es 18 000 Arbeitnehmervertreter gibt. 7 000 konnten also von 2009 bis jetzt vermittelt werden, und 18 000 Gewerkschafter gibt es, die das vermitteln sollen.

Hier steht weiter: Monatlich besuchen 700 Personen unsere Homepage. – Super! Nicht die Kulturveranstaltungen, nur die Homepage! – Künftig sollen weitere BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen für das Projekt gewonnen werden.

Dann steht hier noch: Indirekt wird damit eine halbe

Million Menschen angesprochen, nämlich 340 000 ÖGB-Mitglieder und zusätzlich 200 000 Arbeitnehmer in den Betrieben. Es gibt ein flächendeckendes Netzwerk von Betriebsräten, Personalvertretern und Jugendvertrauensleuten.

Als Verbreitungsmethoden werden genannt: Multiplikatoren, das Gewerkschaftsmedium „Solidarität" mit 1,2 Millionen Exemplaren – auch das ist lustig, wenn sie eine halbe Million Menschen ansprechen, haben sie eine Auflage von 1,2 Millionen Exemplaren, aber bitte – und „Cult & Card" mit etwa 100 000 Lesern.

Meine Damen und Herren, was heißt das? Das heißt, in 2 Jahren wurden 7 000 Menschen – das entspricht einem guten Drittel der Personalvertreter – durch die Kulturlotsen dazu bewogen, überhaupt einmal eine Kulturveranstaltung zu besuchen. Von den normalen Arbeitnehmern wollen wir gar nicht reden. Bei 18 000 Personalvertretern als Multiplikatoren gab es also nur 7 000 Besucher!

Wenn das nicht die Personalvertreter waren, dann sollte man vielleicht - ohne großen finanziellen Aufwand - bei den eigenen sozialistischen Personalvertretern beginnen, diese zur Kultur zu bekommen. Es gibt zwei Kulturlotsinnen - das ist auch noch lustig, wir haben damals dagegen gestimmt, jetzt hole ich das eben nach -, und eine davon ist in Karenz; es gibt also in Wirklichkeit ohnehin nur eine. Das sieht man auf der Homepage des ÖGB, es steht dabei „in Karenz". In Wirklichkeit gibt es also momentan eine Kulturlotsin, die offenbar damit überfordert ist, die eigenen Gewerkschaftsvertreter von der Wichtigkeit ihrer Maßnahme zu überzeugen. Abgesehen davon, dass wir es natürlich ablehnen, dass jemand einem sagt: du bist ein Arbeiter, für dich ist das Rabenhof Theater vielleicht interessant; oder: du bist gebildet, du kannst von mir aus ins Theater an der Wien gehen. Das sind Dinge, die wir sowieso ablehnen.

Das Museum Neu: Dazu könnte man natürlich länger reden. Ich möchte kurz das vorlesen, was im Regierungsübereinkommen steht, weil es für mich nach wie vor ein bisschen skurril ist: Wien erhält ein neues Stadtmuseum des 21. Jahrhunderts. Dieses neuartige Universalmuseum wird ein Zeichen moderner Architektur, ein Ort der Begegnung und eine Attraktion für die Stadt, ein Haus, das die Geschichte Wiens auf spannende, anspruchslose Weise vermittelt. Neugestaltete Dauerausstellungen - und so weiter, und so weiter. Ein Neubau wird in ökologischer Bauweise erfolgen, der inhaltliche Entwicklungsprozess wird partizipativ gestaltet.

Ich weiß, Kollege Werner-Lobo - wenn ich den Zunamen jetzt richtig sage - hat gesagt, das ist ohnehin alles partizipativ. Schauen wir einmal! Es gibt momentan Objektpartnerschaften, ich habe mir so etwas ausgedruckt. Es ist alles super, ich meine, ich bin nicht dagegen. Wir sind ja nicht dagegen, dass dieses Meisterwerk einen großen Auftritt bekommt oder dass Sie erleben, wie lebendig das Tote ist, und so weiter.

Alle möglichen Kulturschaffenden aller Couleurs - sagen wir jetzt einmal so - haben sich hier zur Verfügung gestellt, das Ganze kostet sicher ein Heidengeld. Nur, wenn man nachschaut, wie es vorankommt, dann heißt

es einfach großartig: Es muss ein internationaler Hit werden, sagt Mailath-Pokorny. Aber wir wissen noch nicht einmal, ob wir es umbauen oder ob wir einen anderen Standort nehmen. Da gibt es den Urban-Loritz-Platz; beim 20er Haus im Schweizergarten; Karlsplatz anstelle der Kunsthalle; Hermannpark; Morzinplatz und angrenzender Schwedenplatz; ein Bauplatz beim neuen Hauptbahnhof. Es ist nicht einmal entschieden, ob Neubau oder Umbau, geschweige denn ein Architektenwettbewerb! Wie also dieser Wunsch, dass das heuer noch beginnen soll, in Erfüllung gehen soll, ist mir, ehrlich gesagt, ein Rätsel.

Wir können gerne morgen noch ein bisschen näher darüber diskutieren. Das Einzige, was offensichtlich feststeht, ist die ökologische Bauweise: Das architektonische Signal muss ökologisch gebaut sein. Ich nehme das zur Kenntnis und würde gerne einmal wissen - ich weiß nicht, vielleicht bin ich ohnehin dafür! Vielleicht streiten wir darüber, dann haben wir wenigstens diese Streitkultur, von der in diesem „Wien denkt weiter“ immer die Rede ist. Vielleicht sind wir total erbost, weil das über den Gürtel drübergebaut wird, ich weiß das ja nicht - aber es muss einmal kommen! Wir warten darauf, dass endlich irgendetwas passiert.

Über die Verstärkung des Ressorts und die institusionsübergreifende Zusammenarbeit: Das funktioniert natürlich auch nicht so, weil sonst mit den Musikschulen endlich etwas weitergegangen wäre. Das war übrigens früher auch eine grüne Forderung von Frau Kollegin Ringler, genauso eine ÖVP-Forderung und unsere Forderung. Aber wenn man irgendwo eine Anfrage stellt, heißt es immer: Wir sind unzuständig, da müsst ihr Oxonitsch fragen, oder doch Mailath-Pokorny. Irgendwie herrscht also nach wie vor das Floriani-Prinzip, und von einer Zusammenarbeit kann man nicht wirklich reden.

Jetzt noch zwei Punkte, die mir auch am Herzen liegen, wenngleich manche das vielleicht nicht glauben würden. Da geht es zunächst um die Agentur für Zwischennutzung. Da geht es also darum - ich lese nur aus dem Regierungsübereinkommen vor -, kulturelle Freiräume und Zwischennutzungen von leerstehenden Gebäuden, Brachflächen, Baulücken et cetera zu ermöglichen, und da braucht man eine zentrale Koordinationsstelle, eine Agentur für Zwischennutzung.

Das ist eine Idee, diese Idee stammt - das muss man ehrlich sagen - von der IG Kultur. Die Idee wurde mir nahegebracht, der ÖVP nahegebracht, auch Marco Schreuder nahegebracht. Diese Idee ist sicher nicht von der Hand zu weisen, und wenn es nicht auf ewig ist, soll jeder die Chance haben und nur einen kleinen Betrag für ein, zwei Jahre zahlen, und wenn er es schafft, dann muss er eben die volle Miete zahlen.

Nur, es passiert schon wieder nichts! Ich meine, du wirst mich vielleicht morgen eines Besseren belehren und sagen, was da alles weitergeht, aber es gibt hier ein Studienanbot „Perspektive Leerstand“ von der IG Kultur, wo das alles, die ganze Problematik, aufgearbeitet ist. Leider ist, seit es hier drinsteht - vorher stand es ja nicht einmal drin -, noch gar nichts passiert. Und das ist auch schon sieben, acht Monate her.

Genauso dieses Servicecenter Kultur - da geht es darum: Das zentrale Servicecenter Kultur wird für Kunstschaffende und Kulturveranstaltungen eine offene, sichtbare, niederschwellige Anlaufstelle sein. Jetzt sind das nicht wirklich meine politischen Freunde, aber was die IG Kultur macht, ist ein Servicecenter für die Kultur! Jetzt frage ich mich: Warum passiert da nichts? Das gibt es schon, die bekommen immer weit weniger an Subvention, als sie beantragen. Die Zahlen habe ich jetzt nicht - 39 bekommen sie, sie müssen das dann immer so hinbiegen, dass es sich ausgeht. Man kann ihnen sicher vieles vorhalten, aber nicht, dass sie sich nicht ernsthaft um die Kulturschaffenden bemühen. Warum lässt sich das nicht umsetzen, indem man der IG Kultur einfach ein bisschen mehr Geld gibt und sagt, dass das unser Servicecenter ist? Was wird hier ausbaldowert?

Es ist wahrscheinlich so - das befürchte ich -, dass all das, sowohl diese Koordinierungsstelle für Leerstehungen als auch das Servicecenter Kultur, natürlich nur dann von der SPÖ wirklich umgesetzt wird, wenn es eben keine Brutstätte ist, sondern wenn man einen SPÖ-konformen Leiter, sprich, Leiterin findet, die das dann ganz im Sinne des Herrn Stadtrats durchführt.

Meine Damen und Herren! Drei Minuten hätte ich noch, diese werde ich aber nicht nützen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Doch? Nein, ich will jetzt aber nicht mehr, ich muss ohnehin morgen noch reden. Drei Minuten hätte ich noch, aber ich will nur sagen: „Wien denkt weiter“, das ist ja schon das Eingeständnis des nichts Weiterbringens. Der Herr Stadtrat hat irgendwann einmal gesagt: Es genügt nicht, die Asche anzubeten, sondern man muss das Feuer bewahren.

Ich frage mich, wir fragen uns, wo dieses Feuer ist. Ich kann kein Feuer erkennen, und ich kann auch im Rechnungsabschluss kein Feuer erkennen, was die Kultur betrifft. Es ist ein bloßes Verwalten, deswegen lehnen wir den Rechnungsabschluss ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Wansch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir sind in der Generaldebatte. In der Generaldebatte geht es nicht um die einzelnen Details, sondern es geht um eine Gesamtwürdigung des vorgelegten Zahlenwerkes. Diese Gesamtwürdigung ist einfach, aber nicht erfreulich!

Das Finanzchaos in Wien weitet sich zu einem Finanzdebakel aus. Wir sehen explodierte Schulden, wir sehen unkontrollierte Spekulation, wir sehen explodierende Gebühren. Und die Kette geht weiter, in Wirklichkeit müsste man sogar von einem Finanzskandal sprechen. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Bitte?*) Der Skandal besteht insbesondere darin, dass über Jahre fortgesetzt, trotz entsprechender Warnung durch die FPÖ, mit Untätigkeit und Hilflosigkeit auf das selbst verschuldete und verursachte Chaos reagiert wird und in Wirklichkeit nicht gearbeitet wird, um den Schaden, den man angerichtet hat, wieder zu beheben.

Die Verantwortung dafür liegt naturgemäß bei der zuständigen Finanzstadträtin, Frau Mag Renate Brauner. Natürlich liegt aber die Verantwortung auch bei Herrn Bgm Dr Michael Häupl und bei der Wiener SPÖ, denen wir die genannten Funktionsträger - ich glaube, es ist jetzt nicht herabwürdigend, wenn ich das sage - zu verdanken haben.

Die Problemlösungskapazität des Herrn Bürgermeisters und seiner Partei, der SPÖ, hat sich bei der letzten Landtagssitzung anlässlich der Fragestunde zum Stabilitätspakt gezeigt, als ganz einfach mit Leugnen und mit der Behauptung, dass die festgestellten Fakten unwahr seien, reagiert wurde. Nun haben wir die Zahlen auf dem Tisch, die Fakten liegen auf dem Tisch: Alles, was in dieser Fragestunde von der FPÖ gesagt wurde, hat sich leider Gottes bewahrheitet!

Wir haben einen Schuldenstand von über 3 Milliarden EUR. Wir haben im Jahr 2010 233 Millionen EUR verspekuliert, meine Damen und Herren, und da nützt es auch nichts, wenn man davon schwärmt und sagt, nein, nein, das ist jetzt einmal nur in den Büchern so. - Die 233 Millionen liegen auf dem Tisch und sind festgestellt! Ich kann jetzt nur auf neue Spekulation hoffen, indem ich weiterspekuliere und eine neue Spekulationsrunde starte, dass das Geld irgendwie zurückkommt. Man wird in der Diskussion heute und morgen noch mehrere Male darauf zurückkommen, wie verwerflich eigentlich das Geld der Steuerzahler einfach hinausgeworfen wird.

An dieser Stelle - wenn man festgestellt hat, 233 Millionen EUR stehen als verspekuliert im Rechnungsabschluss, die Schulden sind explodiert - besteht Anlass für einen Kassensturz. In jedem Unternehmen würde man dann zum Finanzchef gehen, würde den Finanzchef zur Situation befragen und würde in den Büchern nachschauen, ob die Beurteilung durch den Finanzchef mit den Zahlen in den Büchern übereinstimmt.

Jetzt hat die Frau Stadträtin in ihrer Rede sehr wenige Zahlen genannt. Ich habe mir aber einige Stellungnahmen von ihr aus ihrer Rede aufgeschrieben, weil sie ja Hoffnung geben.

Wenn gesagt wird, der Jahresabschluss ist gut dokumentiert und nachprüfbar, wenn die Frau Stadträtin sagt, wir sind offen und transparent, dann möchte ich das gerne glauben. Wenn man an „Kontrolle“, „offen“, „Transparenz“ denkt, dann fällt einem der Rechnungshof ein. Dann wird man den im Jahr 2010 erstellten Rechnungshofbericht zur Hand nehmen. Das ist der Bericht 2010/06 zur Haushaltsstruktur der Stadt Wien.

Dort liest man als Prüfungsziel des Rechnungshofes definiert: „Angesichts zunehmender Anforderungen an das öffentliche Rechnungswesen war das Prüfungsziel festzustellen, welchen Informationsgehalt die Rechnungsabschlüsse der Stadt Wien aufweisen.“ Dann kommt aber auch schon die ernüchternde Antwort: „Weiterentwicklungen des öffentlichen Rechnungswesens in Richtung einer integrierten Vermögens-, Finanz- und Erfolgsrechnung fand in den Rechenwerken der Stadt Wien noch keinen Niederschlag.“ Wir sprechen vom Jahr 2010!

„Diese ... boten über die tatsächliche finanzielle Lage

und die Nachhaltigkeit der Haushaltsführung nur eine eingeschränkte Aussagekraft.“ Ja, das ist einmal etwas, da wird man schon leicht unruhig! Denn dann reicht der Verweis auf das Zahlenwerk in der Rede der Frau Finanzstadträtin nicht mehr so einfach, und man beschäftigt sich weiter mit dem Rechnungshof, weil es dort noch dicker kommt.

Über den im Rechnungsabschluss ausgewiesenen Vermögensstand der Stadt Wien steht Folgendes drin - ich zitiere wörtlich, um Diskussionen darüber zu vermeiden, ob das stimmt, was man da sagt, ich zitiere immer wörtlich: „Der Vermögensstand wurde nur unvollständig abgebildet. Einige der in der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung ... vorgesehenen Nachweise stellten zwar Teilaspekte des Vermögens- und Schuldendienstes der Stadt Wien dar. Ein umfassender Überblick war aber dadurch nicht gegeben.“

Nur zum Verständnis: Unter Vermögensstand wird auch der Schuldenstand verstanden, und in Wirklichkeit geht es, wenn man von der Verschuldung gehört hat, mehr um Schulden als um Vermögen. Der Vermögensstand wurde also „nur unvollständig abgebildet“!

Es geht weiter: Wir haben heute schon gehört, dass die Zahlen, die ohnehin nicht in den Mund genommen werden, die man dann aber doch erlesen kann - zum Beispiel die Schuldenzahl von über 3 Milliarden EUR -, ja nicht die Wahrheit sind. Jeder, der sich ein bisschen damit befasst, weiß - und besonders dann, wenn man verantwortlich ist, sollte man es wissen -, dass diese Zahl nicht die vollständige Zahl ist, weil es ja noch andere, ausgelagerte Betriebe der Stadt Wien gibt.

Um wiederum nicht eigene Interpretationen zum Besten zu geben, sondern neuerlich den Rechnungshof zu zitieren, zitiere ich aus demselben Bericht des Rechnungshofes: „Bei der Stadt Wien – Klammer: war - in den letzten Jahren eine vermehrte Übertragung von Aufgaben an ausgegliederte Gesellschaften zu beobachten. Damit einher ging auch die Zunahme der Bedeutung dieser außerhalb des Haushalts stehenden Bewirtschaftungsbereiche für eine gesamthafte wirtschaftliche Beurteilung ihrer Ergebnis- und Vermögensentwicklung.“

Da würde man meinen, in demselben Atemzug, in dem man ausgliedert - mit welcher Begründung auch immer -, wird man dafür sorgen, dass der Überblick über das gesamte Finanzwesen der Stadt Wien gewahrt bleibt. Aber der Rechnungshof muss Folgendes feststellen: „In der kamerale Rechnungslegung der Stadt ist auch eine gesonderte Abbildung von ergebniswirksamen ökonomischen Sondereffekten nicht vorgesehen.“

Das ist der Teil, der dann über die Beteiligungen hinausgeht. Zuvor lautet der Satz, der zu zitieren ist: „Konsolidierte Aufstellungen von Ergebnisdarstellungen sowie Schulden- und Vermögensdarstellungen der Stadt mit ihren Gesellschaften, Stiftungen und Fonds waren im vorherrschenden Prinzip der Einzelrechnungslegung nicht vorgesehen.“

Das bedeutet, wir haben keine Konsolidierung, wir haben keinen Überblick! Wir haben heute schon gehört, dass allein Wiener Wohnen weitere Schulden in Höhe von 2,36 Milliarden EUR zu verzeichnen hat, die irgend-

wann auch die Wienerinnen und Wiener bezahlen müssen und die bei den Darstellungen der Frau Finanzstadträtin und des Herrn Bürgermeisters geflissentlich außer Acht gelassen werden.

Der Rechnungshof bedient sich einer betont höflichen Formulierung. Wenn man Rechnungshofberichte kennt, weiß man, dass der Rechnungshof in seiner Ausdrucksweise sehr vornehm ist. Man erkennt aber auch, wann der Rechnungshof gravierende Mängel sieht und an die geprüften Einheiten dringend appelliert, die Dinge wieder ins Lot zu bringen.

So hat der Rechnungshof klar und eindeutig auch Folgendes empfohlen: „Eine Konsolidierung ausgegliederter Einheiten mit dem Haushalt in einer umfassenden Übersicht sollte erstellt werden, um einen Gesamtüberblick über die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Stadt inklusive den ausgegliederten Einheiten zu erhalten.“ Das ist klar, das ist einfach! Das war in Wirklichkeit schon vorher logisch, und ich frage: Warum gibt es das in der Stadt Wien bis heute nicht? (*Ruf bei der SPÖ: Unterstellung!*) Das ist keine Unterstellung, weil es belegt ist und auch aus Berichten des Rechnungshofes und des Kontrollamtes hervorgeht.

Man hat ein einfaches Leben, weil man bei dem Ganzen in Fremdwährungen spekuliert, mit vermeintlich geringen Zinsen, und man geht ganz einfach blind in dieses Risiko hinein. Das ist vor Jahren begonnen und in der Ära von Frau Finanzstadträtin Brauner fortgesetzt worden. Das Verwerfliche an dieser Vorgangsweise ist, dass am Ende immer die anderen bezahlen. Es bezahlt niemals die SPÖ, es bezahlen niemals die GRÜNEN - es bezahlen am Ende immer die Wienerinnen und Wiener! Und deshalb fällt es auch so leicht, einfach zu spekulieren.

Dann sagt man: Okay, jetzt hat man zur Kenntnis nehmen müssen, dass es zuerst geleugnet, dann zugegeben wurde, dass es Fremdwährungskredite gibt, dass es Cross Border Leasing gibt. Das liegt jetzt alles auf dem Tisch und ist nicht mehr zu leugnen, weil, wie gesagt, die Fremdwährungsverluste auch in den Papieren nachzulesen sind.

Dann sagt man: Okay, wenn ich das aber schon einmal mache, gehe ich diesen Weg, der eigentlich viel Know-how erfordern müsste, der, wenn es eigenes Geld wäre, auch Mut erfordern würde. Aber wenn man fremdes Geld verspekuliert, ist man nicht mutig. Das ist eine andere Dimension, wie das zu würdigen ist.

Dann sagt dazu der Rechnungshof in dieser Situation, ebenfalls im Jahr 2010: Der Rechnungshof kritisierte, dass die Stadt Wien durch das fehlende Risikomanagement über die bestehenden Risiken ihrer Finanzierungen in Form aussagekräftiger Risikokennzahlen nicht informiert war. Er empfahl daher, eine schriftliche Finanzierungsstrategie festzulegen und formalisierte Finanzmanagementsitzungen abzuhalten. - Man erfährt durch die Empfehlung die unglaubliche Tatsache, dass es das Ganze vorher nicht gegeben hat!

Weiters sollten Grenzen hinsichtlich des Verhältnisses von fixer und variabler Verzinsung, von heimischer Währung und Fremdwährung und so weiter festgelegt

und die Nachvollziehbarkeit von Finanzierungsentscheidungen verbessert werden.

Abschließend empfiehlt der Rechnungshof auch, Szenariorechnungen durchzuführen, um bei sich ändernden Marktgegebenheiten, wie zum Beispiel beim starken Anstieg des Schweizer Franken gegenüber dem Euro im Jahr 2008, zeitgerecht entsprechende Maßnahmen setzen zu können.

Meine Damen und Herren! Da sind wir wieder genau am Punkt: Im Jahr 2008 hat man erlebt, was der Schweizer Franken machen kann, hat man erlebt, was Währungsspekulation ganz einfach bedeutet, hat man erlebt, dass es Entwicklungen auf Weltmärkten, auf Finanzmärkten gibt, die keiner von uns vorhersehen kann. Der Vorwurf ist niemals der, dass man nicht vorhersehen kann und dann tatsächlich irgendetwas falsch entschieden hat, sondern der Vorwurf ist, dass man das mit fremdem Geld, nämlich mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener, ganz einfach macht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist eine weitere Facette des Finanzskandals, von dem ich gesprochen habe: Trotz der Situation, die man 2008 erleiden musste, und trotz der entsprechenden Hinweise und Erfahrungen, die man gemacht hat, ist ganz einfach nichts passiert. Man hat die Augen zu, man marschiert einfach weiter, und im Ergebnis ist es - das sei mir jetzt verziehen - ein sehr laienhaftes Spekulieren; bei Laienspekulant drücke ich mich noch sehr vorsichtig aus. Ich habe heute gehört, dass das auch von den GRÜNEN so gesehen wird und die GRÜNEN diese Laienspekulation mittragen und fortsetzen wollen. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nicht zugehört?*)

Ich habe ja die Antwort schon gegeben: Wenn ich jetzt einen Spekulationsverlust eingefahren habe und ihn von mir aus noch nicht habe bezahlen müssen, dann mache ich eine neue Spekulation, stelle mich hierher und sage, es sind zwar nicht 233 Millionen, die ich zahlen muss, und ich bin so ein Fachmann, dass ich sage, nein, keiner wird jetzt die Verluste realisieren, ich weiß aber nicht, ob es nicht morgen doppelt so hohe Verluste sind. Keiner hier im Saal weiß, ob nicht aus den 233 Millionen, wenn man jetzt nicht in irgendeiner Form reagiert und absichert, morgen 500 Millionen geworden sind, übermorgen 1 Milliarde. Das ist die Verantwortungslosigkeit! (*Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl-Ing Martin Margulies: Was würden Sie jetzt machen?*)

Ich würde zunächst einmal dem Misstrauensantrag der FPÖ zustimmen, weil das Vertrauen weg ist! (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*) Dann ist es die Aufforderung, die Bitte - wir können es ja als Oppositionspartei nicht aus Eigenem machen, wir können nur darauf hoffen, dass der SPÖ und Ihnen, den GRÜNEN, die Augen aufgehen. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Schwurbel, schwurbel, nur keine Antwort!*) Das können wir hoffen, weil wir in der problematischen Situation sind - und so habe ich ja meine Rede eingeleitet -: Was tut man, wenn man Probleme sieht, ein Chaos sieht? Man macht den Kassensturz, man schafft Ordnung.

Der Rechnungshof hat festgestellt, dass in keinem der Bereiche, in denen er geprüft hat, Ordnung herrscht.

Darum richten wir die Bitte an Sie: Machen Sie einmal geordnete Bücher, und dann wird man sehen, ob Sie in der Lage sind, wenn Sie die wirkliche Situation kennen, die entsprechenden Entscheidungen zu treffen. Die Wienerinnen und Wiener haben sich das verdient. Aber wenn Sie es nicht können oder nicht wollen, dann sagen Sie es auch wieder ehrlich, denn dann hat der Wähler auch Möglichkeiten, solche Probleme zu lösen. - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pitz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren und der Rest der SPÖ, der sich noch nicht in den Urlaub vertschüss hat!

Sie haben vorhin auch die Frankenkredite sehr deutlich artikuliert. Das Problem der Frankenkredite ist eines: Wir haben einmal spekuliert - das heißt, nicht wir, sondern die SPÖ hat spekuliert -, und zur Zeit kann natürlich niemand wirklich seriös sagen, wie es weitergeht. Es gibt die Variante 1, das ist die, die zur Zeit auch die Banken ganz massiv - ich nehme an, Sie haben gestern auch die Zeitungen gelesen - ihren Kunden, den kleinen Kunden empfehlen: Zurückzahlen! Das hat auch mit der Bankensanierung zu tun, da liegen Sie richtig. Das ist die eine Möglichkeit.

Die zweite Möglichkeit ist, zu hoffen, dass der Franken schwächer wird - wiederum Spekulation! Aber dann müsste die Frau Stadträtin hergehen und sagen, ich habe spekuliert, es ist kritisch, ich weiß nicht, wie es weitergeht, derzeit glaube ich eben, dass es so noch am relativ besten gehen wird. - Das ist so ähnlich mit der Griechenland-Situation, das ist ja die Problematik: Man kommt aus der Spekulation, in der man drinsitzt, nicht mehr ungeschoren heraus.

Die Frau Stadträtin hat vorhin - und nicht nur die Frau Stadträtin, denn das ist jetzt das neue Mantra der SPÖ und der GRÜNEN - wieder einmal die Geschichte mit Kärnten angesprochen und hat gesagt: Bei der Hypo wurden Haftungen eingegangen, die zehn Mal höher waren. Wir haben jetzt Haftungen für Griechenland in der Höhe von, glaube ich, 17,5 Milliarden, das wären dann 175 Milliarden. Ich konnte das in der Eile nicht überprüfen, aber weil Sie immer darauf herumreiten, erinnere ich Sie an Folgendes: Wir hatten für die BA einmal 122 Milliarden an Haftung übernommen gehabt, und da ist es Ihnen nicht besonders aufgefallen. Frau Stadträtin und meine Damen und Herren von der SPÖ, da ist die Vergesslichkeit bei Ihnen ganz rapide ausgebrochen! Wir werden in Zukunft Gelegenheit haben, Ihnen das immer und immer wieder zu präsentieren.

Nun ja, der Rechnungsabschluss ist die Bilanz eines Geschäftsjahres und mehr oder weniger die Gegenüberstellung von Budgetvoranschlag und Ergebnis, der Vergleich von Versprochenem und dem, was gehalten oder auch nicht gehalten wurde. Politisch zeigt er, zwischen den Zeilen gelesen: Wo waren die Schwergewichte? Wo waren die Fehleinschätzungen? Wo waren heiße Luft und Wählertäuschung?

Der Rechnungsabschluss in der Politik ist wesentlich

mehr als nur ein Zahlenvergleich. Er ist die Bewertung der Arbeit des Budgetjahres. Der Rechnungsabschluss 2010 behandelt das letzte Jahr einer SPÖ-Alleinregierung, da waren die GRÜNEN noch nicht mit-schuldig. Ich fürchte nur, die Situation wird sich durch ihre Teilhabe an der Regierung nicht wesentlich verbessern, weil sie eben nichts dazu zu sagen haben dürfen! Man gibt ihnen auch den Spielraum dazu nicht, außer bei ein paar Radwegen.

Es wird aber - und das ist erfreulich - wahrscheinlich auf lange, auf sehr lange Zeit, wenn nicht überhaupt, der letzte Rechnungsabschluss sein, den die SPÖ für sich allein beschließen konnte. Das ist zumindest einmal ein Ergebnis, das sich aus den Meinungsumfragen, aus den Wahlen klar abzeichnet.

Das Selbstverständnis der SPÖ in Wien war ja bisher folgendes: „Wir sind die Stadt, sie gehört uns!“ Das kam trotz aller Selbstzweifel auch am Parteitag in der Rede des Herrn Bürgermeisters sehr, sehr deutlich zum Ausdruck. Er wollte da einen Rückblick über die geleistete Arbeit geben, auch einen Ausblick, und Mutmacher für Verzagte sein - und davon gab es auf diesem Parteitag ja gar nicht wenige! Ich habe sie mir deshalb auch - sie dauert mehr als eine Stunde - zwei Mal genau angesehen, und zwar unter folgenden Gesichtspunkten: Was wurde gesagt oder versprochen? Was wurde bewusst - und das ist besonders interessant - nicht gesagt oder verschwiegen? Und auch: Wie wurde manches gesagt? Das lässt ebenfalls sehr, sehr tief blicken.

Er beginnt mit einer zarten Selbstkritik, die er allerdings gleich auf alle Politiker verteilt, und sagt: „Die Meinung der Öffentlichkeit über die Politiker ist folgende: Wir Politiker, wir machen ja nichts als Wahlkampf, sonst tun wir ja nichts.“ Da liegt er richtig. Diese Meinung ist in der Öffentlichkeit weit verbreitet, und er hat dazu mit seiner Partei sehr viel beigetragen. Denn wenn die Bürger Tag und Nacht auf zahllosen Werbeeinschaltungen, Plakaten, Lichtreklamen mit seinem Konterfei und dem seiner Stadträte als direkte und indirekte Wahlwerbung optisch bombardiert und belästigt werden, dann ist es kein Wunder, wenn sie sich in einem ständigen Wahlkampf fühlen. Über 50 Millionen im letzten Jahr, ohne die Werbung der ausgelagerten Bereiche!

Kollege Margulies - aha, jetzt hat er sich verdünnt - hat früher einmal eine lange Liste vorgelesen, damals, als er noch durfte. Heute geht das nicht mehr. Frau StRin Vassilakou darf ja jetzt als grünes Feigenblatt auch von Zeit zu Zeit in die Medien lächeln. Als Nebenerscheinung füttert man natürlich mit diesen Summen dann auch die Journalisten und die Medien an, in denen ohnehin nur genehme Journalisten sitzen, und macht sie abhängig. Und der parteieigene Echo-Verlag bekommt dann so nebenbei auch einen schönen Brocken ab.

Ich habe mir nur eine Zeitung heute in der U-Bahn mitgenommen, das heutige „Heute“. Es hat insgesamt, glaube ich, 36 Seiten. Da geht es schon los auf der Seite (*Der Redner blättert in der Zeitung*.) eins, zwei, drei - aha, der ist nur Faymann-ähnlich, das ist keine SPÖ-Reklame -, im Mittelteil mit einem ganzen Block von Werbungen, eins, zwei, drei, es folgt eine kurze Werbe-

unterbrechung, dann kommen eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben Doppelseiten Werbung, eine Einzelseite und die Novomatic. Dann kommt die Doppelseite der Wiener Lebensqualität. Insgesamt 14 Seiten, die nur Werbung im Wesentlichen aus dem Umfeld der Stadt und der SPÖ sind!

Meine Damen und Herren, das ist unanständig, was Sie hier machen. Das ist schlichtweg unanständig, wie Sie mit dem Geld der Wiener und Wienerinnen umgehen und überhaupt nicht einmal mehr den geringsten Genierer haben, wie Sie sich hier die Journalisten ankaufen. Sie sollten sich wirklich dafür schämen, das kann ich Ihnen sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie gesagt, es ist noch nicht aller Tage Abend. Wir können ja noch auf die GRÜNEN hoffen, dass sie das vielleicht ein bisschen einbremsen. Aber ich habe da große Zweifel, ob es geschehen wird, denn das Problem ist eben: Wenn man einmal da vorne sitzt, tut man sich sehr, sehr schwer, nicht mitzunaschen.

Wir haben's ja, denkt man in der SPÖ, und die Bürger bezahlen es. Apropos Bezahlen, Geldverschleuderung, Eigenwerbung und Repräsentation: Es wäre nicht nur interessant, die Werbungskosten als einen Budgetposten aufzuzeigen, sondern auch jene für Repräsentation im gesamten Bereich der Stadt. Jeder von uns erhält wöchentlich - wöchentlich! - zahlreiche Einladungen zu Empfängen, Eröffnungen, Ordensverleihungen.

Gestern oder vorgestern hat es wieder so ein unappetitliches Ereignis mit dem Herrn Hubsch Kramar gegeben, der sich über den verleihenden Stadtrat in Wirklichkeit lustig gemacht hat und das Ehrenzeichen der Stadt Wien in den Dreck gezogen hat. Aber das ist Ihnen egal, meine Damen und Herren von der SPÖ, das schert Sie ja nicht. *(GRin Barbara Novak: Das haben Sie nicht verstanden!)* Ja, ich weiß, der Hubsch Kramar darf alles, weil er gegen die FPÖ ist! Der kann Sie auch verächtlich machen, das ist kein Wunder.

StR Mailath ist ohnehin schon bereit, sich jede Beleidigung von Künstlern gefallen zu lassen. Ich will gar nicht erzählen, was ihm da einer, nämlich Herr Manker, geschrieben hat: Wie er zu ihm gekrochen kommen kann, bevor er wieder mit ihm redet; „Besenstiel“ als Stichwort. So schaut es in Wirklichkeit aus.

Aber es gibt hier zahllose solche Veranstaltungen. Wenn ich mich erinnere, am 8. Juni war ich hier herinnen, da konnten die Feinspitze, wenn sie wollten, gleich zwischen drei Buffets wählen: Arkadenhof, Großer Saal oder Roter Salon. Wo war es denn besser, wo hat es besser geschmeckt? Jeden Tag zahllose Veranstaltungen! Es ist auch fast immer der gleiche Personenkreis, der eingeladen wird.

Dann sagt der Herr Bürgermeister, unser Stadtoberhaupt: „Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in unserer Stadt steigt.“ Er gehört sicher nicht dazu, er wurde ja 2010 zum „Gourmet des Jahres“ ernannt. Gleichzeitig wird der Heizkostenzuschuss - Mensch muss ja sparen - für die über 10 000 der ärmsten Wiener in unserer Stadt reduziert. Das ist Sozialdemokratie auf Wienerisch!

Aber, sagt der Bürgermeister, zentrales Problem: „Thema muss die soziale Gerechtigkeit in allen Politikbe-

reichen sein.“ So donnert er dort in den Saal. Und: „Die Krise ist erst dann vorbei, wenn der Arbeitsmarkt wieder in Ordnung ist. Da haben wir noch eine Menge zu tun.“ Der Herr Bürgermeister - wie wahr, wie wahr! Aber was er nicht sagt, ist, dass in Wien - und wir haben es heute schon einmal gehört -, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wo die Arbeitslosenzahlen sanken, im roten Wien die Zahlen steigen.

Was sagt der Bürgermeister darauf? „Wir sind weniger stolz“, sagt er beschwichtigend, „dass die Arbeitslosigkeit in Wien langsamer zurückgeht als in anderen Bundesländern.“ Die Arbeitslosigkeit steigt, aber der Herr Bürgermeister sagt seinen Delegierten - vielleicht haben die ohnehin nicht zugehört, sonst müsste ihnen das Messer in der Tasche aufgegangen sein -, „die Arbeitslosigkeit sinkt langsamer.“ Jetzt frage ich mich wirklich: Ist das die Sozialdemokratie, in die Sie, meine Damen und Herren Mitglieder der SPÖ und die Delegierten dort, einstmals hineingegangen sind?

Der WAFF wurde auch schon angesprochen, er ist nicht umsonst in die öffentliche Kritik geraten. Der Rechnungshofbericht hat ihm nicht gerade ein gutes Zeugnis ausgestellt, und auch hier ging es um das SPÖ-Erbübel der unverhältnismäßig hohen Kosten für Werbung. Wiederum ein Zeugnis für Geldvernichtung in der Stadt - man fragt sich wirklich: Wie schaffen das die anderen Bundesländer ohne Parallelorganisationen und offenkundig besser als wir in Wien?

Weiter Häupl: „Wenn wir so weitermachen, trifft uns die nächste Krise noch viel härter.“ Sehr richtig, kann man da nur antworten. Aber was er uns nicht sagt: Wer hat es denn „bisher so gemacht“? Wer war dafür verantwortlich? Wir verbrauchen bereits den zweiten roten Kanzler. Beide waren allerdings keine Macher. Und Rot hat bei uns in Wien die Schulden explodieren lassen - wir haben es ja bereits gehört -: in nur vier Jahren fast eine Verdreifachung!

Das eigentliche Risiko in der ganzen Geschichte - und wir haben es heute auch schon mehrfach angesprochen - ist aber die Finanzstadträtin: das Brauner-Risiko - das „Triple-B-Rating“, welches fast unkalkulierbar für uns geworden ist. Schuldenverdreifachung in vier Jahren: im Vergleich dazu sind die „Konsum“- und BAWAG-Manager noch Waisenknaben! Zwar nicht in der Größenordnung, aber in der Vervielfachung kann ihr da höchstens der rote Ex-Chef des Flughafendesasters die Hand reichen.

Brauner's Chef verlangt in seiner Rede wörtlich: „Entscheidungsfreiheit für die Politik durch einen stabilen Haushalt.“ Aber als stabilen Haushalt kann man diese Defizitexplosion, meine Damen und Herren, wirklich nicht bezeichnen. Kein Wunder, dass die Frau Stadtrat dann auch nach den 60 Novomatic-Millionen hechelt; damit könnte sie zumindest die Werbeausgaben decken.

„Es gibt“, sagt Häupl, „kein gerechtes Steuersystem in diesem Land.“ Er hat nicht unrecht. Aber wer, zum Teufel, ist denn von allen Parteien in Österreich am längsten an der Regierung und stellt am längsten den Kanzler, wenn nicht die SPÖ?! Warum klagt er da in die falsche Richtung?

Er kennt dafür den Schuldigen an der Griechenland-Misere. Es ist nicht der, wie er ihn nennt, „Genosse“ Papandreou, es ist diesmal ausnahmsweise auch nicht die schwarz-blaue Bundesregierung. Er hat etwas anderes gesagt; er sagte nämlich: „Da gibt es einen Krakeeler im blauen Sackl, der herumrennt und schreit, dass es ungeheuerlich ist, dass sich Österreich an der Hilfe für andere Länder beteiligt.“

Die Frau Stadträtin hat ja vorhin auch gesagt, an sich bleiben Wiener Budgetmittel in Wien. Sie soll sich einmal anschauen, wie das beim Integrationsbereich aussieht, wo von zehn Subventionen neun ins Ausland gehen.

Aber kommen wir wieder zurück zum Herrn Bürgermeister, der den „Krakeeler im blauen Sackl“ gesehen hat. Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn Häupl und die SPÖ verbreiten, dass wir gegen die Verschleuderung von Steuergeldern ins Ausland sind. Wir verstehen auch, dass ein Parteitag kein Mädchenpensionat ist und starke Sprüche dazugehören. Wir sind von ihm ja schon einiges aus diesem Bereich gewohnt - dass er zum Beispiel Bürger dieser Stadt, die eben seine Partei nicht wählen, aber ihn mit ihrem Geld auch miterhalten, als „Koffer“ bezeichnet.

Aber dann ging es erst los mit den Flégeleien auf diesem Parteitag! Nach dem missglückten „Germknödel“-Vergleich, Sie erinnern sich - mit manchen Namen sollte man übrigens, wenn man sie selber hat, vorsichtig sein, Sprachspielchen anzustellen -, kam es dann deftiger: „Er lügt und lügt und lügt und lügt!“, donnerte Häupl außer sich in den Saal. Offenbar war er nervös gemacht durch sein vorhergehendes Eingeständnis: Das letzte Wahlergebnis war „nicht ganz“ so wie gewünscht - was übrigens die Untertreibung des Jahres war. Da hat er anscheinend die Contenance verloren.

Dann ging es los: Mit dem Wort von der FPÖ als „Bündnis von Rechtsradikalen“ packt er die Nazi-Keule aus. Das ist immer so bei den Linken, wenn ihnen nichts mehr anderes einfällt und die Argumente fehlen. Und er findet in seiner Bibliothek unter Goebbels' gesammelten Werken - ich habe die nicht daheim - den „Kampf um Berlin“. „Ich weiß“, sagt er, „das Buch ist nicht mehr so leicht erhältlich“. Da fragt man sich unwillkürlich: Von wo hat er es denn dann bekommen? - Aber bitte.

Er vergleicht dann im Zusammenhang damit unseren Abgeordneten Kickl und unsere Politik mit dem Nationalsozialismus. Das, meine Damen und Herren, ist eine beachtliche Schäbigkeit!

„Also jetzt hasst euch mal so richtig kreativ, ihr Schrumpfindellektuellen, die ihr nur noch aus der Nazi-Riechnase besteht ... Vielleicht ist euer ständiges Denunziantentum - wer nicht eurer Meinung ist, ist ein halber oder ganzer Faschist - ein Kainsmal, ein Aschenkreuz auf der Stirn von Verzweifelten oder Untergehenden. Das wahllose Herumwerfen mit der Faschismus-Vokabel ist die letzte Kampfesdisziplin, in der die heimische Intelligenz noch Meister ist. Sonst fällt euch nix ein.“ Das stammt vom Alt-Sozi Dr Günther Nenning in einem „Spiegel“-Interview, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Der Gemeinderatsvorsitzende hat uns gegenüber

geäußert, er möchte nach der Sommerpause eine Gesprächsgruppe zur verbalen Deeskalation der Auseinandersetzung zwischen den Parteien einrichten. Mir hat man kürzlich für das Wort „Automatenkönigin“ einen Ordnungsruf verpasst. Der Herr Kollege sollte vor diesem Gespräch einmal dringend, sehr dringend mit seinem obersten Chef reden!

Der hat übrigens auch ein sehr interessantes Verständnis von den Aufgaben der parlamentarischen Opposition. Auch am Parteitag gesagt: „Wenn die FPÖ beklagend inseriert, dass sie zu wenig Platz im Rathaus hat, dann ist mir das recht.“ Und er fügt hinzu, dass sich darüber - no na net, kann man nur sagen - „bisher noch kein Bürger beschwert“ habe.

Das stimmt schon, Herr Bürgermeister. Aber ordentliche Arbeitsbedingungen für die Opposition sind an sich eine Selbstverständlichkeit. Die Opposition ist Bestandteil der Demokratie und wird nur in autoritären Systemen unterdrückt und so behandelt. Das, Herr Bürgermeister, können Sie sich hinter die Ohren schreiben! (Beifall bei der FPÖ.)

Zusammenfassend: Geldverschwendung, Defizitexplosion, überhöhte Ausgaben bei der Werbung bei gleichzeitig steigenden Arbeitslosenzahlen und gekürzten Sozialleistungen kennzeichnen das letzte Budget. Ja, die Bürger werden es Ihnen danken!

Unser Stadtoberhaupt hat Ihnen von der SPÖ am Parteitag einen Weg zur Wiedererlangung der Wählerstimmen gewiesen, der mich besonders amüsiert hat. Er sagte gegen Ende seiner Rede: „Wir haben die Bürger einst“ - er spielte auf die Naturfreunde an - „aus den Wirtshäusern hinausgeführt.“ Und meinte dann: „Jetzt müssen wir wieder hinein in die Wirtshäuser, es ist ja nicht so schlimm.“ Also auf, Genossen und Genossinnen, in die Wirtshäuser! Wir gehen auf zu den Wählern. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zur allgemeinen Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2010 liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen damit zur Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dkfm Dr Aichinger. Ich erteile es ihm.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine Damen und Herren von der Regierungspartei, etwas spärlich vertreten!

Es hat etwas länger gedauert, und ich darf auch meine Ausführungen mit zwei, drei Bemerkungen von Abgeordneten der Regierungsfraktion beginnen.

Meine Damen und Herren! Bei Kollegen Ellensohn ist es natürlich jedes Mal eine Suada, hätte ich fast gesagt, ein Feuerwerk an links-links-sozialistischer Politik, das er bringt. Er spricht prinzipiell nur davon - wichtigstes Wort: Man muss es jemand wegnehmen, um es jemand anderem geben zu können.

Er hat in seinen Ausführungen auch einige Dinge gesagt, die er natürlich sehr gerne hätte, eine Vermögens-, eine Grundsteuer oder Erbschaftssteuer, wobei er nicht

weiß, dass der größte Grundbesitzer in Österreich die Bundesforste sind und der größte Besitzer an Wert vielleicht überhaupt die Stadt Wien ist. Bei der Stadt Wien schätzt man das auf 20 Milliarden EUR; würde man dort auch nur 1 Prozent an Steuer nehmen, wären das 200 Millionen EUR. Ich weiß also nicht, ob das unbedingt die Sache sein sollte, die wir uns da vorstellen.

Aber er hat in seinen Ausführungen auch dazugesagt: Er spricht da vom Einkommen. Meint er damit, dass man die Einkommen-, die Lohnsteuer noch erhöhen sollte? Wir sind in einem Steuerland, meine Damen und Herren, in dem die Steuerbelastung, glaube ich, extrem hoch ist.

Martin Margulies, du hast es eigentlich genauso gesagt: Wir bekommen vom Bund zu wenig. Ja, erstens einmal gehe ich davon aus, dass wir Wiener auch zu Österreich gehören und dass wir dort gemeinsam einzahlen. Es hat keinen Sinn, dass die eine Gebietskörperschaft der anderen Gebietskörperschaft das Geld wegnimmt, und wir sind die anderen oder die Besseren, wir können es besser verwalten oder Ähnliches.

In der Wirtschaft funktioniert das auch nicht. Wenn es für einen Unternehmer auf Grund der Konjunktur - das haben wir in den letzten Jahren sehr genau verfolgen können - in den Zeiten schwieriger wird, dann muss man sich etwas einfallen lassen. Da muss man sich anstrengen und muss man unter Umständen auch mit diesen finanziellen Mitteln auskommen. Aber es geht in der Wirtschaft nicht mit einem Schnipsen, dass ich ganz einfach sage: Herüber mit dem Silber - wenn ich das wienerisch sagen darf -, ich muss mehr einkassieren!

Hier ist natürlich im Großen und Ganzen schon etwas Kreativität gefordert. Man muss es nicht immer den anderen wegnehmen, sondern die Mittel wirklich kreativ verwalten. Wie es die Frau Vizebürgermeister auch gesagt hat: Sie wird auf das Geld schauen. Das werden wir jetzt gleich sehen, wenn wir einige weitere Punkte besprechen.

Aber auch einige Worte zum Klubobmann Schicker, meine Damen und Herren: Er hat natürlich ebenfalls von einer Steuerbelastung gesprochen. Einfache Methode: Grundsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer. Ich weiß nicht, ob er es versäumt hat zu sehen, dass es seit 2008 eine rot-schwarze Regierung und einen roten Bundeskanzler gibt. Da ist nicht einfach die Verantwortung auf eine andere Gebietskörperschaft zu übertragen.

Aber er hat noch ein wahres Wort gesagt: Wien ist keine Industriestadt. Das ist allerdings nicht gutzuheißen, sondern das ist eine traurige Situation, denn wir wären gerne eine Industriestadt. Es gibt nicht nur ... (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Gott sei Dank! Keine VOEST mitten in Wien!*) Nein, keine VOEST. Das sollte man nicht missverstehen. Es gibt auch andere Industrien, es gibt auch sehr weiße und sehr saubere Industrien. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber warum sage ich, dass wir Industrien brauchen? Oder warum meine ich, dass in den letzten Jahren auch einige Betriebe über die Grenzen von Wien hinausgegangen und die Arbeitsplätze weggekommen sind? Weil wir eine Dienstleistungsgesellschaft sind, und eine

Dienstleistung kann ich auch nur ausüben, wenn ich hier Industrie und produzierendes Gewerbe habe.

Das steht sogar im Regierungsübereinkommen drin. Es ist ein Punkt darin enthalten, dass besonders darauf geachtet werden soll, beschäftigungsintensive Betriebe nach Wien hereinzubekommen, weil wir auch diese Beschäftigungen brauchen. Wir können nicht nur von der Dienstleistung leben, sondern die Dienstleistung ist sozusagen damit in Einklang zu bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Also: Lieber vor den eigenen Toren kehren und seine eigenen Dinge tun!

Kommen wir jetzt zum Rechnungsabschluss. Es ist heute schon sehr, sehr oft angesprochen worden - ich glaube, von fast jedem Redner, aber ich muss es auch noch einmal erwähnen: Natürlich sind die Schulden ein Thema, meine Damen und Herren! Die Schulden sind gestiegen, in zwei Jahren haben sie sich verdoppelt, und wir haben - auch das ist nicht wegzuleugnen - eine Wertberichtigung von 240 Millionen EUR gemacht. Um davon eine Vorstellung zu geben, was 240 Millionen EUR an Wertberichtigung darstellen, muss man sagen: Das ist ungefähr der Betriebskostenzuschuss, den zum Beispiel die Wiener Linien bekommen - um nicht andere Beispiele zu nennen.

Aber auch das geht momentan noch weiter. Man müsste sich das schon überlegen, denn seit dem 1. Jänner ist der Schweizer Franken weiterhin gestiegen, meine Damen und Herren, und zwar um 5 Prozent. Das ist nicht nur eine Kritik der Opposition, sondern das hat auch der Rechnungshof voriges Jahr ganz detailliert dargestellt. Und er hat gesagt, was daran schuld ist. Ich darf nur zwei Punkte herausnehmen.

Die Finanzstruktur sollte überdacht und die Entwicklung auf dem Kapitalmarkt laufend beobachtet werden. - Der Umkehrschluss wäre: Es passiert nicht ganz, denn sonst würde es da nicht stehen. Weiter heißt es: Eine dem Marktumfeld angepasste und risikotechnisch vertretbare Zusammensetzung des Portfolios mit fix und variabel verzinsten Finanzierungen wäre anzustreben.

Und als zweiter Punkt noch: Fremdwährungsfinanzierungen sollten nur dann vorgenommen werden, wenn Zins- und Wechselkursvorteile in günstiger Relation zu den zusätzlichen Risiken stehen. - Voriges Jahr wurden noch einmal 380 Millionen Schweizer Franken aufgenommen! Nur das zur Schuldenpolitik beziehungsweise zur Finanzpolitik der Stadtregierung.

Meine Damen und Herren! Ein zweiter Punkt, der sehr wesentlich erscheint und natürlich im Regierungsübereinkommen drinnen ist, ist die Arbeitslosenstatistik. Da kann man wirklich nicht sagen, dass Wien führend ist. Wir haben seit Jahren eine höhere Arbeitslosenzahl als der Bund, und wir haben vor allem in der letzten Entwicklung im Mai eine Zunahme der Arbeitslosigkeit gehabt, obwohl es in Wien ganz einfach weniger geworden ist.

Da wir heute schon über den WAFF gesprochen haben, komme ich auch wieder darauf zurück. Warum steht im Regierungsübereinkommen drin, dass man ihn evaluieren soll? Vielleicht könnten wir auch dort die eine oder andere Förderung anders ansetzen oder anders erbringen, um die Mittel effizienter einzusetzen.

Meine Damen und Herren! Eines - das möchte ich auch an dieser Stelle sagen - sollte man nicht tun: immer wieder die Wirtschaft auseinanderdividieren und sozusagen den schwarzen Finger auf die Wirtschaft legen. Wenn Kollege Peschek in einer Aussendung vor wenigen Tagen sagt, dass die Unternehmer oder die Geschäftsführer die Ausbeutung mit der Ausbildung verwechseln, ist er, glaube ich, auf dem falschen Dampfer! Meine Damen und Herren, das ist ein Stil, den sich die Wiener Wirtschaft meiner Ansicht nach nicht verdient hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir machen auch die überbetriebliche Ausbildung, die duale Ausbildung nicht madig. Frau Vizebürgermeister, das stimmt nicht! Nur glauben wir, dass es einen anderen Weg gibt. Wir wissen, dass Wiener Unternehmer heuer mehr Lehrlinge genommen hätten, wenn die Qualifikationen vorhanden gewesen wären. Wenn die Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen in ausreichendem Maß vorhanden gewesen wären, dann hätten die Unternehmer mehr Lehrlinge aufgenommen, und wir hätten das Problem nicht.

Es ist in Ordnung, dass es da ist, aber es ist nicht die Ultima Ratio, dass ich sage, die überbetriebliche Ausbildung ist das einzig Seligmachende, meine Damen und Herren. Ich glaube, die Betriebe sind vor Ort und würden sehr gerne ausbilden, weil sie ganz genau wissen, dass es auf Grund des Arbeitskräftemangels, den wir in Zukunft haben werden, auf Grund der demographischen Entwicklung sicher wichtig ist. Die Wirtschaft braucht qualifizierte Beschäftigte, die Wirtschaft braucht ganz einfach auch dementsprechenden Nachwuchs, und wir kümmern uns darum. Es hat keinen Sinn, hier mit Polemik Politik zu betreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu unserem Kapitel passt natürlich auch das Thema Wirtschaftsförderung. Im Regierungsübereinkommen stehen einige Projekte drin, die durchgeführt werden sollten. Vielleicht komme ich hier zu einem konkreten Vorschlag. Drin steht besonders die Nahversorgung, die lebendigen Straßen und Plätze, die ungenutzten Erdgeschoßflächen - all das, meine Damen und Herren, sollte ganz einfach besser dargestellt beziehungsweise umgesetzt werden.

Ich darf Ihnen daher neuerlich eine Initiative der ÖVP-Wien vorstellen. Es ist richtig, wir sollten für die Erdgeschoßzonen wirklich etwas tun: Es muss der Substandard in den Erdgeschoßzonen weggebracht werden. Es muss ein Konzept gemacht werden, damit wir einen Plan haben: Was können wir mit den Erdgeschoßflächen tun, beziehungsweise wie können wir zum Beispiel Einheiten zusammenlegen? Wie können wir bauliche Veränderungen machen und wieder Betriebe hineinbringen, aber auch andere Dienstleister, um die Erdgeschoßflächen wieder komplett zu bewirtschaften?

Es wäre wichtig, erstens einmal den Status quo zu erheben. Hier wäre es wichtig, dass wir eine Servicestelle haben. Es bietet sich in diesem Fall natürlich die Wirtschaftsagentur an, dass wir auch die Abläufe vereinfachen, die Verwaltung wegbringen und einige Dinge besser machen.

Meine Damen und Herren! Bei der Wirtschaftsförde-

rung ist im Herbst versprochen worden, die Förderungen zu evaluieren beziehungsweise zu straffen. Ich möchte es nicht im Einzelnen aufzählen, aber mit dem Förderungstopf kann auch nicht alles hundertprozentig stimmen, wenn es Förderungen gibt, die nicht hundertprozentig in Anspruch genommen werden, sondern liegen bleiben, und wenn - wie wir in der letzten Finanzausschusssitzung gehört haben - von departure Geld übrig bleibt und man es dann für andere Dinge verwendet. Auch hier wäre es notwendig, wirklich zu schauen, dass wir eine moderne, effiziente Förderlandschaft haben, die den Unternehmen hilft beziehungsweise die Unternehmen entsprechend unterstützt, dass sie die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können.

Meine Damen und Herren! Abschließend noch ein weiterer Punkt: Wir haben auch heute von der Frau Vizebürgermeister gehört, dass die Krise nicht vorbei ist. Die Unternehmer brauchen noch Kraft, die Unternehmer müssen schauen, dass sie noch Kraft für einen Aufschwung haben. Wir haben nach dem Ab eine ziemlich gerade Entwicklung, und nur einige Bereiche gehen hinauf, aber es gibt sicher noch Bereiche, die nicht zufriedenstellend sind. Vor allem im Investitionsgüterbereich beziehungsweise bei den Investitionen ist noch Handlungsbedarf gegeben.

Hier sollte man schauen, meine Damen und Herren, dass man diesen Betrieben nicht von vornherein und automatisch Kosten aufhalst, indem man beim Valorisierungsgesetz immer Kosten automatisch weitergibt. Das kann die Wirtschaft auch nicht machen. Jeder Unternehmer muss, wenn es zu Kostensteigerung kommt, diese argumentieren, er muss sie durchrechnen, kalkulieren und schauen, ob in der Effizienz nicht eine Möglichkeit besteht, dass wir es anders machen können, hier einsparen können und die Kosten nicht auf die anderen Unternehmen weiterwälzen.

In diesem Sinne ist es auch keine gute Idee, wenn der eine oder andere Kollege des Hauses unter Umständen auf neue Steuern kommt, wie ein Kollege Meidlinger, der die Alkoholsteuer nennt, um weitere Einnahmen zu lukrieren. Wir glauben, hier effizienter arbeiten zu müssen. Die Stadtverwaltung wird effizienter arbeiten müssen. Wir bringen daher einen Resolutionsantrag ein - mit meiner Kollegin Isabella Leeb - betreffend keine Gebührenerhöhung auf Grund der Valorisierungsautomatik gemäß dem Wiener Valorisierungsgesetz:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Aussetzung der automatischen Gebührenerhöhung für das Jahr 2012 aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde mich im Rahmen dieser Geschäftsgruppe zwei Bereichen widmen. Das eine ist der Arbeitsmarkt, der heute schon einige Male angesprochen wurde, der andere Bereich ist Europa. Da wir ja in der Geschäfts-

gruppe von Frau VBgmin Brauner den Ausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten geschaffen haben, wäre es schön, wenn es auch dazu regelmäßige Rederunden im Rahmen des Rechnungsabschlusses und der Budgetwoche geben würde. Das war bisher noch nicht ganz so der Fall, aber ich denke, das Ganze wird sich schon einspielen.

Zum Arbeitsmarkt: Ja, Wien steht vor großen Herausforderungen in der Arbeitsmarktpolitik! Die Situation am Wiener Arbeitsmarkt kann auch von den GRÜNEN in der Regierung nicht schöngeredet werden, das tun wir auch nicht. Die Frage aber ist - Frau Kollegin Marek, zu Ihren Ausführungen heute Morgen -, was Wien dagegen tun kann und wie wir unsere Handlungsspielräume nützen. Da vermisste ich von Ihnen schon konstruktive Vorschläge, wie wir die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes beheben, aber auch der Krise - die ja noch nicht vorbei ist, wie wir heute verschiedentlich gehört haben - nachhaltig begegnen.

Der einzige konkrete Vorschlag, der von Ihrer Fraktion zur Arbeitsmarktpolitik im letzten halben Jahr gekommen ist, war kürzlich - es wurde heute von Frau Kollegin Wehsely schon angesprochen - die Rekommunalisierung des WAFF, was ich persönlich einen, ich sage es ehrlich, - sehr amüsanten Vorschlag finde. Denn eigentlich sehe ich mich selbst als eher linke/alternative Politikerin und kann daher Ideen von Rekommunalisierung, kann auch als Kritikerin von Ausgliederungen solchen Ideen doch nähertreten. Aber es zeigt wohl Ihre eigene ideologische Verwirrung, die sie in dem Bereich haben.

Sosehr wir es uns auch anders wünschen würden: Die Handlungsspielräume von Wien in der Arbeitsmarktpolitik sind gering. Sie sind begrenzt, und die Hauptverantwortung ist und bleibt nun einmal beim Bund. Wenn vom Bund keine positiven Impulse in Richtung Schaffung von Arbeitsplätzen, Lösung der strukturellen Probleme kommen, dann kann Wien das auch nur schwer ausgleichen.

Ja, Wien verzeichnet einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, das brauchen wir überhaupt nicht zu beschönigen. Fast 100 000 Personen in Wien brauchen arbeitsmarktpolitische Betreuung. Es sind auch 20 000 Personen in Schulungen. Auch hier darf man nicht statistisch tricksen und schönreden, sondern das ist eine sehr, sehr hohe Zahl von Menschen, die unsere Unterstützung in der Arbeitsmarktpolitik brauchen, sei das durch den WAFF, sei das aber auch durch das AMS-Wien.

Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt in Wien. Frauen haben immer noch große, große Probleme am Arbeitsmarkt, vor allem der Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit im letzten Jahr mit 10 Prozent ist äußerst alarmierend. Als positiver Trend ist zu verzeichnen, dass insgesamt die Beschäftigung steigt - aber viel zu schwach. Mit 2 Prozent ist das nicht nachhaltig und viel zu wenig.

Wir brauchen auch ein qualitatives Wachstum. Wir dürfen nicht nur jeden Monat wie das Kaninchen vor der Schlange auf die statistischen Kenngrößen blicken, sondern wir müssen auch schauen, dass die Arbeitsplätze, die wir schaffen, das Beschäftigungswachstum, das wir

verzeichnen, ein nachhaltiges ist, dass es existenzsichernde Arbeitsplätze sind, dass es gut bezahlte Arbeitsplätze sind und nicht atypische Beschäftigungen und Teilzeitarbeit, wie wir es leider in letzter Zeit immer mehr verzeichnen.

Wien - das wurde schon gesagt und muss auch betont werden - hat die Krise arbeitsmarktpolitisch besser als andere Bundesländer bewältigt. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war groß, aber seit Beginn der Krise weniger groß als in anderen Bundesländern. Ich denke, auch die Sonderunterstützung im WAFF von 10 Millionen EUR für den Einsatz gegen die Krise - für die wir auch sehr gekämpft haben - hat Etliches dazu beitragen, vor allem auch der starke Mitteleinsatz in der Jugendbeschäftigung.

Ich denke insgesamt, dass aktive Arbeitsmarktpolitik auch deshalb so wichtig ist, weil es sich europaweit zeigt, dass Länder mit höheren Sozialausgaben und mit einer egalitäreren Verteilungspolitik auch die Krise wesentlich besser gemeistert haben als andere Länder in Europa. Es war vor zwei Wochen in Budapest eine sehr interessante Konferenz des Internationalen Verbandes öffentlicher Wirtschaft, wo dieses Thema auch diskutiert wurde. Wenige, aber doch einige von uns, die ich im Saal sehe, waren dort. Ich denke, es war ein eindeutiges Fazit aus dieser Konferenz, dass gerade auch die öffentlichen Dienstleistungen als Beschäftigungsmotor, als qualitativer Wachstumsmotor hier sehr, sehr wichtig sind.

Wir nehmen die strukturellen Probleme des Wiener Arbeitsmarktes ernst, im Gegensatz zum Bund, wo leider Geld für Qualifizierung derzeit fehlt, weil AMS-Mittel abgebaut werden. 30 Millionen EUR weniger stehen heuer dem Wiener AMS zur Verfügung, vor allem Schulungen werden zurückgeführt. Man kann Rot-Grün in Wien nicht vorwerfen, dass wir hier nicht gegensteuern. Wir nützen unsere kommunalpolitischen Handlungsspielräume, und aktive Arbeitsmarktpolitik ist ein fixer und zentraler Bestandteil unserer kommunalen Arbeitsmarktpolitik.

Allein für Frauenbeschäftigung hat der WAFF im letzten Jahr 8 Millionen EUR ausgegeben. Ich sage das deshalb so bewusst, weil wir uns vielleicht noch an meine zahlreichen Reden zur Frauenpolitik und zum geringen Budget der MA 57 in den letzten Jahren erinnern: 8 Millionen EUR stehen der gesamten MA 57 für frauenpolitische und frauenfördernde Maßnahmen zur Verfügung. Der WAFF gibt allein in einem Jahr 8 Millionen EUR für Frauenbeschäftigung aus! Das ist gut, denn frauenspezifische Maßnahmen gegen die Krise braucht es und haben wir auch immer gefordert. Und es darf auch nicht nachlassen. Wir werden auch weiterhin, wie wir es ja im Regierungsprogramm vereinbart haben, ausreichende Mittel und noch verstärkt Mittel zur Verfügung stellen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Es bräuchte noch mehr, und ich verhehle nicht - Sie kennen die Forderung der GRÜNEN: Verdoppelung des WAFF-Budgets -, dass wir uns mehr Geld für aktive Arbeitsmarktpolitik und den WAFF nach wie vor wünschen würden. Denn der WAFF wirkt! Frau Kollegin Wehsely hat das heute auch angesprochen, und auch

der Rechnungshof hat attestiert, dass gerade für Niedrigqualifizierte und für Frauen eindeutig eine Beschäftigungswirkung auf Grund des Mitteleinsatzes des WAFF zu verzeichnen ist. Schön ist auch, dass es im WAFF eine gute KundInnenzufriedenheit gibt. Wir haben das in der letzten Kuratoriumssitzung eingehend diskutiert. Es scheint also das Geld auch wirklich dort anzukommen, wo es gebraucht wird, und das auch von den Betroffenen gesehen zu werden.

Die Krise ist erst dann vorbei - Frau VBgmin Brauner hat das heute gesagt -, wenn die Arbeitslosigkeit in Wien nachhaltig zurückgeht. Wir haben mit unserem rot-grünen Regierungsübereinkommen ein sehr ambitioniertes Programm, denke ich, geschnürt, das sicherstellen soll, dass die strukturellen Probleme auf dem Wiener Arbeitsmarkt gelöst werden und vor allem jene Zielgruppen, die es am dringendsten brauchen, auch durch den WAFF am besten unterstützt werden und von den WAFF-Programmen am meisten profitieren können. Das sind Frauen, das sind Jugendliche, das sind aber auch Migrantinnen und Migranten - die wurden heute als arbeitsmarktpolitische Zielgruppe noch ein bisschen stiefmütterlich behandelt.

Wir haben uns für das nächste Jahr fixe arbeitsmarktpolitische Schwerpunkte vorgenommen. Das eine ist - ich habe es schon angesprochen - die Verstärkung der Frauenförderung mit dem Ziel der Vollzeitbeschäftigung. Das zu sagen, ist immer wieder ganz, ganz wichtig, denn die höhere Erwerbsquote der Frauen, die gut ist und die wir auch sehr begrüßen, ist aber nun einmal leider hauptsächlich auf den Anstieg von nicht existenzsichernden Arbeitsplätzen und Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Das heißt, hier gilt es gegenzusteuern.

Nur mehr 56 Prozent aller in Wien beschäftigten Frauen sind vollzeitbeschäftigt. Das ist nur mehr knapp mehr als die Hälfte - ich habe es gar nicht glauben können, als ich die Zahl gelesen habe. Bei Männern sind 91 Prozent vollzeitbeschäftigt. Wen wundert es? Das heißt, hier müssen wir wirklich genau hinschauen, denn genau diese Form der Prekarisierung, der atypischen Beschäftigung, die eben bald zum Normalarbeitsverhältnis für Frauen wird, ist eine Armutsfalle, eine nachhaltige Armutsfalle - denn niedrigeres Einkommen bedeutet niedrigere Sozialleistungen, vor allem niedriges Arbeitslosengeld, niedrige Notstandshilfe und in Folge niedrige Sozialhilfe. Gerade Österreich ist leider eines der Länder mit der niedrigsten Nettoersatzrate in der Arbeitslosigkeit. Die GRÜNEN fordern da eine Erhöhung - ich sehe Kollegen Ellensohn nicken. Wir stehen immer vor den AMS-Geschäftsstellen mit dem Arbeitslosenfrühstück, auch zum Tag der Arbeitslosen haben wir das gemacht, und fordern eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes in Wien.

Also: Frauenförderung ist einer der wichtigsten Bestandteile der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen hier Lücken schließen. Es ist ja sehr, sehr viel schon da - mit FRECH, mit NOVA, auch das AMS-Wien macht viel. Da wollen wir uns anschauen: Wie können wir Synergien nutzen? Wo müssen wir Lücken schließen? Ein Nachholbedarf würde zum Beispiel bei den 19- bis 24-Jährigen bestehen, für die es derzeit noch relativ wenig

an Programmen gibt, oder eben, wie ich schon erwähnt habe, bei den jungen MigrantInnen.

Wir wollen auch die Koppelung der Auftragsvergabe nach einer Evaluierungsphase weiter ausdehnen. Es ist dies ein sehr innovatives, ein sehr einzigartiges Projekt in Europa, die Auftragsvergabe an Frauenförderung in Betrieben zu koppeln. Das läuft derzeit recht gut, und wir schauen uns an, wo, auf welche Magistratsabteilungen man dies noch ausweiten könnte.

Wir wollen Green Jobs schaffen. Kollege Gerstl, der sich da solche Sorgen gemacht hat und so ein Plädoyer für Green Jobs gehalten hat, ist jetzt leider nicht anwesend, aber ich kann ihm sagen, ja, wir schaffen Green Jobs! Wir sind der Motor, um Green Jobs zu schaffen! Allerdings, muss ich sagen, sind Green Jobs für uns ein wesentlich weiterer Begriff, als er in der herkömmlichen Debatte gebraucht wird. Green Jobs sind nicht nur Jobs im klassischen Ökobereich - Energie, thermische Sanierung, Solartechnik; Stichwort „Arbeit durch Umwelt“ -, sondern Green Jobs ist auch ein qualitativer Begriff, heißt existenzsichernde Jobs, heißt gute und nachhaltige Jobs, heißt Jobs in Zukunftsbranchen. Das heißt, Green Jobs sind für uns auch Jobs im Bereich Pflege, Jobs im Bereich Kinderbetreuung, Jobs im Bereich Gesundheit, Jobs in der Forschung und Entwicklung und im Bereich der Bildung.

Und der Begriff umfasst selbstverständlich auch den öffentlichen Dienst. Das möchte ich an dieser Stelle sagen, denn ich persönlich vertrete ja überhaupt nicht die Meinung, dass der Personalabbau im öffentlichen Dienst, wie er jetzt immer so als positive Kenngröße - nach dem Motto: juhu, schaut her, wir haben so und so viel Personal abgebaut, wir liegen so gut! - dargetan wird, der Weisheit letzter Schluss ist. Das teile ich überhaupt nicht, im Gegenteil. Sie haben vielleicht am Wochenende im „Standard“ oder auch in der „Presse“, in der auch darüber berichtet wurde, über die OECD-Untersuchung gelesen, wonach Österreich beim Abbau von Personal im öffentlichen Dienst bereits an vorderster Stelle in Europa liegt, das heißt, eine der größten Personalabbaumaßnahmen bereits hinter sich hat. Ich denke, wir sind uns alle in diesem Haus darüber einig, dass qualitativ hochwertige Dienstleistungen entsprechend Personal brauchen - gut qualifiziertes Personal, gut bezahltes Personal, motiviertes Personal und natürlich auch ausreichend vorhandenes Personal.

Ich denke daher, da sollte auch der Magistrat beziehungsweise Wien als eine/r der größten ArbeitgeberInnen Wiens natürlich Vorbild sein und in der Beschäftigungspolitik hier positiv vorangehen. Deshalb untersuchen wir auch derzeit Projekte in Anlehnung an die seinerzeitige Aktion 8000 - Sie können sich vielleicht noch erinnern -, wo Arbeitsplätze in öffentlichen, kommunalen und gemeinnützigen Bereichen geschaffen wurden. Gerade im Hinblick auf die Green Jobs schauen wir uns das an. Das haben wir im Regierungsübereinkommen vereinbart.

Wir wollen auch weitertun bei den Überlegungen für eine Arbeitslosenanzwaltschaft. Das war den GRÜNEN immer sehr, sehr wichtig. Es gibt auch einen entspre-

chenden rot-grünen Antrag – das ist jetzt schon ein paar Jahre her - im Nationalrat, weil wir die Lücke in der Beratung und Rechtsvertretung Arbeitsloser schließen wollen. Wir denken hier verschiedene Lösungen an und hoffen, dass wir bald zu ersten Ergebnissen kommen.

Rot-Grün hat klare Ziele und auch klare Grundsätze in der Arbeitsmarktpolitik. Ich möchte das heute vielleicht ein bisschen grundsätzlicher ausführen, weil es sich sonst auf Grund der Zeitknappheit manchmal nicht ausgeht. Ziel ist Arbeit mit existenzsicherndem Einkommen – das habe ich schon erwähnt. Leitgedanke für uns ist ein Arbeitsmarkt für alle - das haben wir auch im Regierungsübereinkommen so festgehalten. Niemand wird zurückgelassen. Der Mensch ist für uns nicht Humanresource.

Deshalb stehen wir als rot-grüne Koalition auch für eine qualitative und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik. Wir stehen sicher nicht für die Verschärfung der Regelungen hinsichtlich der Zumutbarkeit einer angebotenen Arbeit. Wir wollen, dass rasche Integration in den Arbeitsmarkt kein Widerspruch zu nachhaltiger Hilfestellung in der Arbeitsmarktpolitik sein darf. Und wir müssen im Hinblick auf langfristige Integration in den Arbeitsmarkt die Mittel auch vorrangig für Höherqualifizierung und Vermittlung auf existenzsichernde und stabile Arbeitsplätze einsetzen. Schmalspurkurse und Breitbandbewerbungstrainings kommen für uns nicht in Frage. Das bedeutet auch, dass sich Qualifizierungsmaßnahmen nicht nur an Qualifikationserfordernissen der Betriebe orientieren dürfen, sondern in erster Linie an den Fähigkeiten und an den Bedürfnissen der Menschen, die die arbeitsmarktpolitische Unterstützung brauchen.

Ich denke, das sollte auch einmal gesagt werden. Mir war das jetzt persönlich auch wichtig, einmal unsere oder meine - ich sage jetzt einmal, meine - grundsätzliche Ausrichtung meiner arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten hier darzustellen.

Ich muss den arbeitsmarktpolitischen Teil meiner Ausführungen leider mit etwas Kritischem schließen, etwas Kritischem gegenüber dem Bund, und zwar - so leid es mir tut, aber ich muss es erwähnen, weil es uns ein wichtiges Anliegen ist - etwas Kritischem gegenüber dem Kollegen Hundstorfer, der sich leider vor ein paar Tagen ganz vehement gegen die Schaffung eines PraktikantInnengesetzes ausgesprochen hat.

Wir GRÜNEN finden das sehr bedauerlich. Wir bedauern das mangelnde Interesse beider Regierungsparteien an der Schaffung eines solchen PraktikantInnengesetzes. Ich denke, die Problemlage ist seit Jahren klar. Es gibt entsprechende Studien von FORBA, von der Arbeiterkammer, unterstützt von der „Generation Praktikum“, dass mehrere Tausend Praktikanten und Praktikantinnen seit Jahren in einer rechtlichen Grauzone arbeiten, in einem unklaren Status zwischen Ausbildungs- und Arbeitsverhältnis, dass es sich sehr, sehr häufig nur um sogenannte Scheinpraktika handelt, also um Umgehung regulärer Beschäftigungsverhältnisse, und in vielen Fällen gibt es nicht einmal eine schriftliche Vereinbarung, auf die sich PraktikantInnen im Zweifelsfall berufen können. In bestimmten Unternehmens- und

Beschäftigungsfeldern ist das eigentlich schon das gängige Beschäftigungsverhältnis geworden.

Ich denke, es braucht hier rasches Handeln, wir haben hier dringenden Handlungsbedarf. Ich sage das auch deshalb, weil wir im rot-grünen Regierungsübereinkommen vereinbart haben, dass wir einen Stipendientopf für bezahlte Ausbildungspraktika im NGO- und NPO-Bereich schaffen wollen, und gerade dafür wäre es eine wichtige Unterstützung, hier endlich vom Bund her Maßnahmen gegen die missbräuchliche Nutzung und Zweckentfremdung dieser Beschäftigungsform zu schaffen.

Ich denke, die Generation Praktikum ist kein Mythos, wie uns der AMS-Chef und der neue Wissenschaftsminister erst vor ein paar Tagen ausrichten lassen haben. Deshalb sollte es, finde ich, unser gemeinsames Ziel sein, auf Verbesserungen für diese, ich nenne es Beschäftigten, Scheinbeschäftigten, nicht arbeits- und sozialrechtlich abgesicherten Beschäftigten hinzuwirken.

Ich ersuche daher auch meine KollegInnen von der Sozialdemokratischen Fraktion hier im Haus - weil ich denke, dass wir das Anliegen ja teilen -, darauf hinzuwirken, dass es zu einer Verbesserung der Situation von PraktikantInnen kommt und ein entsprechendes Gesetz geschaffen wird. Sozialminister Hundstorfer hat gesagt, er wird sich der Sache annehmen, nur hat er auch relativ viel Unverbindliches gesagt - er will Informationen verbessern und Best-Practice-Modelle publizieren. Das ist wichtig, das teilen wir, aber wir glauben, es ist wirklich zu wenig.

So viel zum Arbeitsmarkt. Jetzt habe ich wirklich die Hälfte der Redezeit dafür verwendet. Martin (*in Richtung GR Dipl.-Ing. Martin Margulies*), danke, dass du mit mir getauscht hast. Jetzt habe ich 40 Minuten und du 20. Das wirst du mir nie verzeihen, das muss ich jetzt ausnützen.

Jetzt 20 Minuten Europa? - Keine Sorge, ich rede heute nur kurz zu Europa. Wir haben ja für Mittwoch, an dem wir das Rederecht und auch die Europadeklaration verabschieden werden, Europa zum Thema der inhaltlichen Schwerpunktdebatte in diesem Haus gemacht, und das ist gut.

Ich möchte noch einmal betonen, dass ich denke, dass die Einrichtung des Ausschusses für Europa und Internationales ein sehr wichtiger Schritt war, dass Wien hier sicher Nachholbedarf hatte und dass gerade mit der Stärkung der Kommunen durch den Lissabon-Vertrag hier neue Handlungsfelder, wie zum Beispiel die Subsidiaritätskontrolle, auf uns und auf den Ausschuss zukommen, dem wir ja jüngst das Recht, diese Subsidiaritätskontrolle durchzuführen und abzustimmen, übertragen haben. Ich denke, das gilt es jetzt mit Leben zu erfüllen und auch zu politisieren, nicht aber überzustrapazieren. Ich denke, wir sollten das klug nutzen, denn wie Sie ja wissen, ist die Subsidiaritätskontrolle - auch meiner Ansicht nach - kein geeignetes Instrument, um EU-Gesetzgebung inhaltlich zu bewerten, sondern die Subsidiaritätskontrolle ist ein Instrument, um die Mitsprache der kommunalen Ebene und die Berücksichtigung kommunaler Interessen im EU-Gesetzgebungsprozess

zu verbessern - ähnlich wie das Klagsrecht des Ausschusses der Regionen, der ja auch nicht inhaltlich gegen Gesetzgebung klagen kann, sondern nur dann klagen kann, wenn regionale Interessen nicht berücksichtigt wurden.

Ich denke, in der Praxis wird sich dann erst zeigen, wie wir das genau handhaben. Ich denke, ein möglicherweise interessantes Dossier, das im Herbst auf uns zukommt, das wir uns genauer anschauen sollten, ob da vielleicht eine Subsidiaritätsklage in Frage käme, ist die Neuorganisation des EU-Beihilfenrechts. Kommissar Almunia hat auch dazu in Budapest bei der schon erwähnten Konferenz der öffentlichen Wirtschaft eine sehr interessante Rede gehalten. Er will im September einen ersten Reformvorschlag vorlegen, der im Dezember dann abgestimmt werden soll, wo es für uns jetzt darum gehen muss, dass wir die sozialen Dienstleistungen aus diesem Monti-Kroes-Paket herauslösen und Erleichterungen für die Kommunen erzielen und dass quasi das Beihilfenrecht nur für größere Unternehmen gilt, die auch einen Einfluss auf den Binnenmarkt haben, und nicht für kleinere regionale, kommunale Unternehmen. Das schaut gut aus, dass das vielleicht sogar etwas wird. Aber ich denke, das müssen wir uns genau ansehen und eventuell dann schauen, ob sich dieses Dossier für eine Subsidiaritätskontrolle eignet. Ich denke, das wäre auch wieder einmal ein Schritt, um in der Daseinsvorsorge und in der Absicherung öffentlicher Dienstleistungen, die für uns ja ein Schwerpunkt ist, Fortschritte zu erzielen.

Der Ausschuss ist derzeit ein bisschen so etwas wie „work in progress“, aber ich denke, wir sind gut unterwegs. Die nächsten Schritte werden sein: Die Institutionalisierung der Berichte und Stellungnahmen, denn ich denke, es wird so viel hervorragende Arbeit im außenpolitischen, im europapolitischen Bereich geleistet durch die einzelnen Dienststellen und auch durch unsere Vertreter und Vertreterinnen im Ausschuss der Regionen, in den unzähligen Städte- und regionalen Netzwerken, im Wien-Haus in Brüssel, im Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft, wo wir auch öfter zusammensitzen und gerade die öffentlichen Dienstleistungen stark diskutieren, der auch sehr, sehr viel in diesem Bereich tut; auch der Städtebund tut sehr, sehr viel in diesem Bereich. Ich denke, das ist sehr vielen in diesem Haus gar nicht so bekannt, wie viel da eigentlich getan wird, wie viel gute Arbeit da auch geleistet wird. Also die Arbeit der Verwaltung ist eigentlich insgesamt viel zu wenig bekannt. Deshalb sind wir auch gerade dabei, ein Organigramm zu erstellen - wer sitzt wo, wer tut wo was -, um genau diese Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik zu verbessern, die ja auch einer der Gründe für die Schaffung des Ausschusses war.

Mehr Breite, mehr Transparenz, mehr Vernetzung - das ist das Ziel unserer grünen Europapolitik. Wir haben noch viel vor. Ich möchte noch einmal, wie ich es öfter mache, anmerken, dass es gerade in diesem Ausschuss ein sehr gutes Klima gibt, ein sehr gutes Gesprächs- und Diskussionsklima zwischen allen vier Parteien in diesem Haus, was manchmal gerade angesichts des Themas umso verwunderlicher ist. Aber vielleicht geht das ja so

weiter und wir ziehen da - was ich zwar inhaltlich nicht glaube, aber doch zumindest, was die Aufwertung europapolitischer Debatten in diesem Haus betrifft - wirklich an einem Strang. Das wünsche ich mir, und das schaut einfach derzeit gar nicht so schlecht aus. - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Prof Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sprechen über den Rechnungsabschluss 2010, in dem wir eine Zunahme der Schulden feststellen. 1,2 Milliarden EUR - die Zahl ist ja heute schon genannt worden -, das ist immerhin eine Zunahme von 64 Prozent gegenüber dem Vorjahr, sodass wir jetzt bei 3 Milliarden EUR halten - beziehungsweise, nach der Rechnung von Klubobfrau Marek, wenn man das Defizit von Wiener Wohnen einrechnet, dann wären es über 5 Milliarden EUR. Und die Prognose für 2011, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht weitere plus 20 Prozent vor. Wenn wir bis 2007 zurückgehen, also die letzten 4 Jahre, dann stellen wir fest, dass die Schulden der Gemeinde Wien um 3,7 Milliarden EUR - oder, von damals weg gerechnet, um 165 Prozent - gestiegen sind.

Über die Kursverluste bei Fremdwährungsschulden ist ja heute schon gesprochen worden, dazu brauche ich jetzt nichts zu sagen. Aber diese Schulden bedeuten, dass notwendige Investitionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, in Wien immer weniger aus Eigenmitteln der Stadt zu finanzieren sind und zu finanzieren sein werden - oder man muss eben drastisch und dramatisch sparen. Frau VBgmin Brauner hat uns ja heute erklärt, die Stadt spart - und ich sage dazu, die Stadt spart wirklich, aber ich denke eben, sie spart am falschen Platz. Denn das Budget für 2010 beziehungsweise der Rechnungsabschluss für 2010, den wir heute besprechen, der ist ja nicht aus dem Nichts entstanden, er hat ja eine Vorgeschichte. Und dieser Rechnungsabschluss 2010 wird auch eine Nachgeschichte haben, nämlich das Jahr 2011, und man kann eigentlich nicht so tun, als würden alle diese Jahre, Budgetjahre nicht miteinander zusammenhängen.

Ich nenne jetzt einmal zum Stichwort Sparen den U-Bahn-Bau, wo 2010 ja noch keine wesentliche Verschlechterung eingetreten ist, aber 2011 wird es hier schon negative Veränderungen geben. Ich nenne die Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe, wo 2010 um 2 Millionen EUR weniger angesetzt waren, für 2011 werden es dann schon 10 Millionen sein. - Worauf ich hinaus will, ist, zu zeigen, dass es sich hier um eine kontinuierliche Entwicklung handelt und dass man nicht nur den Rechnungsabschluss 2010 ganz allein und losgelöst von allem anderen betrachten kann.

Dramatisch wird es dann 2011 bei der Wohnbauförderung werden. 2010 gab es noch einen Zuwachs, das lag nicht zuletzt am Kauf von Wohnbauanleihen. Und dramatisch wird es auch werden bei den kommunalen Investitionen insgesamt, wo wir 2010 noch ein echtes

Plus hatten - 2011 wird es bereits ein deutliches und erkleckliches Minus sein.

Ich denke, meine Damen und Herren, dass wir mit diesen Schulden keine Zukunft vor uns haben, die uns jetzt große Freude machen kann oder der wir auch nur mit Gelassenheit entgegensehen könnten. Die nachfragewirksamen Ausgaben sind ja von der Frau Vizebürgermeisterin heute schon genannt worden. Für 2011 ist da ein Rückgang zu erwarten, während die bauwirksamen Ausgaben schon 2010 gesunken sind. Ich halte fest, dass ein prozentmäßiger Rückgang der Investitionen 2010 - das ist etwas, worauf ich gleich noch zwei Mal zu sprechen kommen werde - schon gegenüber 2009 stattgefunden hat, wenn ich die Wohnbauanleihen jetzt wieder nicht berücksichtige, und der wird sich eben leider 2011 fortsetzen.

Impulse kann man auf diese Art und Weise gar nicht setzen. Es wäre jetzt unfair von mir zu sagen, Impulse fehlen, aber es wird natürlich immer schwieriger für die Stadt Wien, echte Impulse zu setzen.

Impulse gibt es aber schon: Wir haben heute schon gehört, und mein Fraktionskollege Jung hat das schon angesprochen, über die steigenden Ausgaben in der Öffentlichkeitsarbeit, wobei jetzt nicht das gemeint ist, was für den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien budgetiert ist, nämlich die 48 Millionen EUR, sondern die vielen, vielen Einschaltungen in den Tageszeitungen, nahezu täglich, in Gratisblättern, wo wir den Herrn Bürgermeister, die Vizebürgermeisterinnen, die Stadträtinnen und Stadträte mit mehr oder weniger interessanten Aussagen bewundern dürfen. Eine Zahl ist dazu heute auch schon genannt worden, nämlich: 80 Millionen EUR jährlich soll das angeblich kosten. 80 Millionen EUR jährlich, meine Damen und Herren - da bewundere ich schon Ihren Mut, denn das sind 220 000 EUR täglich, die Sie halt dann den Wählerinnen und Wählern werden erklären müssen.

Selbstverständlich gibt es Möglichkeiten, das Budget vor weiteren Überschreitungen zu schützen beziehungsweise weitere Überschreitungen zunächst einmal einzubremsen. Die Freiheitliche Partei hat auch eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet. Ich werde jetzt nicht alle aufzählen, aber auf einige wesentliche möchte ich doch zu sprechen kommen und diese wenigstens nennen. Dazu gehört eine durchgreifende Verwaltungsreform, die natürlich auch mit einer Reform der Organisation des Magistrats der Stadt Wien Hand in Hand gehen muss, wo wir vielleicht weniger Abstufungen in den Führungsebenen haben werden, wo wir vielleicht sogar Einkommensobergrenzen einziehen müssen, wobei - auch das ist heute schon angeklungen - das Gehalt des Herrn Bürgermeisters als Richtschnur dienen könnte.

Wir könnten neben einer Verwaltungsreform, wenn wir guten Willens sind, die ausgegliederten städtischen Bereiche zusammenfassen. Es spricht ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, absolut nichts dagegen, dass wir Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Kanal und was immer Ihnen sonst noch einfällt, alles aus einer Hand angeboten erhalten, und ich denke, dass das eine sehr dramatische Einsparung bringen könnte.

Und Einsparungen können wir auf jeden Fall durchführen, und zwar relativ leicht, wenn wir die Förderungen, die die Gemeinde Wien über verschiedene Ausschüsse und dann auch über den Gemeinderat vergibt, drastisch reduzieren. Dazu würde aber gehören, dass wir diese zunächst einmal durchforsten, dass wir einen Katalog aufstellen und uns anschauen, welche Institutionen, welche Gesellschaften, welche Personengruppen von wem wie viel bekommen, um hier einen Überblick zu erhalten. Und dass meine Partei dafür eintritt, dass die Wiener Mindestsicherung selbstverständlich nur für österreichische Staatsbürger greifen soll, das, glaube ich, brauche ich nicht näher auszuführen.

Auf eine wichtige Sache möchte ich in diesem Zusammenhang noch zu sprechen kommen. Ich denke, für ein Budget, das lesbar ist, sollte die Gemeinde Wien endlich von der Kameralistik Abschied nehmen. Wir sollten das kameralistische Rechnungswesen so, wie es derzeit gehandhabt und praktiziert wird und eine lange, lange Tradition hat - das weiß ich schon -, aufgeben und zur Doppik übergehen. Wobei ich durchaus weiß, dass das nicht von heute auf morgen passieren kann, das ist schon klar. Ich kenne schon die Probleme, die sich hier ergeben können, denn gerade die Bewertung des Vermögens beim Übergang von der Kameralistik zur Doppik ist eine schwierige Sache. Wie verhält sich denn das mit den Straßen, was sind die sozusagen wert? Sind die nur Grundstücke, oder sind die nicht auch mehr wert? Aber ich darf Ihnen versichern, dass politische Entscheidungen - und letzten Endes leben wir ja alle von politischen Entscheidungen, und alles, was in der Stadt geschieht, beruht letzten Endes auf einer politischen Entscheidung - dadurch ja nicht betroffen sein werden.

Mir fällt kein Beispiel aus Österreich ein, aber ein gutes Beispiel finde ich in Deutschland: Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten beziehungsweise dem Eintritt der DDR in die Bundesrepublik Deutschland war ja klar, dass Berlin als Hauptstadt auszuwählen ist, und selbstverständlich war auch allen klar, dass Berlin eine teure Hauptstadt sein wird und dass es sehr teuer sein wird, dort die Agenden der Hauptstadt durchzuführen. Es wäre natürlich - wenn ich jetzt zwei Orte nenne, möchte ich das nicht als quasi Evangelium verstanden wissen, sondern ich nenne sie einfach, weil sie mir so einfallen - wesentlich billiger gewesen, wenn man die deutsche Hauptstadt nach, sagen wir, Freiburg im Breisgau verlegt hätte, oder es wäre wesentlich billiger gewesen, wenn sie schon in den Osten siedeln soll, wenn man sie nach Chemnitz verlegt hätte. - Was ich damit sagen will, ist, dass mir die Problematik mit der Bewertung schon klar ist, aber ich denke, dass sich die Gemeinde Wien im Sinne eines lesbaren Budgets und eines lesbaren Abschlusses, Voranschlagsabschlusses, auch wirklich einmal darüber Gedanken machen sollte.

Ein Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die Bezirksbudgets. Die sind nicht einmal so sehr ein Problem für den Rechnungsabschluss oder auch für den Voranschlag - sie sind natürlich Teil des Budgets der Gemeinde Wien -, aber sie sind ein Problem für die Bezirke. Auch bei den Bezirksbudgets gilt: Die

Schulden steigen; 2010 um 2,4 Millionen EUR, wenn man die inneren Darlehen dazuzählt, also die Darlehen, die die Bezirke bei der Gemeinde intern aufnehmen müssen, insbesondere für die Schulsanierungen - ich komme noch dazu. Zwar haben es einige Bezirke geschafft, ihren Schuldenstand mehr oder weniger geringfügig zu verringern, und ich freue mich auch, dass es zwei Bezirke gibt, die schuldenfrei geworden sind, nämlich Mariahilf und Hernals, dafür sind aber leider zwei Bezirke dazugekommen, die neu verschuldet sind, nämlich Döbling und die Brigittenau. Insgesamt bleiben 17 Bezirke derzeit ohne Rücklage, sondern mit Vorgriffen, an der Spitze Hietzing, gefolgt von Favoriten, Simmering, Penzing. Das waren auch die vier Bezirke, die schon 2009 die am stärksten verschuldeten waren, nur eben in anderer Reihenfolge.

Die Verschuldung der Bezirke, meine sehr geehrten Damen und Herren, die derzeit bei etwas mehr als 50 Millionen EUR liegt, ist seit 2005 ebenfalls dramatisch gestiegen. Wenn man die Schuldenlast prozentuell weiterführt, dann ist das eine Zunahme der Schulden um 87 Prozent. Dadurch können die Bezirke die großen Brocken nicht mehr alleine bewerkstelligen, und der größte Brocken ist wohl in allen Bezirken die jeweilige Schulsanierung oder eben die Sanierung der bezirksansässigen Schulen. Das kann jetzt leider ohne weitere Hilfe durch die Gemeinde nicht mehr verkraftet werden. In manchen Bezirken muss bereits ein Drittel des Bezirksbudgets für diese Schulsanierungen aufgebracht werden.

Dass nur sechs Bezirke überhaupt Rücklagen anbieten können, ist aber, meine Damen und Herren - und das möchte ich auch ganz, ganz offen feststellen -, nicht die Schuld der Bezirke. Es gibt eben zu wenig Geld, und weil es zu wenig Geld gibt, muss man sich Gedanken machen, ob der Finanzierungsschlüssel noch ein wirklich tauglicher ist, wenn die Bezirke dann letzten Endes keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr haben.

Es wäre daher nötig, die Bezirksbudgets drastisch anzuheben. Und ich meine jetzt nicht die 1,8 Millionen EUR, die im Rechnungsabschluss 2010 ausgewiesen sind, sondern ich meine eine Anhebung der Bezirksbudgets um einen wirklich namhaften Betrag, sagen wir um ein Drittel oder wenigstens um 30 Prozent, wenn sich schon die Schuldenlast der Bezirke so dramatisch erhöht hat. Dass dabei in manchen Bezirken zumindest für Märkte, Straßenreinigung und so weiter weniger ausgegeben wird, das hilft jetzt nicht wirklich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen uns, oder vielmehr die Gemeinde Wien muss sich wirklich überlegen, ob man es nicht bald angeht mit einer Evaluation der Aufgaben der Bezirke, soweit diese Aufgaben eben die direkte Entscheidung der Bezirke betreffen. Denn manche Aufgaben, die den Bezirken seinerzeit, 1987 und knapp davor, übergeben wurden, sind absolut zu überdenken, weil sie, zu einem Teil zumindest, überholt sind. Es gibt Bezirke, in denen der einzige Markt geschlossen hat - Simmering zum Beispiel. Es gibt Bezirke, in denen Kanalbauten vervollständigt oder so gut wie vervollständigt sind - Simmering zum Beispiel. Es gibt aber vielleicht auch neue Aufgaben für die Bezirke.

Diese zu erheben, wäre dann Sache der Gemeinde, sodass man wirklich von einer echten Dezentralisierung sprechen könnte.

Seit der Einführung der Dezentralisierung vor knapp 25 Jahren ist in diesem Bereich nicht wirklich etwas passiert. Die Gemeinde hat, schätze ich jetzt einmal, zirka tausend verschiedene Aufgaben. Die Bezirke haben, ohne dass ich es jetzt im Kopf geistig durchgehe, aber ich sage jetzt einmal, 20 Aufgaben. Das ist nur ein ganz, ganz geringer Teil der Aufgaben, die die Gemeinde hat. Da würden sich sicherlich mehr Aufgaben finden, die an die Bezirke abgetreten werden können. Aber wenn man schon dezentralisiert und wenn man den Bezirken dezentral Aufgaben übergibt, dann muss man, bitte, auch dafür sorgen, dass genug Geld vorhanden ist.

Bemerkenswert an der Wiener Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist - und ich gebe zu, das betrifft nicht nur Wien, aber wir sprechen jetzt nun einmal von Wien -, dass die Schulden der Gemeinde, wie gesagt, zunehmen, dass die Bevölkerung aber trotzdem immer stärker belastet wird. Diese Schere, wenn Sie so wollen, klafft auch auseinander - eine der vielen Scheren, die in unserem gesellschaftlichen Leben auseinanderklaffen. Dieses Zunehmen der Schulden und diese Belastung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger und Wählerinnen und Wähler resultieren zunächst einmal aus dem Belastungspaket des Bundes.

Dazu sage ich jetzt nur drei Worte und dann auch, was das mit Wien zu tun hat: Sie alle wissen, dass die Familienbeihilfe eingeschränkt und zum Teil auch gestrichen wurde. Sie alle kennen die Kürzungen beim Pflegegeld, bei den Stufen 1 und 2. Sie alle wissen von der Erhöhung der Tabaksteuer - ich weiß schon, man soll ohnedies nicht rauchen; das ist gescheitert, dann zahlt man auch keine Tabaksteuer; und die Schnupfer und so weiter sind bei uns doch eher selten. Sie wissen, dass die Pensionsvorsorge, die Pensionsversicherung der Selbstständigen insofern in Mitleidenschaft gezogen worden ist, als die Bundesleistung gesenkt wurde. Sie kennen auch die Flugticketabgabe und die Solidaritäts- ist gleich Bankenabgabe und den CO₂-Zuschlag. Da brauche ich jetzt gar nichts dazu zu sagen.

Aber dieses Belastungspaket des Bundes, meine Damen und Herren, hat schon auch mit Wien zu tun. Wien kann nicht so tun, als würde Wien das gar nichts angehen und als wäre das sozusagen der böse Bund, der diese grauslichen Sachen macht, wodurch die armen Wienerinnen und Wiener belastet werden. Das ist ja nicht so, denn dieses Belastungspaket ist ja auch von den Landeshauptleuten mit ausverhandelt worden, und ich gehe jetzt einmal stark davon aus, dass der Herr Bürgermeister von Wien als Wiener Landeshauptmann da auch dabei war und dass der Herr Bürgermeister von Wien das mit ausverhandelt hat. Dieses Belastungspaket des Bundes hat also schon auch einen Wiener Hintergrund.

Das Zweite, und was uns jetzt viel, viel enger und näher betrifft, ist das Belastungspaket der Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Erhöhungen von Preisen, Abgaben, Gebüh-

ren durchgeführt beziehungsweise von Valorisierungen - ich werde in weiterer Folge trotzdem von Erhöhung sprechen, weil es ganz einfach für den einzelnen Wiener, für die einzelne Wienerin auf das Gleiche hinauskommt. Ich beschränke mich jetzt wirklich nur auf ein paar Beispiele - ich will jetzt nicht übertreiben und sagen, meine Redezeit würde nicht ausreichen, um sie alle aufzuzählen, denn wenn ich sehr schnell rede, geht sich das vielleicht sogar aus, aber ich nenne nur einige Beispiele:

Die Preise für die Kurzparkscheine sind um zirka 50 Prozent erhöht worden. Der Gaspreis ist 2006, 2007, 2008, 2011 erhöht worden, und ich gebe zu, er ist im Jahr 2009 auch zwei Mal zurückgenommen worden. Trotzdem bleibt unterm Strich eine Erhöhung von 42 Prozent.

Die Kanalgebühren - Wien Kanal haben wir ja mehr oder weniger glücklicherweise ausgegliedert - sind um 35 Prozent höher als noch 2006. Das Parkpickerl kostet um 29 Prozent mehr. Bei den Müllgebühren gab es 2006, 2007 und 2009 Erhöhungen um 27 Prozent. Die Wiener Linien haben auch ihre Einzelfahrscheine und Streifenkarten erhöht; die Erhöhung setze ich jetzt einmal mit 20 Prozent an. Es erfolgte eine Strompreiserhöhung um 20 Prozent seit dem Jahr 2006. Die städtischen Bäder sind auch teurer geworden. Dazu kommen noch viele, viele andere Gebühren und Abgaben wie die Kehrtarife der Rauchfangkehrer, der Spitalskostenbeitrag, die Friedhofsgebühren. Ich will mich jetzt nicht lächerlich machen und noch dazusagen, auch die Einfahrt für PKW in den Friedhof ist teurer geworden, weil das natürlich ein relativ geringer und kleiner Betrag ist, es soll aber auch einmal gesagt sein. Fernwärme, Pflegegebühren, Kulturförderungsbeitrag, Wassergebühren, Büchereigebühren - all das ist, zum Teil deutlich, erhöht worden.

Und man hat auch nicht darauf vergessen, den Kategoriemietzins zu erhöhen. Ich glaube, das war im Jahr 2009, wenn ich mich recht erinnere.

Seit 2006 gab es im Prinzip eine Erhöhung nach der anderen bei so wichtigen Dingen und Dingen, die grundlegend in jedem Haushalt gebraucht werden, wie eben bei der Müllabfuhr, bei der Kanalisation, bei Gas und Strom. Da sind die Erhöhungen zum Teil fast im Jahresrhythmus erfolgt. Und dass sich bei einer Rücknahme dieser Erhöhungen - oder sagen wir einmal so: bei einer Nichtrechnung dieser Erhöhungen - eine durchschnittliche Familie schon einiges Geld ersparen könnte, einiges Geld, das sie vielleicht gut brauchen könnte, brauche ich wohl nicht separat auszuführen. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Was hätte es denn die Stadt Wien gekostet, Kollege Eisenstein?)*

Ich bin heute nicht bereit, auf Zusprüche Kommentare abzugeben. Ich bitte um Verständnis. Heute nicht, morgen nicht - ab Mittwoch geht es wieder.

Das Jahr 2010 war ein Rekordjahr bei den Gebühreneinnahmen der Gemeinde Wien - in einigen Bereichen, und das sind ohnehin die Bereiche, die wir und die auch ich immer wieder aufzählen. Es geht darum, dass die Gemeinde Wien mit den Wasser-, Kanal- und Müllgebühren - der Kanal ist, wie gesagt, inzwischen ausgegliedert, ein ausgegliederter Betrieb - Gewinne macht,

nämlich Überschüsse erwirtschaftet und diese Gewinne und Überschüsse, die weit über dem Deckungsgrad liegen, letzten Endes dem allgemeinen Budget zuführt. Und da das so ist, wird diese Vorgangsweise von mir und von meiner Fraktion auch bereits als eine Besteuerung bezeichnet.

Beim Wasser waren es 2010 45 Millionen EUR - immerhin ein Viertel aller Einnahmen aus der Wassergebühr ist gleich -steuer-, beim Müll waren es 28 Millionen EUR. Insgesamt hat das Belastungspaket 2010 mehrere hundert Millionen Euro für das allgemeine Budget eingespielt und eingespült. Der Rechnungshof hat ja bestätigt, was die Freiheitliche Partei vorgerechnet hat, nämlich die Erwirtschaftung dieser Überschüsse zur Finanzierung des Budgets.

Da habe ich jetzt noch gar nichts zu den Cross-Border-Leasing-Verträgen gesagt. Darüber haben wir uns schon öfter unterhalten. Vielleicht nur ein Satz dazu: Wie war denn das bei Wien Kanal, wo den Zinsaufwand die Gebührenzahler getragen haben, aber die Zinserträge dem allgemeinen Budget der Gemeinde Wien zugute gekommen sind?

Der Rechnungshof hat ebenso bestätigt, dass der Kostendeckungsgrad, was ja eng damit zusammenhängt, nicht der Kostenwahrheit entsprochen hat, nämlich bei Kanal-, Wasser- und Müllgebühren ist gleich - abgaben ist gleich -steuern, dass die Gebühr also zu einer Steuer geworden ist. Meiner Meinung nach dürfte hier wirklich nur der tatsächliche Verbrauch - natürlich erhöht um den jeweiligen Verwaltungsbeitrag, das ist schon klar - verrechnet werden.

Wir müssen, um den Steuerpflichtigen, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern dieser Stadt entgegenzukommen, ganz einfach den Strompreis senken, wir müssen den Gaspreis senken, wir müssen die Wasser-, Kanal- und Müllgebühren senken.

Und wir müssen auf jeden Fall - auch das ist heute schon einmal genannt worden - den Heizkostenzuschuss erhöhen. Aber damit meine ich jetzt nicht die 42 EUR Beihilfe, die ohnehin monatlich automatisch kommen, und auch nicht die von der SPÖ propagierten 200 EUR, sondern wenigstens einen Betrag von 600 EUR.

Jetzt zum zweiten Teil meiner Ausführungen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Frau Vizebürgermeisterin hat heute Früh gemeint, die Krise ist noch nicht vorbei. Damit hat die Frau Vizebürgermeisterin vollkommen recht, ich bin da mit ihr vollkommen einer Meinung: Die Krise ist noch nicht überwunden. Und ich freue mich auch, dass die Frau Vizebürgermeisterin das heute so deutlich ausgedrückt hat, denn aus Pressemeldungen der letzten Zeit hatte man nicht den Eindruck, dass das alle so sehen.

Herr Bgm Häupl hat gemeint - Zitat: „Mit gemeinsamer Anstrengung ist uns der Kampf gegen die Finanzkrise gut gelungen.“ - Dieses Zitat ist zu finden auf der Homepage der Freien Sozialistischen Gewerkschaft. Der Eintrag datiert vom 25. Mai dieses Jahres.

Frau VBgmin Brauner hat gemeint - Zitat: „Wien ist gut durch die Krise gekommen.“ - Das stammt aus einem Pressedienst zum SPÖ-Landesparteitag vom 28. Mai

des heurigen Jahres. Dann hat die Frau Vizebürgermeisterin auch noch gemeint: „Der Kampf gegen die Krise war erfolgreich.“ - So in der Rathauskorrespondenz vom 7. Juni dieses Jahres nachzulesen.

Ich freue mich daher, dass wir heute festgestellt haben, dass die Krise noch nicht vorbei ist.

Um jetzt bei der Wiener Situation zu bleiben und nicht die globale Finanzmarktsituation überhaupt aufzurollen: Klubobmann Schicker hat heute gemeint – Zitat: „Wien ist eine Stadt der Industrie.“ - Ja, da hat er schon recht, meine sehr geehrten Damen und Herren, Wien ist eine Stadt der Industrie, aber Wien ist keine Stadt, in der Export aus der Wiener Industrie eine ganz überwiegende Rolle spielen würde. Die Wiener Industrie produziert hauptsächlich für den inländischen Markt. Das ist auch einer der Gründe, warum bei uns die Krise erst später durchgeschlagen hat, meine Damen und Herren. Die Beteuerungen, dass wirklich alles gut gemeistert sei, werden erst noch zu beweisen sein.

Ich habe schon gesagt, dass Investitionen gekürzt wurden. Ich halte das für eine falsche Vorgangsweise. In der Krise waren und sind Investitionskürzungen mit Sicherheit der falsche Weg. Wir werden das dann im nächsten Jahr ausführlich besprechen können, wenn wir über das Budget 2011 von Rot-Grün sprechen.

Ein Kürzungsbudget ist auf jeden Fall in dieser Hinsicht nicht am Platz und ist, wie ich denke, wirtschaftspolitisch kurzsichtig. Wie gesagt, ich sage es noch einmal, die Frau Vizebürgermeisterin hat vollkommen recht: Wir haben die Krise noch nicht überwunden. - In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, und Sie werden an meine Worte denken, kommt die Krise für Wien jetzt erst.

Sensibel reagiert hat selbstverständlich der Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten – wir haben heute schon über den Arbeitsmarkt gesprochen – ist ja von 2010 auf 2011 in Gesamtösterreich leicht gestiegen, um 0,6 Prozent. Burgenland kann sich freuen, die haben eine Steigerung von 3,3 Prozent. Wien kann sich nicht so sehr freuen, Wien hat ein Minus von 1,6 Prozent. Auch das Wirtschaftsforschungsinstitut sagt, dass Wien als einzige Region einen negativen Beschäftigungszuwachs hat. Also das ist keine bösartige Berechnung der FPÖ oder von mir, sondern das sagt auch das Wirtschaftsforschungsinstitut.

Daher meine ich, dass die Wirtschaftspolitik, die hier in der Stadt gemacht wurde, wohl nicht so ganz die richtige gewesen sein kann, wenn Wien im letzten Jahr 12 000 Arbeitsplätze verloren hat und wenn - die Zahl wurde schon genannt - heuer im 1. Quartal gegenüber dem 1. Quartal 2010 die Zahl der Arbeitslosen um 7,2 Prozent gestiegen ist, während sie in Vorarlberg um fast 20 Prozent gesunken ist. Von den Schulungsteilnehmern beim AMS war auch schon die Rede und von den Personen ohne Beschäftigung in Wien mit einem Anteil von 11,9 Prozent war auch schon die Rede – die höchste Quote in Österreich und eben leider nicht die niedrigste.

Das zeigt, die Wiener Stadtregierung hat hier wirtschaftspolitisch nicht richtig reagiert.

Ein Gleiches gilt für die öffentlichen Aufträge in Wien, womit wir wieder bei den Investitionen sind: Wenn ich

nicht bereit bin, etwas zu investieren, oder es vielleicht auch nicht kann, dann werden natürlich auch die öffentlichen Aufträge zurückgehen. Das ist wohl eine Milchmädchenrechnung. Dieser Rückgang beträgt für Wien 10,4 Prozent, weil eben Investitionen gekürzt wurden.

Andere Bundesländer sind inzwischen im Aufholen begriffen. Wien ist jetzt in der Krise und konnte den Aufholprozess noch nicht einmal beginnen.

Die Frau Vizebürgermeisterin hat heute auch gemeint, Wien hat eine aktive Arbeitsmarktpolitik. - Als Herr Bgm Häupl im Jahr 1994 seine Bürgermeisterschaft, wenn es dieses Wort überhaupt gibt, angetreten hat – aber jeder weiß, was ich meine -, also Bürgermeister wurde – der langen Rede kurzer Sinn –, hatten wir in Wien 780 000, etwas mehr, unselbstständig Erwerbstätige. Heuer, 2011, haben wir 761 000 unselbstständig Erwerbstätige. Das heißt, es sind 18 200, ziemlich genau, Arbeitsplätze verloren gegangen.

Restösterreich hat da eine wesentlich bessere Bilanz. Restösterreich hat aufgerüstet, hat über 355 000 Arbeitsplätze mehr. Wien hat heute die höchste Arbeitslosenrate unter allen Bundesländern. Allein in diesen Jahren, von 1994 bis 2011, ist Wien arbeitsplatzmäßig zurückgefallen. Das muss man leider feststellen. Das freut mich als Wiener nicht, und Sie wissen alle, ich beharre immer so sehr darauf, Wiener zu sein. Also das freut mich als Wiener nicht, aber das ist nun einmal so, da kann man nichts machen.

Dass die SPÖ, die Wiener Stadtregierung im Wesentlichen - und wir reden jetzt auch von der Entwicklung von 2010 auf 2011 - wirtschaftspolitisch falsch liegt, zeigen auch die Insolvenzen in Wien - das ist heute auch schon gesagt worden -: Heuer, 1. Quartal, Anstieg um knapp 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr, täglich 18 Insolvenzen im Schnitt; mehr Private als Unternehmen, zugegeben, das ist uns heute auch schon erklärt worden. Hinter den Privaten verstecken sich gelegentlich auch Unternehmungen, weil es sich eben um Familienbetriebe beziehungsweise Ein-Personen-Unternehmen handelt.

Arbeitslosigkeit und Insolvenzen sind schon, meine Damen und Herren, ein Barometer, das deutlich zeigt, dass die Gemeinde hier nicht so wirklich richtig gehandelt hat.

Ich komme zum Schluss. Was kann man tun im Sinne der Beschäftigung, im Sinne der Bevölkerung, im Sinne der Unternehmungen zu einer allgemeinen Hebung der Konjunktur? - Man kann, wenn man es möchte, ein Hilfspaket für die Wiener Wirtschaft schnüren, wo man die Wirtschaftsförderung nicht nur leicht erhöht, sondern vielleicht sogar verdoppelt, die Wirtschaftsförderung für die Klein- und Mittelbetriebe auf, sagen wir einmal, 80 Millionen EUR anhebt. Man kann zusätzlich zu einer Entlastung der Steuerzahler durch Abgabensenkungen die Mieten reduzieren, einschließlich der von uns immer wieder geforderten Rückkehr zum Kategoriemietzins, der aber auch erhöht worden ist.

Und man kann, und das müsste die Gemeinde wirklich tun, Sonderinvestitionsprogramme in mehreren Bereichen durchführen. Man kann Schulsanierungsprogramme vorziehen und Geld dafür aufbringen. Man kann

den U-Bahn-Ausbau beschleunigen. Da meine ich jetzt, bitte, als Simmeringer nicht nur die U1 und die U2, die immer wieder in aller Munde sind, sondern auch einmal die U3, denn: Wenn Sie sich einen Simmeringplan anschauen, dann werden Sie bemerken, dass die U3 in Simmering natürlich endet - und Simmering war ohnehin leider der letzte Bezirk in ganz Wien, der an das U-Bahn-Netz angeschlossen wurde -, aber sie endet knapp nach dem ersten Drittel des Bezirks, und dahinter ist der Bezirk noch sehr lang. Und ich gebe zu, er ist nicht voll besiedelt, aber der Leberberg ist besiedelt, hier sollte man die U-Bahn auf jeden Fall hinführen. Das war jetzt sozusagen aus purer Heimatverbundenheit.

Man könnte eine Investitionsoffensive in den Spitälern durchführen, wo wir wegen der Investitionskürzungen ja einen relativ großen Rückstau haben. Im geförderten Wohnbau, wo ich weiß, dass einiges geschieht - das gebe ich schon zu -, könnte man noch wesentlich mehr aufbringen. Und das Sonderwohnbauprogramm der Gemeinde Wien mit der Errichtung von Gemeindewohnungen - und die Betonung liegt jetzt auf Gemeindewohnungen, und nicht Geld geben für andere Wohnbauträger -, also die Errichtung von Gemeindewohnungen für wirklich bedürftige Personen und sozial verträglich, das wäre eine ganz, ganz wichtige Sache.

Und selbstverständlich werden wir auch immer wieder gefragt, wenn wir solche Forderungen erheben oder sagen, wir könnten es besser oder wir würden es besser machen: Woher wollt ihr dann das Geld dafür nehmen?

Da darf ich Ihnen prinzipiell schon sagen - und jetzt reicht die Zeit wirklich nicht mehr aus, das auch noch zu diskutieren -: Sie alle kennen den Budgetrahmen, den Wien hat. Wien hat eine Budgetsumme von 11 oder 12 Milliarden EUR. Wenn man das Geld richtig einsetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann lassen sich auch all diese Maßnahmen, die zu einer Belebung der Konjunktur, zu einer Stärkung der Wirtschaft und zu einer besseren finanziellen Situation des und der Einzelnen führen, letzten Endes durchführen. Man muss es einfach nur wollen! – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Berger-Krotsch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute komme ich mir vor wie auf einem Markt. Zumindest zu Beginn der Debatte war das der Fall, jetzt ist ja eher alles wieder ruhig. Anscheinend sind viele erschlagen von den eigenen langen Reden (*GR Mag Wolfgang Jung: Wir haben noch nicht richtig losgelegt!*) und den vielen, vielen RednerInnen, die sich da zu Wort gemeldet haben. Aber auch ruhig vorgetragen werden Vorwürfe nicht richtiger, wenn sie falsch sind.

Aber gut, es sind heute Marktschreier am Werk. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden Sie von der Frau Finanzstadträtin?*) Sie preisen ihre Ware, sie vergleichen Äpfel mit Birnen, Kraut und Rüben kommen durcheinander. Wenn es nicht so ernst wäre, wäre es vielleicht -

aber nur vielleicht - lustig.

Angesichts der schweren Wirtschaftskrise, die, wie auch Kollege Eisenstein bemerkt hat, immer noch allgegenwärtig ist, die am Arbeitsmarkt allgegenwärtig ist, die tiefe Spuren im Haushalt hinterlassen hat, sind aufgeregte und unseriöse Worte - warum schreien Sie eigentlich immer so, Herr DDr Schock? – von Seiten der Opposition mehr als unangebracht. Denn es ist nicht die Politik von unserer Seite, wie es vom Kollegen Gudenus proklamiert wird, sondern Ihre Politik, jene von Seiten der FPÖ, die eine Gefahr ist für unser soziales Wien und für unser soziales Österreich.

Was die FPÖ anrichten kann - wir haben heute schon einiges gehört -, hat man in schmerzlichen Zeiten der schwarz-blauen Regierung erfahren müssen. In den Jahren 2000 bis 2006 gab es eine blinde Privatisierungswut, wir haben einen Kahlschlag in der Sicherheit und überhaupt den größten Sozialabbau in der österreichischen Geschichte erlebt. Die Folgen sind so verheerend gewesen, dass bis jetzt noch nicht einmal alle Fehler behoben werden konnten.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ! Ihre Aussagen zum Rechnungsabschluss, sei es schon Tage vor diesen beiden Rechnungsabschlussstagen, sei es auch heute während der ganzen Debatte, sind mehr als entbehrlich - und da möchte ich noch gar nicht auf den Misstrauensantrag zu sprechen kommen -, denn das Jahr 2010 stand ja, wie bereits 2009, ganz im Zeichen der internationalen Finanzkrise und der daraus resultierenden starken Belastung der öffentlichen Haushalte, weil damit natürlich Mehrausgaben verbunden waren, diesen aber andererseits eben Mindereinnahmen gegenüberstehen.

Aber was denken Sie sich eigentlich? Glauben Sie, wir denken uns das alles aus? Die Stadt Wien konnte sich doch von dieser größten Weltwirtschaftskrise nach 1945 nicht einfach abschotten. Wir sind nicht dieses berühmte gallische Dorf, meine Damen und Herren, wir haben auch nicht Asterix und Obelix oder den berühmten Druiden, der einen Zauberspruch mixen kann, um uns von allem Bösen sozusagen zu befreien. Es wurde heute von Vorrednern der Regierungsparteien schon mehrfach attestiert, dass Wien sich mit aller Kraft, sehr vehement und engagiert gegen die Krise gestemmt hat. Ja, und sehr wohl, werte FPÖ, wurden zehntausende Arbeitsplätze gesichert und wurde vielen KMUs der Rücken gestärkt durch mehrere Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete. Und das war sehr wohl richtig, Herr Kollege Eisenstein.

An dieser Stelle möchte ich auch von meiner Seite hier ein recht herzliches Dankeschön an unsere Wirtschafts- und Finanzstadträtin, unsere Vizebürgermeisterin Renate Brauner ausrichten, denn ich glaube, sie hat uns sehr gut durch diese schwere Zeit geführt. Sie war Kapitänin in dem großen, schweren, heftigen Sturm. Ein herzliches Dankeschön! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Blicken wir nun auch gemeinsam zurück, werte Opposition, denn Wien hat gerade in der Krisenphase profitiert von einem soliden Finanz- und Schuldenmanagement bis zum Ausbruch der Krise. Durch den stetigen

Schuldenabbau von über 600 Millionen EUR seit der Jahrtausendwende bis zum Jahr 2008 war es ja dann überhaupt erst möglich, entsprechende offensive Konjunkturmaßnahmen zu setzen und bislang nicht dagewesene Einnahmeherausfälle zu bewältigen.

Sie, werte KollegInnen von der FPÖ, wollen dies schlechtreden. Das lassen wir aber keinesfalls zu, denn die blaue Misswirtschaft ist es, die für die WienerInnen seit vielen Jahren sichtbar ist. Es ist ja jetzt alles tagtäglich in den Medien, Ihre Glanzleistungen – es ist heute schon erwähnt worden, ich will mich hier auch nicht mehr verbreitern - mit Hypo, mit BUWOG, mit der Privatisierungspleite in Hainburg. Wie viele Millionen wurden zum Beispiel auf der Wörtherseebühne versenkt? Oder wie schaut es aus mit dem Kärntner Haushalt? Waren es da nicht auch blaue Finanzlandesräte, die über Jahre den Haushalt heruntergewirtschaftet haben und Schuldenberge in einer absoluten Hochkonjunktur angehäuft haben?

Wie gesagt, die Liste lässt sich fortsetzen, ich will mich damit gar nicht länger aufhalten. Es ist einfach nur ersichtlich, dass eine freiheitliche Finanz- und Wirtschaftspolitik in jeder Hinsicht völlig gescheitert ist und sicherlich nicht hier in Wien eingerichtet werden soll.

Auch wenn Sie es nicht hören wollen - es geht immer auch um die Vergleiche, die wir nicht anstellen dürfen: Wien ist im Vergleich mit allen Bundesländern - und das ist auch von großen, renommierten volkswirtschaftlichen Abteilungen von großen Institutionen bestätigt worden - gut durch die Krise gekommen. Ich denke, diese Abteilungen können nicht irren, werden nicht irren. Warum sollten sie irren? Wir haben engagiert gegen die Krise angekämpft, müssen und werden das auch weiterhin tun. Wir müssen intelligente Spar- und Strukturmaßnahmen setzen – das wurde auch heute schon mehrfach angesprochen -, um einfach auch genügend Spielraum zu lassen für diese gestalterische Politik, die wir in Wien bisher gemacht haben und auch weiter durchführen wollen.

Der Mittelpunkt unserer Politik in Wien ist weiterhin ein gerechtes Wirtschaftssystem. Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt, wir wollen ein gerechtes Wirtschaftssystem in dieser Stadt. Und wie wir heute schon gehört haben: Wenn wir die ausgewählten Sektoren vom Rechnungsabschluss 2010 mit dem Voranschlag 2010 vergleichen, dann ist festzustellen, Wien hat im hinter uns liegenden Jahr in die Zukunft investiert. Wir haben im Segment Bildung ein Plus von 6,45 Prozent. Im Bereich Kinderbetreuung, wo auch mit dem Gratiskindergarten ein so wichtiger Meilenstein gesetzt wurde, haben wir ein Plus von 17,14 Prozent. Oder, in den Schlüssel-sektoren - heute auch schon angesprochen - Gesundheit und Soziales beträgt das Plus 6,82 Prozent beziehungsweise 2,4 Prozent.

Jetzt kommt es darauf an - und unsere Vizebürgermeisterin hat das heute schon in ihrem Eingangsstatement festgestellt -, jetzt ist es wichtig, mit der notwendigen Sorgfalt Schwerpunkte für mehr Wachstum zu setzen und einen maßvollen Konsolidierungskurs voranzutreiben, den wir eigentlich mit dem Voranschlag 2010

schon begonnen haben.

Es ist eine Gratwanderung, ja, Kollege Eisenstein, aber wir haben ja immer auch betont, dass wir erst auf den Weg der Schuldenreduktion zurückkehren, wenn der Arbeitsmarkt und die Auftragslage der Unternehmen wieder auf Vorkrisenniveau sind.

Auch noch mal an die Adresse der Opposition - DDR Schock ist leider nicht im Saal: Die sozusagen krisenbedingten Schulden. Ja, heute auch schon viel diskutiert, wir bekennen uns dazu, denn ohne eben zusätzliche Fremdmittelaufnahmen hätten wir diese zehntausenden Arbeitsplätze, von denen ich vorhin schon gesprochen habe, und die Existenz der vielen, vielen unzähligen KMUs einfach aufs Spiel gesetzt, und das können wir uns nicht leisten, das wollten wir uns nicht leisten. Das ist nicht unsere Politik.

Wirtschaftspolitik in unserem Sinne ist dazu da, um eben den Menschen zu helfen. Wenn Hilfe notwendig ist, werden wir diese anbieten und – und die Frau Vizebürgermeisterin hat das heute schon gesagt - diese Hilfe der Stadt, der öffentlichen Hand, war nach so einer Weltwirtschaftskrise bitter nötig.

Wir haben heute auch schon konkret von den Schulden gesprochen, Kollege Aichinger hat das auch einmal aufgegriffen. Deshalb möchte ich es hier in der Spezialdebatte noch einmal ansprechen, weil eben auch viel Ungeheuerliches rund um das Thema Schulden gekommen ist. Wir dürfen ja laut FPÖ nicht vergleichen. Wien ist nach wie vor, und die Frau Vizebürgermeisterin hat das auch schon erwähnt, gemeinsam mit Tirol das Bundesland mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Österreich. In absoluten Zahlen liegt der Wert bei 1 807 EUR. Und nach den letzten verfügbaren Rechnungsabschlussdaten aller Länder und Gemeinden für 2009, die man immer erst zusammen sehen muss, hat Wien überhaupt den geringsten Pro-Kopf-Schuldenstand mit 1 111 EUR. Aber da ist ja wieder dann der Vorwurf, darauf darf man sich ja nicht mehr berufen, weil das alte Zahlen sind. Aber das sind einfach die letzten verfügbaren Rechnungsabschlussdaten.

Unsere Politik in Wien wird weiter so ausschauen, dass wir weiterhin in ein umfangreiches Arbeitsmarktpaket investieren werden, dass der Jugend durch Maßnahmen wie der Ausbildungsgarantie, heute auch schon sehr intensiv besprochen, und den Meilenstein Gratiskindergarten Zukunft und Perspektiven gegeben werden und dass die Ausbauoffensive, heute auch schon von der FPÖ angesprochen, vorangetrieben wird, sei es mit dem U-Bahn-Ausbau oder mit den für uns auch so wichtigen Investitionen in Technologie und Zukunftsbranchen.

Hier möchte ich ganz kurz auf zwei Bereiche der Geschäftsgruppe FiWi eingehen. Es geht mir hier vor allem um die maßgeschneiderten und effizienten Fördermaßnahmen, was die KMUs betrifft, aber eben auch um die ArbeitnehmerInnenförderung, die heute schon sehr intensiv besprochen wurde, wo ich aber auch noch ein paar Details vom WAFF präsentieren möchte.

In der Wirtschaftsförderung hat Wien starke Signale gesetzt und die Unterstützung gerade in der Krise 2009 bis 2010 hoch gehalten. 205,2 Millionen EUR wurden

2010 für aktive Wirtschaftsförderungsmaßnahmen und eine weitere Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes bereitgestellt. Und es ist heute auch schon gefallen, dass wir trotz der Finanzkrise und der vielen Folgen und erkennbaren Auswirkungen 113 internationale Unternehmen hier in Wien ansiedeln konnten. Das ist ein Plus von 15 Prozent im Vergleich zu 2009. Und was hier auch besonders wichtig ist zu erwähnen, ist, dass 570 Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Im für die Stadtregierung, für die Stadt als Gesamtes so wichtigen Zukunftssegment Forschung und Innovation wurden 2010 85 Millionen EUR investiert. Hier hat die Wirtschaftsagentur, die ich hier auch jetzt erwähnen möchte, früher WWFF, ganze Arbeit geleistet. Es gibt 2010 Schwerpunkte wie Dienstleistungen fördern, Stadttechnologien entwickeln, Design einsetzen, die Stadt entwickeln. Es wurden Förderungen vergeben, vor allem auch durch die Töchterunternehmen des ZIT und depar-ture und es wurde erstmals auch eine Dienstleistungsaktion durchgeführt, wo 49 Unternehmen mit insgesamt 3,2 Millionen EUR gefördert wurden. Auch das Fördervolumen bei der Sachgüteraktion wurde erhöht.

Im Forschungsbereich 2010 gab es drei Calls, vor allem eben auch, was den Medienstandort betrifft. Wir haben „Media Vienna 2010“ gehabt, „IKT“, also Informations- und Kommunikationstechnologien, „Die Stadt 2020“, also verschiedene Calls, um hier auch Weiterentwicklungen, die sich die Stadt zunutze machen kann, einfach zu gewinnen.

Bereich Immobilien, was die Wirtschaftsagentur betrifft, und hier kommt auch die Wien Holding ins Spiel. Was ich hier erwähnen möchte, ist Neu Marx. Also wir sind alle, glaube ich, sehr stolz auf diesen neuen pulsierenden Stadtteil, der dort entsteht. Die Wien Holding, die hier mit der Wirtschaftsagentur entwickelt, und ihre 75 Unternehmen tragen zur Wertschöpfung in Wien pro Jahr rund 1 Milliarde EUR bei und sichern hier direkt und indirekt 13 000 Arbeitsplätze. Neu Marx ist eben ein neuer großer Fokus im Bereich Technologie, Forschung und Medien, ein internationales Format, das dort entsteht. Es sollen in Neu Marx bis zum Jahr 2016 15 000 Menschen arbeiten. Ich glaube, das ist so ein Vorzeigeprojekt, so ein Leuchtturm, wie wir immer auch sprechen.

Im Areal Neu Marx wird durch die Wien Holding gemeinsam mit der Wirtschaftsagentur eines der größten Medienzentren des Landes, nämlich das Media Quarter Marx, bis 2011 entstehen. Hier haben wir mittlerweile die 3. Ausbaustufe, wo wir zusätzlich rund 35 000 m² Büroflächen eben mit optimalen Bedingungen für Medienschaffende haben werden.

Zum Thema Arbeitsmarkt noch kurz: Der WAFF wurde schon viel zitiert, auch von meiner Kollegin Vana, wir sind ja beide auch im Vorstand vertreten. Wir sind sehr stolz auf diese Einrichtung, die wir sehr unterstützen. 58 Millionen EUR stehen und standen eben auch 2010 für Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Die Krise war, wie gesagt, am Arbeitsmarkt sehr deutlich spürbar. Es waren hier am Wiener Arbeitsmarkt eben in der größten Krise nach 1945 auch tiefe Spuren und Auswirkungen. Wir haben mit Konjunkturpaketen, Arbeitsmarktpaketen

dagegengesteuert, das habe ich schon gesagt. Aber die FPÖ will es natürlich auch wieder nicht hören. Obwohl sie Äpfel mit Birnen vergleicht, dürfen wir keine Bundesländervergleiche anstellen. Ich mache es trotzdem.

Im Bundesländervergleich hat sich Wien sehr stabil entwickelt. Man muss natürlich immer auch die Zeit vor der Krise anschauen. Es ist vor 2009, eben 2008, die Arbeitslosigkeit in Wien um 11,6 Prozent gewachsen und im Vergleich Gesamtösterreich um 18,2 Prozent. 2010 ist in Wien die Arbeitslosigkeit um moderate 1,5 Prozent angestiegen. Natürlich, es ist jetzt die Zeit vor der Krise anzusehen, aber natürlich muss man sich auch die aktuelle Arbeitsmarktsituation anschauen. Das ist mir alles klar. Wie schaut sie aus? Natürlich ist Wien später von der Krise betroffen gewesen, das wurde heute auch schon öfters erklärt und hier noch einmal gesagt, und kommt natürlich dann auch am Arbeitsmarkt wieder später aus der Krise heraus. In Wien, das wurde heute auch schon festgehalten, ist im Mai die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Mai 2010 um 6,1 Prozent angestiegen. Ja, richtig Kollege Aichinger. Aber ich gebe auch zu bedenken, dass die Beschäftigung im Mai mit einem Plus von 1,8 Prozent auf 778 805 Beschäftigte angewachsen ist. Deshalb ist die steigende Arbeitslosigkeit in erster Linie auch auf eine stark steigende Beschäftigung und nicht auf den Verlust von Arbeitsplätzen zurückzuführen. Wir haben es heute auch schon gehört, besonders Jüngere, besonders Frauen, die jetzt vermehrt auf den Arbeitsmarkt, in die Jobs drängen und auch die 250 000 PendlerInnen aus den umliegenden Bundesländern, die heute die Frau Vizebürgermeisterin erwähnt hat, sind nicht zu missachten. Hier hat es ja auch einen Anstieg von 200 000 auf 250 000 Personen gegeben. Also diese Fakten werden ja auch immer wieder von der Opposition negiert. Es ist aber wichtig, sie hier festzuhalten.

Der WAFF wirkt, Kollegin Wehsely hat es so treffend formuliert. Man sieht es daran, dass 2010 das Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung besonders stark in Anspruch genommen wurde. Es gab im August 2010 die Einführung des Weiterbildungs-Tausenders, der auch großes Interesse bei den WienerInnen geweckt hat, und auch die zentrale Aufgabe bei der Wiener Ausbildungs-garantie wurde bravourös gemeistert. Das wurde heute auch schon attestiert und genauer diskutiert. Und eben auch bei der Einführung der BOM, der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, leistete der WAFF mit dem Pilotprojekt „Step to job“ einen wichtigen Beitrag auch bei Konzeption und Umsetzung.

Zur Wirkung des WAFF möchte ich den Wirkungsmontitor zitieren. Hier gibt es sehr gute Ergebnisse, die einfach veranschaulichen, wie die Maßnahmen bei der einzelnen Wienerin, bei dem einzelnen Wiener ankommen. Personen nämlich, die 2009 WAFF-Angebote genutzt haben, sind im Vergleich zu Personen, die dies nicht getan haben, 31 Tage länger in Beschäftigung und 21 Tage weniger arbeitslos. WAFF-unterstützte Personen haben mehr Einkommen. Sie verdienen fast 1 800 EUR mehr als vergleichbare Personen ohne WAFF-Unterstützung und drittens, ohne WAFF hätte es in Wien 2009 um 2 500 Jobs weniger gegeben. Und Kollegin

Vana hat das heute auch schon zitiert: Der Rechnungshof hat in seinem Bericht zum WAFF festgestellt, dass dieser intensive Fördermitteleinsatz im Zeitraum von 2005 bis 2009 im Land Wien einfach zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation bei gering Qualifizierten, bei Frauen und Wiedereinsteigerinnen sowie Langzeitbeschäftigungslosen beigetragen hat.

Wir sind stolz auf den WAFF, das kann ich abschließend hier nur dazu sagen, auf diese arbeitsmarktpolitische Einrichtung, um die uns viele oder alle Bundesländer beneiden. Ich möchte an dieser Stelle auch von meiner Seite ein recht herzliches Dankeschön allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WAFF für ihre unermüdliche Arbeit für die ArbeitnehmerInnen in Wien sagen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Abschließend möchte ich noch einen Appell an uns alle richten, was den gemeinsamen Kampf gegen die Krise betrifft. Es darf die Krise nicht dazu benutzt werden, um das Sozialsystem zu zerstören. Es geht einfach um soziale Gerechtigkeit. Es müssen diejenigen für die Krise bezahlen, die sie verursacht haben. Es verstreicht international, europaweit so viel Zeit, ohne dass internationales Umdenken und Handeln passiert. Wir sind ja auch Triebfeder und Motor, was die Diskussionen um eine europaweite Finanztransaktionssteuer betrifft, wo auch die Sozialdemokratie federführend in der Diskussion war. Es geht um die Einführung einer Vermögenssteuer. Es geht darum, die Spekulationen einzudämmen, die Macht der Rating-Agenturen einzuschränken. Man denke jetzt nur an Griechenland, wie auf einmal ein Triple-C-Rating hier auch Griechenland sozusagen abstuft. Wir müssen gemeinsam Seite an Seite eintreten, dass eben die Neoliberalen, die ohne Scham unter dem Motto „Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste“ einfach weitertun wollen, hier sozusagen in ihre Grenzen getrieben werden. Es geht mir hier an dieser Stelle auch generell um die Steuergerechtigkeit. Und wenn ich mir das Parteiprogramm der FPÖ vom letzten Parteitag ein bisschen zu Gemüte führe, wenn da auch das Steuersplitting für Familien wieder hochkommt, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass es hier keine Zustimmung von der Sozialdemokratie und ich denke, auch von den Regierungsparteien geben wird. Dieses Modell wurde ja eben erst bei Ihrem Parteitag beschlossen. Da haben nur Leute mit hohem Einkommen etwas davon, Familien, in denen nur eine Person, also eh meistens der Mann, viel verdient, die profitieren hier besonders. Familien mit niedrigem Einkommen, die keine oder nur wenige Steuern zahlen, haben nichts davon, genauso wenig wie AlleinerzieherInnen, denn die können nichts splitten und auch berufstätige Frauen, vor allem wenn sie etwa gleich viel verdienen wie ihr Partner. Generell sehe ich als Frauensprecherin meiner Fraktion es auch als sehr bedenklich, dass das Thema Frauenpolitik in Ihrem Parteiprogramm überhaupt gar nicht vorkommt.

Das Thema Griechenland, EU-Hilfe, ist auch noch kurz angesprochen worden. Deshalb auch noch ein Satz von meiner Seite dazu. Sie haben ja heute auch die schönen Taferln mitgehabt, wo ja „Unser Geld für uns're Leut!“ oben gestanden ist. Es war ja eben dieses Inserat

oder dieses Motto, dieser Slogan zu der EU-Hilfe für Griechenland. Ich denke, Angst und Panikmache sind hier sehr deplatziert und unseriös und haben noch niemandem geholfen. Das wird hier keinesfalls zur Bewältigung der Herausforderungen beitragen. Und außerdem, was heißt „Unser Geld für uns're Leut!“? Wir sind doch ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, wir tragen gemeinsam Verantwortung. Schon vergessen? Wie sollten wir hier Griechenland allein dastehen lassen? Reinhard Jank hat, das habe ich vor Kurzem gelesen, sehr treffend zitiert oder gesagt: „Wenn das Haus des Nachbarn brennt, helfe ich löschen, allein schon deshalb, damit die Flammen nicht übergreifen.“ Und ich denke, es ist eigentlich sehr logisch und richtig *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir löschen nichts! Wir löschen nichts!)*, hier Griechenland nicht in die Pleite schlittern zu lassen, denn die Folgen sind nicht nur für die europäische, sondern eben auch für die österreichische Wirtschaft verheerend: Weitere Finanzkrise, Arbeitslosigkeit, schlechtes Wachstum. Ich denke, das kann nicht unser Interesse sein. Außerdem wurden von österreichischer Seite bisher 1,2 Milliarden EUR an Krediten vergeben und 19 Millionen EUR an Zinsen bereits zurückgezahlt. Die Obergrenze der österreichischen Kredite liegt bei 2,2 Milliarden EUR. Und wenn ich wieder auf die Hypo zurückkomme, dann kann ich hier nur festhalten, dass die Haftungen für die Kärnten Hypo 10 Mal so hoch waren und der Staat bereits 700 Millionen EUR abgeschrieben hat. Also so schaut es aus.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auch, so wie es die Frau Vizebürgermeisterin eingangs schon gesagt hat, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wien danken, für das Zustandekommen des Rechnungsabschlusses auch allen BeamtInnen, die damit betraut waren und eben auch allen Wienerinnen und Wienern für ihre Steuer- und Arbeitsleistung. Und weil vorhin vom Herrn Gudenus zitiert wurde: Wien wird blau werden - nein, Wien liegt zwar an der schönen blauen Donau, wird aber sicher, sicher nie blau werden! Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Tschirf. Ich erteile es ihm.

GR Dr Matthias **Tschirf** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Frau Vorsitzende! Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum letzten Redebeitrag ist mir nur etwas eingefallen. Es ist nicht das Problem, dass das Nachbarhaus brennt, sondern ein anderes Stockwerk im gemeinsamen Haus. Und das ist das Problem, das wir bei Griechenland haben. Wir können uns davon nicht abschotten, wir müssen das Beste machen. Aber es geht letztlich um das gesamte Europa, um das Gesamte und letztlich um uns selbst, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zwei Mal im Jahr, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird grundsätzlich diskutiert. Das ist einerseits im November, wenn es um das Budget, also um die Perspektive geht, und das zweite Mal der Rechnungsabschluss, wenn zurückgeblickt wird. Ich glaube trotzdem,

dass gerade auch eine solche Situation viel stärker dazu benutzt werden müsste, hier nicht über kleine Details zu reden, sondern so etwas wie eine große Perspektive zu entwickeln. Welche große Perspektive hat denn Wien in dieser Situation? Wenn hier die Frau Vizebürgermeisterin zu Anfang davon gesprochen hat, es ist die Seestadt Aspern - okay, das ist ein großes Gebiet, wo man noch nicht weiß, wie es weitergeht, Neu Marx ist sicher ein interessantes Gebiet, dann Krankenhaus Nord und Grattiskindergarten. Das alles ist wirklich notwendig. Aber trotzdem, was fehlt, ist letztlich die große Perspektive, der große Wurf, den wir in einer wirtschaftlich doch so anspruchsvollen Zeit brauchen würden, wie es jetzt der Fall ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es damit zu tun, dass letztlich die SPÖ das betreibt, was sie halt die letzten Jahre getan hat: Ein Fortschreiben dessen. Wenn ich mir die Beiträge vom letzten Jahr ansehe, ich habe sie mir ja herausgesucht, egal, ob es jetzt das Budget oder der Rechnungsabschluss gewesen ist, dann ist es im Wesentlichen nichts anderes als dass fortgeschrieben wird. Interessant ist aber, wenn man sich anschaut, was bei den GRÜNEN der Fall ist. Da ist es so, wenn man sich durchliest, was am 28. Juni 2010 die damalige Klubobfrau und heutige Vizebürgermeisterin Vassilakou gesagt hat, sie da zum Beispiel eine überhaupt völlig neue Stadtentwicklung verlangt und dass sie hier die Aufwertung ganzer Teile von Wien, die heruntergekommen sind, verlangt. Sie spricht da etwa von der Situation der BewohnerInnen der Triester Straße oder entlang des Gürtels oder vieler anderer Bereiche, relativiert die Mercer-Studie und Ähnliches.

Eigentlich haben wir in den letzten acht Monaten von einer Änderung nicht viel mitbekommen und haben auch die Wienerinnen und Wiener nicht viel mitbekommen und das ist eigentlich das, was wir auch hier einfordern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ja interessant, dass auch immer wieder von Regierungsvertreterinnen und -vertretern hier in dieser Diskussion davon die Rede war, die Forderung aufzustellen, na, die Opposition sollte eigentlich hier Vorschläge bringen.

Sind Sie jetzt dazu da, dass Sie regieren oder ist es so, dass Sie einfach etwas administrieren und hoffen, dass das eine oder andere zugerufen wird, meine sehr geehrten Damen und Herren? Es ist Ihre Aufgabe, zu regieren! Es ist Ihre Aufgabe, etwas weiterzubringen! Dafür werden Sie auch bezahlt, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP. – Aufregung bei der SPÖ.)*

Es ist zwar löblich, dass durchaus auch von der Kollegin Vana das Thema Europa gekommen ist und ich glaube auch, dass das Thema nicht nur am Mittwoch, wo es vor allem wahrscheinlich um Strukturfragen gehen wird - wir sind auch dafür und wir haben ja schon länger verlangt, dass die EU-Abgeordneten hier reden dürfen. Wir sind auch der Ansicht, es ist gut, wenn es einen echten Ausschuss gibt und Ähnliches. Aber das, was hier halt fehlt, ist: Welche Möglichkeit haben wir als Wiener, wir als Wien, damit Europa im Wettbewerb mit den

großen Märkten der Welt, mit China, mit Indien, mit den USA, mit Brasilien, mit all den anderen Ländern hier mithalten kann? Gibt es von dieser Stadt hiezu nicht entsprechende Ansätze und Anreize? Vor hundert Jahren war Wien einer der Kulminationspunkte. Von Wien aus ist alles ausgegangen, nicht nur in der Bildung und in der Wissenschaft, Nobelpreisträger. Könnten wir nicht wieder einen Beitrag dazu leisten, dass hier etwas weitergeht? Vor 30 Jahren war es Jörg Mauthe, der an dieser Stelle immer wieder so etwas eingefordert hat. Da sind Ideen gefragt, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das wäre notwendig! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich erwarte mir aber auch mehr in der Frage Nachbarschaftspolitik. Die Donauraumstrategie der Europäischen Union bietet hier ja Möglichkeiten. Könnte sich da nicht auch Wien von sich aus viel stärker hier einbringen? Da können wir auch für ganz Europa eine ganz besondere Rolle spielen.

Es ist in den Beiträgen, die wir vorhin gehört haben, sehr viel zum Thema Arbeitsmarktpolitik die Rede gewesen. Und es gibt etwas, das unterscheidet die Arbeitsmarktpolitik der ÖVP von der Arbeitsmarktpolitik der Regierungsparteien: Wir sind der Ansicht, die beste Arbeitsmarktpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik und nicht die Reparatur. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sollten daher gerade dahin gehend nachdenken, wie schaffen wir es, dass tatsächlich neue wirtschaftspolitische Impulse gerade in einer Region vor sich gehen, durch die vor etwas mehr als 20 Jahren noch der Eiserner Vorhang gegangen ist. Damit sind wir einzigartig in Europa. Das ist eine Chance, die wir haben. Das sollten wir. Wir sollten uns auch Zeit nehmen, diese Diskussion zu führen. Das vermissen wir bei diesem Rechnungsabschluss bei der Politik dieser Koalition. Das vermissen wir bei Rot-Grün in dieser Stadt. Das ist dringend notwendig. Das brauchen die Wienerinnen und Wiener. Gehen wir es rasch an, weil Wien darf nicht ein Schlusslicht sein oder gar noch stärker werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Margulies und ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

„Gemma's an“, hat Kollege Tschirf gesagt. *(Allgemeine Heiterkeit.)* Gemma's an, liebe Opposition, auch gerne gemeinsam, aber dann tun Sie nicht so viel Dampf plaudern! Jetzt ehrlich: Die Beispiele heute. Wir reden darüber, das hab' ich am Vormittag erklärt, uns fehlen unbestritten 320 Millionen EUR an Zahlungen vom Bund an Wien. Wir reden über steigenden Kindergarten. Sie haben gesagt: Ja, ja, passt, 500 Millionen Differenz. Dann kommt: Senken wir die Gebühren auf den Stand 2006. Ich habe nachgerechnet, 90 Millionen EUR wären das. Lassen wir die Tarife bei den Wiener Linien gleich. Übrigens, das wäre ein großer Wurf. Eine Senkung ist noch ein viel größerer Wurf. Daran arbeiten wir, aber das muss natürlich auch gegenfinanziert werden. Da erzähl' ich kein Geheimnis. Aber ich sag' Ihnen was: Selbst wenn die Tarife gleich bleiben, das ist in der Zeitung

schon gestanden, kostet das kommende Jahr die Wiener Linien ungefähr 60 Millionen EUR. Aber Kollege Tschirf sagt dann: Wir sind die Opposition. Wir müssen nicht sagen, woher wir das Geld nehmen. (GR Mag Wolfgang Jung: Na sicher nicht! - GR Dr Matthias Tschirf: Na, Sie haben ja das alles verlangt! Sie waren es ja!) Nein, nein, es geht darum, bei all ... Sie sparen Wien, die Stadt Wien zu Tode, weil Sie sagen, Gebühren sollen gesenkt werden, Tarife sollen gesenkt werden. (Aufregung bei der ÖVP.) Es fehlen hunderte Millionen und gleichzeitig kritisieren Sie, die Wirtschaftsförderung gehört erhöht, eigentlich gehört alles erhöht. Alles gehört erhöht, nur die Stadt darf nicht mehr Geld einnehmen. Erklären Sie es, stellen Sie sich raus, erklären Sie es! Deshalb die Frage, die Opposition soll es sagen. Wäre Geld in Hülle und Fülle vorhanden und Sie würden sagen, geben wir lieber zehn Millionen zusätzlich in die Wirtschaftsförderung und sparen wir es da - okay, nur wir haben ... (Aufregung bei GRin Mag Ines Anger-Koch und GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.) Sie selber haben den Rechnungsabschluss gesehen, Sie selber kritisieren in jeder Wortmeldung den Schuldenstand der Stadt Wien. (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das habe ich nicht gesagt!) Mittel- und langfristig muss es natürlich Ziel der Stadt Wien sein, ein ausgeglichenes Budget zu Stande zu bringen (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: So leicht kann man es sich nicht machen!). Ich entschuldige diese kurze Vorlesung für die KollegInnen von den GRÜNEN und der SPÖ, weil die wissen, wie das geht. Ein ausgeglichenes Budget erhält man ... (Aufregung bei ÖVP und FPÖ.) Nein, erhält man ... Da hat man zwei Möglichkeiten. Man hebt die Einnahmen. Wir würden uns wünschen, dass über den Finanzausgleich mehr nach Wien fließt. Der Herr Kollege Jung hat heute schon gesagt, nein, das will er eigentlich nicht. Aber ich hoffe, die ÖVP will es, dass über den Finanzausgleich mehr Geld nach Wien fließt, weil sonst müssten wir ... (Aufregung bei GRin Mag Ines Anger-Koch. - StR Mag Wolfgang Gerstl: Das haben wir ja schon gehört! - GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Und wo kommt das Geld her?) Wo kommt das Geld her? Na, das ist ja einfach, Kollege Aichinger! (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Von den Steuerzahlern! Von den Steuerzahlern!) Nein, nicht von allen Steuerzahlern! Ich sag' es einmal ganz bewusst: Von den obersten 10 Prozent, die permanent verschont werden! (Aufregung bei der ÖVP. - StR Mag Wolfgang Gerstl: Sie sind die Steuererhöher!) Ja, wir sind bei der Vermögenssteuer. Weil das, was Sie machen ... (Aufregung bei der ÖVP.) Wer gegen eine Vermögenssteuer ist, ist dafür, dass 90 Prozent der Bevölkerung belastet werden und dass 90 Prozent der Bevölkerung etwas weggenommen wird! Und ich sag' es Ihnen ganz offen: Ich bin dafür, den obersten 10 Prozent etwas wegzunehmen und den 90 Prozent etwas zu geben. Ja, ich stehe dazu und Ihre Ideologie ist eine andere! (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das habe ich nicht gesagt!) Ja, Kollege Aichinger, ich finde das super, dass ... Ich würde dich ja fast bitten, komm' raus und sag' das. Sag' das hier, dass du nicht dazu stehst, dass du der Meinung bist, die obersten 10 Prozent sollen reicher und reicher und reicher und reicher werden.

(Aufregung bei der ÖVP. - GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das habe ich nicht gesagt!) Man darf nur bei den Unteren kürzen und ihnen was ... (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Aber die Leistung! - Aufregung bei StR Mag Wolfgang Gerstl und GR Dr Matthias Tschirf.) Na, aber soll ich Ihnen einen Taschenrechner schenken? Lieber Matthias Tschirf, wenn man weniger Einnahmen hat und höhere Ausgaben, kann man entweder die Ausgaben senken oder die Einnahmen erhöhen. (StR Mag Wolfgang Gerstl: Senken! Senken! Werbeausgaben!) Wir haben am Anfang in der Debatte zum Rechnungsabschluss schon darüber geredet, wir sind auch nicht mit allen Ausgaben einverstanden, aber das, was immer wieder kommt, von Ineffizienzen bis zu den Werbeausgaben - jetzt kann man dazu stehen, wie man will -, das macht 50 bis 60 Millionen EUR aus. Ist okay, wenn man da was verändert. Aber Sie wollen ja 90 Millionen EUR der Stadt Wien wegnehmen, indem Sie die Gebühren senken! Sie beschwerten sich darüber, dass die Wirtschaftsförderung - obwohl, die investiven Ausgaben und die Wirtschaftsförderung waren noch nie so hoch wie 2009 und 2010, und trotzdem beschwerten Sie sich!

Wenn wir gemeinsam von diesem Schuldenstand runterkommen wollen, von diesem Defizit runterkommen wollen - ich hoffe, dass wir da zumindest einmal einer Meinung sind, sonst ist es tatsächlich uninteressant, mit Ihnen eine budgetpolitische Diskussion zu führen -, gibt's entweder Einnahmen rauf oder Ausgaben runter. Das, was Sie vorschlagen, ist Einnahmen runter und Ausgaben rauf. In Ihrem Misstrauensantrag, wenn ich diesen lese, so ist das eine budgetpolitische Geisterfahrt! Da steht drinnen: U-Bahn-Ausbau - egal, wie viele Kilometer U-Bahn man baut, es ist voll wurscht - um sechs Millionen gekürzt. Wir bauen eine U-Bahn dort, wo wir sie brauchen.

Wir bauen doch nicht eine U-Bahn, damit wir Geld raushauen. Das ist doch keine Begründung. Oder Sie sagen: Okay, Wiener Linien, die U-Bahn muss jetzt unbedingt ganz, ganz schnell nach Rothneusiedl kommen. So ein Antrag ist ja auch irgendwo da. Nein, so lange in Rothneusiedl nicht klar ist, was da hinkommt, wäre es absurd, wenn die Stadt Wien hunderte Millionen raushaut, um eine U-Bahn nach Rothneusiedl zu bauen! Der U-Bahn-Ausbau Richtung Süden läuft. Aber man muss sich wirklich gut überlegen: Was ist verkehrspolitisch sinnvoll? In welche Richtung geht die U-Bahn weiter und wo soll sie aufhören? Gerade in Krisenzeiten sollte man doch nicht das Geld noch weiter raushauen.

Wirtschaftsförderung, steht da, wird gekürzt. Die Wohnbauanleihen. Wohnbauförderung wird gekürzt. Na, glauben Sie, uns freut das? Glauben Sie, uns freut das, mitzubekommen, wie die Wohnbauförderung langsam, aber sicher gekürzt wird? Nein, das freut uns natürlich nicht. Aber soll man das Geld drucken? Soll man einen Bankraub in der Nationalbank machen oder wie stellen Sie sich das vor? (Aufregung bei der ÖVP.) Man soll alle Tarife einfrieren, man soll alle Gebühren einfrieren und man soll ja nichts erhöhen und man darf nicht mehr Geld einnehmen. Das höre ich und denke mir, ein bisschen wirtschaftspolitischer, budgetpolitischer Sachverstand und

jeder von Ihnen wüsste, das geht so nicht. Wenn ich eine gewisse Summe zur Verfügung hab', kann ich sie nicht doppelt ausgeben. (*GRin Mag Ines Anger-Koch: Na, das ist schon klar!*) Ja, und da wäre die Frage gewesen ... Ich bin ja wirklich ... Ich lade Sie wirklich ein, nicht nur da, ich lade Sie ein, mit mir gerne eine budgetpolitische Diskussion zu führen. Und wir nehmen uns nicht nur die großen Brocken her, aber wir nehmen uns zuerst die großen Brocken her und gehen dann zu den kleineren Punkten, weil es schon stimmt, auch Kleinvieh macht Mist. Aber das ist nicht das Problem, das die Stadt Wien hat. Die Stadt Wien hat das Problem, dass auf Grund der Arbeitsmarktsituation und der budgetpolitischen Situation des Bundes die Ausgaben für den Arbeitsmarkt und für den Sozialbereich massiv gestiegen sind. Und so ist das in jeder Gemeinde. Das liegt in den Aufgaben der Gemeinden, dass in Krisenzeiten genau diese Ausgaben für Gemeinden steigen. Gleichzeitig sind die Steuereinnahmen zurückgegangen. Wir können uns jetzt überlegen, welchen Weg steuern wir an? Steuern wir den Weg an, nichts darf erhöht ... Also ein Beispiel: Wenn der Gaspreis hergenommen wird. Das ist ein Unternehmen. Im Gegensatz zu Wien Kanal ist es nicht eine Unternehmung der Stadt Wien, sondern es ist ein echtes Unternehmen. Es ist eine Aktiengesellschaft, die Wien Energie AG. Wenn man sich die Preisvorstellungen des Kollegen Schock ansieht - die Erhöhung muss rückgängig gemacht werden und es darf nicht sein -, dann hätte die Wien Energie in den vergangenen 2 Jahren mehr als 100 Millionen EUR Verlust allein deshalb gemacht, weil der Einstandspreis vom Gas höher ist als das, wie Sie sagen, was man erhöhen darf. Da ist dann tatsächlich die Frage: Ist es Ihnen wirklich wert, der Bevölkerung mit solchen Vorschlägen den Kopf zu verdrehen, indem Sie es aber besser wissen, dass es nicht so ist, nur um Wählerstimmen zu ergattern? Ist es Ihnen das wert, alle Menschen für dumm zu verkaufen, dass man wirklich glaubt, man kann ein Minimalbudget, das immer mehr reduziert wird, aus dem Nichts heraus verdoppeln und gleichzeitig Schulden abbauen? Nein, das geht nicht. Sie lassen, was das betrifft, tatsächlich jegliche Budgetkompetenz vermissen. Und wenn dann der Vorschlag kommt, weil wir ja aus der Krise nichts gelernt haben - ich kann mich erinnern, 2008 große Krise. Sogar die „Kronen Zeitung“ - ich halte nichts von dieser Zeitung, ich sage das hier ganz offen - hat 2008 antikapitalistische Thesen abgedruckt, hat geschrieben: So darf es nicht weitergehen, so kann es nicht weitergehen! Auch die Reichen und Vermögenden dieser Welt, die Banken, et cetera, müssen sich beteiligen. Nichts ist passiert, absolut nichts ist passiert! Wir leben in dem Spiel so wie vor 2008, so als ob es 2008 nicht gegeben hätte. Das Problem an der Griechenlandkrise ist ja tatsächlich, und da gebe ich Ihnen ...

Nächste Geschichte: Ich halte in diesem Zusammenhang dieses „Unser Geld für uns're Leut“ gar nicht für so einen unintelligenten Spruch, weil es die Menschen nicht richtig verstehen. Die wissen nicht, dass die FPÖ meint (*Beifall von GRin Mag Ines Anger-Koch, GRin Ing Isabella Leeb und GR Dr Wolfgang Aigner.*), unser Geld in

unsere Tasche, das wissen sie nicht, sondern die verstehen ihn anders. Ich bin überzeugter Europäer und ich glaube, Solidarität ist wichtig. Aber selbstverständlich muss man bei der Solidarität aufpassen, dass es in dieser Solidarität nicht wieder die unteren 90 Prozent trifft. Wer aber wirklich will, dass unser Währungssystem nicht kollabiert, wer wirklich will, dass unsere Banken nicht kollabieren, der muss diese Solidarität aufbringen. Und da stellt sich ebenfalls die Frage: Woher nehmen wir das Geld? Sie entscheiden sich tagtäglich, Sie von der FPÖ, Sie von der ÖVP, Sie entscheiden sich tagtäglich dafür, die kleinen Leute auszusackeln und für blöd zu verkaufen! Und das ist abzulehnen! (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) In diesem Sinne würde ich mir auch in der europäischen Debatte von Ihnen tatsächlich einmal wünschen, offen zu legen, vor allem die ÖVP, wie Sie sich die Finanzierung des neuen europäischen Schutzmechanismus vorstellen. Wer soll es denn zahlen? Jetzt heißt es wieder, der Steuerzahler. Aber wer ist denn der Steuerzahler? Wer ist der Steuerzahler? (*Weitere Aufregung bei ÖVP und FPÖ.*) Wir alle sind Steuerzahler. Prozentuell zahlen die, die weniger haben, mehr. Das wissen wir alle. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Zwei Millionen zahlen nichts!*) Nein, nein, Fritz Aichinger. Zwei Millionen zahlen keine Steuer - von einem Wirtschaftsexperten so eine Aussage! (*Zwischenrufe von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger und GRin Mag Ines Anger-Koch.*) Weil die Mehrwertsteuer keine Steuer ist. Nein, jeder ... Nein, was ist die ... Die Mehrwertsteuer ist keine Steuer, nein. (*Aufregung bei GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*) Wenn Sie sagen, zwei Millionen zahlen keine Lohnsteuer, dann können wir darüber reden. Warum zahlen zwei Millionen keine Lohnsteuer? Ich verrate Ihnen noch was. Jeder Einzelne dieser zwei Millionen, die keine Lohnsteuer zahlen, würde sich wünschen, Lohnsteuer zu zahlen. Die würden sich wünschen, so viel zu verdienen (*Weitere Aufregung bei GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*), dass sie einmal Steuer zahlen können. Für mich ist ja „mein Kindheitstraum“ mit 15, sage ich dazu, insofern in Erfüllung gegangen, ich habe mir immer gewünscht, ich wünsche mir, dass ich so viel verdiene, dass ich im Höchststeuersatz drinnen bin. Das hab' ich mir gewünscht. Dann habe ich mir gedacht, ich hab' es halbwegs geschafft. (*Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.*) Und dann kann man darüber reden, ob der Höchststeuersatz tatsächlich das ist, was letztendlich angehoben werden muss. Ein Solidarbeitrag ab einer Grenze von 100 000 EUR im Jahr, darüber könnten wir einmal reden. Oder ob es eben die Vermögenssteuer ist, weil die Vermögensverteilung noch viel ungleicher ist als die Verteilung der Einkommen.

Und wenn wir dann zu guter Letzt noch zum Punkt der Grundsteuer kommen. Wer zahlt Grundsteuer? Wie viel ist es denn? 20 Milliarden hat die Stadt Wien geschätzt. Ich glaube, es ist im Verhältnis noch viel mehr. Erstens ist die Grundsteuer letztendlich nicht relevant für öffentliche Körperschaften - ich meine, ob die Stadt Wien an sich selber Grundsteuer zahlt, ist ziemlich wurscht -, sondern für alle anderen, insbesondere den Privatbesitz. Was sagt die Oesterreichische Nationalbank zum Privatbesitz an Grund und Boden? 850 Milliarden EUR - noch

ungleicher verteilt als das Geldvermögen und Sie wissen, wie ungleich das Geldvermögen verteilt ist. Das heißt nichts anderes als: Grund und Boden kann nicht davon laufen. Die letzte Neufeststellung der Einheitswerte ist, glaube ich, 40 Jahre zurück. Einmal ist dazwischen aufgewertet worden. Warum? Warum schenken wir das den Reichen und Vermögenden die ganze Zeit und die ganze Zeit werden die Armen und die Mittelschicht belastet! Ich will das nicht. Ich will, dass die sogenannte Mittelschicht tatsächlich profitiert. Ich will, dass die Armen und Ärmeren tatsächlich profitieren. Das geht in unserer Gesellschaft nur noch, wenn diejenigen, die mehr Geld haben, zahlen.

Ein letzter Punkt und da komme ich, weil mich das auch immer wieder ärgert, zur Wirtschaftspolitik in Wien zurück, insofern nämlich Wettbewerb. Wir brauchen Industrie, et cetera.

Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch in Wien mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, et cetera. Nur sind wir uns ehrlich: Die Rahmenbedingungen für den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt setzt die Bundespolitik fest und man kann die Rahmenbedingungen ... (*GRin Ing Isabella Leeb: Sie können Sie ändern!*) Also Entschuldigung, Arbeitsmarkt ist bundespolitische Materie, Wirtschaftspolitik ist bundespolitische Materie. Wir können uns Förderungen überlegen und aktive Geschichten einbringen (*GRin Ing Isabella Leeb: Für den Standort! Standortförderung!*) und Standort ... Ja, genau da wollte ich hin. Sollen wir jetzt tatsächlich in den Wettbewerb mit den Umlandgemeinden eintreten? Ist es das, was Sie wollen, sozusagen Förderungsdumping, Steuerdumping, wer mehr hergibt, dort geh' ich hin? Viel besser wäre es, und das ist mit Niederösterreich leider tatsächlich schwierig, verstärkt Kooperationen einzugehen - so wie es auch mit den vielen europäischen Programmen, die es gibt, versucht wird, anzuleiern -, aber im großen Stil Kooperationen auch mit den Umlandgemeinden. Und nur in der Kooperation kann der Vorteil für die einzelnen Gemeinden liegen und nicht im Wettbewerb gegeneinander. Was hat das für einen Sinn, Wien gegen Gerasdorf, Wien gegen Kottlingbrunn, Wien gegen Mödling, Wien gegen Baden? Das hat null Sinn. (*GRin Mag Ines Anger-Koch: Nein!*) Die Einzigen, die davon profitieren, sind diejenigen Unternehmen, die sich so oder so ansiedeln würden und dann einfach die positiven Mitnahmeeffekte für sie aus der unterschiedlichen Standortförderung nutzen. Es gibt genug Unternehmen, die sich in Wien ansiedeln, weil sie glauben, man kann in Wien ein recht gutes Geschäft machen. Das glaube ich auch. Es gibt Forschungsunternehmen, es gibt unzählige Dienstleistungsbereiche, die sich in Wien niederlassen. (*Zwischenruf von GRin Mag Ines Anger-Koch.*) Es tut mir leid, es ist zu leise. Ich verstehe es nicht, deshalb kann ich nicht darauf antworten. (*Weitere Zwischenrufe von GRin Mag Ines Anger-Koch.*) Nein, komm' nach vor, Ines, ich diskutiere gerne, ich habe da überhaupt kein Problem damit. (*Heiterkeit bei GRin Mag Ines Anger-Koch.*)

Nachdem jetzt die Zeit abläuft, ein letzter Satz auch noch zur Entwicklung Arbeitsmarkt, Dienstleistungsmetropole. Ich kann mich erinnern, 2008 bin ich da gestan-

den und hab' gesagt - und wir haben es als GRÜNE tatsächlich leichter. Wir haben, wenn die Stadt Wien sich so gelobt hat, wie toll ihre Arbeitsmarktpolitik ist, immer gesagt: Auf dem Boden bleiben. Ja, wir beeinflussen das auch, aber die zentralen Rahmenbedingungen kommen vom Bund. Das gilt natürlich auch für den Fall, wenn es umgekehrt ist. Ja, es ist nicht erstrebenswert, wenn in Wien die Arbeitslosigkeit nicht stärker zurückgeht. Wer will das? Weder die Sozialdemokratie noch die GRÜNEN noch ÖVP noch FPÖ. Ein gemeinsames Ziel. Aber seien wir uns ehrlich, die politischen Handlungsspielräume von Wien sind beschränkt. So wie sich die Stadt Wien nicht hoch loben soll, wenn wir die besten Arbeitslosenzahlen haben, kann man uns auch nicht verdammen, wenn die Arbeitslosigkeit in Wien langsamer zurückgeht. Warum ist es so? Wien ist Dienstleistungsmetropole. Vor zwei Jahren bin ich da gestanden und hab' gesagt, es kommt mit Verzögerung die Welle der Arbeitslosigkeit auf uns zu. Es wird langsamer ansteigen und es wird auch langsamer zurückgehen. Ja, so ist es.

In dem Sinn würde ich mir wünschen: Machen Sie, was durch den Misstrauensantrag auch offensichtlich wird, Ihrer budgetpolitischen Geisterfahrt ein Ende. Steigen Sie ein in den Diskurs um Wien, in einen Diskurs, der uns alle vielleicht nach vorne bringen könnte. Aber es ist notwendig und wichtig, insbesondere in schwierigen Zeiten. Danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Sie sind ein glänzender Rhetoriker, Herr Kollege Margulies, das muss ich Ihnen wirklich lassen. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Danke!*) Jetzt habe ich zwei Debattenbeiträge von Ihnen gehört und das Wort Dampfplauderei haben Sie ganz zu Beginn Ihres zweiten Beitrages in den Mund genommen. Dabei möchte ich es einfach belassen. Ich glaube, dass Sie nicht akzeptieren können, dass es unterschiedliche wirtschaftspolitische Auffassungen gibt. Sie haben Ihre, das ist eine sehr linke. Politische Regime, die diese linke Auffassung vertreten, sind meines Wissens Ende der 80er Jahre zusammengebrochen. Nordkorea könnte man aktuell vielleicht noch anführen. Sie haben da eine sehr extreme Haltung, wir haben das nicht. Sie sind nicht tolerant genug, akzeptieren zu können, dass andere Gruppierungen, andere Parteien eben andere Haltungen haben. Sie machen hier eine Politik auf Zuruf. Ja, intelligent, das gebe ich zu, und rhetorisch geschliffen. Aber, Sie haben es selbst eingangs erwähnt, es ist inhaltlich viel „Dampfplauderei“. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich würde nun gerne auf eine sachliche Ebene zurückkommen und bei den Fakten bleiben, nämlich beim Rechnungsabschluss 2010. Dieser Rechnungsabschluss war ein Rechnungsabschluss der roten Rekorde. Es war ein Rechnungsabschluss der Rekordschulden. Es war ein Rechnungsabschluss der Rekordbelastung bei Gebühren und Abgaben. Und es war ein Rechnungsabschluss der Rekordarbeitslosigkeit. Diese roten Rekorde,

diese Negativrekorde aus unserer Sicht, tragen eine eindeutig rote Handschrift und das ist die Handschrift des Herrn Bürgermeisters und der Frau Finanzstadträtin!

Rote Schuldenpolitik finden wir aber nicht nur in Wien, sondern rote Schuldenpolitik gibt's auch im Bund. Das zieht sich wie ein roter Faden vom Rathausplatz zum Ballhausplatz und wieder zurück oder auch die umgekehrte Richtung, je nachdem, wie man es sehen mag. Es gibt hier diesen roten Faden und den gibt es Wien und den gibt's auch im Bund.

Bundeskanzler Faymann hat der Republik Österreich eine Rekordbelastung von 205 Milliarden EUR an Schulden im letzten Jahr verpasst. Diese Schulden werden bis zum Jahr 2015 noch um weitere 50 Milliarden EUR auf Grund des Bundesfinanzrahmengesetzes ansteigen. Und bei diesen 50 Milliarden sind noch gar nicht die Extraschulden durch die Österreichanteile am Griechenlandpaket, durch die Österreichanteile am Haftungsrahmen für Irland und Portugal und durch die Österreichanteile im Europäischen Stabilitätsmechanismus berücksichtigt. Allein dieser Stabilitätsmechanismus, ESM, kostet 2,23 Milliarden EUR und wer weiß, was sonst noch an Paketen, Mechanismen und sonstigen Stabilisierungsfunktionen in den nächsten Jahren herbeikommt. Eines wissen wir: Es geht zu Lasten der Steuerzahler. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf die Verschuldungssituation der Gemeinde Wien zurückkommen. Der vorliegende Rechnungsabschluss weist einen Rekordschuldenstand der Gemeinde von mehr als 3 Milliarden EUR auf. Dies entspricht einer Verdoppelung der Schulden in den letzten vier Jahren und beinahe einer Verdreifachung, wenn wir den im Voranschlag 2011 angeführten höheren Schuldenstand per 31. Dezember 2011 berücksichtigen.

Knapp mehr als die Hälfte dieser Schulden, nämlich in etwa 1,6 Milliarden EUR, sind in Schweizer Franken und das haben wir heute auch schon einmal diskutiert, dieses Schweizer-Franken-Thema. Jeder österreichische Bankkunde weiß, was es heißt, in Schweizer Franken verschuldet zu sein. Der Euro hat gegenüber dem Schweizer Franken in den letzten vier Jahren in etwa ein Viertel seines Wertes eingebüßt. Diese Schweizer-Franken-Finanzierungen haben ein ähnliches Schicksal, das heißt, auf einmal hat man Kredite und die sind ein Viertel teurer.

Die Gemeinde Wien weist im Rechnungsabschluss 2010 ein Finanzierungsvolumen, wie ich schon sagte, von 1,6 Milliarden in Schweizer Franken auf, 3 Milliarden EUR ist das Gesamtfinanzierungsvolumen. Wenn Sie das hochrechnen, dann kommen Sie zu astronomischen Summen, denn wir sehen, dass allein Anfang 2011 das Euro-Schweizer-Franken-Verhältnis um 3,4 Prozent angestiegen ist, das heißt, die Schulden gehen nach oben, nach oben und nach oben, egal, wie man jetzt gegensteuert, allein aus dem Schweizer-Franken-Kreditportfolio.

Die Gesamtschuld im Berichtsjahr ist also um ein Fünftel allein durch die Schweizer-Franken-Abwertungen, wir haben es heute schon einmal erwähnt,

im Ausmaß von 240 Millionen EUR erhöht worden, die Gesamtschuld um 240 Millionen erhöht, davon waren in etwa 230 Millionen Schweizer Franken Direktverbindlichkeiten und der Rest war Schweizer-Franken-Swap. Wir nehmen an, dass es ein Swap ist.

Erlauben Sie mir auch hier den Vergleich mit dem Bund. Die Finanzaushaftungen in Fremdwährungen des Bundes betragen im Jahr 2009 3,02 Prozent. Die Finanzschuld, die aushaftende, in Fremdwährung in Wien betrug im gleichen Zeitraum 72,02 Prozent. Das ist 24 Mal mehr, als es im Bund der Fall war und es lässt folgende Schlussfolgerung zu, wo mir eigentlich alle Experten recht geben: Die Stadt Wien verhielt sich wie ein hoch spekulativer Hedgefonds, der Gelder der Wiener Steuerzahler verzockte. 240 Millionen EUR im letzten Jahr! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe zum Thema Währungsverluste auch eine Reihe von Anfragen an das Finanzressort gestellt und ich bin schon sehr gespannt auf die Ergebnisse, die wir in etwa einem Monat haben werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf ein zweites Thema, nämlich die Rekordbelastung mit Gebühren und Abgaben in Wien, eingehen. Auch das zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Finanzgebarung. Wien und auch der Bund. Lassen Sie mich kurz auf den Bund eingehen. In Österreich arbeitet jeder Steuerzahler im Jahr 2011 bis zum 31. Juli nur für den Staat. Dieses Datum ist der sogenannte Tax Freedom Day, der heuer am 31. Juli stattfindet. Nur im Vergleich dazu: In den USA war der Tax-Freedom-Tag heuer am 12. April und in Großbritannien am 30. Mai. *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)* Die Steuer ... Das ist kein Blödsinn. Die Steuer- und Abgabenquote in Österreich liegt bei über 44 Prozent. Damit liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld bei der Steuer- und Abgabenquote. Höhere Steuern und Abgaben gibt es nur noch in Belgien und den skandinavischen Ländern.

Neben einer hohen Steuerlast auf der Bundesebene wird der Wiener Bürger aber auch mit einer steigenden Anzahl von kommunalen Gebühren und Abgaben belastet. Ich würde gerne einige davon exemplarisch nennen, und da einige heute auch schon genannt wurden, werde ich mich bemühen, diese nicht zu wiederholen. Da gab es zum Beispiel die Erhöhung der Betriebskostenaufschläge für Werkwohnungen für Bedienstete der Gemeinde Wien mit plus 7 Prozent am 1. Jänner 2010. Also ich versuche, nur die aktuellen zu bringen. An sich gibt es auch so ein Paket, das auf 2006 zurückgeht, aber ich will mich wirklich nur auf die aktuellen konzentrieren, weil das sonst zu viel wird. Die Erhöhung der Pflegegebühren in den öffentlichen Wiener Krankenanstalten per 1. Jänner 2010 um plus 8 Prozent. Die Erhöhung der Gebühren für die Inanspruchnahme des Vergabekontrollsenates per 1. Oktober 2010 um plus 5,8 Prozent. Die Erhöhung der Gebühren der Wiener Büchereien ab 1. Jänner 2011 um plus 22,2 Prozent. Die Erhöhung der Wiener Taxitarife per 10. Februar 2011 um 2,1 Prozent. Die Erhöhung des Gaspreises, das wurde heute auch schon mehrfach angesprochen, per 1. April 2011 um plus 9,8 Prozent. Das macht seit 2006 insgesamt eine

Erhöhung von 42 Prozent. Da sind die Rückgänge auch schon abgezogen. Darauf möchte ich später noch einmal eingehen. Die Erhöhung des Kostenbeitrages für die ambulante Pflege per 1. April 2011 um plus 5,5 Prozent und die Erhöhung der Gebühren für den Karmelitermarkt um plus 7,8 Prozent. Ich muss sagen, ich gehe auch gern auf den Karmelitermarkt; es wird alles immer teurer.

Eine durchschnittliche Wiener Familie ist durch diese Gebührenerhöhungen, durch diesen Rekordanstieg bei den Gebühren, mit 1 247 EUR im Jahr seit 2006 belastet. Wir finden, dass das zu viel ist. Das ist eine echte Schröpfung für die Bürger Wiens.

Auf Initiative der Freiheitlichen Partei wurden vom Rechnungshof auch die Gebühren von Kanal, Wasser und Müll untersucht. Das wurde heute auch schon ein paar Mal angesprochen. Der Hauptkritikpunkt bei dieser Sonderprüfung war, dass auf Kosten der Gebührenzahler Überschüsse bei Wasser, Kanal und Müll erwirtschaftet und diese Überschüsse direkt zur Finanzierung des allgemeinen Budgets herangezogen werden. Auch das hat System, aber darauf komme ich später noch einmal zu sprechen.

Der Rechnungshof fordert in seinem Bericht zu dieser Gebührensonderprüfung, dass eine Aussetzung der Valorierungsbestimmungen so lange stattfinden soll, bis der Mangel bei der Gebührenkalkulation behoben ist. Unsere Fraktion hat am 1. Juni im Rahmen der Sondersitzung einen Antrag eingebracht, in welchem wir Selbiges fordern, nämlich eine Aussetzung der Valorierungsbestimmungen für dieses Jahr, damit der Mittelstand, damit die Menschen in Wien entlastet werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und das vorhin erwähnte System mit den Direktbudgetzuflüssen, zu einer besonderen Entschädigung der Gebührenzahler kam es durch das Cross Border Leasing. Prof Eisenstein hat das schon kurz einmal beim zwischenzeitlich ausgegliederten Unternehmen Wien Kanal erwähnt. Im Rahmen eben dieses Cross Border Leasings bei Wien Kanal wurde der Zinsaufwand aus der Leasing-Transaktion dem Gebührenzahler angelastet, während die anfallenden Zinserträge direkt in das allgemeine Budget geflossen sind. Also Sie sehen, es hat System.

Mehr als die Hälfte der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinde Wien wird zwischenzeitlich in ausgegliederten Unternehmen abgewickelt, das heißt, die Budgethoheit des Gemeinderates und damit auch die Kontrollfunktion der Opposition werden ausgeschaltet.

Neben den Spitälern im Wiener Krankenanstaltenverbund, die durch steigende Defizite Schlagzeilen machen, stehen in diesem Zusammenhang vor allem die Wiener Stadtwerke und die Wien Energie auf Grund ihrer Preispolitik im Fokus der Kritik. So konnte beispielsweise das Betriebsergebnis bei Wien Energie in den letzten vier Jahren verdoppelt werden. Das ist positiv. Dennoch wurde seitens Wien Energie per 1. April 2011 der Gaspreis um 9,8 Prozent angehoben, ich sagte es schon. Hier handelt es sich um eine Preiserhöhung, die betriebswirtschaftlich nicht notwendig gewesen wäre und einen durchschnittlichen Wiener Haushalt mit 100 EUR

im Jahr zusätzlich belastet. Die Strom- und Gastarife in Wien liegen ohnedies schon im Spitzenfeld in Österreich. Das wird vom Rechnungshof festgestellt und das belegt auch die Energieagentur. Also das ist allgemeine Kenntnis. Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass Sie jetzt ganzseitigen Inseraten, die tagtäglich in den Medien geschaltet werden und wo auch am Wochenende wieder zahlreiche waren, die ich bei meiner Medienrecherche gefunden habe, wörtlich schreiben, ich zitiere: „Bei der Tarifvielfalt von Wien Energie bekommt jeder den Strom- und Erdgasarif, der perfekt zu ihm passt.“ Zitat Ende. Wir Freiheitlichen finden, dass der perfekte Tarif für jeden der niedrigste Tarif ist und deshalb fordern wir, dass der Strompreis um 10 Prozent und der Gaspreis um 20 Prozent gesenkt werden, und am besten sofort. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, weniger rosig als die Bilanzen der Wien Energie sehen die Bilanzen der Wiener Linien aus. Das Defizit der Wiener Linien ist in den letzten 4 Jahren um die Hälfte angestiegen und liegt jetzt bei 110 Millionen EUR. Die 100 EUR Öffi-Jahreskarte, die von den GRÜNEN im Wahlkampf gefordert wurde, wird sich deshalb nicht ausgehen. Vielmehr werden nun unter der rot-grünen Stadtregierung die Öffi-Einzelfahrscheine um 20 Prozent mehr kosten. Das ist Politik zu Lasten der Bürger.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum dritten Rekord im Jahr 2010, der wurde auch schon mehrfach angesprochen, und das ist die Arbeitslosigkeit in Wien. Da gibt es offenbar sehr kontroverse Meinungen dazu. Faktum ist, dass in Wien im letzten Jahr 12 000 Arbeitsplätze verloren gingen, während im selben Zeitraum im heute auch schon mehrfach zitierten Niederösterreich fast 14 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wien ist laut WIFO das einzige Bundesland mit negativem Beschäftigungswachstum.

Ein ähnliches Bild zeichnet die Arbeitsplatzstatistik. Während die Arbeitslosigkeit derzeit sinkt, gab es in Wien im letzten Jahr eine Zunahme der Arbeitslosigkeit von 7,2 Prozent auf mehr als 84 000 Personen. In allen anderen Bundesländern waren die Arbeitslosenzahlen deutlich rückgängig. Erlauben Sie mir, dass ich dazu einige Vergleiche anführe: In Niederösterreich sank die Arbeitslosenzahl 2010 um 6,5 Prozent, in der Steiermark um 13,9 Prozent und in Vorarlberg gar um 19,2 Prozent. Unter Einrechnung der Schulungsteilnehmer beim AMS, aber das wurde heute auch schon mehrfach gesagt, gab es laut WIFO im letzten Jahr in Wien sogar eine Arbeitslosenquote von 12 Prozent. Das WIFO ist sicherlich unserer Partei nicht nahestehend, also dürfte das eine objektive Beurteilung sein.

Dass die rote Stadtregierung im Bereich der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik völlig falsch reagiert hat, zeigt eine weitere Analyse des WIFO. Diese Analyse zeigt auf, dass die Bauproduktion in Wien im Jahr 2010 überdurchschnittlich geschrumpft ist. Als Grund dafür wird angeführt, dass die öffentlichen Aufträge in Wien um mehr als 10 Prozent zurückgingen. Während sich die anderen Bundesländer heute bereits in einem wirtschaftlichen Aufholprozess befinden, hat in Wien die Wirt-

schaftskrise bedauerlicherweise jetzt erst voll gegriffen. Erlauben Sie mir noch einen Vergleich: Die Gemeinde Wien hat in den letzten Jahren unter der Amtsführung von Bgm Häupl als einziges Bundesland insgesamt 18 000 Arbeitsplätze verloren, während im selben Zeitraum im restlichen Österreich mehr als 355 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden, 70 000 davon allein im vielgescholtenen Niederösterreich.

Lassen Sie mich nun zum Schluss kommen. Es ist davon auszugehen, dass sich diese rote Rekordbilanz auch im Jahr 2011 nicht wesentlich ändern wird. Der Voranschlag 2011 spricht hier eine eindeutige und unmissverständliche Sprache. Mit dem Wiener Voranschlag 2011 hat Rot-Grün ein Kürzungsbudget vorgelegt. Insgesamt sind Kürzungen von Kreditbindungen im Ausmaß von 300 Millionen EUR vorgesehen. Diese Kürzungen werden ganz besonders die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt treffen. Das ist unserer Meinung nach ein Signal in die falsche Richtung, ein Signal gegen die Wirtschaft, gegen Klein- und Mittelbetriebe. Allein die Förderung von KMUs wird im laufenden Jahr um 10 Millionen EUR gekürzt, das ist eindeutig ein Signal gegen die vielen leistungswilligen Wienerinnen und Wiener. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weil Sie all diese falschen Maßnahmen setzen, meine Damen und Herren, weil Sie offenbar an den falschen Hebeln drehen, meine Damen und Herren von Rot und Grün, weil Sie all diese struktur- und beschäftigungspolitisch falschen Maßnahmen setzen, werden Sie bei den nächsten Wahlen von den Bürgern in die Pflicht genommen werden. Und eines ist gewiss: Die Bürger werden Sie abwählen, weil sie nicht mehr bereit sind, die Zeche für Ihr Politikversagen weiter zu zahlen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Ekkamp. Ich erteile es ihm. – Bitte.

GR Franz **Ekkamp** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Geschätzte Damen und Herren!

Ich habe, wenn Sie mich kennen, viel Verständnis für die unterschiedlichen politischen Positionen der einzelnen Fraktionen. Ich habe auch Verständnis für Kritik. Das ist natürlich die Rolle der Opposition. Ich ersuche aber genauso um Verständnis, wie wir unsere Positionen würdigen und darstellen. Ich ersuche auch um Verständnis, obwohl es nicht gerne gehört wird, wenn wir einen Benchmark anstreben, einen sogenannten Vergleich, wo die einzelne andere Partei in einer Regierungsfunktion war oder auch ist. Nur so kann man die politischen Zielsetzungen messen.

Was ich aber ablehne, geschätzte Damen und Herren, und ich verweise darauf, es ist jetzt ein wenig die Diskussionskultur in den letzten zwei Stunden besser geworden, sind persönliche Angriffe, persönliche Diffamierungen, Unterstellungen in der Generaldebatte, ohne Beweise anzutreten. Das ist nicht der Stil dieses Hauses, geschätzte Damen und Herren! Lassen Sie mich das kurz anhand eines Beispiels erwähnen. Es kam von der FPÖ die Kritik an unserer Frau Finanzstadträtin zum

Thema Arbeitslosigkeit im Rechnungsabschluss, der in Papier gehalten ist, sie hätte im Vorwort falsche Zahlen genannt. Ich habe mir das kopieren lassen und sehe da nicht, dass irgendwelche falschen Zahlen zum Thema Arbeitslosigkeit genannt worden sind. Sie hat genau gesagt, das Jahr 2010 stand, wie bereits 2009, ganz im Zeichen der internationalen Finanzkrise, und dann, durch Engagement, Finanzpolitik und die städtischen Unternehmen ist es gelungen, den Einbruch des Bruttoinlandsproduktes und den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Wien von allen Bundesländern am geringsten zu halten. *(StR DDr Eduard Schock: Das stimmt leider nicht! Das ist falsch!)* Wenn Sie aber hergehen und genau aufpassen, was ich vorhin gesagt habe – das Jahr 2010 –, dann stimmt diese Aussage. *(StR DDr Eduard Schock: Wir reden über heute, 2011! Aber Sie legen uralte Zahlen vor!)* Daher weise ich diese Anschuldigung, wenn Sie das noch mit einem Misstrauensantrag in Verbindung bringen, auf das Schärfste zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe mir gleichzeitig natürlich die Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenzahlen, wie sie hier genannt wurden, auch kommen lassen. Da geht es um einen Anstieg. Ich kann mich nicht erinnern, dass, als die Arbeitslosenzahlen in der Krise gestiegen sind – das wissen wir alle, die hier seinerzeit noch vertreten gewesen sind – es Bundesländer gegeben hat, wo es Arbeitslosenzahlensteigerungen von 50, 55 und 60 Prozent gegeben hat. Im Durchschnitt zwischen 2008 und 2010, meine sehr geehrten Damen und Herren, weist Wien 11,6 Prozent aus, während zum Beispiel Oberösterreich fast 37 Prozent ausweist, Niederösterreich 23 Prozent ausweist. Also, sie hat die Wahrheit gesagt. Man muss es nur auf 2010 fokussieren.

Es ist schon mehrfach erklärt worden, geschätzte Damen und Herren, warum in Wien die Arbeitslosigkeit faktisch später gestiegen ist. Wir haben eine sehr lange Zeit gehabt, wo sie noch gesunken ist, während sie in den anderen Bundesländern gestiegen ist. Jetzt beginnt sie erst de facto, sich langsam wieder zu erholen. Das hat eben mit der Wirtschaftsstruktur zu tun.

Meine Damen und Herren, der Rechnungsabschluss 2010, betone ich, stand im Zeichen der größten Krise seit 60 Jahren. Es ist heute schon vielfach gesagt worden, es ist uns mit Hilfe einer guten Finanz- und Wirtschaftspolitik und starkem Engagement der städtischen Unternehmen gelungen, den Einbruch, wie es im Vorwort gestanden ist, im Bruttoregionalprodukt hintanzuhalten und einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Dazu haben beigetragen die hohen Investitionen, Baunebengewerbe 1,9 Milliarden EUR, das ist plus 11 Prozent, Kernbereich plus städtische Unternehmen, 2,8 Milliarden EUR, nachfragewirksame Ausgaben 2010 fast 5 Milliarden EUR, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist ein Topwert und löst natürlich auch eine nachhaltige Wertschöpfungskette, nicht nur für Wien, sondern für die ganze Region aus.

Es ist vorhin auch von einem Vorredner gesagt worden, die Investitionen werden in der Zukunft zurückgehen. Ich erinnere an die Wiener Stadtwerke. Daher sind

wir so stolz darauf, dass wir die Betriebe der Wiener Stadtwerke in den eigenen Reihen halten. Wer an das Verkaufen denkt, wird wahrscheinlich ein böses Erwachen erleben. Wenn es nämlich schlechter wird, dann werden diese Betriebe nicht gegensteuern, weil ein Betrieb in einer Krise eher restriktiv und vorsichtig ist. Aber die Wiener Stadtwerke haben eben investiert, nur zum Beispiel 724 Millionen EUR heuer investiert, das ist ein Plus von 8 Prozent, nur im Bereich Verkehr für U-Bahn-Ausbau und die Erneuerung des Fuhrparks 413 Millionen EUR. Auch die Wien Holding, die des Öfteren kritisiert wird, aber eine ganz tolle Arbeit leistet, hat heuer 153 Millionen EUR investiert und wird nächstes Jahr, um einen kurzen Blick in die Zukunft zu machen, diese Investitionen auf 174 Millionen EUR steigern. Die Wiener Stadtwerke haben vor, bis 2015 mehr als 4 Milliarden EUR für die Wirtschaft, für nachfragewirksame Investitionen, zu tätigen. Ich glaube, das ist ein Wert, der sich durchaus sehen lassen kann und mithilft, dass wir in Wien stabile Situationen vorfinden.

Das Thema Arbeitsplätze ist auch schon mehrfach behandelt worden. Da wird viel mit Zahlen, auf Wienerisch gesagt, umadumg'schmissen. Die Wahrheit ist, in Wien gibt es die höchste Beschäftigungsquote, geschätzte Damen und Herren. Wenn man nur, um wieder ein Benchmark zu machen, das viel gelobte Niederösterreich – die Niederösterreicher sind mir sehr sympathisch – in Betracht zieht, das fast die gleiche Einwohnerzahl wie Wien, nur eine Spur weniger, hat und sich dann die Arbeitsplätze anschaut, sind dort um 230 000 unselbstständig Erwerbstätige weniger als in Wien. Darum pendeln 250 000 jeden Tag. Das zeigt dann schon von einer Intention gerade in Wien, dass hier halt mehr arbeiten, es in Wien eine höhere Beschäftigungsquote gegenüber Niederösterreich gibt. Das wird leider bei den Vergleichen immer ausgeblendet. Wenn hier verlangt wird, es muss sich in Wien etwas ändern, das ist so schlecht, wollen wir das ändern, dass wir dann nur mehr 570 000 unselbstständig erwerbstätige Arbeitsplätze haben? Das kann es nicht sein! Also wir werden weitersehen.

Natürlich ist es in der Krise, und das ist auch schon angesprochen und kritisiert worden, durchaus logisch, dass die Schulden steigen, wenn man weniger Bundes-einnahmen hat. Die Zahlen sind schon genannt worden. Dafür, glaube ich, braucht man keinen Uni-Abschluss, dass man das zusammenrechnen kann. Wenn man die sozialen Standards halten kann, auch im Bereich der Wirtschaftsförderung halten kann, halbwegs auf einem hohen Niveau, dann fehlt ganz einfach das Geld.

Trotzdem ist es uns in Wien gelungen, wieder einige positive Beispiele zu erreichen. Nehmen wir nur zum Beispiel den Tourismus her. Der Tourismus hat sich nach einem Krisenjahr wieder prächtig erholt. Es ist natürlich ein gutes Paket von Maßnahmen in ganz Wien geschnürt worden. Das half dem Tourismus, plus 4 Prozent. International sind wir beim Kongresstourismus mit plus 4 Prozent an 1. Stelle. Die Nächtigungszahlen sind um 11 Prozent gestiegen. Das heißt, fast 12 Millionen Nächtigungen in Wien 2010. Ich darf noch, weil das sehr unverdächtig ist, den Vorsitzenden des parlamentari-

schen Tourismusausschusses, einen freiheitlichen Nationalratsabgeordneten, zitieren, der meint: „Nachdem im Krisenjahr 2009 ein kräftiger Rückgang zu verzeichnen war, stellt das Ergebnis von 2010 durchaus eine leichte Erholung dar.“ – So der Nationalratsabgeordnete. Allerdings sei das Gesamtergebnis nur wegen des guten Wiener Landesergebnisses von mehr als plus 10 Prozent noch positiv geworden. Er hat natürlich logischerweise auch Maßnahmen, die wir in Wien bereits getroffen haben, gefordert.

Die Schulden habe ich schon gesagt. Aber lassen Sie mich zu einem Thema, das heute schon mehrfach angesprochen worden ist, noch kurz Stellung nehmen, nämlich zu den Kursverlusten in Schweizer Franken. Da ist einmal von 220 Millionen EUR, einmal von 230 Millionen EUR, dann von 240 Millionen EUR geredet worden. Grundsätzlich, glaube ich, ist das eine intelligente Form der Finanzpolitik, wenn ich sogenannte dauernde Anleihen aufnehme, wo kein Zeitpunkt ist, wann ich zurückzahlen muss. Das ist etwas Gescheites. Das heißt, wir sind nicht gedrängt. Wenn sich der Kurs wieder besser entwickelt, kann man das wieder zur Schuldentilgung heranziehen. Ich denke, gerade dieser Weg beweist eigentlich, wie professionell bei uns die Finanz- und Schuldenpolitik betrieben wird. Ich darf mich hier im Namen meiner Fraktion auch beim Herrn Finanzdirektor und seinem engagierten Team für seine Arbeit recht herzlich bedanken! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Schuldenvergleich ist, glaube ich, auch schon angesprochen worden. Die Frau Stadträtin hat ihn erwähnt. Ich habe nur ein paar Zahlen da. Diese sind nicht von mir. Man kann sie sich ausdrucken. Obwohl Wien 2010 schon bemessen ist, weil wir das von den anderen Bundesländern noch gar nicht wissen, sind wir weit vor dem hochumjubelten Niederösterreich mit 4 300 EUR pro Kopf. Das ist aber die Zahl von 2009. Kärnten ist noch besser. Das hat nur 3 550 EUR im Jahr 2009. Prozentuell mag ich das gar nicht bewerten, weil wenn Niederösterreich 2009 bereits beim Bruttoregionalprodukt bei einer Verschuldung von 16 Prozent liegt und Wien im Jahr 2010, weil die Zahlen kommen nämlich noch dazu, nur bei 4 Prozent, dann sehen Sie, dass Wien auch in der Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht so schlecht sein kann, wie hier gesagt wird.

Auch dass Wien kein attraktiver Wirtschaftsstandort sei, glaube ich, stimmt ganz einfach nicht. 113 internationale Unternehmen sind 2010, in einer schlechten Zeit, nach Wien gekommen. Das sind immerhin 50 Prozent. 50 Prozent der internationalen neuen Betriebe sind nach Wien gekommen. Logisch, die Standortfaktoren wie Infrastruktur, sozialer Friede, Ausbildung, Lebensqualität und die Drehscheibe Wien, die Drehscheibe für Europa, zählen natürlich alle mit. Auch die ABA, die Ansiedlungsagentur des Bundes, hat bemerkt, dass Wien unangefochten bei den bereits hier befindlichen internationalen Unternehmen ist. Von 18 000 Unternehmen in ganz Österreich befinden sich nämlich fast 8 000 in Wien.

Ich habe schon gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, der politische Zugang zu einer Wirtschaftspolitik kann immer unterschiedlich sein und das ist auch

gut so. Aber man soll sich gegenseitig respektieren und man muss auch einen gewissen Vergleich zulassen. Ich habe mir das schon gestattet. Das haben wir schon öfters gemacht. Die Freiheitlichen haben schon sieben Jahre lang Regierungsverantwortung gehabt. Keine Angst, ich werde jetzt keine Aufzählung machen. Das haben wir eh schon oft durchdiskutiert. Ich sehe schon freudiges Zucken. Von Kärnten, glaube ich, kann Wien nicht viel lernen. Das ist eh schon alles gesagt worden: Wörthersee, Hypo, Notverstaatlichung und so weiter. In Wahrheit haben sie über die Verhältnisse gelebt und sie haben wenig Handlungsspielraum. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe schon mitbekommen, dass sich der Parteivorsitzende der FPÖ, was durchaus legitim ist, schon als Bundeskanzler ausgerufen hat. Trotzdem ist es natürlich durchaus legitim, darüber nachzudenken, was kommen könnte. Wird dann der Honig für alle fließen? Das heißt, wir alle werden weniger Steuern zahlen, die Krankenkasse wird es gratis geben, die Pensionen werden verdoppelt, die Mehrwertsteuer wird gesenkt, es wird alles billiger, weil Strom auch nichts mehr kosten darf? Da habe ich mir schon Gedanken darüber gemacht, wie das denn sein könnte. Ich habe schon gesagt, Kärnten brauchen wir sicher nicht. Aus den sieben Jahren Regierung habe ich meinen Erfahrungsschatz mitgenommen.

Auf eines bitte ich aber schon zu achten, und das haben auch die Österreicherinnen und Österreicher gespürt und haben es bekannt gegeben, in einer Umfrage bewertet: In der Personalpolitik sollte man schon ein bisschen aufpassen. Jetzt rede ich nicht von Grasser oder Meischberger, weil ich glaube, das ist etwas Einzigartiges, was hier im Finanzbereich passiert ist. Es gab auch andere, die kurzerhand wieder zurückgetreten sind, einen Justizminister, weil er seinen Jaguar nicht gekriegt hat, Sozialminister sind gekommen und gegangen. Bei der Infrastruktur war überhaupt eine Inflation. Insbesondere haben in sieben Jahren neun Minister einfach gewechselt.

Was mir aber Sorge macht, und das habe ich auch als Betriebsrat und als Gewerkschafter miterlebt, ist, wer kritisiert, wird geschwächt. Heute ist hier von Mobbing gesprochen worden. Ich kann mich schon daran erinnern, als versucht wurde, die Sozialpartnerschaft zu zerschlagen oder wie man der AK angedroht hat, 40 Prozent ihrer Umlage einfach wegzunehmen.

Aber was könnte noch kommen? Dass die Krankenkassen wieder geschwächt werden. Wir wissen, dass alle Leistungen teurer werden, weil es eben eine Inflation gibt. Wenn man den Krankenkassen nicht mehr Geld gibt, dann werden wahrscheinlich zwangsläufig die Leistungen für die Versicherungen weniger werden. Davon, eine Höchstbemessungsgrundlage aufzumachen, so wie bei den Beamtinnen und Beamten, wird nicht gesprochen, weil da könnte man wahrscheinlich einiges für die Zukunft hintanhalten und besser gestalten. Ambulanzgebühren werden Sie sicher nicht einführen, weil die Freiheitlichen, wenn sie ans Ruder kommen, haben da, glaube ich, vom Gericht gelernt. Aber was kommen könnte, ist zum Beispiel der Eingriff bei Lehrlingen, Pro-

bezeit verlängern, Behaltspflicht verkürzen. Das könnte durchaus vor sich gehen. Natürlich wird es einige Steuern- und Abgabenerhöhungen geben, auf Energie, auf PKW und so weiter und so fort. Wahrscheinlich würde auch bei den Pensionen gespart werden. Warum müsste das so gemacht werden? Weil das ganze System ein kommunizierendes Gefäß ist. Wenn du etwas einnimmst, dann kannst du etwas ausgeben. Aber wenn ich eine Flat Tax mit wenig, von 19 bis 25 Prozent, finanzieren möchte – Irland hat übrigens in schweren Zeiten auch Schiffbruch erlitten –, dann muss ich jemand anderem irgendwo irgendetwas wegnehmen. Wir wollen nicht, dass man nur die Reichen entlastet, weil nichts anderes ist das. Es gäbe noch viel mehr in diesem Bereich zu sagen, ich will das aber nicht weiterführen.

Aber auch die ÖVP, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur kurz noch angesprochen, findet einen politischen Zugang. Wie könnte man in der Zukunft im sogenannten „Rausverkauf“ weitermachen? Jetzt ist eh bald der Sommerschlussverkauf. Da gibt es Forderungen. Heute sind wieder die Friedhöfe gekommen. Monopol habe ich gehört. Man braucht aber nur im Internet zu googeln, dass sich neben der Wiener Bestattung noch sechs andere Unternehmen auf dem Wiener Markt bewegen, plus die zwei, die durch das Angebot der Privaten die Wiener Bestattung gekauft hat. Als zweiten Punkt haben wir den Wiener Hafen. Lauter Filetstücke. Natürlich privatisiert man das gerne, weil Verluste sozialisiert man. Aber warum sollen wir den Wiener Hafen, ein Herzstück von uns, privatisieren? Er liefert doch jedes Jahr Geld in die Holding, wie die Friedhöfe in die Wiener Stadtwerke, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Genauso wäre es unsinnig, wie ich auch schon von der FPÖ gehört habe, dass wir den Flughafen privatisieren, der jährlich, glaube ich, eine zweistellige Millionenzahl ins Wiener Budget fließen lässt. Bei 200 Millionen EUR braucht man sich nur auszurechnen, wie lange es dauert, bis sich das amortisiert hat. Wir haben ja schon schlechte Beispiele gehabt. Über die BUWOG rede ich gar nicht mehr. Ein schlechtes Beispiel war die ATW. Das hätte jeder um das Geld, um das Cash, wie das verschenkt worden ist, gemacht. Das hätte man auch bald kaufen können, weil in drei bis vier Jahren hat sich das amortisiert. Was dabei herausgekommen ist, wissen wir. Ich glaube, das wissen Sie alle. Es gibt halt keine Jobs mehr und es gibt eben keinen Beitrag mehr, wenn es uns schlecht geht.

Geschätzte Damen und Herren, es gäbe noch einiges zu den Gebühren zu sagen. Was zum Beispiel auch gekommen ist, ist, wenn man die Gebühren so gestalten würde, dass sie deckungsgleich sind. Das wissen alle, die sich ein bisschen mit Finanzpolitik beschäftigen. Sie sagen immer, die sind überdeckt. Derzeit schießt aber die Stadt Wien, weil sie unterdeckt sind, summa summarum zirka 600 Millionen EUR hinzu. Das hat der ÖVP schon im Wahlkampf nicht gut getan, dass man eine Gebührensenkung gefordert und darauf gedrängt hat. Eine qualitativ gute Dienstleistung kostet auch ihren Preis, geschätzte Damen und Herren. Das wissen wir von anderen Staaten, dass das Geld kostet. Wenn etwas

nichts kostet, dann ist es meistens laut Sprichwort auch nichts wert.

Ich komme zum Schluss, geschätzte Damen und Herren. Gerade wir Sozialdemokraten stehen, und das zeigt auch der Rechnungsabschluss, für soziale Verantwortung, für Gerechtigkeit und für Stärkung der Wirtschaft. Das spiegelt eben der Rechnungsabschluss in seiner Gesamtheit wider. Wir haben die Menschen auch in schwierigen Zeiten, und werden es auch in der Zukunft nicht tun, nicht alleine in der Krise gelassen, unter dem Motto „ehrlich währt am Längsten“, denke ich. Sie können dem Rechnungsabschluss ohne großes Misstrauen zustimmen (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Dr Wansch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Über Finanzdebakel, Fremdwährung und so weiter ist heute schon gesprochen worden. Die „Kronen Zeitung“ hat in ihrem Artikel vom 15. April auch eine markante Bezeichnung für die Zustände gefunden. Sie hat sie als Fiasko bezeichnet. Ich zitiere jetzt aus diesem Artikel: „Laut Währungsexperten könnten dann 200 Millionen fehlen, bezogen auf die Risiken der Schweizer-Franken-Spekulation.“ Dann wird wörtlich zitiert: „Wir Grüne haben die Aufnahme von Fremdwährungskrediten schon immer für falsch gehalten. Jetzt kriegt Renate Brauner die Rechnung präsentiert und die muss übrigens wieder der Wiener Steuerzahler begleichen“, erinnert Gemeinderat und Landtagsabgeordneter Martin Margulies.“ Jetzt kann ich sagen, ich bin erstens froh, dass Sie im Raum sind und zweitens, dass ich Sie zitieren konnte. Das Dritte, Abschließende ist, ich werde Sie aber dann morgen nicht verstehen, wenn Sie trotz dieser Aussage dem Rechnungsabschluss 2010, wo genau diese Sachen, die Sie ablehnen, drinnenstehen, ihre Zustimmung erteilen. Diese Logik muss man irgendjemandem einmal erklären.

Aber weiter zu diesem Artikel. Es wird dann die Frau Finanzstadträtin mit der Aussage zitiert: „Die behauptete Höhe des Schadens ist Unsinn.“ – Jetzt haben wir aber heute verbrieft 233 Millionen EUR gesehen. Die behaupteten 200 Millionen EUR sind sogar noch überschritten worden. Das zwingt nahezu zur Frage: Was ist jetzt der Unsinn? Ist der Rechnungsabschluss der Unsinn? Oder ist diese Aussage der Unsinn? (*GR Mag Wolfgang Jung: So ist es!*) – Ich habe mir gedacht, ich bekomme eine Antwort. Aber wenn weder von hinten noch von vorn eine Antwort kommt, wenn keine Antwort kommt, dann tue ich weiter. Von der Seite ist auch keine Antwort gekommen.

Jetzt mache ich ganz einfach weiter und komme über das Thema der Fremdwährungsspekulationen zu einem anderen markanten Thema, des sogar noch gefährlicher ist und in den Auswirkungen in Wirklichkeit in der Realisierung des Risikos steht. Es geht um die Cross-Border-Leasing-Geschäfte. Die Cross-Border-Leasing-Geschäfte sind eine Konstruktion, die in Wirklichkeit, so hat man den Eindruck, die SPÖ nicht verstanden hat, die

Finanzstadträtin nicht verstanden hat, der Bürgermeister nicht verstanden hat, weder den Ablauf dieser Geschäfte noch das daraus resultierende Risiko. Es scheint so, und ich werde dazu noch näher ausführen, dass es ganz einfach eine blinde Hoffnung war, dass man auf diesem Weg einen Teil des Steuergewinnes, den amerikanische Unternehmen, amerikanische Investoren lukrieren können, für sich einvernehmen kann. Dann sage ich aber wieder dazu, wenn man beim Verständnis oder beim Nichtverständnis war, dass der US-amerikanische Steuergesetzgeber beziehungsweise die US-amerikanische Finanzverwaltung ganz sicher nicht den Big Spender für Österreich spielen wird, diese haben ein anderes Verständnis. Sie haben nicht so ein Verständnis wie wir in Österreich für Griechenland, sondern sie haben das Verständnis, dass das hart verdiente Geld bei den Amerikanern in Amerika bleibt und dass die Steuerkorrektheit eine der wichtigsten Tugenden in Amerika ist. Deshalb ist die Idee geradezu abstrus, dass man von den amerikanischen Finanzbehörden Verlustzuteilungen in Österreich bekommt.

Das ist in Wirklichkeit schon bewiesen. Das sind keine Erzählungen, die ich sage, sondern das sind Fakten, die man nachlesen kann, unter anderem im Kontrollamtsbericht. Es sind Fakten, dass die amerikanischen Behörden bereits tätig wurden. Alle, die sich damit befassen oder in ihrer Verantwortung damit befassen müssten, wissen, dass es bereits Entscheidungen der erst- und zweitinstanzlichen amerikanischen Gerichte gibt, dass diese Konstruktionen als Scheinkonstruktionen entlarvt wurden. Es gibt anscheinend noch immer Leute bei uns, die glauben, dass da irgendetwas Wirtschaftliches dahintersteckt. Ich komme noch dazu, wie diese Transaktion aussieht, weil es abenteuerlich ist, weil es abstrus ist und weil es unglaublich ist, dass man für solche Modelle ein Risiko eingegangen ist, das dann unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich zahlen müssen. Es ist wirklich unglaublich! Auf alle Fälle sind die Amerikaner gerade dabei, dem Ganzen ein Ende zu setzen. Die Steuervorteile für die amerikanischen Investoren und Gesellschaften werden der Reihe nach aberkannt. Man hat gehört, dass bereits eine der Gesellschaften, die in die Cross-Border-Leasing-Geschäfte der Stadt Wien verwickelt ist, dieses Schicksal erlitten hat. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis man mit diesen Gesellschaften in heftigen juristischen Auseinandersetzungen ist. Da reden wir von hunderten Millionen. Dazu wird man noch kommen.

Jetzt sagt man, die Amerikaner sind Menschen, die das Geschäft verstehen und sie haben dann etwas gemacht, was man bei europäischen Steuergesetzgebern gelegentlich auch findet. Sie haben gesagt: „Okay, zugestanden, das Geschäft ist jetzt zehn Jahre lang gelaufen. Wir kommen darauf, das ist steuerlich nicht anzuerkennen, weil Scheingeschäft. Machen wir einen Vergleich. Wir lassen euch die Steuervorteile bis zum Jahr 2008 und ihr löst diese Transaktionen, die teilweise 20, 30, 40 Jahre Laufzeit haben, auf.“ Unsere Vertragspartner in Amerika haben diesem Vergleich nicht zugestimmt. Sie fahren das Risiko blind weiter, weil sie wahrscheinlich im

Hinterkopf haben, dass am Ende ohnehin die Wiener zahlen werden. Deshalb gibt es dort keine Lösung. Deshalb gibt es dort keinen Vergleich. Jetzt frage ich mich, warum werden da die Verantwortlichen der Stadt Wien nicht aktiv und bemühen sich, diese Situation zu managen?

An diesem Punkt möchte ich das Kontrollamt der Stadt Wien zitieren. Das Kontrollamt wird morgen noch beim Kapitel „Bericht des Kontrollamtes“ zu Ehren kommen. An dieser Stelle zitiere ich aus einem tatsächlich bemerkenswerten Bericht des Kontrollamtes aus dem Jahr 2009 zur Prüfung der Cross-Border-Leasing-Geschäfte der Stadt Wien. Da liest man einmal einleitend, aus der Überlegung kommend, dass man sagt, man schaut sich das Geschäft einmal an, versucht, das Geschäft zu verstehen, um Wege zu finden, wie man das managen kann, welche Varianten man entwickeln kann. Ein wörtliches Zitat: „Die vom Kontrollamt vorgenommene Einschau musste die Besonderheiten der Vertragsgestaltungen bei Cross-Border-Leasing-Transaktionen vor allem im Hinblick auf die in den diesbezüglichen Verträgen enthaltenen umfangreichen und weitreichenden Geheimhaltungsverpflichtungen berücksichtigen. Eine Offenlegung sensibler Vertragsinhalte würde nämlich eine Vertragsverletzung durch die Wiener Linien, auch als Rechtsnachfolgerin der VB beziehungsweise der Stadt Wien, darstellen und könnte so zum verschuldeten vorzeitigen Abbruch der Transaktion führen.“ – Es ist unglaublich, dass ernsthaft Verträge über 20, 30, 40 Jahre abgeschlossen werden. Wenn man dann sagt: „Jetzt würde ich gerne wissen, was drinnen steht“, hört man: „Das war vertraulich, und wenn man euch das jetzt sagt, dann kann es sein, dass die ganze Transaktion platzt.“ – Es ist alleine von der Überlegung her ungeheuerlich, dass derartige Verträge unterschrieben werden.

Aber das ist noch nicht das Ende der Geschichte. Das ist erst der Einstieg in eine skurrile Geschichte. Es geht dann weiter, wie man in dem Bericht liest, dass aus gebührenrechtlichen Gründen, nämlich der Vermeidung der österreichischen Rechtsgeschäftsgebühren, die Originalverträge weder in Österreich erstellt noch unterzeichnet werden durften. Dazu sagt man, das ist auch eine komische Geschichte, aber es ist ja wurscht. Es gibt Leute, die gerne nach Amerika fliegen, besonders auf Regimentskosten, und dann unterschreiben sie es halt dort. Aber es ist schlimmer. Die unterzeichneten Originalverträge dürfen auch nicht nach Österreich verbracht werden. Das ist unglaublich! Wir haben Verträge über zig Hunderte Millionen unterschrieben und die Originalverträge dürfen nicht nach Österreich kommen, weil das dann einer Ersatzbeurkundung gleichkommen würde und dann die Rechtsgebühren anfallen würden, so wie jeder Österreicher, wenn er einen Mietvertrag abschließt, früher nur, wenn er einen Kreditvertrag abgeschlossen hat, Gebühren zahlt. Die Stadt Wien hat eine derartige Konstruktion gemacht, die an der Grenze zur Lächerlichkeit ist, um sich Rechtsgebühren in Österreich zu ersparen. Und dann stellt man sich hin und sagt, der Bund ist so böse und gibt uns Gelder nicht und wir führen uns als Stadt Wien, zumindest die Verantwortlichen, in einer

Form auf, wo man sagt, wenn das ein Privater tut, dann sagt man vorsichtig ausgedrückt, Umgehung. So weit, so schlecht. Das Ganze führt dazu, und man muss sofort wieder die Emotionen zurücknehmen, weil es so unglaublich ist, dass, damit man diese Geschäfte prüfen kann, Mitarbeiter des Kontrollamtes nach Amerika zu dieser Kanzlei fahren mussten, wo die Verträge aufbewahrt sind.

Dann sagt man: „Alles sehr schlimm. Aber erzähle endlich, was in den Verträgen steht. Stimmen diese Kopien, die wir in Wien haben, mit dem überein, was in Amerika in Anwaltskanzleien herumliegt?“ Dann ist eine markante Aussage aus dem Bericht, die besagt, es sind drei Fälle überprüft worden und in einem Fall zeigte sich, dass sich die in New York hinterlegten Originale von Vertragsbeilagen von den nach Österreich verbrachten nicht unterschriebenen Execution Copies unterscheiden. Das ist unglaublich! Das heißt, wir haben in Wien Papiere liegen, die wir uns anschauen würden, wenn wir prüfen wollen, die nicht mit dem Original übereinstimmen. So weit, so schlecht.

Eine Anekdote noch dazu: Es ist in dem Rechnungshofbericht ein Foto. Wenn ich es herzeige, sieht man es nicht gut. Es ist ein Band, ein Konvolut mit einem Aktendeckel und ich schätze einmal so dick. *(Der Redner zeigt mit seinen Händen eine Höhe von zirka 40 cm an.)* Darin ist eine Loseblattsammlung. Das ist vom Kontrollamt zu Recht bemängelt worden, weil, unglaublich, aber wahr, diese Seiten nicht durchnummeriert sind. Das heißt, jeder Mitarbeiter der amerikanischen Kanzlei oder wer sonst an das Konvolut herankommt, kann die Papiere hineingeben, die ihm nützlich erscheinen. Dass das Ganze nach amerikanischem Recht und somit Gerichtsstand Amerika ist, brauche ich gar nicht mehr zu erwähnen. Aber es ist unglaublich, wenn man weiß, dass ein Risiko in der Höhe von hunderten Millionen für die Wienerinnen und Wiener besteht, dass in dieser Weise vorgegangen wurde und bis heute nichts unternommen wurde, einen normalen Zustand herzustellen.

Dann möchte ich nur zwei, drei Sätze zum Ablauf, zur Logik dieser Transaktion sagen. Sehr oft wird unterstellt und weiß eigentlich niemand wirklich, wer genau der Eigentümer ist. Wenn dann irgendwo zitiert wird, man weiß wirklich nicht, wer der Eigentümer ist, dann wird unterstellt, man ist dumm, man lügt oder sonst irgendetwas. Darum möchte ich Ihnen in möglichst einfachen Worten die Transaktion erklären, wo irgendjemand dann möglicherweise behauptet, da ist ein reeller wirtschaftlicher Hintergrund und das sind keine bloßen Scheingeschäfte. Der Eigentümer schließt einen Hauptmietvertrag mit den amerikanischen Investoren. Dann sagt man, der Mietvertrag bedeutet, er kann es nutzen. Der amerikanische Investor untervermietet dann sofort wieder an den Eigentümer. Das ist die Stadt Wien. Dann habe ich als Einstieg eine lustige Situation, dass ich Eigentümer bin, aber meine Rechte, die ich auf Grund vertraglicher Bindung wahrnehmen kann, nur mehr die eines Untermieters sind. Man muss viel Jurist sein, damit man versteht, dass ein Unterschied in der Stellung des Eigentümers zu der des Untermieters ist. Besondere

Pikanterie dabei ist, dass der Hauptmietvertrag, mit dem wir uns verpflichten, diese Leasing-Güter, wurscht, ob Straßenbahnwaggons oder Kanal, an diese amerikanischen Investoren zu vermieten, eine viel längere Laufzeit als der Untermietvertrag hat, was interessant ist und amerikanische steuerrechtliche Gründe hat. Das heißt, es gibt im Ablauf dieser Leasing-Transaktion die Situation, wo wir als Eigentümer, der die beschränkten Rechte des Untermieters hat, auf einmal nicht einmal mehr die Untermieterrechte haben. Dann sagt man: „Super, dann ist alles klass. Dann sind wir eh wieder Eigentümer.“ - Nein, weil dann sind wir ja an diesen länger laufenden Hauptmietvertrag gebunden. Und da ist in den Verträgen vorgesehen, dass es drei Möglichkeiten gibt. Entweder wir kaufen uns dann aus dem länger laufenden Hauptmietvertrag heraus oder wir können uns nicht herauskaufen, vielleicht weil wir das Geld nicht haben oder weil das Geld, das irgendwo hinterlegt ist, mit der Bank flöten gegangen ist, weil das zum Großteil amerikanische Banken sind. Dann können wir unseren Kanal mieten, obwohl wir Eigentümer sind. Dann haben wir die Situation, dass wir für den Wiener Kanal, wo wir Eigentümer sind, Miete nach Amerika zahlen müssen. Das ist das ganze Mirakel an der Transaktion. So weit, so unverständlich.

Dann sagt man, das muss doch ein ungeheurer Vorteil sein, wenn man so etwas tut, weil sonst würde das niemand mit seinem Eigentum machen. Da haben wir dann ein paar Millionen Barwertvorteil, nicht einmal die Hälfte von dem, was sich die amerikanischen Investoren ersparen, sondern nur einen Bruchteil. Das sind ein paar Millionen. Das ist unser Vorteil. Dem stehen hunderte Millionen Risiko gegenüber. Unglaublich, dass solche Geschäfte eingegangen wurden. Unglaublich, dass noch nicht laut und offen darüber diskutiert wird, wie man herauskommt.

Es gibt aber eine Zunft neben der Stadt Wien. Die Stadt Wien hat ein paar Millionen, aber ein paar Hundert Millionen Risiko. Es gibt zwei Zünfte, die auf jeden Fall das Steuergeld der Wienerinnen und Wiener bekommen haben. Das sind die internationalen Berater bei solchen Geschäftsfällen und das sind die Verkäufer dieser Produkte, weil diese haben ihr Geld ohne Risiko im Sicherem und bereits eingesackt mit bestem Dank von der Stadt Wien überwiesen bekommen.

Am Schluss, wenn man es noch immer nicht glaubt und sagt: „Das ist so nervig! Dauernd kommen Sie daher mit diesen Cross Border Deals.“ – Die Verträge sind alle auf Englisch. Es gibt keine deutsche Übersetzung. Auch eine lustige Episode aus dem Kontrollamtsbericht. – „Das ist alles so lästig. Aber das ist eh alles akademisch. Das ist nur irgendeine Spinnerei. Das rennt noch 30, 40 Jahre. Da wird schon nichts passieren!“ – Dann mache ich ganz einfach einen Blick auf die Leistung der Wiener Linien. Das heißt nämlich so. Das ist der Geschäftsbericht „Ein Blick auf die Leistung“. (GR Heinz Hufnagl: Nur „Die Leistung“.) Dann schaue ich mir jenen Teil an, in der gekürzten Version, wo es um die Bilanz geht. In der Bilanz lese ich dann: „Im Bereich des Fremdkapitals ist der Anstieg vor allem auf die Aufnahme des bereits erwähnten US-Dollar-Kredits ...“ – darüber rede ich jetzt

gar nicht, über den US-Dollar-Kredit, weil wir machen ja keine Fremdwährungskredite mehr, aber da ist halt ein US-Dollar-Kredit – "... und auf Schuldübernahmen im Zusammenhang mit der vorzeitigen Auflösung von Cross-Border-Lease-Transaktionen zurückzuführen." – Das heißt, wir haben eine Erhöhung des Fremdkapitals. Wir haben Verluste eingefahren aus der Auflösung von Cross-Border-Lease-Transaktionen. Da frage ich mich: Wer hat das erklärt? Wer hat im Gemeinderat oder im Finanzausschuss darüber berichtet, dass derartige Dinge im Laufen sind? Weil im Ergebnis kann ich wieder sagen, beruhigend, nicht für mich beruhigend, aber interessant für die Wiener Stadtpolitik, weil dann beruhigend darin steht: „Der Anstieg wird jedoch durch geringere Rückstellungen für Pensionskassenbeiträge und Bonitätsrisiken teilweise kompensiert.“ – Das ist die Welt, in der wir leben. Das ist reell. Das ist der Jahresabschluss 2010.

Deshalb sage ich ganz am Ende, nicht nur aus irgendwelchen akademischen Überlegungen, die weit weg liegen, sondern aus der gegebenen Situation des Jahresabschlusses 2010 und aus der heute gegebenen Situation, es geht in Wirklichkeit nicht mehr nur um das verlorene Vertrauen. Es geht vielmehr um das Geld, das man schon verloren hat. Das ist weg. Und es geht um die drohenden Verluste, die uns bevorstehen. Ich möchte das Ganze nicht überdramatisieren, weil man als Opposition nicht mehr machen kann, als einen Misstrauensantrag zu stellen.

Wenn man jetzt noch Gründe sucht, warum man über das Vertrauen an die Frau Finanzstadträtin nachdenkt, dann weiß ich auch nicht, was noch passieren muss und was man noch aufzeigen muss. Ich ersuche um Ihre Zustimmung zum Misstrauensantrag. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Jung. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Die Ausführungen, die wir zuletzt gehört haben, für die hätte ich mir gewünscht, dass sie die Delegierten am SPÖ-Parteitag gehört hätten. Dann hätte die Frau Stadträtin noch einmal 20 Prozent weniger Stimmen gehabt. Denn das ist wirklich ungeheuerlich, was sich hier getan hat! Wir haben über das Thema schon gesprochen. Sie haben damals nicht zugehört. Sie sitzen jetzt nicht im Saal, weil Sie Urlaubsplanung oder was weiß ich was machen müssen oder weil Sie sich zu gut sind, auf Argumente der Opposition einzugehen. Aber es wird Sie treffen!

Diejenigen, die damals unterzeichnen haben lassen, haben wahrscheinlich alle gehofft: „Hinter mir die Sintflut. Bis das schlagend wird, bin ich nicht mehr da.“ Ich wünsche Ihnen von den GRÜNEN, dass Sie nicht vielleicht in zwei, drei Jahren schon von diesem Schlag getroffen werden.

Wir hören heute schon zum x-ten Mal alle möglichen Geschichten von Kärnten und natürlich auch – sehr beliebt – von Grasser, meine Damen und Herren. Es

wird schon fast zu langweilig. Wir könnten auch damit anfangen, ewig Rechberger, Gerharter, der rote Riese: die drei Säulen der Partei, Partei, Gewerkschaft mit BAWAG, Konsum. Die Partei hatscht schon ganz schön, muss man sagen, wenn da zwei oder eineinhalb massive Säulen weggefallen sind. Das ist doch langweilig und interessiert auch die Bürger nicht. Die Bürger interessiert, was sie gegenwärtig berührt. Die Bürger, vor allem die Pensionisten, interessiert, dass sie in Wirklichkeit heute im Realwert weniger bekommen als im Jahr zuvor. Die Bürger interessiert, dass sie 20 Prozent und mehr seit einem halben Jahr für Lebensmittel zusätzlich zahlen müssen. Die Bürger interessiert, dass die Treibstoffpreise explodieren und nicht, was irgendwann einmal war. Dieser Themen, meine Damen und Herren, nehmen wir uns an. Auch deswegen sind wir bei den Bürgern, im Gegensatz zu Ihnen, erfolgreich.

Zu einem anderen Punkt: Zum Ressort der Frau Stadträtin gehört auch der Bereich Europa. Er wird hier in der Tagesordnung nicht einmal erwähnt. Ich hoffe, dass dieser Ausschuss für europäische und internationale Fragen damit nicht abgewertet wird. *(GR Karlheinz Hora: Der war voriges Jahr noch nicht!)* – Was ist, Herr Kollege? *(GR Karlheinz Hora: Der war voriges Jahr noch nicht! Und das ist der Rechnungsabschluss 2010! Sie sollten lesen können!)* – Wir können auch dazu reden. Ich tue es gerade. Es hat auch die Frau Kollegin Vana dazu gesprochen. Ich hoffe, dass er in Zukunft dahin gehend aufscheinen wird und dass er auch einen eigenen Punkt in der Behandlung wert sein wird. Besonders hervorgehoben haben Sie ihn noch nicht mit den wenigen Sitzungen, die wir seither gehabt haben. Ein überwältigendes Interesse der SPÖ, das Thema Europa zu diskutieren, habe ich bisher noch nicht bemerkt. Aber wir haben in dieser Woche noch zwei Mal Gelegenheit, über seine Arbeit und notwendige Änderungen in der Geschäftsordnung zu debattieren. Ich werde daher auf diese Punkte nicht eingehen.

Sehr wohl möchte ich aber eingehen auf die Auswirkungen der österreichischen Europapolitik, unter anderem auch auf die für Wien direkt oder indirekt budgetwirksamen Einflüsse. Diese sind teilweise sehr massiv negativ. Sogar der Herr Bürgermeister hat in seiner heute Vormittag bereits angesprochenen Rede am Parteitag durchaus zwar noch vorsichtig, aber erstmals kritisch gesprochen. Wie hat er gesagt? „Heute sind wir in Europa weitgehend entmündigt.“ *(GR Karlheinz Hora: Das hat er so nicht gesagt!)* – Wörtlich, Sie können es nachschauen. Das ist im Internet zu finden, Herr Kollege! Sie können es nicht bestreiten. Es gibt noch mehr kritische Äußerungen. „In Europa weitgehend entmündigt“ – diese Erkenntnis ringt sich plötzlich durch in der SPÖ.

Auch der Herr Kanzler hat beim „Pressegespräch“ plötzlich festgestellt: „Wir müssen den Bürgern die Wahrheit sagen.“ Vor ein paar Wochen war noch die Rede davon, dass eh alles in Ordnung ist. Vor einem Monat war noch klar, dass Griechenland eh gerettet ist. Jetzt auf einmal kommen Sie, weil es nicht anders geht, stückweise mit der Wahrheit heraus. Das ist die Situation. Gleichzeitig hat er sich dort auch über die fehlenden

Gelder aus dem Finanzausgleich beschwert. Sie haben es heute auch schon getan. Deswegen wurde unter anderem auch am letzten Städtetag beschlossen, einen Rettungsschirm nach Griechenlandmuster – hoffentlich wird er nicht so ausfallen – in Milliardenhöhe beim Bund zu beantragen. Aber dafür gibt es kein Geld. Dafür gibt es kein Geld! Wir haben selbst bald eine 80-prozentige Staatsverschuldung. Unser Geld müssen wir selbst aufnehmen, um es den Griechen pumpen zu können. Das ist der Wahnsinn, den wir hier betreiben! Wir machen Schulden, damit wir anderen Schuldnern Geld leihen können. Was denken Sie sich eigentlich, wenn Sie so etwas beschließen? Das muss ich mich wirklich fragen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Pumpen kann man es gar nicht nennen, denn das hieße landläufig leihen. Wir wissen ganz genau, dass wir dieses Geld nie wieder sehen werden, auch wenn Sie es noch vor wenigen Wochen bestritten haben und wenn auch die Finanzministerin vor Kurzem gesagt hat, wir kriegen sogar Zinsen dafür. Das ist doch unglaublich lächerlich! Wir zahlen in Barem. Jetzt haben wir schon über eine Milliarde gezahlt und kriegen ein paar Hundert Millionen zurück. Das ist genau so komisch, wie die Griechen, die bei der EU noch Strafzahlungen wegen Schwindeleien bei den Fördergeldern ausständig haben, diese dann aus den Geldern zurückzahlen, die die EU ihnen schenkt. So schaut diese Politik aus, die Sie befrworten!

Der Genosse Papandreou, wie ihn Häupl in seiner Rede genannt hat, kann, wie die meisten Genossen, mit Geld einfach nicht umgehen. Dann kommen Sie immer mit dem Schmä, den wir heute auch schon gehört haben, das war die konservative Regierung, die das Geld verschlampt hat. *(GRin Mag Nicole Berger-Krotsch: Das ist eine Tatsache, kein Schmä!)* Bitte, Frau Stadträtin, vor Papandreou war Simitis dran und vor dem Simitis war der Andreas Papandreou dran. Die Regierungen davor waren keineswegs bürgerliche, sondern waren linke Regierungen. Die Schulden und die Schlitzohrigkeiten macht Griechenland nicht erst seit vier oder fünf Jahren, sondern seit geraumer Zeit und häuft sie seit geraumer an. Sie streuen den Leuten Sand in die Augen oder Sie wissen es nicht besser und wollen nicht nachschauen. Ich weiß es nicht. Sie können es sich aussuchen.

Dann kommt immer diese Geschichte mit dem Hypo-Gegenrechnungsmodell. Der Bürgermeister sagt dann dort, auch in seiner Rede, 1,2 Milliarden EUR Kredit, die wir zur solidarischen Rettung hinblättern müssen. Das stimmt gar nicht. Wir blättern nicht 1,2 Milliarden EUR hin. Wir haben schon mehr als das Doppelte an baren Leistungen zu erbringen, und 17,5 Milliarden EUR, für die wir bisher haften. Jetzt schaut es seit dem Wochenende schon wieder anders aus. Jetzt geht es um 60, 90, 120 Milliarden EUR. Das sind ja nur ein paar zig Milliarden, die wir da, so mir nichts dir nichts, hinblättern. Wir haben es ja. Das ist wiederum wie bei der ganzen Geschichte des Cross Border Leasings. Wir wissen gar nicht wirklich genau, wie das Ganze enden wird. Sie schauen jetzt alle betreten zu Boden, soweit Sie anwe-

send sind. Das ist auch berechtigt, denn es ist eine katastrophale Situation. Wir haben nichts zu verschenken, aber wir müssen dauernd zahlen.

In der Realität schaut es so aus, dass wir nicht mehr wissen, wie es weitergeht, nicht nur wir übrigens, sondern es gibt auch andere europäische Regierungen in der EU, die uns in ihrem Euphorismus in etwas hineingehetzt haben. Jetzt stehen wir davor und wissen nicht vor und nicht zurück. Denn egal, was wir machen, das stimmt, es kostet viel Geld, unser Geld. Die Frage ist so ähnlich wie bei den Fragen der Frankenkredite. Es wird auf jeden Fall etwas kosten. Wir wissen nur nicht, ist es gescheiter, jetzt zu sagen, wir zahlen wieder und dann vielleicht noch einmal und noch einmal, weil wir sind schon dabei, den nächsten großen Rettungsschirm zu basteln, damit wir den Portugiesen und den Spaniern und ich weiß nicht, wem noch nachhelfen können, wieder 700 Milliarden EUR, um die es hier so nebenher geht. Wir basteln daran und wissen nicht, ob es gescheiter ist, noch einmal weiter und weiter zu wurschteln oder zu sagen, besser ein Ende mit Schrecken. Schrecklich wird es auf jeden Fall. Schmerzhaft wird es auf jeden Fall. Ich fürchte sogar, viel schmerzhafter noch, als wir alle uns das vorstellen können, weil irgendwann müssen wir auch unsere eigenen Schulden – da hat der Kollege Margulies recht – zurückzahlen.

Aber wenn er jetzt anführt, dass man, ich weiß nicht, den Flick oder jemand anderen stärker besteuern muss, fürchte ich, man wird alle Österreicher wesentlich stärker besteuern. Aber selbst wenn ich dem Herrn Flick die Hälfte seines Vermögens wegnehme, dann habe ich damit noch nicht einmal im Jahr die Hälfte des Wiener Werbebudgets finanziert. (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Wie viel hat der Flick schon?*) Es stimmt schon, Sie haben schon recht, auch die werden mitzahlen müssen. Es wird auch hier einiges notwendig sein. Was ich fürchte, ist, dass der kleine Mann, der Steuerzahler, die Mittelschicht, weil dort die Masse des Geldes hereinkommt, massiv geschröpft werden wird. Wir werden ohnehin schon jetzt abkassiert. Denn wenn man die Inflationsrate anschaut, so ist es die Möglichkeit der Regierungen in ganz Europa, die Schulden noch einigermaßen in Zaum zu halten, indem man die Geldentwertung massiv vorantreibt. Diese ist voll im Gange.

Die Gemeinden, die Kommunen haben kein Geld mehr. Einige stehen vor dem Zusammenbruch. Wir haben in Wien eine ganze Reihe von Bezirken, die weitaus überwiegende Zahl, die selbst auch schon an den roten Zahlen knabbert. Und wir verleihen Geld. Wo bleibt der Aufschrei der Bundesländer? Wo bleibt der Aufschrei der Regionen? Wo ist die Resolution des Wiener Gemeinderates an die Bundesregierung, mit dieser Erfüllungspolitik Schluss zu machen? Die Stadt ist verschuldet. Die Bezirksbudgets krachen an allen Ecken und Enden. Bald werden nur noch zwei oder drei positiv bilanzieren. Aber wir verleihen Gelder!

Ich zitiere Ihnen die „Presse“ vom Samstag: „Griechenlands Ministerpräsident Papandreou hat in der Nacht auf Samstag von den EU-Staaten und Regierungschefs zwar die Zusage für ein zweites Sparpaket in

der Höhe von voraussichtlich“ – auf 20 Milliarden EUR kommt es ja nicht an – „nochmals 100 Milliarden EUR erhalten. Das Geld soll gemeinsam mit den verlängerten Laufzeiten für die bisherigen Staatsanleihen“ – damit schenkt man ihnen auch etwas, weil man wird nicht annähernd mit den Zinsen herankommen – „das Land bis 2014 zahlungsfähig machen.“ – Selbst das soll es nur bis 2014 zahlungsfähig machen. – „Gelingt es Athen aber nicht, bis dahin seinen Staatshaushalt zu sanieren,“ – jetzt kommt es – „was nach derzeitigem Stand fast unmöglich erscheint,“ – das heißt, es wird nicht gelingen, Griechenland bis 2014 zu sanieren – „dann ist der Staatsbankrott, wie die Finanzexperten am Rande des Gipfels betonen, nicht mehr aufzuhalten.“ – Das heißt, wir schmeißen ihnen das Geld nach. Wir verbrennen das Geld. Wir wissen, dass das Land trotzdem bankrott geht.

Ich frage mich: Welche Verantwortung hat denn da unsere Bundesregierung? Hat die überhaupt noch ein Interesse am Wohlergehen dieses Staates oder pariert sie nur noch nach dem, was Brüssel ihr vorschreibt, meine Damen und Herren? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Kanzler kommt vom Ratstreffen zurück und weiß, wie es läuft, wissend, dass wir Kreditgewährungen ins Haus stehen haben. Es geht schon um den zweiten Rettungsschirm. Der gleiche Kanzler hat vor der Wahl noch einen ganz jämmerlichen Brief an die „Krone“ geschrieben, in dem er gesagt hat, jede Änderung der Verfassung, die relevant für Österreich ist, wird einer Volksabstimmung unterzogen. Er hütet sich, vor die österreichische Bevölkerung hinzutreten, weil er weiß genau, dann ist er die längste Zeit Kanzler gewesen. Dem Volk wird das nicht zugetraut, zu beurteilen, wie hier mit unserem, nicht mit seinem Geld Schindluder getrieben wird.

Einige der ganz oben befindlichen Herren dünken sich so gut, dass sie nicht einmal willens sind, den Nationalratsabgeordneten Auskünfte über die wirkliche Situation zu geben. Wie druckst man denn herum bei der Frage, wie viele faule Kredite die Oesterreichische Nationalbank auf Auftrag von Brüssel gekauft hat. Herr Nowotny dreht sich im Kreise. Er gibt nicht zu, wie viele. Das sind nämlich die wirklich problematischen Summen, nicht was die österreichischen Banken dorthin verlieren sollen, sondern was die Oesterreichische Nationalbank an faulen Krediten gekauft hat, so wie er nicht sagt, wo das österreichische Gold ist und so weiter. Hier wird nach dem pariert, was von außen kommt. Hier wird eingeknickt vor den Befehlen der Bilderberger.

Aber die Antwort der Mehrheit in Österreich steht dem entgegen. Die können sie jetzt sogar schon in dem von Ihnen so gut mit Geld dotierten Blättchen lesen: „Mehrheit gegen Hilfe für Griechenland.“ Da haben Ihre ganzen Inserate, offenkundig in Serie, zu wenig genützt, weil es die Medien einfach nicht mehr durchhalten, gegen den Willen der Bevölkerung zu schreiben.

Aber Griechenland ist nicht das einzige Problem, das uns in diesem Ausschuss, aber auch im Landtag und Gemeinderat, noch beschäftigen sollte. Auch die SPÖ hat mittlerweile schon erkannt, welche Probleme die noch offenen und ungeklärten Fragen der Dienstleis-

tungsrichtlinie für diese Stadt bedeuten. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Auch die FPÖ?*) Auch die Vergaberichtlinie ist alles andere als unproblematisch. Sie behindert unsere Möglichkeiten in Krisenzeiten, Beschäftigungsanreize für lokale, für österreichische Firmen zu geben. „Unser Geld für unsere Leut'!", das ist die Möglichkeit. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: In die Tasche wollt ihr es euch stecken! Für die Grassers und Meischbergers!*) – Herr Kollege Margulies, das hat schon so einen Bart, dass sie bei der Hochzeit von Kanaan eine Watschen gekriegt haben, wenn Sie den Witz erzählt haben. Das ist schon so langweilig! (*Beifall bei der FPÖ.* – *GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist noch nicht langweilig!*)

Man hat uns auch gepredigt und gesagt, und das ist jetzt die neueste Vernebelungstaktik, die Öffnung der Ostgrenze wird keine Probleme bei den Arbeitsplätzen bringen. Wir haben schon gehört, in Wien ist die Arbeitslosigkeit steigend. Es sind bis jetzt im ersten Monat erst 7 500 gekommen, aber rechnen Sie 7 500 mal 12, dann kommen Sie auf andere Zahlen. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist unglaublich!*) Dann kommen Sie auf andere Zahlen. Wenn es nur die Hälfte davon ist, wird das schon problematisch. Wenn Sie sich die Entwicklung der Löhne anschauen, die meinetwegen in Ostungarn oder auch in Teilen der Slowakei gezahlt werden, dann müssen Sie mir einmal sagen, warum die Leute nicht so schlau sein sollten, zu uns zu kommen. Oder nehmen Sie die Arbeitslosigkeit in Slowenien, mittlerweile bei 16 Prozent angelangt. Glauben Sie nicht, dass sie natürlicherweise nach Österreich kommen werden und – ihre Gewerkschafter, die unten an der Basis sind, haben eh schon die Befürchtung – hier Probleme für uns bringen werden?

Meine Damen und Herren, es wird allerhöchste Zeit, die Realitäten und die Probleme der EU zu erkennen und endlich wieder eine Politik zu vertreten, die unserem Land und unseren Leuten und auch unserer Stadt zugute kommt. Hier ist ein gesunder Egoismus statt Spendierhosen beim Bürger gefragt. Wir sollten auch als Stadt und als Region gegenüber Brüssel selbstbewusster auftreten und uns dafür Verbündete suchen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr StR Mag Gerstl. Ich erteile es ihm.

StR Mag Wolfgang **Gerstl**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich mache es kurz, repliziere auf Kollegen Margulies. Sie haben uns weismachen wollen, dass man mit dem Anteil der 10 Prozent, die die meisten Steuern in diesem Land zahlen, die Republik retten kann. Aber Sie haben nicht dazugesagt, wer unter diese 10 Prozent fällt. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die armen Leute!*) Es sind nämlich all diejenigen, die 40 000 EUR und mehr verdienen. Herr Kollege Margulies, es sind 200 000 Menschen, die über 60 000 EUR verdienen und nur 0,1 Prozent der Menschen, die über 200 000 EUR im Jahr verdienen. Wenn Sie glauben, dass Sie mit diesen 0,1 Prozent der Menschen das gesamte Budget retten können, dann

zeigt das ganz klar, wie Sie den Menschen hier Sand in die Augen streuen! Das geht sich einfach nicht aus, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.* – *GR Dipl-Ing Martin Margulies: Da muss ich doch eine tatsächliche Berichtigung machen!*)

Im Gegenteil, die Leute, die mehr als 40 000 EUR Einkommen haben, zahlen heute schon 58 Prozent der gesamten Steuerlast. Umgekehrt haben wir 48 Prozent aller Einkommensbezieher, die keine Steuern zahlen. (*GR Franz Ekkamp: Lohnsteuer!*) Wo liegt da die Gerechtigkeit; Herr Kollege Margulies?

Wir sind da diametral anderer Meinung und das ist gut so. Sie wollen denen, die heute schon Geld verdienen und dafür etwas leisten, noch mehr wegnehmen. Sie wollen diejenigen, die noch mehr arbeiten, bestrafen. Wir wollen das nicht. Wir wollen denjenigen, die mehr arbeiten, mehr Geld und nicht weniger, wie Sie das wollen, zukommen lassen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir wollen, dass der Steuersatz auf Arbeit nicht weiter erhöht wird, wie Sie das wollen. Wir wollen, dass er gesenkt wird. Unsere Finanzministerin hat daher ganz klar gesagt, das nächste Steuersystem wird einfacher und leistungsgerechter sein. Das entspricht nicht Ihren Vorstellungen und das ist gut so, meine Damen und Herren!

Sie haben bei den Gebühren auch darauf gesetzt, zum Beispiel geht es Ihnen darum, wie die Öffi-Tarife gestaltet werden. Ich bin froh über das, was Sie gesagt haben, nämlich, dass Sie das Wort dumm in den Mund genommen haben. Mit der Aussage „100 EUR für ein Jahresticket“ haben Sie in Wirklichkeit die Menschen für dumm verkauft. Dumm ist Ihr Wort, das Sie verwendet haben. Sie haben die Menschen für dumm verkauft. Sie sind nun in der Realität angekommen: Man muss das Geld irgendwo verdienen. Es gehen sich 100 EUR nicht aus. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Was ist mit einem Ordnungsruf, wenn man mich jetzt falsch zitiert?*) Es ist gut, dass Sie erkennen, dass man das Geld verdienen muss und dass man die Menschen nicht für dumm verkaufen darf, meine Damen und Herren! Das ist der Punkt.

Es gäbe aber auch viele Punkte, wo Sie es billiger und einfacher machen könnten. Sie brauchen nicht einmal irgendetwas bei den Gebühren zu ändern. Wenn Sie zum Beispiel eine Monatskarte oder eine Jahreskarte hernehmen und sie nicht nur vom Ersten des Monats bis zum Zweiten des Folgemonats gelten lassen, sondern sie vielleicht am Zehnten des Monats beginnen und bis zum Zehnten des Folgemonats gelten lassen, dann könnten Sie damit vielen Menschen einen Dienst erweisen, ohne dass es Sie einen Cent zusätzliche Gebühr kostet. Im Gegenteil, es würde mehr Menschen geben, die diese Leistung in Anspruch nehmen. Sie hätten sogar noch höhere Einnahmen. Also mit etwas mehr Kreativität könnten Sie es um ein Vielfaches einfacher machen. Sie brauchen nicht Ihre Milchmädchenrechnung aufzustellen, alles muss durch höhere Steuern erhöht werden, damit Sie den Menschen mehr geben können. Durch Intelligenz, durch Kreativität können Sie es den Menschen um

ein Vielfaches einfacher machen und Leistungsgerechtigkeit damit wieder fördern. Das ist der Punkt, auf den Sie sich in Zukunft konzentrieren sollten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Kollege Dipl.-Ing Margulies, für eine falsche Zitierung gibt es das Institut der tatsächlichen Berichtigung, die Sie in Anspruch genommen haben. Sie haben drei Minuten.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Es beginnt einmal damit, dass ich nicht gesagt habe, wir hätten, sondern: Sie verkaufen permanent die Menschen für dumm, indem Sie ihnen einreden, man kann, wenn weniger Geld zur Verfügung steht, mehr ausgeben.

Aber die wesentlichere tatsächliche Berichtigung ist, dass ich nicht davon gesprochen habe, Einkommenssteuern zu erhöhen, sondern dass ich davon gesprochen habe, dass wir im Sinne einer gerechteren Verteilung der zur Verfügung stehenden Vermögen, einer gerechteren Situation für Österreich, dass nicht nur die Ärmsten und die Mittelschicht permanent draufzahlen, eine Vermögenssteuer brauchen, weil die 10 Prozent der reichsten Österreicher und Österreicherinnen zusammen über ein Finanzvermögen von 450 Milliarden EUR verfügen und über ein Grund und Boden Vermögen von mehr als 600 Milliarden EUR verfügen und von diesen Vermögen nichts genommen und nichts beigetragen wird, um die soziale Situation in Österreich zu sichern.

Ich stehe für eine Vermögenssteuer. Sie sind gegen eine Reichensteuer, Sie schützen die obersten 10 Prozent im Lande, während alle anderen vor die Hunde gehen.

Deshalb: Zitieren Sie mich nicht falsch, zitieren Sie mich richtig! - Danke sehr. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr die Frau Berichterstatteerin, Frau VBgmin Mag Brauner. - Bitte.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Einige Redner und Rednerinnen haben zu Beginn unserer ziemlich langen Diskussion gemeint, sie hätten sich die Reden des Vorjahres durchgelesen und dabei Gemeinsamkeiten, Wiederholungen festgestellt. Ich gebe zu, ich habe das nicht getan, so rasend spannend, muss ich ehrlich sagen, hatte ich die Diskussion nicht in Erinnerung. Aber es stimmt, auch mir ist einiges an Gemeinsamkeiten bei der heurigen Diskussion aufgefallen.

Eine dieser Gemeinsamkeiten ist, dass ich immer wieder den Eindruck habe, manche sprechen zu einem anderen Rechnungsabschluss, zu einer anderen Stadt und auch zu einer anderen Rede. Wenn zum Beispiel gleich zu Beginn kritisiert wurde - ich glaube, es war die Klubvorsitzende der ÖVP -, es hätte eine einzige Wirtschaftsinitiative gegeben, die von mir gemeinsam mit VBgmin Vassilakou vorgestellte Förderaktion zu Green Innovation, so darf ich schon in Erinnerung rufen, dass es eine Vielzahl von Fördermaßnahmen für die Wiener Wirtschaft gibt, beginnend von der Kleinkreditaktion über Dutzende von Förderwettbewerben, aber auch viele

Maßnahmen wie zum Beispiel unsere Initiativen im Media Quarter Marx und vieles, vieles mehr.

Außerdem erinnere ich daran - auch das ist eine Gemeinsamkeit der Diskussion -, dass fast alle - wenn ich an die Wirtschaftsagentur denke, eigentlich alle - dieser Maßnahmen gemeinsam von uns allen beschlossen wurden. So wie die Beschlüsse im Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds immer einstimmig sind, so sind auch die Beschlüsse in der Wirtschaftsagentur einstimmig.

Genau diese Fördermaßnahmen, diese Vielzahl ist einstimmig erfolgt, aber das haben offensichtlich manche Redner, wenn es hier um Budget oder Rechnungsabschluss geht, vergessen, und es wird kritisiert. Ich bin stolz darauf, dass wir diese Dinge einstimmig beschließen, und das ist mir auch ein großes Anliegen. Aber ich würde mir schon wünschen, dass man das nicht vergisst, wenn man hier das Rednerpult betritt, um über Rechnungsabschluss oder Budget zu diskutieren.

Genauso wiederholt sich immer wieder der Vorwurf, der Rechnungsabschluss, das Budget der Stadt Wien wäre nicht informativ; und dann wird aufgezählt, was man sich da nicht alles an Veränderungen wünscht. Eine Veränderung ist heute wiederholt worden: Man soll doch bitte das Budget nicht so gliedern, wie wir es haben, sondern nach den Ressortzuständigkeiten.

Na ja, liebe Kollegen und Kolleginnen, gerade bei der jetzigen Diskussion, nachdem wir eine neue Regierung und neue Ressortzuständigkeiten haben, wüsste ich ganz genau, was hier diskutiert werden würde, nämlich dass das alles ja nicht vergleichbar ist. Und dann, sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir das so machen würden, wie es hier vorgeschlagen worden ist, hätten Sie nämlich sogar recht, denn wenn sich die Ressorts anders zusammensetzen, wäre keine Vergleichbarkeit mehr gegeben. Genau deswegen gibt es die Einteilung so, wie sie ist, und ich denke, einem/einer gewählten Abgeordneten ist es schon zumutbar, sich die einzelnen Abteilungen einfach anzuschauen.

Wenn hier gesagt wird, unser Rechnungsabschluss, unser Budget hat keine Informationen, finde ich schon, dass man erwarten darf, dass man sich zumindest die erste Seite anschaut. Dann sieht man: Ausweis über die Sachinvestitionen, Projektausweise, Postensummen, Transfers von Trägern des öffentlichen Rechts, Rücklagen, Schuldenstand 1, Schuldenstand 2, Schuldendienstnachweis über Darlehen und noch nicht fällige Verwaltungsforderungen, über Haftungen, über Vergütungen, über Einnahmen, über Wertpapiere, Beteiligungen - explizit gefordert worden.

Bitte, wenn ich hier ein persönliches Service anbringen darf: Beteiligungen, Seite 214. Ich meine, vorlesen kann ich es nicht auch noch, das würde jetzt ein bisschen den Rahmen sprengen. Aber ich weise gerne darauf hin: Seite 214.

Sammelnachweis der persönlichen Ausgaben, ständiges Personal, Ruheversorgungs-genussempfänger, voranschlagsunwirksame Gebarung, Geldinventar, Mengeninventar und, und, und, Stabilitätsverpflichtung im Wandel, Auswirkungen Finanzausgleich, Auswirkungen

Gender Budgeting, Dezentralisierung, Bezirke. Alles, sehr geehrte Damen und Herren, da drinnen! Lesen muss man es selber, aber die Informationen sind alle da. Ich würde wirklich dringend bitten, hier nicht immer Dinge zu wiederholen, die einfach nicht richtig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine spannende Diskussion war auch die Diskussion über diese Fragen: Öffentliche Hand als Unternehmerin, öffentliche Hand - wo beteiligt sie sich, in welchem Zusammenhang beteiligt sie sich? Es ist wenig darauf eingegangen worden, was eigentlich eine der zentralen Thesen meines Berichtes war: Wie wichtig öffentliche Unternehmungen in der Bekämpfung der Krise waren! Ich schließe jetzt einmal - ich bin Optimistin -, das ist deswegen der Fall, weil wir uns darüber einig sind.

Es ist aber einiges kritisiert worden. Konkrete Vorschläge - und das zieht sich leider wie ein roter Faden durch die gesamte Diskussion -, konkrete Vorschläge habe ich nicht gehört. Nein, ich will nicht ungerecht sein: Eine neue zentrale Forderung der Wirtschaftspartei ÖVP hat es gegeben, nämlich die Privatisierung der Bestattung, weil die Bestattung so erfolgreich ist - ein spannender Zugang!

Mein Kollege Ekkamp hat schon darauf verwiesen, dass es ein falscher Vorwurf ist, dass die Bestattung ein Monopol hat. Ich wiederhole: Es gibt sechs völlig private Bestatter, die ebenfalls in Wien tätig sind. Aber es stimmt, die Wiener Bestattung hat eine sehr gute Position. Wissen Sie, warum? Weil dort gut gearbeitet wird, weil dort Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fachlich kompetent, äußerst gut und mit der in dieser menschlich schwierigen Situation notwendigen hohen Sensibilität die Menschen in einer schwierigen Lebensphase begleiten. Dafür werden wir sie nicht privatisieren, sondern dafür sagen wir ein großes Dankeschön! Ich bitte, das auch weiterzugeben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Thema Arbeitsmark ist hier ebenfalls viel diskutiert worden. Auch dieses Zitat höre ich immer wieder: Regierungszeit Häupl bedeutet, dass die Arbeitsmarktdaten sich verschlechtert haben; und dann werden hier immer Zahlen genannt, aus denen angeblich hervorgeht, dass es jetzt weniger Arbeitsplätze als beim Regierungsantritt Häupl gibt. Nun, dass sich in der Zwischenzeit die Berechnungsmethode geändert hat, sehr geehrte Damen und Herren, wird geflissentlich verschwiegen! Man könnte ja durch allzu viele Details das eigene Argument zerstören.

Es wurde ebenfalls behauptet - aber auch da hat mein Kollege Ekkamp schon die richtige Antwort gegeben -, dass es nicht richtig wäre, dass Wien gut durch die Krise gekommen ist und den geringsten Anstieg an Arbeitslosen während der Krise zu verzeichnen hatte. Doch, es stimmt! Und ja, es stimmt auch, wir haben - das habe ich von Anfang an gesagt - natürlich auf Grund unserer besonderen Wirtschaftsstruktur einen verzögerten Effekt, dass die Arbeitslosigkeit wieder sinkt.

Aber auch da muss man in der Diskussion, wenn man seriös und ernst argumentiert, fair sein und muss darauf hinweisen, dass zum einen die Schulungen in Wien um 25 Prozent zurückgegangen sind und wir auf

der anderen Seite nach wie vor - und das hatte ich erwähnt - 250 000 Menschen, die nicht in Wien leben, mit Arbeit versorgen. Sehr geehrte Damen und Herren, das ist eine Leistung, die der Großraum Wien für die gesamte Umgebung erfüllt! Wir bekennen uns dazu. Aber wenn man hier diskutiert, soll man doch ein Mindestmaß an Fairness, bitte ich doch, auch entsprechend an den Tag legen.

Die Frage, was die öffentliche Hand, was die Stadtwerke, was die Holding leisten, ist hier auch äußerst negativ diskutiert worden, und es ist negativ angesprochen worden, dass beide Unternehmungen viele Beteiligungen haben. Ich kann Ihnen nur sagen, international wird das ganz anders gesehen. Bei den zahlreichen Wirtschaftsdelegationen, die anzuführen ich die Ehre habe, ist einer jener Bereiche, in denen sowohl die Unternehmungen als auch öffentliche Verwaltungen am meisten an dem Modell Wien interessiert sind, genau diese Kooperationsform, die wir entwickelt haben, genau diese PPP-Modelle, wo wir zusammenarbeiten.

Genau diese gemeinsamen Modelle zwischen Unternehmungen der Stadt und privaten Unternehmungen sind erfolgreich. Ich nehme jetzt nicht das Paradebeispiel unseres Twin City Liners, wo wir mit der Raiffeisen sehr gut zusammenarbeiten. Es gibt viele, Dutzende andere Beispiele, wenn ich nur daran denke - weil ich da in den nächsten Tagen auch einen Spatenstich vornehmen darf -: STAR22, unser Entwicklungsprojekt; oder das Media Quarter Marx, das sich sehr gut entwickelt; oder schauen Sie einmal das ganze „Viertel Zwei“ entlang der U2 an, wie sich das verändert hat. Überall sind Unternehmungen der Stadt mit beteiligt, sind sie initiativ, machen sie das, was ihre Aufgabe ist: Nicht Gewinnmaximierung, sondern Lebensqualitätsmaximierung für die Wiener und Wienerinnen!

Ich denke, das ist gut investiertes Geld. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen arbeiten dort gut. Bei dieser Gelegenheit, weil jetzt auch viele Spitzenkräfte meines Ressorts gerade da sind: Ich bitte, auch von dieser Stelle allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ein ganz, ganz großes Dankeschön für diese tolle Arbeit auszurichten! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ja, ich gebe es zu, ich habe viele konkrete Vorschläge seitens der Oppositionsparteien vermisst. Die einzige Idee, die von der Wirtschaftspartei ÖVP eingebracht wurde, war der Hinweis darauf, dass die Stadt Wien Grundstücke zu billig verkauft. Na, da bin ich gespannt, was geschieht, wenn wir den Unternehmungen mitteilen, dass der Vorschlag der ÖVP ist, wir sollen in Zukunft unsere Grundstücke teurer verkaufen - die Grundstücke, mit denen wir versuchen, Unternehmungen zu unterstützen und auch die Entwicklung entsprechend zu fördern! Denn das, sehr geehrte Damen und Herren, ist auch ein Teil unserer Wirtschaftsförderung, das ist genau ein Teil davon.

Hier ist gesagt worden, das Einzige, was Klein- und Mittelunternehmungen interessiert, ist Geld. Aber das stimmt nicht, sehr geehrte Damen und Herren! Ich halte es für ganz, ganz wichtig, dass wir diese vielfältige Wirtschaftsförderung in der Stadt anbieten, die natürlich ihre

pekuniäre Seite hat. Selbstverständlich haben wir auch entsprechende finanzielle Förderungen mit unseren Calls, mit unseren Förderwettbewerben, aber wir haben auch vieles darüber hinaus.

Wir haben, denke ich, ein sehr gutes System der Industrieimmobilien entwickelt, indem wir gerade Jungunternehmungen mit dem Projekt Mingo unterstützen. Da haben wir, denke ich, einen wirklich guten Weg gefunden, und ohne diese Rolle, die wir am Immobilienmarkt spielen, gäbe es wahrscheinlich die Bohr-Gasse mit diesem Erfolg oder das Media Quarter Marx nicht.

Aber zumindest genauso wichtig - und das versichern mir viele, viele Unternehmer, gerade Jungunternehmer, gerade die aus dem kreativen Bereich, gerade die aus dem Technologiebereich -, zumindest genauso wichtig ist auch die Frage der Beratung. Denn da gibt es viele, die Unterstützung brauchen, die wir begleiten, und da spielen sowohl die Wirtschaftsagentur als auch ihre Töchter departure und ZIT eine ganz, ganz zentrale Rolle. Das wird auch ausgesprochen positiv gesehen.

Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam noch eine Form der Wirtschaftsförderung entwickelt, die ebenfalls sehr wichtig ist und gut ankommt, nämlich die Stadt Wien als innovative Nachfragerin. WienWin ist eine Initiative, von der mir die Unternehmungen immer wieder versichern, dass sie ganz zentral für sie ist, wenn sie ihre Produkte, ihre Dienstleistungen, ihre innovativen Ideen einfach in der Praxis umsetzen können, weil es für sie unglaublich viel wert ist, wenn sie am internationalen Markt sagen können: Schaut nach Wien - denn alle schauen ziemlich neidisch nach Wien -, schaut nach Wien, da ist dieses Produkt, da ist diese Initiative schon gesetzt worden, dort funktioniert sie! Davon leben sehr viele, das ist ein neuer Weg, den wir eingeschlagen haben, der sehr erfolgreich ist und von dem ich mir wünschen würde - da schaue ich jetzt vor allem in Richtung ÖVP -, dass wir ihn gemeinsam gehen. Denn ich glaube, dass wir da der Wirtschaft wirklich viel, viel nutzen können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es sind einige Fragen gestellt worden, die in Wirklichkeit schon so oft beantwortet wurden und auch jetzt in der Diskussion wieder beantwortet wurden. Gerade die Frage der Fremdwährungskredite haben wir schon so oft diskutiert! Wir sind nicht der kleine Häuselbauer, der jeden Monat oder jedes Jahr seine 500 EUR beziehungsweise ein paar 1 000 EUR zurückzahlen muss und jetzt unter der Kurssituation leidet. Wir haben so etwas wie Schuldenmanagement! Auch das ist schon genau erklärt worden, aber manchmal habe ich den Eindruck, dass die Antworten auf die Fragen in Wirklichkeit gar nicht gehört werden wollen, weil man sich sonst beim nächsten Mal, bei der nächsten Rede etwas Neues einfallen lassen müsste.

Genauso haben wir Folgendes schon so oft diskutiert - ich bin es aber nicht müde, es immer wieder zu betonen, weil es ein ganz konstitutives Element auch meiner Wirtschaftspolitik ist: Wir diskutieren nicht darüber, ob wir Dienstleistungen oder Produktion in dieser Stadt fördern, wir brauchen selbstverständlich beides, und auch die Branchen brauchen sich gegenseitig! Natürlich ist Wien,

wie jede andere große Stadt, eine Dienstleistungsmetropole geworden. Aber selbstverständlich ist auch der Produktionssektor für uns unglaublich wichtig, und daher haben wir nicht zufällig auch in diesem Bereich entsprechende Calls und Förderinitiativen.

Dass von Seiten der Damen und Herren von der FPÖ keine wirklich konkreten Vorschläge und Verbesserungsideen zur Wirtschaftsförderung gekommen sind, wundert mich leider nicht sehr. Ich kann mich noch an die Diskussion mit Ihnen, Frau Wirtschaftssprecherin, erinnern, in der Sie sich dazu verstiegen haben, dass Sie gemeint haben, man soll in Wien einfach die Steuern abschaffen. Da denke ich mir, das ist eben ein Zugang, der - sagen wir es jetzt einmal sehr höflich - nicht unbedingt sehr realistisch ist.

Der ist ungefähr so realistisch, wie wenn der Herr Jung, glaube ich, sagt: „Wenn wir dem Flick die Hälfte seines Vermögens wegnehmen würden, dann würde das gerade das ausmachen, was in der Stadt Wien für Inserate ausgegeben wird.“ Also wir wissen beide nicht, wie viel Geld die Familie Flick hat. Ich kann mich jetzt nur auf den „Trend“ beziehen, den ich zufälligerweise gerade hier liegen habe; na ja, die Hälfte von 6,8 Milliarden: 3,4 Milliarden! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das könnte sich ausgehen! Mit den Inseraten, die Sie zahlen, könnte sich das ausgehen!*) Wenn Sie mir bitte sagen würden, wo der Topf für diese Inserate ist, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Dann hätte ich nämlich ein bisschen weniger Sorgen bei der Finanzierung all der guten Ideen, die wir für diese Stadt haben, sehr geehrte Damen und Herren! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Es könnte sich fast ausgehen!*)

Es wundert mich, wie gesagt, seitens der Freiheitlichen Partei weniger. Was mich schon mehr wundert, ist die Position der ÖVP. Denn wenn hier gesagt wurde, sehr geehrte Damen und Herren, man soll mehr evaluieren, man soll gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hinterfragen, dann frage ich mich, sehr geehrte Damen und Herren von der Wirtschaftspartei ÖVP: Wo sind Sie das ganze Jahr über?

In Zusammenhang mit dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds ist Ihre Position ja leider nicht die der Evaluierung gewesen, sondern Sie haben die Meinung vertreten, der WAFF gehört aufgelöst. Nun, dazu wurde Ihnen schon die richtige Antwort gegeben.

Wenn Sie sagen, in der Wirtschaftsagentur soll entsprechend evaluiert werden: Ja! Und da, Kollege Aichinger, muss ich dich schon fragen: Hast du nicht mitbekommen, dass diese Evaluierung läuft? Weißt du nicht, dass in dem begleitenden Gremium die Wirtschaftskammer von uns eingeladen wurde mitzumachen (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: ... politische Partei!*) und auch in dem begleitenden Gremium drinsitzt? Da bitte ich doch, diese ausgestreckte Hand, die wir dir hier geben, indem wir sagen, machen wir es gemeinsam!, auch zu nehmen, um hier wirklich gemeinsam zu arbeiten und nicht in dem Moment, in dem man dieses Rednerpult betritt, alles zu vergessen und alles über Bord zu werfen. Nichts ist mehr da, an nichts kann man sich mehr erinnern!

Was wir machen müssen, ist, gerade in dieser wirt-

schaftlich schwierigen Zeit zusammenzuarbeiten. Unser Angebot steht! Wir haben auch die Wirtschaftskammer eingeladen, sie hat diese Einladung angenommen. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, mit Frau Präsidentin Jank ist ja erfreulicherweise ausgezeichnet, und das werden wir auch so fortsetzen.

Es sind hier viele Berechnungen angestellt worden. Es ist viel gerechnet worden, und viele Zahlen sind gefallen, sehr geehrte Damen und Herren. Zwei Berechnungen wurden leider viel zu wenig berücksichtigt. Es ist nämlich nicht darauf eingegangen worden, dass dieser Rechnungsabschluss natürlich dadurch geprägt ist, dass die Stadt Wien in den Zeiten der Krise 1 Milliarde EUR weniger an Einnahmen hatte als vorher. Und es ist nicht darauf eingegangen worden, dass wir Konjunkturpakete geschnürt haben, die Hunderte von Millionen Euro gekostet haben. Offensichtlich ist die Auseinandersetzung über diese ganz entscheidenden Positionen sachlich doch nicht so gewünscht, wie ich mir das erhofft hatte.

Aber ganz ehrlich gesagt: Wichtig ist mir das, was die Menschen draußen denken. Wir haben, weil wir immer sehr selbstkritisch sind und immer versuchen, auch zu schauen, ob wir auf dem richtigen Kurs sind oder ob wir etwas noch besser machen können, unsere Konjunkturpakete extern evaluieren lassen. Wir haben die Wiener Unternehmer und Unternehmerinnen gefragt, ob die Stadt Wien mit ihren Konjunkturpaketen, mit ihren Maßnahmen, die sich eben da in dem Rechnungsabschluss niederschlagen, auf dem richtigen Weg ist. Und die haben gesagt: Jawohl, wir sind auf dem richtigen Weg. - Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist mir eigentlich ganz besonders wichtig!

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung zu dem Antrag der Freiheitlichen Partei machen. Sehr geehrte Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei! Ihr Misstrauensantrag ist nun wirklich keine besondere Überraschung. Denn ich stehe mit jeder Faser meines Herzens gegen Ihre unmenschlichen und wirtschaftsfeindlichen Positionen, gegen Ihre mangelnde Abgrenzung vom rechtsradikalen Rand (*StR DDr Eduard Schock: Es ist immer das Gleiche!*), gegen Ihre Ausländerfeindlichkeit, (*StR DDr Eduard Schock: Wenn Sie fachlich nichts entgegenen können, werden Sie ideologisch!*) mit Ihrer Hetze und Ihren Hassparolen, weil ich weiß, wie wichtig die Zuwanderer und Zuwanderinnen für unsere Heimatstadt Wien sind. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - StR DDr Eduard Schock: Wenn Sie fachlich nichts entgegenen können und am Ende sind, dann werden Sie ideologisch! Das wissen wir bereits! Wenn Sie fachlich keine Ahnung haben, werden Sie ideologisch! Das merken wir auch heute!*)

Ich stehe gegen Ihre Inhaltsleere, die Sie mit immer radikaleren Phrasen verzweifelt zu verdecken versuchen. Ich stehe gegen Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik, die, wenn Sie am Ruder sind, ganze Länder wie zum Beispiel Kärnten ins Unglück stürzt, und nur wenige profitieren und kassieren. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie stürzen Wien gerade ins Unglück!*) Gegen Ihre Unwahrheiten, zum Beispiel beim Thema Arbeitsmarkt, wo Sie behauptet haben, am 1. Mai werden Hunderttausende

den Arbeitsmarkt überschwemmen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Tatsache ist, dass 9 000 gekommen sind. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist sehr viel in zwei Monaten!*)

Insofern, sehr geehrte Damen und Herren von der FPÖ, wird es Sie nicht überraschen, wenn ich zusammenfassend feststelle: Das Misstrauen ist gegenseitig, mein Vertrauen in Sie ist gar nicht da! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Ich danke Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Debatte. Zehn Stunden, zumindest einen Rekord haben wir hingelegt. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: ... wie ein Schuldenrekord!*) Und ich bitte Sie, diesem Rechnungsabschluss zuzustimmen. - Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen daher zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport. Zum Wort gemeldet ist als Erster Herr GR Dr Aigner. Ich weise darauf hin, dass die Erstedner jeder Fraktion wieder 40 Minuten Redezeit haben, und erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Stadtrat!

Solange Sie, Frau VBgmin Brauner, noch im Haus und hier im Sitzungssaal zugegen sind, darf ich Ihnen schon eines auf den Weg mitgeben: Sie haben sich nicht nur das Misstrauen der FPÖ, sondern auch das Misstrauen der ÖVP wohl verdient! (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*) Sie können aus der Länge der Debatte über Ihre generellen Beiträge erschließen, dass es mehr als nur einen Kritikpunkt an Ihrem Budget und an Ihrem Rechnungsabschluss gibt. Daher: Wehleidigkeit ist fehl am Platz!

Ein Blick in den Rechnungsabschluss zeigt eigentlich, dass man aus den von Ihnen vorgelegten Zahlen überhaupt nicht klug wird. Es ist ein Zahlenfriedhof, die Zahlen sind austauschbar. Wann immer man nach den Hintergründen für eine Zahlenverschiebung fragt, heißt es: Na ja, die Zahlen, das ist eh völlig egal, das Geld kommt aus einem Topf! Gleichzeitig können wir uns bei jeder Budgetdebatte anhören, dass es sich hier um in Zahlen gegossene Politik handelt. Wenn das wirklich die Politik ist, die Sie in Zahlen gießen, dann ist das eine schlechte Politik! Und genauso, wie wir das Budget ablehnen, müssen wir daher einen schlechten Rechnungsabschluss ablehnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber nun zur vorliegenden Geschäftsgruppe Jugend, Schule, Bildung, Information.

Herr StR Oxonitsch! Wenn ich das alles vor eine Klammer ziehen möchte - wie man das im guten alten Mathematikunterricht machte, bevor man in Modulen aufgliedert, mit dem Taschenrechner bewaffnet hier sozusagen nicht mehr Mathematik lernen musste -, würde ich sagen, vor die Klammer gezogen: Der Lack ist ab!

Wir sind Ihnen mit einem sehr großen Vertrauensvorschuss entgegengekommen. Wir waren es gewohnt, es mit einem Skandalressort zu tun zu haben, wo Großpro-

jekte im übergeordneten Auftrag durchgezogen wurden, wo es Kritik von allen Ebenen gab, von medialer Ebene, aber auch vom Kontrollamt der eigenen Stadt, vom Rechnungshof. Diese Kritik ist abgeebbt. Aber es wurde nicht für eine substanziellere Politik Platz gemacht, sondern es ist nur die gleiche schlechte Politik hübscher verpackt worden.

Herr Stadtrat! Man kann Probleme in der eigenen Geschäftsgruppe nicht weginserieren. Sie versuchen zwar, die Leserinnen und Leser, die Bürgerinnen und Bürger, aber auch uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäte mit einer Fülle von Inseraten davon zu überzeugen, dass alles super ist. Aber unter und hinter der Hochglanzbroschüre versteckt sich eigentlich eine nur mäßig positive Bilanz, eine Bilanz, die man nur mehr mit viel Geld aus dem Steuertopf so lange, wie man nicht alle Inserate detailliert aufzeigen muss, behübschen kann. So wie die Müllverbrennungsanlage in der Spittelau eben trotz aller Behübschungen eine Müllverbrennungsanlage ist, so ist die Politik, die aus ihrem Ressort kommt, auch die klassische sozialistische Politik, die nicht schöner und nicht besser wird, wenn man sie mit sehr viel Geld zu behübschen versucht.

Ein paar Beispiele dafür, die Ihnen zeigen, wie in dieser Geschäftsgruppe einfach versucht wird, die Probleme wegzuinserieren und wegzudiskutieren, findet man etwa im Bereich der Schule. Der Container wird für immer mehr Wiener Schülerinnen und Schüler im Pflichtschulbereich die normale Ausbildungsstätte. Für einige wenige gibt es in Zukunft vielleicht die großen Bildungscampi, während sich das Wiener Schulbauprogramm mühsam über viele Jahre, um nicht zu sagen, Jahrzehnte dahinschleppt. Ich glaube, das ist schon das zweite oder dritte Schulbauprogramm, immer auf zehn Jahre angelegt.

Die Bezirke müssen sich über viele Jahre im Vorhinein verschulden. Für Perioden, für welche die Amtsträger noch nicht einmal gewählt worden sind, muss man bereits Beschlüsse fassen, um ein paar Millionen aus dem Stadttopf zu bekommen, und das zizerlweis, worüber seinerzeit Edmund Sackbauer in seiner unnachahmlichen Art und Weise gesagt hat: „Zizerlweis gibt's bei mir nicht!“ In der Wiener Schulbaupolitik ist „Zizerlweis“ zum Programm erhoben worden: Es wird zizerlweis saniert, es wird punktuell ein bisschen verbessert, und das dauert Jahre und Jahrzehnte. Auf der anderen Seite gibt es für einige wenige die Wellness-Schulen.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Schulbaupolitik, die mit den Anforderungen des 21. Jahrhunderts schon gar nichts zu tun hat, und auch nicht mit dem von Ihnen in den Medien immer wieder vorweggenommenen Anspruch, dass Wien Weltklasse leisten soll. Das ist nicht Weltklasse, das ist dritte Liga! Und diese dritte Liga hat nichts zu tun mit den Geldern, die Wien aus dem Finanzausgleich bekommt.

Es heißt dann immer, Wien ist besser als Freistadt, besser als Braunau und ich weiß nicht, was, als Kufstein oder Wörgl. Aber das erwarte ich mir auch von einer Millionenstadt, die doppelt und dreifach in den Finanzausgleich hineingreift, dass es in Wien eine bessere

Infrastruktur gibt, dass es in Wien mehr Ärzte, mehr Schwimmbäder und bessere Schulen gibt. Dafür wird ja auch aus ganz Österreich eingezahlt. *(Beifall bei der ÖVP. - Ruf bei der ÖVP: Es gibt nicht die besseren Schulen!)* Die gibt es nicht, und wenn, dann nur punktuell. Aber dieses ewige Vergleichen - wir vergleichen uns mit den kleinen Landgemeinden -, das ist doch wirklich genant, und das ist einer Weltstadt, einer Millionenstadt, das ist der Bundeshauptstadt nicht würdig! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie müssen sich an Ihren eigenen Ansprüchen messen, und Ihre eigenen Ansprüche sind ja so hoch, dass das ganze Geld des gesamten Finanzausgleichs nicht ausreichen würde, um Sie an Ihren eigenen Ansprüchen zu messen. Ich will Sie aber gar nicht an Ihren eigenen Ansprüchen messen, sondern nur an dem, was man sich als Wiener Bürger erwarten kann. Diese Erwartungen sind deutlich höher als die, die Sie tagtäglich liefern.

Ein paar Spotlights, ein paar Highlights gibt es: Es wird Party gefeiert auf der einen Seite, aber die Masse geht in immer schlechteren infrastrukturellen Rahmenbedingungen unter. Das ist eigentlich etwas, was Sie dem Rest Österreichs einmal erklären müssen, warum man mit dem vielen Geld, das Sie bekommen, nicht mehr machen kann.

Ich weiß schon, warum Sie nicht mehr daraus machen: Weil viel Geld im Overhead versickert, weil viel Geld in der Eigenwerbung versickert. Wann immer ein Problem in dieser Stadt auftaucht, gibt es eine stereotype Antwort, und diese Antwort schaut so aus: Es gibt eine Werbekampagne. Man weiß zwar nicht genau, was beworben wird, welches Problem mit dieser Werbekampagne gelöst wird, aber Tatsache ist, es gibt eine Werbekampagne. In der Mitte dieser Werbekampagne findet sich immer der eine oder andere, und jetzt ist es vor allem unser zuständiger Stadtrat Oxonitsch, der glaubt, ein Platzsturm auf irgendeinem Fußballplatz wird dadurch wegretuschiert, dass man sich inmitten der Fans präsentieren lässt. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Zeigen Sie mir die! Zeigen Sie mir die Kampagne!)*

Die gibt es noch nicht. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Ach so!)* Sie haben sich aber schon 1 Million EUR genehmigen lassen. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Interessant, was Sie alles wissen!)* Und Sie haben uns im Ausschuss gesagt: Ich weiß zwar nicht genau, welches Projekt es gibt, es gibt aber jedenfalls eine Werbekampagne. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Genau! - GR Christoph Peschek: ... billige Polemik!)* Diese Werbekampagnen kennen wir mittlerweile schon. *(Beifall bei der ÖVP. - Amtsf StR Christian Oxonitsch: Genau!)*

Das ist ein glücklicher StR Oxonitsch im Rahmen von lauter glücklichen Menschen, die eine Realität vorspielen, die es in dieser Form nicht gibt. Im Prinzip treten Sie immer mehr auf wie ein Guru: So ein Guru, der ist da, alle beten ihn an und so weiter. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Damit man angebetet wird, braucht man natürlich das entsprechende Kleingeld. Das lassen Sie sich permanent aus unserer Geschäftsgruppe ... *(GR Christoph Peschek: Sind Sie neidig? Wären Sie gern ein Guru?)*

Nein, ich bin kein Guru. Ich bin katholisch, und in der

katholischen Kirche gibt es keine Gurus. Da gibt es einen Papst, und der ist kein Guru. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Mag Rüdiger Maresch: Und die Heiligen? Die nehmen Sie ...)* Wir sind keine Gurus, wir möchten nur eine seriöse demokratische Politik und keinen sozialistischen Personenkult. *(Beifall bei der ÖVP.)* Insofern sind wir gegen rote und alle anderen Gurus. Schwarze Gurus gibt es sowieso keine, weil wir das gar nicht wollen. *(Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ja, das ist wirklich wahr, seriöse Politik - Herr Kollege Peschek, Sie lachen gerade so freundlich. Sie gehen in die Berufsschulen hinein, und wenn man daraufhin eine Anfrage stellt: Was darf der GR Peschek in einer Berufsschule?, dann heißt es: Der geht ja nicht als SPÖ-Politiker oder als Wiener Gemeinderat in eine Berufsschule, sondern als Mitglied der Arbeiterkammervollversammlung und als Gewerkschaftssekretär der GPA. *(GR Christoph Peschek: Ach so, sind Sie gegen Information für Lehrlinge?)*

Nein, wir sind sehr für die Information. Aber wir sind für eine ausgewogene Information, und wir werden schauen, was passiert, wenn ein FCG-Sekretär in eine Schule der Stadt Wien gehen möchte. Da werden wir dann ganz genau hinschauen. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Nein, nein, Herr Kollege Peschek, wir nehmen zur Kenntnis, Sie sind zeitgleich damit, dass Sie für eine Unterschriftenkampagne gesammelt haben, in die Berufsschule hineingegangen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das war Zufall!)* Das hat nichts mit dem Gemeinderat zu tun, es war nur die ganze Galerie voll. Sie haben schon angekündigt, dass Sie sofort die Leute, die Sie auf die Galerie kommandiert haben, zurückziehen, wenn die ÖVP Ihrem Berufsschulprojekt zustimmt. Aber Ihr Besuch in der Berufsschule hat nichts mit SPÖ-Gemeindepolitik zu tun, sondern Sie sind dort nur als einfacher Arbeiterkammerer hingegangen.

Da darf ich Ihnen sagen: Wir haben auch genug einfache Arbeiterkammerer, und wir werden ganz genau schauen, ob unsere Arbeiterkammerfunktionäre genauso einfach in die Berufsschulen der Stadt Wien hineingehen können wie Sie. Und wenn nicht, dann wissen wir wieder: Das ist sozialistischer Feudalismus, und deswegen sind wir gegen Sie, deswegen sind wir gegen Ihr Budget und Ihren Rechnungsabschluss! *(Beifall bei der ÖVP. - GR Christoph Peschek: Herr Kollege, kennen Sie den Unterschied zwischen einer überparteilichen Funktion und einer Parteifunktion?)*

Sie sind nicht überparteilich, sondern Sie sind ein echter Sozialist. Als solcher treten Sie hier auf. Sie haben mit Überparteilichkeit schon gar nichts zu tun! *(GR Christoph Peschek: Dann ist Ihr Kollege Aichinger auch nicht überparteilich in der Wirtschaftskammer?)*

Der Kollege Aichinger geht ja nicht unangemeldet in irgendwelche Berufsschulen. Oder ist irgendein Berufsschulbesuch des Kollegen Aichinger ... *(GR Christoph Peschek: Sie drehen es sich auch, wie Sie es brauchen!)* Na, nennen Sie mir einen Berufsschulbesuch des Kollegen Aichinger! Er geht doch nicht einfach in Berufsschulen. *(GR Christoph Peschek: Ich werde dann versuchen,*

es Ihnen zu erklären!) Nein, Sie brauchen mir nichts zu erklären. Ich will keine sozialistische Gehirnwäsche, ich brauche mir von Ihnen nichts erklären zu lassen. *(Beifall bei der ÖVP. - Amtsf StR Christian Oxonitsch: Gehirnwäsche! - GR Christoph Peschek: Das ist ein Wirbel, in den Sie sich hineinreden!)*

Nein, das ist überhaupt kein Wirbel. Sie brauchen aber keine Angst zu haben, wir haben Sie durchschaut. Wir brauchen da gar nicht viel weiterzureden. *(GR Christoph Peschek: Durchschaut? Haben Sie einen Röntgenblick?)* Spätestens dann, wenn das Transparenzgesetz Gesetz wird, muss die Stadt Wien, müssen der PID und auch diese Geschäftsgruppe, über die wir gerade reden, die ganze Inseratenkampagne erklären. Deswegen wollen Sie ja auch nicht, dass Arbeiterkammerer und Gewerkschafter als Lobbyisten gelten. Jetzt frage ich mich: Was sind Sie denn, wenn nicht ein Lobbyist? Sie haben nur ... *(GR Christoph Peschek: Ach so, Sie verwechseln uns mit dem Herrn Strasser! Das ist Ihre Partie, nicht unsere!)*

Der Herr Strasser? Der Herr Strasser sitzt aber im Gegensatz zu Ihnen in keinem generellen Vertretungskörper mehr. Sie sitzen immer noch da! *(Beifall bei der ÖVP. - GR Christoph Peschek: ... ein Lobbyist!)* Ja, Strasser ist ein Lobbyist, der ist schon weg. Sie sind auch ein Lobbyist, und Sie sind noch da, Herr Kollege! *(GR Christoph Peschek: Dann bin ich schon gespannt, was Sie mit Aichinger ...)* Strasser ist schon weg, Sie sind noch da. *(Anhaltende Zwischenrufe von GR Christoph Peschek.)* Aber Sie werden schon noch sehen: Es wird das Gesetz, das von Ihrem eigenen Bundeskanzler kommt, Ihnen noch selbst auf den Kopf fallen.

Meine Damen und Herren! Sozialismus im Jahr 2011 in Wien heißt: Luxus für wenige, Elend für möglichst viele! Das ist der Sozialismus des Jahres 2011, und gegen diesen Sozialismus kämpfen wir an. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen nicht die Containerschule als Regelschule und für einige wenige den Luxuscampus. Wir wollen nicht elendslange Schulsanierungen und dann ein paar Wellness-Schulen. Wir wollen auch nicht Lehrereinsparungen, während Sie die Lehrer verwenden für die soziale Jugendwohlfahrt, für die die Stadt Wien verantwortlich ist, meine Damen und Herren! *(GR Christoph Peschek: Das ist eine Kritik, dass die soziale Jugendwohlfahrt ...)*

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass in Wien einiges falsch läuft, ist es der, dass der aus der SPÖ stammende, überparteiliche Volksanwalt Peter Kostelka Ihnen ein verheerendes Zeugnis ausgestellt hat. Wenn man davon spricht, dass die Jugendwohlfahrt einer Großstadt, einer Millionenstadt nahe am Rand des Kollapses ist, dann kann man sich dessen nicht berühmen.

Das bezieht sich auf das Jahr 2009. 2009 ist in etwa eineinhalb Jahre her, und in den letzten eineinhalb Jahren hat sich nicht allzu viel zum Besseren geändert. Das war nicht in grauer Vorzeit, da ist auch nicht Schwarz-Blau schuld, da können Sie die Fiona nicht zur Verantwortung ziehen, da sind Sie selbst verantwortlich: Die Wiener Jugendwohlfahrt ist nahe des Kollapses! Das ist einer Millionenstadt unwürdig, und dafür sind Sie verant-

wortlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt aber natürlich auch positive Elemente des Rechnungsabschlusses, das kann man überhaupt nicht wegleugnen. Da stehe ich auch nicht an zu sagen: Es gefällt uns, dass die langjährige ÖVP-Forderung nach einem Gratiskindergartenjahr verwirklicht worden ist. Ich habe noch einen ganzen Bene-Ordner voller negativer Antworten der damaligen Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska, die uns immer erklärt hat, dass das eine blöde Idee ist: Das kann man nicht machen, das ist unsozial, Wien ist ohnehin so sozial.

Wir haben damals ein Gratiskindergartenjahr gefordert, es sind sechs Gratiskindergartenjahre daraus geworden. Das ist auch absolut in Ordnung. Wenn hier das Budget angehoben wird, und zwar nicht nur für die städtischen Kindergärten, sondern auch für private Kindergruppen, ist das absolut ein positiver Ansatz. Nur, das ist nicht auf Ihrem Mist gewachsen! Sie haben hier viele Jahre unsere Anträge mit einer stereotypen Antwort immer zurückgewiesen, abgewiesen, abgelehnt; dann haben Sie kurz vor der Wahl in einem Anflug von Panik davor, dass andere hier das Ruder übernehmen könnten, die Reißleine gezogen.

Das ist ein positiver Ansatz, dazu stehen wir. Es ist auch in Ordnung, dass hier nicht nur städtische Einrichtungen, sondern auch private Kindergruppen gefördert werden. Diesem Teil des Rechnungsabschlusses könnte man also, isoliert betrachtet, natürlich zustimmen. Aber die Demut vor der guten Idee des politischen Gegenübers fehlt Ihnen völlig. Sie gehen her, so als ob Sie den Gratiskindergarten erfunden hätten. In Wirklichkeit hat das vor vielen Jahren Gio Hahn mit einem Jahr erfunden, und Sie haben es nicht gemacht. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Der hat ein bisschen Plagiatsprobleme ...)*

Schauen Sie, es ist nicht jedes Plagiat strafbar. Es ist auch nicht jedes Plagiat irgendwie unanständig. Natürlich, die Regierenden können die Dinge der Opposition aufgreifen, aber ich weiß persönlich nicht, warum die Regierenden nicht die Größe haben, auch zu sagen: Eine gute Idee kam von Seiten der Opposition. *(GR Christoph Peschek: Sie sagen es eh selber!)*

Wir haben gerade in unserem Geschäftsbereich sehr viele Anträge, die gestellt werden, wo eigentlich die Antwort die ist: Es wird ohnehin schon gemacht, wir tun es eh - und trotzdem ist man gegen den Antrag. Wenn man dann fragt: Warum seid ihr eigentlich gegen den Antrag?, dann heißt es: Na, weil er von euch ist! Umgekehrt ist man irrsinnig beleidigt, wenn gegen das Zahlenwerk und gegen die Akten der Regierungsmehrheit gestimmt wird.

Jetzt darf ich Ihnen eines sagen: Wir sind beim Zustimmung und beim Ablehnen äußerst selektiv. Wenn man sich unsere Ausschüsse anschaut: Es gibt drei, vier Streitpunkte, wo wir dagegen sind, wo die Kolleginnen und Kollegen von den Freiheitlichen dagegen sind, und weite Übereinstimmung in den Punkten, wo man einer Meinung ist.

Ich habe in meiner sechs- oder siebenjährigen Tätigkeit hier im Gemeinderat noch nicht von einem einzigen ÖVP- oder auch FPÖ-Antrag gehört, wo die SPÖ - selbst dann, wenn sie gesagt hat, das wird eh gemacht - zuge-

stimmt hätte. Das heißt, wir sind bei Weitem objektiver, wir sind bei Weitem seriöser, als Sie es sind. Denn alles, was von uns kommt, ist aus Ihrer Sicht schlecht, aber wir sollen alles schlucken, was von Ihnen kommt. Das ist eigentlich kein seriöser Diskurs, und das hat mit einer langfristig orientierten Politik für unsere Stadt nichts zu tun.

Meine Damen und Herren! Für die ÖVP ist der Begriff Leistung etwas ganz Wesentliches. Ich möchte auch, obwohl wir heute keine allgemeine Bildungsdebatte führen, ganz am Rande das Thema Durchfallen anstreifen.

Der eigene Bundeskanzler hat es Ihnen ja als Spiegel vors Gesicht gehalten: Es ist schlecht kommuniziert worden. Und es ist nicht unbewusst schlecht kommuniziert worden, sondern das Ganze ist deshalb so schlecht übergekommen, weil man weiß, worum es manchen Teilen - es sind nicht alle Teile - der SPÖ geht. Wenn uns so viele Rote wählen würden, wie uns sagen: Verhindert den und den Blödsinn, den die Eigenen aushecken!, dann hätten wir wahrscheinlich schon längst 20 oder 25 Prozent. Dieser Mut ist in manchen Teilen noch nicht so groß. *(GR Christoph Peschek: Offenbar ist es auch nicht so!)* Ja, es ist nicht so, aber es kommen genug aus der linken Ecke, die sagen: Das alles ist ein Wahnsinn, es geht nicht darum, es leichter zu machen. *(GR Christoph Peschek: Aber Sie haben nichts davon!)*

Wir haben à la longue sehr wohl etwas davon. Wenn Sie jetzt zurückzipfeln, dann zipfeln Sie ja nicht zurück, weil Sie glauben, dass das ein schlechtes Programm ist, sondern weil Sie selber sehen, wie die Sache am Boulevard ankommt. Da kommt es ganz schlecht an, weil das die Message ist: Es wird immer einfacher. Aber wir leben in einer Welt, die nicht einfacher, sondern schwieriger wird. Es wird immer schwieriger, dass wir unseren Spitzenplatz halten können. Es wird nicht einfacher, und es hat kein Schüler in dieser Stadt etwas davon, wenn Sie ihm leichter zu einem dann wertlosen Zeugnis verhelfen.

Wozu autorisieren diese Zeugnisse? Dass man auf einer überfüllten Universität am Boden herumsitzt und Dinge lernt, die man später im Berufsleben vielleicht gar nicht einsetzen kann. *(GR Christoph Peschek: Darüber müssen Sie mit dem Wissenschaftsminister reden!)* Davon hat keiner etwas, und Ihre ganze Sozialromantik nützt Ihnen nichts. Wir sind in einem Wettbewerb, in einem beinharten Wettbewerb mit Ländern, die unsere arbeitsrechtlichen Standards nicht haben. Ich komme aus dem Arbeitsrecht, Herr Kollege Peschek, ich stehe zu unserem Arbeitsrecht und verteidige es mit Zähnen und Klauen. Aber ein solches Arbeitsrecht muss man sich auch leisten können, und um es sich leisten zu können, braucht man gut ausgebildete Menschen, nicht Menschen mit einem wertlosen Zeugnis, die dann dasitzen und nichts können. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Christoph Peschek: Jawohl, gemeinsame Schule, richtig!)*

Die gemeinsame Schule: ein super Stichwort! Da gibt es ein Volksbegehren von einem Multimilliardär, der in den letzten Jahren und Jahrzehnten damit aufgefallen ist, dass er Arbeitsplätze von Österreich nach China ausgelagert hat, nämlich Ihr Genosse Hannes Androsch.

(*Beifall bei der ÖVP.*) Der geht her und macht ein Volksbegehren „Österreich darf nicht sitzen bleiben“. Der Einzige, der sitzen bleibt, ist der Herr Androsch mit dem Volksbegehren, es unterschreibt nämlich keiner. Jetzt muss sich die SPÖ sogar auf ihrem Oberspaßfest! dazu durchringen zu sagen: Dort kann man das Volksbegehren unterschreiben.

Meine Damen und Herren! Das erinnert an Zeiten, als Menschen nach einer gewissen Alkoholdosis für den Militärdienst unterschrieben haben. Auf einem Donauinsel fest ein Volksbegehren zu unterschreiben, ist völlig unpassend. Wer ein Volksbegehren unterschreiben möchte, der soll gefälligst ins Magistratische Bezirksamt gehen, der soll in der Eintragungswoche dort hingehen, wo es vorgesehen ist, und nicht auf den Bank-Austria-Container auf der Donauinsel. Das zeigt schon, wie dieses Volksbegehren aufgestellt ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Sitzenbleiben ist ja auch so etwas. Da wird suggeriert: Es gibt bei uns zehntausende Schüler, die sitzen bleiben, weil sie in einem Fach nicht weiterkommen. In Wirklichkeit fällt kein Mensch bei uns durch, weil er in einem Fach ein negatives Ergebnis erzielt hat. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das stimmt nicht!*) Man kann eine Aufstiegs Klausel bekommen. Warum gibt es die Aufstiegs Klausel vielfach nicht? (*GR Mag Rüdiger Maresch: Man kann in einem Fach durchfallen! - Weitere Zwischenrufe.*) Im Unterschied zu Ihnen sitze ich in solchen Lehrerkonferenzen. - Weil ein Fünfer meistens kombiniert ist mit acht Genügend! Der eine Fünfer, der mit acht Genügend kombiniert ist: das ist eben nicht aufstiegs würdig.

Selbst wenn man einen Fünfer hat, kann man die Wiederholungsprüfung im September des gleichen Sommers schaffen. Kein Mensch fällt also bei uns wegen eines Nicht genügens durch. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Genug!*) Nein, das ist nicht wahr! Es fallen überhaupt nicht so viele durch. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ist ja nicht wahr! Dann haben Sie keine Ahnung! Sind Sie nicht in der Schule?*) Ich habe insofern eine Ahnung, als ich genau in den Lehrerkollegien drinsitze. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, ja, ja!*) In Nebenfächern fällt überhaupt niemand durch und so weiter (*GR Mag Rüdiger Maresch: Es ist einfach nicht wahr, Herr Kollege!*), und die, die Fünfer haben, haben in vielen Fächern einen Fünfer. Da sagen oft die Schüler selber mitsamt den Eltern: Es ist besser, noch ein Jahr ordentlich zu lernen und dann vernünftig aufzusteigen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: ... ist einfach nicht wahr!*)

Das, worum es der SPÖ geht - und das wird es mit der ÖVP nicht geben -, ist das Durchschleusen. So machen Sie nämlich das modulare System kaputt. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Haben Sie mit dem Kollegen Amon auch schon einmal geredet?*) Wir sind in einem ständigen Austausch. Aber ich darf Ihnen sagen, es wird Ihnen nicht gelingen, uns gegen den Kollegen Amon auszuspielen. (*GR Christoph Peschek: Wer vergisst denn dann, er oder Sie?*)

Schauen Sie, Herr Kollege Peschek, die Abstimmung ist im Nationalrat. Da kann nicht der Kollege Amon ...

Das ist vielleicht in der SPÖ so, dass dort einer sagt: So ist abzustimmen! Bei uns ist es im Nationalrat so, dass die Abgeordneten das letzte Wort haben, und die Abgeordneten haben Rückkoppelungen mit ... (*GR Christoph Peschek: Verstehe ich Sie richtig, dass der ÖVP-Abgeordnete Amon ahnungslos ist, Ihrer Meinung nach?*)

Die einzig Ahnungslose, die im Bildungssystem herumirrt, ist Frau Claudia Schmied. Die ist im Wirtschaftlichen ahnungslos, weil sie bei einer Bankenpleite live dabei war. Eine der wenigen Banken, die noch vor der Finanzkrise Pleite gegangen sind, ist die Bank, in der Frau Claudia Schmied Vorständin war. Darüber darf nur keiner sprechen, aber wir wissen das: Frau Schmied war zuständig für eine Bankenpleite. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir sorgen dafür, dass auf die Bankenpleite keine Bildungspleite folgt. Eine Pleite reicht uns. (*Beifall bei der ÖVP. - GR Christoph Peschek: ... Sie hier als Aufdecker? Aufdecker Aigner ist unterwegs! 00Aigner ist unterwegs!*)

Nein, nein, das ist kein Aufdecker Aigner. Schauen Sie, zuerst die Schmied, dann war die BAWAG pleite, und erst dann hat es die Finanzkrise gegeben. (*GR Christoph Peschek: Aufdecker Aigner ...*) Dann ist keine Bank mehr Pleite gegangen. Da sind Ihre Genossen schon im Häfen gesessen, so schaut es nämlich aus. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Der Sozialismus führt in die Pleite. (*GR Christoph Peschek: Das sagt der Grasser-Haberer!*) Die letzte Konsumgenossenschaft im Salzkammergut ist Pleite gegangen, meine Damen und Herren. (*GR Christoph Peschek: Das sagt der Grasser-Freund!*) Sie können nicht wirtschaften, und das heißt, unsere Aufgabe ist es, Sie vom Wirtschaften fernzuhalten. Das ist eine schwierige Aufgabe; wir stellen uns dieser Aufgabe! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Peschek, was haben Sie mit dem Streikfonds der Gewerkschaft gemacht? Die Gewerkschaft kann sich gar keinen Streik mehr leisten, weil Sie es verzoockt haben, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP. - GR Christoph Peschek: Ich persönlich, oder?*) Wir sind ohnehin gegen das Streiken. Aber selbst wenn man fürs Streiken wäre (*GR Christoph Peschek: Ach so, die Arbeitnehmer dürfen nicht streiken?*), könnten wir uns als ÖGB den Streik nicht leisten, weil der Streikfonds verspekuliert worden ist, und zwar lange vor der Finanzpleite! (*Beifall bei der ÖVP. - GR Christoph Peschek: Aha, Antidemokrat vielleicht?*)

Nein, ich bin sehr demokratisch! Die Christlich-Sozialen können sich Demokratie leisten - weil wir auf eine ewige Gerechtigkeit hoffen, wir brauchen das Irdische nicht. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Wir wissen, die Rechnung wird am Schluss gemacht. (*GR Christoph Peschek: Sie sind gegen erkämpfte Rechte der Arbeitnehmer! Gegen das Recht zu streiken! Das ist interessant!*)

Wir sind für den Streik. Wir sind gegen einen spekulierenden ÖGB. (*GR Christoph Peschek: Einmal so, einmal so!*) Und Ihr ÖGB hat das Geld der ArbeitnehmerInnen verspekuliert, meine Damen und Herren! So schaut es aus, bitte. (*GR Christoph Peschek: Nehmen*

Sie sich doch selber ernst!) Die letzten Reste der sozialistischen Banker-Gilde sind jetzt gerade noch ... (GR Christoph Peschek: *Sie können einmal nicht das und dann wieder das sagen!* - Weitere Zwischenrufe.)

Wir sind für einen Streikfonds, aber gegen einen, der von Ihren Genossen verspekuliert wird. Sie haben alles verspekuliert! Sie sind gegen die Finanzkrise, aber nur, solange Sie keine Gewinne damit machen. Solange Sie Gewinne gemacht haben, haben Sie spekuliert, und in dem Moment, wo Sie verloren haben, haben Sie aufgehört zu spekulieren. Da war aber kein Geld mehr da! Das ist sozialistischer (GR Christoph Peschek: *Na, was jetzt?*) Kapitalismus. (*Heiterkeit bei GR Christoph Peschek.*)

Meine Damen und Herren! Es gäbe wirklich noch viel zu sagen. (GR Christoph Peschek: *Zwischen Himmel und Erde!* - GR Mag Rüdiger Maresch: *Genau! Zwischen Jupiter und Mars!*) In der Generaldebatte ist noch viel Platz geblieben für grundlegende Ausführungen. Aber Sie werden verstehen, dass wir diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen können.

Meine Damen und Herren! (*in Richtung SPÖ*) Tun Sie nicht so, als ob Sie die Vertreter der kleinen Leute wären. In Wirklichkeit sind Sie diejenigen, die den eigenen Nachwuchs in Sicherheit bringen und für die Masse der Österreicherinnen und Österreicher nichts Positives auf die Beine stellen. Aus diesem Grund können und werden wir diesem Rechnungsabschluss sowie den zukünftigen Budgets und Rechnungsabschlüssen nicht zustimmen. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Danke. - Es gibt keine Chancengerechtigkeit im österreichischen Bildungssystem. PISA ist nicht die erste Studie, die uns das nachweist. Wir alle wissen inzwischen sehr genau, wie sehr die erste folgenschwere Bildungsentscheidung mit zehn Jahren durch die Herkunftsfamilie bestimmt wird.

Das Erstaunlichste am österreichischen Bildungssystem finde ich ja, dass es seit Jahrzehnten, eigentlich können wir inzwischen schon sagen, müssen wir leider schon sagen, seit Jahrhunderten nahezu unverändert blieb. Schule in Österreich ist und war ein System der Selektion, ein autoritäres System, in dem die Kultur der Förderung des Miteinanders leider wenig ausgeprägt ist.

Im internationalen Vergleich fällt auf, dass mit Ausnahme von Deutschland, wie wir wissen, die Gesamtschule überall länger dauert als in Österreich, wo nur die Volksschule als gemeinsame Schule konzipiert ist. Die besonders erfolgreichen Länder setzen, wie wir auch alle wissen, bis zum Ende der Sekundarstufe I auf das gemeinsame Lernen. (GR Mag Wolfgang Jung: *Also das Thema haben wir schon gehabt mit dem besonders erfolgreichen Skandinavien!*)

Das Problem heißt Selektion. Das zwanghafte Schaffen immer noch homogenerer Klassen hat sich als Fehler erwiesen. Selektion ist ein schlechter Boden für die Organisation von Lernen. Sie nützt, wie wir mittlerweile auch alle wissen, weder den Eliten - die Besten sind

auch in vielen anderen Ländern besser als die in Österreich -, und sie benachteiligt vor allem auch Kinder, deren Eltern selbst keine Matura haben. Das sagt, wie wir auch alle wissen, genau null über die Intelligenz dieser Kinder aus.

Selektion schadet dem sozialen Lernen, und die Hauptschule ist in Wien sozusagen zur Restschule geworden. Dass es daneben in Österreich auch noch Sonderschulen gibt, damit die Hauptschule die Kinder auch noch von dort abschieben kann, stellt Österreich ein besonders schlechtes Zeugnis aus.

PISA sei Dank wurde Bildung immerhin zum wichtigen innenpolitischen Thema erklärt. Alle politischen Kräfte sind sich immerhin einig, dass es eine Reform geben muss. Gemeinsamkeiten sehe ich zwar keine bis wenige, das Einzige, was alle zu einen scheint, ist der Wunsch, im Ranking doch bitte wieder ein bisschen weiter nach vorne zu rücken und ein bisschen weiter vorne aufzuscheinen. Mittlerweile aber - also seit dem vergangenen PISA-Ergebnis - weist nicht mehr allzu viel darauf hin, dass der PISA-Schock tatsächlich noch in einer Übung in pädagogischer Vernunft münden könnte. Im Gegenteil, es mehren sich leider die Hinweise darauf, dass die alte Schule in ihren Grundzügen erhalten bleibt. Vielen Dank, ÖVP!

Die ganzheitliche Bildung, wie sie die GRÜNEN sich vorstellen, braucht aber und setzt völlig geänderte und ganz andere Rahmenbedingungen voraus. Die Politik hat großen Einfluss auf das Bildungssystem, wir beschließen sowohl Gesetze als auch die zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Allerdings müssen wir - und das finde ich wichtig - zur Kenntnis nehmen, dass die Kultur des Lernens und das Klima in den Schulen nicht von uns verordnet werden kann, sondern dass sie mit den handelnden Personen vor Ort steht und fällt. Das heißt, wer Schule verändern will, muss die Betroffenen in die Diskussion und in die Entscheidungsfindungen mit einbeziehen. Dafür stehen wir GRÜNE.

Wofür die GRÜNEN noch stehen, ist Folgendes: Uns geht es um kritikfähige, um denkfähige und um handlungsfähige SchülerInnen. Und geht es darum, dass SchülerInnen vom Objekt zum Subjekt des schulischen Geschehens gemacht werden. Und es geht uns um die qualitative Entwicklung der Schule als Ort des Lernens, als Ort des Lebens und als Ort der Erfahrungen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Wir sehen es so, dass Bildung den nächsten Generationen dabei helfen soll, erwachsen zu werden, die Welt zu begreifen und die Welt zu gestalten. Sie soll zu einer geistigen und zu einer moralischen Selbstständigkeit ermächtigen.

Bildung beginnt - und das ist mir ganz wesentlich hier zu sagen - im Kindergarten. Der Kindergarten als elementare Bildungseinrichtung. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Die Bildung hat bei uns schon früher begonnen!*), als erste elementare Bildungseinrichtung ist die erste Erweiterung des Erfahrungsraumes. Hier lernen die Kinder mehr Menschen, mehr Dinge kennen, hier wird an Vielfalt gelernt, an Unterschieden. Das braucht Zeit, das braucht kleine Gruppen, und das braucht eine Platzgarantie.

An dieser Stelle möchte ich kritisch anmerken, dass die Berufstätigkeit als Voraussetzung für einen Kindergartenplatz in Wien noch einiges an Arbeit zu wünschen übrig lässt. Gerade wenn man den Kindergarten als erste, elementare Bildungseinrichtung sieht, kann nicht die Berufstätigkeit allein darüber entscheiden, einen Kindergartenplatz zu bekommen oder nicht.

Zugang zu Bildung ist eine Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit, und alle sollen unabhängig von sozialem Status, von Geschlecht oder ethnischer Herkunft an Bildung teilhaben können. Schule ist Lernort und Lebensort, Schule ist für viele Kinder zum wesentlichsten Aufenthaltsort geworden, hier muss sich also der ganze Mensch entfalten können. Ganzheitliche Bildung fördert gleichwertig kognitive, soziale und emotionale Bildung. Schule muss daher selbstverständlich ein Ort sein, an dem sich SchülerInnen und LehrerInnen wohlfühlen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt hat sie bald die SPÖ auch noch vertrieben!*)

Die Schule muss auf alle Lebensprobleme der Kinder eingehen können und sich einlassen. LehrerInnen, die das ignorieren oder die das weniger beherzigen, haben schon verloren. LehrerInnen können das allerdings nicht allein machen. Sie können es nicht allein hinkriegen, deshalb müssen wir ihnen SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und andere Personen an die Seite stellen.

Alle Begabungen sollen gefördert werden. Es geht um das Stärken Stärken, denn der Zuwachs von Wissen und Kompetenz erfüllt Kinder und Jugendliche mit Stolz und mit Freude und motiviert zu Anstrengung und Leistung. Wo Lernschwächen - die gibt es natürlich auch -, Defizite und Desinteresse bestehen, soll es eine Mindestanforderung als Lernziel geben, und die soll dann auch erreicht werden können.

Der Frontalunterricht - das ist mir wichtig - hat in dieser Form ausgedient. Das ist eine jahrhundertalte, veraltete Form. Ein großer Teil des Lernens geht einzeln vor sich, jedes Kind hat besondere Interessen und Begabungen, aber auch Schwierigkeiten und Lernblockaden. Wenn ich mich an meinen eigenen Geschichteunterricht erinnere: Da hat der Geschichtelehrer eine Stunde lang ins Heft diktiert, wortwörtlich ins Heft diktiert, über Jahre hinweg immer denselben, wortwörtlich denselben Text ins Heft diktiert. Ich habe mir nichts davon gemerkt - nichts gemerkt, ich kann es mir nicht vorstellen! (*Heiterkeit der Rednerin.*) Alles, was ich über Geschichte weiß, habe ich mir selbst angeeignet, in Büchern gelesen und im Studium vertieft - zu Ihrer Beruhigung. (*Neuerliche Heiterkeit der Rednerin. - GR Mag Wolfgang Jung: Das waren die falschen Bücher! - Weitere Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*)

Die Welt verändert sich schnell, das Wissen nimmt rasant zu. Man sagt, etwa alle sieben Jahre verdoppelt sich das Wissen. Es wird dichter, es wird komplexer, es wird scheinbar auch schneller. Wir stellen uns also vor, dass es ein schlankes Kern-Curriculum gibt und daneben Lernen exemplarisch und selbstbestimmt erfolgen muss. Die Rolle der LehrerInnen ist im Besonderen die Anleitung zum lernen Lernen. Ansatzpunkte müssen die Interessen der SchülerInnen sein, das Lernziel lautet Eigen-

ständigkeit. Das Zerstückeln von Wirklichkeit in Fächern muss systematisch ersetzt werden durch fächerübergreifendes Arbeiten und Projektunterricht. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das Problem ist halt, dass es im Beruf dann auch Leistungsdruck gibt!*)

Wie ihr hört, bin ich bei der modularen Oberstufe! Dabei geht es darum, dass der Stoff der einzelnen Lernfächer in Module aufgeteilt wird, und wenn ein Schüler oder eine Schülerin in einem der Module negativ ist, dann muss dieses Modul wiederholt werden. Die Oberstufe ist erst dann abgeschlossen, wenn alle Module positiv abgeschlossen wurden. Erst dann können SchülerInnen auch zur Matura zugelassen werden und antreten. - So viel dazu und zu den Verwirrungen, die in den letzten Wochen entstanden sind.

Wir gehen weiter: Es ist eine ewige Forderung der GRÜNEN, das Sitzenbleiben abzuschaffen. Pädagogisch macht das überhaupt keinen Sinn. Im Gegenteil: Es verschärft die Demotivation nur noch mehr.

Wirksamer wäre es, den SchülerInnen Mut zu machen und schrittweise Erfolgserlebnisse aufzubauen. SchülerInnen lieben und schätzen es, Erfolg zu haben, auf ihre Leistungen stolz sein zu können und anerkannt zu werden.

Schulen, die auf Methodenvielfalt und Individualisierung aufbauen, kommen ohne Sitzenbleiben aus. Das Sitzenbleiben wird durch individuelle Förderung ersetzt. Sobald jemand in einem Schuljahr Defizite aufzeigt oder beim Lernen nicht entsprechend mitkommt, soll es, wenn es nach uns geht, sofort Förderunterricht geben und sollen Maßnahmen im selben Schuljahr, in dem Defizite festgestellt werden, ergriffen werden.

Wir gehen noch einen Schritt weiter: Wie Ihnen bekannt ist, sind auch die GRÜNEN für das Abschaffen der Noten. (*Zwischenruf von GR Dr Wolfgang Aigner.*) Ja, das ist super! Ich weiß schon, Sie sperren sich gegen jede kleinste Neuerung im Bildungssystem! Das weiß ich ohnedies! (*GRin Mag Ines Anger-Koch: Die Kinder fordern selbst Noten!*)

Die GRÜNEN gehen weiter: Wir fordern auch, dass die Noten abgeschafft werden. Warum fordern wir das? (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich erkläre es Ihnen schnell. Ich erkläre es gerne: Warum wollen wir die Noten abschaffen? Ich darf es jetzt hier erklären.

Warum wollen wir Noten abschaffen? - Ein und dieselbe Leistung wird von verschiedenen LehrerInnen und Schulen unterschiedlich beurteilt. Das wissen wir alle, das kennen wir, all das haben wir selbst erlebt und erleben es wahrscheinlich mit den Kindern auch weiterhin. Trotzdem haben Noten die Macht, Lebenschancen zu vereiteln. Daher arbeiten SchülerInnen also für die Noten. Auch das kennen wir alle von uns selbst: Es macht keinen Unterschied, ob man zwei Wochen nach der Prüfung den Stoff wieder vergessen hat. Nach diesem Bewertungssystem macht es auch keinen Sinn, sich für irgendetwas Besonders zu interessieren und eine besondere Leidenschaft dafür zu entwickeln. Was zählt, ist nur die Note. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich habe es hier schon gesagt: Wir meinen, die Rolle der LehrerInnen soll die von FörderInnen, HelferInnen,

ImpulsgeberInnen sein. Und das steht in absolutem Widerspruch zur Rolle der SchiedsrichterInnen oder zur Rolle der KontrolleurInnen. Es gibt zum Glück zahlreiche DirektorInnen, die ihre Angestellten beziehungsweise die LehrerInnen an der Schule bereits als LernbegleiterInnen bezeichnen. Und genau so sehen wir das! Ziffernnoten werden leider immer noch – und das finden wir sehr schädlich – als Instrument der Disziplinierung genutzt, und das wollen wir in dieser Form einstellen. *(GR Dr Wolfgang Aigner: Auf dem Kontoauszug stehen aber auch Ziffern!)*

Es gibt bereits erprobte Alternativen zu den Noten. Es gibt diese vor allem auch in Österreich in durchaus beträchtlicher Zahl. Auch hierzulande wächst die Zahl an Schulversuchen, bei denen diese Alternativen erprobt werden: Es gibt die verbale Beurteilung. Es gibt die Auflistung erreichter Ziele. *(GR Dr Wolfgang Aigner: Was ist, wenn nach vier Jahren keiner lesen kann?)* Es gibt die sogenannte direkte Leistungsvorlage oder die Bildungsdokumentation. Dabei werden zum Beispiel exemplarisch ausgewählte Belegstücke des erreichten Leistungsniveaus vorgelegt. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Worin sehen wir die Vorteile dieser alternativen Formen der Beurteilung? *(GR Dr Wolfgang Aigner: Da gibt es nicht viele!)* An die Adresse der ÖVP: Die Leistung wird aufgezeigt. Die Leistung selbst wird aufgezeigt. Die gesamte Schulzeit dient der Qualifizierung, anstatt vereinzelte, gefürchtete, kurze Prüfungszeiten. Das ganze Schuljahr über wird der Stoff erarbeitet und muss präsent sein.

LehrerInnen stehen den Kindern – wie gesagt – als HelferInnen zur Seite. Und HelferInnen zu betrügen – wie das derzeit im Schulsystem bei den LehrerInnen ja häufig der Fall ist – macht bei diesen alternativen Methoden überhaupt keinen Sinn! Jeder individuelle Leistungszuwachs wird dokumentiert, sodass auch schwache SchülerInnen motiviert werden können.

Es gibt genügend Schulversuche – gehen Sie dorthin und schauen Sie sich das an! –, bei denen das bereits erfolgreich erprobt wird. *(GR Dr Wolfgang Aigner: Das sind geschützte Werkstätten!)* Individuelles Lernen und Leistungs-Feedback ermöglichen den völligen Verzicht auf Notengebung und Klassenwiederholungen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Dafür stehen wir, dafür streiten wir, dafür leben wir, dafür brennen wir. Wir brennen für ein neues Bildungssystem, das endlich im 21. Jahrhundert ankommt. Dafür brennen Sie nicht, das habe ich inzwischen schon verstanden, Kollege Aigner! *(GR Dr Wolfgang Aigner: Mit Ihren Methoden gehen wir ins 19. Jahrhundert zurück!)* Trotzdem frage ich mich täglich aufs Neue, was die ÖVP eigentlich davon abhält, Schule so zu gestalten, dass es SchülerInnen und Lehrern auch Spaß macht hinzugehen! – Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Nepp. Ich erteile es ihm.

GR Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Rechnungsabschluss, über den wir heute hier

debattieren, zeigt wieder einmal auf, welchen Stellenwert der Bereich Jugend, Bildung, Information und Sport bei Rot und Grün hat, denn in diesem Bereich glänzt man mit schlechten Einsparungen und deplazierten Investitionen. Sie lassen junge Menschen, vor allem Jungfamilien, in dieser sozialen Kälte allein im Regen stehen.

Aber schauen wir uns einmal an, wie Sie die jungen Menschen in den letzten Jahren mehr belastet haben. – Allein durch die Erhöhung der Nebenkosten im Bereich Wohnen haben Sie wieder einmal ordentlich in die Tasche der jungen Wiener gegriffen. Sie haben den Strompreis im Durchschnitt um 20 Prozent erhöht, Sie haben den Gaspreis von 2006 bis 2011 um 42 Prozent erhöht, und Sie haben auch die Kanalgebühren erhöht. Sie erhöhen alles, das dürfte Ihre Passion sein, das dürfte Ihre Leidenschaft sein! Die Mehrbelastungen, die auf eine Familie zukommen, betragen jetzt im Jahr 1 200 EUR.

Ich habe es in der Generaldebatte schon erwähnt, aber ich erwähne es jetzt noch einmal, damit es bei Ihnen auch wirklich ankommt. Es waren nämlich viele von Ihnen nicht da, jetzt sind allerdings auch viele nicht da: In Wien leben vor allem sehr viele Jungfamilien unter der Armutsgrenze, die jeden Monat ums Überleben kämpfen müssen, oftmals nicht wissen, wie sie am Ende des Monats Strom, Gas und Miete bezahlen können, und die für Spaß und Freizeitgestaltung sowieso kein Geld übrig haben. Und all das haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, zu verantworten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bei Belastungen sind Sie Spitzenreiter, bei Investitionen in den Arbeitsmarkt sind Sie hingegen Schlusslicht, und wenn Sie etwas investieren, ist das schlecht platziert. Wien hat die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Allein in Wien gab es im 1. Quartal 85 000 Arbeitslose, und das Erschreckende ist, dass wir in Wien Spitzenreiter vor allem im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit sind. Nirgendwo in ganz Österreich sind so viele Menschen arbeitslos wie hier bei uns in unserer Bundeshauptstadt, und während in anderen Bundesländern Arbeitsplätze geschaffen wurden und die Arbeitslosenquote gesunken ist, haben Sie es sogar geschafft, die Quote weiter zu erhöhen. Das ist wirklich eine Schande für eine Weltstadt wie Wien, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen, und Sie schauen tatenlos dabei zu. Ich habe auch keinen Schrei von der Jugendgewerkschaft gehört, als die Ostöffnung des Arbeitsmarkts beschlossen wurde. Sie haben die Hände damals untätig in den Schoß gelegt, als es darum ging, die Schutzinteressen der heimischen Lehrlinge zu vertreten. *(GR Christoph Peschek: Das stimmt ja gar nicht!)* Sie haben das trotz dieser sich anbahnenden Katastrophe nicht getan. Aber in Wirklichkeit ist das ja kein Zufall, denn in Wahrheit ist die SPÖ schon längst zum Stiefelknecht neoliberaler Entwicklungen geworden.

Ab 1. Mai stürmen jetzt tausende Menschen aus dem Osten zu uns. Die Zahlen wurden schon genannt: 9 000 waren es im ersten Monat. Multiplizieren Sie das einmal mit zwölf, dann wissen Sie, was das in einem Jahr ausmacht! – Das war Ihr grausliches Geschenk am 1. Mai,

am Tag der Arbeit, für die Wiener und Wienerinnen.

Wenn man bedenkt, dass dort das Lohnniveau bei zirka 300 EUR liegt und es wirklich ein Katzensprung von den Ostländern zu uns ist, dann werden Sie sicherlich auch verstehen, warum diese Leute zu uns kommen, in der Früh hierher fahren, hier arbeiten und am Abend wieder nach Hause fahren. Die heimischen Lehrlinge werden durch Lohndumping vom Arbeitsplatz verdrängt, aber hier war kein Aufschrei der Gewerkschaft zu hören! Sie schweigen, denn Ihnen ist in Wirklichkeit der Lehrling komplett egal, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Im Bildungssystem setzen Sie generell den roten Sparstift an. 160 Lehrer haben Sie schon eingespart. Ich habe es schon vorhin erwähnt: Sie haben deren Posten mitten im Schuljahr gekürzt. – Wissen Sie, was es überhaupt bedeutet, wenn dann Klassen zusammengelegt werden müssen und Nachmittagsbetreuung gestrichen werden muss et cetera? Was Sie hier geleistet haben, ist wirklich kein Ruhmesblatt!

Jetzt sollen im kommenden Schuljahr noch einmal 140 Posten gestrichen werden, und es ist wirklich beschämend für Wien, dass Wien als einziges Bundesland die Lehrposten, die vom Bund nicht mehr bezahlt werden, einfach streicht! Alle anderen Bundesländer haben die Kosten übernommen, nur Sie nicht, und auf Grund dieses Personal mangels und der Stundenkürzungen ist es eben zu diesen verheerenden PISA-Ergebnissen gekommen. Nur die Türkei, Chile und Mexiko liegen schlechter als wir, aber wenn Sie so weitermachen, werden auch diese noch vor uns wandern und dann werden wir endgültig absolutes Schlusslicht sein.

Dann sind Sie mit der glorreichen Idee gekommen, einmal einen Lesetest zu machen. – Es ist ja schön, dass Sie nach Jahrzehnten draufkommen, das zu tun! Man hat allerdings auch bei diesem Lesetest wieder gesehen, dass Sie den Leistungswillen, die deutsche Sprache zu erlernen, anscheinend in den letzten Jahren konsequent torpediert haben. Dann braucht man sich aber über ein solches Ergebnis nicht zu wundern!

Es war wirklich schockierend: Ein Viertel aller jungen Schüler können nicht mehr sinnerfassend lesen. Das ist eine echte Bankrotterklärung für die Wiener Bildungspolitik. Außerdem wurde bekannt, dass beim Lesetest auch geschummelt wurde. Anscheinend wollte man seitens der Stadt Wien die PISA-Pleite ein bisschen verschönern und bessere Ergebnisse erzielen, hat sich aber wirklich tollpatschig verhalten und ist aufgefallen. Betreffend diesen Betrugsverdacht verlangen wir die absolute und lückenlose Aufklärung im Wiener Stadtschulrat! So schlecht, wie der Test ausgefallen ist, ist Präsidentin Brandsteidl anscheinend nicht einmal fähig, richtig zu schummeln! Auch das sollte man einmal überdenken!

In Schulen wird auch kein Wort Deutsch mehr gesprochen, das ergibt auch die neueste Publikation der Statistik Austria. Darin wird aufgeschlüsselt, ob Deutsch in den Schulen jetzt als Umgangssprache verwendet wird oder nicht, und diesbezüglich tun sich in Wien wirklich Abgründe auf. Im Durchschnitt ist in dieser Studie davon die Rede, dass zu 72 Prozent in den Schulen in Wien nicht Deutsch gesprochen wird. Auf Seite 27 dieser

Studie ist das ganz genau aufgeschlüsselt: Die höchsten Anteile weisen dabei Volksschulen im 5. Wiener Gemeindebezirk auf, dort sind es 86 Prozent, gefolgt vom 15. und 16. Bezirk mit jeweils 78 Prozent.

Das ist ein Wahnsinn! Wie soll da jemals Integration funktionieren, wenn Sie nicht einmal die deutsche Sprache als wichtigsten Schlüssel der Integration anerkennen, sondern diese Tatsache vollkommen negieren? Andere Bundesländer sind diesbezüglich schon viel weiter! Sie haben positiv vorgezeigt, wie so etwas funktionieren kann, etwa Schulen in Salzburg. Aber auch in Berlin geht man so vor. Dort wurde das Konzept „Pausensprache“ sowohl von den Schülern als auch von Seiten der Lehrer wohlwollend aufgenommen. Die Anmeldungen haben sich dort seit der Einführung dieser Hausordnung erhöht. Es soll eben nicht nur der Unterricht auf Deutsch erfolgen, sondern es soll auch in den Pausen oder auf Schulveranstaltungen Deutsch gesprochen werden, denn das fördert den Spracherwerb der Zuwandererkinder und somit die Integration, und das ist zuletzt nicht auch ein Gebot der Höflichkeit. Deswegen stelle ich gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden Beschlussantrag:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass in allen Pflichtschulen Deutsch als Pausensprache durch Vereinbarung zwischen Lehrern und Eltern verordnet werden kann.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Neben dem Konzept „Pausensprache Deutsch“ muss in Wien endlich auch unsere urefreiheitliche Forderung „Erst Deutsch, dann Schule!“ umgesetzt werden. Es darf nicht sein, dass Schüler am Unterricht teilnehmen, die kein Wort verstehen und dort einfach nur ihre Zeit absitzen. Es ist notwendig, Deutschlernklassen zu errichten. Das ist, wie gesagt, für beide Seiten positiv, einerseits für die heimischen Schüler, die dann nicht blockiert werden, weil sich der Lehrer dauernd um die Schüler kümmern muss, die die deutsche Sprache nicht verstehen, und andererseits ist es nur fair im Hinblick auf die Integration, dass Kinder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, die deutsche Sprache so schnell wie möglich lernen.

Aber all das wollen Sie nicht umsetzen, weil es freiheitliche Ideen sind. Sie haben nur eine Idee und das ist ein Schlagwort beziehungsweise eine leere Worthölse und heißt Gesamtschule. Sie fordern die Gesamtschule nicht, weil Sie die Leistung der Schüler verbessern wollen. Nein! Sie wollen weder die Stärken der Schüler fördern noch deren Schwächen minimieren, sondern Sie wollen nur eines erreichen, und das hat in Wirklichkeit bei Ihnen ganz ideologische Gründe: Sie wollen eine Gleichschaltung aller Schüler, eine sozialistische Zwangskollektivierung. Das ist der wahrlich grausliche Grund, warum Sie das wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ!

Aber Sie haben keine Antworten, das zeigen Ihre Forderungen im Rahmen dieser Bildungsmisere. Es gibt dann immer wilde Rundumschläge von selbsternannten

Bildungspropheten, darunter auch StRin Frauenberger: Sie hat versucht, glasklar zu erkennen, was wirklich an den Wiener Schulen falsch läuft. Sie hat gesagt, dass viele Lehrer zu wenig Interesse am Dasein Homosexueller haben, und deswegen hat sie gleich alle Lehrer verpflichtet, an einem Seminar teilzunehmen, Kostenpunkt 500 000 EUR. Auch wenn Sie das immer wieder leugnen und sagen, dass das nicht stimmt, halte ich fest: Sie hat das selbst im ORF gesagt, ich kann sie zitieren. Da frage ich: Das soll wirklich die Antwort sein? Das Schulsystem liegt auf dem Boden, und Sie verordnen Homo-Kurse? – Ich meine: Mit einer dermaßen abstrusen Forderung werden Sie die Talwärtsfahrt im PISA-Ranking auch nicht aufhalten können!

Die nächste komische Forderung betreffend Türkischunterricht an Schulen entspricht anscheinend einem Befehl aus Istanbul oder Ankara. Das ist als Schulversuch im 15. Bezirk in Wien ja leider schon Realität, aber das ist anscheinend wieder nur ein Schmäh von Ihnen beziehungsweise der Versuch, das zu installieren, damit der PISA-Test zukünftig auch auf Türkisch abgehalten werden kann und man dann vielleicht in diesem Bereich gut abschließt! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, diesbezüglich muss unser Motto an den Wiener Schulen lauten: „Deutsche Sprache: Ehrensache!“

Auch im Bereich des Kindergartens läuft einiges schief. Die freiheitliche Forderung nach dem Gratiskindergarten haben Sie dilettantisch umgesetzt. Die Wiener Familien haben aber noch immer keinen Rechtsanspruch auf einen Platz. Ich meine, in einer Weltstadt wie Wien darf es nicht vorkommen, dass Eltern abgewiesen werden, weil es keinen Platz gibt, und die Mitteilung bekommen, sie hätten das Kind vielleicht schon vor der Geburt anmelden sollen, damit es dann mit drei Jahren einen Platz bekommt.

Viele Eltern bekommen auch eine andere negative Nachricht, nämlich dass kein Platz für drei- oder vierjährige Kinder vorhanden ist, und zwar mit der Begründung, dass die Plätze jetzt für die Fünfjährigen reserviert werden müssen. So treiben Sie die jungen Menschen in Armut, das muss man wirklich sagen, denn viele junge Mütter, die einen Job wollen, bekommen erst dann über das AMS einen Job, wenn sie einen Kindergartenplatz vorweisen können. Von der Gemeinde Wien bekommen sie aber immer die Antwort, dass sie, wenn sie keinen Job haben, keinen Kindergartenplatz bekommen. – Auch diesen Teufelskreis hat die SPÖ zu verantworten, und das führt viele junge Mütter und Väter in die Armut.

Den Beruf des Kindergartenpädagogen haben Sie sowieso vollkommen ruiniert. Auch hier gehört aufgewertet, und auch der Bereich des Lohnniveaus muss attraktiver gestaltet werden. Auch hier müssen Gehälter erhöht werden, aber auch hier will die SPÖ kein Geld locker machen. Im Gegenteil! Man rühmt sich dessen, dass auf Grund der Ostöffnung billigere Ostblocktantan importiert werden können.

Man sieht: Im gesamten Bildungsbereich herrscht bei Ihnen pures Chaos! Von den Skandalen in den Kindergärten, hinsichtlich welcher jetzt die Staatsanwaltschaft

ermittelt, rede ich gar nicht, diesbezüglich wird es dann ein Gerichtsurteil geben.

Es ist aber wirklich komisch, dass es Bereiche gibt, für welche immer Geld da ist, nämlich bei der Gemeinde Wien einerseits für die Werbung und andererseits für die Vereine, nämlich entweder für rote Vereine oder für linksextreme Vereine. Für deren Werbung werden Millionen hinausgebuttert. Da gibt es zum Beispiel eine Kampagne für Homopflegeeltern oder Werbung für den Kindergarten, was besonders sinnvoll ist, wenn es gar keinen Platz gibt! Außerdem werden Millionen für Fan-Betreuung aufgewendet, obwohl man dann draufgekommen ist, dass die meisten griechische Hooligans waren. Anscheinend besteht die nächste Griechenlandhilfe darin, dass man für die Fan-Betreuung eine Million nach Griechenland schickt! – Einerseits sind also für Werbekampagnen zig Millionen vorhanden.

Die Kehrseite sind wiederum die Vereine. Da gibt es zwei Arten von Vereinen, die bei Ihnen gefördert werden, nämlich einerseits die roten Vereine, in welchen Ihre eigenen Parteigänger sitzen, die dann wiederum ordentlich abkassieren. Ich habe es vorher schon erwähnt. So kassiert etwa der liebe Herr Bezirksvorsteher-Stellvertreter, der ohnedies 4 000 EUR im Monat kassiert, im Verein ICE-Vienna noch zusätzlich 92 000 EUR im Jahr. Wirklich ein sehr armer Mensch! – Das haben wir aber schon genug beleuchtet.

Die andere Seite, die man auch genau durchforsten muss, sind die linksextremen Vereine, die durch Subventionen der Gemeinde Wien bei Laune gehalten werden, um per Knopfdruck bei FPÖ-Veranstaltungen zu demonstrieren. Einer dieser Vereine – das wird Sie vielleicht interessieren – ist die Grünalternative Jugend. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Na dann passen Sie auf, jetzt kommt es nämlich, und zwar ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wir passen eh auf!)* Sehr gut! Laut zuhören!

Wenn Sie nämlich das Programm Ihrer Grünalternativen Jugend anschauen – das Sie sich wirklich einmal anschauen sollten, weil Sie es immerhin auch bezahlt haben! –, dann sehen Sie, dass es feministisch und antifaschistisch ist. *(Zwischenrufe und Beifall bei den GRÜNEN.)*

Moment! Moment! Die Grünalternative Jugend ist antirassistisch, radikaldemokratisch und gewaltfrei. – So weit, so gut. Das ist alles sehr nett im Programm festgehalten. Fehlen würde aber bei den gesamten Forderungen, die da drinnenstehen, dass sie nämlich radikal durchgeknallt sind. Und ich sage Ihnen jetzt, wieso. *(Lebhafte Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Es gibt bei der grünen Jugend eine Zeitschrift ... *(Zwischenruf von GR David Ellensohn.)* Moment! Lassen Sie mich ausreden! Vielleicht haben Sie sich das noch gar nicht angeschaut! Wenn Sie sich das noch gar nicht angeschaut haben, dann werfe ich es Ihnen nicht vor, aber Sie sollten sich vielleicht doch mit Ihrer eigenen Parteijugend auseinandersetzen!

Es gibt dort eine Zeitschrift, die „Don't Panic“ heißt. Höchstwahrscheinlich geraten schon alle GRÜNEN wegen ihrer Regierungsbeteiligung in Panik, aber schau-

en wir einmal weiter! „Don't Panic“ heißt diese Zeitschrift, und in dieser wird einmal ganz schlecht über die Begriffe Volk und Nation hergezogen, weiters über die Polizei und natürlich über die FPÖ, denn sonst würden sie ja kein Subventionsgeld bekommen.

Man sieht seitens der grünen Jugend aber auch Positives. Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Meinung wird toleriert. Das ist ein besonders demokratischer Grundsatz! Ferner findet sich da eine Anleitung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. Das ist auch sensationell! Weiters steht da das Motto „Samba si, Arbeit no!“, womit das Recht auf Faulheit gefordert wird. Höchstwahrscheinlich haben sie sich das von den Großen abgeschaut! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

„Alles für alle!“ ist sowieso eine nette Forderung. Außerdem findet sich in dieser Broschüre die Forderung „Legalize Heroin!“ Das ist besonders nett: Sie wollen Zigarettenautomaten verbieten, aber andererseits Heroin freigeben! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Das passt irgendwie nicht zusammen! Vielleicht sollten Sie einmal mit Ihrer Jugendorganisation reden, was eigentlich Parteilinie ist!

Es ist aber wirklich gefährlich, was hier gefordert wird. Die grüne Jugend behauptet nämlich, dass Heroin eigentlich unschädlich ist – so steht es drinnen! – und nur Magen- und Menstruationsbeschwerden verursacht. – Normalerweise hat man auch Gehirnschäden, aber das lässt eben den Schluss zu, dass diese schweren Folgeschäden am menschlichen Gehirn bei den jungen Grünen mangels organischer Voraussetzungen nicht auftreten! Höchstwahrscheinlich ist das so! *(Beifall und Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.)*

Aber jetzt kommt noch etwas: Das, was ich soeben berichtet habe, kann man vielleicht als Kinderspaß abtun, obwohl es schon sehr ernst ist. Aber gefährlich und staatsbedrohend ist wirklich die Forderung, die man auf der Homepage der Bundesjugendvertretung gefunden hat. Diese lautet: „Wenn die Grünalternative Jugend das Jugendministerium über hätte, würde sie einen Antrag auf Abschaffung von Regierung und Parlament einbringen.“ *(Zwischenruf bei der FPÖ.)*

Aber nicht genug damit! Weiters wird die Wiederbesetzung Österreichs durch die Alliierten gefordert. – Es werden also die Abschaffung von Parlament und Rechtsordnung, von Rechtsstaat und Verfassung gefordert! – Das ist ja wirklich ein demokratischer Skandal, und so etwas ist Ihre Vorfeldorganisation, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Solche Methoden, die grundsätzlich die Linksextremen anwenden, wurden schon einmal in einer dunklen Zeit in der Geschichte angewandt, als wirklich Menschen denunziert wurden. Aber es werden auch heute von Ihnen auf Internetseiten Namen öffentlich gemacht und somit Menschen gebrandmarkt und stigmatisiert. Solche Zeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen wir nicht erleben, aber Sie fördern das auch noch mit Ihrer Subventionspolitik! Rot und Grün sind eindeutig die Förderer und Wegbereiter des Linksfaschismus, meine

sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Sie können das aber wieder gut machen! Von den Nachrednern von der SPÖ und den GRÜNEN erwarte ich mir hier eine Distanzierung, und zwar vor allem von Seiten der SPÖ, denn immerhin regiert sie ja mit solchen Leuten. Dass die SPÖ aber anscheinend noch nicht richtig in der jetzigen Zeit angekommen ist, beweisen auch immer wieder Aussagen von Jugendvertretern der SPÖ, gemäß welchen sie sich anscheinend noch immer in Stalingrad befinden. Auch für diese verbalen Entgleisungen würde ich mir endlich einmal, auch im Hinblick auf die Opfer, die es dort gegeben hat und die Menschen, die dort gestorben sind, eine Entschuldigung wünschen! Und ich meine alle Opfer, im Gegensatz zu Ihnen! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sehen also, wo das Geld vergeudet wird. Sparen Sie bei der Eigenwerbung und Ihren Vereinen und investieren Sie das Geld in die Zukunft, denn die Bildung ist unsere Zukunft und das sollte uns etwas wert sein! Es ist fünf vor zwölf: Reißen Sie das Steuer noch herum, bevor Sie so wie Claudia Schmied, die Bildungsministerin, den Karren gegen die Wand fahren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Peschek. Ich erteile es ihm.

GR Christoph **Peschek** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man sich die Reden des Kollegen Aigner und des Kollegen Nepp anhört, dann hat man fast den Eindruck, als würden Sie tagtäglich in der Geisterbahn fahren und dann das Ganze mit Wien verwechseln! *(GR Dr Wolfgang Aigner: Es ist viel schlimmer!)* Wenn Sie sagen, dass alles so furchtbar und schrecklich ist, dann mag das vielleicht Ihre Einschätzung sein, das hat aber leider nichts mit der Realität zu tun!

Ich möchte Ihnen vorweg einmal sagen: Ich halte es für ein starkes Stück, wenn Sie hier erkämpfte Rechte der Arbeitnehmerbewegung wie zum Beispiel den Streik in Frage stellen! Wenn Sie sich nicht daran erinnern können, können Sie gerne das Protokoll lesen!

Faktum ist: Es haben tausende Menschen dafür gekämpft, dass es Demokratie auch in den Betrieben gibt, es haben tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Betriebsrätinnen und Betriebsräte dafür gekämpft, dass sie in den Betrieben mitbestimmen können. Sie kämpfen für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, und das werden Sie nicht madig machen, Kollege Aigner! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kollege Aigner! Dass Sie offenbar generell ein Problem mit Jugendlichen und insbesondere mit Lehrlingen haben, ist spätestens jetzt bekannt geworden. Warum Sie kritisieren, dass Jugendliche über arbeits- und sozialrechtliche Regelungen und über Kollektivverträge informiert werden, das werden Sie erklären müssen!

Aber eigentlich, Herr Kollege Aigner, werde ich Ihnen einen Dankesbrief schreiben, weil Sie es schaffen, dass sogar die 2 Prozent der Lehrlinge, die die ÖVP gewählt

haben, letztlich zu uns laufen werden! In diesem Sinne bedanke ich mich jetzt schon bei Ihnen! (*Beifall bei der SPÖ.*) Kollege Aigner! Mich wundert ohnedies nichts mehr! Wenn Sie mehr bei den Redebeiträgen der FPÖ als jenen der ÖVP applaudieren, dann sagt das ohnehin einiges über Ihre ideologischen Zustände aus!

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, dass eine Rechnungsabschlussdebatte – originell-erweise! – in erster Linie dazu dienen sollen, dass man sich auch mit dem Rechnungsabschluss auseinandersetzt. Das werde ich auch tun, und ich möchte in aller Offenheit festhalten, dass 2,1 Milliarden EUR an Investitionen in Bildung, Jugend, Information und Sport wichtige Investitionen sind. Jeder Cent, der in diesen Bereich investiert wird, ist ein gut angelegter Cent. Jeder Euro, der hier investiert wird, kommt den Jugendlichen, den Wienerinnen und Wienern zugute. – Ich meine, darauf können wir stolz sein! Anstatt immer von einer roten Misswirtschaft oder sonstigen Dingen zu reden, sollte man einfach zur Kenntnis nehmen, dass diese Beiträge sehr gut angelegt sind! Und wir sind sehr stolz darauf, dass die Wiener Jugendlichen eine entsprechende Perspektive haben!

Wir haben den Zukunftsschwerpunkt im Budget 2010, aber auch schon in den vergangenen Jahren, sehr klar in Bildung und Kindergärten gesetzt. 1,6 Milliarden EUR sind eine große und gut angelegte Menge Geld. Wir haben in Wien schon im Jahr 2009 1,4 Milliarden investiert, und das war bereits sehr viel Geld, und dass wir diesen Betrag noch einmal auf 1,6 Milliarden EUR angehoben haben, zeigt, wie ernst wir es mit den Wiener Jugendlichen und mit einer optimalen Ausbildung für diese meinen.

Ich möchte Ihnen daher auch kurz erläutern, wie wir diesen Bildungsbegriff sehen, den Sie offenbar immer falsch verstehen oder falsch verstehen wollen: Uns geht es darum, dass jeder Jugendliche und jede Jugendliche, unabhängig von der Herkunft und der sozialen Situation der Eltern, bestmögliche Chancen erhält und das bestmögliche Bildungssystem und entsprechende Zukunftsperspektiven vorfindet. Das wird uns aber nicht mit einem Modell aus dem vorigen Jahrhundert gelingen, sondern da werden auch Sie, Kollege Aigner, endlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir im 21. Jahrhundert angekommen sind!

Wir werden auch weiterhin beinhaltet dafür kämpfen, dass das, was die OECD schon lange vorschlägt und was aus allen internationalen Studien hervorgeht, dass nämlich die gemeinsame Schule das Zukunftsmodell ist, in Wien umgesetzt wird.

Ich habe versucht, Ihnen den ganzheitlichen Bildungsbegriff zu erklären, der sich von den Kindergärten über die Volksschule, die gemeinsamen Schule, die Lehrausbildung, die verschiedenen Oberstufenformen und die Universität bis hin zur Erwachsenenbildung auf alle Einrichtungen bezieht. Wir haben in all diese Bereiche sehr viel Geld investiert, und ich denke, dass sich insbesondere der Kindergartenbereich tatsächlich sehen lassen kann. Wir haben mittlerweile etwa 59 000 Plätze in den Kindergärten und investieren in diese rund 600

Millionen EUR. Ich meine, das zeigt sehr eindrucksvoll, wie ernst wir es damit meinen!

Gleichzeitig möchte ich die Frage stellen, wo denn das große Chaos, wie es die ÖVP prognostiziert hat, geblieben ist. Wir wissen nämlich, dass die Wiener Eltern sehr zufrieden sind. Der Kindergarten ist die erste pädagogische Einrichtung, und daher war der kostenlose Kindergarten eine sehr wichtige Maßnahme, ein wichtiger Baustein für die Bildungsmaßnahmen insgesamt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe schon vorab versucht, ein bisschen darzustellen, wie wir uns ein bestmögliches Bildungssystem vorstellen. Und wenn Kollege Aichinger und auch andere in der ÖVP kritisieren, dass es immer wieder Mängel beim Lesen und in Mathematik gibt, dann mag das zu einem gewissen Teil schon stimmen! Ich wehre mich aber gegen Pauschalierungen. Allerdings möchte ich ... (*Zwischenruf von GRin Christine Marek. – Zwischenruf von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Hören Sie einmal ganz entspannt zu! Ich möchte allerdings schon betonen, dass es Ihre Partei ist, die regelmäßig blockiert, dass wir tatsächlich im Bildungsbereich flächendeckend die ganztägige Schule einführen. Das wäre eine echte Reform! (*Zwischenruf von GRin Christine Marek. – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Frau Marek! Nur weil jetzt kurz niemand da ist und Sie enttäuscht sind, brauchen Sie nicht so hereinrufen! Bitte, bleiben Sie doch ein bisschen entspannt!

Ich versuche, es noch einmal zu sagen. Die Kritik bezieht sich immer wieder auf die Schulabsolventinnen und –absolventen. Ich darf Ihnen Ihre eigenen Presseausendungen, insbesondere die der Wirtschaftskammer, in welchen das immer wieder kritisiert wird, in Erinnerung rufen. Da ist nicht von Volksschulkindern, sondern von Pflichtschulabsolventinnen und –absolventen die Rede.

Daher einmal mehr das Plädoyer: Jawohl zu Reformen! Und wir sagen auch Jawohl zur gemeinsamen ganztägigen Schule, auch wenn es Ihnen nicht passt! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Keine Frage! Die Volksschule ist auch eine gute Schule. Aber wir wollen die gemeinsame Schule ausweiten. Wir haben insgesamt über 1 Milliarde EUR in Bildung investiert. (*Zwischenruf von GRin Christine Marek.*) Da brauchen Sie sich nicht aufzuregen, Frau Kollegin Marek! Es ist halt manchmal hart, wenn man die Realitäten hört! – Aber sei es, wie es ist. Wir haben jedenfalls über 1 Milliarde EUR in Bildung investiert. (*GR Dr Wolfgang Aigner: In kaputte Schulen haben Sie das investiert!*) Das sind gute Investitionen, weil das wichtig ist.

Jetzt möchte ich die Frage der Lehrausbildung ansprechen, nachdem Kollege Aichinger das – wie ich auch via Presseausendung noch einmal vernommen habe – kritisiert hat. Bevor ein Jugendlicher in eine Lehre eintritt, geht er in eine Schule. Ich bin sehr dafür, dass wir Bildungsreformen durchführen. Dafür kämpfen wir sehr vehement, keine Frage! Ich kann und möchte aber nicht zur Kenntnis nehmen, dass 17,3 Prozent aller Wiener Lehrlinge die Lehrabschlussprüfung nicht schaffen! (*Zwischenruf von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*)

Kollege Aichinger! Ich frage mich, wie jemand drei Jahre in einem Betrieb sein kann, ohne dass im Betrieb auffällt, dass er nicht fähig ist, diesen Beruf auszuüben? Sie wissen nämlich genauso wie ich, dass bei der Lehrabschlussprüfung nicht allgemeinbildende Fragen, sondern fachliche Fragen zum Beruf beantwortet werden müssen. Daher werden wir auch die Betriebe in die Verantwortung nehmen. (*Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.*)

Kollegin Leeb! Sie müssten es eigentlich auch besser wissen! Zwei Drittel der Ausbildungszeit werden nämlich im Betrieb und nicht in der Berufsschule absolviert. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Daher ist mehr Qualität in den Betrieben das Gebot der Stunde, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich kann Ihnen noch etwas über die Qualität der Lehrausbildung sagen. Dass Sie einen etwas seltsamen Zugang zum Lobbyismus haben, hat Kollege Aigner in seiner atemberaubenden Art und Weise schon zu skizzieren versucht. Aber wenn Sie sich schon als Vertreterin und Vertreter des Großkapitals der Unternehmen verstehen, dann möchte ich Ihnen noch etwas ans Herz legen – und jetzt müssen vor allem Sie zuhören, Herr Kollege Aichinger!: 65 Prozent der Wiener Lehrlinge im Handel leisten regelmäßig Überstunden, obwohl es um Ausbildung gehen sollte. 30 Prozent waren schon ganz allein in der Filiale. Wo ist hier die Ausbildungsverantwortung? Wo ist hier die Fürsorgepflicht?

Wir wollen mehr Qualität in der Lehrausbildung. Ich will nicht, dass das duale Berufsausbildungssystem madig gemacht wird! Das ist ein tolles System. Gleichzeitig müssen wir aber endlich auch zu Taten schreiten, damit auch die Betriebe Verantwortung tragen. Und da werden wir nicht mit Geldgeschenken weiterkommen, sondern nur mit mehr Qualität, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es schaffen auch – und das ist leider wirklich ein Alarmsignal – 60 Prozent der Maler und Anstreicher die Lehrabschlussprüfung nicht. Daher gibt es auch diese vehemente Kritik in der Öffentlichkeit. Und dazu stehe ich. Es geht um Ausbildung, und ich kann mich des Verdachtes nicht erwehren, dass in manchen Betrieben nicht ausgebildet, sondern ausgebeutet wird. Das ist eine harte Kritik, dessen bin ich mir bewusst! Das ändert aber nichts daran, dass wir gemeinsam für mehr Qualität kämpfen müssen, und dazu lade ich vor allem auch die Wirtschaftskammer ein!

Dass wir von Seiten der Stadt Wien versuchen, dort, wo wir können, alles in unserer Kraft Stehende zu tun, zeigt auch die Investition in den Berufsschulbereich 2010. Ohne Berücksichtigung der Lehrer sind Investitionen rein in Material in der Höhe von 5,3 Millionen EUR erfolgt, die den Lehrlingen zugute kommen. Das ist gut investiertes Geld, denn wir brauchen Fachkräfte, die qualitativ hochwertig ausgebildet sind, damit sie auch entsprechende Zukunftschancen haben und auf dem Arbeitsmarkt nicht zu kurz kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja nicht nur bezeichnend, dass Kollege Aigner offenbar nicht will, dass Lehrlinge über ihre Rechte, aber natürlich

auch über ihre Pflichten informiert werden sollen, sondern es ist einmal mehr auch bezeichnend, dass die ÖVP – auch das darf ich in Erinnerung rufen – gegen die neue Berufsschule für Verwaltungsberufe im 5. Bezirk in der Embelgasse ist. Das ärgert mich deshalb, weil ich mich – jawohl, ich sage das offen! – als Sprachrohr der Wiener Lehrlinge sehe. Und wenn Herr Aigner das mit Lobbyismus verwechselt, dann schiebe ich die Karten zurück und sage: Das ist Strasser! Ich bin Lehrlingsvertreter. Da besteht sehr wohl ein Unterschied! Das können Sie sich merken! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Abschließend möchte ich noch erwähnen, dass für uns diese neue Berufsschule ein Symbolbild für den Aufbruch in der Lehrlingspolitik ist. Wir wollen mit aller Kraft dafür kämpfen, dass Lehrlinge das schlechte Image, das sie leider manchmal haben, abwerfen. Dazu brauchen wir aber auch die Qualität und die Beiträge der Betriebe, damit die Lehre tatsächlich ein Karrieresprungbrett ist. Und dafür werden wir noch sehr viel tun.

Dazu haben wir auch die Ausbildungsgarantie. Und wenn jetzt die Kritik kommt: Ausbildungsgarantie? Wer braucht denn das? So ein Blödsinn!, dann möchte ich schon darauf hinweisen, dass die Fakten sowieso für sich sprechen. Die Statistik der Wirtschaftskammer besagt, dass 1980 31 000 Lehrstellenplätze in Wien vorhanden waren und dass es heute nur mehr 19 000 sind. Und wenn ich die überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen und die Stadt wegrechne, die 1 300 Lehrlinge ausbildet, dann haben wir in der gewerblichen Wirtschaft, für die Sie sich ja so zuständig fühlen, nur mehr 14 000 Lehrlinge. Wenn man dann den Jugendlichen sagt, die keinen Lehrstellenplatz finden: Da hast du halt Pech!, dann ist das eine Antwort, die vielleicht Sie geben! Dafür haben Sie von den Wiener Jugendlichen auch die Rechnung präsentiert bekommen. Das ist aber sicherlich nicht unsere Antwort! Das sage ich Ihnen in aller Offenheit! (*Beifall von GR Heinz Vettermann.*)

Wir haben ja nicht nur Kindergärten, Volksschulen, gemeinsame Schule, Berufsschulen und Universitäten – aber da könnten ja Sie einmal beim Wissenschaftsminister vorsprechen! –, sondern auch die Erwachsenenbildung, die in Wien sehr ernst genommen wird. Die Volkshochschulen bekommen mit 20,3 Millionen EUR viel Geld, denn das ist notwendig. Bildung hört nämlich nicht auf, wenn man aus der Schule hinausgeht, sondern wir sehen in jeder Arbeitsmarktstatistik – und auch über diese können wir nachher noch diskutieren –: Je besser die Qualifikation, umso mehr Chancen haben die Jugendlichen und die Menschen in unserer Stadt.

Apropos Jugendliche: Auch zu diesem Bereich möchte ich die Zahlen für sich sprechen lassen. Wir haben in Wien für die gesamte Jugendarbeit, die Großartiges leistet, 39 Millionen EUR 2010 investiert. Und ich bin der Auffassung, dass jeder Cent, der hier investiert wird, ein wichtiger Beitrag ist, damit die Jugendlichen Perspektiven erhalten, damit sie aber auch Demokratie, Partizipation und Mitbestimmung lernen. Das sind nicht nur irgendwelche Phrasen, sondern das wird in der Wiener Jugendarbeit mit Leben erfüllt.

An dieser Stelle kann ich der FPÖ auch den Vorwurf

nicht ersparen – auch wenn Kollege Nepp nicht zuhört –, dass die FPÖ gegen die Wiener Jugendzentren gestimmt hat. Auch das sollte man sich auf der Zunge zergehen lassen. Es ist doch die angebliche Jugendpartei FPÖ, die von sich immer glaubt, der Rächer der Enterbten zu sein.

Dazu sagen ich Ihnen aber: Es nützt nichts, wenn Kickl dem Disco-Opa Strache sagt, dass er durch die Discos wandern soll, weil die Jugendlichen echte Arbeit im Sinne der Wiener Jugendlichen schätzen! Da können Sie noch so viel Bier oder Sonstiges zahlen! Das Wesentliche sind Lehrstellenplätze, Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze. Und daher haben uns auch 46 Prozent der 16- bis 19-Jährigen in dieser Stadt gewählt.

Wenn wir uns generell das Jugend- und Freizeitangebot anschauen – das Sie offenbar nicht kennen, denn sonst würden solche Diskussionsbeiträge ja nicht entstehen! –, dann sehen wir, wie toll die Arbeit funktioniert. Es gab 362 000 Besucher und Besucherinnen beim Wiener Ferienspiel. Das ist eine großartige Leistung! Weiters gab es 115 000 jährliche Kontakte mit der Jugendinfo und 55 000 Besucher und Besucherinnen beim Cinema-gic.

Zu den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit: Wir haben 23 Kinder- und Jugendzentren. Wir haben 26 Kinder- und Jugendtreffs. Es gibt 2 Jugendcafés und, was mich ganz besonders freut, ein eigenes Mädchencafé. Wir haben 9 Anlaufstellen für Jugendliche im Raume der mobilen Jugendarbeit. Wir haben 17 Räume für ganzjährige Parkbetreuung. Und wir haben – Sie verzeihen, wenn ich als Jugendsprecher und Lehrlingssprecher auch dieses wichtige Thema erwähne – den Kultur- und Sportverein der Wiener Berufsschulen. Es ist dies eine einzigartige Institution, wie es sie in ganz Österreich nicht gibt. Außerdem haben wir fast an jeder Berufsschule sozialpädagogisches Personal. Und dass – wie ich mich noch sehr gut erinnern kann – die ÖVP gegen den KUS gestimmt hat, spricht auch wieder einmal eine sehr deutliche Sprache davon, wie Sie es mit den Lehrlingen meinen, nämlich ganz und gar nicht ernst. Im Gegenteil! Sie sind Ihnen offenbar wurscht! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Man könnte auch über die Parkbetreuung und die Straßensozialarbeiter sprechen. Das Ferienspiel habe ich bereits erwähnt. Wir sehen, welchen Blumenstrauß an großartigen Aktivitäten es gibt!

In der Hoffnung, dass vielleicht doch noch der eine oder andere im Internet zusieht oder das zumindest dann im Protokoll nachlesen kann, möchte ich mich ernsthaft und von ganzem Herzen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wiener Jugendarbeit, bei den zuständigen Magistratsabteilungen und natürlich auch bei den Lehrerinnen und Lehrern sehr herzlich für ihre großartige Leistung im Sinne der Wiener Jugendlichen bedanken. Ein aufrechtes Dankeschön an dieser Stelle! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben zuvor über Bildung und nun über Jugendliche gesprochen, und da erkennt man, dass hier natürlich eine enge Zusammenarbeit notwendig ist. Daher

haben wir auch in Wien eine großartige Initiative mit dem sogenannten Case Management und „C'mon 14“ gesetzt, wobei es darum geht, am Übergang von Schule zu Beruf und Ausbildungsplätzen optimale Unterstützung zu geben und dort optimal zu helfen und unter die Arme zu greifen, wo es notwendig ist.

Und die Ausbildungsgarantie mit 4 500 Ausbildungsplätzen zeugt auch ganz klar davon, wie ernst wir es mit den Wiener Lehrlingen meinen: Wir wollen für sie Zukunft, wir wollen für sie Perspektiven, wir vermitteln Hoffnung, weil wir als sozialdemokratische Fraktion natürlich die Kämpferinnen und Kämpfer der Wiener Lehrlinge sind.

Es wurden in diesen Bereich bewusst 100 Millionen EUR investiert. Wenn ich mich zurückerinnere, dass wir unter „www.wahlkabine.at“ feststellen mussten, dass sowohl die FPÖ als auch die ÖVP gegen diese Ausbildungsgarantie waren, dann läuft mir bis heute noch ein Schauer über den Rücken, weil ... *(Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.)* Sie können nachschauen! Das haben Sie über Ihren Klub beantwortet, wie ich annehme, ansonst hätten Sie doch längst interveniert!

Aber dass Sie gegen diese Ausbildungsgarantie sind, ist nicht nur für die Jugendlichen schade, sondern letztlich auch für die Wirtschaft. Sie rufen nämlich immer wieder lautstark nach Fachkräften, nach Facharbeiterinnen und Facharbeitern, und daher sei Ihnen jetzt etwas ins Stammbuch geschrieben: Fachkräfte fallen nicht vom Himmel, sondern sie müssen ausgebildet werden! Und diesbezüglich sind vor allem auch Sie gefordert, meine sehr geehrten Damen und Herren in der ÖVP, mit der Wirtschaftskammer entsprechende Initiativen zu starten!

Wenn wir nun über Jugendarbeitslosigkeit reden – und da kommt zum Beispiel Kollege Nepp ganz offenbar immer wieder mit falschen Zahlen daher! –, dann möchte ich sagen: Ich habe die aktuelle Ausgabe der Broschüre des Arbeitsmarktservice Österreich „Arbeitsmarkt und Bildung“ mit. Diese ist ganz einfach unter „www.ams.or.at“ herunterzuladen. Darin finden sich in einer Arbeitsmarktstatistik zwei sehr wesentliche und interessante Zahlen.

Zunächst zu den Lehrstellensuchenden: In Wien entfallen auf eine offene Lehrstelle 2,2 Jugendliche. Jeder Jugendliche ohne Lehrstelle ist einer zu viel, keine Frage! Aber schauen wir einmal nach Niederösterreich! Dort sind ja Ihre Kolleginnen und Kollegen die Fahnenträger: Dort sind es 2,9 Prozent Jugendliche pro Lehrstelle. Das heißt, auf eine offene Lehrstelle kommen gerundet drei Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Und das ist wahrlich nicht das Modell, das wir wollen, zumal in Wien 25 Prozent aller Lehrlinge aus Niederösterreich und dem Burgenland einpendeln. Daher sollten Sie in Niederösterreich vor allem einmal Ihre Hausaufgaben machen, bevor Sie in Wien die Lehrlingspolitik kritisieren!

Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit auch noch ein wichtiger Hinweis. Wir haben sogenannte Arbeitslosenquoten. Wenn man dabei den Jugendlichenanteil nach Bundesländern anschaut, dann sieht man – und ich zeige es Ihnen gerne –: In Wien beträgt die Jugendarbeitslosigkeit 14,0 Prozent, gemessen an der Arbeitslo-

senquote. In Oberösterreich, bei Ihrem Landeshauptmann Pühringer, sind es beispielsweise 18,9 Prozent und auch in Niederösterreich sind es 15,3 Prozent.

Wir kämpfen natürlich mit aller Kraft gegen Jugend Arbeitslosigkeit im Interesse der Jugendlichen und auch der Wirtschaft. Und ich meine, man sollte sich diese Tatsachen zu Gemüte führen, bevor man einfach mit billiger Polemik daherkommt und glaubt, man ist der Rächer der Enterbten. Diese Tatsachen sprechen nämlich Bände und zeigen eindrucksvoll, wie gut die Jugendpolitik und die Arbeitsmarktpolitik in unserer wunderbaren Hauptstadt funktionieren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Jugend und Bildung haben natürlich auch viel mit Sport zu tun. Daher ist es auch großartig, wenn wir uns vor Augen führen, dass 68 Millionen EUR in Sportaktivitäten in der Stadt investiert werden. Wir bieten wunderbare Programme wie die Schülerschwimmaktion oder die Schülereislaufaktion an. Wir haben auch den Jugendsport, der insbesondere für Lehrlinge ein wichtiger Beitrag ist. Es gibt bei uns „Sport in den Ferien“, wobei an 19 Sportanlagen und in 8 Sporthallen insgesamt 24 Sportarten kennengelernt werden können. Da konnte man sich betätigen, und rund 25 000 Jugendliche haben daran teilgenommen.

Gemeinsam gegen Übergewicht: Das ist, wie ich meine, ein gesellschaftspolitisch wichtiges Thema. Auch in diesem Zusammenhang ist eine tolle Initiative in Kooperation mit dem Stadtschulrat für Wien gesetzt worden.

Schauen wir uns die Bäder an! Wir haben in Wien – und das ist eine wunderbare Leistung! – 5 Hallenbäder, 7 Kombibäder, 10 Sommerbäder, 10 Familienbäder und 1 Volksbad. 55 Millionen EUR Ausgaben stehen 12,5 Millionen Einnahmen gegenüber. – Ich sage Ihnen: Uns ist wichtig, dass möglichst alle, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, Zugang zum Baden, zum Schwimmen und zum Sport haben.

Wir haben nämlich – und das unterscheidet uns ja von der FPÖ – alle Menschen gleich gern. Wir unterscheiden nicht, wer irgendwann einmal irgendwelche Eltern aus irgendeinem Land hat, sondern für uns ist wichtig, dass der Mensch, der hier ist, die gleichen Chancen hat wie jeder andere auch. Da unterteilen wir nicht, sondern wir haben alle gleich gern. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Um die Wienerinnen und Wiener aber auch bestmöglich über diese umfangreiche Vielfalt an Angeboten in unserer wunderbaren Stadt informieren zu können, brauchen wir natürlich auch einen guten Informationsdienst und gute Informationspolitik. Wir haben – und das ist auch besonders wichtig – mit dem Bürgerdienst eine tolle Serviceeinrichtung für die Wienerinnen und Wiener, für unsere Bürgerinnen und Bürger in der Hauptstadt.

Ich möchte nochmals betonen: Wir haben in dieser Geschäftsgruppe unter StR Christian Oxonitsch 2,1 Milliarden EUR investiert: Das sind 2,1 Milliarden EUR, die sensationell gut angelegt und besonders wichtig sind.

Abschließend noch einmal ein großes Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen ...

(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Die Bäder!) Ich habe die Bäder ohnedies schon angesprochen!

Es ist dies eine tolle Leistungsschau, wie wir auch in den verschiedenen Berichten nachlesen können. Da nützt Ihnen alles nichts, wenn Sie noch so oft sagen, wie schlecht und grauslich alles ist! Und wenn Sie dann noch mit irgendwelchen G'schichterln kommen, dass Sie die Kämpfer der Lehrlinge der Freiheitlichen sind, dann rufe ich Ihnen einmal mehr in Erinnerung: Auch in Ihrem neuen Gruselkabinett, das Sie da präsentiert haben, ist weit und breit außer heißer Luft keine inhaltliche Ansage feststellbar!

Ich kann mich noch sehr gut an die Maßnahmen der FPÖ-ÖVP-Regierung erinnern: Probezeitverlängerung von zwei auf drei Monate: Danke schön! 20 Prozent der Jugendlichen verlieren ihren Job in der Probezeit. Sie werden es Ihnen danken. Die Rechnung haben Sie präsentiert bekommen: 2 Prozent der Lehrlinge haben Sie gewählt, mehr nicht. Sie haben die Behaltefrist von vier auf drei Monate gekürzt, das bedeutet einen ganzen Lohn weniger für viele Jugendliche. Das ist nicht unbedingt das, was sie sich von einer entsprechenden Politik erwarten! Und Sie haben auch die Arbeitszeit im Gastgewerbe bis in die Nacht ausgedehnt.

Wir scheuen keinen Vergleich. Der Wiener Weg ist ein guter Weg. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir diesen auch in den nächsten Jahren fortsetzen können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Ich erteile es ihr.

Entschuldigen Sie bitte, Frau Kollegin! Ich bin auch schon ein bisschen unkonzentriert. Bevor Sie reden dürfen, ist Herr GR Dr Aigner zu einer tatsächlichen Berichtigung mit der Dauer von drei Minuten eingeladen. Tut mir leid! *(GR Petr Baxant: Maximal drei Minuten!)* Ja, Maximal drei Minuten!

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Drei Minuten brauche ich nicht. Ich meine, ich müsste jetzt genau so lange reden wie Kollege Peschek, denn das war alles ein Blödsinn!

Ich möchte Folgendes festhalten: Erstens: Die ÖVP ist nicht gegen die Berufsschule in der Embelgasse. Wir haben das lange genug debattiert. Wir waren gegen die Vorgangsweise, dass Sie die Hauptschule in der Embelgasse geschlossen haben und kein Geld dafür hatten.

Zweitens: Ihre tolle Gesamtschule, die Wiener Volksschule, produziert 24 Prozent Schüler, die nach 4 Jahren Schulbesuch nicht einmal lesen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden dann erheben lassen, wie viele von den Schülern, die nicht lesen können, einen Einser oder einen Zweier in Deutsch haben, denn sie kommen dann ins Gymnasium und dürfen nicht mehr durchfallen.

Drittens: Die Unternehmer sind nicht für das mangelnde Bildungsniveau bei der Lehrabschlussprüfung verantwortlich! Wenn man nach neun Jahren Pflichtschule nicht lesen und schreiben in einfachster Form kann, dann hat das Wiener Bildungssystem versagt.

Viertens: Der von Ihnen angesprochene Lehrlings-

sportverein ist ein reiner SPÖ-Verein. Dabei geht es darum, dass ein SPÖ-Gemeinderat einen Verein mit ein paar 100 000 EUR zur Verfügung gestellt bekommen hat. – Schulsport ist Sache des Schulerhalters und nicht eines sozialistischen Vereins! Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Frau GRin Anger-Koch: Jetzt sind Sie am Wort.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Jetzt habe ich fast nichts mehr zu reden, weil schon alles gesagt wurde. *(Zwischenruf von GR Dr Kurt Stürzenbecher.)* Wahnsinn, so viel Zeit!

Aber ich fühle mich hier ja wie im Schlaraffenland! Bei dem, was ich da seit 9 Uhr in der Früh höre, denke ich mir eigentlich, dass alles ... *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Alles leiwand!)* Ja, dass alles leiwand ist! *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Ja!)* Wahnsinn!

Aber trotzdem denke ich mir hin und wieder, dass ich in der Geisterbahn bin. Und ihr seid leider Gottes oft auf dem Regenbogen und vergesst, gelegentlich einmal hinunterzuschauen! Bei euch da oben scheint nämlich immer die Sonne, und die Leute unten wissen oft nicht mehr, was sie tun sollen. – Ich glaube, das ist euer Problem! Wir leben eben leider nicht im Schlaraffenland!

Mein Kollege Aigner hat es jetzt auch gesagt. Herr ... Entschuldigung, ich kenne die Namen noch nicht alle so gut! Herr Kollege Peschek! Zur Lehrabschlussprüfung: Sie kommen, wie ich annehme, aus der Gewerkschaft und haben nicht so gute Kenntnisse, wie es in einem Unternehmen aussieht. Wenn man einen Lehrling aufnimmt, ist nachher nicht nur der Unternehmer für den Lehrling verantwortlich, denn im Grunde genommen ... *(Zwischenruf von GR Ernst Nevrivy.)* Nein, das sage ich ja nicht! Sie lassen mich ja nicht ausreden! Die Unternehmer müssen sich sehr wohl dessen annehmen, was Sache ist, aber wenn einer das nicht kann, dann ist nicht der Unternehmer derjenige, der es ihm beibringen muss. Er soll nämlich im Unternehmen lernen zu arbeiten, und in der Schule soll er Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Diese Grundkenntnisse des Lebens sollte man eigentlich haben! Der Unternehmer kann sich nicht mit ihm hinsetzen und ihn das durchlesen lassen, wenn er nicht einmal versteht, was da steht. Das geht nicht! So kann man nicht arbeiten! Das ist aber leider Gottes Ihr Problem!

Sicherlich muss er arbeiten, denn irgendjemand muss die Kohle verdienen, und irgendwann muss diese Kohle zurück in die Wirtschaft kommen. Es können nicht alle Beamte sein! *(Beifall bei der ÖVP.)* So ist es halt!

Es scheint halt alles wunderbar zu sein, wenn man nicht weiß, wie das Unternehmertum ist! Die Unternehmer müssen am 15. des Monats die Gehälter zahlen, die Sie alle für Ihre Jobs bekommen! Und das muss dann wieder entsprechend in die Wirtschaft zurückfließen. Das nennt man den Kreislauf der Wirtschaft. Aber wenn man nicht einmal weiß, was ein Lehrling in einem Unternehmen zu tun hat und was die Aufgabe des Unternehmens ist, dann ist das tragisch! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme zurück zum Rechnungsabschluss: Ich halte mich eh kurz, weil ich nachher da oben Schriftfüh-

rerin sein muss. Sie reden, wie gesagt, alles schön, das haben wir schon gesagt. Es gibt leider Gottes einen Stillstand. Sie verwalten nur, und Sie gestalten nicht, und daher ist der Rechnungsabschluss strikt abzulehnen.

Es wurde heute auch schon oft angesprochen: Wir haben Ihnen immer wieder auch Vorschläge gemacht, indem wir Anträge geschrieben haben, in denen wir dementsprechend versucht haben, Sie auch ins Boot zu holen. Diese Anträge wurden aber, wie mein Kollege Wolfgang Aigner schon gesagt hat, immer abgelehnt, und nicht einmal in den Ausschüssen konnten wir unsere Ideen wirklich einbringen. Das war nicht immer so, hin und wieder haben wir gewissen Dingen auch zugestimmt, die Sie nicht so schlecht machen.

Sehr bedauerlich ist aber – und jetzt komme ich zu meinem eigentlichen Thema –, was im Bereich des Sports geschieht. Sie haben das ja kurz angeschnitten, und so super, wie Sie das darstellen, ist es leider auch nicht! Es ist bedauerlich, dass Sie den Sport in Wien als Event und Fun inszenieren. Da wird Geld für Events in die Hand genommen, bei denen Spitzensportler kurz einmal aufscheinen dürfen, und das war es dann. Dort, wo es notwendig ist, nämlich im Breitensport, wird hingegen im Grunde genommen nichts getan. Die Infrastruktur, die wird eigentlich ignoriert.

Wenn wir gerade von der Infrastruktur reden, dann möchte ich festhalten, dass wir eine neue Idee betreffend die Adaptierung leer stehender Geschäftslokale für Sportvereine hätten. Vielleicht klappt es diesmal! Ich bringe dazu einen Antrag ein:

„Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Dachverbänden ein Konzept für die Adaptierung leer stehender Geschäftslokale für die Sportvereine auszuarbeiten.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber es geht nicht nur um Geschäftslokale. Wir haben das ja schon oft diskutiert. Viele Turnsäle, Sportplätze und Sportanlagen könnten in der schulfreien Zeit viel besser genutzt werden. Und ich sage Ihnen auch, warum. In den 80er Jahren hat Fendrich einmal gesungen: „Es lebe der Sport!“ – Diesen Song sollten Sie sich vielleicht öfters anhören! Sport fördert nämlich nicht nur sozial, sondern wäre auch als Präventionsmaßnahme für zunehmenden Bewegungsmangel zu unterstützen. Immer wieder hören wir, dass die Kinder adipös, fettleibig und zu dick sind und sich nicht mehr bewegen können.

Wir hören auch, dass Kinder große Konzentrationschwächen haben und aggressiv sind. – Ich habe dafür eine Lösung! Berichten zufolge muss man auch in solchen Fällen Sport betreiben. Und genauso ist es! Wir fordern schon lange von Ihnen auch immer wieder in Anträgen, dass es bei der Nachmittagsbetreuung in Schulen viel mehr Kooperation mit den Sportverbänden und dem organisierten Sport geben sollte. *(Heiterkeit bei GRin Mag Martina Wurzer und GRin Birgit Hebein.)* Finden Sie das lustig? Ich finde das nicht so lustig! – In diesem Bereich soll eine Brücke geschlagen werden,

damit genau diese zwei Verknüpfungspunkte endlich zueinander finden.

Ich gebe auch keine Ruhe: Uns fehlen immer noch das Sportstättenkonzept und eine Mehrzweckhalle, die wir schon seit drei Jahren fordern. Das Sportstättenkonzept wurde uns immer wieder versprochen. Bis dato haben wir aber nichts bekommen. Wir wollen gesunde und integrierte Kinder, es gibt aber leider Gottes von eurer Seite absolut keine Maßnahmen, wie so etwas ausschauen soll! Wie Sie alle wissen, geschieht beim Sport die Integration automatisch. Dabei werden Teamgeist und Teamzusammenhalt vermittelt, es wird aber auch Schwächeren geholfen. Das ist Aufgabe des Sports.

Ich habe heute in einer Tageszeitung ein Inserat eures Ministers Darabos gefunden, in dem er ganz groß schreibt: „Der Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration und hilft, Barrieren zwischen Menschen zu überwinden. Es zählen Teamgeist, Fair Play und Respekt.“ – Da haben wir es sogar schwarz auf weiß von eurem Minister!

Aber statt den Sport zu fördern, geben Sie, wie ich schon eingangs erwähnt habe, für Medienkampagnen das ganze Geld aus! Sie stellen sich selbst dar, anstatt dass Organisationen und Menschen das Geld bekommen, die es wirklich notwendig haben. Sie wollen das Rad ständig neu erfinden, anstatt dass Sie einmal die Prioritäten richtig setzen!

Mein Kollege Wolfgang Aigner hat es heute angeschnitten: Es sind jetzt wieder 1,1 Millionen EUR für eine Inseratenkampagne wegen der Ausschreitungen beim letzten Wiener Derby genehmigt worden. Sie wollen dann auch noch Streetworker in den Stadien implementieren, und diese Streetworker sollen sich jenen widmen, die diese Ausschreitung verursachen. – Da denke ich mir dann jedes Mal: Ihr repariert immer nur! Warum handelt ihr nicht schon im Vorhinein? Der Herr Stadtrat hat in einer Presseaussendung gesagt, dass Sie die Randalen sowieso nicht verhindern können werden.

Das ist Fakt! Sie werden das nicht verhindern können. Daher muss man schon vorher ansetzen und dafür sorgen, dass genau diese Gewaltbereitschaft, die in den Stadien dann ihren Ausdruck findet, gar nicht zustande kommt! Dafür gibt es auch Möglichkeiten. Es gibt Vereine, die in dieser Hinsicht sehr aktiv arbeiten, um Gewalt und Aggressionen zu vermeiden. Auf der einen Seite trägt – wie erwähnt – der Sport auch in Sportvereinen dazu bei, auf der anderen Seite gibt es Vereine, die die Parkbetreuung und Besuchsbegleitung forcieren. Aber diese können leider Gottes nur in einem gewissen Rahmen agieren, weil sie von den Fördertöpfen zu wenig bekommen und finanziell von Ihnen kurz gehalten werden.

Auch die Gewalt in der Schule war immer wieder ein Thema, und diesbezüglich haben wir Ihnen auch schon Vorschläge unterbreitet, die Sie bis dato aber nur sehr wenig umgesetzt haben. Ich meine jetzt die angesprochenen Schulsozialarbeiter. Es gibt diese zwar, aber sie sind alle auf Lehrerdienstposten angestellt, was zur Folge hat, dass sie ihre Vordienstzeiten nicht angerech-

net bekommen und es meist nur sehr junge und unerfahrene SozialarbeiterInnen sind. Und das hat wiederum zur Folge, dass es eine hohe Fluktuation geben wird, und dann kann kein Vertrauen zwischen Lehrern, Eltern und Schülern aufgebaut werden.

In diesem Bereich könnte sehr viel präventive Jugendarbeit geleistet werden, wenn man bereits im Vorfeld richtig agiert und nicht, wie der Herr Kollege nur aufzeigt, wie viele Kontakte Ihre Jugendorganisationen haben, und jährlich das Geld für Werbekampagnen und Events hinausbläst. Wir fordern von Ihnen aktives Handeln, es soll ein gut ausgebildeter Personalstock aufgebaut und den Organisationen, die das benötigen, zur Verfügung gestellt werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Entschuldigung! Ich muss noch einen Beschlussantrag einbringen, und zwar betreffend Kinderspielplätze auf dem virtuellen Stadtplan der Stadt Wien:

„Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Magistrats binnen Monatsfrist dafür zu sorgen, dass die Standorte der Kinderspielplätze in Wien in den virtuellen Stadtplan der Stadt Wien auf ‚www.wien.at‘ aufgenommen werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung verlangt.“ – Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Abend, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Es ist, glaube ich, uns allen bewusst, dass wir heute über eine sehr wichtige Gesellschaftsgruppe sprechen, die zum Teil nicht imstande ist, selbst über die eigenen Geschicke beziehungsweise über ihre Anliegen zu entscheiden. Diese Menschen sind hauptsächlich auf die Obhut der Eltern und Erwachsener angewiesen und bedürfen einer sehr sensiblen Vorgehensweise von unserer Seite. Es geht um Kinder und Jugendliche und darum, was die Stadt für diese Menschen tut und wie wir diesen Menschen unter die Arme greifen können, damit sie eine sichere Zukunft haben, damit sie im Leben weniger gebrochen werden und damit sie mit Zuversicht in die Zukunft schauen können. Das liegt, wie ich meine, in der Verantwortung aller Politiker und Politikerinnen in diesem Haus, und ich erwarte mir auch dementsprechende Wortmeldungen.

Dabei ist es sehr wichtig, dass wir zwischen Kindern und Jugendlichen nicht je nach Ethnie, je nach Geburtsland beziehungsweise je nachdem, woher die Eltern kommen, unterscheiden, sondern dass wir Kinder als Kinder und Jugendliche als Jugendliche ansehen.

In diesem Zusammenhang ist die Wirtschaftskrise beziehungsweise die Finanzkrise von enormer Bedeutung. Die Finanzkrise hat in erster Linie einkommensschwache Familien und deren Kinder stark getroffen. Und ich stelle jetzt einmal die Frage in den Raum, Herr Aigner: Wer ist der Verursacher dieser Finanzkrise? Ist es die unsichtbare Hand des Marktes, oder ist es die öffentliche Hand? Sie werden sicherlich darauf antwor-

ten, dass es die unsichtbare Hand des Marktes war, denn es wurde ja von der neoliberalen Politik immer wieder propagiert, dass man den Markt dem Markt überlassen und dass sich die öffentliche Hand aus dem Markt zurückziehen soll.

Was ist passiert? – Derzeit sprechen wir über Griechenland, über den europäischen Rettungsschirm und über Bankenhilfen. Wer hilft diesen Banken? Wer wird alarmiert? Wo müssen sich alle Regierungsmitglieder beziehungsweise Finanzminister im europäischen Rahmen treffen? – Es sind die Vertreter der öffentlichen Hand, die für die Verursacher der Finanzkrise aufkommen müssen. Sie müssen Milliarden in die Kehle der Banken schmeißen, damit diese Finanzkrise bewältigt werden kann. Und wenn Sie die Dinge ideologisieren wollen, Herr Aigner, dann seien Sie, bitte schön, korrekt und nennen Sie die Verantwortlichen dieser Krise beim Namen! Das wäre, glaube ich, ein Schritt in die richtige Richtung!

Die eigentlichen Vorläufer dieser Finanzkrise sind durch die neoliberale Politik von Margret Thatcher und Ronald Reagan in Gang gesetzt worden. Diese Politik wurde im Verlaufe der Zeit auch durch Schwarz-Blau in Österreich gestärkt, und sehr viele Institutionen, unter anderem auch die BAWAG – wir nehmen die BAWAG aus der Kritik nicht heraus! –, haben in dasselbe Finanzsystem hineinspekuliert und jede Menge Geld verloren.

Welches System ist hier schuld? Ist es die öffentliche Hand oder sind es der Markt und der Finanzmarkt, der vor allem von Privaten betrieben wird? – Wenn Sie eine Antwort darauf haben, dann werden Sie auch unsere Probleme beziehungsweise unsere Lösungsversuche verstehen können.

Wir sind für einen regulierenden Eingriff in den Markt. Wir wollen, dass der Staat den Markt immer mehr zügelt, weil dieser Markt außer Profit nichts kennt. Und wenn man außer Profit nichts kennt, wird man auch die Situation von einkommensschwachen Familien und deren Kindern nicht verstehen. Diese sind die Verlierer dieser Finanzkrise. Das nimmt der Turbokapitalismus in Kauf. Man sagt, in dieser Gesellschaft wird es Verlierer geben. Und im besten Fall macht man dann diese Verlierer zu Sündenböcken, wie es die FPÖ immer wieder tut.

Dabei handelt es sich um die sogenannten migrantischen Kinder und migrantischen Familien, die einfach in diesem System nicht mehr bestehen können. Das sind nicht alle! Es gibt auch reiche Migranten und Migrantinnen, die von diesem Kuchen ihren Teil bekommen haben. Vielleicht machen einige Firmen, die hinter Ihnen stehen, mit denen auch Geschäfte. Ich kenne sie leider nicht! Es wäre schön, wenn Sie die einmal nennen würden!

Aber noch einmal: Wenn man hier die Schwächsten zu Sündenböcken machen und sie abstrafen will, dann entbehrt das jeder Einsicht in die Politik und in die Wirtschaft, und das ist zum Schänden, meine Damen und Herren!

Was steuert beziehungsweise tut die öffentliche Hand hier in Wien? Ich werde jetzt nicht alle Bereiche der Jugendarbeit in Wien aufzählen, das hat Kollege

Peschek schon getan. Ich sage Ihnen nur – und ich habe das schon einmal hier gesagt: Wien ist im Vergleich zu anderen europäischen Städten in der Jugendarbeit sehr gut aufgestellt, angefangen von der hinausreichenden Jugendarbeit bis hin zur mobilen und zur offenen Jugendarbeit. Diesbezüglich ist Wien top aufgestellt.

Was aber geschieht bei dieser Jugendarbeit? Wessen Mist versucht diese Jugendarbeit auszumisten? Welches System steckt hinter diesen Missständen? – Ich habe vorhin versucht, Ihnen das zu erklären.

Ich möchte jetzt aber einmal aus dem Alltag eines Jugendarbeiters beziehungsweise einer Jugendarbeiterin erzählen, weil die Freiheitlichen beziehungsweise zum Teil auch manchmal die ÖVPler die Jugendarbeit als eine Säule der Sozialdemokratischen Partei Österreichs bezeichnen. Ich komme selber aus der Jugendarbeit. Ich habe 15 Jahre lang in der Jugendarbeit gearbeitet, und zwar im Integrationsbereich und auch in der mobilen Jugendarbeit. Es ist sehr wichtig, dass der Jugendarbeiter nicht nur menschliche Komponenten wie Einfühlsamkeit, sondern auch ein entsprechendes Fachwissen über sehr viele Bereiche des Lebens besitzt. Wir müssen nicht nur eine Ausbildung in der Fachhochschule oder in der Jugendleiterschule haben, sondern die Arbeit eines Jugendarbeiters besteht in immer weiterer Fortbildung, und er muss immer auf den Menschen zugehen, damit das Vertrauen dieser Personen gewonnen werden kann, und das sind Menschen, die normalerweise in ihrem Elternhaus zu hören bekommen: Setz dich nicht mit Fremden in Kontakt! – Diese Hürde zu überwinden, erfordert ein sehr starkes Bewusstsein eines Jugendarbeiters oder einer Jugendarbeiterin, damit die Jugendlichen sich gut aufgehoben fühlen und ihre Anliegen und Sorgen diesen Jugendarbeitern und Jugendarbeiterinnen anvertrauen können.

Die Stadt Wien hat erkannt, dass sich Jugendliche dann auch den Weg öffnen, sich mehr Handlungsfähigkeiten aneignen und sich auch trauen können, über ihre Grenzen hinauszugehen, in Bewerbungsgesprächen mit Firmen beziehungsweise mit Personalchefs in Kontakt zu treten und so weiter und so fort.

Sie, Herr Aichinger, haben gesagt, dass die Wirtschaft Lehrlinge braucht und keine Lehrlinge findet. Ich glaube Ihnen, dass Sie vielleicht die passenden Lehrlinge nicht finden. Aber ich kenne eine ausreichende Zahl von Jugendlichen, die mehr als 500 Bewerbungen an unterschiedliche Unternehmen schicken und keine einzige Antwort bekommen. Hier gibt es ein Problem, und wir müssen uns anschauen, warum Firmen einerseits nicht die Leute finde, die sie brauchen, und warum andererseits viele Jugendliche nicht zum Zug kommen.

Dafür kann es unterschiedliche Gründe geben. Einer dieser Gründe, meine Damen und Herren, ist, wie ich annehme, eine unbewusste beziehungsweise bewusste Ausgrenzungspolitik, wenn Menschen mit fremdländischem Namen bei einem Betrieb ansuchen. (*Zwischenruf von GR Dr Wolfgang Aigner.*) Hören Sie mir genau zu! Ich habe gesagt, einer dieser Gründe kann sein, dass wir in unserer Gesellschaft nach wie vor eine selektive Wahrnehmung von Lehrlingen haben, die einfach auf

Grund ihres Namens zum Zug kommen. Das kann sein!

Ein anderer Grund kann natürlich sein, dass der Jugendliche wirklich nicht über genügend Qualifikationen verfügt. Auch das ist mir bewusst. Mir sind auch Jugendliche bekannt, die eine Leseschwäche haben, die beim Schreiben grammatikalische Fehler machen und die Unterstützung brauchen, damit sie im Leben weiterkommen können. Und wenn man diesen Jugendlichen einfach eine auf den Deckel haut und – wie es die Freiheitlichen tun – sagt, der kann ja nicht Deutsch, das ist der Grund, warum das so ist!, dann ist das einfach zu kurz gegriffen. Warum? – Ein Jugendlicher ist nämlich nicht nur ein Schüler, sondern ein Jugendlicher ist auch ein Familienmitglied und ein Mensch, der einen Freundeskreis hat, und ein Jugendlicher ist auch ein Konsument.

Wenn etwas in der Schule nicht stimmt, dann ist natürlich die Schule heranzuziehen und zu kritisieren. Ich sage das ganz offen. Wenn wir heutzutage nach wie vor Probleme mit der Bildung von Jugendlichen haben, dann müssen wir uns fragen, ob das bisherige Bildungssystem den entsprechenden Erfolg ermöglicht oder nicht.

Und wir von Rot-Grün sagen, das bisherige Schulsystem bringt nicht den erwünschten Erfolg, daher gehen wir andere Wege. Und Gesamtschulen oder Ganztagschulen sind einer dieser Wege, und verpflichtende Kindergartenjahre sind ein weiterer Vorschlag, den auch Ihr Staatssekretär nach dem Vorbild der Wiener Stadtpolitik aufgegriffen hat. Ich werfe ihm kein Plagiat vor. Ich möchte auch nicht, dass er sagt, dass das eigentlich die Roten und die Grünen in Wien gemacht haben. Er soll ruhig etwas Richtiges machen, denn das ist wichtig für die Menschheit!

Damit ich den Faden nicht verliere: Mann muss also im Bildungssystem etwas tun, und zum Zweiten müssen wir auch darauf achten, dass jene Jugendlichen, die in der Konsumgesellschaft nicht zum Zug kommen, sich nicht die Diskotheken leisten, in denen sich Herr Strache ständig aufhält und den Jugendlichen den Alkoholkonsum schmackhaft machen will beziehungsweise mit ihnen anstößt und so weiter.

Das ist nicht mein Zugang zu Jugendlichen! (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ich bin nicht gegen Alkohol, aber ich meine, es ist nicht der Weg eines Politikers, sich in irgendwelchen Diskotheken herumzutreiben, um die Jugendlichen für sich zu gewinnen. (*Weiterer Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Nein! Vielmehr müssen wir uns darum kümmern, dass Jugendliche, die sich die höhere Konsumgesellschaft nicht leisten können, weil sie zu wenig Einkommen beziehungsweise zu wenig Taschengeld haben, von der Stadt aufgefangen werden.

Die niedergelassenen Einrichtungen der Stadt, Jugendzentren, Jugendtreffpunkte und sonstige Einrichtungen der Gemeinde Wien, dienen dazu, dass diese Jugendlichen eine Stätte bekommen, wo sie ihre Freizeit ohne Konsumzwang gestalten können, und ich bin froh, dass hier nicht der Sparstift angesetzt wurde und dass dieser Bereich nicht verringert, sondern erhöht wird beziehungsweise diesem Bereich von der Politik ein höherer Stellenwert gegeben wird.

Herr Aichinger! Ich möchte Ihnen noch etwas sagen: Ich bin jedes Wochenende bei irgendeiner Veranstaltung von sogenannten Menschen mit Migrationshintergrund, und ich werde – und das ist jetzt meine Bitte, vielleicht können wir uns nachher darüber unterhalten – von sehr vielen Jugendlichen angesprochen, die höhere Abschlüsse haben und Ingenieure, Maschinenschlosser, HTL-Absolventen oder Wirtschaftsuniabsolventen sind und keinen Job bekommen, obwohl sie bereits seit mehreren Jahren Jobs suchen. Daher mein Vorschlag an Sie: Gehen wir die Sache einmal gemeinsam an, vielleicht finden wir für den einen oder den anderen eine Möglichkeit!

Was tut die Wiener Jugendarbeit sonst? – Die Wiener Jugendarbeit setzt auf die Stärken der Jugendlichen. Sie, versucht, die Schwächen der Jugendlichen zu reduzieren und die Stärken der Jugendlichen aufzubauen. Eine dieser Stärken ist die Neuentdeckung des Marktes im Sinne einer interkulturellen Entwicklung. Die Wirtschaftskammer hat diesbezüglich gehandelt, hat Plakate in unterschiedlichen Sprachen gemacht und auch eine Homepage errichtet. Das Projekt heißt „Vielfalt schätzen. Vielfalt nutzen!“.

Der zukünftige Markt ist interkulturell besetzt. Warum? – Weil Wien eine Drehscheibe nach dem EU-Beitritt Österreichs in der geographischen Lage geworden ist. Von Wien aus werden sehr viele Impulse in die Welt gesetzt, und zwar nicht nur innerhalb der Europäischen Union.

Schauen wir uns einmal das Projekt Nabucco an! Ich bin kein Freund von Nabucco, aber um gewisse Dinge zu erklären, können wir es uns ja einmal anschauen. – Nabucco hat eine Grenze, die die Türkei durchläuft, der Iran und Aserbaidschan werden auch noch angeschlossen, und dann geht es durch alle europäischen Länder hindurch bis nach Wien. Die österreichischen Unternehmen werden daher Menschen brauchen, die sich mit der Kultur dieser Länder auskennen. Dazu brauchen wir nicht extra Fortbildungen machen, denn wir haben diese Leute da! Wir brauchen Leute, die die Sprache dieser Länder können, und die haben wir hier auch, und wir brauchen auch Leute, die eine Verbindung zwischen den beiden Ländern auf Grund ihrer historischen Entwicklung herstellen können. Das ist eine Humanressource, die in Wien und sonst nirgends vorhanden ist, und ich plädiere dafür, dass wir diese Ressource aufgreifen, damit wir den interkulturellen Markt erweitern können!

Ich appelliere auch an die FPÖ: Seien Sie nicht gegen unterschiedliche Sprachen! Jeder Wiener und jede Wienerin würden in Wien einen Job bekommen, wenn sie hier in Wien ansässige Sprachen lernen würden. Warum soll nicht jeder Wiener und jede Wienerin zusätzlich zu Deutsch Türkisch oder Serbokroatisch oder Afghanisch können? (*Zwischenruf von GR Dr Wolfgang Aigner.*) Ich sage: Zusätzlich zu Deutsch! Deutsch ist die gemeinsame Sprache. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ich werde auf Ihre Provokationen nicht eingehen! Wir reden miteinander Deutsch, sonst funktioniert es ja nicht! Es würde in der Gesellschaft auch nicht funktionieren, aber ich möchte Ihren Horizont erweitern. Die Erweiterung des

Horizontes besteht nicht darin, dass man, wie Herr Nepp, Slogans verbreitet, die lauten: „Deutsche Sprache: Ehrensache!“

Diese Geschichte mit der Ehre kommt mir aus der Geschichte bekannt vor, aber ich sage auch, dieser Begriff Ehre ist auch in einem anderen Zusammenhang sehr gefährlich. Sie wissen, was ich meine? – Ehrenmorde! Ich halte von dem trockenen Begriff der Ehre gar nichts. Ich meine, ein ehrwürdiger Mensch ist jemand, der nicht auf schwache Menschen losgeht. Ein ehrwürdiger Mensch ist jemand, der eine innere Größe aufweist, und ein ehrwürdiger Mensch ist jemand, der mit offenen Armen auf andere Menschen zugeht.

Was machen Sie? – Ihre Partei nennt in ihrem Programm Freiheit und individuelle Rechte. Das Recht des Individuums ist für Sie sehr wichtig, denn Sie sind ja die Freiheitliche Partei. Jetzt kommen Sie aber mit einem Vorschlag daher, dass in den Pausen Deutsch gesprochen soll. Wo bleibt da das Recht des Individuums auf die eigene Freiheit? – Sie sind sitzen geblieben! Sie brauchen nicht drei Fünfer! Dieser Satz hat dazu geführt, dass Sie sitzen geblieben sind!

Ich bin dafür: Schauen wir uns diese Schulen an, von denen Sie sagen, dass dort 70 oder 80 Prozent MigrantInnenkinder sind. Erstens einmal sind nicht alle von einer Ethnie, sondern von unterschiedlichsten Ethnien: Serben, Kroaten, Bosnier, Türken, Albaner und so weiter und so fort. Sie haben nicht dieselbe Sprache. Wenn sie miteinander kommunizieren müssen, dann sprechen sie miteinander Deutsch. Sehen Sie die Dinge also ein bisschen differenzierter! Dann werden Sie das Leben entdecken! Sehen Sie nicht alles nur schwarz-weiß! Das empfehle ich Ihnen wirklich. Wir können uns auch einmal auf einen Kaffee treffen und darüber reden!

Wien hat so viele Möglichkeiten, und die Wiener Jugendarbeit greift all diese Möglichkeiten auf, um uns ein Spiegelbild der Gesellschaft vorzuhalten, damit wir auch von ihr lernen können.

Mein Verhältnis zu Politik ist, dass wir immer von der Bevölkerung und von den Einrichtungen, die die Stadt betreibt, lernen können, und ich denke, wenn wir den interkulturellen Ansatz in der Personalpolitik der Stadt erweitern können und wenn wir den interkulturellen Ansatz in mehreren Bereichen, wie es die Wirtschaft vormacht, anwenden können, dass wir zusätzliche Jobs und zusätzliche Möglichkeiten schaffen werden können, abgesehen davon, dass wir GRÜNEN der Meinung sind, dass auch Green Jobs Zukunftschancen in sich bergen und dass wir hier auch Möglichkeiten haben. – Danke schön. Ich hätte noch 26 Sekunden! Schönen Abend noch! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Kops. Ich erteile es ihm.

GR Dietrich **Kops** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Damen und Herren, die noch anwesend sind!

Ich spreche damit die nicht anwesenden Kollegen von der Sozialdemokratischen Fraktion und von den GRÜNEN an! Aber bei den GRÜNEN sind es ja nicht viel

mehr Mandatare, also Entschuldigung! Wir könnten hier eine Sitzung unter Ausschluss der Sozialdemokratischen Fraktion machen, denn wie ich das sehe, sind ja nur mehr die Kollegen von der ÖVP und natürlich meine Kollegen anwesend. *(GRin Mag Sybille Straubinger: Wir sind hier!)*

Ja, ein paar sind noch anwesend, die dazu vergattert wurden, hier anwesend zu sein! Das ist ein demokratiepolitischer Irrsinn, der hier stattfindet! Sie sollten schon so viel Schneid haben und hier bis zum Schluss ausharren!

Jetzt komm ich kurz zu Herrn GR Akkilic. – Natürlich gehen wir dorthin, wo die Jugendlichen sind, und sie sind natürlich auch in der Diskothek, und daher gehen wir auch dorthin. Wir sind nicht so verrückt, dass wir Verbote von Zigarettenautomaten fordern. Vielleicht kommen jetzt dann auch noch Forderungen nach Verboten, dass man im Schweizerhaus kein Bier mehr trinken darf! Und dagegen wehren wir uns! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Das sind irrsinnige Ideen, die Sie als GRÜNE hier zur Tagesordnung bringen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich komme jetzt noch kurz, bevor ich zu meiner Rede komme, zu Herrn GR Peschek, der sich hier als Vertreter der Jugendlichen, der Gesellen sowie der Armen und Entrechteten aufspielt. Wer regiert hier seit Jahrzehnten? Das sind Sie! Das ist die SPÖ. Das müssen Sie sich einmal ins Buch schreiben, bevor Sie sich hier herausstellen und uns kritisieren!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Entschuldigung, Herr Kops. - Ich darf Frau Schütz ersuchen, die Filmerei einzustellen. – Vielen Dank.

GR Dietrich **Kops** *(fortsetzend)*: Ist es verboten, dass man hier filmt?

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Entschuldigen Sie, fahren Sie bitte fort.

GR Dietrich **Kops** *(fortsetzend)*: Gut. Danke schön. - Es ist ja interessant: Herr Peschek ist Jugendsprecher und Gewerkschafter in einer Person, und er stellt sich hier heraus und spielt den großen Retter der Jugendlichen und der Gesellen. Das ist ja recht lustig, denn die SPÖ war hier seit Jahrzehnten an der Macht und ist es noch immer und hat die Möglichkeit, alles zu verändern. Was aber ist geschehen? – Nichts ist geschehen! Es ist das Negative hier eingetreten: Wir haben eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, und wir haben Probleme im Jugendbereich.

Noch zu Ihrer Wortmeldung bezüglich der Jugendzentren: Ja! Wir haben dagegen gestimmt! Aber nur deswegen, weil diese Jugendzentren, die Sie mit Millionen sponsern, ein Herd der Agitation gegen die FPÖ sind. Deswegen haben wir dagegen gestimmt! *(GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Woher wissen Sie das?)* Das weiß ich, weil ich im Wahlkampf auch in Jugendzentren war, und da haben wir mitbekommen, was sich dort abspielt. Das brauchen Sie mir jetzt nicht vorzuhalten, wir wissen, was sich dort abspielt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zu meiner eigentlichen Rede: Herr Stadtrat! Es freut mich, dass wir heute auf der Tagesordnung einmal keine Container-

klassen haben. Das ist sehr verwunderlich, freut mich aber! Was ist geschehen, Herr Stadtrat? Sind Sie meinen Vorschlägen nachgekommen? Sind Sie gescheitert geworden? Bauen Sie jetzt endlich Schulen mit soliden Materialien? Oder, meine Damen und Herren – und das glaube ich eher! –, sparen Sie in diesem Bereich noch mehr ein?

Meine Damen und Herren! Bei Schulbauten und Schulsanierungen sparen Sie, die SPÖ, und die Stadtregierung leider Gottes unverhältnismäßig stark ein. Sie belasten aber auf der anderen Seite die Bezirke immens mit dem Schlüssel, der wirklich zum Schaden der Bezirke ausverhandelt wurde. Gerade in Krisenzeiten wäre es sinnvoll, kommunale Ausgaben zu steigern und durch vorgezogene Schulsanierungen, aber auch Schulneubauten die Wirtschaft anzukurbeln. Meine Damen und Herren! Wir von den Freiheitlichen fordern ein Vorziehen des Schulsanierungsprogramms und eine Verdoppelung der Sanierungsrate 2011 von 57 auf 114 Millionen EUR. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren von der Stadtregierung oder die, die noch hier sind! Sie sparen am falschen Ort und zur falschen Zeit, geben aber auf der anderen Seite Unsummen für ideologisch motivierte Subventionen und für die Mindestsicherung für Ausländer aus. Das lehnen wir entschieden ab, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Einige Beispiele ideologisch motivierter Subventionen will ich Ihnen schon zum Besten geben. Ich nenne etwa die Einrichtung von Computerklassen in Sri Lanka: Das ist nicht gerade um die Ecke, das ist nicht Simmering oder Erdberg! Sehr interessant sind auch Workshops für Hausangestellte in Namibia! Das ist auch nicht in Österreich. Weiters gibt es eine Schulung über Frauen- und Kinderrechte in fünf Dörfern in Benin. Auch sehr interessant! Dann sehe ich da noch: Bewusstseinsbildung für Pflege der Bewohner der Sahara. Aha! Ganz interessant! Man lernt nie aus!

Ein weiteres Beispiel: Informationen albanischer Frauen über die dortige Gesetzeslage. – Meine Damen und Herren! Wo sind wir hier: In einem Wiener Parlament, im Wiener Rathaus, oder sind wir irgendwo in Albanien oder in der Sahara? – Ich könnte jetzt stundenlang so weiterreden. Das sind Ihre Subventionen, meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren! Wenn Frau StRin Brauner in ihrer Rede stolz darauf hinweist, dass sie darauf schaut, dass die Steuergelder den Wienerinnen und Wienern zugute kommen – und sie schaut darauf! –, dann ist das lachhaft, eine Verhöhnung und eine Frechheit sondergleichen, meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren! Gerade im Bildungsbereich investiert die Stadtregierung viel zu wenig, gibt aber auf der anderen Seite für die Öffentlichkeitsarbeit Unsummen aus. Wir haben es heute schon gehört. Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien verfügte 2010 über ein Budget in der Höhe von 49 Millionen EUR. Dort könnte man einiges einsparen, meine lieben Damen und Herren!

Das ist aber nur ein Teil des gesamten Werbebud-

gets, dazu kommen noch die bei den einzelnen Magistratsabteilungen veranschlagten Werbebudgets von Wiener Wohnen, der Wiener Stadtwerken, der Wiener Holding sowie des KAV. Insgesamt kann das ganze Werbebudget der Stadt Wien – wir haben es heute schon gehört – auf mindestens 80 Millionen EUR pro Jahr geschätzt werden. Meine Damen und Herren! Da könnten Sie einsparen! Da könnten Sie wirklich einen Beitrag zur Budgetentlastung leisten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Auf der einen Seite geben Sie zig Tausende Euro, um nicht zu sagen, Millionen Euro zum Beispiel für Werbekampagnen betreffend gleichgeschlechtliche Pflegeeltern aus, auf der anderen Seite gibt es aber viel zu wenige Kindergartenplätze und fachkundiges Personal. Da sehe ich eine starke Diskrepanz, Herr Stadtrat!

Wenn StRin Brauner den Gratiskindergarten als Erfolgsgeschichte tituliert, dann ist das lachhaft! Eltern, die einen geeigneten Kindergartenplatz suchen, finden keinen, auch wenn es freie Kindergartenplätze gibt. In diesem Bereich, meine Damen und Herren, gibt es nämlich mittlerweile eine Inländerdiskriminierung. Den Eltern wird unter der Hand mitgeteilt, dass die freien Plätze in den Kindergärten für Ausländer reserviert sind, sie mögen daher doch in private Kindergärten oder irgendwo anders hin ausweichen. – Das lehnen wir auf das Entschiedenste ab! Bitte ändern Sie diese Vorgangsweise, und schaffen Sie auch mehr Kindergartenplätze für alle Kinder! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Der neueste Streich von Steuergeldverschwendung ist die Genehmigung von rund 1 Million EUR für die Arbeit mit Fan-Gruppen und Informations- und Kommunikationsinvestitionen für einen familien- und kinderfreundlich Sport. Das klingt ja recht gut! Was aber ist darunter zu verstehen, meine Damen und Herren?

Sie können sich sicherlich noch daran erinnern, wie es zu den Randalen beim Derby Rapid gegen Austria gekommen ist. Damals waren die Bestürzung und Aufregung sehr groß, die Verantwortlichen wussten nicht, was sie tun sollen und wie es dazu gekommen ist. Was aber tun Sie, die Wiener Stadtregierung, das Büro Oxonitsch? – Wieder wird tief in die Tasche der Wiener Steuerzahler gegriffen und 1 Million EUR effektiv für eine Inseratenkampagne des Herrn Stadtrates genehmigt. Das ist nichts anderes als eine Werbekampagne und Imagekampagne des Herrn Stadtrates. – Auch das lehnen wir aufs Entschiedenste ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Setzen Sie die Steuergelder effizienter ein! Verwenden Sie keinen Cent für Ihre eigenen Imagekampagnen! Arbeiten Sie im Interesse der Wienerinnen und Wiener!

Meine Damen und Herren! Abschließend bringe ich noch einen Beschlussantrag betreffend Schuleinbrüche ein. In den letzten Wochen und Monaten ist es leider verstärkt zu Einbrüchen in Wiener Schulen gekommen. Es wird den Einbrechern sehr leicht gemacht, in die teils schlecht gesicherten Schulen einzudringen. Nicht selten wird mehrmals in ein und dieselbe Schule eingebrochen. Der angerichtete Schaden ist meist unter dem Wert des

Diebesguts. Meine Damen und Herren! Aus diesem Grund bringen wir folgenden Beschlussantrag ein:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich für eine Prüfung und gegebenenfalls eine Verbesserung des Einbruchschutzes an den Wiener Pflichtschulen aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Herrn Jung zulasse, möchte ich eine Bemerkung machen.

Herr Gemeinderat Kops! Sie haben in Ihren Ausführungen gemeint, dass das, was hier im Haus abläuft, „demokratiepolitischer Irrsinn“ ist. Ich habe das, leider, für Sie!, laut und deutlich gehört und erteile Ihnen daher einen Ordnungsruf, damit Sie das Haus entsprechend würdigen und hier nicht die demokratiepolitische Sinnhaftigkeit in Frage stellen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr GR Jung gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Ich ersuche um Klärung, auf Grund welcher Bestimmung der Geschäftsordnung Mandataren das Fotografieren oder Filmen im Saal verboten ist. Das gilt in der Geschäftsordnung ausdrücklich für Presse oder Galerie, nicht aber für Mandatare. Ich habe das dumpfe Gefühl, dass Sie es deswegen verbieten, weil die SPÖ nicht anwesend ist und das auffallen könnte, wenn es in der Öffentlichkeit gesehen wird! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich habe von mehreren Klubs den Hinweis bekommen, dass hier gefilmt wird. Ich habe diesen Hinweis weitergegeben und habe gebeten, dass nicht mehr gefilmt wird, und Frau Schütz ist meiner Bitte auch nachgekommen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das heißt, es darf gefilmt werden?*)

Nein, das heißt nicht, dass gefilmt werden darf! Es kann sich nicht jeder Gemeinderat mit einer Kamera hier hereinsetzen und den Sitzungsverlauf filmen. Das geht nicht! (*GR Mag Wolfgang Jung: Auf Grund welcher Bestimmung? Es geht nicht, dass Sie das ex cathedra bestimmen!*)

Warum soll das nicht gehen? (*Lebhafte Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Wir gehen weiter in der Diskussion. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ein Kasperltheater!*) Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Straubinger. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Sybille **Straubinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich würde es eigentlich ganz skurril finden, wenn alles mitgefilmt wird! Ich habe während der gesamten Debatte jetzt wirklich gut aufgepasst, und ich habe einige Wortmeldungen und Sätze gehört, bei denen ich mir gedacht habe, ich höre eigentlich nicht recht! – Ich würde das gerne wiederholen.

Einerseits hat Frau Anger-Koch von der ÖVP gemeint: Natürlich müssen die Lehrlinge arbeiten, sie sind ja schließlich keine Beamten! – Ich frage mich, was Ihr

GÖD-Vorsitzender oder Ihr ÖAAB-Vorsitzender dazu sagt! Es würde mich interessieren, ob er dieser Aussage zustimmt! Das möchte ich gerne einmal protokolliert haben.

Ich habe auch gehört, dass Herr GR Aigner, weggehend von seiner Wortmeldung, gemeint hat: Natürlich werden wir diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen, und wir werden auch den künftigen Rechnungsabschlüssen und den künftigen Budgets nicht zustimmen. – Ich frage Sie: Wissen Sie das, ganz ehrlich gesagt, jetzt schon? Wissen Sie schon jetzt, dass Sie künftigen Budgets und künftigen Rechnungsabschlüssen nicht zustimmen, weil Politik etwas ist, das Sie als Opposition betreiben, ohne sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen? – Spannend! Auch das hätte ich gerne protokolliert. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Weiters habe ich Herrn Nepp von der Freiheitlichen Partei gehört, der gemeint hat: In den Kindergartenbereich, wo KindergärtnerInnen fehlen, werden jetzt „Ostblocktanten“ kommen. – Da frage ich Sie: Gehen Sie davon aus, dass in östlichen Staaten keine gute Ausbildung für Kindergärtnerinnen besteht? Meinen Sie, dass die dortige Ausbildung den Ausspruch rechtfertigt, dass das „Ostblocktanten sind, die dann zu uns kommen“? – Auch das hat mich etwas verwundert, aber vielleicht liegt das auch ein bisschen an der fortgeschrittenen Zeit! (*Zwischenruf von GR Dominik Nepp.*)

Offensichtlich fühlen Sie sich auch ein bisschen verfolgt! Ich kenne nämlich die linksextremen Gruppen noch nicht, die hier durch den Gemeinderat gefördert werden und die auf Knopfdruck bereitstehen, um gegen die FPÖ zu demonstrieren, aber vielleicht könnten Sie diese einmal ganz genau beschreiben! (*GR Dominik Nepp: Zum Beispiel Ihre SJ beim Fest im Rathaus!*) Das sind linksextreme Gruppen, die auf Knopfdruck bereitstehen? Welchen Knopf sollen wir denn da drücken? Vielleicht sagen Sie uns das einmal! Das wäre vielleicht gar nicht immer so unpraktisch!

Es gab auch von Herrn Kops einen Hinweis auf die Jugendzentren, die ein Hort der Agitation seien. Jetzt hat Ihnen die Vorsitzende der Jugendzentren schon gesagt, dass alle Parteien vor jeder Wahl immer in die Jugendzentren eingeladen werden. Ich weiß nicht, ob Sie daraufhin dort waren und dort dieses Heer der Agitation erlebt haben!

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe auch schon Diskussionen in Gymnasien erlebt. Sie verteidigen diese Gymnasien immer und sagen, dass es ganz wichtig ist, dass wir eine differenzierte Schule und Gymnasien haben. Allerdings habe ich bei diesen Diskussionen in den Gymnasien festgestellt, dass man dort auch behaupten könnte, dass das ein Hort der Agitation ist, denn dort war die Resonanz auf die FPÖ sehr gering und sehr enden wollend! Vielleicht sollten Sie sich darum mehr Sorgen machen!

Das, dass man im Schweizerhaus kein Bier mehr bestellen darf, wird es sicherlich nicht spielen! Sie dürfen auch in Zukunft drei Bier bestellen, wenn Sie das so gerne möchten! (*Beifall und Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*)

In der Debatte zu diesem Geschäftsbereich wurde von Frau Anger-Koch auch erwähnt, dass es in Wien gut ausgebildetes, motiviertes Personal bräuchte. – Ich möchte jetzt gleich vorausschicken: Das, worauf wir in Wien stolz sein können, ist, dass wir gut ausgebildetes Personal im ganzen Ressort Bildung, Jugend, Information und Sport haben und dass wir motiviertes Personal haben, dem vor allem die Kinder und die Jugend in dieser Stadt wichtig sind! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Uns liegt mit diesem Rechnungsabschluss auch eine Bilanz der Einnahmen und Ausgaben vor, die auch eine Bilanz der Krise ist, die nicht von den Menschen hier verursacht wurde, sondern von einigen wenigen Spekulanten und Banken. Uns liegt hier die Bilanz einer Krise vor, durch die wir als Stadt sehr gut gekommen sind. Diese Bilanz zeigt, dass vor allem auch im Ressort Bildung, Jugend, Information und Sport entsprechende Schwerpunkte gesetzt wurden. Es wurden Investitionen in die Zukunft vorgenommen, nämlich in einem hohen Ausmaß auch Investitionen in die Bildung.

Eine der größten Investitionen, die wir getätigt haben und die 2010 voll wirksam geworden ist, ist der Gratis-Kindergarten, der kostenlose Zugang für alle von null bis sechs Jahren. Das sind bis zu 2 700 EUR Ersparnis pro Familie. Das ist eine der größten Mittelstandsförderungen in den letzten Jahren. Sie ist größer als jede Steuerreform und hat in Zeiten einer Wirtschaftskrise vor allem auch die Wiener Familien unterstützt, die in der Krise nicht auch noch eine Last schlucken mussten, sondern denen damit eine Last von den Schultern genommen wurde.

577 Millionen EUR hat die Stadt Wien für die Kindergärten ausgegeben. Warum? – Weil das eine wichtige Investition ist, weil das eine Investition ist, die Chancengleichheit fördert, die für alle Kinder gut ist, die ein Schritt zu einem besseren Start in die Schule ist. Wien hat den kostenlosen Kindergarten geschaffen, im Gegensatz zum Beispiel zu Kärnten, wo die Freiheitliche Partei diesen abgeschafft hat.

Wir haben die Plätze ausgebaut. Mit Ende 2010 stehen 85 000 Kinderbetreuungsplätze inklusive Hortplätze zur Verfügung, ohne sind es ungefähr 64 000. In den Jahren 2009 und 2010 sind 6 500 neue Kindergartenplätze entstanden, und zwar qualitativ hochwertige Kindergartenplätze, die nicht fünf bis acht Wochen zuge-sperrt haben, sondern die nur drei Schließstage im Jahr haben. Es sind das Kindergartenplätze mit einem Bildungsplan. Außerdem gibt es hier die meisten Krippenplätze in ganz Österreich. Wir hatten im Jahr 2010 bereits einen Versorgungsgrad von 100 Prozent, und wir können auch noch niederösterreichische Kinder, deren Eltern in Wien arbeiten, hier versorgen.

Selbstverständlich sind dazu auch PädagogInnen notwendig, und auch darum kümmert sich Wien schon seit Längerem. Seit 2008 gibt es einen eigenen Ausbildungsschwerpunkt, und mittlerweile werden in verschiedenen Ausbildungsmodulen wie zum Beispiel „Change“ oder „Pick up“ über 500 zusätzliche Personen ausgebildet, und zwar zusätzlich zur normalen Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik, die Wien wie auch Niederöster-

reich – wie man hinzufügen muss – extra haben.

Wir haben das Gehalt für die AssistentInnen und PädagogInnen angehoben, wir haben die Zahl der Vorbereitungsstunden angehoben, und wir haben mehr Freizeit für ältere PädagogInnen eingeführt. All das zeigt, wie viel uns Bildung und wie viel uns die Kinder in dieser Stadt wert sind.

Damit komme ich zum zweiten großen Punkt, der die Bildung betrifft, nämlich zum Bereich Schule. Dieser Bereich ist in einem hohen Ausmaß von bundespolitischen Rahmenbedingungen geprägt, es nimmt aber auch Wien seine Verantwortung mit einem Schulsanierungspaket in der Höhe von 570 Millionen EUR bis 2017 wahr. In diesem Schulsanierungspaket sind derzeit 106 Standorte enthalten, und es werden derzeit über 48 Millionen EUR investiert. Aufbauend auf die Volksbefragung, in der sich eine große Mehrheit für ganztägige, flächendeckende Betreuungsangebote auch im schulischen Bereich ausgesprochen hat, baut Wien aus, und zwar vor allem im Neubaubereich an Ganztageschulen mit verschränktem Unterricht, weil wir davon überzeugt sind, dass das die Einrichtung der Zukunft ist.

Das Thema gemeinsame Schule wurde heute schon besprochen. Bisher wurde bei diesem Vorhaben in erster Linie in Form der Neue Mittelschule ein Schritt hin zur Verwirklichung getan. Es gibt 21 Standorte in Wien auch mit den Gymnasien. Es gibt eine individuelle Förderung. In dieser Schule werden Stärken gestärkt und Schwächen geschwächt. Es gibt eine innere Differenzierung. Und es gibt auch jetzt schon eine gemeinsame Schule, nämlich die der Sechs- bis Zehnjährigen. Sie sagen, dass diese nicht funktioniert, ich sage jedoch, dass sie in einem großen Ausmaß sehr gut funktioniert!

Die gemeinsame Schule zeigt, dass Kinder auch voneinander profitieren können. Ich habe vor Kurzem festgestellt, dass es in Deutschland einen Preis für die beste Schule Deutschlands gibt, der mit insgesamt 100 000 EUR dotiert ist. Dieser wurde vor Kurzem wieder vergeben. Seit 5 Jahren gibt es diesen Preis. Insgesamt haben 1 000 Schulen dabei schon mitgemacht und eingereicht. Die Schule, die 2011 gewonnen hat, ist eine Schule, die bis in die 8. Klasse hinein keine Noten vergibt. Das erwähne ich jetzt, weil sich eine Kollegin gefragt hat, wie das denn ohne Noten gehen soll. In dieser Schule gibt es kein Sitzenbleiben, sondern es gibt stattdessen Lernentwicklungsberichte. In dieser Schule machen auch 25 Prozent der Schüler Abitur, und zwar zentrales Abitur, das vergleichbar mit allen anderen Schulen ist, und sie haben einen Einser vor dem Komma. 25 Prozent der Schüler in dieser Schule! Und wissen Sie was? – Diese Schule ist auch noch eine Gesamtschule!

Das heißt, da gibt es keine Nivellierung nach unten. Schule muss die Kinder motivieren und interessieren, sie muss auch die Lehrer motivieren, und dann funktioniert sie auch gut.

Dass die Trennung nicht funktionieren kann, zeigt auch ein anderes Beispiel: Ein Kind kommt von der Volksschule ins Gymnasium. Es hatte schon in der Volksschule Probleme, und zwar nicht mit der Sprache oder mit den Noten, sondern es ist sozial schwierig und

auffällig. Im Gymnasium ist es weiterhin sozial schwierig und auffällig und fängt an, andere Kinder zu schlagen. Es gibt dann Mediation, Psychologen werden eingeschaltet, die ganze Maschinerie wird angeworfen. Irgendwann sagt man dann aber im Gymnasium: Jetzt gibt es einen Schulverweis, denn wir kommen nicht mehr zurecht. Und wohin kommt das Kind dann? (*GR Dr Wolfgang Aigner: Ins Krisenzentrum!*) Nein! Das Kind kommt in die Hauptschule, denn das Gymnasium kann es sich ja leisten zu sagen: Wir suchen uns die Schüler aus! Wir geben das Kind in die Hauptschule.

Wissen Sie, was dann geschieht? – Dann gibt es ganze Schulklassen, die im Dezember aufsperrten, in die dann die Rückkehrer aus dem Gymnasium, aus der Eliteschule, aus der selektiven Schule kommen. Alle, die irgendwie Schwierigkeiten machen, die möglicherweise nicht so schnell mitkommen und die Probleme machen, werden zurück in die Hauptschule geschickt. Und dann regen wir uns über die Qualität an unseren Hauptschulen auf! Das ist sicherlich nicht ganz der richtige Weg!

Darum bin ich auch der Meinung, dass dieses Bildungsvolksbegehren, das Sie heute auch schon angesprochen und das Sie natürlich auch schon verrissen haben, ganz wesentlich ist. Dafür engagiert sich nicht nur eine Person und ein ehemaliger Minister, sondern es engagiert sich eine ganze Gruppe von Menschen inklusive Lehrern dafür, dass in diesem Bereich endlich etwas Substantielles weitergeht.

In kleinen Schritten geschieht schon seit Jahren etwas. Bundesministerin Schmied hat viel umgesetzt. Wenn man sozusagen immer nur das Große sieht, nämlich eine gemeinsame Schule oder die große Schulreform, dann kann man sich ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Nennen Sie Beispiele.*)

Beispiele kann ich Ihnen nennen! Seit 2007/2008 gibt es kleinere Klassen und mehr Kleingruppenunterricht. Bildungsstandards gibt es erstmals im Schuljahr 2011/2012. Die zentrale Matura neu gibt es ab 2013/2014 für die AHS und ab 2014/2015 für die BHS. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ankündigungen!*) Weiters gibt es die Tagesbetreuung neu, mehr muttersprachlichen Unterricht, die Berufsmatura, ein verpflichtendes Kindergartenjahr. – Soll ich Ihnen die ganze Liste vorlesen? Dann sitzen wir noch länger da! (*Zwischenruf von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

All das gibt es. Leider gibt es aber auch einen Koalitionspartner auf Bundesebene, bei dem es im schulischen Bereich wechselnde Ansprechpartner gibt. Sobald ein neuer Ansprechpartner ein bisschen Bewegung zeigt, wird er leider sofort sozusagen wieder abgeschossen, tot gestellt und geknebelt. Das kann nicht das Ziel sein!

Das ist nicht unser Ziel! Wir wollen eine andere Schule, wir wollen eine bessere Schule. Sogar ehemalige ÖVP-Landeshauptleute wie Herwig van Staa rufen dazu auf, das Bildungsvolksbegehren zu unterschreiben, und das tue ich auch. Bis 1. Juli kann man auf allen Bezirksämtern noch unterschreiben! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Das ist ein breites Ressort. Es gibt noch viel zu sagen, denn nicht nur Schule ist Bildung und nicht nur

Kindergarten ist Bildung. Es gibt auch viele größere Einrichtungen wie die Wiener Volkshochschulen, die Büchereien oder die Musiklehranstalten. Und es gibt auch viele kleinere Bildungseinrichtungen, die gefördert werden, vom Wiener Volksliedwerk über die Wiener Kunstschule und, und, und. Außerdem gibt es auch noch große schulische Einrichtungen wie zum Beispiel das Konservatorium Wien oder die Modeschule. Und es gibt natürlich auch noch die Magistratsabteilung 11, das Amt für Jugend und Familie. Das ist ein ganz wesentlicher und wichtiger Player in der Stadt, der natürlich auch eine ganz wesentliche Rolle für die Zukunft unserer Kinder spielt.

Ich werde darauf jetzt nicht mehr eingehen. Wir haben am Mittwoch eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema. Ich glaube, dann können wir darüber noch ausführlich diskutieren.

Es hat sich sehr viel getan in diesem Bereich, und es gibt dort viele engagierte MitarbeiterInnen. Ich bedanke mich nicht nur bei diesen, sondern auch bei allen Vereinen, die für die Stadt arbeiten und die für die Menschen, für die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt arbeiten. Und ich bedanke mich natürlich auch bei den Angestellten des Magistrats direkt. – Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist GR Mag Kasal. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werter Vorsitzender!

Ich darf kurz zurückkommen auf Ihre Aufforderung, nicht im Gemeinderatssitzungssaal zu filmen, und ersuche um Abklärung im objektiven Sinn, ob das wirklich nicht gestattet ist, denn da gibt es einige Verunsicherung!

Die zweite Frage, die sich jetzt innerhalb einer Minute gestellt hat, war aus meiner Sicht, ob der Ausdruck „demokratiepolitischer Irrsinn“ wirklich einen Ordnungsruf verdient. Ich möchte jetzt keine Diskussion darüber beginnen, sondern jetzt nur im Sinne des Objektivitätsgebotes einmal nachfragen. Denn wenn das schon einen Ordnungsruf verdient, dann möchte ich sagen: Ich habe heute schon ganz andere Sachen von meiner rechten Seite gehört, und ich weiß daher nicht, ob das wirklich ganz objektiv ist! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Einleiten möchte ich das Ganze mit den Worten der Frau Vizebürgermeister, weil ich das von sozialistischer Regierungsseite auch schon einige Male in den letzten drei bis vier Wochen gehört habe und das nicht den Tatsachen entspricht.

Wenn man sich darüber freut, dass im ersten Monat durch die Ostöffnung nur über 8 000 Personen auf den Arbeitsmarkt nach Österreich gekommen sind, dann muss man das einmal hochrechnen: Wenn man das mal zwölf rechnet und das dann noch mal zwei Jahre multipliziert, dann kommt man im günstigsten Fall zumindest auf 100 000 neue Arbeitsplatzsuchende, die eine funktionierende Volkswirtschaft erst einmal verarbeiten und verkraften muss. Wenn Sie sich darüber freuen, dann weiß ich nicht, ob sie sich immer noch freuen werden,

wenn das die nächsten fünf Jahre so weitergeht! (*Zwischenruf von GR Ernst Nevrivy.*)

Herr Kollege! Bitte! Ich sitze den ganzen Tag brav da und rufe nicht dazwischen! Das ist wirklich störend! Ich bin noch nicht so geübt wie Sie! (*GR Anton Mahdalik: Er kommt eh nicht dran!*) Er kommt eh nicht dran! Na gut!

Jetzt zum tatsächlichen Thema, und zwar zum Thema Kindergarten. Jetzt gibt es seit ein bis zwei Jahren den Gratiskindergarten in Wien. Das ist sehr gut. Und es ist erfreulich, dass Sie eine langjährige Forderung der Opposition aufgenommen haben!

Ein Problem an dem Ganzen ist aber einerseits die Art und Weise, wie der Beruf einer Kindergarten- und Hortpädagogin in der Öffentlichkeit dargestellt wird, und andererseits die Tatsache, dass die Entlohnung nicht der tatsächlich erbrachten Leistung entspricht. Man muss berücksichtigen: Heutzutage kann man davon ausgehen, dass eine Vollzeitkindergartenpädagogin mit fünf Wochen Urlaub im Jahr auskommen muss. Im Vergleich dazu hat eine Volksschullehrerin doch beträchtlich mehr Ferienzeiten, und ich meine, dass man in irgendeiner Weise einen Weg finden sollte, dass die Entlohnung auch der Leistung entspricht. Die jetzige Situation kann nämlich dazu führen, dass von 21 Maturantinnen in der Bundesbildungsanstalt für Kinderpädagogik letztlich nur 3 tatsächlich in den Beruf eintreten und 18 lieber einen anderen Berufsweg einschlagen.

Ganz kurz möchte ich noch zum Hauptpunkt kommen, möchte da aber nicht allzu lange hängen bleiben. Das Thema ist der Kindergartenalltag. Manche Kinder verbringen dort fünf Stunden, manche sechs, manche bis zu neun oder in Ausnahmefällen vielleicht sogar bis zu zehn Stunden, wenn das Kind eine alleinerziehende Mutter mit Vollzeitberuf hat.

Wie schaut der Kindergartenalltag aus? – Es gibt gemeinsames Singen und gemeinsames Malen, es gibt Ausflüge, man besucht eine Bibliothek oder ein Museum, es gibt gemeinsames Spielen. Was fehlt dabei, sehr geehrte Damen und Herren? Was fehlt, sehr geehrter Herr Stadtrat? – Es fehlt der Sport! Die Idee des Sports ist, dass auch eine Integration und das Zusammenleben gefördert werden. Der Sport bildet die Kleinkinder und die Kinder fürs Leben aus. Man erlernt praktisch spielerisch Gruppendynamiken, gemeinsam zu gewinnen und gemeinsam zu verlieren.

Gratiskindergarten ist gut. Wir fordern aber, dass man sich auch überlegen soll, in einem nächsten Schritt auch eine Stunde Sport pro Tag in den Kindergartenalltag einzubauen, denn Sport bewirkt eine Stärkung der Muskulatur und beugt Haltungsschäden vor. Außerdem wird der Gleichgewichtssinn ausgeprägt, und dadurch wird die Verletzungsgefahr verringert. Die Motorik wird ausgeprägt, und es wird die Lust zu mehr Sport geweckt, wenn man ein bisschen geschickter ist und ein bisschen mehr zusammenbringt. Wichtig ist auch der Gesundheitsaspekt im Hinblick auf spätere Bewegungsarmut. Zudem wird das grundlegende Fundament für den Breitensport bereits in frühesten Kinderjahren gelegt.

Den wichtigsten Punkt habe ich schon einmal angerissen, nämlich den sozialen Aspekt und die gruppendy-

namischen Prozesse im Mannschaftssport.

Ich gebe jetzt kurz ein Zitat zum Besten: „Zu viel Sport ist für den weiblichen Organismus nicht gut, das ist eindeutig bewiesen. Männer können schließlich auch nicht schwanger werden. Frauen sind körperlich schlechter dran. Hormonstörungen und sinkende Knochendichte sind die Folge.“ – Sie wissen alle, von wem dieses Zitat stammt. Dieses ist bei Gott nicht glücklich gewählt worden! Gerade der Sport bietet nämlich einen Ansatzpunkt, dass Buben und Mädchen gemeinsam etwas erleben, was ihnen vielleicht in späteren Jahren auf Grund fehlender Integration nicht ermöglicht wird. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich eine Bemerkung machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ! Selbstverständlich steht nicht in der Geschäftsordnung, dass ein Abgeordneter nicht filmen darf. Es steht aber auch nicht in der Geschäftsordnung, dass ein Abgeordneter seine Beine nicht auf den Tisch legen, in der Bank nicht telefonieren oder essen oder sich seiner Kleidung nicht entledigen darf, sondern es gibt auch so etwas wie guten Sitten hier im Haus. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ist Filmen gegen die guten Sitten?*)

Und ich meine doch, dass es den Vorsitzenden, und zwar allen gemeinsam, obliegt, in diesem Sinne tätig zu werden.

Aber ich werde selbstverständlich dem Herrn Ersten Vorsitzenden vorschlagen, in der nächsten Präsidiäle über die guten Sitten hier im Haus Gespräche zu führen, um unser Regulativ ein bisschen zu verschärfen und genauer zu definieren. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Das hat doch nichts mit guten Sitten zu tun!*)

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Irschik. Ich erteile ihm das Wort. (*GR Mag Wolfgang Jung: Als Nächstes verbietet man das Schwätzen in den Bänken, oder was?*)

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Das mit sich seiner Kleidung Entledigen habe ich nicht ganz verstanden! Ich weiß nicht, wer das jemals ... (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das heißt, sich ganz ausziehen!*) Das glaube ich denn doch nicht! Ich glaube manches, aber das glaube ich nicht! (*Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Meine Damen und Herren! Werter Herr Klubobmann Ellensohn! Lieber David! Du hast zuerst von den Rechenkünstlern bei der FPÖ gesprochen. – Na ja: Ich glaube, die Rechenkünstler bei den GRÜNEN haben auch nicht den Stein der Weisen gefunden! Wir haben nämlich zuerst etwas davon gehört, dass die Jahresnetzkarte 100 EUR kosten soll. Das dürfte sich dann aber irgendwie nicht ausgegangen sein! Das mit der Rechnerei dürfte euch also auch nicht so wirklich liegen! Jetzt sind wir nämlich bei mindestens 365 EUR, wenn sich das überhaupt ausgeht, aber von 100 EUR sind wir

weit entfernt. – So viel zu den Rechenkünstlern, Herr Kollege Ellensohn! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt haben wir doch einiges gehört, zum Beispiel, dass die Schulden seit 2007 bis zum Voranschlag des heurigen Jahres um 2,3 Milliarden EUR gestiegen sind. Das ist eine Steigerung um 165 Prozent auf insgesamt 3,7 Milliarden EUR – Das ist nicht wirklich nix, meine Damen und Herren! Das kann schon was!

Es gibt aber durchaus Möglichkeiten, zu sparen. Diesbezüglich haben wir einiges ausgearbeitet. Man könnte zum Beispiel die Subventionen, bei denen es immerhin um ein Gesamtvolumen von 250 Millionen EUR geht, einmal daraufhin durchforsten, wer da was bekommt, denn da gibt es auch Geld für irgendwelche dubiosen Vereine. Oder man kann zum Beispiel auch über die Mindestsicherung diskutieren, die jedenfalls auf österreichische Staatsbürger beschränkt bleiben und nicht an Ausländer ausbezahlt werden sollte. Das wäre zumindest eine Möglichkeit, ein bisschen etwas einzusparen! Käme vielleicht auch ... (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Martin Margulies.*) Ja, Herr Kollege! Sie fragen immer nach Vorschlägen! Das ist beispielsweise leicht umzusetzen, ganz einfach und sehr praktisch.

Es gibt da noch ganz tolle Sachen, etwa das Ernst-Kirchweiger-Haus oder die Punkerhütte. Die sperren wir gleich zu, damit sparen wir auch gleich ein bisschen. Das sind Kleinigkeiten, das geht kurzfristig, ein bisschen Geld ersparen wir uns auch, und die Sache ist schon abgehakt, und wenn man dort reinen Tisch macht, bleibt vielleicht für die Jahresnetzkarte etwas über!

Es ist doch so, da gibt es andere interessante Dinge auch zu vermelden, nämlich dass es extrem viele Lehrstellensuchende in Wien gibt und Wien auch Spitze bei der Jugendarbeitslosigkeit ist. Da stellt sich schon die Frage, warum dann gespart wird bei der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Wo bleibt da die Chance für die jungen Menschen, für die Jugendlichen bei der Suche nach einer Lehrstelle in diesen klein- und mittelständischen Unternehmen, wo der Meister oder der Geschäftsführer, wer auch immer, berechtigt ist, einen Lehrling auszubilden und das vielleicht auch tun würde, aber es sich nicht leisten kann, die Firma es sich nicht leisten kann, weil halt hier nicht mehr oder auch zu wenig gefördert wird? (*Zwischenruf von GR Christoph Peschek.*) Das ist ein bisschen ein falscher Ansatz, Herr Kollege.

Ich komme auch wieder zur Ostöffnung, wo sich außer bei den Freiheitlichen eigentlich sehr wenig getan hat in dieser Richtung. Wir waren dagegen, und haben gesagt, stemmen wir uns dagegen, machen wir keine vorzeitige Ostöffnung, denn es ist ja nicht automatisch so, dass man nach der Lehrabschlussprüfung automatisch von der Firma behalten wird. Manchmal hat man Glück, man wird dann ins Angestellten- oder ins Arbeitnehmerdienstverhältnis übernommen und kann bleiben, aber durch die Ostöffnung wird es für viele junge Menschen nicht mehr so sein. Die haben dann zwar ihren Lehrabschluss, aber behalten werden sie von dieser Firma, die sie ausgebildet hat, möglicherweise nicht, denn sie werden dann verdrängt auf Grund dieser Ostöffnung.

Da kommen durchaus gute Leute zu uns, das ist un-

bestritten, denn der Kommunismus, der dort ja 60 Jahre gewütet hat, hat sehr viel ruiniert, aber er hat gute Fachkräfte hervorgebracht, nämlich deswegen, weil improvisiert werden musste, weil sie ja nichts gehabt haben. Das heißt, diese Leute schaffen es durchaus, aus nichts etwas zu machen und arbeiten außerdem um 30 Prozent günstiger als unsere Arbeitnehmer.

Und das gilt es zu verhindern, meine Damen und Herren. Da muss man sich dagegenstemmen. Das wäre gute Politik im Sinne der Jugend, aber auch aller Österreicherinnen und Österreicher. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber es gibt durchaus auch andere Projekte. Zugegeben, das betrifft jetzt ein bisschen den Bundesbereich – aber die SPÖ ist ja auch in dieser Bundesregierung und stellt immerhin den Bundeskanzler –, nämlich das Projekt des Polizeipraktikanten. Das hat es schon einmal gegeben, das war eine Art Lehrberuf. Das hat 1974 begonnen, die Ausbildungszeit war drei Jahre, die Letzten wurden 1986 aufgenommen. 1989 sind dann die letzten Kollegen – ich sage jetzt absichtlich Kollegen, keine Kolleginnen, damals waren halt nur Männer bei der Polizei, zumindest als Polizeipraktikanten – ausgemustert worden.

Auch das wäre ein Ansatz für unsere jungen Menschen, für die Jugendlichen, heute natürlich auch für Frauen, junge Frauen, für Mädchen, den Polizeiberuf zu ergreifen. Also führen Sie, meine Damen und Herren – das ist jetzt durchaus eine Empfehlung an SPÖ und ÖVP auf Bundesebene – wieder das Projekt der Polizeipraktikanten ein. Auch hier kann man im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit etwas Positives unternehmen. Das muss ich Ihnen jetzt in aller Deutlichkeit sagen. Wie gesagt, das ist der Bundesbereich, aber man kann sich hier auch als Land Wien stark machen.

Es gibt auch noch anderes, da haben wir andere Sachen auch. Es nimmt zu für manche, aber leider nicht die finanzielle Situation. Vor Kurzem war den Medien zu entnehmen, dass immer mehr Jugendliche zu Drogeneinsteigern werden. Auch der Drogenbericht des Innenministeriums ist nicht sehr berauschend – also keine Zahlen, die vielleicht von uns Freiheitlichen erfunden worden wären, sondern der Drogenbericht des Innenministeriums –, er spricht von einer Verdoppelung der Anzeigen von 2009 auf 2010, wobei das mit den Anzeigen so eine Sache ist. Das hat nicht unbedingt etwas mit der Kriminalitätsentwicklung zu tun. Viele erstatten gar nicht mehr Anzeige, obwohl der Denkansatz, ich erstatte keine Anzeige, weil es vielleicht sinnlos erscheint, falsch ist. Nein, das ist nicht sinnlos. Daher eine Aufforderung, ein Ersuchen an alle: Wenn Sie einer strafbaren Handlung gewahr werden, bitte, zeigen Sie sie an. Nur dann kann man dagegen vorgehen, wenn die Sicherheitsexekutive und die Behörden davon Kenntnis erlangen. Wenn man es nicht anzeigt, weiß es keiner, man kann dagegen auch nichts unternehmen.

Schlimmer wird es dann allerdings, wenn man sich vielleicht aus Furcht nicht mehr traut, Anzeige zu erstatten. Dann wird es prekär, wenn man vielleicht an Leib und Leben bedroht wird oder das Gefühl hat, es zu werden, und deshalb erstattet man dann keine Anzeige

mehr. Auf alle Fälle haben sich diese Zahlen verdoppelt im Bereich der Jugendlichen im Suchtgiftbereich. Bei den Drogeneinsteigern gibt es eine Verdoppelung von 2009 auf 2010. Das ist nicht sehr erfreulich, nicht sehr berauschend.

Etwas anderes wurde auch noch vermeldet, nämlich dass Österreich im internationalen Drogenhandel ein wichtiges Transitland zwischen dem Balkan und Westeuropa ist. Nun, stolz brauchen wir darauf nicht zu sein, meine Damen und Herren, und da weist es sich wieder, dass wir Freiheitlichen auf dem richtigem Weg sind, nämlich kurzfristig und unangemeldet das Schengen-Abkommen wieder außer Kraft zu setzen und Grenzkontrollen einzuführen. Da werden wir nicht die Herrschaften in Brüssel fragen, das werden wir ganz einfach machen, um diesen Machenschaften Einhalt zu gebieten, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das war die offizielle Statistik bezüglich der jugendlichen Drogeneinsteiger. Da gibt es die Zahlen der Bundespolizeidirektion Wien, die Zahlen des Bundesministeriums für Inneres, die offiziellen Daten, und dann gibt es die Monitordaten. Die sind nicht unbedingt identisch mit der Statistik. Das ist so eine Sache, das ist ein bisschen geheimnisvoll mit den Monitordaten. Das wird gehütet, ein bisschen so wie die Goldreserven im legendären Ford Knox in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die erfährt man nicht, das ist eigenartig. Warum legt man sie nicht offen? Warum gibt es die offizielle Statistik, das ist das eine, und die Monitordaten, das ist das andere? Eigenartig! Das wäre durchaus zu hinterfragen.

Ebenso, Damen und Herren, wie wir Freiheitlichen fordern – und da können wir uns ein Beispiel am Nachbarland Deutschland nehmen –, dass nämlich, was jetzt die Kriminalitätsstatistik anlangt, auch bei jugendlichen Straftätern der Migrationshintergrund festgestellt wird. Denn da gibt es keine Statistik, meine Damen und Herren. Wenn Sie heute festgenommen werden, wenn Sie gerichtlich verurteilt werden, wenn Sie in einer Strafvollzugsanstalt einsitzen, dann sind Sie entweder geführt als Inländer oder als Ausländer. Und wenn Sie Inländer sind, hinterfragt keiner, ob Sie ein gebürtiger Inländer sind oder ob Sie eingebürgert worden sind. Das wird nicht hinterfragt. Da sind uns die deutschen Kollegen von Justiz und Sicherheitsexekutive etwas voraus. Das fordern wir Freiheitliche auch in diesem Bereich, nämlich dass der Migrationshintergrund von den Strafgefangenen, ob es Jugendliche sind oder nicht, dargelegt wird. Das wäre eine interessante Geschichte, meine Damen und Herren. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: In der ersten oder zweiten Generation?)* Das lässt sich ja feststellen *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Wollen Sie die ausweisen oder was?)* Das lässt sich alles feststellen. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Nein, das war eine Frage! Wie viele Generationen zurück?)* Herr Kollege, das werden wir dann kurzfristig ausarbeiten. Da wird es dann Fachgruppen und Arbeitsgremien geben. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Eine einfache Frage!)* Vom Rednerpult aus werde ich Ihnen das jetzt nicht erklären, aber in Deutschland funktioniert es.

Nehmen wir einmal ein positives Beispiel auch, nicht

immer die negativen, Herr Kollege. Sie bringen immer die negativen, es gibt positive Sachen auch. Aber nein, das funktioniert schon. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Herr Kollege, ich werde Sie dann einladen zum Arbeitskreis. Da setzen wir uns dann zusammen und werden es ausarbeiten, und dann wir schauen einmal, was herauskommt. So einfach ist es, meine Damen und Herren.

Aber die Dienstbehörden haben doch andere Sorgen, und da kann ich jetzt leider auch die ÖVP nicht ganz aus der Pflicht nehmen. Da gibt es in Wien doch den Polizeipräsidenten, der vielleicht eher der SPÖ zuzurechnen ist, und dann gibt es den Landespolizeikommandanten, den Mahrer Karl, der vielleicht eher der ÖVP zuzurechnen ist. Und was ist die Sorge dieser Leute heutzutage? Ob die Dienstkappe der Sicherheitsexekutive getragen wird. Nicht dass vielleicht der Täter gestellt wird, männlich und weiblich. Jetzt hätte ich mir erwartet, dass jemand Täterinnen sagt. Die gibt es auch, es gibt nicht nur Täter, sondern TäterInnen und VerbrecherInnen. Da höre ich jetzt keinen Zwischenruf, da hätte ich jetzt auf einen Zwischenruf gewartet bezüglich dieser geschlechtsneutralen Bezeichnung. *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)* Na ja, es gibt halt leider auch weibliche, Herr Kollege, leider, leider. Also wie gesagt, das ist wichtig, dass die Dienstkappe getragen wird, und vielleicht auch, dass automatisch Visitenkarten ausgefolgt werden. Das ist die Sorge der heutigen Polizeispitze, also eine schwache Leistung.

Auch hier ist unsere Personalvertretung federführend, nämlich die AUF, die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Freiheitlicher, die solche Machenschaften aufzeigt und dagegen auch ankämpft. Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren. So wird die Motivation nicht steigen bei der Sicherheitsexekutive. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber noch etwas nimmt dramatisch zu. Das ist auch ganz interessant und vielleicht ist das auch einer der Gründe, warum wir viel zu wenig Personal bei der Sicherheitsexekutive und noch weniger Personal bei der Justizwache haben, nämlich der dramatische Anstieg von Angriffen mit Waffengewalt gegen Exekutivbeamte, männlich und weiblich – denn Gott sei Dank gibt es auch Frauen bei der Polizei –, und zwar haben wir da, man höre und staune, eine Steigerung von 2009 auf 2010 – also auch gegen Frauen, gegen weibliche Polizeibeamte – von 150 Prozent. Na, das kann auch was, das ist nicht nichts, das kann was, meine Damen und Herren. 150 Prozent! Dramatischer Anstieg von Angriffen mit Waffengewalt gegen Polizeibeamte. Das heißt, die Hemmschwelle sinkt massiv, das heißt, offenbar machen sich da manche schon langsam einen Spaß daraus, Polizeibeamte vorsätzlich zu verletzen.

Aber auch hier gibt es andere Sorgen, kam aus dem Bundesministerium für Inneres – leider muss ich das jetzt wieder den Kollegen und Kolleginnen der ÖVP sagen: Wir streichen jetzt die Mindestgröße, jetzt kommt die Zwergerlpolizei. Das wird auch interessant. Auf der einen Seite nehmen die Angriffe auf Polizisten mit Waffengewalt um 150 Prozent zu. Was machen wir? Wir senken die Mindestgröße ab oder wir schaffen sie ganz ab. Es

ist eh wurscht, wie groß einer ist, obwohl erwiesen ist, dass in den letzten 20 Jahren die durchschnittliche Körpergröße bei Mitteleuropäern zunimmt. Das heißt, die Menschen werden größer, außer die österreichische Polizei, die wird dann kleiner. Na, so werden wir es in den Griff kriegen, meine Damen und Herren. Unbedingt.

Da stellt sich dann schon die Frage nach der Prävention der Sicherheitsexekutive, die aber unabdingbar ist, meine Damen und Herren, unabdingbar zum Beispiel im Bereich des Sports. Wir wissen, das Derby Rapid gegen Austria musste abgebrochen werden. Da sieht man, wie wichtig die Prävention ist und wie wichtig es ist, gewisse Leute nicht nur mit Glacehandschuhen anzugreifen und zu streicheln: Ihr seid ja alle so arm! Das heißt, irgendwann wird doch der Punkt erreicht sein, wo die Staatsgewalt ihrem Namen wieder gerecht wird, anders wird es nicht gehen, sonst haben wir beim nächsten Fußballspiel möglicherweise bürgerkriegsähnliche Zustände. Sie lachen, Frau Kollegin (*in Richtung GRin Mag Sybille Straubinger*), aber Sie sind herzlich eingeladen. Ziehen Sie sich eine Polizeiuniform an und gehen Sie gemeinsam mit mir hin – ich habe dort einmal Dienst gemacht im berühmten Wachzimmer Karlsplatz –, wenn Sie es so gut kennen, wenn es so lustig ist und wenn es so einfach ist. Und Sie werden uns dann zeigen, wie es funktioniert. Schwache Leistung. (*GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Was hat das jetzt mit dem Ressort zu tun?*) Herr Kollege, die Jugend ist doch überall betroffen. Da geht es um die Jugend, na, selbstverständlich. Die Jugend ist immer und überall betroffen. Na klar! Vielleicht wollen manche Jugendliche Polizist oder Polizistin werden (*Zwischenruf von GRin Mag Sybille Straubinger*) – aber nein, überhaupt nicht, Frau Kollegin – oder Polizeipraktikanten, wie ich sagte. Das betrifft dann die Jugendlichen, Altersgruppe 16 Jahre, männlich und weiblich. So einfach ist es. Vielleicht haben Sie nicht aufgepasst, oder brauchen Sie, Frau Kollegin, ein bisschen länger, bis Sie es verstehen. Aber macht nichts. Keine Sorge!

Dann hätten wir da noch ein paar andere Sachen. Da hätten wir einen Deliktanstieg, und zwar auch bei Jugendlichen. Das ist die andere Seite, das sind die anderen Jugendlichen, die wir eigentlich nicht so gerne haben und nicht so gerne wollen – und ich hoffe, da sind sich alle Parteien einig –, das sind jene, die beteiligt sind bei Handyraub. Da ist auch interessant diese Abstufung der Jugendlichen von 10 bis 21 Jahren. Das ist komisch, denn bis 14 ist man strafunmündig, von 14 bis 18 fällt man ins Jugendstrafrecht und ab 18 Jahre dann ins Strafgesetzbuch. Wieso man da jetzt mit den Altersgruppen bis 21 geht, weiß ich zwar auch nicht ganz, aber es ist egal oder vielleicht ist es auch nicht egal, auf alle Fälle hat der Handyraub von 2009 auf 2010 um 90 Prozent zugenommen. Das sind die Jugendlichen, die wir nicht wollen, und dagegen müssen wir auftreten. Da wird es Zeit, dass wir vielleicht doch etwas andere Saiten aufziehen.

Interessant ist auch, dass aus Polizeiberichten und auch aus Berichten der Behörde – die Polizei ist ja nicht Behörde, das ist wieder etwas anderes, das BMI zum Beispiel wäre eine Behörde – hervorgeht, dass die Ge-

walt bei ausländischen Jugendbanden immer exzessiver wird, meine Damen und Herren, und diese Gewalt richtet sich dann hauptsächlich natürlich gegen körperlich Unterlegene. Das ist aber auch der Ehrbegriff, den der Kollege Akkilic vorhin angesprochen hat. Also ehrenvoll ist das nicht, sich gegen körperlich Unterlegene zu richten, das heißt, gegen Frauen oder drei oder vier gegen einen, da ist es auch einfacher, oder aber auch gegen Senioren, denn die tun sich halt dann auch schon schwer, meine Damen und Herren.

Das ist alles aktenkundig, und gegen diese Leute gilt es vorzugehen. Das ist, wie gesagt, die andere Seite der Jugendlichen, gegen die man vorgehen muss und die wir eigentlich nicht wirklich wollen respektive nicht wirklich in unserem Land wollen. Denn wer sind denn hauptsächlich die Mitglieder dieser Jugendbanden, die ich soeben zitiert habe und die ich Ihnen genannt habe? Das geht aus Berichten hervor – noch einmal, das sind keine freiheitlichen Berichte, das sind Berichte des Bundesministeriums, das sind Berichte der Polizeidirektion und so weiter und so fort: Sie haben türkischen, sie haben albanischen und sie haben tschetschenischen Hintergrund, meine Damen und Herren. Das ist traurig, das ist sehr traurig, aber es ist wahr. Leider ist das so. Es wäre schön, wenn wir das gar nicht erwähnen müssten. Da bin ich durchaus auf der Seite der GRÜNEN, aber leider ist es so, das können Sie überall herauslesen, und das sind die Sachen, die uns Sorgen bereiten, die uns Probleme bereiten.

Dagegen gilt es anzukämpfen, und wir Freiheitlichen sind der Garant dafür, meine Damen und Herren. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist mir völlig wurscht, dass Sie das garantieren!*) Na selbstverständlich, keine Frage, dagegen müssen wir vorgehen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Es ist mir völlig wurscht, was Sie garantieren!*) Kollege Maresch! Was Ihnen wurscht ist oder nicht, das ist das berühmte Fahrrad, das in China gerade umfällt. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Und wenn Sie weiß Gott was garantieren, ist mir das völlig wurscht!*) Kollege Maresch, so wichtig wie das Fahrrad, das gerade in China umfällt, so wichtig ist das, was Ihnen wurscht ist oder nicht wurscht ist. Das ist ganz einfach.

Meine Damen und Herren! Noch ein paar interessante Zahlen, und wir sind schon wieder bei der Jugend. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Na klar, freilich, das ist alles gelogen, nur die GRÜNEN sagen die Wahrheit. In der Jugendstrafvollzugsanstalt Gerasdorf, meine Damen und Herren, beträgt der Ausländeranteil 70 Prozent. Da können Sie einen Kopfstand machen, das ist leider so. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, machen Sie ein bisschen Angst!*) Ja, leider ist es so, Herr Kollege. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr Angstmachen, Herr Irschik, das ist das Einzige, was Sie können!*) Jetzt wäre interessant, wie viele von den 30 Prozent Inländern gebürtige Inländer sind, Herr Kollege? (*GR Mag Rüdiger Maresch: Haben Sie vielleicht Angst vor denen!*) Nein, Herr Kollege, nein, aber Sie wollen die Wahrheit nicht hören. Sie wollen die Wahrheit nicht hören, Herr Kollege. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, Sie erklären uns die blaue Wahrheit!*) Sie sind diejenigen, die die Bevölkerung

belügen, Sie sagen den Leuten die Unwahrheit. (GR Mag Rüdiger Maresch: Sie erklären uns die blaue Wahrheit, aber die blaue Wahrheit ist nicht wahr!) Ihr wollt es nicht hören. (GR Mag Rüdiger Maresch: Die blaue Wahrheit ist nicht wahr!) Nein, das sind offizielle Daten, Herr Kollege. Da können Sie noch so lamentieren, das nützt nichts. (Beifall bei der FPÖ.)

Da gilt es durchaus, auch Maßnahmen zu ergreifen, nämlich zum Schutz der anständigen Jugend, zum Schutz unserer Jugendlichen, aber durchaus auch der ausländischen Jugend. Da gibt es ja Gott sei Dank auch nicht nur solche, die straffällig werden. Gott sei Dank ist es so, denn wenn die alle straffällig wären, hätten wir schon ein massives Problem. Und dagegen gilt es Maßnahmen zu ergreifen. Zum Beispiel könnten straffällig gewordenen Schüler ein bisschen gemeinnützige Arbeit verrichten. Hier wäre der Bereich der 10- bis 14-Jährigen einzugrenzen, das heißt Strafunmündige zum Beispiel. Die könnten ein bisschen gemeinnützige Arbeit verrichten, zum Beispiel Parkanlagen säubern. Da sind sie in der frischen Luft und kommen ein bisschen hinaus. Wir sitzen heute schon den ganzen Tag in einer schlechten Luft. Da tut man ihnen etwas Gutes, das wird sicherlich nicht schaden. Natürlich mit psychologischer Betreuung, keine Frage. Der Strafunmündige soll schon wissen, warum er das machen muss und was er zuerst falsch gemacht hat, sodass er das jetzt machen muss. Ganz einfach ist das. Also, wie gesagt, gemeinnützige Arbeit, Parkanlagen säubern, ungefähr zwei Wochen, mit psychologischer Betreuung.

Und dann, meine Damen und Herren, dann kommen schon die straffällig gewordenen Jugendlichen. Da schaut es dann schon anders aus. Das geht von 14 bis 18 Jahren, wobei auch zu hinterfragen ist, wieso das Jugendstrafrecht bis 18 gilt, obwohl man ja – durchaus vernünftig – das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt hat. Da hat man gesagt, die jungen Menschen sind durchaus schon reif, eine wichtige Entscheidung, eine wichtige politische Entscheidung zu treffen, aber beim Strafrecht ist es nicht so.

Das heißt, wenn ich jetzt jemanden ermorde, kann ich sagen, ich bin erst 17, ich habe zwar jetzt jemanden ermordet, aber ich bin erst 17, somit falle ich noch ins Jugendstrafrecht. Das kann ja nicht der richtige Weg sein, meine Damen und Herren. Auf der einen Seite sind junge Menschen heute vielleicht reifer, als diese vor zwei Generationen noch waren, auf der anderen Seite sagt man, es gibt das Jugendstrafrecht, aber das geht halt dann nicht bis 16, nein, das geht bis 18.

Das sind die Dinge, das sind die gesellschaftspolitischen Probleme, die wir heute haben, und das gilt es zu hinterfragen und natürlich auch zu ändern. Deshalb meine ich, für straffällig gewordene Jugendliche von, wie gesagt, 14 bis 18 Jahren sind durchaus sogenannte Strafcamps einzuführen, wo sie ein bisschen Disziplin und Ordnung lernen – das wird sicher nicht schaden, meine Damen und Herren – natürlich verbunden mit Arbeit, aber nicht so wie in der Justizanstalt ... (GR Mag Rüdiger Maresch: Arbeitsdienst der FPÖ für straffällige Jugendliche!) Das haben Sie gesagt, Herr Kollege. Das

ist Ihre Wortwahl. Herr Vorsitzender! Ich erwarte mir eigentlich einen Ordnungsruf. (GR Mag Rüdiger Maresch: Eine Strafe, wo jemand arbeiten muss, strafweise arbeiten! Das haben Sie gesagt!) Nein, nein, Arbeitslager, das haben Sie gesagt, nicht ich, Herr Kollege. Strafcamps. (GR Mag Rüdiger Maresch: Strafweise arbeiten, haben Sie gesagt!) Und arbeiten wird nicht schaden. Ihnen auch nicht, Herr Kollege Maresch.

Wie auch immer, das sind die Dinge, um die es geht, meine Damen und Herren.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (unterbrechend): Den Schlusssatz, bitte.

GR Wolfgang **Irschik** (fortsetzend): Ich komme schon zum Schlusssatz. Das Lamperl leuchtet. Ich weiß, es leuchtet eine Minute vorher, ich schaue nicht auf die Zeit. (Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)

Auf alle Fälle ist es so, dass an der falschen Stelle gespart wird, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auf Grund der verfehlten Budgetpolitik schaffen Sie eine hoffnungslose Perspektivlosigkeit für unsere Jugend. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum zweiten Mal zu Wort gemeldet ist Herr GR Nepp. Sie haben noch 20 Minuten Restredezeit.

GR Dominik **Nepp** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben jetzt gerade gehört, dass Filmen unsittlich ist. Es ist ja eigentlich nur der arme ORF, der arme Kameramann, der sonst immer da hinten steht. Vielleicht sagen Sie es ihm morgen auch, wenn er wieder da ist. Und grundsätzlich können Sie einmal dem gesamten Berufsstand der Kameramänner ausrichten, dass sie unsittliche Menschen sind.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (unterbrechend): Entschuldigen Sie, ich darf nur kurz anmerken: Wer hier filmt, sucht in der Regel vorher in der Landtags- und Gemeinderatskanzlei an und bekommt dann vom Vorsitzenden die Bewilligung dazu. Das nur zur Aufklärung.

GR Dominik **Nepp** (fortsetzend): Gut, in der Geschäftsordnung steht, dass Medienvertreter dies tun. Aber, okay, das wird dann eh anders geregelt, aber Sie haben ja die Chance, das zu verbessern.

Wie die SPÖ hier agiert, ist ja wirklich sehr interessant. Einerseits verschleudern Sie wahllos Steuergeld. Draußen plakatieren Sie immer von sozialer Gerechtigkeit, darum ist es ja längst an der Zeit – da können Sie auch ein Zeichen setzen –, die Sitzungen des Gemeinderates und des Landtages öffentlich zu übertragen, damit sich eben die Öffentlichkeit selbst ein Bild machen kann und vielleicht auch einmal das wahre Gesicht der SPÖ sieht. Darum stelle ich gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für Wien nachfolgenden Beschlussantrag:

„Der zuständige Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport beziehungsweise die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien mögen umgehend mit Rundfunkanstalten Kontakt aufnehmen und jene Maßnahmen veranlassen, die es er-

möglichen, dass sowohl die Sitzungen des Gemeinderates als auch jene des Landtages live im Fernsehen übertragen werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Die Kollegin Straubinger hat ja vorhin gesagt, sie würde sich wünschen, dass so etwas gefilmt wird. Ich kann mir nur wünschen, dass Sie vielleicht einmal dem Klubzwang der Sozialdemokratie entsagen, denn das wäre auch einmal ein Akt der guten Sitten. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Amtsf StR Oxonitsch. Ich erteile es ihm.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In irgendeinem deutschen Privatsender gibt es eine Diskussionsveranstaltung, die heißt, glaube ich, „Hart aber fair“. Sonderlich hart war es nicht, fair war es durchaus, da gibt es nur einen meiner Ansicht nach sehr spannenden Bestandteil, das ist dann am Schluss der Sendung immer dieser Faktencheck. Man verfolgt eine Diskussion und dann wird versucht, aus dieser Diskussion heraus einfach zu schauen, ob das, was gesagt wurde, eigentlich mit irgendwelchen Fakten übereinstimmt. Manchmal passiert es ja auch in der Hektik der Diskussion – also es geht jetzt gar nicht um eine Unterstellung –, dass jemand bewusst eine Unwahrheit sagt oder eine falsche Zahl nennt. Das passiert ja auch, aber da ist es durchaus interessant, das eine oder andere Mal sich das dann anzusehen, wo halt die eine oder andere Unschärfe passiert. Daher möchte ich das durchaus auch sehr unaufgeregt betrachten, weil doch eigentlich in vielen Bereichen meiner Ansicht nach auch der Blick in das heute schon viel zitierte rote Buch einer kritischen Überprüfung nicht standhält, wenn man sich die Summen anschaut. Da wird in den Raum gestellt, wo Geld eingespart werden könnte, wo man auf der anderen Seite Geld hinaushauen sollte oder nicht hinaushauen sollte.

Schauen wir uns zum Beispiel – die Diskussion war ja heute am Vormittag auch schon Bestandteil – die große Mär an, im Overhead könnte man sparen. Jetzt beziehe ich das einmal auf den Bereich der Schule, auf den sich der Kollege Aigner bezogen hat und wo er gesagt hat, im Overhead könnte man Massen einsparen. Also bei Gesamtausgaben von insgesamt – Blick ins rote Buch – 18 Millionen, inklusive den gesamten Sachaufwand von 12 Millionen, lässt sich der massenhafte Einsparungseffekt schon einmal von der absoluten Summe in Relation zu einem 11-Milliarden-Budget nicht ablesen. Darauf hat ja der Kollege Margulies heute auch schon mehrmals hingewiesen. Aber selbst wenn dem so sein sollte, sollte man einen Blick nicht nur in das rote Buch des Rechnungsabschlusses, sondern vielleicht auch in Rechnungshofberichte werfen, denn der Rechnungshof, der ja durchaus immer wieder sehr kritisch überprüft, weist ein Bundesland sehr klar aus, von dem er sagt, da ist in Wahrheit im Bereich der Verwaltung die effizienteste Form gewählt worden. Im Unterschied zu acht anderen Bundesländer, die es gibt, beträgt das Einsparungs-

potenzial für Wien im Bereich der Schulverwaltung null. Nachzulesen beim Rechnungshof, der ja bekanntermaßen nicht immer eine Institution ist, mit der man übereinstimmt, da ist man manches Mal auch kritisch, aber der ja oft auch von Ihrer Seite zitiert wird. Also vielleicht sollte man sich das einmal anschauen. Einsparungspotenzial: null.

Zweite Geschichte – nur um das einmal so ein bisschen chronologisch durchzugehen: die Werbekampagnen. Also abgesehen davon, dass ich jetzt intensiv nachgedacht habe und auch kein Problem habe, in Werbekampagnen aufzutauchen, habe ich, wenn ich jetzt alle Werbekampagnen, die wir in meiner Geschäftsgruppe gemacht haben, nichts gefunden. Bei der Pflegeelternkampagne bin ich nicht vorgekommen und bin auch kein großes Testimonial dafür. Wenn ich darüber nachdenke, bin ich auch in der gesamten Kampagne für das verpflichtende Kindergartenjahr nicht vorgekommen. Auch im gesamten Bereich der internationalen Sportveranstaltungen im vergangenen Jahr – zum Beispiel Handball-EM – oder auch heuer bei den diversen Sportveranstaltungen bin ich in keiner einzigen Kampagne vorgekommen.

Also ich möchte gerne wissen, was Sie da jetzt alles die ganze Zeit zitieren. Wenn wir das Jahr 2010 durchgehen, fällt mir jetzt keine ein. Es mag schon eine geben. Ein Faktencheck, ein Recheck kann manchmal ganz gut sein, und darüber können wir auch reden.

Um gleich bei diesem Thema zu bleiben, komme ich zur Anmerkung über die Millionen für die Homokampagnen bei den Pflegeeltern. Also abgesehen davon, dass das Budget auch in diesem Bereich in Wien – so viel zu diesem Thema – ein sehr transparentes ist, wird jede Kampagne, die es gibt, auch im entsprechenden Gemeinderatsausschuss beschlossen, und insofern haben auch Sie dafür oder dagegen gestimmt – ich weiß es gar nicht –, auch bei den 0,85 Millionen EUR für die Pflegeelternkampagne, die wir beschlossen haben, und zwar auch für gleichgeschlechtliche Paare – und ich bekenne mich dazu –, aber von millionenschweren Kampagnen für die Homopflegeeltern kann keine Rede sein.

Zu den Schulbauprojekten, die wir zizerweise durchführen – in irgendeiner Form wurde es genannt und sogar der Herr Qualtinger zitiert dazu, es sind 55 Millionen EUR, die wir pro Jahr in die Schulsanierung und in die Bereiche der Schulneubauten investieren. Jetzt weiß ich schon, ich kann zu jedem Schulneubau natürlich auch eine Begründung finden, warum ich dagegen gestimmt habe. Bei der Embelgasse finden Sie eine Begründung, das glaube ich schon, das können Sie noch einmal herunterbeten, ich glaube auch, es fällt Ihnen eine Begründung ein, warum man beim Hauptbahnhof dagegen war, es fällt Ihnen auch eine Begründung ein, warum man beim Schulbau Monte Laa dagegen war, nur eines bleibt über: Man ist auf der einen Seite gegen Schulneubauten und auf der anderen Seite kritisiert man durchaus, wenn man sie macht, dass sie dann zu teuer sind oder dass man dagegen ist, weil irgendwann einmal eine Hauptschule dort war oder was auch immer. Eine Begründung finde ich zu allem, ob sie sinnvoll ist, sei

dahingestellt.

Wenn ich mir alleine nur – auch im Hinblick auf die Containerklassen – ansehe, was in den beiden Jahren, in denen ich jetzt Stadtrat bin, geschehen ist, teilweise auch aufbauend noch auf Maßnahmen davor. Im Bereich Monte Laa gibt es eine neue Schule, Hertha-Firnberg-Schule im 10. Bezirk, Campus Nordbahnhof, die Embelgasse habe ich schon angesprochen, Donauefeld Nord, die wir eröffnen werden, im Bereich der Seestadt Aspern, wo wir die ersten Planungsschritte haben, die Neueröffnung des Contiwegs, die Hertha-Firnberg-Schulen für Tourismus, die wir neu eröffnen konnten, die Polgarstraße, wo wir den Grundstein gelegt haben.

Das sind jetzt nur die Schulneubauten, die es in dieser Stadt gibt, aber, ja, es gibt auch und es wird auch weiterhin immer wieder an Schulstandorten Containerlösungen geben. Die werden notwendig sein, und ich glaube auch, dass das gute Lösungen sind, nämlich auch gute Lösungen dafür, wenn eine Schule zum Beispiel – ich wiederhole es immer wieder – nachgefragt wird bei Eltern, die gerne ihr Kind dort haben wollen. In Abwägung, ob es an 25 Kindern, an einer Klasse scheitert und leider 25 Kinder in dieser Schule nicht aufgenommen werden können, oder ob wir zusätzlich einen Klassenraum am Standort aufstellen, ist den Eltern geholfen, weil sie vom pädagogischen Konzept überzeugt sind, oder es ist Eltern geholfen, weil die Schule gut liegt. In solchen Fällen werden wir das auch weiterhin tun, auch in Übereinstimmung mit den Eltern. Denn so oft Sie es auch politisch kritisieren, ich stehe dazu und ich glaube auch, dass es gute und sinnvolle Lösungen für die Kinder und die für Eltern sind, meine Damen und Herren.

Die dritte Geschichte vielleicht auch nur, damit man aus diesem Bericht der Jugendwohlfahrt – ich habe ihn mir jetzt extra noch einmal geholt – zitiert, worum es da geht. Sie haben gesagt betreffend 2009: Die Jugendwohlfahrt steht vor dem Kollaps, sagt der Herr Volksanwalt. Wenn wir den Bericht lesen – jetzt muss ich es zitieren, heute haben wir eh schon viel Zeit verbraucht, also nehme ich sie mir auch einmal heraus –, was steht da konkret drinnen über die Jugendzentren? „Einem Bericht des Kontrollamtes aus dem Jahr 2007 ist zu entnehmen, dass Krisenzentren überbelegt sind.“

Also zunächst einmal geht es um die Zahlen aus 2007. Dazwischen sind vier Jahre Differenz. Trotz PISA und auch trotz der fortgeschrittenen Zeit bringen wir das alle noch zusammen, das auszurechnen. Also wir reden über Zahlen aus 2007, denen sich der Volksanwaltschaftsbericht zuwendet. Warum tut er das? „Weil“ – und ich zitiere auch da – „die hohe Qualität der Krisenabklärung in Wien aus budgetären Überlegungen nicht gefährdet werden soll.“ Das war der Grund und das war letztendlich der Schlusssatz dieses Volksanwaltschaftsberichtes, dass es – ja, das gibt es auch – Überbelag in den Krisenzentren gibt. Noch einmal: Das waren die Zahlen im Jahr 2007, auf die sich der Volksanwaltschaftsbericht bezieht.

Wenn er sagt, wir haben eine hohe Qualität in Wien – Sie waren ja auch dabei, als Peter Kostelka dazu Stellung genommen hat –, dann schauen wir uns die nackten

Zahlen dazu an. Voranschlag für die MAG ELF im Jahr 2009: 177 Millionen EUR, derzeitige Ausgaben 233 Millionen EUR, also innerhalb von zwei Jahren ein Plus von 56 Millionen EUR, die wir investiert haben, um diese hohe Qualität der Jugendwohlfahrt in Wien weiterhin sicherzustellen. Wir haben entsprechende Wohngemeinschaften eröffnet, mittlerweile sechs allein seit dem Herbst 2010.

Also diese hohe Qualität stellen wir sicher, und auch dafür ist dieser Rechnungsabschluss ein eindrucksvoller Beleg, meine Damen und Herren. Es hält schlicht und ergreifend einer Überprüfung nicht stand, dass die Jugendwohlfahrt vor dem Kollaps steht. Das hat weder der Volksanwalt gesagt, der sich auf Zahlen aus 2007 bezieht, wir können es aber auch nicht ausschließen. Ich sage das aber immer wieder dazu, ich bin dafür, auch klarzumachen, worum es geht. Ein Krisenzentrum wird immer wieder temporär auch einen Überbelag aufweisen, weil wir oftmals – leider auch in der vorvergangenen Woche – in der Situation sind, dass vier Kinder aus einer Familie untergebracht werden sollen. Dann entsteht automatisch ein Überbelag, denn wir werden diese Kinder, die es extrem schwer haben, nicht auf vier Krisenzentren aufteilen, sondern sie dann halt auch gemeinsam temporär in einem Krisenzentrum unterbringen, und das weisen wir auch als Überbelag aus. Ja, das kommt vor.

Dass natürlich auch vor allem Familien mit mehreren Kindern sehr oft in sehr schwierigen Situationen sind, wo es notwendig ist, dass die Jugendwohlfahrt kommt, ist traurige Tatsache, aber nichtsdestotrotz soll man immer ein bisschen seriös bleiben, wenn man darüber redet, warum es das eine oder das andere gibt. Wir investieren Geld, weil wir die auch von der Volksanwaltschaft bestätigte hohe Qualität in der Jugendwohlfahrt auch weiterhin sicherstellen wollen.

Wir können, wenn wir im Bereich der Bildung bleiben, weitergehen mit der Frage des Bildungsvolksbegehrens. Vielleicht auch dazu nur eine kurze Anmerkung. Es ist nicht das Volksbegehren des Hannes Androsch, auch wenn er dort eine Frontfigur ist, interessanterweise unterstützt das auch der Katholische Familienverband, es unterstützen dieses Volksbegehren durchaus namhafte ÖVP-Bildungsexperten, also so zu tun, als ob das nur der Hannes Androsch wäre, der hier dieses Volksbegehren eingeleitet hat, sei dahingestellt.

Nur, worum geht es eigentlich? Jetzt lasse ich mich nicht auf die Detaildiskussionen ein, aber ich glaube, es gibt zwei unterschiedliche Ansätze. In der Analyse, dass das Bildungssystem krankt, sind wir uns wahrscheinlich alle noch einig. Wir wissen es vom Lesen, vom PISA-Test et cetera. Es gibt nur zwei verschiedene Ansätze, wie man das angeht, und das ist leider der Punkt, wo ich feststelle, dass es eigentlich keinen Bereich einer politischen Debatte in Österreich gibt, der so beharrlich verteidigt wird wie genau dieser Bildungsbereich, wo man zwar feststellt, es wird alles ein bisschen schlechter, aber die Schlussfolgerung, die viele daraus ziehen, ist, es muss alles ganz genauso bleiben, wie es ist. Und das passt nicht zusammen.

Ich hoffe natürlich, dass es möglichst viele gibt, die durchaus noch weiterhin diesen Optimismus haben – denn daran können natürlich viele zweifeln; es ist ja nicht so, dass wir das erst seit gestern wissen oder seit zwei Jahren wissen, dass es hier krankt –, die wirklich auch einmal diesen Mut zur Veränderung haben. Da gibt es immer mehr, gerade auch aus Ihrer Partei, Kollege Aigner, die ja durchaus den Mut zur Veränderung haben, dann werden sie wieder zurückgepfiffen, aus welchem Bereich auch immer, aber es werden mehr, und ich bin, wie gesagt, Optimist. Ich glaube, es wird sich das österreichische Bildungssystem dieser Veränderung hoffentlich auf Dauer nicht entziehen können, weil es sonst tatsächlich weiter Defizite gibt.

Da ist Wien kein Sonderfall, wie das auch immer wieder dargestellt wird, sondern wir kennen das gerade sehr genau aus dem PISA-Test, auch wenn er für mich nicht die Bibel ist, und auch aus der Übereinstimmung mit den Wiener Lesetests. Das Ergebnis der Wiener Lesetests war ja nicht fundamental anders – ich werde das übermorgen in der Fragestunde noch behandeln, darum mache ich es jetzt ein bisschen kürzer –, als es PISA schon beschrieben hat, nur hat es da schon zwei interessante Punkte gegeben. Tirol und Vorarlberg haben sofort auch diese Detailauswertungen gemacht, weil sie, glaube ich, ein bisschen die Hoffnung gehabt haben, sie könnten nachweisen, dass sie dieses Problem nicht haben. Allerdings – Sie wissen das genau wie ich, Sie verfolgen die Debatte ja auch – das Problem ist dort haargenau dasselbe, und in der Lesekompetenz und in diversen anderen Kompetenzfragen haben Kleinschulen gerade auch im ländlichen Raum dasselbe Problem wie wir in Wien.

Die verkürzte Darstellung, das hängt mit dem Migrationshintergrund, mit dem Ausländeranteil und mit ich weiß nicht, was allem zusammen, stimmt nicht, denn dann kommen wir dahinter, so ist dem nicht, denn sonst wären die Kleinschulen nicht ebenso schlecht. Also bleiben wir in der Debatte bei dem Faktum: Wir haben hier gemeinsam in ganz Österreich mit dem Bildungssystem ein Problem, und jetzt geht es darum: Wie kommen wir da raus? Ich glaube nach wie vor und ich bin überzeugt davon, es geht nur durch Veränderung und nicht durch ein Weiterarbeiten wie bisher, das zu diesen Ergebnissen geführt hat, wie wir sie jetzt auf dem Tisch haben.

Ich möchte es nicht zu lange werden lassen, nur vielleicht noch einen Punkt, denn das taucht anscheinend etwa in einem Zwei-Jahres-Rhythmus auf wie Loch Ness: die Sorge der ÖVP um die Geschäftslokale. Ein Blick ins Internet ist ja wirklich manchmal spannend. 2002: Geschäftslokale, 2004: Geschäftslokale, 2006: Geschäftslokale, 2008: Geschäftslokal, dann hat man ein Jahr auslassen, 2011 sind sie wieder da. Eigentlich muss man sich ja wundern, dass diese Geschäftslokale noch leer sind, denn wenn ich mir das anschau, hat Kollege Aichinger irgendwie im Jahr 2006 in einer Kümmeraktion um die Geschäftslokale gesagt: Jetzt geht es los. In die leer stehenden Geschäfte kommt Leben, Ende der leerstehenden Geschäftslokale, begrüßte er eine Aktion der Wirtschaftskammer. So gesehen dürfte es gar keine

mehr gegeben, denn da haben wir ja schon gejubelt, es gibt sie nicht mehr. Aber so soll der Blick sein.

Dann hat es geheißen, es soll Kultur einziehen, es soll der Sport einziehen. Ich kann mich nicht ganz des Eindrucks erwehren, dass es hier eigentlich ein bisschen darum geht, Hauseigentümern irgendwie zusätzliches Geld zu verschaffen, indem wir uns dort einmieten. Aber wenn wir uns tatsächlich um leere Geschäftslokale kümmern, dann, glaube ich, wäre es wichtig und notwendig, gerade auch für diesen Bereich bei den Mietzinsobergrenzen endlich zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Da können wir uns ewig unterhalten, wer aller einziehen soll, ob es Kulturinitiativen sind, wie es die ÖVP einmal fordert, ob Sportinitiativen, die Wirtschaftskammer oder ob sie für die Klein- und Mittelbetriebe erhalten werden müssen, wie es der Kollege Aichinger wieder zu einem anderen Zeitpunkt gefordert hat, was immer wir dort ansiedeln wollen, wir alle wissen, überbeuerte Mietlokale werden weder von Sportvereinen noch von Kulturinitiativen noch von Klein- und Mittelbetrieben genutzt werden, sondern durchaus immer wieder von Einrichtungen, die wir alle zusammen nicht wollen. Daher: Finden wir uns zunächst einmal auf dieser politischen Ebene – das ist leider keine Wiener Ebene –, dann können wir hier tatsächlich sinnvoll agieren.

Es gäbe noch viel zu sagen, zum Beispiel auch zu den KindergartenpädagogInnen und dazu – weil das auch immer wieder kommt –, warum so viele nicht in den Beruf gehen. Hat sich schon einmal einer angeschaut, wie viele von den HTL-Abgängern und -Abgängerinnen, die ja dort auch eine entsprechende Matura haben, eigentlich in den Beruf einsteigen, den sie an der HTL erlernt haben? Dort studiert natürlich auch der überwiegende Anteil weiter oder geht in einen anderen Beruf hinein. Bei den KindergartenpädagogInnen entscheiden sich viele, nachdem sie die Möglichkeit haben, die Matura zu machen, ein weiterführendes Studium zu machen. Schauen Sie sich das einmal bei den HTL-Zahlen an. Da werden Sie durchaus das eine oder andere Wunder erleben.

Ich glaube, dass insgesamt für den Bereich der Geschäftsgruppe der Rechnungsabschluss 2010 wirklich ein klarer Beweis dafür ist, wo in Wien Prioritäten liegen. Sie liegen im Bereich der Jugendwohlfahrt, sie liegen im Bereich der Bildung, sie liegen auch im Bereich der Freizeiteinrichtungen, seien es die Bäder, sei es die außerschulische Jugendarbeit mit ihren Angeboten in diesem Bereich, sie liegen in einer kundenorientierten Verwaltung für die Stadt – es sei der Bürgerdienst erwähnt in diesem Zusammenhang –, aber auch im Bereich einer guten Informationsarbeit.

Dazu muss man, da immer wieder die Zahlen für den PID genannt werden, sagen: Die vielen Auslandsaktivitäten, unsere Auslandsverbindungsbüros, die ganz wesentlich auch für den Wirtschaftsstandort sind und die von Seiten des PID entsprechend betreut werden, sind wichtige Einrichtungen. Da danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abteilungen in meiner Geschäftsgruppe ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit. Ich bin überzeugt davon, dass die Wienerinnen und

Wiener diese Arbeit von euch und euren Kolleginnen und Kollegen zu schätzen wissen. Ein herzliches Dankeschön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen daher nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Zu Wort gemeldet ist zuerst Herr GR Dipl-Ing Stiftner. Ich erteile es ihm und darf darauf hinweisen, dass die 4 Erstredner der Fraktionen jeweils 40 Minuten Zeit haben.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Da können ja die GRÜNEN heute von Glück sprechen, dass wir den Rechnungsabschluss 2010 hier zu beschließen haben, da haben sie ja noch keine wirkliche Verantwortung getragen, es ist aber zu befürchten, dass nach dem, wie der letzte Budgetvoranschlag ausgefallen ist, es eigentlich egal ist, ob die GRÜNEN in der Regierung sind oder nicht. Er wird nämlich auch in der nächsten Zeit so ausschauen, wie dieser ausgesehen hat, nämlich phantasielos, umsetzungsschwach, ohne jegliche ökonomische Kompetenz und ohne wirkliche Schwerpunktsetzung, sehr geehrte Damen und Herren.

Besonders gilt das für die Stadtentwicklung und den Verkehr, aber ebenso für das neu hinzugekommene Segment des Klimaschutzes. Und da sich die Politik in diesem Ressort offenbar schon so an die Budgetkennzahlen angepasst hat, ist natürlich auch die Politik entsprechend phantasielos, umsetzungsschwach, ohne jegliche ökonomische Kompetenz und Schwerpunktsetzung, sehr geehrte Damen und Herren. Es geht nichts weiter, und vor allem hat man das Gefühl, dass unter den GRÜNEN noch weniger weitergeht als unter den Roten.

Daher ist es auch ohne Relevanz, ob die GRÜNEN bei der Budgeterstellung schon Mitverantwortung getragen haben oder nicht. Sie haben auf jeden Fall die Verantwortung für die letzten Monate einer mehr als schlechten Politik, weil sie das in das Budget gegossene Unvermögen dieser Stadtregierung in Sachen Planung nicht nur übernommen haben, sie haben es weitergetrieben, und ihre Ressortergebnisse, sehr geehrte Damen und Herren, lesen sich mehr als bescheiden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Fangen wir mit dem Verkehr an, mit einigen Kapiteln sozusagen aus dem „Grünen Traumbuch“. Sie träumen schon seit längerer Zeit von einer Fußgängerzone Mariahilfer Straße, bei der man eigentlich nicht weiß, wofür sie sein soll und wie sie wirklich funktionieren soll. Sie haben sie allerdings schon verkauft als grüne Handschrift in der Wiener Kommunalpolitik. Ihr eigener und einziger Bezirksvorsteher war aber nicht gerade begeistert von dieser Idee, wie man auch in den Zeitungen nachlesen konnte.

Dann sind Sie plötzlich draufgekommen, dass es mit ein paar Studentenentwürfen noch nicht getan ist. Auch ein Gespräch mit der Wirtschaftskammerpräsidentin

verlief offenbar erhellend. Da hat man sich daran erinnert, dass Ihr Ressort doch Verkehrspolitik und Stadtplanung und nicht „Wünsch dir was!“ heißt, sehr geehrte Damen und Herren.

Zuletzt haben Sie noch ein weiteres Loch-Ness-Ungeheuer aus Ihrer Schublade geholt, es war die Straßenbahnlinie 13. Da haben die Fundamentalisten interessanterweise in der eigenen Fraktion ja zugegeben, wofür dieses Thema gut sein soll, es soll nämlich die Autos aus den von dieser Linienführung betroffenen Bezirken wegbringen. Es besteht sozusagen die Hoffnung, dass es sich hinter der Straßenbahnlinie ordentliche staut und damit die Autos auf andere Strecken ausweichen sollen, womit auch offenkundig geworden ist, was eigentlich die GRÜNEN damit bezwecken wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ja kein Problem, wenn Sie es wollen, wenn Sie das klar und deutlich artikulieren, dass Sie die Autos weghaben wollen, vertreiben wollen, dann brauchen Sie dafür nicht ein 50-Millionen-Projekt vorzuschlagen und hunderte Parkplätze vernichten, sagen Sie es einfach den Wienerinnen und Wienern, haben Sie den Mut, dass Sie sagen: Autos raus aus Wien! Das ist das Ziel der Verkehrspolitik der Wiener GRÜNEN. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Rüdiger Maresch: So ist es! Sie sagen es!)*

Dass wäre billiger, das wäre effektiver, es wäre vor allem ehrlicher. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Das, was ihr macht, ist nichts anderes als Steuergeldverschwendung eines Budgets, das so viel Defizit hat wie nie zuvor. Und das haben Rot und Grün zu verantworten, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider liegen keine sinnvollen Vorschläge vor. Irgendwie sollten Sie langsam draufkommen, Sie sind nicht mehr in der Opposition, der Wahlkampf hat sich auch schon irgendwo gelegt, es ist Zeit, mit den Traumtänzereien aufzuhören, es ist Zeit für konkrete Vorschläge, sehr geehrte Damen und Herren, wofür Sie jetzt bezahlt bekommen, nämlich in Form einer Regierungsmitverantwortung.

Das Einzige was in dem Ressort bisher funktioniert hat, ist die Zusammenarbeit mit der Umweltstadträtin, wobei sich meine Bewertung lediglich auf den politischen und zwischenmenschlichen Gleichklang der beiden Damen bezieht, nicht auf die Bewertung des aus dieser Zusammenarbeit entstehenden Ergebnisses. Das beste Beispiel dafür ist die gemeinsam artikulierten Fiakerordnung. Sie werden es erraten, sie wurde groß angekündigt von beiden Damen, geschehen ist, Sie werden es erraten, noch immer nichts.

Worauf sich die gesamten Anstrengungen der Verkehrsstadträtin wirklich konzentrieren – das hat sie mehr als deutlich gesagt –, sind jene 8 Prozent Fahrradverkehr in Wien, die es um jeden Preis auszubauen gilt. Ich gebe ehrlich zu, natürlich hat Radfahrverkehr einen deutlichen Stellenwert in der Stadt, aber es kann doch nicht sein, dass gleichzeitig Öffis, Fußgänger, Autofahrer, Wirtschaftsverkehr, Pendlerverkehr, Motorradfahrer – und das sind immerhin 92 Prozent der Wienerinnen und Wiener, also eine klare Mehrheit – auf Verkehrslösungen warten, weil die Frau Stadträtin ihre bescheidenen ver-

kehrspolitischen Ressourcen auf einen Verkehrsteilbereich lenkt. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Das ist die richtige Situation, das ist genau das, was Sie machen: Sie setzen die falschen Prioritäten, und das wirkt sich auch tagtäglich bei den Staus in Wien aus, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sind leider mit Ihrer verkehrspolitischen Fahrradautobahn daneben. Übrigens 30 Millionen EUR sollen dafür ausgegeben werden, und das bei einem Budgetdefizit, wie wir es jetzt haben. Das ist ein Highway, der den GRÜNEN mit Sicherheit Prestige bringt, wobei ich hier auch klar und deutlich sagen möchte, dass die ÖVP in keinsten Weise gegen eine Verbesserung der Sicherheit der Fahrradwege ist. Das ist kein Problem, und das sollte – das haben wir schon mehrfach gefordert – auch umgesetzt werden. Aber 30 Millionen EUR für einen einzigen Radweg auszugeben, obwohl in anderen Bezirken Lückenschlüsse nicht vorhanden sind, obwohl Sicherheitsmaßnahmen in anderen Bezirken vollkommen daniederliegen, das ist vollkommen falsche Prioritätensetzung und das ist ein grünes Prestigedenken einiger weniger Mandatare und der Verkehrsstadträtin. Das ist falsche Politik, vollkommen falsche Politik! *(GR Mag Christoph Chorherr: Ich wollte Sie fragen, für welchen Radweg wurden 30 Millionen ausgegeben?)*

Herr Chorherr, genau Sie sind derjenige, sind offenbar der Vater dieses gesamten Gedankens. Sie verschleudern Steuergeld ohne wirkliche Prioritätensetzung. *(GR Mag Christoph Chorherr: Wo ist dieser Radweg?)* Das müssen Sie natürlich auch Ihren eigenen Wählern erklären, warum man in anderen Bezirken keine Radwege bekommt *(GR Mag Christoph Chorherr: Wo ist dieser Radweg? Für welchen Radweg wurden 30 Millionen ausgegeben?)*, während man trotz dieses Budgetdefizits ein Prestigeprojekt am Ring natürlich hier mit 30 Millionen EUR ausbaut. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Darstellung bei Ihren Wählerinnen und Wählern, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. – GR David Ellensohn: Millionen, schön und gut, aber wo ist dieser Radweg?)*

Aber um Ihnen ein bisschen auf die Sprünge zu helfen, wir helfen Ihnen auch ein wenig beim öffentlichen Verkehr. *(Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN. – GR Mag Christoph Chorherr: Sagen Sie mir zuerst, für welchen Radweg wurden 30 Millionen ausgegeben?)* Das ist eigentlich ein Thema, bei dem ich mir gedacht habe, dass es bei einer grünen Regierungsbeteiligung doch im Vordergrund sein sollte. Leider sehe ich es nicht, und es kommt auch nichts. Im Gegenteil. Die Intervalle werden immer länger, und wenn man mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist, gibt es mehr Störungen als je zuvor. Aber wir wollen trotzdem den öffentlichen Verkehr ausbauen, und wir wollen Sie ermutigen, hier auch ins Umland zu gehen.

Unser StR Wolfgang Gerstl hat bereits vorbereitende Gespräche mit Niederösterreich geführt. Sie haben es also relativ leicht, darauf aufzusetzen, und wir ersuchen Sie, dass Sie gemeinsam mit der Frau Finanzstadträtin die notwendigen Schritte unternehmen, um Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium einzuleiten, um die U-

Bahnen auch über die Grenzen Wiens hinaus zu führen und das zumindest in absehbarer Zeit verwirklichen zu können.

Es ist ein Antrag formuliert, gemeinsam mit meinem Kollegen Bernhard Dworak, und in formeller Hinsicht fordern wir hier die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber der Verkehr ist ja nur eine Seite dieser Ankündigungspolitik, meine Damen und Herren. Kommen wir zur Stadtplanung. Ankündigungspolitik Nummer 1 betraf das Areal Nordwestbahnhof. Auch hier fiel der Stadträtin ein, dass es ja ein Bezirk mit grünem Hoffnungsschimmer ist, und da wäre es nicht schlecht, eine Nachnutzung des Franz-Josef-Bahnhofes zu fordern. Aber wieder mangelt es an jeglichen Planungsunterlagen.

Einfach in den Wind gereimt war dann übrigens auch ein passant das Thema der kostenlosen W-LAN-, also Wireless-LAN-Anschlüsse an öffentlichen Plätzen. Dass das ein Vorschlag der ÖVP war, nehmen wir Ihnen nicht übel – in der Politik gibt es ja bekannterweise kein Plagiat –, aber das professionell umzusetzen, wäre halt gescheit, und da hat es bei den GRÜNEN wieder gehapert. Es gab kein Konzept, und somit ist auch diese Idee praktisch wieder gestorben.

Ein weiterer Beleg hierfür ist die kürzlich vorgelegte Adaptierung – man lasse sich das Wort auf der Zunge zergehen: Adaptierung – der STEP-Zielgebiete. Da erleben wir nun eine weitere Abwärtsspirale bei der Stadtplanung: vom STEP 05 über den sogenannten Evaluierungsbericht, den wir noch unter dem Vorgänger erleben durften, und jetzt gibt es einen weiteren Rückschritt gegenüber dem STEP 05, nämlich bis hin zu diesem Tiefpunkt des sogenannten STEP-Zielgebiet-Adaptierungsberichtes.

Alles sehr komplizierte Termini, aber sehr einfach zu verstehen: Es wird immer unkonkreter, es wird immer mehr weggelassen, weil man einfach draufkommt, dass der STEP 05 offenbar so durch die rot-grüne Regierung nicht umsetzbar ist. Sie verwässern dieses Projekt immer mehr und mehr. Am besten und am ehrlichsten wäre es, es gleich aufzugeben.

Was wir brauchen, sehr geehrte Damen und Herren, ist kein STEP, wir brauchen auch kein SEP – wie Sie wissen, ist das ein Städtisches Energieeffizienz-Programm für Wien –, wir brauchen auch keine Evaluierung dieses städteplanerischen Stillstands, sondern wir brauchen eine echte Stadtplanung, sehr geehrte Damen und Herren, die die Weichen für ein zukunftsträchtiges Wien für das 21. Jahrhundert auch wirklich stellt.

Was Wien braucht, ist eine Agenda für die planerische Zukunft in dieser Stadt. Ich verwende dieses Wort hier ganz bewusst, denn eine Aktion der Wiener Volkspartei hat dazu geführt, dass sich im Rahmen eines Agenda-Prozesses hunderte Experten mit kommunalpolitischen Vorschlägen auseinandergesetzt haben, sie erarbeitet haben, die vor allem auch umsetzbar sind, sehr geehrte Damen und Herren. Wir zeigen so vor, wie kommunalpolitische Politikplanung funktioniert: Erst nachdenken, dann reden und erst dann mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit gehen. Nehmen Sie sich an dem

Agenda-Prozess der ÖVP-Wien ein Vorbild, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei Ihnen gibt es leider immer nur Ankündigungen. Ich möchte hier nur ein paar stakkatohaft erwähnen: Acconci-Brücke, Stadtwald, wir haben da auch noch Rothneusiedl, einfach auch nur dahingesagt. Wir haben das Projekt Asperner Flugfeld, das in finanziellen Schwierigkeiten steckt, wo aber offenbar das Bewusstsein der GRÜNEN und der rot-grünen Stadtregierung für dieses doch wichtige Kernprojekt nicht da ist. Ebenfalls das Projekt Erdberger Mais, Gasometer, St Marx. Fast ist man schon versucht, St Marx den Namen St Murks zu geben. Da passiert nichts. Das wird auch nichts mehr werden, wenn man so weitermacht. Hier muss man professioneller werden. Auch hier hat man kläglich versagt.

Fast hätte ich ob der Inaktivität dieses Ressorts im Bereich des Klimaschutzes vergessen, dass man ja auch für diesen zuständig ist. Die GRÜNEN haben ja bei den Koalitionsverhandlungen einen Erfolg erzielt, indem sie den Klimaschutz in das Ressort bekommen haben, aber das war gleichzeitig der Misserfolg für die Umwelt. Da hat man nämlich als einzige mir bekannte Maßnahme, neben ein paar Positionen für offenbar Grünaktivisten im Magistrat, einen Beschluss gefasst, nämlich eine Anpassung der Förderrichtlinien für die Fotovoltaik. Diese Anpassung haben Sie aus eigenem Antrieb und ohne Not so gefasst, dass Gebiete, wo Fernwärmeanschluss vorgesehen ist oder die Fernwärme das Vorzugsgebiet definiert, eine solche Förderung nicht zulässig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren der GRÜNEN! Ein Ausspielen von zwei Energieträgern, noch dazu einen nicht nachhaltigen gegen einen nachhaltigen Energieträger, kann doch wohl nicht grüne Politik sein. Das ist alte kommunalsozialistische Monopolmaschinerie der SPÖ. Das ist nicht etwas, was man eigentlich den GRÜNEN zuschreiben würde, und es ist ein komplettes Versagen in der Klima- und Energiepolitik, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch bleiben die notwendigen und auch von Ihnen versprochenen Förderungen – ich kann mich noch an gemeinsame Anträge in der Oppositionszeit der GRÜNEN erinnern – im Bereich der Elektroantriebsfahrzeuge aus. Keine Initiativen in dieser Richtung. Ich kann auch kein Interesse an zukunftsorientierter Infrastruktur entdecken, beispielsweise Elektrotankstellen, Solartankstellen. Auch hier keine Initiative, keine Gegebenheiten. Offenbar wird auch diese Stadtregierung sich hier irgendwo in Ankündigungen ergehen und keine Maßnahmen wirklich praktisch umsetzen.

Dabei glaube ich, dass einige in der SPÖ ja schon ein bisschen ein mulmiges Gefühl bekommen haben. Denn irgendwo ist bei der letzten Klausur der SPÖ – das ist ja durchgesickert – der Slogan entwickelt worden: „Damit was weitergeht.“ Einmal abgesehen davon, dass das schon die ÖVP verwendet hat – aber wie gesagt, in der Politik gibt es kein Plagiat, was Ihnen also unbenommen ist –, so erstaunt es doch, wenn eine Partei, die schon jahrelang Regierungspartei ist, einen Slogan einer Opposition wählt. Aber ich denke, es ist nicht schlecht,

wenn Sie sich selbst diesen Slogan verordnen, und ich kann nur auch dem Ressort der Verkehrsplanung, der Stadtentwicklung und des Klimaschutzes sagen: Befolgen Sie diesen Ansatz, befolgen Sie diese Aktivität, damit Wien nicht auf die kommunalpolitische Kriechspur kommt! Versuchen Sie, auch hier ein wenig von den Ankündigungen wegzukommen, gehen Sie hin in professionelle Umsetzungen, dann werden Sie auch eine Chance haben, in Zukunft ein besseres Zeugnis ausgestellt zu bekommen.

Dass wir dem Budgetvoranschlag so unsere Zustimmung nicht geben können, ist damit eindeutig belegt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Kollege Chorherr gemeldet. Sie haben drei Minuten.

GR Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Der Herr Stiftner hat hartnäckig von einem Prestigeradweg im Ausmaß von 30 Millionen EUR gesprochen. Meine intensiven Zwischenrufe waren: Welcher ist das? Da es keine tatsächliche Frage gibt, kann ich ihn nur tatsächlichen berichtigen.

Es gibt diverse Fahrradprojekte, Sie haben möglicherweise den Ring-Rund-Radweg angesprochen. Da geht es aber nicht um 30 Millionen EUR, sondern um 3 Millionen EUR, aber Zehnerpotenzen dürften offensichtlich bei der ÖVP-Kritik keine große Rolle spielen.

Also es gibt kein einziges Prestigeradprojekt mit 30 Millionen EUR. Sie schweben jenseits. Hier muss ich Sie leider tatsächlich berichtigen. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Maresch. – Bitte.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Beim Kollegen Stiftner ist es wie immer so eine Geschichte, wo man sich denkt, er wäre doch gerne Stadtrat geworden, und wo man sich fragt, wie hätte er es denn gemacht. Er sagt gern, das hätten wir gern so gemacht, und das hätten wir gern so gemacht, und das ist irgendwie so ein bisschen was Nostalgisches. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Und dann hat er so schöne Sprüche drauf. In der Politik gibt es kein Plagiat, sagt er. Na, das weiß der Herr Hahn, glaube ich, nicht so ganz, oder? Sind Sie ganz sicher, dass der Herr Hahn der Meinung ist, dass es kein Plagiat gibt? *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: In der Politik!)* Ich glaube, im Moment schwitzt er ein bisschen in der Richtung.

Aber das Einzige, was man bei Ihnen sagen kann, ist zum Beispiel, dass Sie solche Sachen sagen wie: Der Rechnungsabschluss ist phantasielos, in Wirklichkeit ist nichts weitergegangen und dergleichen Dinge. Wenn man sich aber dann so manche Dinge anschaut, wo etwas weitergegangen ist, und zwar beim AnrainerInnenparken, dann wundert man sich manchmal über die Reaktion der ÖVP.

Da treten zwei Bezirksvorsteherinnen auf, die Neo-

Bezirksvorsteherin aus dem 8. Bezirk und eine etwas ältere Dame aus dem 1. Bezirk, und beide fordern vehement das AnrainerInnenparken. Vehement! Gleichzeitig tritt aber die Frau Jank auf in einer Presseaussendung und in der Zeitung für die Wirtschaftstreibenden und sagt, dass das totaler Wahnsinn ist und wirtschaftsschädigend.

Na, was sagt jetzt die ÖVP? Dass es wirtschaftsfreundlich ist oder wirtschaftsschädigend ist, oder weiß die ÖVP nicht, was sie da redet? Es könnte eher Letzteres sein. Da brauchen wir uns gar nicht mehr mit dem Plagiat herumzuschlagen, sondern da weiß die eine rechte Hand nicht, was die andere rechte Hand sagt. Oder wie machen wir das in dem Fall? (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Also das ist einmal das eine.

Das Zweite: Ich habe es total interessant gefunden, wie Sie die Sache mit der Mariahilfer Straße angegangen sind. Auf der Mariahilfer Straße gibt es täglich ungefähr 105 000 FußgängerInnenbewegungen, wenn man so will. Das heißt, 105 000 Fußgängerwege gibt es täglich in Spitzenzeiten auf der Mariahilfer Straße. Da gibt es ein paar 1 000 Autofahrer, vielleicht noch 2 000 FahrradfahrerInnen, dann gibt es noch einen Wirtschaftsverkehr und 200 Stellplätze in den Häusern. Also 100 000 FußgängerInnen Minimum, und dann sagt man, wir schauen uns das natürlich nicht an.

Die Frau Jank hat aber so reagiert, dass sie gefunden hat, eigentlich müsste man da gleich Arbeitskreise einrichten. Sie hat gedacht, sie ist die Stadträtin, aber sie hat sich einfach nur geirrt. Sie ist nicht die Stadträtin, sondern sie ist die Wirtschaftskammerpräsidentin und wird sicherlich eingebunden sein im Prozess, aber dass sie den Prozess leitet, das war, glaube ich, eine Wunschvorstellung. Das hätte sie gerne gehabt.

Und wenn man zum Beispiel den 13A überlegt, den ja auch der Gio Hahn fahren hat lassen des Nächstens als Bus, wenn ich mich nicht täusche. „Nightline“ oder so ähnlich hat es geheißen. Aber dann kann man sich untertags einmal anschauen, wie da die Konvois von 13ern durch die Gegend fahren, und dann gibt es ein Projekt auf der TU, das vorschlägt, den 13er als Straßenbahn zu führen. Das kann man sich ruhig einmal anschauen, das wäre eine wirkliche Innovation für die Gegend. Und wenn Sie dann hergehen und von den Autos reden, die hinterherfahren, dann sage ich Ihnen: Ja, die GRÜNEN wollen in Wirklichkeit, dass die Autos nicht so dominieren. Sie haben völlig recht, es stimmt, ja, wir wollen weniger Individualverkehr, und zwar motorisierten Individualverkehr in der Stadt haben.

Warum? Das ist ganz einfach. Der motorisierte Individualverkehr ist in Wien – da haben sich die vorigen Stadtregierungen einigermaßen geplagt – jetzt herunter auf zirka 28 Prozent – keine schlechte Zahl –, die Öffis sind auf über 30 Prozent, rund 32 Prozent. Zum Vergleich: Zürich 60 Prozent, noch immer ein Wahnsinn, aber mit 32 Prozent, glaube ich, liegt man ganz gut. Vielleicht sind es auch bald einmal 36 Prozent. Aber Faktum ist: Da gibt es noch einiges zu tun. Es ist ganz viel Blech auf der Straße.

Wenn man sich jetzt die Verteilung anschaut, wie viel

diese 28 Prozent der Fahrten an Fläche auf der Straße ausmachen, so werden 80 Prozent vom Individualverkehr, stehend oder fließend, eingenommen, der Rest verteilt sich auf die anderen 20 Prozent. Das kann nicht gerecht sein.

28 Prozent FußgängerInnen schlagen sich manchmal auf Gehsteigen mit Mindestgehsteigbreiten herum. Das sind 60, 70, 80 cm breite Gehsteige, wo in Wirklichkeit der FußgängerInnenverkehr nicht funktioniert, denn wenn da jemand mit einem Kinderwagen kommt, wird es schwierig, da vorbeizukommen. Das ist so.

Die 200 cm Gehsteigbreiten, die gibt es, aber nicht überall, und wo es sie gibt auf der Mariahilfer Straße, wird es verstellt mit Ausräumungen, mit irgendwelchem Klumpert, das dort herumsteht, und die 6 m breiten Gehsteige auf der Mariahilfer Straße sind letztendlich nur mehr 2 m breit. Und wenn es Schanigärten gibt, dann sind die nicht in der Parkspur, sondern am Gehsteig, und zwar ganz, ganz oft. Und da – das stimmt – wollen wir was ändern, gar keine Frage, da wollen wir was ändern, und zwar gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, gemeinsam mit den Bezirken, gemeinsam mit den BürgerInnen. Das nennt man BürgerInnenbeteiligung. Das steht übrigens auch im Titel bei der Vizebürgermeisterin.

Jetzt noch einmal zu den Staus in Wien. Sie sagen immer, das ist ein Wahnsinn. Fahren Sie einmal in die Bundesrepublik und schauen Sie sich dort einmal einen Stau auf der Autobahn an. Der ist 50 km lang, von da bis St Pölten. Das ist ein Stau, nicht ein Stauerl auf der Südosttangente, oder ein Staucherl, wie man will. Das ist ja kein Stau, im internationalen Vergleich ist es ein Wahnsinn, was anderswo passiert. Bei uns ist das kein Stau, bei uns ist das in Wirklichkeit ein etwas dichter Verkehr mit Stop and Go, aber kein Stau. Ein Stau heißt: Dann steht die Partie! Das ist ein Stau! Und wenn die ÖVP glaubt, dann soll sie sich einmal überlegen: Woher kommen denn die stauenden Autos? (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Sie sind ja offenbar dafür!*)

Die Kordon-Analyse der PGO, die ja auch von den Niederösterreichern und Burgenländern in der PGO gemacht worden ist, die Zahlen haben Sie eh längst über Ihren Landeshauptmann von Niederösterreich, oder? Da weiß man doch mittlerweile, dass ungefähr 250 000 PendlerInnen jeden Tag nach Wien hereinkommen. Woher kommen die? Aus Niederösterreich. Warum kommen sie mit dem Auto, die meisten mit dem Auto? Weil der Herr Landeshauptmann und, wenn man so will, früher Heuras, jetzt Wilfing und der Herr Zibuschka im Grunde genommen die Bahn und den öffentlichen Verkehr ruiniert haben. Wenn Sie jetzt hergehen, Kollege, und sagen, ja wir setzen uns gemeinsam mit den Niederösterreichern zusammen, lieber Wolfgang Gerstl, und davon sprechen, wir brauchen Buskorridore, dann fangen Sie zuerst einmal in Niederösterreich an und räumen die B16 aus und die B17 und die B3 und die B5. Da gibt es überall keine Buskorridore. Da gibt es einen Stau und wenn es dort einen Bus gibt, dann steht er im Stau. Es ist für niemanden ein Gewinn, in diesem Stau gemeinsam mit 30 anderen im Bus zu sitzen, sondern da braucht es eigene Busspur.

Wie wir eine Lightrail wollten nach Wolkersdorf, hat uns der Herr Zibuschka ausrichten lassen: Nein, da machen wir eine Buslinie. Wo soll denn die fahren? Im Stau auf der B7? Ja genau. Also Hausaufgaben in Niederösterreich zuerst einmal. Was da jeden Tag hereinkommt, alle Menschen, die da hereinkommen und ein Lenkrad drehen können, fahren kaum mehr mit der Bahn. Da gibt es massive Rückgänge. Warum? Weil die Bahn ausgedünnt worden ist, von der ÖVP in Niederösterreich vernichtet worden ist, und zwar nur von der ÖVP vernichtet worden ist. Da gibt es in Wirklichkeit nur mehr die radialen Schnellbahnen. Dazwischen gibt es außer in Obersdorf nichts mehr. Das Einzige, was es geben hat, ist die Mariazeller Bahn, damit man nach Mariazell Wallfahrten kann. Die gibt's noch. Die Donauuferbahn zum Beispiel, die ist aufgelassen worden, so lange bis man draufgekommen ist: Hoppala, da gibt's Überschwemmungen, das ist das einzig sichere Verkehrsmittel. Jetzt fährt die nur bis Emmersdorf, nicht einmal bis Melk. Das ist ein Ergebnis der niederösterreichischen Verkehrspolitik! Oder die Wiesel-Busse! Nur die Wiesel-Busse, die stehen auch im Stau.

Also wenn ich Korridore für die Busse verlange, dann muss ich was tun, und das verlangen wir auch. Wenn wir mehr Schnellbahn wollen, Viertelstunden-Takt, dann kommt der aus Niederösterreich. Da muss den Löwenanteil zunächst einmal der Herr Pröll in die Hand nehmen und wie soll er das machen? Es gibt ein Ranking von den verschuldetsten Gemeinden Österreichs und da ist unter den ersten fünf nur eine einzige nicht-niederösterreichische Gemeinde und zwar Hartberg. St Pölten, nein, nicht in St Pölten, Spitzenstadt ist Waidhofen an der Ybbs. Warum ich das sage? Weil dort eine ganz lange Zeit jemand Bürgermeister war, der heute Finanzlandesrat in Niederösterreich ist! Na wunderbar, der Herr Sobotka hat dort ganze Arbeit geleistet. Die sind verschuldet. Mistelbach ist Dritter, wenn ich mich nicht täusche. Das heißt, wir reden von Gemeinden, wo die ÖVP die Absolute hat und wo man sich in Wirklichkeit nicht mehr rühren kann. Kollege Margulies hat es heute eh schon einmal gesagt. Und genau da haben wir das Problem. Die Wiener Verkehrsmisere, die wir mit Staus und ganz vielen Autos haben, ist Niederösterreich-gemacht, weil jeder da hereinfahren kann. Und die richtige Reaktion war, wir haben zwei Antworten im Wahlkampf gehabt. Wir haben gesagt, City-Maut. Da haben wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner beschlossen, nicht in dieser Legislaturperiode. Die zweite Antwort heißt Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung, und zwar in allen dicht verbauten Stadtgebieten. Es gibt zwei Bezirke, die massiv dagegen geredet haben, also eigentlich sind es drei. Nur in einem Bezirk gibt es eine rot-grüne Mehrheit, im 18. Aber zwei Bezirke haben massiv dagegengeredet, 13. und 19. Was wird dort sein? Der Kollege Gerstbach hat uns in der Parkraumbewirtschaftungskommission ausrichten lassen, zuerst sollen wir ihm die U4 nach Auhof zahlen. Warum sollen wir die U4 um eine halbe Milliarde nach Auhof zahlen, nur damit er keinen Gratisparkplatz für die ganze Westeinfahrt hergibt? Was wird passieren? Es wird im 14. Bezirk eine

Parkraumbewirtschaftung geben und alle Leute werden gratis parken im 13. Kollege Mayer, blöd gelaufen. Hietzing wird zugeparkt werden. Blöd gelaufen.

Döbling: Alle Leute aus Klosterneuburg, die ganzen WU-TUs werden alle da draußen parken. WU-TUs, Wien-Umgebung und Tulln, die sogenannten einkommensstarken Bezirke werden ihre Autos in Döbling abstellen. Bis herunter zur Glatzgasse wird alles zugeparkt sein. Blöd gelaufen für den Herrn Tiller. Und dann noch herzugehen und zu sagen: Ja, wir haben so eine Verkehrsmisere, wir brauchen dringend eine Volksgarage. Na, warum sollen wir ihm jetzt auch noch eine Garage um fünfeneinhalb Millionen zahlen? Na, da wären wir doch a'grennt, ich meine unglaublich! Also noch einmal: Wir brauchen die Parkraumbewirtschaftung, weil wir sonst die PendlerInnenmassen aus dem Umland nicht bewältigen können. Es wird nicht anders gehen, als solche Maßnahmen zu setzen.

So, und diese Geschichte haben wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner, gemeinsam mit den Bezirken beschlossen. Einen Monat Parken habe ich ja gesagt. Und was auch noch ganz wichtig ist, wir werden uns die Ampelschaltungen anschauen. Wir werden uns anschauen, ob die öffentlichen Verkehrsmittel beschleunigt werden können, ob da in Wirklichkeit das eine oder andere Ding an den Ampeln gedreht werden kann. Das ist ganz, ganz wichtig. Dann wird es vielleicht möglich sein, einfach weniger MIV in Wien zu haben. Ziel wäre ein Drittel. Das werden wir in einer Legislaturperiode nicht schaffen. Aber wir werden den ÖV auf 40 Prozent steigern und wir werden in Wirklichkeit, und das kann man jetzt in Wien auch schon sehen, der Kollege Chorherr wird dann darüber reden, Radfahren massiv bewerben. 5,5 Prozent waren es vorher, nicht 8 Prozent, das hätten wir gerne gehabt. Und wenn wir das Radfahren, die Zahl, verdoppeln können, haben wir viel Erfolg gehabt. Schauen Sie auf die Straße hinaus! Es fahren ganz viele Leute mit dem Fahrrad.

Und wie gesagt, die Parkraumbewirtschaftung wird uns helfen, weil dann weniger Autos auf öffentlichem Grund stehen. Das ist nichts anderes als eine Privatisierung des öffentlichen Guts. Wenn jemand sein Auto hinstellt, dann kann niemand anderer das tun. Er und sie bezahlt dort nichts dafür. An sich ist es notwendig, dafür öffentlich Geld einzuheben und das Geld (*Aufregung bei GR Dipl.-Ing Roman Stiftner.*) in Maßnahmen zu setzen, die der Öffentlichkeit zugute kommen, das heißt, Verkehrsberuhigung, öffentlichen Verkehr verbessern und letztendlich in Wirklichkeit auch für die AutofahrerInnen was tun, damit man schneller und vielleicht doch ein bisschen flüssiger durch die Straßen fahren kann. Und das sind die Bezirke 10, 12, 14 bis 18. Im 21., im 11., im 22., im 23. Bezirk denkt man über Insellösungen nach, wo es notwendig ist.

Ja, und es gibt auch Konflikte mit dem Koalitionspartner, ja, die gibt's auch. Das war von vornherein klar. Es gibt einen Konflikt rund um die Geblergasse. Das ist ein lokaler Konflikt im 17. Bezirk. Und es gibt einen Dissens zur Lobauautobahn. Die Lobauautobahn, das ist eine Sache, die wir diskutieren werden, die wir mögli-

cherweise mit einer BürgerInnenbefragung lösen werden. Aber Faktum ist, wie geht Niederösterreich mit dem Ding um? Niederösterreich braucht eine Autobahn, und zwar nach Bratislava im Norden die sogenannte S8. Dann kommt in Wirklichkeit, der Herr Zibuschka richtet den Wienerinnen und Wienern aus: Da wird die Sackautobahn gebaut. Sackautobahn klingt ja einmal nicht schlecht. Das ist die Lobauautobahn bis zur B3, das wird gebaut. Wurscht, was dort fährt, es muss eine Autobahn her. Warum? 500 m östlich der Landesgrenze gibt es dann einen Gewerbepark nach dem anderen, oder Servicepark heißt das. Servicepark Aderklaa ist in Wirklichkeit eine gefährliche Drohung für Wien, weil dort die Kommunalsteuer hinrinnt. Das können wir nicht brauchen. Die Niederösterreicher wollen in Wirklichkeit das Geld der Wiener und Wienerinnen einsacken und das geht nur dann, wenn es die Lobauautobahn gibt. Das ist auch der Grund, warum wir GRÜNEN nicht dafür sein werden.

In dieser Situation brauchen wir vom Bund Geld oder auch von Niederösterreich Geld für den Ausbau der Schnellbahnen ins Umland. Das wird ohne das nicht gehen. Schnellstraßenbahnen sind eine Möglichkeit und last but not least gibt es zwei Dinge, die uns wichtig sind in der Verkehrspolitik: Das eine ist in Wirklichkeit, wir wollen massiv die Todesrate im Verkehr senken. Jetzt gibt es noch immer viele, viele Gebiete in Wien, und zwar sticht ein Bezirk wiederum besonders heraus: Kein Tempo 30 flächendeckend im 19. Bezirk. Das muss man sich wieder anschauen, zwei größere FußgängerInnenunfälle, einer am Zebrastreifen, zu schnell gefahren, Verkehrstote gibt's im 19. Bezirk. Das muss man sich anschauen. Wir wollen 30 Stundenkilometer, wir werden das sukzessive in ganz Wien bekommen.

Und letzter Punkt in dem Fall zum Verkehr, dann gehe ich noch auf ein anderes Thema kurz, und zwar ist es das Carsharing. Ja, wir wollen in Wien Carsharing forcieren. Es wird mehrere BewerberInnen geben. Wir werden versuchen, da unter einem Dach gemeinsame Sache zu machen. Es werden Private sein und nicht die Stadt Wien. Wir werden die Voraussetzungen auf öffentlichem Gut, auf öffentlicher Fläche, nicht in der Garage, sondern draußen schaffen, um Carsharing-Plätze zu bekommen. Da sind wir gerade dabei, uns das anzuschauen.

Jetzt könnte ich Sie natürlich noch ärgern und sagen, ja, wir wollen ganz viel Verkehrsberuhigung in den Bezirken. Das steht im Koalitionsübereinkommen drinnen. Viele, viele Fußgängerzonen, FußgängerInnenzonen und last but not least haben wir den autofreien Ring zumindest an manchen Tagen nicht vergessen.

Also wie gesagt, das war der Verkehrsteil. Jetzt möchte ich noch ganz kurz einen Teil, der mir wichtig ist, aus der Planung oder BürgerInnenbefragung sehr hervorheben, die Lokale Agenda 21, wo der Kollege Gerstl ja auch drinnensitzt. Auch die FPÖ ist durch einen Vertreter vertreten, den wir noch nie gesehen haben. Das wurde 2003 begonnen. Viele, viele Diskussionen hat es gegeben, wie es weitergeht.

Es gibt also den Plan, nach 2013 die Agenda wieder neu aufzusetzen und – das ist ganz wichtig – diese Loka-

le Agenda 21 beschäftigt sich vor allem mit vielen Themen, die die Leute wirklich brennt. Das ist Mobilität, öffentlicher Raum, Alt, Jung und der interkulturelle Dialog. Und das gibt's jetzt in fünf Bezirken: 23, 22, 8, 4 und 9. Da geht es vor allem um Nachhaltigkeit, BürgerInnenbeteiligung und auch in der Ertüchtigung, Leute sollen empowered werden, um es neudeutsch zu sagen, an der Politik wieder teilzuhaben. Wichtig noch einmal, BürgerInnen sollen herausgeholt werden und gemeinsam mit Verwaltung und Politik im Bezirk, wenn man so will, Politik machen.

Ich habe noch 23 Minuten, die werde ich Ihnen jetzt einmal schenken. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): So sprach also Benzinbruder Maresch zu uns. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)*

Man hat wieder ganz deutlich gemerkt, bei Autos kennt er sich wirklich aus, unser PS-Freak. *(Heiterkeit bei GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* Bei den Radfahrern hängt er dann schon ein bisschen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ja genau. Du weißt ja nicht mehr, wo hinten und vorne ist.)* Aber er hat zum Beispiel eine gute Idee gebracht, die Ampelschaltungen *(Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.)* vielleicht irgendwann einmal zu optimieren. Das hat uns der Vorgänger der StRin Vassilakou, der Rudi Schicker, seit 2004 erzählt von der grünen Welle, die es bis heute nicht einmal ansatzweise gibt. Ich habe es erst gestern wieder gemerkt, wie ich um 22.30 Uhr - kannst weghören, es geht um den 22. Bezirk - von der A23 auf die Erzherzog-Karl-Straße bis nach Aspern gefahren bin zusammen mit ungefähr drei, vier anderen Autos. Von fünf Ampeln waren drei auf Rot! Nicht dass irgendein Querverkehr gewesen wäre. *(GR Mag Christoph Chorherr: Das haben wir eben kritisiert!)* Wir haben uns halt an der Ampel angestellt, haben uns angeschaut und gewartet, ob irgendwer kommt. Es kommt kein Auto, aber man steht dort. Es ist jetzt wurscht, ob es 22.30 Uhr ist, 0.30 Uhr oder 3.30 Uhr. Das ist ganz egal. Die Erzherzog-Karl-Straße, eine wichtige Einfallstraße, da steht man im Auto bei jeder zweiten Ampel und wenn man ein Pech hat, bei jeder Ampel. Also wenn die GRÜNEN da etwas zusammenbekommen, sage ich: „Hut ab.“ *(Zwischenrufe von den GRen Mag Rüdiger Maresch und Dipl-Ing Martin Margulies.)*

Zur gleichen Zeit, wenn ich die grüne Idee höre, Carsharing, sind wir dafür. Aber dass man die Autos jetzt auf die Laterndparkplätze stellt, dann sage ich gleich wieder: „Hut auf.“ Das ist nicht die gute Idee aus unserer Sicht *(Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)*, weil man die so wie bis jetzt auf brachliegenden Grundstücken, in Garagen abstellen kann. Man muss halt die ganze Sache mehr bewerben. Wie gesagt, wir sind nicht gegen Carsharing, aber deswegen braucht man nicht die Parkplätze, die ohnehin immer knapper werden, mit den Carsharing-Autos verstellen.

Beim Kollegen Chorherr war mir nicht ganz klar, jetzt reden wir einmal von 30 Millionen. Die glaube ich auch nicht, ja. Aber jetzt habe ich schon ungefähr 27 Mal in den Medien gelesen, dass der Ring-Radweg neu, wie wir ihn bezeichnen, 8 Millionen EUR kosten wird. Dem ist nie widersprochen worden. Die genauen Kosten wissen wir bis heute nicht, weil wir ja die Aktenstücke immer zierweise bekommen. Einmal sind es 400 000, einmal sind es 800 000, einmal wird ein Baum umgehackt, jetzt werden wieder drei Bäume von den GRÜNEN umgehackt. Und da gebe ich dem Kollegen Stiftner schon recht: Natürlich ist es ein Prestigeobjekt, ein Prestigeobjekt der Begierde für die GRÜNEN, die sich da mit dem Ring-Rund-Radweg neu bei ihrer Klientel beweisen wollen. Das ist auch alles zu verstehen. Das Ganze ist aus unserer Sicht ein bisschen teuer und ist deswegen schon übertrieben, weil der bestehende Ring-Radweg aus unserer Sicht nicht überlastet ist. Ich fahre ihn selbst oft genug und er ist ja auch nicht in seiner Planung stringent, weil beim Parlament, Kollege Chorherr, ich glaube, das wird so bleiben, weil die neugebaute Parlamentsrampe natürlich nicht mit einem Radweg bepinselt werden darf, da fährt man erst wieder auf den angeblich überlasteten Ring-Radweg alt rüber, zumindest jetzt ist es so. Wenn man von der Rathausgarage da drüber kommt, ist dann ein Pfeil rüber (*GR Mag Christoph Chorherr: Das geht dort weiter!*), man muss über die Ampel auf den alten Ring-Radweg und kann dann bestenfalls, aus meiner Sicht, nach der Bellaria wieder auf die andere Seite wechseln. Das ist aber auch nicht Sinn und Zweck der Sache. Wenn wir vielleicht einmal im Planungsausschuss eine Gesamtplanung zu Gesicht bekommen würden und auch eine Gesamtkostenaufstellung, dann würden wir alle von der gleichen Sache reden, vielleicht von zwei verschiedenen Richtungen, da werden wir uns nie ganz einig werden, aber das wäre im Sinn der Sache. Vielleicht treffen wir uns irgendwo dazwischen.

Ich möchte noch kurz drei Beispiele anführen, die aus unserer Sicht plastisch darstellen, wie man Stadt- und Verkehrsplanung in Wien eigentlich nicht machen sollte und ich bleibe gleich ganz in der Nähe, nämlich auf der Währinger Straße, wo auch eine Planung vorliegt. Da ersuche ich auch den Kollegen Chorherr und die Frau Stadträtin, sich das Projekt noch einmal anzusehen, weil hier in einem Bereich zwischen Schwarzspanierstraße und dem Rooseveltplatz 20 bis 25 Parkplätze durch einen Mehrzweckstreifen verloren gehen sollen. Und wir sagen, ohne Not verloren gehen sollen, weil dieser Mehrzweckstreifen - wir sind an und für sich gegen Mehrzweckstreifen, die meisten Radfahrer, glaube ich, auch, weil sie einfach gefährlich sind, weil die Autofahrer die meiste Zeit am Mehrzweckstreifen fahren sollen, bis ein Radfahrer kommt, dann sollen sie rausfahren und dann wieder hinfahren, beim nächsten wieder raus, dann wieder hinein, irgendwann übersieht man einen Radfahrer und schiebt ihn zusammen. Das ist nicht im Sinn der Sache. Und wir sagen auch, dieser Radweg, dieser Mehrzweckstreifen, vernichtet 25 Parkplätze in einer Gegend, wo es noch eine funktionierende Nahversor-

gung mit kleinen Geschäften gibt. Und diese Geschäftsleute wissen, wovon sie sprechen, wenn man ihnen ein paar Parkplätze wegnimmt, auch wenn nicht immer einer frei ist. Aber es ist natürlich ein Unterschied, wenn man weiß, dort gibt es überhaupt keinen Parkplatz, dort fahre ich gar nicht hin, wenn ich mit dem Auto unterwegs bin oder wenn ich weiß, es gibt dort theoretisch einen Parkplatz und manchmal bekomme ich einen oder meistens bekomme ich einen, dann fahre ich dort hin, parke mich ein und kaufe dort was. Und jeder Kunde, der bei solch kleinen Geschäften dann woanders hingehet, weil er eben keine Parkmöglichkeit mehr hat, tut diesen Leuten weh, weil das ja keine Umsatzkaiser sind.

Zwei Vorschläge hätte ich als Radweglaie - ich bin nicht so ein Experte wie der Kollege Chorherr, das meine ich dieses Mal auch im Ernst -, wie man das vielleicht anders lösen könnte und die Parkplätze dort erhalten könnte. Zum Ersten könnte man die Schwellen weggeben, weil die echt gefährlich sind. Ich bin eine halbe Stunde dort gestanden, habe mit den Geschäftsleuten geredet und die Leute gehen natürlich nicht alle bei der Ampel hinüber, wie es sich gehört. Aber es fahren auch nicht alle Nationalratsabgeordneten mit dem Rad so, wie es im Gesetz vorgeschrieben ist. Die Leute gehen natürlich bei den Schwellen über die Straße. Die sind schon lange nicht mehr gekennzeichnet beziehungsweise die Farbe ist abgeblättert und drei Leute sind beim Darübergehen gestolpert und haben Glück gehabt, dass keine Straßenbahn oder kein Auto kommt, weil sie sonst unter dem Auto oder unter der Straßenbahn gelegen wären. Also diese Schwellen sind gefährlich. Man könnte diese Schwellen weggeben und das genauso lösen, wie man es auch stadtauswärts macht, nämlich die Straßenbahn bekommt zuerst Grün, fährt zuerst weg und die Autos können sich hinten anstellen. Aber stadtauswärts braucht man keine Schwellen und das Ganze funktioniert genauso. So könnte man das stadteinwärts auch lösen. Der Plan ist ja, einen Radweg vom Gürtel, wie ich gehört habe, bis zum Ring zu machen, wobei mir die Radwegführung neben dem Sigmund-Freud-Park noch nicht ganz klar ist. Aber vielleicht bekommen wir das auch irgendwann zu sehen.

Die zweite Lösungsmöglichkeit aus unserer Sicht wäre die, dass man von der Schwarzspanierstraße über die Güntherstraße hinten durch den Votivpark und dann weiter durch den Sigmund-Freud-Park geht. Es gibt dort sehr viele Wege. Da könnte man einen Weg als Radweg widmen beziehungsweise verordnen. Das wären zwei Vorschläge, wo ich glaube, allen gedient wäre, weil die Radfahrer nicht auf dem aus unserer Sicht gefährlichen Mehrzweckstreifen fahren würden und die Geschäftsleute ihre Parkplätze behalten könnten. Also mein Ersuchen an den Kollegen Chorherr und die zuständige Stadträtin ist, dieses Projekt noch einmal zu überprüfen.

Das zweite Projekt, das ich ganz kurz ansprechen will, sind die Waagner-Biro-Gründe im 22. Bezirk, weil die StRin Brauner heute von ihrem grandiosen Spatenstich für das Büroprojekt STAR 22, glaube ich, heißt es, berichtet hat. Das ist alles in Ordnung, wir sind auch für das Projekt. 500 Wohnungen sollen entstehen, Arbeits-

plätze und, und, und. Alles gut, wir werden nie was dagegen sagen. Die StRin Brauner macht es so, sie fährt um 10 Uhr, 11 Uhr, wenn wenig Verkehr ist, mit dem Dienstauto dort hin, steigt aus, redet ein bisschen was, lächelt in die Kameras und macht den Spatenstich.

Dann fährt sie wieder ins Rathaus und bekommt nichts von dem Verkehrschaos mit, das dort, bevor noch das Gebiet entwickelt ist, jeden Arbeitstag herrscht, weil die Kreuzung Erzherzog-Karl-Straße/Stadlauer Straße – das wird mir die Kollegin Schrödl bestätigen - beziehungsweise die Kreuzung Hirschstettner Straße/Stadlauer Straße zu den meist befahrensten im 22. Bezirk zählen. Dort steht jeden Tag in der Früh alles und auch am Abend alles. Dieses Projekt liegt seit Jahr und Tag auf dem Tisch und wir haben in der Bezirksvertretung schon oft gefragt, den BV Scheed gefragt: Wie stellt's ihr euch das vor, wenn dort ein paar Hundert Leute, ein paar Tausend Leute zusätzlich einziehen, ein paar Hundert Leute arbeiten, wie der Verkehr bewältigt werden soll? Weil heute schon in der Früh - schaut's euch das einmal an - zwischen 7 und 9 Uhr wenn man von Hirschstetten kommt und die Stadlauer Straße runterfährt, um zum Beispiel auf die A23 zu gelangen, es sich bis Hirschstetten zurückstaut. Dann fährt man im Schrittempo bis zur Unterführung und nachher gibt es zwei Spuren, wobei eine eine Busspur ist, die man nicht befahren darf. Das machen die Autofahrer aus gutem Grund dann natürlich doch, denn sonst würde sich das Ganze bis Breitenlee oder Süßenbrunn zurückstauen. Natürlich stellt sich dort die Polizei genau auf die Busspur hin und straft die Autofahrer ab. Das finde ich nicht sinnvoll, denn die Autofahrer machen genau das - dort fährt alle viertel oder halbe Stunde ein Bus -, was ein jeder intelligente Verkehrsteilnehmer macht: Er fährt halt dann so, dass es nicht unbedingt jemand anderen gefährdet, damit der Verkehr flüssiger bleibt. Und jetzt staut es dort schon jeden Tag. Es spielen sich in diesem Bereich Wild-West-Szenen ab. Und dann möchte man dort noch ein paar Tausend Leute ansiedeln und ein paar Hundert Arbeitsplätze schaffen, ohne eine Planung zu haben, wie der Verkehr zu- und abgeführt werden kann! (*Aufregung bei GRin Karin Schrödl.*) Sie wurde uns noch nie vorgestellt, Kollegin Schrödl, und man stellt ja die Objekte jetzt schon direkt an die Erzherzog-Karl-Straße, sodass dort eine Verbreiterung nur mehr sehr schwer möglich ist. Das ist das zweite Beispiel, wie man Stadt- und Verkehrsplanung ineinanderfließend aus unserer Sicht nicht machen sollte, außer die SPÖ und die GRÜNEN sagen uns jetzt noch, wie das geplant ist. Dann nehmen wir den Hut wieder runter.

Und das dritte und letzte Beispiel jetzt schon im sehr großen Rahmen wurde heute bereits in der Generaldebatte angesprochen, was man nicht machen sollte, wenn man die Leute zum Umsteigen auf die Öffis bewegen will, nämlich die Tarife erhöhen. Das sollte man in keinem Fall tun, das ist ein schwerer Fehler, weil etwas teurer zu machen, kann wohl nicht große Anreize schaffen, dann zuzugreifen. Die rot-grüne Regierung ist drauf und dran, im Herbst zumindest den Preis für den Einzelfahrschein erneut hinaufzusetzen, wie schon gesagt, auf

2 EUR im Vorverkauf und 2,40 EUR bis 2,50 EUR im Fahrzeug. Gegen diese aus unserer Sicht unintelligente Maßnahme, die nur zum Füllen der Stadtkassa dient, sprechen wir uns hier und heute auch mit folgendem ganz einfachen Antrag aus:

„Der Gemeinderat spricht sich gegen jede Erhöhung bei den Tarifen der Wiener Linien aus.“

Wir ersuchen morgen um sofortige Abstimmung, nachdem alle Geschäftsgruppen abgehandelt sind, und ich ersuche um einstimmige Annahme dieses Antrages. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr GR Lindenmayr. Ich erteile ihm das Wort.

GR Siegi **Lindenmayr** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Seit heute in der Früh geht mir ein Mark Twain Zitat nicht aus dem Kopf, der sagt: „Eine gute Rede hat einen guten Anfang und ein gutes Ende und beides sollte möglichst dicht beisammen liegen.“ Das ist leider nicht möglich gewesen, weil es in der Präsidiale nicht möglich war, dass man sich auf Redezeitbeschränkung geeinigt hat. Das hätte aber die ganze Debatte so spannend gemacht, dass vielleicht das Fernsehen freiwillig gekommen wäre, um unsere Sitzungen live zu übertragen. Da gab es ja bei der vorherigen Geschäftsgruppe einen Antrag. Aber ich denke, so, wie das heute abgelaufen ist, ist das ja nur in Diktaturen, dass man das Fernsehen dazu zwingen kann, live zu übertragen, denn egal, ob das jetzt 20 Minuten waren oder 40 Minuten, speziell bei Ihrer Fraktion, da denke ich mir, da ist ja das Testbild noch deutlich spannender als das, was da heute geboten worden ist. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) 40 Minuten Redezeit. Ich habe mir überlegt, was man in 40 Minuten alles machen kann, weil wir die Geschäftsgruppe Verkehr haben. Ein Fußgeherin oder Fußgeher kann etwa 3 bis 5 km, je nachdem, wie schnell er ist, in dieser Zeit zurücklegen, eine Radfaherin oder ein Radfahrer etwa 15 bis 20 km. Bei den Öffis wird es schon schwerer, da ist man in 40 Minuten schon sehr, sehr weit. Also wenn man zum Beispiel nachschaut, vom Rathaus ins Stadion ist man in 10 Minuten, nach Schönbrunn braucht man 20 Minuten, ins Donauzentrum 25 Minuten und in die SCS von hier vom Rathaus braucht man 40 Minuten. Also immerhin, was eine Redezeit ist, ist man schon in der SCS. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ja gut!*) Lediglich auf den Kahlenberg braucht man dann schon 45 Minuten. Den MIV lass' ich jetzt weg, weil in der Stadt sind 90 Prozent der Wege unter 5 km. Man kann diese Zeiten und diese Entfernungen alle nachprüfen. Auf „wien.at“ gibt es einen direkten Link zu „www.anachb.at“. Da kann man sogar auswählen, ob man zu Fuß gehen will, ob man mit dem Rad fährt, ob man mit den Öffis fährt oder ob man mit dem Auto fährt, und es wird einem genau angezeigt, wie lang man mit welchem Verkehrsmittel braucht. Das ist vielleicht gar nicht so unwichtig, weil oftmals weiß man gar nicht, man unterschätzt das oder überschätzt das, mit welchen Verkehrsmitteln man wie lange braucht. Also

beispielsweise vom Rathaus ins Kunsthaus Wien – ich hab' vorhin noch nachgeschaut - mit dem Fahrrad 24 Minuten, mit dem Öffi 20 Minuten, zu Fuß, geb ich zu, ist es schon länger, da sind es 49 Minuten und mit dem Auto braucht man immerhin doch auch 18 Minuten, weil man ja dorthin gehen muss, wo das Auto geparkt ist und man muss dort einen Parkplatz suchen und Ähnliches. Also außer dem Fußweg ist alles andere ziemlich ähnlich (*GR Anton Mahdalik: Können wir das Testbild haben?*).

Es gibt aber noch einen anderen Vergleich, weil das mit dem Verkehr so abgetan wird, ja, wir sind die Verkehrsvertreiber und so weiter, und da wird das doch ein bisschen verniedlicht, was in 40 Minuten weltweit passiert. In 40 Minuten sterben weltweit statistisch 80 Personen im Straßenverkehr, alle 30 Sekunden stirbt weltweit jemand im Straßenverkehr. Das sollte man nicht unterschätzen, ja. Es gab einen Medienaufruhr wegen SARS, das ist alles berechtigt, Vogelgrippe, EHEC, Schweinegrippe, et cetera, et cetera. Aber im Straßenverkehr sterben laut WHO weltweit insgesamt 1,2 Millionen Menschen (*GR Mag Wolfgang Jung schüttelt den Kopf.*), da können Sie noch so den Kopf schütteln (*GR Mag Wolfgang Jung: Ich schüttle über Sie den Kopf, wie Sie über den Straßenverkehr reden!*), und das ist ein Verkehrstoter in 30 Sekunden.

In Österreich sind es derzeit etwas über 500 Tote. Wir haben das zum Glück schon stark abgesenkt. In den 70er Jahren waren es 2 500 Verkehrstote jährlich. Das heißt, in ganz Österreich sind seit 1960 etwa 25 000 Menschen gestorben. Das ist also mehr als die Josefstadt Einwohner hat. Das heißt, seit 1960 ist im Straßenverkehr in Österreich ein ganzer Bezirk, nämlich die Josefstadt, gestorben. Wenn man berücksichtigt, dass Forscher sagen, in wenigen Jahren werden 70 Prozent der Erdbevölkerung in Städten leben, für Wien prognostiziert man ja, dass es statt 1,7 Millionen wie derzeit 2 Millionen sein werden, dann muss man berücksichtigen, ich hab es eh schon einmal gesagt, wir brauchen ständig eine Überarbeitung unseres Zusammenlebens. Wir dürfen das nicht bagatellisieren. Und da sind der Umwelt- und der Klimaschutz noch gar nicht berücksichtigt. Wir müssen also ständig darüber nachdenken, ob die Regeln des Zusammenlebens nämlich jenseits der Straßenverkehrsordnung auch funktionieren. Nur zu dem, von wegen wir würden vertreiben.

Die Zielsetzung des Masterplan Verkehr ist ja auch kein Geheimnis, das ist auch jederzeit im Internet nachzulesen. Und ich möchte das ganz kurz zitieren und in Erinnerung rufen, was wir hier in diesem Haus beschlossen haben. Zitat: „Die städtische Verkehrspolitik ist mit zahlreichen widersprechenden Trends und Konflikten zwischen Wirtschafts- und Raumordnungspolitik sowie Umwelt und Verkehrspolitik konfrontiert. Oft stehen diese Entwicklungen im Gegensatz zu den Zielen des Masterplans. Intelligente Innovationen sind gefragt, um die bevorstehenden Herausforderungen zu bewältigen und die Zielkonflikte zu lösen. Für die Mobilität gilt, dass in erster Linie folgende Punkte angepeilt werden: Verkehrsvermeidung im Sinne einer mobilitätssparenden Stadtentwicklung und Raumordnung mit hoher Lebens-

und Erlebnisqualität in der Stadt, Verkehrsverlagerung durch Verhaltensänderungen.“ Im Masterplan Verkehr 2003 steht auch noch deutlich drinnen: „Verminderung des motorisierten Individualverkehrs auf 25 Prozent aller Wege, die Erhöhung des Radverkehrs möglichst rasch auf 8 Prozent.“ Jetzt haben wir uns im Regierungsübereinkommen auf 10 Prozent geeinigt. „Die Steigerung des öffentlichen Verkehrs von 34 auf 40 Prozent, die Steigerung im Stadtgrenzen überschreitenden Verkehr und so weiter, und so weiter.“ Zitat Ende.

Unsere Geschäftsgruppe beinhaltet ja sehr viele Magistratsabteilungen. Nachdem in letzter Zeit die Redner die 40 Minuten nicht ausgeschöpft haben, werde ich es auch nicht ganz tun, werde aber auf einige Verkehrsarten speziell eingehen, obwohl sie gar nicht unsere Geschäftsgruppe betreffen. Die drei Anträge der ÖVP, nämlich die U1-Verlängerung nach Rothneusiedl - wie gesagt, das gehört eigentlich nicht in unsere Geschäftsgruppe, ist aber da eingebracht worden. Da muss ich eines ganz klar und deutlich sagen, warum wir diesen Antrag ablehnen werden, denn selbstverständlich sind wir für die Verlängerung der U-Bahn nach Rothneusiedl. Selbstverständlich waren wir immer dafür. Das ist auch schriftlich festgehalten. Wir sind auch weiterhin dafür. Nur was hier genau verlangt wird, nämlich ein genauer Verlauf in der Detailplanung, et cetera, ist erstens einmal für die Grundstücksbesitzer dort - ich weiß nicht, ob die ÖVP-Favoriten vielleicht dort irgendwas hat - eine Lizenz zum Gelddrucken. Andererseits haben wir immer gesagt, sobald dort die ersten Wohnbauten oder Arbeitsstätten errichtet werden, erst dann wird mit dem Bau der U-Bahn begonnen. Die U-Bahn wird eines Tages dort hinfahren, aber erst, wenn dort Menschen wohnen oder arbeiten werden. Daher werden wir diesen Antrag ablehnen.

Dann gibt es noch einen zweiten Antrag, nämlich den U-Bahn-Ausbau ins Wiener Umland. Die Gespräche werden ja geführt. Da braucht man keine Anträge einzubringen, sondern wenn die ÖVP einfach eine Erklärung des Landeshauptmanns von Niederösterreich gebracht hätte, dass der sagt, ja, ich habe die Gespräche mit dem Bund geführt, die Finanzierung ist gesichert, wir übernehmen auch die Betriebskosten, et cetera, et cetera, dann hätten wir selbstverständlich dem Gesamten zugestimmt. Aber einfach nur verlangen, die Wiener sollen halt die Verlängerung der U-Bahn ins Umland zahlen, dem werden wir so ganz sicher nicht zustimmen. Daher werden wir auch diesen Antrag ablehnen. Wie gesagt, nicht vom Grundsatz her, aber wenn der Landeshauptmann von Niederösterreich - ihr könnt's ja einmal gemeinsam eine Konferenz machen, Wiener ÖVP und niederösterreichische ÖVP, die übrigens, haben wir ja auch heute erfahren, noch mehr in der Kreide steht als das Land Kärnten. Jedenfalls werden wir diesen Antrag ablehnen.

Dann gibt es noch einen Antrag, nämlich den zum Hauptbahnhof. Auch da haben wir immer wieder dieselbe Geschichte. Eine Zeit lang war es die U2, jetzt ist der neue Trick, die U5 möge dort hinführen. Sie wissen ja ganz genau, auch das haben wir schon mehrmals abgehandelt, die U2 fährt ja dort deshalb ins Wohngebiet, weil

es dort gilt, 30 000 Menschen in die Schule, an den Arbeitsplatz, et cetera hin und wieder weg zu bringen. Daher wird sie nicht zum Südbahnhof oder jetzt zum Hauptbahnhof geführt. Jetzt nennen Sie es U5 und erfinden so Dinge wie Leerverrohrungen. Bei Leerverrohrungen denke ich im ersten Moment immer an die leeren Schläuche, wo man dann Drähte einzieht. Das macht man vielleicht bei Hausbauten oder bei Büros, dass man dann Computerleitungen nachzieht. Aber Leerverrohrungen, wo Sie offensichtlich meinen, riesige Tunnelanlagen sollen da jetzt schon für eine U-Bahn errichtet werden, die vielleicht nie fährt, das ist Geld Rausschmeißen. Und Sie sind dann zu Recht die Ersten, die sagen, da muss das Kontrollamt überprüfen, was denn da für ein Unsinn gemacht worden ist. Jedenfalls werden wir auch diesen Antrag ablehnen.

Zum Modal-Split generell komme ich ein bisschen später, ich habe eh noch genug Zeit. Ich möchte mich dem Radfahren etwas länger widmen. Die Sozialdemokratie am Alsergrund - es ist ja zuerst der Radweg auf der Währinger Straße gekommen, zu dem komme ich gleich - beschäftigt sich schon seit vielen, vielen Jahren mit dem Fahrrad als Verkehrsmittel und auch als Sportmittel. Da ist die Jahreszahl 1997 eine gute Zahl, nämlich 1997 war der Alsergrund gemeinsam mit Hietzing Radfahrermusterbezirk, also Mehrzweckstreifen, Radfahren gegen die Einbahn, et cetera, das haben wir gemacht. Aber noch viel spannender ist es, wenn man sich die Jahreszahl 1897 anschaut, denn da wurde der Arbeiterradfahrerverein Wien IX gegründet, der mit vollem Namen „Arbeiterradfahrerbund Karl Marx“ geheißen hat. Das finde ich recht witzig. Vielleicht ist daher die innere Abneigung der FPÖ so gegen das Radfahren, weil Sie vielleicht irgendwann gelesen haben, die Radfahrer haben irgendwann einmal den Namen „Karl Marx“ getragen. Aber auch in anderen Bezirken hat es Arbeiterradfahrervereine gegeben. Also seit mehr als 110 Jahren wird am Alsergrund Rad gefahren, natürlich auch in ganz Wien und die Sozialdemokratie hat das damals schon in Vereinen organisiert. In der Zweiten Republik, in den 70er Jahren, ist der Modal-Split in Wien bei 67 Prozent gelegen und in den 90er Jahren ist er zu unserem Leidwesen, zu meinem Leidwesen leider doch auf etwa 60 Prozent abgesunken. Die PKW-Zahlen haben von 203 000 im Jahr 1970 bis zum Jahr 2000 auf bereits 700 000 Kfz zugenommen, das war das 3,5-Fache. Eine Umverteilung des öffentlichen Raumes zu Lasten des Radverkehrs und zu Lasten der Radwege hat leider stattgefunden. Radwege wurden aufgelassen. Ich kann mich erinnern, als Kind gab es viele baulich getrennte Radwege. Einbahnen wurden geschaffen, weil man Parkplätze gebraucht hat. Aber schon 1980 haben wir hier im Wiener Rathaus erkannt, wir brauchen eine Trendumkehr. Die haben wir am 29. April 1980 beschlossen. Ein paar Zahlen zum Vergleich: 1970 hatten wir 11 km Radwegenetz, 1986 168 km, also eine Verhundertfachtung, und am Ende des Jahres 2010 zum Rechnungsabschluss hatten wir 1 190 km. Das ist eine Verhundertfachtung seit dem Jahr 1970, also 100 Mal so viele Radwege als im Jahr 1970. Ich könnte Ihnen, wenn nötig, auch die Radwege nach Bezirken auf-

listen. Das lasse ich jetzt momentan einmal weg. Oder die Radwege nach Anlagearten. Ich möchte nur auf eine Anlageart momentan einmal speziell eingehen und das sind die Mehrzweckstreifen, weil mein Vorredner gemeint hat, Mehrzweckstreifen wären generell gefährlich und ganz speziell der auf der Währinger Straße stadteinwärts. Dazu muss man sagen, Mehrzweckstreifen sind ja geschaffen worden, um einen Kompromiss zu dem, was uns auch wichtig ist, herbeizuführen, nämlich möglichst viele Parkplätze zu erhalten. Man könnte die Parkstreifen normalerweise gleich ganz ausräumen und baulich getrennte Radwege schaffen. Ich habe heute in einer Presseaussendung des Kollegen Dworak auch gelesen, der gemeint hätte, warum macht man nicht mehr baulich getrennte Radwege? Na ja, das geht nun einmal nicht, man kann die Straßenbreiten, speziell im innerstädtischen Raum, nicht beliebig verbreitern. Daher gibt es unter anderem eben dieses Mittel der Mehrzweckstreifen. Ein Mehrzweckstreifen schaut im Allgemeinen so aus: Man hat 2,5 m Fahrbahn, dann 1,5 m oder wenn man es vom Gehsteig aus rechnet eben zuerst 1,5 m dieses Mehrzweckstreifens, dann 2,5 m Fahrbahn, insgesamt ist er dann im Regelfall 4 m breit. Normale zweispurige Fahrzeuge benützen eben diese 2,5 m und lediglich Fahrzeuge, die breiter sind, im Allgemeinen werden das Lastkraftfahrzeuge sein und Autobusse sein, benützen diesen Mehrzweckstreifen, diese 1,5 m mit, während er ansonsten ausschließlich den Fahrrädern vorbehalten ist. Das hat den großen Vorteil, dass hier ganz gesichert Autofahrer an Radfahrern vorbeifahren können oder auch umgekehrt, wenn eine Kolonne ist oder Ähnliches, während im Normalfall, wenn eine Fahrbahn insgesamt 3,5 m breit ist, dann dürfte ich als Autofahrer, wenn ich mich an die Verkehrsregeln halte, den Radfahrer nicht überholen, weil ich den Mindestabstand ja nicht einhalten kann. Das bedeutet, diese Mehrzweckstreifen sind auch für den Autofahrer oder die Autofahrerin eine Verbesserung und nicht nur für die Radfahrerin und den Radfahrer, und es funktioniert sehr, sehr gut. Wir haben das eben seit 1997 in einigen Straßen des Bezirks, wo es nicht anders möglich war, gemacht. Es gibt keine Unfälle und die Radfahrerinnen und Radfahrer fühlen sich sehr wohl. Nur vielleicht manche Autofahrer, weiß ich nicht, die ärgert das vielleicht, dass es da eigene Spuren für Radfahrer gibt. Das weiß ich nicht, ob das so ist. Jedenfalls ist die Währinger Straße eine überregionale Radfahrerverbindung. Daher werden wir diese Radverbindung - dort an dieser Stelle kostet es 15 Parkplätze und nicht, weiß ich jetzt nicht, irgendwas hat er mehr gesagt, mein Vorredner. Die schaffen wir aber schräg vis à vis auf der stadtauswärts führenden Seite etwas näher zum Ring, das heißt, wir schaffen sogar ein oder zwei Parkplätze mehr, das heißt, wir haben also mehr Parkplätze als vorher. Die Ladezone wird verlegt. Es ist kein Verlust oder kein Gewinn an Abstellplätzen, aber ein großer Gewinn für die überregionale Radverbindung Währinger Straße, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass dort sehr viele Studentinnen und Studenten mit dem Fahrrad unterwegs sind und es täglich mehr werden. Schauen Sie einmal in der warmen Jahreszeit, es wer-

den täglich mehr.

Wie auch überhaupt der Anteil jener, die nicht Freizeit fahren, sondern das Fahrrad verwenden, um in die Arbeit zu fahren, auch ständig im Steigen begriffen ist. Das Radwegenetz nach Bezirken lese ich Ihnen jetzt nicht vor. Das lasse ich jetzt aus.

Im Jahr 2010 wurden folgende Radwegeprojekte fertiggestellt, das wäre mir auch noch ganz wichtig: Im 2. Bezirk in der Wehlistraße und in der Engerthstraße, im 10. Bezirk in der Laaer-Berg-Straße von der Absberggasse bis zum Reumannplatz, im 11. Bezirk in der Swatoschgasse und in der Schemmerlstraße, im 14. Bezirk in der Astgasse, im 21. und 22. Bezirk in der Kürschnergasse, Sebaldegasse und Wagramer Straße. Radverkehrsanteile nach Wegezweck habe ich schon gesagt. Also wenn wir derzeit insgesamt 5,5 Prozent Radweganteil haben, sind es 8,4 Prozent, also deutlich mehr als der Durchschnitt, die mit dem Fahrrad in die Arbeit fahren, während es 6,4 Prozent sind, die in der Freizeit mit dem Rad fahren. Die Aufteilung nach Bezirken erspare ich Ihnen jetzt momentan.

Ich habe noch 22 Minuten und werde ein paar Minuten noch über den motorisierten Individualverkehr reden, speziell weil die Kollegin Matiassek dauernd davon gesprochen hat, es fehlen Garagen. Wir haben bis heute 243 gewerbliche Garagen mit 84 000 Stellplätzen, davon 8 300 – ich runde immer nur – gewerbliche Park-and-ride-Plätze. Konkrete Planungsüberlegungen gibt es für weitere 23 gewerbliche Garagenstandorte. Neu ist, dass das bisherige Volksgaragenprogramm durch Wohnsammelgaragen abgelöst wird. Überall, wo die Stellplatzauslastung im öffentlichen Raum 100 Prozent beträgt, wird die Machbarkeit und Zweckmäßigkeit untersucht. Das heißt noch nicht, dass gebaut wird, sondern es wird untersucht und die Tarifstruktur soll weiterhin leistbar sein.

Seit 1996 gibt es 12 Park-and-ride-Anlagen mit 8 700 Stellplätzen und weitere Planungsüberlegungen gibt es für 9 Park-and-ride-Anlagen. Auch das kann man im Internet unter „www.parkeninwien.at“ nachlesen, das ist ja kein Geheimnis. Das ist übrigens eine Website, die auch von der Wirtschaftskammer unterstützt wird. Da kann man nachlesen: Wo gibt es Garagenstandorte? Was kosten die für Dauerparker? Was kosten die für Kurzparker? Und es gibt dort auch einen Link, auch das ist von der Wirtschaftskammer unterstützt, zu einer Parkplatzbörse. Man kann dort nachlesen, wo es Parkplätze für Dauer- oder für Kurzparken gibt und man kann auch, wenn man Parkplätze hat, das selbst im Internet anbieten. Das funktioniert heutzutage schon sehr, sehr gut.

Parkraumbewirtschaftung ist heute schon vom Kollegen Maresch erwähnt worden. Ich möchte nur an ein paar Punkte erinnern, wofür die Mehreinnahmen zweckgewidmet sind, nämlich unter anderem eben für die Errichtung von Park-and-ride-Anlagen und auch für die finanzielle Unterstützung der Errichtung von Park-and-ride-Anlagen im Umland, Beschleunigungsprogramm öffentlicher Verkehr, et cetera, et cetera.

Zum Carsharing, weil es heute erwähnt worden ist,

Carsharing ist eine feine Sache, keine Frage. Man erspart sechs bis acht PKW in relativ kurzer Zeit, weil viele Menschen ja das Auto eben nicht täglich brauchen, sondern vielleicht ein Mal in der Woche oder ein Mal im Monat. Um ein funktionierendes Carsharing sicherzustellen, darf natürlich der Radius, in welchem Abstand es Carsharing-Plätze gibt, nicht so groß sein. Da ist es natürlich so, dass man sehr ernsthaft darüber nachdenken muss: Gibt es nicht genügend Garagen, wo diese Carsharing-Plätze situiert sind? Welche Möglichkeiten gibt es noch, um ein möglichst dichtes Netz an Carsharing zu machen?

Ich habe zwar jetzt noch Unterlagen für noch einmal 20 Minuten, aber ich nehme mir an meinen Vorrednern ein Beispiel (*GR Mag Wolfgang Jung: Fein!*) und komme daher schon zum Schluss, möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe bedanken, möchte mich bei der Frau Stadträtin bedanken und vor allem bei unserem Fraktionssprecher, dem Charly Hora, der besonders viel Arbeit hatte. Danke, Charly. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN sowie von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr der Herr GR Ing Mag Dworak. Ich weise darauf hin, dass ab jetzt die Redner nur mehr noch eine Redezeit von 20 Minuten haben. Bitte schön.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Für den Rechnungsabschluss der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr, und ich halte mich bewusst an die alte Formulierung, ist eigentlich der heutige Klubobmann der SPÖ, Rudi Schicker, zuständig. Meine Kritik zielt nämlich hier auf den Fortschrittsbericht 2010 des STEP 05, der im Vorjahr einige Tage vor der Wien-Wahl werbewirksam medial veröffentlicht worden ist. Die 13 Zielgebiete der Stadtentwicklung wurden und werden unserer Meinung nach nämlich nicht so vorangetrieben, wie dies durch einen Stadtrat beziehungsweise eine Vizebürgermeisterin erfolgen könnte. Es sollten nämlich für jeden definierten Stadtentwicklungsbereich eigene Teams für die Planung und vor allem für die anschließende Realisierung arbeiten. Diese Task Forces vermischen wir beim Vorgänger von Frau VBgmin Maria Vassilakou genauso wie bei ihr selbst. Wir sind daher der Meinung, dass dadurch der STEP 05 jeweils nur Stückwerk bleiben wird, meine Damen und Herren. Es passt ins Bild, dass man bereits an einem neuen Stadtentwicklungsplan arbeitet. Das erinnert frappant an ein neues Logo ohne Inhalte zur Imageverbesserung der jeweiligen Stadträte und weniger zum Nutzen der Wienerinnen und Wiener. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Erst mit der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN ist das offenbar schon vorher nicht sehr geliebte Ressort zu den GRÜNEN gewandert, aufgefettet um die Agenden von Klimaschutz, Energieplanung und Bürgerbeteiligung. Aber die neue StRin Vassilakou hat bereits ihre Duftmarken gesetzt: Nichts für die Fußgänger tun, mehr für die Radfahrer, Autofahrer massiv behindern und wenig für den öffentlichen Verkehr tun. Zusätzlich wurde ein Adap-

tierungsbericht zu den Zielgebieten des STEP 05 erstellt, relativ kurz, nachdem der Fortschrittsbericht zum STEP 05 im Vorjahr veröffentlicht wurde. Meine Ausführungen werden sich heute einerseits rund um die Problematik mit dem Radfahren in der Stadt beschäftigen, andererseits mit dem Grundlagenbericht zur Adaptierung vom 3.5.2011.

Kommen wir zum Radfahren, meine Damen und Herren. Zweifelsohne sind Radfahrer eine wichtige Gruppe von Verkehrsteilnehmern in der Stadt und haben ihren Platz. Aber Radfahren wird derzeit um fast jeden Preis gefördert, sei es der Ausbau des Ring-Radweges um viele Millionen - mein Kollege Stiftner hat bereits von 30 Millionen Steuergeld gesprochen - oder sei es ein Kongress zu höheren Ehren der Frau Vizebürgermeisterin zum Thema Radfahren. Dass dadurch die Fußgänger in Bedrängnis kommen, denn für die Sicherheit der Fußgänger, die beispielsweise auf dem Ring am Fußweg sind und plötzlich unbeabsichtigt auf den Fahrradstreifen treten, wird relativ wenig getan. Eine echte bauliche Trennung zwischen Fahrradwegen und Fußwegen ist nämlich nicht in diesen Radwegkonzepten vorgesehen. Bekannterweise ist der Anteil des Radverkehrs je nach Jahreszeit 4 bis 6 Prozent. Aber der Anteil der Verletzten, jener, die mit dem Rad unterwegs sind, beträgt allerdings mehr als 10 Prozent, das heißt, und da komme ich zum Schluss, dass Radfahren doppelt so gefährlich ist wie andere Verkehrsarten. Daraus glaube ich auch, dass zuerst nicht die Radwege zu forcieren sind, nämlich als Prestigeprojekt auszubauen sind, sondern die Geldmittel zuerst in Sicherheitsmaßnahmen zu investieren sind und dann erst die Radwege auszubauen sind. Dass Radfahrer teilweise wenig diszipliniert sind und langsamere Fußgänger und Radfahrer gefährden, hat selbst schon die Frau Vizebürgermeisterin bemerkt. Sie hat schon laut über Nummerntafeln und Ähnliches zur Disziplinierung nachgedacht.

Herausgekommen ist schlussendlich, meine Damen und Herren, ein zahnloser Radknigge ohne Konsequenzen für die Rad-Rowdies. Dass man von Seiten der GRÜNEN und der SPÖ laut über eine Nichtbenutzungspflicht von Radwegen, wenn diese vorhanden sind, nachdenkt, rundet das Bild der Ratlosigkeit beim Thema Radfahren in Wien ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kommen wir nun zum Thema U-Bahn, meine Damen und Herren. Die ÖVP hat mit einer Kooperation mit Niederösterreich und einer Verlängerung der U-Bahn ins Umland ihre Hausaufgaben gemacht. Die SPÖ und die grüne Vizebürgermeisterin haben das noch nicht gemacht. Wir haben Informationen, dass Niederösterreich Interesse hat, die U-Bahnen ins Umland zu führen. *(GR Mag Christoph Chorherr: Ja, wenn wir zahlen! – Aufregung bei den GRÜNEN.)* Offenbar haben das aber die GRÜNEN und die SPÖ bei weitem noch nicht gemacht. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ja wenn wir es zahlen!)*

Ich bringe Ihnen jetzt zwei Anträge ein, der erste betrifft die Schaffung einer verbesserten Anbindung des Hauptbahnhofes an das U-Bahn-Netz. Der Kollege Lindenmayr hat bereits von diesem Antrag gesprochen. Wir wissen, dass ungefähr im Jahr 2025 bis zu 120 000

Reisende und bis zu 1 000 Züge täglich am Hauptbahnhof ankommen und abfahren werden. Die Bündelung des Passagieraufkommens mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, meine Damen und Herren, wird neue Herausforderungen bringen. Wir stellen daher den Beschlussantrag:

„Die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtplanung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung sowie die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der Bauarbeiten für die Errichtung des Hauptbahnhofes die Leerverrohrungen für einen möglichen verkehrstechnischen Anschluss des Hauptbahnhofes an eine geplante Linie U5 installiert werden.“

In formeller Hinsicht fordern wir die sofortige Abstimmung.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun zum zweiten Antrag. Er betrifft die U1-Verlängerung nach Rothneusiedl. Ja, meine Damen und Herren, sicherlich ist das auch ein Thema, dass Grundstücke entlang dieser Strecke besser genutzt und verwertet werden können. Aber wir glauben, dass es trotzdem in einer Bandbreite notwendig ist zu wissen, wann die U1 nach Rothneusiedl verlängert werden soll. Deswegen stellen wir den Beschlussantrag:

„Der Gemeinderat spricht sich für die Festlegung der Trasse für eine U1-Verlängerung nach Rothneusiedl aus, deren genauer Verlauf in Detailplanung unter der Einbeziehung von externen Experten und der Bezirksvertretung des betroffenen Bezirks sowie der bisherigen, vom Planungsressort erstellten, Planungsvorschläge festgelegt werden soll.“

In formeller Hinsicht beantragen wir ebenso die sofortige Abstimmung.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun komme ich zu meinen Kritikpunkten zum Grundlagenbericht der Adaptierung des STEP. In relativ kurzer Zeit hat man offenbar erkannt, dass zwei alte Zielgebiete, nämlich Siemens Allixen und Donauefeld entwickelt und somit beendet sind und man sich nun zwei neuen Gebieten, nämlich Simmering und das Zentrum Kagran, widmen will. Die Begründungen für die Beendigung eines Zielgebietes klingen eigenartig: „Die planerischen Grundlagen wurden geschaffen. Durch Einbindung von Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen wurde das Zielgebiet in die umgebende Siedlungsstruktur eingebettet und es besteht kein Wunsch nach künftigen gemeinsamen Aktivitäten.“ Aber am meisten entlarvend ist der letzte Satz: „Da man kein Geld hat, werden keine weiteren Maßnahmen mehr getroffen.“ Und das ist der wahre Kern des STEP 05. Er dient als Feigenblatt für die Stadtentwicklung. Anstelle die von uns geforderte Task Force zu gründen und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten, wird das Projekt einfach beendet, still und heimlich begraben und entsorgt. So haben wir uns, meine Damen und Herren, Stadtentwicklung und Stadtplanung nicht vorgestellt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dass dann mit einem neuen Gebiet Simmering einer der größten Bezirke praktisch in seiner Gesamtheit als Zielgebiet der Stadtentwicklung dazukommt, erscheint in Anbetracht der oben gesagten leeren Stadtkassen mehr

als Beruhigung für einen SPÖ-geführten Bezirk als positiv für ein reales Stadtentwicklungsprojekt. Unsere Kritik richtet sich auch auf jene Bereiche, die nicht in den Zielgebieten enthalten sind, vor allem innerstädtische Flächen, die dringend auf eine Stadtentwicklung warten wie die wegfallenden Bahnhofsareale oder frei werdenden Kasernenareale.

Abschließend weise ich auf die Zahlen des Ressorts beim Rechnungsabschluss 2010 hin. Gegenüber dem Voranschlag wurde um 25 Prozent mehr ausgegeben. In Anbetracht der horrenden Schulden, die die Stadt Wien im Jahr 2010 aufnahm, die Verschuldung ist bekannterweise inklusive des Abschlusses von Wiener Wohnen damit auf 5,4 Milliarden EUR gestiegen, ist auch in diesem Ressort im Vorjahr massiv zuviel ausgegeben worden. Und der im Vorjahr verantwortliche Stadtrat und heutige SPÖ-Klubobmann Rudi Schicker verdient unsere Missbilligung.

Die ÖVP wird dem Rechnungsabschluss aus den vorhin erwähnten Gründen nicht die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr der Herr GR Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren, Ihre Zustimmung vorausgesetzt werde ich mich sicher unter zehn Minuten bewegen. Darum kann ich auch nicht auf alles eingehen. Vielleicht kann ich angesichts der leicht fortgeschrittenen Stunde ein bisschen Vorbild sein, dass wir uns ohne große Absprachen unter zehn Minuten bewegen.

Zu den Planungsfragen, die angesprochen wurden. Der Kernbereich der Planung geht darum: Wie gelingt es Wien in qualitätsvoller Form, den rund 15 000 Bewohnern und Bewohnerinnen, die jedes Jahr dazukommen, das heißt, in den nächsten 20 Jahren die zweitgrößte Stadt Österreichs mitten nach Wien zu bauen? Wie kann das gelingen? Und da ist mit einem Projekt - ich glaube, ein Vorredner hat das kurz angesprochen - mit der Seestadt Aspern, glaube ich, ein sehr guter Weg gegangen worden, ein schwieriger, ein anspruchsvoller Weg. Weltweit sucht man Methoden, wie kann man auf die grüne Wiese eine lebendige Stadt bauen. Ich kann jetzt im Detail nicht darauf eingehen. Vielleicht nur so viel: Durch die Einrichtung der Entwicklungsgesellschaft 3420 gelingt es dort, auf das zu achten, was bei vielen Stadtentwicklungsprojekten zu kurz kommt: Das Außen des Hauses ist das Innen der Stadt. Also nicht, was machen die Bauträger dort oder was werden die Bauträger dort bald machen, sondern die Voraussetzungen dafür zu schaffen, wie schaut das mit den Garagen aus, wie schaut das mit dem Straßenraum aus, wie schaut das mit den Erdgeschoßzonen aus, also alles das, worum sich die Stadt kümmern soll, institutionalisiert dort umzusetzen. Ich glaube, das wird dort zu überprüfen sein, im Übrigen sehr bald.

Die U-Bahn-Verlängerung ist fix. Fahren Sie einmal raus. Nicht nur, um sich diese imposante U2-Endstation anzuschauen, sondern auch die Zwischennutzung. Ich glaube, da ist was ganz Feines, Leises, Wichtiges gelun-

gen, nämlich lange bevor der erste Bagger auffährt, finden dort Kulturnutzungen statt, sind dort Container aufgestellt, wo Leute auch zum ersten Mal hinkommen, die dieses Gebiet noch nicht kennen, um es in Besitz zu nehmen, weil noch einmal: Auf die grüne Wiese so etwas zu bauen, ist auf der ganzen Welt nicht einfach. Das soll ein Beleg sein, immerhin eine kleine mittlere Stadt für 20 000 Einwohner, wie das in vielen anderen Bereichen sein kann.

Zweitens: Ja, Kollege Dworak, Verdichtung im Inneren. *(GR Mag Wolfgang Jung: Bitte, da fotografiert jemand!)* Da sage ich als Grüner, das fällt uns nicht immer leicht. Auch für uns Grüne ist Verdichtung nicht ein Projekt, wo du bei Anrainern immer nur Applaus kriegst, im Gegenteil. Aber das ist total wichtig. Wenn wir nur in die Fläche gehen, ist das extrem teuer und auch unökologisch, weil wir wollen Grünareale, Parks halten. Darum geht es um Verdichtungen. Da sind sehr vielfältige Projekte am Weg. Ein Projekt, das mir immer schon am Herzen lag, ist das rechte Donauufer, das stadtnah, gut erschlossen ist und eine entsprechende Nachverdichtung mehr als gut verträgt. Irgendwo müssen diese 16 000 Menschen leben, wohnen, arbeiten, in die Schule gehen, ihre Freizeit verbringen, um insbesondere eine attraktive Konkurrenz zu bilden. Das ist eine Bedrohung für Wien, auch für den Verkehr, aber auch für die Qualität. Was ist das am stärksten wachsende Siedlungsgebiet Österreichs? Das ist der Speckgürtel rund um Wien. Jetzt mache ich keine Niederösterreich-Polemik, weil ich auf die Zeit schauen will. Wir können dem nur entgegenreten, wenn wir Qualitäten in der Stadt schaffen. Das in aller Kürze.

Radverkehr: Der Kollege Lindenmayr hat es schon genannt. Kollege Stiftner, wenn Sie unbedingt wollen, fällt mir schon ein Radprojekt ein, das 30 Millionen EUR kostet. Ich habe damit kein Problem. Ich glaube nicht, dass Sie das gewollt haben. Ich glaube, Sie haben sich da in der Zehnerpotenz geirrt. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Zusammenrechnen!)*

Warum hat das eine solche Priorität? Wir haben uns sehr genau verschiedene europäische und außereuropäische Städte angeschaut. Es gibt keinen Bereich, wo man so rasch so große Veränderungen im Verkehrsverhalten herbeiführen kann wie im Bereich des Radverkehrs. München hat mit 6 Prozent Radverkehrsanteil begonnen und ist heute bei 16 Prozent. Das kannst du mit dem öffentlichen Verkehr in der Zeit und vor allem mit begrenzten Mitteln nicht machen. So nebenbei erlaube ich mir zu fragen: Wie geht es mit dem Ölpreis weiter? Wie geht es mit dem Klima weiter? Wie geht es mit unserer Fitness einer alternden Gesellschaft weiter? Ich schaue mir an, wie viele kleine Kinder durch die Ernährung und die mangelnde Beweglichkeit immer dicker werden. Da ist Radfahren ein wichtiges Element, das in Zeiten knapper Budgets – ja, die Stadt Wien hat knappe Budgets – sehr viel Veränderung herbeiführen kann.

Ich schaue mir mit Interesse die heurigen Zahlen an und stelle fest, dass wir in München gelernt haben, dass der Hardware-Ausbau, wenn überhaupt, die Hälfte ist. Radwege, Radverkehrsanlagen, Radgaragen, alles wich-

tig, werden wir massiv vorantreiben. Aber ganz wichtig ist, was zwischen den Ohren ist, die Einstellung der Menschen, sowohl zum öffentlichen Verkehr, aber auch Richtung Radverkehr. Hier wollen wir Impulse setzen. Die Leute in München haben sehr viel Geld in die Hand genommen und originelle Maßnahmen gesetzt. Lassen Sie sich überraschen oder schauen Sie unter anderem einmal nach München oder nach Sevilla oder nach Kopenhagen, Städte, die vorgezeigt haben, wie es geht, dass man hier sehr viel rasch erreichen kann.

Wenn wir auf 10 Prozent kommen wollen, dann sind viele Radverkehrsanlagen unterdimensioniert, insbesondere auch zum Schutz der Fußgänger. Das sage ich jetzt auch ganz laut. Der Ausgangspunkt der Diskussion, die die Frau Vizebürgermeisterin geführt hat, war eine Delegation von blinden Menschen, die bei ihr war. Diese Menschen haben gesagt, sie haben mit Autos Schwierigkeiten und haben auch mit Radlern Schwierigkeiten, weil sie sie nicht sehen. So ist eine Überlegung entstanden, die die Frau Vizebürgermeisterin im Detail vorstellen wird, dass alle Verkehrsteilnehmer angehalten sein sollen, einmal in die Rolle der anderen zu schlüpfen. Das betrifft Autofahrer, Fußgänger, Motorradfahrer, natürlich auch Radfahrerinnen und Radfahrer. Das war die Ausgangsposition. Insofern gibt es keinen Fahrrad-Knigge, sondern eine Auseinandersetzung mit knappem Straßenraum.

Ich komme jetzt auch noch zur sehr kultivierten Rede von Herrn Mahdalik. Da gibt es zwei Möglichkeiten, die wir haben. Natürlich ist es eine Möglichkeit, auf der Währinger Straße die Schwelle wegzunehmen. Aber das ist jetzt die Grundsatzfrage, vor der die Stadt steht: Zu wessen Gunsten und zu wessen Lasten wird bestehender Straßenraum neu umverteilt? Das ist die Frage. Das ist eine sehr politische Frage. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was ist, wenn jemand über die Schwellen fällt?*) – Die Schwellen sind nicht dort, damit Leute stolpern. Das wird nicht einmal der dümmste Mensch annehmen, dass man Leute stolpern lässt. Das hat man gemacht, weil dort sehr viele Straßenbahnen fahren. Wenn diese im Stau stehen, kostet das wahnsinnig viel Geld. Und dann stehen sie im Stau. Übrigens ist es beim 43er in der Alser Straße genauso. Darum hat man gesagt, wir wollen die Autos wegbekommen, um dort zügig sehr viele Menschen, die aus dem Westen kommen, hineinzubekommen. Da bleibt dann nicht rasend viel übrig. Man kann den Gehsteig verschmälern. Der ist dort schon sehr schmal. Man kann den fahrenden Verkehr, den Autoverkehr oder den parkenden Verkehr unterbinden. Mehr Platz ist nicht. Das ist in sehr vielen Fällen so.

Eineinhalb Minuten noch auf meine zehn Minuten. Wir sind zum Beispiel einem Vorschlag der Fahrradorganisationen nicht beigetreten, wo wir uns Kritik eingefangen haben. Der Vorschlag beim Radring rund war im Übrigen, das durchgängig auf der Nebenfahrbahn zu machen. Das haben wir nicht gemacht. Das wären nämlich 300 Parkplätze gewesen. Es spricht auch viel gegen die Reiterallee dort, wiederum Fußgänger, Radfahrer. Also das ist sozusagen Kompromiss im Detail.

Letzter Punkt: Wie wird es beim Parlament weiterge-

hen? Dort werden Sie geradeaus weiterfahren. Sie werden nicht auf die Rampe hinauf, sondern am großen Platz vor dem Parlament vorbeifahren, dann bei der Bellaria vorbeifahren und dort die Anschlussstelle haben. Natürlich wird man das nicht hin- und herqueren.

Im Übrigen haben wir heuer 60 bis 70 Prozent Steigerung des Radverkehrs auf dem Radring-Rund in nur einem halben Jahr, verglichen mit dem Vorjahr. Das kann jeder im Internet nachschauen. Ich sage Ihnen, warum. Das ist meine These. Ich kann es nicht beweisen, das ist meine These: In Wien wird momentan so viel über Radverkehr gesprochen wie noch nie. Viele Leute reden darüber. Wir haben Fernsehsendungen darüber. Jetzt war gerade im ORF-Kulturjournal eine Sendung über Fahrradkultur. Radfahren ist ein Thema. Leute reden darüber und probieren es aus. Und wenn sie es ausprobieren, kommen sie darauf, das ist eigentlich ganz klass. Damit es noch klasser wird, werden wir das fortsetzen.

Ich habe meine Zeit eingehalten und hoffe auf Nachahmerinnen und Nachahmer. – Danke schön. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Irschik. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Werte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Ich gehe davon aus, dass wir uns alle irgendwie auf unsere Reden, auf unsere Wortmeldungen vorbereiten. Ich habe das auch getan. Man könnte es sich sparen, wenn man das Glück hat, dass der Kollege Maresch vor einem gesprochen hat, ein paar ganz interessante Geschichten.

Es wurde der 8. Bezirk zitiert. Dort haben die GRÜNEN aber schon den Bezirksvorsteher verloren. Vielleicht weil sie so gut waren. Aber wie auch immer, sie haben ihn verloren. Also ist der 8. Bezirk eine blöde Geschichte, meine Damen und Herren.

Aber interessant ist, was die GRÜNEN seinerzeit vor der Landtagswahl an Werbematerial verteilt haben. Da hat man ein Prospekt gesehen, wo die Josefstädter Straße rückgebaut wird. Jetzt wissen wir schon, dass ihr die Autofahrer bekämpft. Aber die Computeranimation auf diesem Prospekt war schon ganz interessant, weil sie hätten nämlich die Gleise von zwei Gleisen auf eines reduziert. Angeblich wollen Sie den öffentlichen Verkehr beschleunigen. Wie Sie das dann mit einem Gleis für die Straßenbahnlinie 2 machen, wissen nur der Herrgott und die GRÜNEN. Sonst weiß das keiner. Also hochinteressant, wir beschleunigen den Verkehr mit einem Gleis, mit einem Ausweichgleis, eine ganz gute Geschichte. Vielleicht hat das zur Wahlniederlage beigetragen. Ich weiß es nicht. Das werden die Bürger des 8. Bezirks vielleicht besser wissen.

Dann haben wir vom Parkpickerl gehört. Dazu haben wir auch unsere Vorstellungen und unsere Ideen. Der erste Schritt, wenn es das Parkpickerl gibt, kann nämlich nur sein, dass es kostenfrei abgegeben wird. Das ist eine klare Geschichte. Denn die Gemeinde Wien verlangt

Geld für eine Leistung, die sie nicht erbringt. Weil wenn ich weniger Parkplätze habe, als mehrspurige Kraftfahrzeuge angemeldet sind, kann ich kein Geld verlangen. Genau das macht aber die Gemeinde. Also der erste Schritt wäre die kostenfreie Abgabe. Aber das ist nur der erste Schritt. Denn der endgültig letzte Schritt ist, wir brauchen gar kein Parkpickerl mehr. Wenn man nämlich den Hauptwohnsitz in Wien und dann als Zulassungsbesitzer ein Wiener Kennzeichen hat, braucht man kein Parkpickerl mehr. Das heißt, die Wiener zahlen nichts und die anderen Bundesländer, die nach Wien kommen, sind dann mehr oder weniger kostenpflichtig, müssen etwas zahlen.

So einfach ist es, eine ganz einfache Lösung, auch im Sinne der Kraftfahrer. Es würde schon funktionieren. *(GR Siegi Lindenmayr: Das widerspricht den Gesetzen!)*

Dann haben wir noch von den Ampelschaltungen gehört. Kollege Mahdalik hat schon gesagt, die Ampelschaltungen haben wir seit 2004.

Auch die Schnellstraßenbahn ist eine interessante Geschichte der GRÜNEN. Die Schnellstraßenbahn gibt es in Wahrheit gar nicht, kann es gar nicht geben, weil dann wäre sie eine U-Bahn. Was macht die U-Bahn so schnell gegenüber einer Straßenbahn? Sie ist kreuzungsfrei, hat einen eigenen Gleiskörper und entsprechend große Streckenintervalle zwischen den Stationen. Dann ist es eine U-Bahn und keine Straßenbahn. Das können Sie mit einer Straßenbahn nicht erreichen. Also allein die Diktion der Schnellstraßenbahn gibt es ganz einfach nicht, Herr Kollege. Das ist halt nicht möglich.

Schnellstraßenbahn, auch die Ampelschaltung. Da wird es nämlich auch interessant. Die Schnellstraßenbahn kreuzt auch den anderen öffentlichen Verkehr. Wen beschleunigen wir dann? Die eine Straßenbahn oder die andere? Welche Fahrtrichtung wird dann bevorzugt? Wie soll das ablaufen?

Deshalb kann nur der Ausbau der U-Bahn das vernünftigste Mittel sein, um tatsächlich die Leute zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen. Ich sage Ihnen kurz die Zahlen, falls Sie es nicht wissen: Die U-Bahn leistet eine Frequenz von zirka 28 000 Passagieren pro Stunde, eine Straßenbahn zirka 8 000. – Der Kollege Maresch ist auch wieder da. Ich gehe auf Sie ein. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ich war die ganze Zeit da! Ich habe Ihre Ausführungen verfolgt!)* Vielleicht können Sie ein bisschen etwas lernen, Herr Kollege Maresch! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Von Ihnen kann man nichts lernen!)* Ich weiß nicht, passen Sie ein bisschen auf, schreiben Sie vielleicht mit.

Dann haben wir noch gehört von der genialen Agenda 21, die so wichtig und so gut ist. Dort werden die grünen Günstlinge betraut, damit sie a Hackn haben, wie man auf gut Wienerisch sagt. Das brauchen wir nicht.

Hier gebe ich durchaus ein ernst gemeintes Kompliment an die Sozialdemokratie in Floridsdorf. Auch vor der Wahl, als Sie noch die absolute Mehrheit hatten, haben wir in der Bezirksvertretung darüber diskutiert und Sie haben diesen Schmarren abgelehnt, also Kompliment an die SPÖ. In Floridsdorf gibt es das nicht und dort brauchen wir es auch nicht. Das wird aller Voraus-

sicht nach auch so bleiben.

Was haben wir noch? Es wird selten erwähnt und vielleicht auch vergessen, der Bundesfinanzminister nimmt vom österreichischen Auto- und Motorradfahrer 13 Milliarden EUR pro Jahr ein. 13 Milliarden EUR, meine Damen und Herren, zahlen die österreichischen Auto- und Motorradfahrer und -innen selbstverständlich auch. Diese dürfen alles zahlen, jeden Radweg, auch wenn er noch so unsinnig ist. Sie zahlen alles mit, auch die Schieneninfrastruktur. Alles wird bezahlt.

Durchaus sprechen wir uns selbstverständlich für eine Kennzeichenpflicht für Radfahrer aus. Ich glaube, die Frau Vizebürgermeisterin hat es auch schon angedeutet. Vielleicht gibt es da noch eine Steuereinhebungsmöglichkeit, dass sie ein bisschen etwas mitzahlen. Dann kann man auch fordern. Aber nur fordern, gegen die Autofahrer sein, die alles zahlen, was die Radfahrer haben wollen, passt nicht. Das stimmt ja nicht. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wo ist denn das Kennzeichen bei den Radfahrern?)* – Das wird kommen. Das wird kommen, Herr Kollege! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Frau Vizebürgermeisterin hat es selbst gesagt. Oder täusche ich mich? Ich glaube, die Frau Vizebürgermeisterin hat das gesagt.

Ganz kurz noch, nicht nur die 13 Milliarden EUR, die die Autofahrer ins Budget einzahlen, 360 000 Arbeitsplätze hängen in Österreich an der Kfz-Industrie. Kollege Maresch, Sie können sich dann vor das General-Motors-Werk in Aspern hinstellen. 1 500 Menschen finden dort Arbeit und Brot. „Nieder mit den Autofahrern. Brauchen wir nicht. Sperren wir zu. Wir stellen um auf Fahrradproduktion. Wir wissen zwar nie, ob das dann wer kaufen wird, aber macht nichts.“ Herr Kollege, Sie können die Autofahrer bekämpfen, nur sagen Sie es jedes Mal, bei jeder PK und sagen Sie es jeden Tag in der Zeitung. Verkaufen Sie es in den Medien, dass Sie die Autofahrer bekämpfen wollen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: So einen Blödsinn habe ich selten gehört!)* Immerhin und Gott sei Dank dürfen die Kraftfahrer auch noch wählen. Auch diese haben das Wahlrecht. Sie können das ruhig weiterkolportieren.

Vom Kollegen Lindenmayr haben wir auch ein paar interessante Sachen gehört. Da möchte ich auf § 2 der Straßenverkehrsordnung, die Begriffsbestimmungen, verweisen. Ich habe nämlich manchmal das Gefühl, dass viele nicht den Unterschied zwischen Radweg, Radfahrstreifen und Mehrzweckstreifen wissen. Meine Damen und Herren, der grundlegende Unterschied, und deshalb sind wir durchaus für Radwege, ist, der Radweg ist von der Fahrbahn baulich getrennt. Das bevorzugen wir Freiheitliche, weil da gibt es durchaus einen Schutz des Radfahrers vor dem motorisierten Individualverkehr. Beim Mehrzweckstreifen, beim Radfahrstreifen habe ich das nicht. Dort habe ich das nicht, meine Damen und Herren. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wieso braucht der einen Schutz?)* – Ich sage Ihnen schon ein paar Beispiele. Zum Beispiel entlang der Zweierlinie, wo ich zuerst den Radweg habe und beim letzten Stück am Getreidemarkt habe ich ihn nicht mehr. Sie meinen, es ist ungefährlich, wenn er plötzlich vom Radweg auf die Fahr-

bahn, auf diesen Radfahrstreifen, fährt und hinterher der Schwer-LKW fährt, der vielleicht überholen möchte. Sie meinen, Herr Kollege, das ist ungefährlich? Ich glaube, Sie fahren selbst nie mit dem Fahrrad. Oder wissen Sie nicht, wo die Zweierlinie ist? Das kann sein. Deshalb wollen wir das nicht, Herr Kollege. Das sind die Gründe. Diese müssen Sie nämlich auch anführen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auf alle Fälle geht es um die Begriffsbestimmungen Radweg, Radfahrstreifen und Mehrzweckstreifen, der zwar in der StVO vorgesehen ist, aber nicht unbedingt umgesetzt werden muss.

Dann habe ich vom Kollegen Lindenmayr gehört, die Straße kann man nicht breiter machen. Durchaus, Herr Kollege Lindenmayr, da haben Sie recht. Die Straße kann man nicht breiter machen. Es steht aber nirgendwo, dass die Gehsteige sinnlos breit sind, meine Damen und Herren. Dann reduzieren wir die Gehsteigbreite. Dann reduzieren wir die Gehsteigbreite und dann haben wir einen Radweg, Herr Kollege! *(GR Karlheinz Hora: Reden Sie einmal mit Ihren Fraktionen in den Bezirken! Dort sind Anträge gekommen, dass die Gehsteige in den Bezirken zu schmal sind!)* – Herr Kollege, das weiß ich selbst. Sie brauchen mir nichts über meine Fraktion zu sagen. Herr Kollege, das weiß ich schon. *(GR Karlheinz Hora: Sie sagen hier aber etwas völlig anderes!)* – Nein, Herr Kollege, sicher nicht!

Wir haben genug Beispiele in Floridsdorf, wo es absolut nicht notwendig ist. Hinter vorgehaltener Hand hat man dann interessanterweise anderes von Leuten gehört, die von der SPÖ-Floridsdorf zwangspensioniert worden sind, gute Bezirksräte, vielleicht auch der ehemalige Vorsitzende der Verkehrskommission. Da hört man dann anderes, Herr Kollege. Aber vielleicht wissen Sie das nicht, dass wir nach wie vor mit manchen Leuten eine gute Gesprächsbasis haben. Aber das ist ein anderes Kapitel. Zitat BV Heinz Lehner, SPÖ: „die Kampfradler“, weil er nämlich fast einmal von einem zusammengeführt worden wäre. Das sei nur so nebenbei bemerkt. Wieso jetzt die SPÖ auf einmal die große Liebe zu den Radfahrern entdeckt? Von den GRÜNEN kennen wir es eh. Aber die SPÖ jetzt auch? Das ist eigenartig. *(GR Karlheinz Hora: Das ist nicht eigenartig!)* „Alle Macht den Radfahrern!“, und sie werden so heiß geliebt.

Wie auch immer, meine Damen und Herren, es wird am falschen Platz gespart.

Jetzt sind wir schon beim Rechnungsabschluss, nämlich bei den Investiven, das heißt, bei den beschäftigungswirksamen Ausgaben. Es wird beim U-Bahn-Bau gekürzt, meine Damen und Herren. Jetzt hören wir einmal, wie wichtig das ist. *(GR Karlheinz Hora: Das ist eine andere Geschäftsgruppe, Herr Kollege! Lesen Sie die Geschäftsordnung!)* – Nein, Herr Kollege, es wird gekürzt. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Wird gekürzt oder weniger ausgegeben?)* – Herr Kollege, es gibt weniger Geld. *(GR Karlheinz Hora: Das ist ein Unterschied! Da hat er schon recht!)* Vielleicht verstehen Sie es jetzt, Herr Kollege! Na selbstverständlich, meine Damen und Herren! 2010 zu 2011 minus 6 Millionen EUR. Herr Kollege, Sie können es jetzt drehen und wenden, wie Sie wollen.

Es gibt weniger Geld für den U-Bahn-Bau. Also was tun Sie da herum? Es ist so. Die Beschleuniger des öffentlichen Verkehrs! Es gibt weniger Geld für die U-Bahn, meine Damen und Herren! *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Keine Ahnung!)*

Daher unsere Forderung. Wir sind jetzt bei 282 Millionen EUR. Die freiheitliche Forderung ist 400 Millionen EUR. Dann werden vielleicht auch die Kraftfahrer etwas zum Umsteigen haben. Dann wird es vielleicht für diese Leute einfacher. So schaut es aus, meine Damen und Herren. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Woher nehmen Sie das Geld?)* – Wir schichten um. Ich habe es Ihnen schon gesagt. 250 Millionen EUR haben wir bei den diversesten Subventionen. Da braucht man nur ein bisschen umzuschichten. Wir kommen schon zum Geld. Sie verstehen viel nicht, Herr Kollege. Aber das macht nichts. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Sie verstehen nichts!)* Hören Sie nur zu! Hören Sie ganz einfach zu, Herr Kollege! Also die Ausbaubeschleunigung, wie gesagt, wir erhöhen das Budget von 282 Millionen EUR auf 400 Millionen EUR.

Damit sind wir schon beim Thema U6, meine Damen und Herren. In der Floridsdorfer Bezirksvertretung, kann ich mich erinnern, meine Damen und Herren, BV Heinz Lehner: „Der Baubeginn der Verlängerung ist 2009 und die Fertigstellung 2013.“ Jetzt schaffen wir es nicht einmal, zwei Stationen zum neuen Krankenhaus Nord zu errichten, meine Damen und Herren! Nicht einmal zwei Stationen bringen wir zusammen. Das ist ein hoffnungsloses Armutzeugnis! *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Geh bitte!)* Wir haben dort einen Verkehrserreger. Es kommen Patienten. Es kommen Besucher. Es kommt Personal. Keine zwei Stationen schaffen wir. Brauchen wir ja nicht! Brauchen wir nicht! Wir brauchen übrigens auch keine Parkplätze. Das ist auch eine interessante Geschichte. Wir brauchen gar nichts mehr, weil wir die Straßenbahn haben. Diese ist so genial. Es ist zwar keine Schnellstraßenbahn, ist aber eh wurscht, weil sie wird sowieso das Auslangen nicht finden, meine Damen und Herren.

Wir fordern den Vollausbau der U6. Ich weiß schon, die GRÜNEN waren damals dagegen. Das ist auch protokolliert. Vollausbau der U6 an die Stadtgrenze nach Stammersdorf, Rendezvousberg. Vielleicht kriegen wir ihn 2020. Das habe ich noch in Erinnerung aus der Bezirksvertretungssitzung in Floridsdorf. Jetzt weiß ich allerdings nicht, heißt 2020 Baubeginn oder ist es dann schon fertiggestellt? Das wissen wir nicht, meine Damen und Herren.

U1: Jetzt haben wir gelesen, es gibt Gott sei Dank wieder Verhandlungen, dass wir sie über den Stadtrand hinaus verlängern, meine Damen und Herren. Hier durchaus ein Kompliment an das Land Niederösterreich, das schon vor 20 Jahren der Gemeinde Wien dieses Grundstück jenseits des Stadtrandes kostenlos zur Verfügung gestellt hätte. Meine Damen und Herren, das hätte man zur Verfügung gestellt. Was ist passiert? Nichts. Die Endstelle U1 in Leopoldau, mitten in der Stadt, auf der einen Seite die Nordrandsiedlung, auf der anderen Seite die Großfeldsiedlung. Nichts haben wir.

Verkehrserreger und leere Parkhäuser haben wir, weil sie hoffnungslos deplatziert sind. Nicht eine Park-and-ride-Anlage jenseits der Stadtgrenze für 8 000 bis 10 000 Automobile, das ist Ihr Verkehrskonzept, eine Katastrophe!

Nüsse, es gibt nichts. Es wird der Autofahrer bekämpft. Es gibt auch nichts mehr im öffentlichen Verkehr, schwache Leistungen.

Übrigens, das U-Bahn-Grundliniennetz ist 1976, hier in diesem Haus beschlossen worden. Heute haben wir zwei Drittel fertig. Ein Drittel fehlt. Da war noch eine U7 als Querverbindung Floridsdorf – Donaustadt vorgesehen. Da gibt es überhaupt nichts mehr. Wir zuckeln mit dem 26er. Genial, jetzt kommt bald der 25er. Das teilt sich dann halt wieder, kann aber eine U-Bahn überhaupt nicht ersetzen. Alles weg, meine Damen und Herren.

Oder wie wir Freiheitlichen es fordern, eine klare Geschichte, U4 Hütteldorf, Endstelle. Schön, als Rapid-Fan freut es mich, dass ich beim Hanappi-Stadion aussteigen kann. Aber das ist zu wenig. Die U4 muss nach Purkersdorf verlängert werden (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das schnallt man ja nicht mehr!*), selbstverständlich wieder über den Stadtrand, auf der anderen Seite Heiligenstadt, Verlängerung nach Klosterneuburg. Wo sind da die Pläne? Wo sind da die Vorschläge? Was hören wir? Nichts! Gar nichts, meine Damen und Herren!

U3 Simmering, Endstelle Simmering, Simmeringer Hauptstraße, Verlängerung nach Schwechat, damit etwas geboten wird (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ein Wahnsinn!*), damit die Leute tatsächlich umsteigen.

Aber immerhin habe ich vor Kurzem gelesen, es gibt Gespräche, die U6 in den Süden zu verlängern. Weil das weiß auch nur der Herrgott, warum die Endstelle im Süden in Siebenhirten ist (*GR Karlheinz Hora: Das halte ich nicht mehr aus!*), weniger als 1 000 m in die SCS! In Siebenhirten, mitten in Liesing, hört die U-Bahn auf, meine Damen und Herren! Aber jetzt habe ich vernommen, es gibt Gespräche zwischen Wien und Niederösterreich, um eine Verlängerung nach Mödling zu erwirken. Eine gute Geschichte, denn es stellt sich die Frage, ob man später nicht die Badner Bahn auflassen kann, denn die Spurbreite ist ident mit der U6, die Stromspannung ist ident mit der U6 und die U6 ist die einzige U-Bahn-Linie, die im Oberleitungsbetrieb fährt, wobei Mödling auch nur der erste Schritt sein soll. Vielleicht fahren wir einmal nach Baden. Das heißt, das wäre eine gute Nord-Süd-Verbindung, Stammersdorf – Rendezvousberg bis Baden mit der U6. Das sind Visionen, die man haben müsste, aber nicht kein Geld, nicht die U-Bahn nicht auszubauen! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Fahrradfahren!*) – Dafür fahren wir, Kollege, von Stammersdorf – Rendezvousberg bis Baden mit dem Fahrrad. Das ist die körperliche Ertüchtigung. Das ist eine gute Geschichte. Vielleicht im nächsten Winterurlaub auch, denn dann packe ich meine Skiausrüstung und fahre mit dem Fahrrad nach Bad Hofgastein, eine gute Geschichte. Nicht schlecht die Radfahrer, die „Kampfradler“, Zitat Heinz Lehner, Bezirksvorsteher von Floridsdorf. Meine Damen und Herren, das sind die Dinge, um die es geht.

Auch bei den bauwirksamen Ausgaben werden 62

Millionen EUR weniger ausgegeben. Da gibt es die Hauptstraße B3, Bauausführung. Da kann ich leider auch die ÖVP nicht aus der Pflicht entlassen. Das war in der Zeit von 1996 bis 2001, als die SPÖ schon einmal die Absolute verloren hat. Das war StR DDr Bernhard Görg. Wir haben eine gute Planung gehabt, Kompliment an die MA 28, Vollausbau der B3 mit zwei Fahrstreifen pro Fahrtrichtung. Der Herr DDr Görg machte einen Federstrich, aus war es. Jetzt haben wir ein Nadelöhr. Es geht noch über die Verbindungsbrücke Brünner Straße/Leopoldauer Straße, aber weiter zur Wagramer Straße respektive Donaustadtstraße ist es dann aus. Dort haben wir einen Fahrstreifen. Das heißt, ich habe eine Bundesstraße zwar errichtet, aber ein künstliches Nadelöhr geschaffen, was nicht notwendig war. Wir wollen ja eine Umfahrung. Wir wollen ja tatsächlich den Floridsdorfer Bezirks- und Ortskern entlasten, das Bezirkszentrum entlasten und schaffen ein Nadelöhr. Da, wie gesagt, kann ich euch nicht entlassen. Das war von DDr Görg eine Fehlentscheidung. Das ist leider so. Bei den anderen Fraktionen hätte ich es mir erwartet, bei DDr Görg nicht.

Dafür haben wir heute im Bereich der Siemensstraße, Bereich B229 eine sinnlose Busspur, auch eine geniale Geschichte. Der Bus kommt nicht. (*GR Karlheinz Hora: Was heißt sinnlos?*) - Was heißt sinnlos? Sinnlos ist ein Hilfsausdruck, Herr Kollege. Der Bus kommt aus einer Aufschließungsstraße, biegt in eine große Durchzugsstraße ein und kommt in die Busspur. Das heißt, er manövriert sich selbst in einen Stau hinein. Genial, brauchen wir nicht! In dem Fall kann ich leider die SPÖ nicht aus der Pflicht entlassen. Sie wurde ursprünglich abgelehnt, dann ist sie auf einmal gekommen. Meine Damen und Herren, das sind die Dinge, um die es geht.

Jetzt sind wir noch einmal beim Krankenhaus Nord: 200 Parkplätze sind vorgesehen. Da wird es aber funktionieren! Da freuen wir uns alle! Das SMZ-Ost hat mit 400 begonnen. Man hat auf 800 erweitert und die sind heute zu wenig. Beim Krankenhaus Nord kriegen wir 200, meine Damen und Herren. Es wird nicht funktionieren. Es wird dort das Chaos ausbrechen. Die Forderung der Freiheitlichen: selbstverständlich für Patienten und für Besucher 1 100 und für das Personal 900. Dann wird es einigermaßen funktionieren. Nein, 200 kriegen wir. Das ist eine gute Geschichte!

Zum Abschluss möchte ich Ihnen noch ein paar Sachen sagen: Siemensstraße gegenüber 59, passiert am 19. Februar dieses Jahres, Bankettbefestigung. Sie schaffen es nicht einmal, dass wir dort das Bankett befestigen, weil wir kein Geld haben oder die Mittel reduzieren. Aufgepasst, eine Kraftfahrerinnen – weil die „Innen“ sind immer sehr wichtig –, also in dem Fall eine Autolenkerin, versinkt dort. Sie dachte, das ist nur eine kleine Lache, wie man auf Wienerisch sagt, eine kleine Pfütze. Nein, war es nicht, es war ein richtiges Loch. Patsch, Vorderachse kaputt, meine Damen und Herren! Das war am 19. Februar. Wir haben nicht einmal Geld für eine Bankettbefestigung. Und da reduzieren wir die Mittel noch um 62 Millionen EUR! So wird es nicht gehen!

Abschließend noch zum Budget, aber am Rande.

Frau Vizebürgermeisterin, das fällt in Ihr Ressort. Sie sind ja weisungsbefugt gegenüber Ihren hohen und höheren Beamten. Verkehrskommissionssitzung, ein Wunsch aller Fraktionen, einstimmig: Man möchte dort eine Gewichtsbeschränkung. Also die Anrainer wollen das. Alle Fraktionen der Bezirksvertretung Floridsdorf wollen das auch. Dann lädt der Vorsitzende mehrere Beamte des Magistrats ein, nämlich die MA 65 und die MA 46. Das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen, der Herr Beamte beginnt dort seine Wortmeldung, sein Referat: „Ich habe zwei Nachrichten für euch, eine gute und eine schlechte. Die gute ist, wir könnten diese Gewichtsbeschränkung einführen, die schlechte, wir machen es nicht. Haha!“ – Frau Vizebürgermeisterin, da sind Sie schon aufgefordert, ein Machtwort gegenüber dem Beamten zu sprechen, weil man fühlt sich schon ein bisschen gefrotzelt. Da wäre es fast besser, wenn der Herr Spitzenbeamte das nächste Mal zu Hause bleibt. Ich verstehe da vielleicht auch nicht ganz die Vorsitzführung. Weil wenn er das mir sagt, sage ich: „Herr Kollege, packen Sie sich zusammen und gehen Sie heim bei solch frechen Antworten, wo Sie alle brüskieren und desavouieren.“ Ein einstimmiger Beschluss der Bezirksvertretung und die Anrainer wollen das und der Beamte macht sich dort offenbar noch lustig, Frau Vizebürgermeisterin, da kann man sich schon ein bisschen etwas erwarten. Wie gesagt, sprechen Sie ein Machtwort! Sprechen Sie ein Machtwort und setzen Sie um, dass dort am Leopoldauer Platz, eigentlich dem ältesten Ortsteil, nicht nur der Katastralgemeinde Leopoldau, sondern von ganz Floridsdorf, eine Gewichtsbeschränkung umgesetzt wird, weil das ist eine Katastrophe! Nicht, dass sich Ihre Spitzenbeamten, Frau Vizebürgermeisterin, über das Ganze lustig und lächerlich machen!

Meine Damen und Herren, das sind die Dinge, um die es geht. Ich komme schon zum Ende. Es wird gekürzt, aber an der falschen Stelle. Es wird nichts für den motorisierten Individualverkehr gemacht. Im Gegenteil, er wird bekämpft. Für den öffentlichen Verkehr wird auch nichts gemacht. Deshalb können wir dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Al-Rawi. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl-Ing Omar **Al-Rawi** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum Radverkehr ist, glaube ich, schon genug gesagt worden. Jetzt ist der Kollege Dworak leider nicht mehr herinnen. Oder doch? Kollege Dworak, du hast wegen des Radverkehrs eine Sorge mit der Verpflichtung, dass man den Radweg nicht benützt. Also einerseits bist du dafür, dass man den Verkehr individuell schützen soll und andererseits ist bei der Verpflichtung, diesen zu fahren, der Schutz dann nicht gegeben. *(GR Ing Mag Bernhard Dworak: Wird nicht benutzt!)* Schau dir das zum Beispiel in der Oswaldgasse an. Wer das kennt, das ist eine wunderschöne Allee, wo mittendrin der Radverkehr und die Fußgänger diese gemeinsam nützen. Das ist

eine abschüssige Stelle. Da wird jetzt auch in Meidling nachgedacht, wie man den Radwegverkehr wieder auf die Straße verlegt, um eben diesen Freiraum auch für die anderen freizubekommen. *(GR Ing Mag Bernhard Dworak: Aber dann wird dort ein neuer Radweg gemacht!)* Aber, wie gesagt, es wurde, glaube ich, genug diskutiert. Das ist nicht mehr das Thema.

Meine Damen und Herren, die Stadtentwicklung und Stadtplanung ist meiner Meinung nach ein bisschen zu kurz gekommen. Insbesondere auch die MA 18. Ich bin auch der Meinung, dass die Stadtentwicklung und Planung der Motor dieser Stadt ist. Wir setzen Impulse, geben die Stoßrichtung für die Zukunft, wir planen und sagen, was wir für die Zukunft wollen, zerbrechen uns den Kopf über die Herausforderung und Probleme, reagieren auf die Veränderung, müssen Trends rechtzeitig erkennen. Mit unseren Akzenten, die wir setzen, beeinflussen wir die wirtschaftliche, kulturelle und Umweltentwicklung, unseren gemeinsamen Lebensraum. Von unserem Weitblick und den Standards, die wir setzen, hängt auch die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt ab.

Wien ist seit der letzten EU-Erweiterung im Jahr 2004 vom Rand ins Herz Europas gerückt, mit all den damit verbundenen Herausforderungen, aber auch Chancen.

Wien ist das Herz der sogenannten Centropo-Region geworden, eines Lebensraumes, der sechs Millionen Menschen umfasst und sich auf vier Staaten erstreckt, mit verschiedenen Sprachen und Kulturen, Tschechien, Österreich, Ungarn und die Slowakei. Die Realität ist, dass es seit zwei Jahrzehnten zunehmend soziale, wirtschaftliche und kulturelle Verflechtungen in der Region gibt.

Wenn man jetzt die MA 18 nimmt, möchte ich über das Projekt „Centropo Capacity“ kurz berichten. Hier geht es darum, aus diesem Raum eine prosperierende Europaregion zu machen, um die vorhandenen Stärken zu nutzen. Hier arbeiten 16 Städte und Regionen aus 4 Ländern an einer gemeinsamen Zukunft. „Centropo Capacity“ ist das aus dem Europaprogramm „Central Europe“ geförderte Leitprojekt, das bis zum Jahr 2012 für die Europaregion Mitte einen Kooperationsrahmen für die Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften, Unternehmen und gesellschaftlichen Einrichtungen schafft.

Aufbauend auf die bisherigen Pilotprojekte werden thematische Leitprojekte entwickelt, Wissensregion, räumliche Integration, Humankapital, Kultur und Tourismus, nur um etliche zu nennen, auch der von dir, Kollege Dworak, erwähnte Fortschrittsbericht STEP 05. Mich wundert, dass du da Rudi Schicker als jenen Stadtrat erwähnt hast, der das präsentiert hat. Soweit ich mich erinnern kann, war es schon VBgmin Vassilakou, die das gemacht hat. *(GR Ing Mag Bernhard Dworak: Nein, 2010! Ich habe extra gesagt, 2010! Da war noch der Rudi Schicker!)*

Nach fünf Jahren Arbeit mit dem Stadtentwicklungsplan STEP war eine Überprüfung der Ziele und Erfolge notwendig. Konnten die gesetzten Ziele erreicht werden? Wurden überhaupt die richtigen Ziele gewählt oder müssten heute andere Schwerpunkte gesetzt werden?

Heute müssen wir feststellen, dass Wien geordnet wächst. Die Lebensqualität konnte ausgebaut werden und hat sich verbessert. Somit können wir stolz sagen, dass sich der STEP 05 als ein sehr robustes Planungsinstrument erwiesen hat. Der Fortschrittsbericht wurde 2010 vom Gemeinderat beschlossen und liegt in einer Kurz- und Langversion vor.

Nicht unerwähnt möchte ich in Kürze auch andere Schwerpunkte der MA 18 erwähnen: Planungsgemeinschaft Ost, Stadt- und Umlandmanagement. Im Mittelpunkt des Dialogs im Rahmen der Stadtumlandkonferenz 2010 standen das Thema „Orientierungswerte zur Steuerung von Siedlung und Standortentwicklung“ und die Sicherung des Grün- und Freiraumes.

Die Lokale Agenda 21 Plus sei hier auch zu erwähnen. Die Lokale Agenda wird unter dem Titel LA 21 Plus weitergeführt. Die wesentliche Veränderung ist eine stärkere Verknüpfung mit nachhaltigkeitsorientierten Programmen und Strategien auf gesamtstrategischer Ebene, wie zum Beispiel nachhaltige Mobilität im öffentlichen Raum, Stadtteile für Jung und Alt und, was auch sehr wichtig ist, der interkulturelle Dialog.

Zielgebiet Donaustadt Aspern Seestadt: Hier fand im Rahmen der von der MA 18 angesiedelten Zielgebietskoordination U2 Donaustadt – Aspern Seestadt 2010 der Übergang von der Planung zur Umsetzung statt. Der Aushub des Sees wurde im Sommer begonnen. Bereits im Herbst konnte ein Teil des ausgehobenen Materials direkt vor Ort in Form der Asperner Terrassen wiederverwertet werden. Damit konnte ein wirksamer Schutz für die Bevölkerung vor Beeinträchtigungen durch die künftigen Bautätigkeiten geschaffen werden. Auch der Transport von 180 000 Tonnen Aushubmaterial und somit mindestens 9 000 LKW-Fahrten durch besiedeltes Gebiet der Donaustadt konnte vermieden werden. Auch wurde gemeinsam mit Anrainerinnen und Anrainern in einer Baumpflanzaktion der erste nutzbare Abschnitt einer übergeordneten Erholungslandschaft geschaffen. Ich glaube, man hat dafür sogar einen Preis gewonnen.

Zielgebiet City, grüner Pfad in der City. Der öffentliche Raum hat in der Innenstadt zentrale Bedeutung. Hier überlagern sich Tourismus, Events und Alltagsbewegungsflüsse. Themen sind hier einerseits Veranstaltungen und kommerzielle Nutzung, andererseits nichtkommerzialisierter Raum und die Steigerung des Aufenthalts sowie die Verweilqualität für Fußgängerinnen und Fußgänger. Die Maßnahmen sind eine Mischung aus dauerhaften und temporären Maßnahmen, wie zum Beispiel Fassadenbegrünungen an speziellen Blickpunkten, Baumreihen oder Einzelbäume unter Berücksichtigung wichtiger Blickachsen, Öffnung wunderschöner Innenhöfe, einheitliche Pflanzentröge mit Wiedererkennungswert, temporäre Straßenbegrünung für enge Gassen, Aufwertung von Schulvorplätzen et cetera.

Auch die Information für alle Bürgerinnen und Bürger wurde von der MA 18 sehr intensiv betrieben. Hier wurden gemeinsam mit der Wiener Planungswerkstatt Ausstellungen gemacht. Zur erwähnen wäre: „Das ganze Leben – Neue Pflegewohnhäuser für Wien.“ Ausgehend vom neuen Geriatriekonzept spannte die Ausstellung

„Das ganze Leben“ einen Bogen von der täglichen Arbeit über die herausragende Architektur der Pflegewohnhäuser und Gärten bis hin zur künftigen Entwicklung der Pflege und Betreuung in Wien. Die Ausstellung wurde in Kooperation mit der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durchgeführt.

Zwei weitere interessante Ausstellungen waren einerseits „Das Wissen Wiens – Urbane Technologien und Strategien“, in Zusammenarbeit mit Tina Vienna gemacht worden, aber auch „GEBAUT 2005 – 2010“, wo eine Fülle von herausragender Architektur, die in den vergangenen Jahren in Wien entstanden ist, gezeigt wurde. Der Schwerpunkt wird dabei auf das äußere Erscheinungsbild und die Wirkung der Projekte im Stadtraum gelegt. Diese präsentieren eindrucksvoll die architektonische Innovationskraft der Stadt.

Ich werde natürlich auch noch ein paar Worte zur MA 21 – Stadtteilplanung und Flächennutzung sagen. Hier stehen im Mittelpunkt die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für wichtige aktuelle Entwicklungsvorhaben, die Vorsorge für aktuelle Entwicklungen zur Bereinigung und kleinräumige baurechtliche Situationen, Umsetzung konkreter Zielgebietsprogramme in inhaltlicher und organisatorischer Hinsicht, im STEP 05 ausgewiesene Zielgebiete. Hier wären zu erwähnen die Zielgebiete Bahnhof Wien Mitte, Erdberger Mais, Wiental, Gürtel, Zielgebiet City, Donaukanal. Das Zielgebiet Donaustadt Aspern, wo 8 500 Wohnungen, 25 000 Arbeitsplätze, Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie großzügiger Grünraum entstehen werden, soll im 22. Bezirk ein neues Zentrum bilden und ein deutliches Signal für die Rolle Wiens in der Centropole Region Wien – Bratislava setzen. Voraussetzung für diese regional bedeutende Funktion ist die Realisierung einer hochrangigen Verkehrserschließung, Projekte wie Hauptbahnhof Wien, Zielgebiet Liesing Mitte, Zielgebiet Rothneusiedl. Die Liste könnte man jetzt fortsetzen, aber angesichts der fortgeschrittenen Zeit werde ich das jetzt sein lassen.

Ich werde auch noch ein paar Punkte zur urbanen Entwicklung, Schwerpunkt Wohnen in gut erschlossenen Stadtgebieten, verlieren, wie die Aufwertung der zentralen Räume, wie die Brachmühle, in der City Gate, der Zentrumsbereich Kagran, Adolf-Schärf-Platz, neues Zentrum Kagran, die soziale Infrastruktur und Energieversorgung wie das Krankenhaus Nord, Geriatriezentrum in der Trillergasse, Geriatrie, Kindergarten, Wohnen in der Opalgasse und die optimale Stadterweiterung, alles sehr spannende Bereiche, die die Zukunft unserer Stadt, der Motor dieser Stadt und die Entwicklung dieser lebenswerten Stadt sind.

Ich möchte die Gelegenheit auch nützen, mich bei allen Beamtinnen und Beamten der Stadt Wien für ihre gute Arbeit zu bedanken, auch bei der Frau VBgmin Vassilakou und bei unserem Fraktionssprecher Charly Hora für die Arbeit, die wir im Sinne der Bewohner dieser Stadt, für diese Stadt und für die Menschen in dieser Stadt erfolgreich fortsetzen werden, um Wien für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen und so zu gestalten, dass Wien weiterhin eine bestimmende Kraft

im Herzen Europas, die wichtigste Stadt in Europa ist. – Danke vielmals. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Baron. Ich erteile es ihm.

GR Karl **Baron** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Es ist gar nicht so einfach, nach meinem Vorredner den Faden wieder zu finden.

Der Kollege Maresch hat eigentlich einen sehr guten Ansatz in seiner Rede gehabt, indem wir einfach über die Grenzen schauen sollen, wie es woanders vorgeht. Was ich nicht ganz verstanden habe, ist sein Vergleich mit dem 50 km Stau irgendwo in der Prarie in Deutschland. Wir haben unsere Probleme hier in Wien. Ich finde es gut, wenn man durchaus einmal schaut, wie es woanders ist. Der Vergleich mit Rom und Paris wäre jeweils ein Vergleich, wo wir eine Stadt hernehmen, wo es überdurchschnittlich viel Verkehr gibt, wo es wahrscheinlich die größten Verkehrsaufkommen von den Städten Europas gibt. Nehmen wir Rom her. Rom ist meiner Meinung nach ein absolutes Beispiel, wie man das perfekt gelöst hat. Die Römer haben jeden Tag viel größere Probleme mit dem Individualverkehr und mit dem Autoverkehr.

In Rom hast du eine herrliche Außenringautobahn, sechs bis acht Spuren. In Wien, im Vergleich dazu, haben wir noch nicht einmal eine Umfahrung. Jedes Dorf, jede Kleinstadt wird versucht zu umfahren. Seit Jahrzehnten roter Verkehrspolitik haben wir bis jetzt eine Südostumfahrung, die irgendwo in Schwechat endet. Wie es weitergeht, wird man irgendwann sehen. Fakt ist, es gibt gar nichts. Wien ist ein Verkehrsknotenpunkt, ist eine Transitroute. Alles geht kreuz und quer durch Wien durch, vorne hinein, hinten hinaus, alles Dinge, die nicht nötig wären. Wenn man die Gelder richtig einsetzt, wenn man vernünftige Planungen macht, hätte man das schon längst. Was in Rom im Vergleich dazu anders ist: Wenn man nach Rom als Ausländer hineinfährt und mit dem Auto unterwegs ist, hat man überall das Gefühl, dass die jetzige Stadtregierung alles versucht, das so flüssig wie möglich zu halten. Das ist genau das Gegenteil von Wien. In Wien kann ich mich noch daran erinnern, dass der Verkehrsstadtrat Hatzl propagiert hat, dass in Wien so viele Staus wie möglich sein sollen, der fährerscheinlose Verkehrsstadtrat Hatzl, dem das Autofahren eigentlich ein Dorn im Auge war und der nichts anderes wollte, als der Bevölkerung das Autofahren zu vermiesen. *(GRin Barbara Novak: Das stimmt nicht!) - Was heißt, das stimmt nicht? Das stimmt sehr wohl! (Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Christoph Chorherr: Das war ein gutes Argument!)*

Man braucht in Wien nur herzunehmen, wie die Ampelschaltungen geregelt sind. Der Toni Mahdalik hat das schon eingeleitet. *(GR Karlheinz Hora: Hat er es auch erklärt?) – Nein, das mache ich jetzt. (GR Karlheinz Hora: Gescheit! Wir wollen etwas zu lachen haben!)* Die Ampelschaltungen im skandinavischen Raum zum Beispiel hat man seit Jahren so gelöst, dass in der verkehrsarmen Zeit Bewegungsmelder die Sache regeln. Man hat ein ständiges Grün. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wo?) – Wo? In Schweden zum Beispiel. Nur einmal*

hinfahren, macht eine Klubreise nach Schweden! Schaut euch das an! In jeder Stadt, ob Dänemark, Norwegen, überall hat man das schon. Es ist auch ganz leicht lösbar. Teilweise haben wir es in Wien auch. In der Querverkehrsstraße muss nur ein Bewegungsmelder montiert werden, gar nicht einmal in der Hauptverkehrsroute. Wenn sich ein Querverkehr ankündigt, schaltet das um und dann ist die ganze Nacht wieder Grün. *(GR Karlheinz Hora: Fußgänger gibt es dort nirgends? – GR Mag Rüdiger Maresch: Was ist auf der anderen Seite der Ampel?) – Noch einmal, man hat eine Hauptverkehrsroute, die auf Grün geht. In den Querverkehrsstrecken ist ein Induktionsstreifen drinnen, und wenn sich ein Verkehrsteilnehmer anmeldet, ob es ein Fahrradfahrer, ein Mopedfahrer oder ein Auto ist, wird umgeschaltet. Das funktioniert. Das funktioniert perfekt. (GR Karlheinz Hora: Was macht man im Winter, wenn Schnee in Schweden ist?)*

Auf jeden Fall habe ich mir auch darüber, wie die GRÜNEN zu ihren 10 Prozent Fahrradanteil kommen werden, Gedanken gemacht. Ich glaube, ich habe das Rechenbeispiel schon heraußen. *(GR Karlheinz Hora: Mehr Radfahren, dann geht's!)* Die GRÜNEN meinen, dass das Verkehrsaufkommen der Radfahrer deutlich gestiegen ist. Da bin ich einer Meinung. In den letzten Monaten ist ein riesiger Anstieg zu verzeichnen. Wenn man das noch einmal 6 Monate hochmultipliziert, kommt man wahrscheinlich auf diese 10 Prozent. Fakt ist, dass man in Italien von der Witterung her eine wesentlich bessere Voraussetzung für den Fahrradverkehr hat. Aber im Endeffekt wird das Fahrrad nicht als Verkehrsmittel genutzt. In Italien ist am Wochenende auf den Fahrrädern der Teufel los, aber zur Arbeit und von der Arbeit fährt man normal mit dem Auto, mit dem Bus, mit der U-Bahn oder mit was auch immer. *(GR Karlheinz Hora: Wie ist das Wetter dort? Dort ist mehr Regen! Was macht man dann?)*

Was in Wien noch störend ist: Wie löst man die Industriegebiete, die Zufahrten zu Industriegebieten, die Durchfahrten zu Industriegebieten? Man nehme sich ein Beispiel her, das Industriegebiet Inzersdorf. Seit 15, 20 Jahren hat es eine Zufahrtsstraße gegeben. Jeden Tag hat sie sich hineingedrängt und hinausgedrängt. Der Wirtschaftsverkehr ist gesteckt. Das ist eine reine Zufleißmacherei gewesen. Mittlerweile kann man hinten auch hinaus. Aber es hat fast 20 Jahre gedauert.

Neueste Industriegebiete in der Donaustadt zum Beispiel, Kreisverkehre, wo ein Sattelschlepper nicht umdrehen kann, weil sie so klein und patschert dimensioniert sind. Das ist die Problematik, wenn man keine Verkehrsexperten nimmt, sondern irgendwelche ausrangierten, übrig gebliebenen Beamten, die man nicht mehr brauchen kann und dann zu Verkehrsexperten erklärt und Verkehrslösungen erschließen lässt. *(GR Karlheinz Hora: Das ist ja menschenverachtend! Habe ich das richtig verstanden?) – Menschenverachtend? Na klar! (GR Karlheinz Hora: Habe ich das richtig verstanden, Herr Kollege?) – Was haben Sie richtig verstanden? (GR Karlheinz Hora: Die Kollegen unserer Magistratsabteilungen sind keine Experten? Habe ich das richtig ver-*

standen, dass die Kollegen des Magistrates keine Experten sind? – GR Mag Rüdiger Maresch: Sind Sie auch Beamter?) – Es gibt magistratische Experten, aber es gibt einen großen Anteil, wo eigentlich Dilettantismus und kein Expertentum die Regel ist. Da kann ich Ihnen mehrere Beispiele nennen. (GR Karlheinz Hora: Danke für die Aussage! Die Beamten werden sich schön bei Ihnen bedanken!) Kommen Sie in die Donaustadt! Schauen Sie, was Ihre Kollegen dort verbochen haben! Die Industriegebiete, wie sie momentan gebaut werden, sind ein Skandal! (Beifall bei der FPÖ.)

Wien strotzt vor Baustellen, die endlos lange offen sind, auf Verkehrsrouten, die jeden Tag für den Arbeitsverkehr, für den Wirtschaftsverkehr gebraucht werden. Was macht man? In der Nacht werden sie geschlossen. Was macht man in Italien? Ganz umgekehrt, dort werden nur Nachtbaustellen aufgemacht. In der Früh sind sie dicht und der Verkehr rollt wieder darüber. (GR Marianne Klicka: Da freuen sich besonders die Anrainer!) Hier dauert es vier bis sechs Wochen, was in Italien in ein, zwei Tagen geht. Machen Sie eine Exkursion! Fahren Sie nach Italien! Fahren Sie in jede Stadt von Italien! (GRin Marianne Klicka: Ins Chaos!) Es ist überall besser als in Wien! Ich glaube, mittlerweile ist Wien sogar Europameister im Dilettantismus, was die Verkehrspolitik betrifft! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Frau Vizebürgermeisterin hat das Schlusswort.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zunächst auf den Bereich der Stadtplanung zu sprechen kommen, und hier insbesondere auf den Stadtentwicklungsplan, der auch gewissermaßen Gegenstand von Kritik, vor allem und insbesondere seitens der ÖVP, gewesen ist. Diese Kritik kann ich nicht gelten lassen. Ich möchte auch gerne ausführen, wieso, im Wesentlichen aus zwei Gründen:

Zunächst einmal müssen wir uns die Frage stellen: Was ist eigentlich der Sinn eines Stadtentwicklungsplans? Wozu gibt es denn so etwas? Da macht es schon auch Sinn, dass man sich ein bisschen einen Rückblick leistet und sich die Frage stellt: Wieso ist die Stadt dazu übergegangen, überhaupt Stadtentwicklungspläne zu entwickeln? Was wollte man damit eigentlich erreichen? – Die Antwort lautet: Man wollte Transparenz erreichen, wissend darum, dass, wenn man bestimmte Gebiete der Stadt zu Zielgebieten erklärt, es natürlich auch in der einen oder anderen Form, je nach dem, was man sich dort vorgenommen hat, zu Schwierigkeiten kommen kann, etwa zum Beispiel bei der Bodenakquisition, die auch sehr erforderlich ist, um in weiterer Folge dort entwickeln und das eine oder andere bauen zu können.

Ich denke, dass die Stadt zu Recht den Weg gegangen ist, zu sagen, es braucht Stadtentwicklungspläne, es braucht eine Transparenz darüber, wo wir in den nächsten Jahren verdichten möchten, wo wir finden, dass es Sinn macht, dass die Stadt wächst. Denn eines ist klar und ich denke, dieses Etwas sollten wir uns merken, denn es wird uns in den nächsten Jahren beschäftigen,

nicht nur diesen Gemeinderat, sondern den nächsten und den übernächsten auch noch. Wien wächst, und nicht gerade wenig. Wien wächst auf zwei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in den nächsten zwei Jahrzehnten, auf zweieinhalb Millionen Einwohnerinnen und Einwohner bis zum Jahr 2050. Diese sehr zentrale Frage, wie die Stadt wachsen soll und wo dieses Wachstum untergebracht werden soll, ist sehr wohl eine, die transparent diskutiert werden muss und von der ich ausgehe, dass sie kontroversiell diskutiert wird und auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter kontroversiell diskutiert wird.

Wir wissen auf alle Fälle, dass die Stadt ihre Potenziale zur innerstädtischen Verdichtung in etwa bis zum Jahr 2019 ausgereizt haben wird. Das heißt, wir kommen nicht umhin, auch neue Stadtareale zu entwickeln, dort, wo weitestgehend heute etwas anderes ist als Stadt. Das kann aus heutiger Sicht vielleicht das eine oder andere Industriegebiet sein. Es kann natürlich auch landwirtschaftlich genutzte Fläche sein. Es kann jedenfalls auch brachliegendes Areal irgendwo innerhalb des Wiener Bodens sein. Sie sehen schon, dass die Frage, einmal mehr, wo entwickelt wird und wie entwickelt wird, eine sehr zentrale ist. Sie hat nicht nur etwas mit Stadtplanung zu tun, sie hat auch etwas mit Verkehrsplanung zu tun. Denn selbstverständlich wäre es denkbar, dass die Stadt etwa ad infinitum wächst in Form von Einfamilienhaussiedlungen. Ich denke, dass uns allen die Folgen einer solchen Entwicklung und eines solchen Wachstums bewusst sind und dass das eigentlich eine Entwicklung ist, die wir um jeden Preis, und zwar alle gemeinsam, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, hintanhalten wollen.

Denn ein derartiges Wachstum würde à la longue eine Stadt bedeuten, in der man stundenlang Wege zurücklegen muss, um etwa vom Wohnort in die Arbeit und abends wieder zurückzugelangen. Ein derartiges Wachstum produziert Stau, produziert eine Vielzahl an sozialen Problemen, die diese Art von Stadt nach sich zieht. Das heißt einmal mehr, dass wir auch im Rahmen des nächsten Stadtentwicklungsplans, der uns bevorsteht, gemeinsam einiges an Diskussionen investieren müssen: Wo macht es Sinn zu verdichten? Wo wollen wir, dass die Stadt wächst? Wie wollen wir, dass die Stadt wächst? Und wie wollen wir diese Diskussion auch transparent führen, gemeinsam mit der Wiener Bevölkerung? Sie hat schlussendlich ein Recht darauf, zu erfahren, was in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung im nächsten Jahrzehnt geschieht, wie sich die Stadt, in der sie lebt und die sie heute so sehr liebt, verändert.

Wenn ich jetzt einen genaueren Blick auf jene Zielgebiete werfe, die sich die Stadt selbst gegeben hat, muss ich feststellen, dass die Kritik Ihrerseits sehr undifferenziert ausgefallen ist. Sie werden sich sicher sehr gut vorbereitet haben. Das heißt, es kann Ihnen doch nicht entgangen sein, dass das, was sich die Stadt in den unterschiedlichen Zielgebieten vorgenommen hat, von sehr unterschiedlicher Qualität ist. Sie haben behauptet, es sei nichts weitergegangen. Diese Behauptung kann ich so in keinsten Art und Weise gelten lassen. Wenn

man etwas in der einen oder anderen Auswahl der Zielgebiete kritisieren möchte, bitte gerne, aber nicht zu sagen, es sei nichts weitergegangen, wissend, dass ein Zielgebiet etwa der Donaukanal ist. Ich lade Sie ein, sich einen Spaziergang am Donaukanal zu geben. Der Donaukanal ist ein Bereich in der Stadt, in dem jahrein, jahraus ein Stückchen neu gestaltet wird. Niemand hat gemeint, dass ein Zielgebiet ein Ort ist, an dem über Nacht alles anders und neu gemacht wird. Zielgebiete sind Gebiete, in denen die Stadtentwicklung über Jahre hinweg stetig arbeitet und Veränderungen herbeiführt. *(GRin Christine Marek: Das sagt die ÖVP seit vielen Jahren!)* Der Donaukanal – einmal mehr – ist ein Bereich, der sich gerade sehr rasant weiterentwickelt.

Wie sieht es etwa mit dem Hauptbahnhof aus? Sie werden nicht behaupten können, dass am Hauptbahnhof nichts weitergegangen ist. Sie werden auch nicht behaupten können, dass etwa in Aspern nichts weitergeht. Und Sie werden, last but not least, nicht behaupten können, dass allen Ernstes die Zielgebiete nur der Imagewerbung irgendwelcher Stadträte dienen und sonst nichts Substantielles erhalten, wo doch gerade vor wenigen Wochen die Wirtschaftskammer etwa im Bereich des Zielgebiets Liesing-Mitte gemeinsam mit uns, das heißt, mit der Stadt Wien in diesem Fall, und zwar mit finanzieller Unterstützung der Stadt Wien, ein Management vor Ort gestartet hat, um Betriebe vor Ort in ihren Bestrebungen zu unterstützen, damit sich das Areal eben weiterentwickelt. Das heißt, hier geht es um eine Arbeit, die auf sehr viel unterschiedlichen Ebenen unter Einbindung vieler verschiedenster Akteure geleistet wird, nicht zuletzt auch unter Einbindung der Wirtschaftskammer, und die Früchte trägt, die in manchen Bereichen sehr rasch Früchte trägt und die in anderen Bereich nun etwas langsamer Früchte trägt, wie man das etwa sehen kann im Bereich von Rothneusiedl, wo Ihnen allen bekannt und bewusst sein muss, dass dort nun einmal auf Grund der Eigentumsverhältnisse in Zusammenhang mit dem Boden, den man braucht, um dort zu entwickeln, einiges an Arbeit noch vor uns liegt, die auch geleistet wird.

Ich ersuche daher, wie gesagt, die Kritik, die es sicher auch im Bereich der Zielgebiete gibt, doch etwas konkreter und etwas differenzierter anzubringen. Dann kann man auch genauer darauf eingehen. Dann macht es auch mehr Sinn, eine Debatte zu führen, die sicher zielführender ist, als sich auf dieser sehr allgemeinen Ebene auszutauschen.

Ich möchte mich auch ob der fortgeschrittenen Stunde nicht mehr länger auf dem ganzen Bereich des Stadtentwicklungsplans aufhalten. Wir werden, wie gesagt, in den nächsten Jahren sehr viel Gelegenheit haben, darüber unsere Diskussionen zu führen. Ich möchte deshalb gleich auf den Bereich des Verkehrs zu sprechen kommen.

Ich habe am Nachmittag den Ausführungen des Herrn Kollegen Tschirf gelauscht. Wenn ich mich nicht irre, hat er mich zu einem bestimmten Zeitpunkt recht ausführlich zitiert, indem er gemeint hat, es sei mir doch ein großes Anliegen gewesen, in der Vergangenheit

etwas zu unternehmen, damit Lebensqualität nicht nur eine hohle Phrase ist, damit Lebensqualität nicht nur ein Privileg derjenigen ist und bleibt, die sich etwa eine wunderschöne Villa in Grinzing leisten können, sondern durchaus auch etwas täglich Gelebtes für diejenigen ist, die etwa an der Triester Straße oder am sehr stark verkehrsbelasteten Gürtel wohnen. Das ist ein drastisches Beispiel, das für mich einfach aufzeigt, wovon wir eigentlich sprechen, wenn wir von einer modernen Verkehrspolitik in Wien sprechen.

Kollege Tschirf meinte, es sind acht Monate vergangen. Und was ist jetzt? Ich sage, ich höre nicht auf, darauf zu hoffen, vielleicht sogar darauf zu bauen, dass mich die ÖVP auch auf diesem Weg unterstützen wird, den wir uns vorgenommen haben und der genau das zum Ziel hat, nämlich eine Verkehrsreduktion, eine Verkehrsberuhigung in Wien zu erreichen, auch und vor allem in jenen Gebieten, die derzeit massiv durch den Pendlerverkehr belastet sind, der bedeutet, dass gut 200 000 Autos täglich aus dem Umland nach Wien hereinpendeln, teilweise bis weit in die Stadt und abends wieder hinausfahren. Ich denke, dass die BewohnerInnen des 21. und des 22. Bezirks teilweise ein trauriges Lied davon singen können. Ich denke, dass die BewohnerInnen der Triester Straße auch eine sehr gute Fokusgruppe für die Stadtverkehrspolitik wären, wenn es darum geht, zu diskutieren, was das Gebot der Stunde in unserer Stadt ist. Ich vermute auch, dass uns die BewohnerInnen des Gürtels dasselbe erzählen würden. Genau genommen vermute ich es nicht, ich weiß es. Ich hatte vor einer Woche das Vergnügen, mit Bürgerinitiativen, die in der Gegend, also um den Wiedner Gürtel und den Landstraßer Gürtel, wohnen, zu sprechen und weiß ganz genau, wie dort die ganze Verkehrsproblematik gesehen wird. Wenn wir uns also tatsächlich vornehmen, eine Verkehrsberuhigung zu erreichen, dann haben wir uns tatsächlich die Fragen zu stellen: Was kann man tun, um die Pendlerproblematik in den Griff zu kriegen? Und welche Maßnahmen stehen uns denn eigentlich tatsächlich zur Verfügung?

Ich komme damit zu einigen Ihrer Vorschläge und auch zu einigen Ihrer Anträge. Selbstverständlich gilt es, Tausenden von Pendlerinnen und Pendlern eine brauchbare Alternative zum Auto zu bieten. Die Frage, die wir alle uns natürlich stellen und beantworten müssen, ist: Aber wann und zu welchen Kosten? Meine Antwort lautet: Rasch, bald und zu Kosten, die sich die Stadt Wien auch leisten kann. Ich habe nichts davon, eine Diskussion U-Bahn ins Umland, U-Bahn nach Schwechat, U-Bahn nach Klosterneuburg, U-Bahn nach Mödling, U-Bahn nach sonst wohin zu führen, wissend, dass diese Pläne nicht einmal in 30 Jahren verwirklicht werden können und wissend darum, dass aktuell und gegenwärtig weder das Land Wien geschweige denn das Land Niederösterreich auch nur über einen Bruchteil der finanziellen Mittel verfügt, die es braucht, um diese Pläne tatsächlich zu verwirklichen. Einmal mehr, ich will jetzt nicht über die finanzielle Situation der Stadt Wien diskutieren. Diese ist uns allen bekannt. Sie selbst plädieren dafür, die Schulden abzubauen. Sie selbst plädieren

dafür, den erforderlichen Sparkurs, der jetzt geführt wird, vielleicht sogar nach Ihren Vorstellungen noch härter zu führen. Ich frage mich von diesem Hintergrund, wo das Geld, das wir nehmen sollen, wachsen soll, um diese U-Bahn-Pläne zu verwirklichen. Und das ist einmal der Wiener Teil. In Niederösterreich sieht es bekanntlich derzeit in Zusammenhang mit der finanziellen Situation noch viel schlimmer aus.

Ich habe nichts gegen Visionen. Ganz im Gegenteil, ich bin dafür, dass wir Visionen niemals aus den Augen verlieren. Ich habe aber etwas dagegen, wenn wir Bürgerinnen und Bürgern, die tagtäglich stundenlang im Stau stecken und die darüber hinaus derzeit mit hohen Kosten konfrontiert sind, denn man vergisst, dass dieses tägliche Pendeln mit dem Auto teuer ist und angesichts steigender Spritpreise noch teurer wird, vorgaukeln, dass es tatsächlich möglich wäre, in den nächsten fünf oder zehn Jahren den Rolls-Royce unter den öffentlichen Verkehrsmitteln, ziemlich das Teuerste, was es in der Verkehrspolitik überhaupt gibt, auch noch in einer Kooperation zwischen Wien und Niederösterreich, zur Verfügung zu stellen.

Wir brauchen Lösungen, die realistisch sind, wir brauchen Lösungen, die rasch umsetzbar sind, und ich vermute ... Nein, ich will Ihnen jetzt nichts unterstellen. Ich meine nur, Sie sollten sich öfter auch innerhalb der Fraktion der ÖVP austauschen. Denn Ihr eigener Stadtrat, Herr Gerstl, hat ja vor Kurzem einen Vorschlag unterbreitet, den nicht nur ich unterstütze, sondern den der niederösterreichische Landeshauptmann unterstützt, den der Herr Wilfing unterstützt, den alle für vernünftig halten, nämlich sich zu konzentrieren auf die Verdichtung der Intervalle der S-Bahn.

Denn eines ist klar: Wir haben nun einmal eine Schieneninfrastruktur, die Wien und das Umland in vielen, vielen Bereichen verbindet. Das heißt, ich frage mich: Wie viel Sinn macht es, Milliarden zu investieren und parallel zu dieser existierenden Infrastruktur eine zweite unterirdisch zu führen? Was wir brauchen, ist eine S-Bahn mit U-Bahn-ähnlichen, oder sagen wir so, U-Bahn-würdigen Intervallen. Das ließe sich innerhalb der nächsten Jahrzehnte - natürlich nach zähen Verhandlungen, die im Zusammenhang mit der Finanzierung zu führen sind - zumindest in einzelnen Ansätzen verwirklichen.

In diesem Sinn macht es schon sehr, sehr viel Sinn, Druck zu machen und weiterzudiskutieren. Aber einen derartigen Antrag habe ich heute nicht vorgefunden. Ich habe stattdessen den Antrag vorgefunden, die U-Bahn ins Umland zu führen. Diesen Antrag muss ich leider ablehnen, wie gesagt, mangels Finanzierbarkeit und mangels Realisierbarkeit innerhalb eines Zeithorizonts, der bedeuten würde, dass Wien oder das Umland auch nur das Geringste davon hätte im Sinne einer brauchbaren Verkehrsentlastung.

Der zweite Antrag übrigens, der Ihrerseits in diesem Kontext gekommen ist - die Idee einer Leerverrohrung unter dem Hauptbahnhof, damit hier allfällige Vorsorge getroffen ist für eine spätere U-Bahn-Führung, die jetzt auch noch zusätzlich das Areal des Hauptbahnhofs

erschließen würde -, muss leider ebenfalls abgelehnt werden. Es stellt sich mir auch rein technisch die Frage: Wie soll man ein derartiges Bauwerk vornehmen zu einem Zeitpunkt, zu dem keine Trasse festgelegt ist und bis auf Weiteres auch keine Trasse festlegbar ist? Daher muss ich auch sagen, allein schon von der technischen Durchführbarkeit des Antrages her ist mir nicht klar und erschließt sich mir nicht, wie das zu erreichen wäre. Das heißt, auch dieser Antrag wäre, wie gesagt, leider abzulehnen.

Damit bin ich beim nächsten Punkt: Was ist zu tun, wenn es darum geht, eine Verkehrsberuhigung zu erreichen? Wir haben über die Pendlerproblematik und über das Gebot der Stunde gesprochen. Das ist einmal mehr, einerseits bessere S-Bahn-Intervalle zu schaffen, und andererseits - weil das heute auch seitens eines Kollegen angeführt worden ist, ich glaube, es war Kollege Irschik, der das anmerkte - geht es um Hochgeschwindigkeitsstraßenbahnen. Er wollte wissen, was das ist und wie das funktionieren soll.

Ich lade Sie wirklich herzlichst ein, sich anzuschauen, wie das funktioniert, und zwar nicht nur mit Hochgeschwindigkeitsstraßenbahnen, sondern sogar mit Bussen, mit Bussen wie in vielen lateinamerikanischen Städten. Das heißt, das Konzept an sich ist, Trassen vorzusehen - selbstverständlich gesonderte Trassen, die reserviert sind entweder für die Straßenbahn allein oder auch, wie gesagt, für einen Hochgeschwindigkeitsbus - und natürlich auch für entsprechende Kapazitäten zu sorgen. Es ist heute durchaus technisch machbar, ähnliche Beförderungskapazitäten wie mit der U-Bahn zu erreichen, aber das zu einem Bruchteil der Kosten und auch zu einem Bruchteil der Fertigstellungszeit.

Deswegen ist es kein Zufall, dass sehr, sehr viele Städte davon abgegangen sind, einzig und allein die U-Bahn als Allheilmittel für die Beförderung von größeren Menschenmengen zu betrachten, und längst auch eingestiegen sind in die Überprüfung von Alternativen, die vor allem und gerade im Bereich der Verbindung von Wien mit dem Umland eine Lösung sein können, die sich, wie gesagt, vor allem auch das Land Niederösterreich auf alle Fälle leisten kann, besser leisten kann, als etwa jetzt sehr teure Schieneninfrastrukturprojekte zu beginnen.

Ein weiteres Thema, das uns beschäftigt und auch in den nächsten Jahren beschäftigen wird, wenn es darum geht, eine Verkehrsberuhigung zu erreichen, ist die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung. Etwas, was heute überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist, ist die Überprüfung allererster Pilotprojekte im Zusammenhang mit der Möglichkeit, Anrainerparken zu ermöglichen in jenen Bezirken, in denen bisher Parkraumbewirtschaftung sehr wohl vorhanden war. Etwa der 8. Bezirk ist ein gutes Beispiel, wo wir aber festgestellt haben, dass es in bestimmten Arealen innerhalb dieser Bezirke zu Überparkungsschwierigkeiten kommt, sodass es Sinn machen würde, hier mit ersten Pilotprojekten auch diesen Weg zu überprüfen.

Auch in diesem Zusammenhang möchte ich übrigens anmerken, dass ich mich sehr freuen würde, wenn sich

die ÖVP untereinander einigen könnte, ob man diesen Weg befürwortet oder nicht befürwortet. Ihre zwei Bezirksvorsteherinnen im 1. und im 8. Bezirk fordern es massiv ein, ja, es ist ihnen nicht weitreichend genug; auf der anderen Seite lehnt es die Wirtschaftskammer vehement ab. Mir ist allmählich nicht sehr klar, wie hier die ÖVP gedenkt, sich zu positionieren in einigen verkehrspolitischen Fragen, die doch die Stadt sehr, sehr betreffen und in den nächsten Jahren betreffen werden.

Damit bin ich beim Thema Radverkehr angekommen. Was den Radverkehr betrifft, hat Kollege Chorherr hier einiges ausgeführt. Ich möchte meinerseits nur so viel anmerken.

Erstens: Auch ich wäre sehr froh, wenn ich 30 Millionen EUR zur Verfügung hätte, die ich selbstverständlich nicht in ein einziges Radwegprojekt investieren würde, sondern in die Verwirklichung von sehr vielen, die noch in der Pipeline sind und die wir in den nächsten Jahren angehen müssen.

Sie haben offensichtlich das Bedürfnis geäußert - das ich auch nachvollziehen kann -, detaillierter über den Ring-Radweg informiert zu werden. Dem möchte ich gerne nachkommen. Wir haben ja vor Kurzem vereinbart, dass es im Ausschuss die Möglichkeit gibt, Themen zu behandeln, die Sie gerne detaillierter behandelt sehen wollen. Das heißt, ich nehme das zum Anlass, um Ihnen in der nächsten, allerspätestens in der übernächsten Ausschusssitzung die detaillierte Planung des Ring-Radwegs und darüber hinaus auch noch eine Zusammenstellung der Kosten vorzulegen. Es ist, denke ich, wichtig, dass gerade bei einem derart zentralen Projekt jene Transparenz vorhanden ist, die auch seitens der Opposition immer wieder benötigt wird, um solche Projekte richtig bewerten zu können.

Ich will hier nur eines sagen. Ja, selbstverständlich sind baulich getrennte Radwege die besten Radwege, die es gibt. Das Problem ist nur, dass es im dicht verbauten Gebiet nicht ausreichend Platz gibt, um immer und überall solche Radwege entstehen zu lassen. Das heißt, wenn wir von einem Lückenschlussprogramm sprechen, von dem wir alle wissen, dass es sehr wesentlich ist, damit wir eben Menschen für das Radfahren gewinnen, die das heute noch nicht tun - wir wissen, dass Radverkehrsanlagen ganz besonders von Bedeutung sind für ältere Menschen, für Kinder, aber auch für Einsteiger, die noch nicht so sicher mit dem Rad unterwegs sind -, dann werden wir in den nächsten Jahren auch einiges investieren müssen in die Entstehung von Radverkehrsanlagen.

Das werden in dem einen Fall baulich getrennte Radwege sein. In dem anderen Fall werden es leider Mehrzweckstreifen sein müssen, weil einfach der Platz, wie gesagt, nicht vorhanden ist. Aber das, worauf es ankommt, ist am Ende ein Radwegenetz, ein Radverkehrsanlagenetz, das genutzt werden kann und das die Sicherheit bietet, dass man sich auch auf diese Art und Weise in der gesamten Stadt gut fortbewegen kann.

Trotzdem wissen wir aus heutiger Sicht, dass das nicht ausreichen wird, und einmal mehr möchte ich die Frage der Radstraßen zur Diskussion stellen. Denn

überall dort, wo Sie zu Recht meinen, dass Mehrzweckstreifen zu eng sind oder dass die Verwirklichung des einen oder anderen Radwegs etwa bedeutet, dass sehr viele Parkplätze verloren gehen, kann und muss es eine Lösung sein, Radstraßen zu ermöglichen, die ja auch verwirklicht werden können, ohne dass ein einziger Parkplatz verloren geht. Das will ich auch denjenigen von Ihnen, für die das Thema sehr wichtig ist, einmal noch sozusagen mit ins Stammbuch geschrieben haben.

Radstraßen - einmal mehr - sind Straßen, auf denen die Zufahrt für Autos gestattet ist, auf denen der Lieferverkehr nicht beeinträchtigt wird, auf denen der Anrainerverkehr ohne Weiteres möglich ist, die aber darüber hinaus für uns alle bedeuten, dass wir hier eine kostengünstige und hoch leistungsfähige Radanbindung zwischen dem Stadtrand und dem Zentrum hätten. Diesen Weg wollen wir in den nächsten Jahren gehen. Ich glaube auch, dass es in den meisten Wiener Bezirken gelingen wird, jeweils eine derartige Radverbindung zu etablieren, was wiederum heißt, dass wir hier in den nächsten Jahren mit einer massiven Verbesserung des Infrastrukturangebots rechnen können, ohne dabei, sagen wir, ein doch knappes Budget, das es für Infrastrukturmaßnahmen gibt, überzustrapazieren. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich möchte zum Abschluss nur noch kurz drei Dinge klarstellen. Das eine hat zu tun mit der Mariahilfer Straße, die heute angesprochen worden ist und die - weil ich diesen Irrtum wiederholt zu hören bekommen habe - nicht zu einer Fußgängerzone werden soll. Das war auch nie vorgesehen, sondern die Mariahilfer Straße soll Verkehrsberuhigt werden.

Es macht aber einen Unterschied, ob wir hier von einer Fußgängerzone oder von der Verkehrsberuhigung der Mariahilfer Straße sprechen. Der Grund ist ein sehr simpler: In einer Fußgängerzone dürfen die Räder nicht fahren. Es ist allerdings der Wunsch sowohl des 6. Bezirks als auch des 7. Bezirks, dass die Mariahilfer Straße weiterhin für Räder befahrbar bleibt. Das heißt, das Konzept, nach dem wir suchen, ist ein Verkehrsberuhigungs-konzept, das auf alle Fälle bedeutet, dass die Mariahilfer Straße für Fußgängerinnen und Fußgänger geöffnet wird und darüber hinaus weiterhin mit dem Rad befahrbar bleibt.

Zu diesem Zweck hat es erstens einen gemeinsamen Round Table gegeben, den ich und Frau Jank organisiert haben, zu dem wir gemeinsam eingeladen haben und in dem auch ein erster Meinungs-austausch stattgefunden hat. Des Weiteren sind mehrere Variantenanalysen in Auftrag gegeben worden, die aktuell laufen, deren Ergebnis im Herbst vorliegen wird und die uns mehrere Wege aufzeigen werden, wie wir die Verkehrsberuhigung der Mariahilfer Straße konkret so gestalten können, dass einerseits die Bedürfnisse der Wiener Linien gewahrt bleiben und andererseits auch die Bedürfnisse des 6. und des 7. Bezirks, die insgesamt dieses Projekt als Teil eines größeren Verkehrsberuhigungsprojekts sehen, schlussendlich ihren Niederschlag finden können.

Nach der Präsentation dieser Studien und Variantenanalysen geht es erst ins Bürgerbeteiligungsverfahren,

und an dessen Ende werden wir eine Lösung haben, die tragfähig ist und von den BewohnerInnen des 6. und des 7. Bezirks auch getragen und unterstützt wird. Ich glaube sehr wohl, dass das der Weg ist, wie man ein derartiges Projekt schlussendlich angeht und umsetzt, und ich bin überzeugt davon, dass wir in zwei Jahren - ab jetzt - die ersten Maßnahmen auf der Mariahilfer Straße werden setzen können.

Das Zweite, was heute angesprochen worden ist, ist der Leopoldauer Platz. Zum Leopoldauer Platz möchte ich eines zu bedenken geben: Was - um jetzt Ihre Worte zu verwenden - frech ist oder nicht frech ist, das liegt, glaube ich, in der Bewertung des Beobachters. Es kann sein, dass der eine oder andere von Ihnen Dinge als frech empfindet, die für mich zum selbstbewussten Umgang zwischen Menschen auf Augenhöhe selbstverständlich dazugehören. Schlussendlich sind wir unterschiedliche Persönlichkeiten und Charaktere, und, so gesehen, will ich das eigentlich weder weiter kommentieren noch weiter bewerten.

Inhaltlich allerdings wird in Zusammenhang mit der Verkehrsberuhigung des Leopoldauer Platzes etwas verlangt, von dem sämtliche Juristen des Hauses derzeit warnen, dass es verfassungswidrig ist. Die Art und Weise, wie man diesen Wunsch, der für mich nachvollziehbar ist und den ich auch teile - den Wunsch der Bevölkerung und den Wunsch der Bezirksvertretung -, erfüllen kann, ist eine ganz schön knifflige Aufgabe.

Eines ist klar: Man kann niemals von Beamten des Hauses und auch nicht von Juristen des Hauses verlangen - weil hier sozusagen nach dem Machtwort meinerseits gefragt wurde -, man kann nicht von Beamten dieses Hauses verlangen, dass sie wissentlich eine Bestimmung erlassen, die verfassungswidrig ist! Das können sie nicht tun, das dürfen sie nicht tun, und würde diesbezüglich eine schriftliche Weisung von mir vorliegen, in der ich wider besseres Wissen anordne, etwas Verfassungswidriges vorzunehmen, dann würde ich Amtsmissbrauch begehen.

Ich weiß, dass in Ihrer Partei - Stichwort Kärnten und Ortstafeln - der Umgang mit der Verfassung ein sehr legerer ist. Ich pflege hier einen etwas weniger schludrigen Umgang mit der Verfassung. Deswegen habe ich die Beamten angewiesen, sich in Zusammenhang mit dem Leopoldauer Platz sämtliche Lösungsansätze anzuschauen, und zwar auch im Kontext mit einer Lösung, die vielleicht ein größeres Areal in der Umgebung umfasst.

Wir wissen nicht, wie diese Lösung ausfallen kann - Stand heute -, damit sie nicht rechtswidrig ist. Das eine kann ich Ihnen heute sagen, unabhängig davon, ob Sie sich aufregen oder nicht: Rechtswidrige Entscheidungen werden wir in diesem Haus nicht treffen! Wenn sich allerdings ein Weg findet, dass wir hier die gewünschte Verkehrsberuhigung erreichen können, ohne dass wir eine verfassungswidrige Bestimmung erlassen müssen, dann kann ich Ihnen heute schon versprechen, dass wir diesen Weg auch gehen werden. Denn selbstverständlich ist dieses Anliegen eines, das von allen Fraktionen im Bezirk geteilt wird, das massiv forciert wird und das

von der Bevölkerung gewünscht wird. Es ist unsere Aufgabe, schlussendlich gangbare Wege zu finden und auch zu beschreiten. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Damit schließe ich ab, mit einem großen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ressorts, ja, an die Beamtinnen und Beamten des Hauses, die gerade im Bereich des Planungsressorts und auch des Verkehrsressorts sehr viel und sehr harte Arbeit leisten. Sie haben das getan im Jahr 2010, sie tun es aktuell im Jahr 2011, und ich weiß, dass sehr viele harte Arbeitsjahre in den nächsten Jahren auf sie warten. Denn wir haben uns sehr viel vorgenommen im Bereich der Verkehrspolitik, auch im Bereich der Planungspolitik, und das ist, wie gesagt, eine Herausforderung. Also besten Dank im Voraus für die geleistete gute Arbeit!

An die Opposition bleibt meinerseits der Wunsch und die Hoffnung zu richten, dass wir miteinander zu einem sachlichen und konstruktiven Diskussionsstil finden. Es würde mich sehr freuen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. - Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung mit der Postnummer 4, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2010, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt und den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen jedoch getrennt vorzunehmen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen. Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile es ihm.

GR Norbert **Walter**, MAS *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Damen und Herren!

Da die Zeit schon fortgeschritten ist - halb zwei ist es jetzt, ich habe gesagt, um drei in etwa sollten wir hinauskommen -, mache ich es wirklich kurz. Aber ich muss noch zwei Dinge zu Maria sagen, weil ja die Frau Vizebürgermeisterin noch hier ist.

Der Donaukanal, das stimmt natürlich, aber der Donaukanal war auch ein Projekt von der ÖVP. Wir haben das massiv vorangetrieben, weil wir dort - wenn Sie sich vielleicht erinnern - vor Jahren schon den Sandstrand gemacht haben. Irgendwann hat dann der Herr Bürgermeister gesagt: Na ja, dann machen wir dort eben auch noch ein Stadtentwicklungsgebiet. Das ist so, und das ist auch gut so.

Allerdings - und darüber kann man auch nachdenken - ist es so, wie es im Moment passiert - dass nur Gastronomie kommt -, meiner Ansicht nach zu wenig. Wir brauchen dort einen Mix an Kultur. Man könnte dort etwas mit Künstlerinnen und Künstlern machen, man könnte dort

auch vieles andere tun, das wäre natürlich auch schön.

Vielleicht ein Letztes noch zu den Visionen, weil Sie gesagt haben, man soll immer eine Vision haben: Ich denke mir, es gibt so viele Weltstädte, die es schaffen, Metropolitan Areas zu schaffen. Ich weiß schon, wir sind in Österreich etwas kleinteiliger und sind, wie soll ich sagen, immer im Grätzl daheim. Wir sind wahrscheinlich zu wenig über die Nasenspitze hinaus daheim, aber ich glaube, es wäre auch wünschenswert, um nicht nur die Vision nicht zu verlieren, sondern auch hart und intensiv daran zu arbeiten, dass Wien nicht an der Stadtgrenze endet, sondern dass es wirklich eine Metropolitan Area wird. Dann gäbe es auch Verkehrslösungen, die man durchaus gemeinsam finanzieren kann. Warum soll nicht Europa, warum soll nicht der Bund? Da muss man sich eben zusammensetzen, sich zusammenreden und überlegen, wie man das tun kann. - Das wollte ich nur anmerken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber jetzt komme ich zum Wohnen, der Herr Stadtrat sitzt mir vis-a-vis. Es ist ein Rechnungsabschluss, der das erste Mal, ich sage jetzt einmal, nicht im Detail dem entspricht, was wir an sich im Voranschlag gehabt hatten. Denn er hat das erste Mal die Milliardengrenze überschritten, was ja einerseits gut ist für die Investitionen, für die Wirtschaft und natürlich für die Bautätigkeit. Andererseits muss man dazusagen, dass es in der ganzen Frage der Investitionen in den Wohnbau-Call - Sie wissen das, den haben wir ja vor Kurzem aufgelegt - massive Unruhe einerseits bei den Bauträgern gibt, aber auch bei den finanzierenden Instituten und natürlich auch bei den beteiligten Versicherungen, weil die Grundstücke fehlen.

Jetzt sage ich einmal ganz frech: Der Wohnfonds hat in etwa zwei Millionen Quadratmeter auf der Halde, die MA 69 hat genug, und ich habe immer gesagt, wir sollten es endlich schaffen, dass man eine Zusammenschau aller Grundstücke, die die Stadt Wien im ausgelagerten oder im eigenen Stadt-Wien-Bereich hat, zusammenträgt und überlegt: Was tut man damit, und wo kann man was machen? Den Vorwurf darf und kann ich Ihnen nicht ersparen, denn da sind wir irgendwo stecken geblieben. Ich bin schon ganz froh, wenn wir am Ende des Tages von den 7 500 angekündigten Wohnungen 3 500 auf den Weg bringen, aber ich denke, es wäre hoch an der Zeit, das wirklich zu tun.

Die Mehreinnahmen oder in dem Fall Mehrausgaben, in etwa 175 Millionen EUR, sind für die Wohnbauanleihe veranschlagt. Es sind 7,6 Millionen mehr ausgegeben worden für thermisch-energetische Sanierungen, in etwa 21,3 Millionen für thermisch-energetische Gebäudesanierungen. Die Einmalzuschüsse: plus in etwa 13,6 Millionen für die privaten Haushalte.

Jetzt wissen wir, ungefähr 600 Millionen EUR, die nächstes Jahr veranschlagt sind, kommen vom Bund herein, das ist die reine Bundesfinanzierung. Wien gibt ja bis dato relativ wenig bis gar nichts, sage ich jetzt einmal, aus dem eigenen Budget dazu. Wie diese 100 Millionen, die wir jetzt gekürzt haben. Und meine Botschaft ist: Wo ist der langfristige Plan für die Sicherstellung des sozialen Wohnbaus? Ich glaube, sowohl die Bauträger

als auch die Mieterinnen und Mieter oder natürlich auch - und da komme ich jetzt wieder zu meinem Thema - die Eigentümerinnen und Eigentümer; bei den geförderten Eigentumswohnungen sind wir ja immer noch Stiefkind im Vergleich zu dem, was an Miete gefördert und gemacht wird. Wo ist die Planungs- und Zukunftssicherheit für diese Damen und Herren?

Ich finde, ein Jahr ist gerade für ein Grundbedürfnis - und Wohnen ist ein Grundbedürfnis - für mich zu wenig. Es wäre durchaus wünschenswert, dass man langfristig einen Plan hat und sagt: Okay, ein Bekenntnis der Stadt, wir wollen den geförderten Wohnbau! Da haben Sie jede Unterstützung. Wir brauchen die Sanierung, wir brauchen den Neubau genauso wie die Sanierung, auch im privaten Bereich.

Ich sage jetzt einmal, man könnte durchaus überlegen, dass man weggeht von der einzelnen Wohnbauförderung, hin zu einer Städtebauförderung. Denn in Wahrheit machen wir - das Planungsressort ist nicht mehr da - ja mehr oder weniger viel Stadtentwicklung und Stadtplanung im Wohnbauressort. Ich denke, da könnte man durchaus darüber nachdenken, das zu einer Städtebauförderung mit einem Mix aus Geschäften, aus sozialen Einrichtungen, Schulen, Kindergärten und so weiter dementsprechend auszubauen. Vor allem haben wir in den Neubauten meistens kaum Flächen für kleinteilige Geschäftsmöglichkeiten und -strukturen, sondern immer nur für Große: Hofer, Billa, keine Ahnung. Ich denke, da muss man dringend etwas tun.

Eine weitere Geschichte ist die ganze Frage der inneren Verdichtung, wie vorhin schon angesprochen. Das ist die ganze Frage der Erdbebennorm, die ganze Frage der Sicherheit der Dachgeschoßausbauten. Einer Studie der MA 21 nach haben wir immer noch an die 30 000 Dachbodenreserven. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob es 25 000 oder 30 000 sind, aber ich denke, das ist nicht das Thema. Ich glaube, wir müssen dort zu einer Lösung finden, mit der sowohl die Hausbesitzer als natürlich auch die Wohnungssuchenden eine Chance haben, leistbar oder kostengünstig zu Wohnungen zu kommen, vor allem so, dass es jedenfalls wesentlich weniger kostet.

Ein Letztes, das ich noch anbringen will, dann bin ich nämlich schon am Ende, weil ich versprochen habe, ich bin kurz: Ein chinesisches Sprichwort hat einmal gesagt, bevor du dich daran machst, die Welt zu verbessern, geh dreimal durch dein eigenes Haus. Ich würde mir wünschen, Herr Stadtrat, Sie gehen dreimal durch das Wohnbauressort, überlegen sich, wo wir das Geld für die zukünftige Entwicklung, für das zukünftige Wohnbauressort haben. Sprich, auch darüber nachzudenken: Wie kann man das, was wir dringend und notwendig brauchen, für die nächsten Jahre so bereitstellen, dass letztendlich alle wieder einen leistbaren Wohnraum finden, Jungfamilien und natürlich auch die zukünftigen Generationen?

Herzlichen Dank, und vielleicht können Sie im Anschluss noch etwas zum Wohnbau-Call sagen. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet

ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat!

Auch in mittnächtlicher Kürze zwei Themen, die vor uns stehen: Im letzten Jahr war das Wohnressort jenes, das von allen Ressorts im Budgetbeschluss, weil es ein Sparbudget war, die größten Kürzungen hinnehmen musste; darum auch der bereits angesprochene Call.

Ich glaube in der Tat, dass wir uns für die langfristige Finanzierung einer wachsenden Stadt - 15 000 Menschen mehr - die Grundlagen der Wohnbauförderung neu anschauen müssen. Ich kann nur wiederholen, was ich hier schon einmal gesagt habe: Es kann nicht sein, dass wir jetzt durch Reduktion der Bautätigkeit ausgerechnet im Wahljahr eine Wohnungsknappheit ansteuern, die sich darin äußert, dass es besonders für Einkommensschwache schwieriger denn je ist.

Vielleicht nur einen Hinweis und einen Zusammenhang. Wenn ich mir die Zunahme jener anschau, die auf Direktzuwendungen der Stadt Wien angewiesen sind, und das ins Verhältnis zum Zuwachs der Wohnkosten der letzten 10, 20 Jahre stelle: Man pudelt sich irre über den Benzinpreis auf, aber die Zunahme der Wohnungskosten in ganz Österreich, in ganz Europa ist dramatisch! Das würden wir noch verschärfen, wenn wir die Neubauleistung nicht halten könnten.

Ich unterstütze da das Vorhaben des Herrn Stadtrats, zu schauen, wie man bei den Kosten sparen kann, ohne an Qualität einzubüßen. Und ich möchte nur andeuten, dass es einen Wettbewerb gab, der vor wenigen Wochen im Ressort des Herrn Stadtrats abgewickelt wurde und in dem nicht das kostengünstige Projekt, das auch von der Jury als sehr fortschrittlich gefunden wurde, gewählt wurde, sondern ein anderes, auch gutes. Da ging es einmal mehr um die Frage: Stellplätze im vollen Ausmaß, ja oder nein? Da waren insbesondere dem Bezirk andere Dinge wichtiger.

Ich glaube also, dass einmal mehr die Frage der Stellplatzverpflichtung - gerade vor dem Hintergrund des sozialen Wohnbaus, des kostengünstigen Wohnbaus - ins Auge gefasst werden soll. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten intensive Diskussionen über das nächstjährige Budget führen - da sind ja die Eckzahlen sozusagen noch im Gespräch - und uns anschauen, wie wir die notwendigen 7 000, 8 000, 9 000 Wohnungen finanzieren können. Das ist eine schöne, gewaltige Aufgabe.

Parallel dazu zeigt sich, wo die Deutschen nach dem Atomausstieg hinsteuern wollen in einem wirklich beachtlichen Akt eines radikalen Wandels: Dort werden die Bundesmittel für die Gebäudesanierung deutlich aufgestockt. Wir haben den erfreulichen Zug in Wien, dass sehr viele Wohnungs- und Hausbesitzer die unstrittig kostengünstigste Maßnahme zum Klimaschutz und zur Einsparung von Kosten, nämlich die Dämmung, dass es zu weniger Energiekosten kommt, angehen wollen. Auch hier stoßen wir an budgetäre Grenzen, und etlichen wurde mitgeteilt, dass das derzeit nicht zu fördern ist. Da sollten wir nachdenken, wie wir das auch in diesem Bereich bedienen.

Überall stoßen wir also an die Kostengrenzen. Darum meine ich, dass wir nicht darum herumkommen, eine größere Reform auch der Wohnbauförderung ins Auge zu fassen, um beides zu erreichen und vor allem für jene, die über wenig Einkommen verfügen, Wohnraum bereitzustellen.

Hier glaube ich auch - und habe das in einem Gespräch dem Herrn Stadtrat schon gesagt -, dass ein Auge auf die Vergabe der wirklich kostengünstigen Wohnungen geworfen wird. Das sind nicht die Neubauwohnungen, Neubauwohnungen sind ihrem Wesen nach immer teuer. Günstig sind abgeschriebene Wohnungen, Wohnungen, die schon vor 20, 30, 40 Jahren gebaut wurden. Viele davon kommen nicht auf den Markt, und sehr viele werden auch nicht zielgerichtet vergeben. Das liegt in der Hand der Bauträger. Da sollte, denke ich, ein Big Deal des Wiener Wohnbaus, wenn wir den angehen - ich glaube, wir müssen ihn angehen -, gerade für den sozialen Bereich günstige Wohnungen vorsehen.

Es sind also diese drei Dinge. Ja, auf die Kosten schauen, nicht nur im Wohnbau! Das ist ein Generalthema - wenn ich das in meinen verbleibenden drei Minuten vielleicht noch sagen darf, ich bleibe unter zehn Minuten -, dass wir uns in den letzten Jahrzehnten auch in Wien, in der ganzen westlichen Welt ein riesiges Problem geschaffen haben mit Normen hier und Normen da und noch viel mehr Normen, die alle sozusagen auf einen technischen Toplevel treiben, der finanziert werden muss.

Viele Kindergärten - um jetzt nur ein Thema zu nennen - oder viele Wohnungen aus der Gründerzeit, die heute stark nachgefragt sind, wären nach tausend Normen heute nicht baubar, sind aber sehr nachgefragt. Ich weiß nicht, ob wir jegliche Norm brauchen, die uns allen gemeinsam über die Jahrzehnte eingefallen ist und die Kosten getrieben hat, ob wir nicht sozusagen Kostenentlastung durch Normendurchforstung benötigen, um zu sehen, ob alles wirklich notwendig ist. Da ist, glaube ich, auch ein gehöriges Sparpotenzial enthalten. Wir müssen über dieses Sparen reden, um gezielt die Einkommensschwachen zu bedienen.

Das Zweite ist die energetische Sanierung, die ich vor allem deswegen ins Auge fasse: nicht nur wegen des Klimaschutzes, sondern weil es ja die dümmste Art ist, wenn wir irgendwann aus Kyoto oder sonst was Strafzahlungen für überschrittene CO₂-Ziele leisten müssen, statt dass wir unsere CO₂-Emissionen reduzieren.

Ich denke aber auch an die Energiekosten. Man muss ja besonders naiv sein, um zu glauben, dass man durch das kurzfristige Release von Erdölreserven den Ölpreis langfristig senken kann. Der Ölpreis und der Gaspreis - der Gaspreis trifft uns in Wien massiv - werden in die Höhe gehen, und da müssen wir darauf achten, dass wir das im Griff haben. Ich glaube, das ist möglich, wir brauchen aber diesen Big Deal in der Verwendung knapper werdender Mittel, um die Ziele zu erreichen.

Das waren nur acht Minuten; ich bitte um Fortsetzung desselben. - Herzlichen Dank. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ich erteile es ihr.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Da ich davon ausgehe, Herr Stadtrat, dass Sie das Protokoll sehr genau lesen werden, und wir in der Generaldebatte schon einen Teil vom Wohnbau abgehandelt haben, werde ich das jetzt ersatzlos streichen. Trotzdem möchte ich noch zu ein paar Dingen Stellung nehmen.

Zunächst zu Herrn Kollegen Chorherr: Natürlich, Dämmen ja! Sie kennen meine Kritik: nicht ausschließlich, es ist ein wesentlicher Faktor. Wo ich Zweifel hege, darauf komme ich bei der Energieeinsparung noch ein bisschen zu sprechen. Aber eines muss uns auch klar sein: Wir können mit der Dämmung allein nicht die Welt und auch nicht Österreich retten. In der Umgebung von Graz ist jetzt ein Gaskraftwerk errichtet worden, das sechs Mal mehr CO₂-Ausstoß als der gesamte Verkehr von Graz pro Jahr hat. Wenn man weiß, wie stark der Verkehr von Graz ist: Da können wir also noch sehr viel dämmen, wenn wir hier etwas einsparen wollen.

Ich finde es richtig, aber wir müssen uns immer den Puffer offen lassen: Wie weit geht die Entwicklung? Was gibt es an neuerer Technik? Und haben wir dann nicht irgendwann einmal das große Sondermüllproblem? Ich weise immer wieder darauf hin und werde es auch weiter tun.

Ich möchte jetzt zum Thema Sanierung noch Folgendes sagen. Jawohl, ich bin für Sanierung, wo sie sinnvoll und notwendig ist. Aber manches lassen wir leider auch so. Ich verstehe schon, es werden die Wohnbaufördermittel drastisch gekürzt; es waren wieder 107 Millionen EUR im letzten Jahr.

Aber wenn seit 2005 im Kontrollamtsbericht immer wieder darauf hingewiesen wird, dass die Parkdecks von Wiener Wohnen in einem desaströsen Zustand sind und es bereits zur Gefährdung von Sachen und Personen kommt - das steht da drin, dass es schon so weit geht, das war 2005, da steht, dass die Bäume die Decken durchwurzelt haben, dass Lochrostfraß in den Stahlbetonstreben festzustellen ist, dass der Beton bröckelt und so weiter, dann geht Wiener Wohnen her und sagt zu einem Sachverständigen - das mit den Freunden als Sachverständigen haben wir schon bei der Grundbewertung Atzgersdorf gesehen -: nein, nein, alles nicht so schlimm, lassen Sie es!, und das Kontrollamt hat seither noch zwei Mal darauf hingewiesen, und jetzt ist es schlimm -, dann meine ich doch: Hier muss gehandelt werden trotz aller Kostenreduzierung! Wir können nicht zuwarten, bis irgendetwas passiert.

Auf der anderen Seite wird, wie bei einem Bau im 21. Bezirk, derart saniert, dass die Wärmedämmung in einem 1A-Zustand ist, die Bewohner kaum Energiekosten zahlen. Jetzt wird vorsichtig die Dämmung abgelöst und auf Paletten gestapelt, die werden in Plastikfolie eingeschweißt, das Ganze wird in rumänische LKWs verladen, so wie die Fenster, die erst 13 Jahre drinnen sind und wo von undicht oder kaputt überhaupt keine Rede war. Das alles wird abtransportiert, und die Leute, die vorher keine

Energiekosten mehr gehabt hatten, müssen jetzt mehr zahlen und alles das auf sich nehmen, was so eine Sanierung nach sich zieht. Wir haben kein Geld, aber da werfen wir es buchstäblich hinaus! Ich kann es nicht anders sagen.

Dazu kommen noch Erhöhungen. Wir kennen schon die mehrfachen Kategoriemietzinserhöhungen, aber nun kommt ein Sondermodell, das wir gerade prüfen lassen, denn auf den Kategoriemietzins rechnen Sie jetzt eine Erhöhung auf Grund der Sanierung von 89 Prozent des Richtwertmietzinses! Wie Sie die zwei dann übereinander bringen und ob sich da noch jemand auskennt, wage ich zu bezweifeln. Ich finde es auch gar nicht in Ordnung.

Dazu kommt, dass Sie - man sieht Sie ja fast täglich in den Medien, zum Teil bezahlt, manchmal wird es die Zeitung auch so tun - jetzt über die Fördermittel schreiben, was Sie nicht alles damit bewirken. Darin steht unter anderem, dass Sie für das Jahr 2009 von den Förderanträgen, glaube ich, 17 000 genehmigt haben. Später waren es schon wesentlich weniger, nur mehr 15 500, das Geld wird knapp.

Sie schreiben dann, dass diese Fördermaßnahmen, die Sie setzen - nicht wenige, das gebe ich zu -, Investitionen von insgesamt 1,25 Milliarden EUR bewirken. In der einen Zeitung veröffentlichen Sie dann: plus 23 000 Arbeitsplätze; 2 Tage oder so später ist in anderen Zeitungen von 1,25 Milliarden EUR und von 8 000 Arbeitsplätzen die Rede. Ich meine, da klafft aber schon eine massive Lücke, möchte ich sagen. Wenn man weiß, dass Wien in der Arbeitsplatzstatistik sowieso den letzten Platz in Österreich belegt, dann macht es einen Unterschied, ob es 8 000 oder 25 000 Arbeitsplätze sind.

Zu Energieeinsparung: Ich habe heute schon über die Betriebskosten geredet, möchte aber hier noch einmal einen Passus herausheben. Sie haben das ja immer propagiert, was sich die Leute einsparen. Ich glaube, es ging um 89 EUR. Jetzt war einmal in einer Aussendung von 69 EUR die Rede, pro Jahr, die tatsächlich eingespart werden. Experten sprechen von 320 000 EUR.

Aber eines muss uns schon klar sein, Herr Stadtrat: So viel dämmen können wir nicht, wenn alljährlich einerseits die Energiekosten erhöht werden - das habe ich heute schon ausgeführt - und andererseits die Netzkosten bereits einen so erheblichen Teil als Fixum ausmachen, dass dann für das Einsparungspotenzial relativ wenig übrig bleibt. So ist zum Beispiel der Netzkostenanteil bei der Fernwärme ein Drittel, glaube ich, und bei Gas die Hälfte. Das heißt: Wie viel kann denn der noch einsparen, wenn es ohnehin nur mehr um die Hälfte geht?

Ich glaube doch, dass Sie sowohl bei Strom als auch bei Gas - und die Erhöhungen sind massiv! - als Hausherr von 220 000 Wohnungen einmal erwirken müssen, dass Sie als Großabnehmer wirklich Konditionen bekommen, die eben nicht für den Einzelverbrauch bestimmt sind, sodass es sich für den Einzelnen rentiert.

Das Kontrollamt sagt jedes Mal wieder, dass die Belastungen weit über den Deckungsgrad hinausgehen. Außerdem sind die Betriebskostenabrechnungen so kompliziert, dass sie der normale Bürger, also der nor-

male Mieter überhaupt nicht mehr nachvollziehen kann. Aber auch die Mieterbeiräte können es nicht, und die müssen jetzt mit der CD wieder zu Wiener Wohnen gehen. Das heißt, wir machen den Bock zum Gärtner: Derjenige, der es so verrechnet hat, dass ich es nicht verstehe, erklärt mir jetzt, was er verrechnet hat. Das soll es nicht sein, und ich glaube, hier wäre schon auch Handlungsbedarf.

Weil wir nun bei den Betriebskosten sind: Ich habe vor einiger Zeit einen Antrag betreffend Einzelwasserzähler eingebracht. Sie haben mir damals sehr knapp zurückgeschrieben, es besteht kein Bedarf. Ich habe jetzt diesen Antrag wieder hier, Sie werden ihn auch schon gelesen haben. Es war ja die SPÖ selber, die im Jahr 2000 in ihr Arbeits- und Regierungsprogramm hineingeschrieben hatte, dass es notwendig ist, Einzelwasserzähler zu installieren, weil es so wichtig ist, dass die Leute dann auch wirklich nur für ihren Verbrauch bezahlen.

Es gibt mittlerweile Familien, die von Ihnen keine Wohnung zugewiesen bekommen, obwohl ein Ehepaar mit 5 Kindern auf 50 m² wohnt. Aber genau daneben wohnt vielleicht eine Singleperson - egal, ob jung oder alt -, auch auf 50 m², und beide zahlen denselben Wasser- und Kanalkostenbeitrag. Wir glauben, dass hier einfach keine Kostengerechtigkeit gegeben ist. Das geht jetzt nicht gegen die Familie als Familie, aber es muss der eine, der in der Früh aus dem Haus zur Arbeit geht und den ganzen Tag nicht zu Hause ist, genauso viel zahlen wie eine Menge Leute, die den ganzen Tag zu Hause wohnen. Wir wollen im Sinne der Verbrauchergerechtigkeit, dass einfach dort, wo jetzt Wohnungen saniert oder neu errichtet werden, auch Einzelwasserzähler installiert werden. - In formeller Hinsicht möchten wir die sofortige Abstimmung des Antrages. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun noch ganz kurz zu einem Punkt, den meine beiden Vorredner schon sehr eindringlich an Sie gerichtet haben: Selbstverständlich geht es auch uns um den Wohnungsneubau. Sie kennen den letzten Quartalsbericht: Es sind derzeit 28 000, die auf eine Gemeindewohnung schon berechtigt mit Vormerkschein warten, davon 14 000 Jungwiener. Es sind wesentlich mehr als noch 3 Jahre zuvor, die Steigerung war enorm, nicht ganz 100 Prozent.

Es ist ja so, dass bereits jetzt 60 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben, und 2050 werden es 70 Prozent sein. Frau StRin Vassilakou hat gesagt, dass wir bis 2050 zirka 2,5 Millionen Menschen in Wien haben werden, 2030 werden es 2 Millionen Menschen sein - und wir haben keine Wohnungen!

Die Fassmann-Studie hat schon seinerzeit - ich glaube, es war im Jahr 2004, da ging es um die Ostöffnung - massiv darauf hingewiesen. Aber auch jetzt ist es wieder Herr Fassmann, der sagt, wir brauchen dringend Neubauten, weil einfach das Bedürfnis nach Wohnraum - vor allem für Singles, für ältere allein lebende Personen oder auch junge, egal wie - enorm groß ist und wir nicht nur in den extremen Großfamiliensektor abwandern sollen. Aber wir haben diese Wohnungen nicht. Wir haben sie nicht nur nicht für Großfamilien, wir haben sie vor allem

auch nicht für diese Einzelfamilien.

Herr Stadtrat! Ich möchte nicht Zustände in Wien bekommen, dass durch das extrem knappe Angebot und die riesige Nachfrage eine Preisspirale nach oben entsteht wie zum Beispiel in Frankreich, wo im Zentrum von Paris eine 21-m²-Wohnung im 5. Stock ohne Lift schon 800 EUR kostet und 3,6 Millionen Einwohner ohne Wohnung sind. Die leben zum Teil in Geschäfts- und Kellerlokalen. Das sind Zustände, auf die auch wir offenen Auges zugehen.

In Hamburg ist es so, dass bei 55 m² ... *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Machen wir Mietzinsobergrenzen!)* Wir können über alles reden, aber so geht das nicht. Ich meine, in Hamburg kosten 55 m² ohne Heizung und Warmwasser mittlerweile 660 EUR. Ja, wir können eine Containercity machen wie in London, oder so, wie jetzt bei uns die Kinder ohnehin schon in der Schule sind. Aber wir Freiheitliche wollen das nicht. Wir wollen, dass die Leute einen ordentlichen, leistbaren Wohnraum zur Verfügung haben. Und leistbar, Herr Stadtrat, ist es nicht, dass der Durchschnittsverdiener, wenn er 18 000 EUR hat, 25 000 EUR Baukostenzuschuss für 50 m² zahlt! Das ist für uns nicht leistbar, da kann ich Ihnen wirklich nicht folgen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich meine also, es ist jetzt wirklich an der Zeit, dass wir Wohnungen bauen. Wir haben dafür auch eine Lösung - uns wird ja immer vorgeworfen, dass wir als Opposition, was auch unser Recht ist, nur kritisieren -, mein Kollege Klubobmann Gudenus und ich haben vor Kurzem eine Pressekonferenz gemacht. Warum gehen wir nicht wieder zurück - nicht in vollem Umfang, aber doch - zu den Wurzeln des sozialen Wohnbaus?

Damals konnte man entweder eine bestimmte Stundenzahl mitarbeiten, oder man musste zahlen. Dass heute niemand mehr am Bau mitarbeiten kann, ist völlig klar, heute gibt es völlig andere Techniken. Aber wir können einen Bau brauchfertig übergeben. Das heißt, es kann durchaus jemand darin die Fußböden legen, man kann die Türen einbauen, das Gesetz schreibt von brauchfertig. Er kann oder soll die Möglichkeit haben, teure Waschbecken, Badewannen und so weiter vielleicht durch eigene billigere zu ersetzen. Und wir kürzen den Baukostenzuschuss.

Das hätte mehrere Vorteile. Denn jetzt passiert es oft, dass die Leute in wahnsinnig teuer sanierte Wohnungen einziehen und sie nach nur wenigen Jahren devastiert zurückgeben. Wenn jemand sich die Mühe macht, Materialien auszusuchen, und schaut, wo er sie günstig bekommt, sich auch die Arbeit damit macht, dann überlegt er es sich, ob er das nach zwei oder drei Jahren devastiert zurückgibt, weil er sich dasselbe nicht noch einmal antun will.

Außerdem kann man dadurch sehr gut Mietergemeinschaften entwickeln. Die Nachbarschaftshilfe ist gefragt, und das Kleinstgewerbe wird wieder unterstützt, nämlich alle jene, die nicht um 300 Prozent überzogen durch Kontrahentenverträge beschäftigt werden, sondern alle jene Kleinen, wo vielleicht nur der Chef, ein Geselle und ein Lehrbub tätig sind, und fertig. Hier hätten sie eine Möglichkeit. Es ist nur eine Möglichkeit, es ist ja

keine Zwangsmaßnahme; wer das machen möchte, der soll es auch können.

Aber nicht, dass wir überall sagen: So ist es! Denn wir haben für den sozialen Wohnbau die Verdienstgrenze sehr hoch gesetzt, und damit berechtigt das auch dazu, dass die Leute eine gewisse hohe Qualität beanspruchen. Die kann sich aber vielleicht jemand, der weniger verdient, nicht leisten. Daher wollen wir: Gehen Sie zurück zu den Wurzeln, und versuchen wir, dass wir hier wieder mehr Geld für den Neubau einsparen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Hora. Ich erteile ihm das Wort.

GR Karlheinz **Hora** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Es ist schon etwas ungewöhnlich, um diese Zeit hier heraußen zu stehen, aber mir spielt es keine Rolle. Ich möchte daher auch etwas ungewöhnlich beginnen, damit vielleicht Ihre Aufmerksamkeit steigt, und mich gleich als Erstes bei den Mitarbeitern der Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe Wohnbau und Wohnbausanierungen bedanken! Ich glaube, das ist einmal den Applaus von allen Fraktionen wert. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN sowie von GRin Henriette Frank.)*

An der Reaktion kann ich schon erkennen, welche Fraktion heute bereits abgetreten ist, zumindest bei der Handbewegung. Aber erlauben Sie mir zum Thema Wohnbausanierung auch etwas in Zahlen auszuführen, weil Kollegin Frank mich darauf gebracht hat, dass sie scheinbar einige Zahlen etwas verwechselt hat. *(GR Mag Wolfgang Jung: Scheinbar oder anscheinend?)*

Liebe Frau Kollegin Frank! Gerade die thermische Sanierung und überhaupt die allgemeine Wohnhaussanierung ist ein wichtiger Bestandteil aus diesem Ressort und hat gezeigt, dass es nicht nur arbeitsplatzintensiv ist, sondern dementsprechend auch ein wichtiges Bindeglied für die Leistbarkeit von Wohnungen - auch mit preisdämpfender Wirkung für den gesamten Wohnungsmarkt, was Sie so angegriffen haben - darstellt. Erlauben Sie mir daher, die richtigen Zahlen zu nennen. Sie haben gesagt, die Zahlen seien immer so unterschiedlich. Ich habe hier die Zahlen, dass 2009 - und das haben Sie zitiert ... *(GRin Henriette Frank, zwei Papierblätter in die Höhe haltend: Ich habe die Zeitungen zitiert!)*

Liebe Frau Frank, nicht alles, was in einer Zeitung steht, stimmt immer. Ich würde Ihnen daher empfehlen ... *(GRin Henriette Frank: Ich habe gesagt, dass es unterschiedlich ist!)* Ich würde Ihnen daher auch empfehlen, vielleicht doch aus dem Ressort die entsprechenden Akten zu lesen beziehungsweise auch die fachspezifischen Informationen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die kriegt man ja nicht!)* Die bekommt man - ich sage es Ihnen offen - ganz einfach, Herr Jung. Ich nenne Ihnen auch die Internetseite, wenn Sie wollen, den PC werden Sie ja schon selber bedienen können. *(GR Mag Wolfgang Jung: Danke!)*

Das heißt, 2009 wurden zirka 17 000 Wohneinheiten geprüft, und es wurden rund 16 500 Wohneinheiten zugesagt. Jetzt kommen wir zu dem Jahr 2010. Auch in

diesem Jahr wurden 16 800 Wohnungen geprüft, und 15 500 wurde eine Förderungszusage erteilt. Ich könnte es mir jetzt natürlich ganz leicht machen und Sie mit Zahlen zuschütten, was ich angesichts der späten Stunde nicht mehr machen will. Aber wie gesagt, ich kann Ihnen nur empfehlen, es gibt die dementsprechenden Unterlagen aus dem Jahr vom 16. Februar 2011. Im Internet nachzuschauen, sollte kein Problem sein.

Aber diese Geschäftsgruppe hat natürlich eine Vielzahl von Abteilungen. Erlauben Sie mir vielleicht, auf etwas Besonderes hinzuweisen. Die MA 34, die ja auch von der Opposition immer gern gescholten wird, eine Abteilung, die im Schwergewicht die Raumplanung und die Raumbewirtschaftung vom Magistrat als Aufgabe bekommen hat, hat zum Beispiel - und das sollte man hier auch einmal erklären - das Ökozertifikat bekommen. Ein Zertifikat als eine der größten Dienststellen in Wien, das ist, glaube ich, schon eine Leistung, die man nicht unter den Tisch stellen sollte, und man sollte auch einmal nachdenken, warum das so ist. Das heißt, gerade diese Abteilung, die sich immer wieder damit beschäftigt, was ist effizient, was ist wichtig für die anderen Dienstleistungsabteilungen, für die anderen Arbeitsabteilungen dieses Hauses, wurde dementsprechend ausgestattet.

Ich darf von dieser Stelle aus noch einmal gratulieren, und ich kann Ihnen auch gerne sagen, was damit verbunden war. Es wurden unter anderem im Jahre 2009 135 t CO₂ weniger verursacht und im Jahre 2009 auch noch einmal 1 400 t CO₂ eingespart. Sie sehen also, dass dort eine Abteilung ist, die, auch wenn sie nur mit Raumbewirtschaftung zu tun hat, ökologisch wertvolle Dienste leistet und zum Beispiel auch die Fahrzeuge auf umweltfreundliche Erdgasautos umgestellt hat.

Aber, meine Damen und Herren, das ist ja nur eine der Abteilungen, und ich gebe Ihnen gerne recht, dass Sie noch nicht alles gehört haben. Ich habe hier als Nächstes die MA 50 liegen, die auch im Jahre 2010 - und Service ist ja etwas ganz Wichtiges - einen entsprechenden Info-Point für Wohnungsverbesserung in der Muthgasse eingeführt hat.

Was wird dort für den Kunden, für den Letztverbraucher alles geleistet? Das ist zum Beispiel Wohnungsverbesserung im Sanierungsverfahren, im kleinen Verfahren, also nicht im großen Verfahren. Es gibt dort aber auch kostenlose und kompetente Beratung für Biomasse und Ökoförderungen, natürlich auch Solarförderungen. Ein ganz wichtiger Bestandteil dieser Informationsstelle sind behindertengerechte Umbaumaßnahmen im Wohnungsverband. Das ist nämlich eine Maßnahme, wo die Stadt Wien seit Jahren federführend tätig ist. Wir wissen, dass gerade diese Abteilung sehr vielen Menschen dabei geholfen hat, in ihrer eigenen Umgebung zu bleiben, weil eben die Wohnung barrierefrei gestaltet wird und weil es eine kostenlose Beratung gibt, die dementsprechend darauf hinweist.

Selbstverständlich hat diese Abteilung auch die Thewosan-Förderung für Ein- und Zweifamilienhäuser, Wärmepumpen in der Sanierung in Ein- und Zweifamilienhäusern, Förderung von Sicherheitsmaßnahmen in Wohnungen und Eigentum. Da haben wir ja auch schon

die Diskussion gehabt, zum Beispiel die 400-EUR-Förderung.

Als Nächstes darf ich hier die Abteilung für sanfte Stadterneuerung der MA 25 zitieren. Meine Damen und Herren, das ist natürlich eine Erfolgsgeschichte! Ich würde mich fast dazu hinreißen lassen, hier die ganze Erfolgsgeschichte zu erzählen, würde mir aber leichter tun, wenn ich hier auch ein kompetentes Gegenüber hätte, und kann vielleicht eine Empfehlung aussprechen. Es gab ein entsprechendes Buch über das Thema Stadterneuerung, eben über die Stadtsanierung, vielleicht können wir das noch einmal zur Verfügung stellen.

Aber erlauben Sie mir, zur nächsten Magistratsabteilung zu gelangen, die auch in diesem Ressort beheimatet ist, zur MA 37. Diese hat zum Beispiel im Jahre 2010 sehr wichtige Dienste gehabt. Immer wieder kommt ja Kritik von Ihnen, dass dort zu wenig gemacht worden ist. Es gibt dort Bauführungen und die Überwachung bestehender Gebäude. Es wurden über 9 000 Objekte neu begonnen, die begleitend überwacht wurden. 186 Bauführungen mussten per Bescheid eingestellt werden. Sie sehen, das ist eine aktive Abteilung, die immer dann eingreift, wenn es zum Problem wird.

Aber auch 1 500 Bauaufträge wurden von dieser Abteilung dementsprechend auf Grund von Widrigkeiten erteilt. Über 4 500 Anzeigen und Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern wurden bearbeitet. Sie sehen also selbst, die MA 37, die Baupolizei, hat ein Arbeitsprogramm 2010. Ich könnte jetzt auch noch zum Beispiel zitieren, dass über 16 000 Menschen im Planarchiv Einsicht genommen und dort für zukünftige Bauten die entsprechenden Informationen erhalten haben, aber lassen Sie mich, wie gesagt, angesichts der späten Stunde etwas weitergehen.

Die nächste Abteilung, die ich hier liegen habe, ist die MA 39. Ich glaube, keiner oder sehr wenige in diesem Haus wissen, dass diese Abteilung für Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungstätigkeiten der Stadt Wien, auch eine Zertifizierungsstelle des Bundes, der Landesregierung, dort angesiedelt ist und sehr wertvolle technische und physikalische Dienste leistet.

Und einen Teil gibt es auch noch, die Magistratsabteilung 64. Hier möchte ich also nur drei große Gebiete anschneiden, was diese Abteilung hat. Mit dieser Abteilung ist auch die Synergie zur Stadtentwicklung zu sehen und zu finden. Es sind nämlich sämtliche Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten in dieser Abteilung angesiedelt. Es sind die Bau- und Grundstücksangelegenheiten in dieser Abteilung angesiedelt und auch die Energieangelegenheiten, alles, wie gesagt, im rechtlichen Sinne angesiedelt.

Und lassen Sie mich jetzt noch die Magistratsabteilung 69 nennen, das Liegenschaftsmanagement, das alles vom Kleingarten bis zur großen Fläche, und Sie sehen ja die vielen Akten, die wir immer wieder im Ausschuss haben, dementsprechend bearbeitet.

Daher erlauben Sie mir, ganz kurz zum Schluss zu kommen. Ich glaube, gerade dieser Umriss, dieser große Umriss dieser Abteilungen, die hier in diesem Ressort beheimatet sind, zeigt, dass gerade dieses Ressort mit

der Kooperation mit den anderen Ressorts, und Sie wissen ja, dass auch einer meiner Bereiche Stadtentwicklung und Verkehr ist und dass dieses überregionale Zusammenspiel, dieses gemeinsame Werk die Lebensqualität in dieser Stadt dementsprechend heben und diese dementsprechend auch zu sich bringt.

Und, Frau Kollegin Frank, ich will Ihnen jetzt nicht noch einmal das Thema rausreißen, was Sie hier genannt haben, Netzkostenanteil. Ich würde in alten Unterlagen nachschauen. Das Thema Netzkosten, die Trennung zwischen Verbrauch und Netz, wurde in einer Zeit eingeführt, als Sie oder genauer Ihre Fraktion im Infrastrukturressort den Minister oder in dem Fall sogar die Ministerin gestellt hat. Aber das kann ich Ihnen gerne einmal auch dementsprechend zeigen.

Und einen Kritikpunkt, und die Kollegin Hatzl wird sich dann noch mit Wiener Wohnen dementsprechend beschäftigen, aber auch ich mache in meinem Bezirk in der Mietervereinigung sehr aktive Arbeit und ich kann Ihnen nur eines sagen: Meine KollegInnen und ich haben überhaupt keine Probleme, die entsprechenden CDs von Wiener Wohnen zu lesen und natürlich dann, wenn es einen wunden Punkt gibt, den von der CD runterzulesen und sich das Original wieder anzuschauen. Ich mache das sehr oft, es ist eine Arbeit, ich mache es sehr gerne für die Mieter und ich glaube, dass das auch ein wichtiger Bestandteil ist.

In diesem Sinne kann ich nur sagen, der Rechnungsabschluss ist auch in diesem Ressort diesmal dementsprechend hoch, weil die Investitionen auch dementsprechend hoch gewesen sind und es wird so sein, dass die Lebensqualität auch in Zukunft über dieses Ressort einen wichtigen Beitrag leisten wird, die Lebensqualität für unser Wien.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit zur späten Stunde und vielleicht kann sich auch die FPÖ noch einmal aktiv beteiligen, indem ich noch einmal Danke an die Mitarbeiter dieses Ressorts sage, an die Mitarbeiter im Stadtratsbüro und an die einzelnen Mitarbeiter in den Magistratsabteilungen. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, deutlich kürzer als der Kollege Hora zu sein, möchte aber schon auf die Zahlen eingehen.

Erstmals überschreitet die Geschäftsgruppe den Betrag von 1 Milliarde EUR. Das ist einerseits lobenswert, dass in Zeiten der Krise mehr investiert wurde. Die Wohnbauanleihe ist hauptsächlich maßgeblich, dass es zu einer Überschreitung von 175 Millionen gekommen ist, im Krisenjahr ist das positiv. Aber heuer ist dann eine entsprechende Reduktion dieser Wohnbauförderung und auch in den nächsten Jahren wird man massiv sparen müssen. Das muss von unserer Seite kritisiert werden. Wir alle wissen, dass in den nächsten 30 Jahren Wien einen Bevölkerungszuwachs von mehr als 25 Prozent

erreichen wird und da wird es sicher nicht ausreichen, die Wohnbauförderung zu reduzieren. Wien rühmt sich seiner geförderten Wohnungen inklusive der Errungenschaft des kommunalen Wohnbaus seit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Dämpfung der Miet- und Wohnungspreise. Aber wir glauben, dass der gesamte Wohnbauförderungskomplex neu im Ressort strukturiert werden muss. Denn heute gibt es schon die größten Herausforderungen durch den Bau von mehr Wohnungen und diese neuen Wohnungen müssen unserer Meinung nach viel flexibler strukturiert werden, als das derzeit der Fall ist.

Auch heute sollte es schon so sein, dass die Berücksichtigung der Entwicklung der Familiengrößen besser angepasst wird. Aber in Zukunft muss es ein neues Strukturkonzept geben, das auch unter Umständen das Leben einer Familie abbildet, wo es am Anfang viele Kinder gibt und später Einzelpersonen in diesen Wohnungen leben, hier muss viel stärker als bisher der Bedarf an Wohnraum berücksichtigt werden. Zusätzlich kommt es natürlich dazu - im Wohnfonds wurde das letztes Mal auch besprochen -, dass es in Zeiten steigender Herstellungskosten notwendig sein wird, hier vom Markt billigere Angebote zu bekommen. Das wird sicher nicht einfach sein und es ist sicher eine große Herausforderung des Wohnbauressorts. Dass die Förderung des Eigentums nicht eine hohe Priorität in der SPÖ hat, ist bekannt, doch zur Reduzierung der Nachfrage nach neuem Wohnraum wird hier dringend privates Kapital gesucht und mit Förderungen lässt sich der Schatz des privaten Geldes deutlich leichter heben.

Dass das Konzept der Stadt der kurzen Wege zu kurz kommt, nämlich in Wien zu kurz kommt, und dadurch natürlich auch massive Umweltbelastungen entstehen, wenn eben diese Stadt der kurzen Wege nicht ist, möchte ich nur an einem Stadtentwicklungsgebiet beispielsweise anführen. Gerade die Seestadt Aspern ist ein Beispiel, wo die Stadtentwicklung etwas ins Hintertreffen geraten ist. Und im Zuge der noch fehlenden Wirtschaftsstrukturen glauben wir, dass dort, wenn bis heute noch kein Leitbetrieb gefunden worden ist, es unbedingt dringend notwendig ist, hier Leitbetriebe anzusiedeln. Von den kleineren Betrieben möchte ich derzeit noch gar nicht reden. Normalerweise folgen die kleinen Betriebe, wenn sich die großen Betriebe angesiedelt haben.

Noch kurz zur Bilanz von Wiener Wohnen. Die Bilanz ist alles andere als gut. Mag sein, dass ein Jahresverlust von 55 Millionen EUR bei dem riesigen Verlust im heurigen Rechnungsabschluss der Stadt Wien von 1,2 Milliarden nicht besonders auffällt und nicht aufregend ist. Aber ich glaube auch, dass der Auslagerungstrick der Stadt Wien zu Ende ist. Man hat nämlich Wiener Wohnen im Jahre 2000 ausgelagert und hat damals den Rucksack mit 1,3 Milliarden Schulden gefüllt, heute sind es 2,36 Milliarden Schulden, die Wiener Wohnen hat, und beide Schuldenbeträge zusammen, und das bleibt Wien unbenommen, machen 5,4 Milliarden aus und das ist sicher nicht wenig. Und auch die Frau VBgmin Renate Brauner hat im Vorjahr angeführt, dass sich die Schulden nicht so

schnell reduzieren lassen werden, also das heißt, Schulden Machen wird von Dauer sein. Im Zuge von teurerem Geld, wir befinden uns derzeit sicher in einer Niedrigzinsphase und in den nächsten Jahren sind sicher höhere Zinsen zu erwarten, sehe ich hier den Spielraum für die Stadt natürlich kleiner werden.

Abschließend: Das Wohnbauressort hat zwar im Jahr der Krise positive Maßnahmen gesetzt, das Budget maßlos überzogen, um deutlich mehr als, glaube ich, knapp 30 Prozent, hat aber keine Zukunftsstrukturen aufgebaut.

Wiener Wohnen ist weiter ein Klotz am Bein des Wohnbaustadtrates und da gibt es unserer Meinung In-sich-Geschäfte zur Beteiligung von guten Freunden. Ein ausgeglichenes Budget ist bei Wiener Wohnen weit und breit nicht in Sicht.

Die Mieterinnen und Mieter von Wiener Wohnen haben in der ÖVP weiter einen verlässlichen Partner, der den Ungerechtigkeiten von Wiener Wohnen gegenüber ihren MieterInnen eine Stimme gibt. Ich glaube, dass wir auch ein verlässlicher Partner für diese Mieterinnen und Mieter sind.

Aus den oben erwähnten Gründen werden wir dem Budget nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Werter Herr Stadtrat! Werte Abgeordnete!

Zu früher Stunde möchte ich Sie doch noch mit Zahlen konfrontieren und das Thema ein Stück weit auf einen anderen Fokus legen, nämlich wie in den letzten Jahren die Wohnkosten eigentlich überproportional gestiegen sind. Da gibt es eine aktuelle Studie, dass die einkommensschwachen Haushalte inzwischen 37,2 Prozent ihrer gesamten Ausgaben für die Wohnkosten ausgeben. Dann gibt es eine Konsumerhebung, die sagt, im Vergleich zu vor 5 Jahren sind diese Gesamthaushaltsausgaben um 14,6 Prozent gestiegen und die Wohnkosten um 22 Prozent. Da hat es eine eigene Konsumerhebung gegeben. Und dass im Grunde die Wohnkosten schon die Hauptverursacher der Inflation sind. Das wirkt sich wieder auf die indexgebundenen Mieten aus. Das heißt konkret, das Thema der leistbaren Wohnungen ist wirklich eines der Zukunftsthemen und man muss schon differenzieren, was die Stadt Wien jetzt hier macht und gemacht hat.

Ich habe es ehrlich gesagt auch nicht gewusst, ich gebe es zu: In Wien gibt es 220 000 Gemeindewohnungen. Das ist unglaublich. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Sie sind wieder munter, das freut mich, das ist gut. Insgesamt gibt es 900 000 Wohnungen, davon werden 700 000 Wohnungen vermietet. Das, was es auch gibt, zu Recht gibt, ist viel geförderter Wohnbau. Aber wir wissen, die leistbaren Wohnungen verschwinden vor allem auf dem privaten Sektor. Es gibt kaum mehr Wohnungen, die leistbar sind und insofern würde ich Sie noch gerne mit Zahlen konfrontieren, die die Delogierungen in Wien betreffen, und zwar wurden pro Jahr zirka 26 000 Räumungsverfahren eingeleitet. Das ist die Zahl von

2008, 2009. Wenn man dann die Betriebsobjekte abzieht, bleiben zirka 23 000 über. Und wir wissen auch, dass es laut dem Bundesrechenzentrum 4 100 Delogierungen definitiv in Wien gegeben hat. Warum erzähle ich Ihnen das? Wir wissen, dass es in Wien die Favus gibt, die MA 11 hier sehr viel investiert, die MA 40, die MA 50, um rechtzeitig zu reagieren und hier Unterstützung zu geben. Aber die Leute erreichen wir nicht. Das heißt, konkret ist es im Augenblick so, dass zirka die Hälfte der Räumungsklagen nur bei Favus gemeldet wird. Das entscheidet die Richterin, der Richter. Und das ist eines der Grundprobleme. Wie schaffen wir es, dass wir die Menschen rechtzeitig vor der Delogierung erreichen? Wie schaffen wir es, dass wir es verhindern, dass die Leute auf der Straße stehen. Insofern bin ich extrem froh und finde es total wichtig, dass wir jetzt daran arbeiten und zwar gemeinsam daran arbeiten, dass es ein neues, ein auf die Erfahrungen, die es gibt, aufbauendes Delogierungskonzept für alle Bereiche geben wird. Das ist elementar wichtig für die Menschen in der Stadt.

Gleichzeitig muss man auch sagen, dass der soziale Wohnbau – ich meine, heute ist viel von den Sanierungen geredet worden und das ist zu Recht so, weil ich auch sagen muss, ich werde mit Menschen konfrontiert, die mir sagen: Was nutzt mir eine wunderschön hergerichtete Wohnung, wenn ich sie mir nicht leisten kann? Das heißt, diesen Weg, den Sie jetzt gehen oder den wir jetzt gemeinsam gehen, uns zu überlegen, bei den neuen Wohnungsbauten eher weniger Quadratmeter zu machen, uns die Pläne genauer anzuschauen und den Wohnraum so zu gestalten, dass drei Zimmer da sind und das besser nutzbar ist, ist eine der Möglichkeiten, die hier in Wien jetzt ernst genommen wird, weil es stimmt, es stimmt tatsächlich, dass Wohnungen, vor allem kleinere Wohnungen, fehlen und dass sich viele fragen: Kann ich mir die Wohnung noch länger leisten? Wie ist es, wenn die Kinder ausziehen? Was ist, kriegen die Kinder dann eine Wohnung? Das ist definitiv ein Thema. Nur, und jetzt werde ich auch wieder munter, ärgert es mich ein Stück weit, dass sich die Oppositionsparteien hier herstellen und, an Sie gerichtet, wunderbare Vorschläge machen und in keinsten Weise bereit sind, hier Verantwortung zu tragen!

Wenn wir uns das Mietrechtsgesetz (*Aufregung bei der FPÖ.*) anschauen, das Sie mitzuverantworten haben: Sie haben das in Ihrer Koalition total verschärft! Sie betreiben unaufrichtige Politik hier heraußen! Sie kommen am Vormittag heraus, reden von steigender Armut, wie sehr Ihnen das am Herzen liegt und Sie weigern sich, sich konstruktiv zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen! Schauen Sie sich an, bei den Ein- und Zweifamilienhäusern (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) haben Sie ... (*GR Mag Wolfgang Jung schüttelt den Kopf.*) Na Sie brauchen nicht den Kopf schütteln! Lesen Sie das Mietrechtsgesetz! Wer trägt die Verantwortung? Wer hat denn das so ausgehöhlt, dass die Mieter in Ein- und Zweifamilienhäusern überhaupt keinen Mieterschutz mehr haben? Wer war das denn? Sie schauen mich mit großen Augen an, aber Fakten müssen Sie akzeptieren! Und da kommen Sie raus und er-

zählen großartig von Armut! Das bringt mich zur Weißglut, weil Sie ja überhaupt keine Verantwortung übernehmen. Null, nichts! Sie gehen da her und sagen heute den ganzen Tag, und das ist mir total wichtig, Sie kommen raus und sagen: „Mindestsicherung nur mehr für Inländer.“ Haben Sie sich die Mindestsicherung überhaupt einmal angeschaut? (*Beifall bei der FPÖ.*) Zwei Drittel der BezieherInnen kriegen nur eine Richtsatzergänzung. Die haben gearbeitet, verdienen aber zu wenig oder kriegen zu wenig Arbeitslose und Notstandshilfe. Nur eine Ergänzung ist das. Schauen Sie sich das restliche Drittel an. Wer sind denn die DauerbezieherInnen? Das, was Sie machen, ist einfach eine Stimmung, einfach eine Stimmung gegen die Menschen in dieser Stadt und das ist unverantwortlich! Und was Sie auch machen ... (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ja was Sie auch machen, ich sage Ihnen noch eines, das leiste ich mir jetzt um 2 Uhr in der Früh: Meine Urgroßtante hat vor 25 Jahren einen FPÖler im Fernsehen gesehen und hat gesagt: „Ui, ui, ui, pass auf, die tun den Finger in eine offene Wunde legen, aber dreh dich um, irgendwer kriegt dafür das Hackl ins Kreuz.“ Und das machen Sie, diese Art der Politik. Sie gehen zum Beispiel her und sagen, im Gemeindebau gibt es Probleme. Wir wollen, dass nur mehr die Menschen, die Deutsch sprechen, eine Gemeindewohnung kriegen. Das ist Ihre Art der Politik! Wenn Sie in den Gemeindebau gehen, gibt es definitiv Probleme. Wenn Sie mit den Leuten dort nämlich reden, ist das Problem nicht die deutsche Sprache, sondern dass sich die Leute einfach nicht mehr unterhalten (*Aufregung bei der FPÖ.*), dass die Nachbarin wegstirbt, dass sie einfach vereinsamen. Das sind die Probleme. Sie gehen her und machen oberflächliche Politik, Sie machen ein bisschen eine Stimmung auf Kosten der Menschen und das ist nicht in Ordnung. Das ist absolut nicht in Ordnung.

Insofern ja, die Wohnungspolitik ist eine Herausforderung und die wird ernst genommen.

Beteiligen Sie sich einmal in irgendeiner Art und Weise konstruktiv für die Menschen in der Stadt! Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist der Herr GR Hofbauer Ich erteile ihm das Wort.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Liebe Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Wohnen in Wien ist ein interessantes Thema, vor allem interessant, weil, laut meiner Vorrednerin, die FPÖ anscheinend für die Problematik bei Wiener Wohnen und beim Wohnbau und der kompletten Wohnsituation in Wien die Schuld für die derzeitigen Zustände trägt. Spannend, interessant. Sie erinnern sich noch alle daran, vor einem halben Jahr ungefähr im Oktober des letzten Jahres, wenn man vor dieser Zeit die Wiener Tageszeitungen aufgeblättert hat, so war es einem fast nicht möglich, sich der Flut der SPÖ-Werbeinschaltungen zu entziehen. In all diesen Einschaltungen, meine Damen und Herren, wurden die

vermeintlich genialen Leistungen und Errungenschaften der Wiener SPÖ in Bezug auf die Gemeindebauten höchst euphorisch dargestellt. Die Hoffnung, dass diese massive Werbeflut den ersehnten Wahlerfolg für die Wiener SPÖ herbeiführt, diese Hoffnung wurde spätestens am Abend des 10. Oktober drastisch und deutlich zerstört. Gerade in den Wiener Gemeindebauten, einer bis zum 10. Oktober in den Köpfen der SPÖ fest verankerten roten Hochburg, liefen die Wähler und damit die mündigen Bürger, welche sich nicht von Werbeeinschaltungen beeinflussen haben lassen, der SPÖ in Scharen davon. Allein dies sollte uns allen zu denken geben, sollte vor allem auch der SPÖ zu denken geben. Die Liste der Versäumnisse im sogenannten sozialen Wohnbau ist leider eine lange. Herr Stadtrat, ich unterstelle Ihnen hier und heute, dass Sie sich redlich und ehrlich bemühen, den Wohnbau, die komplette und komplexe Thematik des Wohnens in Wien voranzutreiben und auf bessere Füße zu stellen, überhaupt kein Thema. Leider, die Bemühungen sind unserer Meinung nach zu wenig.

Schauen wir uns einige Beispiele an. Zum Beispiel ist die Wohnbauförderung, meine Damen und Herren, welche im Jahr 2010 nur durch den Kauf von Wohnbauleihen in der Höhe von 175 Millionen EUR einen Spitzenwert erreicht hat, das größte Opfer der SPÖ-Budgetkürzung. Im Rechnungsabschluss 2010 sind dafür noch 644 Millionen EUR ausgewiesen, wohlgemerkt ohne Wertpapiere. Im Voranschlag 2011 sind dafür nur mehr 537 Millionen EUR budgetiert. Allein in diesem Bereich der Wohnbauförderung erfolgt daher ein budgetärer Kahlschlag, den allein die Finanzstadträtin Renate Brauner zu verantworten hat. Diese, wie allgemein bekannt, besonders arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen werden heuer um sage und schreibe 107 Millionen EUR gekürzt. Die SPÖ-Budgetkürzung erfolgt damit eindeutig am falschen Platz und vor allem auch zur falschen Zeit. Am falschen Platz deshalb, weil die SPÖ nur bei investiven und damit beschäftigungswirksamen Ausgaben spart. Allerdings für ideologische Subventionen ist anscheinend immer noch nach wie vor ausreichend Geld vorhanden. Statt Kürzungen im Bereich der Wohnbauförderung durchzuführen, sollte noch eine deutlich intensivere Sanierungsoffensive in allen geförderten Wohnungskategorien in Angriff genommen werden. Schwerpunkt sollte dabei vor allem die thermische Sanierung sein. Zu diesem Zweck sollte das Wohnbauförderungsvolumen um 150 Millionen EUR auf insgesamt 687 Millionen EUR im Jahr 2011 aufgestockt werden. Des Weiteren muss in Wien nach dem Stopp des kommunalen Wohnbaus im Jahre 2010 ein Sonderwohnbauprogramm der Stadt Wien initiiert werden. Wir haben es heute schon einige Male gehört, die gestiegenen Bevölkerungsbewegungen wie etwa durch die Ostöffnung der EU brauchen auch deutlich mehr leistbaren Wohnraum. Allein in Wien werden bis zum Jahr 2030 insgesamt 2 Millionen Menschen leben. Das entspricht einem Plus von 20 Prozent. Bereits jetzt gibt es 28 000 Vormerkungen für eine Gemeindebauwohnung, im Jahr 2006 waren es noch 16 000. Um diesen gestiegenen Bedarf an Wohnraum abzudecken, ist durch ein Sonderwohnbauprogramm dem Stopp des

kommunalen Wohnbaus im Jahre 2000 entgegenzuwirken. Die Stadt Wien müsste neben den geförderten Wohnungen noch jährlich rund 5 000 Gemeindewohnungen selbst errichten, um den Wohnbedarf an Sozialwohnungen abdecken zu können. Allein durch diese beiden Maßnahmen würde sich die verheerende und nicht wegzuleugnende Arbeitsmarktstatistik in Wien ganz anders präsentieren. Auch das haben wir heute schon gehört.

Auch wenn sich einige Damen und Herren hier die Augen und auch die Ohren zuhalten, hier noch einmal die Zahlen: Wien hat nach einer aktuellen Quelle des WIFO und ich glaube, das WIFO ist ein Institut, das keiner anzweifelt, allein im 1. Quartal 2011 im Vergleich zum 1. Quartal 2010 12 000 Arbeitsplätze bei den unselbstständig Beschäftigten verloren. Dies entspricht einer Veränderung von minus 1,6 Prozent. Leider hat außer Wien nur mehr Tirol in diesem Beobachtungszeitraum Arbeitsplätze verloren. Damit kommt auch das Wirtschaftsforschungsinstitut in seinem jüngsten Bericht zum Schluss, dass Wien damit die einzige Region mit einem negativen Beschäftigungswachstum ist. Darauf kann Wien mit seiner rot-grünen Regierung wahrlich nicht stolz sein.

Aber auch die extremen Steigerungen bei den Betriebskosten belasten die Wienerinnen und Wiener zunehmend. So brachte *(GR Mag Klaus Werner-Lobos: Wollen Sie uns jetzt etwas vorlesen?)* uns die SPÖ-Belastungspolitik *(GR Mag Klaus Werner-Lobos: Freie Rede, Herr Abgeordneter!)* – aufpassen und zuhören! – vom Jahre 2006 bis zum Jahre 2011 *(GR Mag Klaus Werner-Lobos: Freie Rede, Herr Abgeordneter! Freie Rede!)* – kommt schon noch, kommt schon noch! – eine Erhöhung des Gaspreises um 42 Prozent, eine Erhöhung des Strompreises um 20 Prozent, eine Erhöhung der Kanalgebühren um 35 Prozent *(GR Mag Klaus Werner-Lobos: Freie Rede!)* eine Erhöhung der Müllgebühren um 27 Prozent. *(GR Mag Klaus Werner-Lobos: Ja, freie Rede!)* Ich sehe, dass die Herrschaften rechts von mir schon nervös sind, aber das ist eine Bestätigung für uns, dass wir Sie am wunden Punkt erwischen, dass wir am richtigen Weg sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Allein diese vier von mir gerade aufgezählten Positionen bedeuten für eine Wiener Durchschnittsfamilie eine jährliche Mehrbelastung von 730 EUR im Vergleich zum Jahr 2006. Dank dieser Mehrbelastung wird Wohnen in Wien immer weniger leistbar. Allein der Gaspreis ist eine Geschichte für sich und spiegelt eindeutig wider, wie die SPÖ mit Wahlversprechen in unserer Stadt umgeht. Wie von uns, von der FPÖ nämlich, die letzten Jahre schon mehrmals vorausgesagt worden ist, hat die SPÖ gleich nach der Wahl, nämlich der Wahl 2010, den Gaspreis erhöht. Per 1. April 2011 hat Wien Energie den Gaspreis um sage und schreibe 9,8 Prozent angehoben, ein Faktum, das keiner wegleugnen kann, ein Faktum, das einfach existiert. Eine durchschnittliche Wiener Familie in einem Haushalt wurde um fast 100 EUR pro Jahr zusätzlich belastet. Da viele Haushalte auf die Gasheizung angewiesen sind, trifft es leider meistens die sozial Schwächsten in unserer Stadt mit unverminderter und voller Härte gerade nämlich bei den Lebenserhaltungs-

kosten. Die heurige Gaspreiserhöhung ist betriebswirtschaftlich sicher nicht notwendig. Sie hat sicher nur zur Gewinnmaximierung und Gewinnsteigerung des Unternehmens beigetragen. Damit hat der 1. April des heurigen Jahres wieder einmal mehr gezeigt, wie die SPÖ zu Wahlversprechen steht, nämlich zu den Wahlversprechen noch vor der Wahl, die Gebühren in Wien nicht zu erhöhen. Das Jahr 2010 war allein bei den Gebühren ein Jahr der Rekordbelastungen in Wien, welche den Bereich Wohnen besonders drastisch treffen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Gebühren Wasser, Kanal und Müll zu legen. Die Einnahmen der Wassersteuer betragen 2010 166 Millionen gegenüber 121 Millionen an Ausgaben. Somit fließen 45 Millionen EUR, etwas mehr als ein Viertel (*Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.*), in das allgemeine Budget.

Wien Kanal ist, da seit 2009 ausgegliedert, als nunmehrige Unternehmung der Stadt Wien nicht mehr Teil der städtischen Gebarung. Ein Zustand, der unserer Überzeugung nach geändert werden muss.

Zur nächsten Position: Die Müllsteuer. Auch die Müllsteuer liegt über der reinen Kostendeckung. Die Einnahmen der Müllsteuer 2010 waren 297 Millionen EUR, die Ausgaben 269 Millionen EUR. Damit werden auch bei der Müllsteuer 28 Millionen EUR für das allgemeine Budget abgezweigt. Was die FPÖ nun schon jahrelang immer wieder vorrechnet und aufzeigt, nämlich dass die SPÖ auf Kosten der Gebührenzahler Überschüsse erwirtschaftet und zur Finanzierung des allgemeinen Budgets verwendet, dies wurde im Bericht des Rechnungshofes, und ich glaube, den zweifelt hier im Hause niemand an, bestätigt. Im Rechnungshofbericht wird angeführt, dass der Kostendeckungsgrad bei Kanal, Wasser und Müll deutlich über 100 Prozent liegt. (*Zwischenrufe von den GRen Mag Rüdiger Maresch und Mag Klaus Werner-Lobos.*) Genau dadurch aber wird aus den bloßen Gebühren eine Steuer - liebe Freunde hier auf der rechten Seite, ich habe ein Mikrofon und bin daher immer lauter -, die zur Finanzierung des allgemeinen Budgets verwendet wird. Die SPÖ hat somit eindeutig Wasser-, Kanal- und Müllsteuern auf Kosten der Gebührenzahler geschaffen. Dieses Kapital, welches den Wienerinnen und Wienern ungerechtfertigt durch die SPÖ abgenommen worden ist, hat schnellstmöglich der Bevölkerung rückerstattet zu werden. (*Aufregung bei den GRÜNEN.*) Um wieder eine 100-prozentige Kostendeckung bei Kanal, Wasser und Müll zu erreichen und damit eine Entlastung der Steuerzahler herbeizuführen, müssten der Strompreis in Wien um 10 Prozent, Wasser-, Kanal- und Müllgebühren um 15 Prozent sowie der Gaspreis um 20 Prozent gesenkt werden.

Schlussendlich wäre es auch hoch an der Zeit, endlich wieder vom Richtwertzins- zum Kategoriezinsmodell zurück zu kehren, eine Forderung, die wir auch schon lange aufstellen, sowie die Betriebskosten in die Wohnbeihilfen einzurechnen, um insbesondere die Vielzahl an sozial schwachen Mietern in Wien deutlich zu entlasten.

Meine Damen und Herren, dies sind nur einige Argumente, weshalb wir Freiheitliche diesen Rechnungsabschluss ablehnen. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hatzl. Ich erteile es ihr.

GRin Eva-Maria **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Ich möchte nun auch zum Thema Stadt Wien, Wiener Wohnen, Stellung nehmen. Wiener Wohnen ist, wie Sie ja schon gesagt haben, eine Hausverwaltung mit rund 220 000 Gemeindewohnungen. Mehr als 1,6 Millionen Menschen wohnen in Wien in rund 900 000 Wohnungen. Fast jede vierte Wohnung ist also eine Gemeindewohnung. Damit ist Wiener Wohnen Europas größte Hausverwaltung. Sie bietet ihren Mietern ein umfassendes Service, das ständig weiterentwickelt wird. Mit Juni 2010 nahm das neue Wiener Wohnen-Willkommensservice im 11. Bezirk seinen Betrieb auf. Die neue Serviceeinrichtung befindet sich auf 930 m² und zeichnet sich durch eine moderne und komfortable Gestaltung aus. Ebenso gibt es dort kundenfreundliche Öffnungszeiten. So wurden all jene Wienerinnen und Wiener, die sich für eine Gemeindewohnung anmelden wollen, besonders kundenfreundlich von einer zentralen Servicestelle aus betreut. Wie schon erwähnt, ist Wiener Wohnen mit mehr als 220 000 Gemeindewohnungen, rund 6 000 Lokalen und 47 000 Garagen- und Abstellplätzen die größte Hausverwaltung Europas. Wiener Wohnen bietet seinen Mieterinnen und Mietern aber auch ein Service, das europaweit einzigartig ist, denn die Stadt Wien nimmt ihre Verantwortung als Hausverwalter sehr ernst und die damit verbundenen Aufgaben umfassend und weit über das übliche Maß hinaus wahr. Rund 540 Wiener Wohnen-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter stehen den Bewohnerinnen und Bewohnern und Mieterbeiräten bei allen Anliegen zur Verfügung. Darüber hinaus wurde dem Wunsch der Mieterinnen und Mieter nach direkten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern vor Ort für eine verstärkte Kontrolle der Hausordnung entsprochen und das Service kontinuierlich erweitert. Dazu zählen die Aktion „Wiener Wohnen unterwegs“, bei der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Wiener Wohnen direkt in die Wohnhausanlagen zu den Bewohnerinnen und Bewohnern kommen und die Ordnungsberaterinnen und Ordnungsberater, die die Einhaltung der Hausordnung kontrollieren.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Serviceleistungen der Stadt Wien für die Gemeindebauten bildet aber auch die Förderung des guten Miteinanders. Anfang 2010 wurde mit Wohnpartnern ein neues Service für die Mieterinnen und Mieter aus den Wiener Gemeindebauten etabliert. Das Nachbarschaftsservice Wohnpartner ist in den städtischen Wohnhausanlagen im Einsatz. Während der warmen Jahreszeit, künftig ist das fix in den Monaten Mai bis Oktober, kümmert sich „Wohnpartner unterwegs“ um ein respekt- und rücksichtsvolles Zusammenleben. Dazu gibt es die Erweiterung der Standorte Wohnpartner, derzeit sind es insgesamt 19 Standorte Wien-weit. „Wohnpartner unterwegs“ führte im Vorjahr rund 13 000 Vermittlungsgespräche mit den Gemeindebaubewohnerinnen und -bewohnern durch. Die Teams

besuchten an 60 Abenden Gemeindebauten und waren pro Abend in 10 Wohnhausanlagen präsent. Der Fokus bei ihrer Arbeit liegt auf Förderung und Stärkung des guten Zusammenlebens sowie der Prävention von Nachbarschaftskonflikten. Dadurch wird deutlich zu einer Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in den städtischen Wohnhausanlagen beigetragen. Dieses Projekt Wohnpartner wurde mit dem Österreichischen Integrationspreis ausgezeichnet. Dies ist ein riesiger Erfolg sowie eine Anerkennung und Bestätigung für Wohnpartner, dem neuen Nachbarschaftsservice in Wiens Gemeindebauten. Dadurch wurde anerkannt, dass wir den richtigen Weg gehen. Wir schaffen Begegnungsräume, bringen die Menschen zusammen und ermöglichen damit das Zusammenleben im gegenseitigen Respekt. Die Jury bemerkte besonders positiv dazu, dass knapp 40 Prozent der 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst einen Migrationshintergrund haben.

Der Ausbau des modernen und fairen Waschküchensystems „naTÜrlich sicher“ und die Sanierungsoffensive in Gemeindebauten ergänzen die umfassenden Maßnahmen für die weitere Steigerung der hohen Wohnzufriedenheit in den Gemeindebauten.

Das neue Willkommensservice für all jene, die sich für eine Gemeindewohnung anmelden wollen, ist nicht nur ein weiterer wichtiger Schritt, um das ausgezeichnete Serviceangebot von Wiener Wohnen zu optimieren, sondern auch ein erneuter Beweis für das große Engagement der Stadt Wien, die Gemeindemieterinnen und Gemeindemieter von Beginn an bestens zu betreuen. Genauso wird die bewährte Aktion der „Servicetour unterwegs“ im Gemeindebau weiter durchgeführt.

Nun ein kurzer Rückblick auf Tätigkeiten, die Wiener Wohnen gemacht hat beziehungsweise noch immer macht. Entsprechend dieser prioritären Voraussetzungen wurde im Jahr 2008 die Sanierung der Gemeindebauten mit rund 6 200 Wohnungen in einem Ausmaß von 130 Millionen EUR gestartet. Im Jahr 2009 erfolgte mit einem Investitionsvolumen von 183 Millionen EUR der Sanierungsauftrag von rund 8 500 Wohnungen. Und im Jahr 2010 befanden sich gleichzeitig 90 Projekte mit mehr als 19 000 Mieteinheiten in einer umfassenden Wohnhausanierung mit einem Volumen von 468 Millionen EUR. In Fortführung dieser Sanierungsoffensive wird derzeit bereits an Projekten für die kommenden 5 Jahre gearbeitet.

Die Arbeiten an mehr als 130 Wohnhausanlagen mit mehr als 16 000 Wohnungen werden voraussichtlich in den Jahren 2011 bis 2012 gestartet. Die dafür geplanten Gesamtinvestitionen betragen rund 430 Millionen EUR. Konkret ist nach heutigem Planungsstand für das heurige Jahr der Beginn der Sanierungsarbeiten an 61 Projekten und rund 8 200 Wohnungen, dies beträgt 230 Millionen EUR.

Nun zu etwas Erfreulicherem. Vor allem bei den jungen Wienerinnen und Wienern stehen die günstigen Wohnungen der Stadt Wien ganz besonders hoch im Kurs. So wurden allein in den vergangenen 3 Jahren die Errichtung von 20 000 Wohnungen gefördert und mehr als 40 000 Wohnungen mit Wohnbauförderungsmitteln

saniert. So haben sich die Anmeldungen im Rahmen der ausgeweiteten JungwienerInnen-Aktion der Stadt ab dem 17. Lebensjahr sowie auch bei Studierenden, Lehrlingen und Jungarbeitnehmern für eine Gemeindewohnung in den letzten eineinhalb Jahren fast verdoppelt. Insgesamt sind es per Juni 2010 11 133 Vormerkungen im Zuge der Jungwiener-Aktion gewesen.

So wurde auch von Wiener Wohnen eine große Mieterinnen- und Mieterbefragung durchgeführt. Rund 45 000 Mieterinnen und Mieter haben dieses Angebot genutzt und den ausgefüllten Fragebogen retour geschickt. Die Stimmungslage der Gemeindemieterinnen und Gemeindemieter, so das Ergebnis der Umfrage, ist für die Stadt Wien und für Wiener Wohnen durchaus erfreulich. Nur ein paar Ergebnisse: Mehr als 85 Prozent der Befragten fühlen sich in ihrer Wohnung sehr gut oder gut. Fast 70 Prozent der Befragten würden sich bei einem Wohnungswechsel wieder für einen Wiener Wohnen-Bau entscheiden. Fast drei Viertel beschreiben das Zusammenleben mit den Nachbarn als höflich bis freundschaftlich.

Nun zu einem anderen Thema. Eine Anstellung von neuen Hausbesorgern ist seit der Abschaffung des Bundeshausbesorgergesetzes im Jahre 2000 nicht mehr möglich. Mit dem Modell der Wiener Hausbetreuer wurde von der Stadt Wien eine Alternative geschaffen. Im Mittelpunkt dieses Modells steht, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter klar definierte Betreuungstätigkeiten haben und den Bewohnerinnen und Bewohnern vor allem auch als direkte Ansprechpartner mit entsprechenden Zeitressourcen zur Verfügung stehen. Dieses Angebot gibt es seit September 2010, wo die ersten Hausbetreuer ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Sie betreuen nicht in Teams, sondern betreuen alleine fixe Stiegen und sind gleichzeitig Ansprechpartner vor Ort. Ihre Aufgaben sind fachgerechte Reinigung, Wartungsarbeiten, Durchführung von Sofortmaßnahmen, Kontrolle der Wohnhausanlagen und vieles mehr.

Der Ausbau der Videoüberwachung in Gemeindebauten schreitet ebenfalls zügig voran. In den 22 videoüberwachten städtischen Wohnhausanlagen leben rund 60 000 Bewohner in etwa 23 400 Wohnungen. Die Kosten für den Ausbau der Videoüberwachung und den laufenden Betrieb werden zur Gänze von Wiener Wohnen getragen. Die Mieterinnen und Mieter werden damit nicht belastet.

Ich glaube, dass dies ein guter und ausführlicher Auszug aus der Tätigkeit von Wiener Wohnen war. Die Stadt Wien, aber besonders wir, können berechtigt auf diese Tätigkeiten und die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Wiener Wohnen und den dazu gehörigen Dienststellen stolz sein. Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich zu ihrer nicht immer ganz leichten Tätigkeit gratulieren. Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Amtsf StR Dr Ludwig. Ich erteile es ihm.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat!

Zur Diskussion vielleicht eine Anmerkung, nämlich die, dass mein Ressort in den letzten Monaten vor allem unter der Bewältigung der Wirtschaftskrise gestanden ist und wir alle Maßnahmen gesetzt haben, um in diesem Spagat zwischen Konjunkturbelebung und Konsolidierung Maßnahmen zu setzen, die insbesondere in Kooperation mit der Wiener Wirtschaft Impulse gesetzt haben. Ich möchte da vielleicht mit zwei Missverständnissen aufräumen, die zur Budgetgestaltung in der Diskussion angemerkt worden sind.

Zum einen: Wir haben das Budget nicht überzogen. Wir haben das Budget eingehalten, so wie es auch vorgesehen war.

Das Zweite: Herr GR Hofbauer, ich denke, da haben Sie schon ein bisschen einen Vorgriff vielleicht auf das heurige Jahr gemacht, denn wir haben, auch wenn wir die Anleihen herausgerechnet haben, die Wohnbauleihen, eine Steigerung des Wohnbaubudgets von 2009 auf 2010. Es ist ein Gerücht, dass es hier eine Reduzierung gegeben hat. Der Rechnungsabschluss 2010 macht ganz deutlich, dass wir hier Mehrausgaben in allen Bereichen zu verzeichnen haben. Das war insbesondere für das Baugewerbe, für das Baunebengewerbe, wie wir wissen, ganz entscheidend. Wir haben hier eine Mischung aus rechtlichen, aber auch fiskalischen Elementen gefunden. Wir haben uns hier ganz besonders auch auf die Sanierung konzentriert. Es wurde in der Diskussion ja schon angemerkt, dass das aus mehreren Gründen ein ganz wichtiger Bereich ist. Zum einen, weil es Stimulierung für den Arbeitsmarkt bedeutet hat, weil vor allem hier kleinteilige Unternehmen zum Zug gekommen sind, Klein- und Mittelbetriebe, die hier mit besonderer Fachkompetenz eingebunden waren. Und zum anderen, weil es uns auch gelungen ist, den Endenergiebedarf deutlich zu reduzieren. Wir wissen, dass ungefähr 20 Prozent dieses Energiebedarfs in Raumwärme aufgehen und von da her es wichtig ist, dass wir nicht nur im Neubau, sondern auch in der Sanierung durch Dämmung, durch thermisch-energetische Wohnhaussanierung Maßnahmen setzen. Und da bin ich auch sehr überzeugt, auch wenn ich weiß, Frau GRin Frank, das wir hier anderer Meinung sind, dass es notwendig ist, im Neubau Akzente zu setzen. Da sind wir sehr stolz, dass wir in Wien jetzt seit mehr als zehn Jahren Niedrigenergiehausstandard verpflichtend im geförderten Wohnbau haben. Wir sind hier dem freifinanzierten Wohnbau deutlich voraus und das aber neben dem Neubau, wo wir jetzt schon immer mehr auch auf Passivhausqualitäten setzen. Wir sind hier Weltmeister im mehrgeschoßigen Wohnbau. Es gibt keine Stadt in Europa, keine Stadt weltweit, die mehr Wohnungen im mehrgeschoßigen Wohnbau auf Passivhausqualität hat.

Aber wir müssen dieselben Akzente auch in der Sanierung setzen, das heißt auf den Wohnhausbestand. Denn wenn wir auch im Neubau sehr viele geförderte Wohneinheiten zustande bringen, der Großteil ist natürlich im Bestand. Das sind die mehr als 950 000 Wohnungen in unserer Stadt, die zu einem großen Teil auch historische Bausubstanz darstellen und von daher wird natürlich die thermisch-energetische Wohnhaussanie-

rung von besonderer Bedeutung sein.

Der dritte wichtige Punkt im Bereich der Sanierung ist auch das Einsparen von Energiekosten, das heißt auch die Entlastung der privaten Haushaltsbudgets. Wir wissen, dass die Energiekosten im Steigen sind. Wenn die Frau GRin Hebein darauf hingewiesen hat, dass die Wohnkosten steigen, so ist das richtig. Das bezieht sich aber nicht so sehr auf die Mieten, nicht im geförderten Bereich, sondern das bezieht sich vor allem auf die Betriebskosten, die Energiekosten, die internationale Zusammenhänge bedeuten. Wir alle wissen, dass der Gaspreis an den Erdölpreis gekoppelt ist, die Einflussmöglichkeiten Österreichs und vor allem Wiens hier sehr beschränkter Natur sind, aber wir achten aus diesem Grund heraus besonders darauf, dass die Haushalte wenig Energie zum Beispiel zum Heizen benötigen. Von daher ist natürlich die thermisch-energetische Wohnhaussanierung von großer Bedeutung. Die werden wir auch vorantreiben.

Wir haben aus diesem Grund heraus ja auch die Sanierungsverordnung 2009 beschlossen, die ein Mehr an finanzieller Unterstützung bedeutet hat, aber nicht nur an finanzieller Unterstützung, sondern auch einen größeren Bezieherkreis mit eingebunden hat und auch höhere Förderansätze für Private, und das wurde auch gefordert, für Private auch den Anreiz dargestellt haben, Sanierungsanstrengungen einzuleiten.

Wir haben tatsächlich in den letzten zwei Jahren eine deutliche Steigerung bei den Sanierungsanträgen. Wir haben bis zum Jahr 2008 in etwa 10 000 Wohneinheiten gefördert saniert. Wir haben im Jahr 2009 17 000 Anträge bearbeitet und im Jahr 2010 immerhin noch mehr als 16 000. Das heißt, unsere Maßnahmen durch die Sanierungsverordnung haben gegriffen. Wir haben jetzt mehr Anträge denn je.

Das ist auch der Grund, dass wir sagen, wir wollen dieses Budget auch ausweiten und das haben wir auch geschafft. Vom Jahr 2009 auf 2010 und auch in dem sehr schwierigen Budgetjahr 2011 haben wir den finanziellen Rahmen für Sanierung ausweiten können. Und wir haben alleine durch die Sanierungsverordnung, die wir 2009 beschlossen haben, 700 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können. Das war vielleicht ein bisschen ein Durcheinander bei den Arbeitsplatzzahlen. Die Sanierungsverordnung hat 700 zusätzliche Arbeitsplätze bewirkt. Insgesamt haben wir im Wohnbauressort die Verantwortung für etwa 23 000 Arbeitsplätze, die im Baugewerbe in den verschiedensten Bereichen tätig sind, deren Dimension und Bedeutung auch für den Arbeitsmarkt des Wohnbauressorts entsprechend darzustellen ist. Und wir haben auch tatsächlich insgesamt das Volumen im Baubereich steigern können. Ende Mai 2011, also im heurigen Jahr, ist ein Volumen von fast 673 Millionen EUR in Bau, das sind um 10 Millionen EUR mehr als im vergangenen Jahr. Also von daher haben auch die fiskalischen Elemente, die wir eingesetzt haben, entsprechende Auswirkungen.

Da war sicher eine besonders intelligente Maßnahme, dass wir überlegt haben, wie können wir privates Geld beispielsweise auch in den Neubau hereinholen,

denn in beiden Bereichen Sanierung und Neubau haben die Unternehmer natürlich die Kreditklemme gespürt, die es gegeben hat und die durch das Misstrauen der Banken untereinander auf Grund der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst wurde. Wir haben berechnet, dass wir in Wien im geförderten Wohnbau in etwa 800 Millionen EUR bis 1 Milliarde EUR für die Langfristfinanzierung benötigen und haben jetzt mit 200 Millionen EUR, die wir zur Verfügung gestellt haben, die sehr hohe Bonität der Stadt Wien genutzt, um Anleihen in der Größenordnung von 200 Millionen EUR zu zeichnen und Banken eingeladen, sich hier an diesen Wohnbauanleihen zu beteiligen. Diese Rechnung ist auch aufgegangen. Es ist fast der gesamte Betrag abgerufen worden und dieses Geld ist auch direkt in den geförderten Neubau eingeflossen.

Wenn wir uns jetzt anschauen, welche Maßnahmen wir jetzt unter den schwieriger werdenden budgetären Rahmenbedingungen setzen können, so ist die Wohnbauinitiative, die ich vor Kurzem vorgestellt habe, eine Möglichkeit, ergänzend - und da betone ich, ergänzend - zum geförderten Wohnbau und zwar nur für das heurige Jahr, wo die Zinsen niedrig sind, privates Geld hereinzuholen durch einen Call durch 500 Millionen EUR, die wir als Stadt Wien am privaten Finanzmarkt aufgenommen haben, dieses Geld den Bauträgern zur Verfügung gestellt haben, die von den niedrigen Zinsen profitiert haben und gleichzeitig auch von Grundstücken, die die Stadt Wien zur Verfügung gestellt hat.

Und da komme ich vielleicht zu einem Punkt, den der Kollege Norbert Walter angesprochen hat, dass die Bauträger hier irritiert waren, was die Zurverfügungstellung der Grundstücke betrifft, wenn wir doch auch im Wohnfonds, und da sind wir beide ja doch viele Jahre schon gemeinsam tätig, dort eine sehr große Anzahl an Grundstücken in Verwaltung haben. Das ist richtig. Aber ich habe am Beginn dieser Wohnbauinitiative betont, dass diese Initiative nicht den geförderten Wohnbau ablösen darf und dass die Grundstücke, die wir im Wohnfonds über die Jahre angekauft haben, nur für den geförderten Wohnbau zur Verfügung stehen dürfen und dass wir für diese Wohnbauinitiative andere Grundstücke anbieten wollen. Das haben wir, wie ich meine, auch in guter Art und Weise getan. Wir sind derzeit mit fünf Konsortien in den Schlussverhandlungen und ich bin sicher, dass wir dann bei der ersten Gemeinderatssitzung im Herbst auch die Ergebnisse dieser Gespräche präsentieren können.

Also ich denke, dass es wichtig ist, deutlich zu machen, bei einer Wohnbauinitiative, die sich vor allem auf den freifinanzierten Wohnbau konzentriert, dass wir keine Grundstücke für den geförderten Wohnbau abzwacken, das bleibt für diesen wichtigen Bereich des Neubaus reserviert, dass wir da andere Wege gehen und versuchen, andere Grundstücke der Stadt Wien zur Verfügung zu stellen.

Und ich habe den Eindruck, dass die Konsortien, bestehend aus Wohnbauträgern und Finanzdienstleistern, also Banken und Versicherungen, mit unseren Angeboten hier ganz zufrieden sind und ich bin sicher, dass ich

auch im Herbst einen positiven Bericht bringen kann.

Vielleicht abschließend noch einige Anmerkungen zu den Wohnkosten insgesamt und da bin ich der Frau GRin Frank sehr dankbar, dass sie auch den internationalen Vergleich gebracht hat, denn da gebe ich Ihnen völlig recht, wir können in Wien stolz darauf verweisen, dass wir einen sehr hohen Anteil an geförderten Wohnungen haben. 60 Prozent aller Wienerinnen und Wiener leben in einer geförderten Wohnung. Das ist international absolute Spitze. Und das ist mit ein Grund, dass die Mietkosten in Wien deutlich niedriger sind als in allen anderen europäischen Großstädten. Und wenn Sie zu Recht Paris anführen und völlig zu Recht auch Mietpreise hier zur Illustration eingebracht haben, so ist das richtig. In Paris sind die Mieten im Schnitt doppelt so hoch, in London sogar drei Mal so hoch und auch in anderen Städten wie in Mailand, in Barcelona, in Rom oder auch in Hamburg sind sie immerhin noch um 50 bis 100 Prozent höher. München beispielsweise, vergleichbar mit Wien, was die Größe betrifft, ist auch 40 Prozent höher. Also von daher sind wir in Wien sehr erfolgreich gewohnt und wir sind natürlich bestrebt, diesen sehr hohen Standard im geförderten Wohnbau nicht nur zu halten, sondern auch weiter auszubauen.

Dieser geförderte Wohnbau hat seine Bedeutung in der Stabilisierung der Miethöhen, ist aber auch ein wichtiges Element beispielsweise, um Gentrifizierung zu begegnen und andere wichtige gesellschaftspolitische Themen aufzugreifen. Es wurde zu Recht darauf verwiesen, wie notwendig es ist, hier flexibel im Wohnbau auch auf gesellschaftliche Veränderungen einzugehen. Ich denke hier nur beispielsweise an die Generationsthemen, dass wir uns den Kopf darüber zerbrechen müssen, wie gehen wir mit der älteren Generation in Zukunft um, wie werden diese Menschen wohnen und ich der Meinung bin, dass sie möglichst lange auch in ihrer Wohnung verbleiben können sollen. Das bedeutet aber auch, dass die Wohnungen entsprechend ausgestattet werden im Neubau, aber auch in der Sanierung. Und der Herr GR Charly Hora hat ja darauf hingewiesen, dass wir eine eigene Informationsstelle für barrierefreies Wohnen und Bauen eingerichtet haben, um gerade auch diesem generationsspezifischen Aspekt besonders Rechnung zu tragen, und dass wir aber auch gleichzeitig Projekte initiiert haben, wo es um generationsübergreifendes Wohnen geht, wo die Generationen nicht nur nebeneinander leben, sondern miteinander leben und wo wir auch versuchen, im Wohnumfeld beispielsweise Pflegeeinrichtungen mit einzubeziehen.

Ganz zum Schluss noch einige Anmerkungen zu den Wiener Gemeindebauten. Hier hat die Frau GRin Hatzl, wie ich meine, sehr ausführlich die neuen Entwicklungen dargestellt. Ich möchte vielleicht nur einen Aspekt besonders unterstreichen, nämlich dass wir bei Wiener Wohnen versuchen, zwei Wege zu gehen, die nur auf den ersten Blick unterschiedlich sind, aber doch zusammenlaufen. Das eine ist eine stärkere Zentralisierung überall dort, wo Kompetenz gefragt ist. Wir haben in den vergangenen Jahren ein zentrales Sanierungsmanagement eingerichtet, wo es vor allem darum geht, Sanie-

rungsleistungen zu bündeln und es ist auch gelungen, hier die Sanierungsleistung deutlich zu erhöhen. Wir haben die Vorleistungen für dieses Sanierungsmanagement 2008 gestartet, das jetzt zum Abschluss gebracht und konnten pro Jahr bei einer Ausgangslage von 5 900 sanierten Wohneinheiten bei Wiener Wohnen diese auf mehr als 10 000 steigern. Das ist, wenn man so will, ein Erfolg der Bündelung von Kompetenz. Gleichzeitig aber sind wir auch den Weg gegangen, dass wir überall dort, wo es um den Kunden geht, die Mieterinnen und Mieter, eine stärkere Dezentralisierung durchsetzen mit neuen Stützpunkten für die Mieterinnen und Mieter. Wir haben bei Wiener Wohnen jetzt insgesamt 100 Servicestellen, nämlich 47 dezentrale Stützpunkte vor Ort sowie 31 Stützpunkte von Wiener Wohnen, der Haus- und AußenbetreuungsGmbH, 22 Wohnpartner-Lokale beispielsweise und dann noch die Mieterhilfe, die ergänzend dazu kommt. Also ein sehr dezentrales Netz, das nahe an den Mieterinnen und Mietern auch Probleme anspricht und diese löst. Von daher freue ich mich, dass die Frau GRin Hatzl das so ausführlich dargestellt hat. Ich kann es deshalb hier bei diesen Punkten bewenden lassen.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich die Gelegenheit natürlich nutzen, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ressorts zu bedanken, auch bei allen, die bei den sieben Magistratsdienststellen beschäftigt sind, aber auch bei

Wiener Wohnen, dem Wohnfonds, dem Wohnservice und den Gebietsbetreuungen. Ich möchte mich zum Abschluss auch ganz herzlich bei den Mitgliedern des Wohnbauausschusses bedanken, denn wir haben dort immer sehr kontroverse Diskussionen, aber, wie ich meine, auch sehr konstruktive Ergebnisse im vergangenen Jahr zustande gebracht.

Ich freue mich auch auf dieser Basis auf eine gute Zusammenarbeit im kommenden Jahr und möchte Sie ersuchen, diesem Rechnungsabschluss Ihre Zustimmung zu geben. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung und zum Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir unterbrechen nun die öffentliche Sitzung des Gemeinderates und setzen sie in zirka sechs Stunden um 9 Uhr mit der Spezialdebatte der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales fort.

Ich bitte Sie alle um eine sichere und vorsichtige Heimfahrt. Auch Dank allen Damen und Herren des Rathauses, die mit uns hier eine Nachtschicht abgeliefert haben.

Die Sitzung ist vertagt.

(Unterbrechung der Sitzung um 3.01 Uhr.)